



32101 047810708

0000000000



3-12

THE HISTORY OF THE

REIGN OF KING CHARLES THE FIRST

BY JOHN BURNET

IN TWO VOLUMES

LONDON

Printed by J. Sturges, at the Angel in St. Dunstons Church-yard, 1724

By J. Sturges, at the Angel in St. Dunstons Church-yard, 1724

By J. Sturges, at the Angel in St. Dunstons Church-yard, 1724

Lehrbuch
der
politischen Oekonomie

von

Dr. Karl Heinrich Nau,

großh. bad. geh. Rath und Professor zu Heidelberg, Comthur
des Sähringer Löwenordens, Ehrenmitglied der k. Akademie der
Wissenschaften in Wien u.

Dritter Band, erste Abtheilung.

Finanzwissenschaft, erste Hälfte.

Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe.

Mit großh. bad. Privilegium.

Heidelberg,

Adem. Verlagshandlung von C. F. Winter.

1850.

G r u n d s ä t z e

der

Finanzwissenschaft,

von

Dr. Karl Heinrich Rau,

großh. bad. geh. Rath und Professor zu Heidelberg, Comthur
des Sähringer Löwenordens, Ehrenmitglied der k. Akademie der
Wissenschaften in Wien etc.

Erste Abtheilung.

Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe.

Mit großh. bad. Privilegium.

Heidelberg,

Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter.

1850.

Druck von H. L. Brönnner in Frankfurt a. M.

4-8-55 137 Viner

Er. Excellenz,

dem Herrn

Christian Friedrich von Böckh,

großh. badischem Finanzminister a. D., Großkreuz des großh. Ordens der
Treue und des Bähringer Löwen, des k. preuß. rothen Adler-, des k. bayer.
Civilverdienst-, des kurbess. Löwen-, und des großh. hess. Ludwigs-Ordens,
Ritter des k. württemberg. Friedrichs-Ordens,

dem hochverdienten vieljährigen Leiter des badischen
Finanzwesens

verehrungsvoll gewidmet.

RECEIVED
V. 3

V o r r e d e.

Der Verfasser empfindet auch bei dieser neuen Bearbeitung der Finanzwissenschaft lebhaft, was sich ihm bei dem Erscheinen der ersten Ausgabe fühlbar machte, nämlich daß es eine schwierige Aufgabe ist, jene Wissenschaft in systematischer Gestalt, in genauer Verbindung mit der Volkswirthschaftslehre nach ihrer heutigen Ausbildung, und zugleich in stetem Hinblick auf die Finanzpraxis d. h. mit vollständiger Benützung der im Geschäftsleben gewonnenen Erfahrungsregeln darzustellen. „Wieviel auch, namentlich in Deutschland und besonders in einzelnen Gegenständen schon geleistet worden ist, so zeigen sich doch dem, der nach jenen Gesichtspuncten das Ganze durcharbeiten unternimmt, nicht wenige Lücken, unvollständig erhellte Streitfragen und neu aufsteigende Zweifel. Je mehr man bei der

wurde. Zu Ende des Jahres 1842 erschien die zweite Ausgabe, die nun schon seit einigen Jahren vergriffen ist. Anfänglich fehlte dem Verfasser die Muße zur Ausarbeitung der dritten Ausgabe, späterhin, bei den politischen Bewegungen und Erschütterungen der letzten Jahre, war die Ruhe und der Muth zur Vollendung des begonnenen Unternehmens nicht vorhanden. Die Vergleichung mit der zweiten Ausgabe wird zeigen, daß der Verfasser auch diesmal die Mühe nicht gescheut hat, dem Ausdruck mehr Deutlichkeit und Bestimmtheit zu geben, manche Stellen ganz neu abzufassen, auch die älteren Beispiele und Belege aus der Finanzstatistik mit neueren zu vertauschen. Die große Umgestaltung, die im Staatsleben theils schon eingetreten, theils vielleicht noch zu erwarten ist, hat auf die leitenden Grundsätze dieses Werkes keinen Einfluß gehabt, aber es ergab sich manchfache Gelegenheit, auf das Geschehene hinzuweisen. In der zweiten Abtheilung, welche noch im Laufe des gegenwärtigen Jahres erscheinen soll, wird sich zu solchen Berücksichtigungen neuer Maaßregeln oder neuer Streitfragen noch mehr Veranlassung darbieten. Uebrigens war es rathsam, in den statistischen Zahlenangaben sich mehr an die letzten Jahre vor 1848 zu halten, weil aus der stürmischen Zeit nach dem Februar keine Regel abzunehmen ist. Fortwährend ist das Ergebniß der Staatsrechnungen für einen verflossenen Zeitraum mit R., der Voranschlag (Budget, Etat) mit A. bezeichnet worden.

Die Aufstellung eines neuen Hohheitsrechts, eines Eisenbahnregales, wird sich von selbst rechtfertigen, denn die

vom Staate gebauten und betriebenen Bahnen, sind offenbar nicht Gegenstand eines freien Gewerbes, vielmehr ist das Recht der Staatsgewalt zur ausschließlichen Uebernahme derselben nicht bestritten.

April 1850.

K. H. Rau.



I n h a l t.

	Seite
Einleitung, §. 1—23	1
1. Buch. Staatsausgaben.	
1. Abschnitt. Allgemeine Betrachtung der Staatsausgaben, §. 24—43	25
2. Abschnitt. Einzelne Gegenstände des Staatsaufwandes, §. 44—81	41
1. Abtheilung. Ausgaben aus der Verfassung, §. 45—51.	41
2. Abtheilung. Regierungsausgaben, §. 52—81	
1. Hauptstück. Die Regierungsausgaben im Allgemei- nen betrachtet, §. 52—67	51
2. Hauptstück. Ausgaben für einzelne Abtheilungen der Regierungsgeschäfte, §. 68—81	71
2. Buch. Staatseinkünfte.	
Einleitung. Von den verschiedenen Quellen der Einkünfte, §. 82—87	97
I. Abschnitt. Privaterwerb der Regierung, §. 88—165 . . .	104
1. Abtheilung. Einkünfte aus Grundstücken sammt den zugehörigen Capitalen, §. 89—154.	
1. Hauptstück. Domänen im Allgemeinen, §. 89—102	107
2. Hauptstück. Verschiedene Arten der Domänen, §. 103—154	
I. Felbgüter, §. 103—136	130
A. Bewirthschaftung durch Verwalter, §. 104—108	131
B. Gewährsverwaltung, §. 109	137
C. Verpachtung, §. 110—120	138

	<u>Seite</u>
<u>Anhang. Von den Pachtanschlügen der Kam-</u>	
<u>mergüter, §. 121—129.</u>	<u>151</u>
D. Erbpacht, §. 130—136	161
II. Waldungen, §. 137—152	168
III. Anlagen zum Gewerbsbetriebe, §. 153—154	194
IV. Wohngebäude §. 154 a	197
V. Verbendes bewegliches Vermögen, §. 155	198
2. Abtheilung. Einkünfte aus dinglichen Rechten, §. 156—165	200
<u>II. Abschnitt. Einkünfte aus Hoheitsrechten.</u>	
1. Hauptstück. Von den nutzbaren Hoheitsrechten im Allgemeinen, §. 166—171	212
2. Hauptstück. Das Bergwerksregal, §. 172—183	218
3. Hauptstück. Das Salz- und Salpeter-Regal, §. 184—191	231
4. Hauptstück. Regal der Jagd und Fischerei, §. 192—195	249
5. Hauptstück. Das Münzregal, §. 196—202	254
6. Hauptstück. Verschiedene Gewerks- und Handelsre- galien, §. 203—204	263
7. Hauptstück. Post-Regal, §. 205—219 a	268
8. Hauptstück. Staats Eisenbahnen, §. 219 c—e	297
9. Hauptstück. Fähr- und Floßrecht, §. 219 f.	301
10. Hauptstück. Regal der Glücksspiele, §. 220—226.	302
III. Abschnitt. Einkünfte aus Gebühren, §. 227—246	312
<u>IV. Abschnitt. Steuern, §. 247—462.</u>	
1. Abtheilung. Das Steuerwesen im Allgemeinen.	
Einleitung, §. 247—249	337
1. Hauptstück. Entwicklung der obersten Besteuerungs- grundsätze, §. 250—267	343
2. Hauptstück. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Steuern, §. 268—275	361
3. Hauptstück. Einrichtung des Steuerwesens, §. 276—290	
I. Zusammenhang der Steuern, §. 276—280	372
II. Ausführung der Steuern, §. 281—290	378
4. Hauptstück. Eintheilung der Steuern, §. 291—296.	388



E i n l e i t u n g.

§. 1.

Zum Wesen des Staates gehört eine von der höchsten Gewalt ausgehende, auf die Beförderung der gemeinsamen Zwecke gerichtete Regierungsthätigkeit (I, §. 4.), deren Bedürfniß sich überall, wo Menschen nahe beisammen leben, fühlbar macht und dieselben zur Unterwerfung unter ein Oberhaupt antreibt. Wie jedoch dieß Bedürfniß auf verschiedenen Bildungsstufen der Völker in ungleicher Weise empfunden wird, so ist auch die Regierungsthätigkeit von verschiedener Stärke und ihr Wirkungskreis von verschiedener Ausdehnung. Wo der Staat zu einiger Entwicklung gelangt, da ist unter den Regierungszweigen auch die Sorge für eine zur Erreichung der Staatszwecke verwendbare Menge von Sachgütern begriffen, denn die Regierung ist ebenso wie Privatpersonen von dem Besitze solcher Güter abhängig und muß sich um deren Erlangung, Erhaltung und gute Benutzung bemühen, d. h. eine Wirthschaft führen oder sich Einkünfte verschaffen und Ausgaben vornehmen. Diese Sorgfalt der Regierung für die Befriedigung der Staatsbedürfnisse vermittelt sachlicher Güter ist das Finanzwesen (a) oder die Regierungswirthschaft, welche auch bisweilen Staatswirthschaft oder Staatshaushalt genannt wird, I, §. 14.

(a) Das Wort Finanz stammt aus dem Latein des Mittelalters. Im 13. und 14. Jahrhundert verstand man unter *finatio*, *financia*, auch wohl *financia pecuniaris*, eine schulbige Gelbleistung. Rau, pol. Oekon. 3te Ausg. III.

von Einsparern für Staatsbedürfnisse vorgeschrieben werden. Eine solche Vorschrift ist bei einiger Aufstellung von Häusern und bei Regierungsbauwerken notwendig, weil unangenehme Leistungen, die den Bürgern auferlegt werden, meistens auf eine sehr lästige Weise in ihren Privatgeschäften stören und demnach für den bei dergleichen Erfolg unangenehm sind. Die selbst ist sich bewusst, daß nach dem Gesetz der Erblichkeit (A. §. 114.) die für die Regierung notwendigen Dienste am besten von solchen Personen verrichtet werden, die sich ihrem Amtsbefehl nachgeben, und bei solchen Leistungen, z. B. Verwaltung von Angelegenheiten, die nicht von allen Bürgern gleichmäßig, sondern nur von einigen Opfern der Regierung erhalten werden können. Es mag nun die Regierung solche Leistungen anstellen, oder nur durch Vermittelung mit Einsparern vornehmen lassen, in jedem Falle muß sie diejenigen Personen, welche nicht als andere für öffentliche Zwecke beitragen, in Angelegenheiten und in ihrer Aufrechterhaltung einen vollständigen Gehalt erhalten zur Verfügung haben.

§. 2.

Nur in einem unangenehmen, höchst einfachen Zustande kann ein Staat ohne Einsparern bestehen. So lange ein Staat nur aus den auf das Nöthigste und wenige andere öffentliche Einrichtungen bestehend war, ohne viele Bedenken zu Fülle nehmen zu müssen, konnte er sich schon durch die höchste Mächtigkeitsleistung behaupten und seinen Unterhalt, auch sogar einige Regierungskosten aus eigenen Einkünften bestreiten, besonders wenn er sehr begünstigt war (a). In fortgeschrittenen Staaten die Regierungsgeschäfte ebenfalls durch unangenehme Dienste vollzogen werden, weil jedoch nur von Reichen zu erwarten ist und sowohl wegen der hohen Kosten der Dienste als wegen der Mangel an Kenntniß und Geschicklichkeit bei einem Theile der Regierenden und Bedienten immer sehr unvollkommen geschieht (b). Die Kriege wurden anfänglich durch angesehene Bürger bewirkt, die sich im Jahre selbst zu erhalten hatten. Da jedoch solche angesehene Dienste, obwohl sie viel geringere Klassen

keit haben, dennoch den Einzelnen Opfer, und zwar sehr ungleiche, auferlegen, so ist es ein bedeutender Fortschritt, wenn die Staatsgewalt die Mittel erlangt, um sich durch Hingabe eines Gegenwerthes die nöthigen Leistungen in erwünschter Güte zu verschaffen.

- (a) Hieher gehörende Züge von mehreren Völkern bei Meiners im Götting. histor. Magazin V, 197 (1789). Den Anfang des Finanzwesens bilden freiwillige Abgaben, wie bei den alten Deutschen die Ehrengeschenke an die Oberrichter (principes) der Gauen, Tacit. German. C. 15, auch zu einzelnen Unternehmungen, Reynier, Econ. publ. et rurale des Celtes, S. 255.
- (b) Ueber die nordamericanischen Jägervölker s. Ferguson, Essay of the history of civil society, S. 129 (Bas. 1789). — Unbezahlte Leistungen, die die reicheren athenischen Bürger vornehmen mußten (Leiturgieen), z. B. zur Ausrüstung und Unterhaltung eines Schiffes im Kriege (Trierarchie), s. Böckh, Staatshaushalt der Athener, I, 481. II, 79.

§. 4.

Jede Wirthschaft erfordert eine Gütermasse, aus welcher die Ausgaben bestritten werden, welche dagegen durch die Einkünfte wieder ergänzt wird und zum Theile selbst als Quelle von Einkünften dient, also ein gewisses, in seiner Größe dem Wechsel ausgesetztes Vermögen, weshalb die Wirthschaft auch als Verwaltung des Vermögens angesehen werden kann. Der Gegenstand der Regierungswirthschaft ist das Staatsvermögen, welches zwar in der Verfügung und Benutzung der Staatsgewalt steht, aber nothwendig der Staatsgesamtheit zugehört und von dem Privateigenthum des Staatsoberhauptes sorgfältig unterschieden werden muß (a). Dieß ist die Folge von der Stellung der höchsten Gewalt, die nicht ihrer selbst willen besteht, sondern zur Beförderung des allgemeinen Wohles des Staates bestimmt ist und deren Rechten deshalb auch Pflichten zur Seite stehen. Das Staatsvermögen ist aus dem Volksvermögen ausgeschieden (b). Welche Gegenstände aber zu jenem zu rechnen seien, dieß läßt sich nicht aus allgemeinen Sätzen, sondern in jedem Lande besonders aus der Geschichte desselben erkennen, und diese Untersuchung fällt in das Gebiet des positiven Staatsrechts.

- (a) Klüber, Deff. Recht, §. 328.

- (b) Das Staatsvermögen in einem weiteren Sinne begreift sowohl den Güterbesitz aller einzelnen Staatsbürger als der Gesamtheit, I, S. 48. — Die älteren Kameralisten brauchten das Wort Staatsvermögen häufig in diesem weiteren Sinne, theilten aber das Vermögen überhaupt in Grund- und bereitetes Vermögen ein (*opes paratissimae*), so daß das letztere die Einkünfte oder den aus denselben herfließenden verwendbaren Geldvorrath bedeutete; das Finanzwesen wurde daher als die Verwaltung des bereiteten Staatsvermögens erklärt. Zincke, Kameralisten-Bibliothek, S. 687 (1751); v. Justi, Staatswirthsch. II, 21.

§. 5.

Die Wissenschaft von der besten Einrichtung der Regierungswirthschaft oder von der besten Befriedigungsweise der Staatsbedürfnisse durch sachliche Güter ist die Finanzwissenschaft (a), ein Theil der politischen Oekonomie, I, S. 15. Dieselbe ist nicht selten auch Kameralwissenschaft im engeren Sinne des Wortes genannt worden (b), weil man ursprünglich unter Kammerfachen, Kammergeschäften, nur das Finanzwesen verstand und erst nach der Errichtung der Kammercollegien auch andere, nicht finanzielle Geschäfte, die sog. Polizei, hinzukamen (c). Die Finanzwissenschaft wurde bisweilen auch mit dem Namen Staatswirthschaftslehre belegt, den man jedoch besser der ganzen politischen Oekonomie vorbehält.

- (a) Es ist dem Sprachgebrauche durchaus zuwider, auch die Beschaffung persönlicher Leistungen ohne Vermittlung sachlicher Güter, z. B. das Conscriptiionswesen, in die Finanzwissenschaft zu rechnen, auch ist dieses Geschäft von eigenthümlicher Art. Vgl. dagegen Behr, Wirthsch. des Staates, S. 190.
- (b) Z. B. Dithmar, Einleitung in die ökonom., Policei- und Kameralwissenschaften, 6. Aufl. v. Schreiber, S. 19. (Frankf. 1769). Eine noch engere Bedeutung von Kameralwissenschaft ist jetzt fast vergessen. Man unterschied ehemals in dem heutigen Umfange der Finanzwissenschaft 2 Theile, nämlich 1) die Kameralwissenschaft, welche von den ganz in der Verfügung der Fürsten stehenden Quellen der Staatseinnahme, d. i. den Domänen und Regalien handelte, 2) die eigentliche Finanzwissenschaft, deren Gegenstand die der landständischen Mitwirkung unterworfenen Abgaben der Bürger waren, s. z. B. Fischer, Lehrbegriff u. Umfang der deutschen Staatswiss., S. 20 (Halle, 1783). Rössig, Lehrb. d. Finanzwiss. S. 6.
- (c) Rau, Ueber die Kameralwiss. S. 8.

§. 6.

Da das Finanzwesen die sachlichen Hülfsmittel zu allen Anstalten und Unternehmungen der Staatsgewalt liefert, so ist

The first of these is the fact that the
 government has been unable to
 maintain a stable currency. This
 has led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 from the people. The second
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable economy. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 from the people. The third
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable society. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 from the people.

The fourth is the fact that the
 government has been unable to
 maintain a stable foreign
 policy. This has led to a
 loss of confidence in the
 government and a consequent
 loss of support from the
 people. The fifth is the fact
 that the government has been
 unable to maintain a stable
 military. This has led to a
 loss of confidence in the
 government and a consequent
 loss of support from the
 people. The sixth is the fact
 that the government has been
 unable to maintain a stable
 judiciary. This has led to a
 loss of confidence in the
 government and a consequent
 loss of support from the
 people.

§. 8.

Das Finanzwesen unterscheidet sich jedoch auch wieder in vielen Hinsichten von einer bürgerlicher Wirthschaft, und die Beleuchtung dieser Verschiedenheiten ist sehr geeignet, die Hauptlehren der Finanzwissenschaft vorläufig anzudeuten. Der Unterschied zeigt sich

1) schon in der Menge und Mannichfaltigkeit der Geschäfte. Im Finanzwesen findet sich nämlich ein Betrag der Ausgaben und Einnahmen, welcher wenigstens in den großen und mittleren Staaten die Einkünfte eines Privatmannes weit übersteigt, — ferner eine so große Anzahl von verschiedenen Quellen der Einnahmen und von Gegenständen der Ausgaben, wie sie ebenfalls die Privatwirthschaft nicht besitzt. Beide Umstände machen die Anstellung eines zahlreichen Personales und die Trennung mehrerer Zweige des Finanzdienstes nothwendig, wodurch die oberste Leitung beträchtlich erschwert wird. Der Vorstand des ganzen Finanzwesens kann nur durch verschiedene Mittelglieder die Ausführung der Beschlüsse bewirken, die Geschäftsführung der unteren Beamten nicht an Ort und Stelle beobachten, sondern dieselbe fast nur aus schriftlichen Berichten kennen lernen und vermittelft schriftlicher Befehle leiten. Diese Umständlichkeit und Schwerfälligkeit im Staatshaushalte hat die Folge, daß hier Manches nach anderen Regeln eingerichtet werden muß, als in der bürgerlichen Wirthschaft.

§. 9.

2) Eine erheblichere, das Wesen beider Arten von Wirthschaften (§. 7.) betreffende Verschiedenheit äußert sich in den Quellen der Einkünfte. Der Einzelne kann sich Güterzuflüsse nur durch den Erwerb verschaffen, d. h. durch eine für jenen Zweck übernommene Beschwerde, die entweder in einer Arbeit, oder in der Aufopferung eines Gütergenusses, oder in beiden zugleich besteht (a). Die Staatsgewalt kann zwar solche Erwerbswege ebenfalls benutzen, es steht ihr aber auch frei, den Bürgern Abgaben aufzuerlegen, ohne daß sie ihnen eine besondere Leistung dafür darböte, eine Macht, die im Privatleben, wo die Ein-

nicht genügend sind. Die Regierungswirtschaft muß daher, die bürgerliche Wirtschaft voraussetzend, sich auf die gesellschaftlichen, in den Staatszwecken begründeten Bedürfnisse beschränken (a).

- (a) Il n'y a rien, que la sagesse et la prudence doivent plus régler, que cette portion qu'on ôte, et cette portion qu'on laisse aux sujets. Ce n'est point à ce que le peuple peut donner qu'il faut mesurer les revenus publics, mais à ce qu'il doit donner (vorausgesetzt, daß das Volk mehr geben könnte, als man für die Staatsbedürfnisse braucht; gewöhnlich verhält es sich umgekehrt); et si on les mesure à ce qu'il peut donner, il faut que ce soit du moins à ce qu'il peut toujours donner. Montesquieu, *Esprit des lois* XIII, Cap. I. Vgl. von Sonnenfels, *Grundsätze der Polizei* 2c. III, §. 13.

§. 11.

Das Finanzwesen, als ein Zweig der Staatsverwaltung, muß auch unter den allgemeinen Vernunftgesetzen stehen, welche das Wesen des Staates und die in demselben obwaltenden Rechtsverhältnisse aussprechen. So wie die Befugniß der höchsten Gewalt, eine besondere Wirtschaft zu führen (die sogenannte Finanzgewalt), in diesen Gesetzen begründet ist, so geben dieselben auch die Richtschnur für die Gränzen dieses Rechtes in seinen einzelnen Äußerungen und für die damit verbundenen Obliegenheiten. Letztere rühren theils aus einer Anwendung privatrechtlicher Sätze her, z. B. die Verpflichtung, den Staatsgläubigern vollständig das Versprochene zu halten, theils aus einem rein staatsrechtlichen Grunde, z. B. das Gebot, die Staatslasten gleichförmig aufzulegen, das Verbot, Staatseinkünfte für Privat Zwecke zu mißbrauchen u. dgl. Die Finanzwissenschaft schöpft demnach einen Theil ihrer Grundlehren aus der philosophischen Staatswissenschaft (a) und nimmt, als Theil der Staatsflugsheitlehre (I, §. 21.), wie die Polizeiwissenschaft, Justizpolitik u. a. eine Stelle in dem Systeme der gesamten Staatswissenschaft in Anspruch.

- (a) Sie wird auch reine Staatslehre oder Wissenschaft des natürlichen oder allgemeinen Staatsrechts genannt, *jus publicum universale*.

§. 12.

Alle Zweige der Staatsverwaltung müssen in einer solchen organischen Verbindung unter einander stehen, daß keiner den



The first part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The second part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The third part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The fourth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The fifth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The sixth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The seventh part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The eighth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The ninth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries. The tenth part of the paper is devoted to a review of the literature on the effects of the 1997 Asian financial crisis on the economies of the Asian countries.

Handelskriege, nicht ohne weil die Regierung ihrer Aufgabe willen zwischen simpler Verwaltungstätigkeit tritt, sondern, dass auch an den Fiskus selbst Untersuchungen Platz finden, indem auch, weil ohne Kenntnis der Verwaltungstätigkeit das auf bestimmten festgesetzte Einkommen nicht genau bekannt werden kann (4). 2) Geschichte und Statistik, I, §. 23. 24. Die Geschichte des Finanzwesens ist in die der Staaten von Sachsen und muß in ihrer Zusammenhang mit den allgemeinen Veränderungen im Staatlichen betrachtet werden. Es ist nur ist die in einem gewissen Zeitpunkt herrschend gesetzte Beschaffenheit von dem Umfang der gesellschaftlichen Wohlthat, hat die Macht der Regierungen, auch die Verfassung über ihre Verfassung ausgeht, hat die fremde Einfluß auf die Regierung, und die Umfang und die Beschaffenheit des Staatseinkommens regelt, auch wurde die Macht der Finanzverwaltung häufig von Kriegen geleitet, welche in allgemeinen Staatserhöhen bestehen. Kennt man jedoch diese Verhältnisse, so gewinnt auch die abgeleitete Darstellung der Finanzgeschichte wegen der gelehrten dabei möglichen Ausführlichkeit vielen Nutzen. Unter den Gegenständen der Statistik ist nicht bloß die Beschreibung der Finanzwesen, sondern auch die Darstellung der volkreichhaltigen Verhältnisse jedes Staats, wegen der Ähnlichkeit der selben von dem Einfluss der Volkswirtschaft, nicht bloß, ja zur Erklärung und Aufklärung der Theorie kann notwendig (4). 3) Staatsrechtslehre, politische Kritik, ist, ein Theil der allgemeinen Staatslehre, welcher sich mit der Lösung nachfolgenden, in der Staatsverwaltung vorfindender Verwaltungszustände beschäftigt. Der Kreis der Gegenstände, bei welchen sich Aufschluß zu Verhandlungen ergibt, ist hinsichtlich geschlossen, sondern erweitert sich fortwährend. Für die Finanzgeschichte sind besonders die Verbindungen von volkreichem Nutzen (5).

(4) Die für den Finanzwesen wichtigsten Theile des selben sind in allgemeinen Grundsätzen (demokratischen Verfassung) enthalten: Th. v. Fels, §. 17, Die Staatsverwaltungslehre, Wien, 1843.

(5) „Was sagt die Natur regieren die Welt. Und aber ist groß, Jähren folgen, wie sie regiert wird.“ Gedichte von Schumann.



die Wohlhabenheit des Volkes, die äußere Stellung des Staates u. dgl.

§. 17.

III. Es war auch öfters die Schuld der bisherigen Theorie, wenn man sie nicht anwendbar fand, d. h. sie war noch unvollkommen und ihre Lehren bedurften, wenn man sie in Vollzug zu bringen unternahm, noch einer Läuterung. Dieß war die Folge des jugendlichen Alters der ganzen politischen Oekonomie und des Umstandes, daß viele Bearbeiter dieser Wissenschaft ihre Sorgfalt und Vorliebe den volkswirtschaftlichen Grundlehren zugewendet hatten und in die Finanzwissenschaft weniger eingedrungen waren. Daher blieben manche schwierigere Theile derselben ungenügend durchdacht, es wurden hie und da aus einem zu beschränkten Kreise von Erfahrungen einseitige Schlüsse abgeleitet, es wurden Behauptungen, die nur in gewissen Beschränkungen wahr sind, mit zu großer Allgemeinheit aufgestellt, die drei Arten von obersten Grundsätzen (§. 14.) durchdrangen sich nicht immer gehörig, bald wurde das egoistisch-wirtschaftliche Princip auf Kosten des rechtlichen und volkswirtschaftlichen, bald eines der beiden letzteren mit Hintansetzung der übrigen einseitig verfolgt, endlich sind über manche Arten von Finanzgeschäften noch gar keine wissenschaftlichen Betrachtungen angestellt worden (a). Je glücklicher man in der Vermeidung dieser Klippen seyn, und je mehr sich der Vorrath belehrender Erfahrungen anhäufen wird, desto fester muß auch das allgemeine Vertrauen auf die Theorie wurzeln (b).

(a) Wo dieß noch nicht geschehen ist, da ist man leicht geneigt, sogar die Möglichkeit oder doch die Fruchtbarkeit einer systematischen Behandlung in Zweifel zu ziehen und die Gegenstände in das Gebiet wechselnder, besonderer Regeln zu verweisen. Wie aber die Wissenschaft mehr gepflegt wird, zieht sie auch mehr solcher Ungelegenheiten in ihren Bereich.

(b) Vergl. v. Jakob Finanzwissenschaft. I. Vorrede. — v. Malchus, Handb. I. Vorrede. — Daß Theoretiker, welche sich nicht zur vollen Höhe der Wissenschaft ihrer Zeit erhoben hatten, durch ihre unreifen Aussprüche den Geschäftsmännern Stoff zu gerechtem Tadel gaben und hierdurch ein Vorurtheil gegen die Theorie selbst veranlaßten, ist bekannt. — Jacob a. a. O. unterscheidet 1) den reinen Theoretiker, der sich bloß an das Allgemeine hält, 2) den praktischen Theoretiker, der die Anwendung der Theorie auf wirk-

liche Fälle lehrt, 3) den theoretischen Praktiker, 4) den bloßen Praktiker, Routinier.

§. 18.

Wie die gesammte politische Oekonomie (I, S. 26.), so ist insbesondere die Finanzwissenschaft von unzweifelhaftem Nutzen 1) für den Beamten in jedem Zweige der Finanzverwaltung. Manche dieser Zweige wurden früherhin bloß nach den besonderen Kunstregeln, z. B. der Forstwissenschaft, des Bergbaues, des Post-, Münz-, Pottowesens etc. behandelt, in unserem Zeitalter aber verbreitet sich mehr und mehr die Ueberzeugung, daß diese technischen Kenntnisse nicht genügen, und daß man auf die allgemeinen finanzwissenschaftlichen Lehrsätze zurückgehen muß, um jeden dieser Geschäftszweige ganz zweckmäßig zu gestalten; 2) für den Justiz- und Polizeibeamten, weil bei vielen Rechtsstreitigkeiten (z. B. fisciatischen) und Vergehen die Begriffe und Einrichtungen des Finanzwesens maßgebend sind, und weil manche Staatsanstalten die Zwecke der Volkswirtschaftspflege (Wohlstandspolizei) und der Regierungswirtschaft zugleich betreffen, also beide Gebiete berühren, S. 13 (a). 3) für den Bürger, welcher die Ereignisse seiner Zeit begreifen will, oder auch in Gemeindeämtern, auf Provincial- und Landtagen zu einer öffentlicher Wirksamkeit berufen ist (b).

(a) Cassenvisitationen und Sportelwesen bringen ebenfalls den Gerichtsbeamten mit Finanzgeschäften in Berührung.

(b) Die Wirthschaft einer Gemeinde (Kämmereiwesen) ist in vielen Stücken als ein Finanzwesen im verjüngten Maasstabe, in anderen Punkten dagegen als eine sehr ausgedehnte Privatwirthschaft anzusehen.

§. 19.

Die Geschichte der Finanzwissenschaft ist von der Geschichte des Finanzwesens zu unterscheiden, obgleich beide in vielfachen Beziehungen zu einander stehen und oft Ereignisse in der einen aus Ursachen, die in der andern liegen, hergeleitet werden müssen. In der früheren Zeit, wo es noch keine finanzwissenschaftliche Literatur, d. h. kein geordnetes Nachdenken über Gegenstände des Staatshaushaltes, kein Zurückgehen auf oberste Grundsätze gab, läßt sich nur aus den Finanzeinrichtungen der Staaten auf die Vorstellungen und Regeln schließen, nach denen

11

wesens betrachtete. Daß in den wirklichen Staaten höchst unvollkommene Steuerwesen zog noch wenig Nachdenken auf sich, und die Lehre von den Staatsausgaben fiel fast ganz hinweg, weil es an leitenden staatsrechtlichen Sätzen fehlte. Doch rangen deutsche Schriftsteller, von einem richtigen Gefühle geleitet, eifrig nach Ordnung, Gerechtigkeit und Schonung, obgleich sie dieses Streben nicht methodisch zu begründen vermochten (c).

- (a) J. B. Gregor. Tholozanus, De republica, im 3. Buche. Dieses Buch wurde mehrmals abgedruckt, u. a. Francof. 1642. 4. Und in f. Bibliotheca politico-heraldica, 1705, S. 97, erwähnt eine Ausgabe von 1597, Francof., welche vermuthlich noch nicht die älteste ist. Naudé (Bibliographia politica, Hal. 1712, S. 28) schildert den Verf. richtig: omnia ingerit et pauca digerit; vgl. Rau, Primae lineae historiae politicae, S. 32. — Jo. Bodinus (Bodin), De republica, Lib. 6. cap. 2, zuerst franzöf. 1577, dann latein. 1586 und öfter. Der Verf. dieses merkwürdigen Werkes war neben seiner unermesslichen Gelehrsamkeit auch in Staatsgeschäften bewandert. — M. Z. Boxhorn, Institutiones politicae, Lib. I. cap. 10 in dess. Varii tractatus politici, Amstel. 1643, S. 51 (kurz, aber bemerkenswerth), und viele Andere.
- (b) Besold, De aerario. Tubing. 1615. 4. — Klock, De aerario, Norimb. 1651. und 2. Ausg. v. Peller, 1671 fol., weitschweifig und gedankenlos.
- (c) W. E. von Seckendorf, Der deutsche Fürstenstaat, 1656 und öfter; 3. Theil. — v. Schröder, Fürstliche Schatz- u. Rentenkammer, 1686 u. ö. — Die Mémoires von Sully, f. I, S. 32.

§. 21.

II. Uebergang zu einer wissenschaftlichen Behandlung. Im 18. Jahrhundert wurden die schriftstellerischen Arbeiten auf diesem Gebiete mit besserem Erfolge fortgesetzt. Ohne von neuen und großen Ideen durchdrungen zu werden, gewann doch die Finanztheorie sowohl eine bessere Anordnung, als eine sorgfältigere Ausführung, und schloß sich näher als bisher an die Staatswissenschaft an. Dieß geschah vorzüglich in Deutschland durch die Entstehung und Ausbildung der Kameralwissenschaft, weil in diesem Inbegriffe der für einen Beamten in der sog. inneren Verwaltung dienlichen Kenntnisse die Finanzwissenschaft eine wichtige Stelle erhielt, mit ihren Hülfslehren in Verbindung gesetzt und vielfältig durchdacht wurde (a). Die besseren Schriften dieses Zeitraumes (b) sind noch jetzt brauchbar, vorzüglich darum, weil sie die in der

die Fortschritte der Philosophie in Deutschland und die von der französischen Staatsumwälzung angeregten staatswissenschaftlichen Untersuchungen eine Aufhellung der staatsrechtlichen Begriffe und Lehrsätze zur Folge hatten und so auch von einer anderen Seite der Finanzwissenschaft vorgearbeitet wurde. Diese gewann hiedurch zuerst eine feste systematische Gestaltung, und es bereitete sich in Folge dieser Vervollkommnung der Wissenschaft ein Umschwung der Praxis vor, der noch im Gange ist und lange nicht beendet sein wird.

§. 23.

Die vielen Bearbeitungen der politischen Oekonomie seit Adam Smith (a) erstreckten sich immer auch in das Gebiet des Finanzwesens, inzwischen wurde dasselbe in vielen Werken jener Art, hauptsächlich in den nichtdeutschen, nicht vollständig vorgetragen, sondern vorzüglich in der Absicht herbeigezogen, um volkswirthschaftliche Lehren darauf anzuwenden und dadurch zu erläutern. Man beschränkte sich dabei meistens auf eine allgemeine Betrachtung des Steuerwesens und der Staatsausgaben, die man bei der volkswirthschaftlichen Lehre von der Consumption einschaltete. In Deutschland, wo die Finanzwissenschaft schon früher als eine besondere Wissenschaft behandelt worden war, fanden sich viele Schriftsteller bewogen, die zusammenhängende und vollständige Darstellung derselben beizubehalten und sie als einen der drei Haupttheile der politischen Oekonomie in das System dieser Wissenschaft einzureihen (b). Oefters wurde sie auch ganz ausschließlich abgehandelt (c). Diese bis jetzt in anderen Ländern nicht nachgeahmte Methode hat die Ausbildung der Finanzwissenschaft sehr befördert. In den Werken über die ganze Staatswissenschaft oder die Staatsklugheitslehre (Politik im Sinne der Neuern) wurde die Finanzwissenschaft nur in Umrissen vorgetragen, doch nicht ohne Gewinn für die Anwendung staatsrechtlicher Grundsätze (d). Die Untersuchungen über einzelne Gegenstände des Staatshaushaltes in sehr zahlreichen Schriften von größerem oder geringerem Umfange lieferten nützliche Ausbeute zur Läuterung und Vervoll-







- Bailey, *Exposé de l'administration générale et locale des finances de la commune* (ent de la Gr. Brit. et d'Irlande, Par. 1812. II. (1812. gal.)
 Pörsner, *The Progress of the nation* III. 1812. 42.
 5) *Prestrich*.
 Encyclopédie méthodique, Finances, Paris et Liège, 1786. 18. Teil 47. (Die Staatslage nach Abgang des Reichs nach der vollständigen Kritik der ökonomischen Wissenschaften.)
 Becker, *De l'administration des finances de la France*, Paris 1788. 88 u. 48er.
 Mehl, *Lehrbuch der französischen Staatsverfassung*. Braun-
 schweig, 1800—01. II. B. (mit L. B. Scherz.)
 Scherz, *Lehrb. der öffentl. Rechtswiss.* Braunschweig, Berl. 1817.
 Guille, *La science des finances* P. 1812. (gegen Guille's
 Darstellung.)
 Traité de l'impôt (Gendin), Marseilles II. 1818.
 de Gérando, *Essai sur les devoirs administratifs français*. II.
 B. par Paris, IV. gang. P. 1820.
 Rapport au Roi sur l'administration des finances. P. 1820. (von
 A. Schiffer, mit H. Zacher u. einer Sammlung von Ver-
 ordnungen, vollständig beigelegt.) 4.
 Mémoires de Schelling, *De la fortune publique en*
France. Paris 1825. 8. VI B.
 Claubert, *Verfassung der franz. Finanzen von 1810—11*.
 Straßb. 1818.
 Marquis d'André, *Essai sur les revenus publics*. Paris,
 1818.—*Ess. système financier de la France*. P. 1818. II. B.
 6) *Richardson*.
 (Claubert) *Lehrbuch der öffentl. Finanzen* III.
 1812. Berlin, 1812. — *Lehrb. öffentl. Verfassung*
 v. 1800—11. Straßb. 1812.
 7) *Wentz*.
 Canga Argentina, *Diccionario de hacienda*. Lond. 1808—
 11. V. B. (mit 21. 22.).
 Wenzel, *Der Nationalökonom, die Finanzen und die Staats-
 schatzung nach A. Wentz, nach den Quellen*. Straßb. 1812.
 8) *Wenzel*.
 Bericht an den Reichstag über die Staatsschuld nach dem
 10. Märzverordnungs vom 1810—1811, von A. Wenzel, 1811.
 Wenzel, *Lehrb. der Finanzen* III. B. nach A. Wenzel, II.
 v. 9. B.
 Wenzel, *Der Nationalökonom der Staatsschuld*, Straßb.
 1817.
 Wenzel, *Lehrb. der öffentlichen Finanzen* über die
 10. Märzverordnungs.
 9) *Wenzel* *Wenzel* *Wenzel*.
 Cohen, *Compendium of finance*. Lond. 1812.
 John Wenzel, *Commercial statistics* II. B. Lond. 1817.

Erstes Buch.

Staatsausgaben.

I. Abschnitt.

Allgemeine Betrachtung der Staatsausgaben.

§. 24.

Der Staatsaufwand oder der Inbegriff der Staatsausgaben ist die gesammte, von der Regierung vorgenommene Verwendung von Sachgütern für Zwecke des Staates. Er kann unter verschiedenen allgemeinen Gesichtspuncten betrachtet werden.

1) Art, die Staatsausgaben in Anschlag zu bringen. Wie die Staatseinkünfte aus genau bestimmten Gütermengen bestehen, so kommen auch bei den Staatsausgaben durchgängig ausbedungene, oder sonst irgendwie bemessene Vergütungen der verschiedenen, für gesellschaftliche Zwecke veranstalteten Leistungen vor. Das Finanzwesen bewegt sich also wie eine Privatwirthschaft (I, §. 63.) hauptsächlich in dem Gebiete der Preise und hängt von dem jedesmaligen Stande derselben bei seinen Ausgaben und Einnahmen ab, obschon auch der Werth der Dinge bei jedem von der Regierung zu veranstaltenden Gebrauche derselben sorgfältig in Betracht gezogen werden muß (I, §. 65 — 67), und aus dem bloßen Geldbetrage der Staats-

ausgaben ohne die Kenntniß der durch sie angedeuteten Werthmenge und des mit ihnen zu bewirkenden Erfolges sehr wenig zu ersehen sein würde. Dieß zeigt sich deutlich, wenn man den Finanzzustand mehrerer Länder vergleicht, in denen die Geldpreise der Dinge verschieden sind.

§. 25.

2) Bestandtheile der Staatsausgaben. Ursprünglich, in der Kindheit der Regierungswirtschaft, mußten geradezu solche Sachgüter, wie sie für die Zwecke der Regierung erforderlich waren, von derselben erworben und aufgewendet werden; sogenannte Naturalausgaben. Nach der Einführung des Geldes trat dieses auch im Finanzwesen immer häufiger vermittelnd hinzu, so daß heutiges Tages der größte Theil des Staatsaufwandes zunächst in Geldausgaben besteht, auf welche in vielen Fällen die Widmung einer damit angeschafften Menge anderer Sachgüter für einen gewissen Staatszweck folgt. Wo noch bisweilen einzelne Güter ohne Vermittelung des Geldes in den Besitz der Regierung gelangen und unmittelbar verwendet werden (a), da pflegt man dennoch ihren Betrag nach Preisen anzuschlagen und in die Geldrechnung aufzunehmen, wodurch sich das Ergebniß derselben im Ganzen nicht abändert und das der einzelnen Einnahme- und Ausgabezweige richtiger darstellt.

(a) z. B. Holz aus den Staatswaldungen wird in den öffentlichen Berg- und Hüttenwerken, Eisen aus diesen in den Waffenfabriken verarbeitet, Behentgetreide an das Militär abgeliefert u. dgl.

§. 26.

3) Der nächste Gegenstand der Ausgaben kann in der Belohnung und Unterhaltung einer Arbeit, oder in einer Pacht- oder Zinsrente, der Abtragung einer älteren Verbindlichkeit, in der Bezahlung eines gekauften oder bestellten Sachgutes u. dgl. bestehen. Man pflegt zwar insgemein die Ausdrücke Staatsaufwand und Staatsverzehrung (Staatsconsumtion) für gleichbedeutend anzunehmen, allein dieß ist nicht ganz richtig; theils nämlich wird eine aus der Staatscasse erhaltene Summe

von dem Empfänger nicht notwendig ganz verzehrt, sondern oft theilweise zurückgelegt, wie z. B. bei den Schuldenzahlungen sogar vollständig und regelmäßig geschieht. — Steht tritt bei solchen Ausgaben, die zur Erwerbung eines Nachgutes gemacht werden, bei der aufgewendeten Summe ein neuer Verbrauch in das Staatsvermögen ein, und wenn dieser von längerer Dauer ist, z. B. bei Gebäuden, Straßen, Brücken, so besteht der Aufwand eigentlich nur darin, daß eine gewisse Gütermenge eine besondere Bestimmung für einen einzelnen Zweck erhält, wobei sie dem Staame des Staatsvermögens unentgeltlich einverleibt, und allen anderen Arten der Vererbung entzogen wird.

4) Zweck der Ausgaben. Der gemeinwärtige Erfolg derselben wirkt a) unmittelbar bewirkt, wenn sie geradezu irgend einem in den Staatsvermögen liegenden Vortheil für die Staatsbürger zu Wege bringen. Eine Ausgabe ist nämlich, wenn dieser Vortheil bei der Aufzählung von Nachgütern liegenden Dinge ist überträgt (I, §. 333); — oder b) mittelbar, wenn die Ausgabe zunächst nur einen Vortheil für die Regierungswirtschaft gewährt, also zur Erlangung von Staatseinkünften dient. Welche Ausgaben, die man überhaupt machen kann, müssen als Kosten bei uns dann in Verbindung stehenden Einkünfte angesehen werden (I, §. 73), und lassen, wenn sie von diesen abgezogen werden, den reinen Ueberschuss bestehen übrig. Doch kann hier, wegen der Unschärfeigkeit zahlreicher Rücksichten, die Bestimmung des größten Kleinwerts nicht so unbedingt, wie in der Privatwirtschaft, beabsichtigt werden.

§. 27.

5) Wirkung der Ausgaben in der Volkswirtschaft. Hierbei man die nationalökonomische Untertheilung der productiven und unproductiven Beschäftigung (I, §. 321. 322.) auf die Staatsausgaben an, so ergibt sich Folgendes:

- a) Manche Zweige des Staatsaufwandes sind unmittelbar hervorbringend, indem nämlich die Regierung selbst gewisse Zweige der Volkswirthschaft auf eigene Rechnung

betreibt, theils zu den von den Bürgern getriebenen Stoffarbeiten mitwirkt, z. B. bei der Anlegung von Erbstollen (II, §. 42.), bei der Urbarmachung (II, §. 103.) u. dgl. Die so verwendeten Gütermassen sind wahre Capitale.

- b) Ein dem Wohlstande des Volkes nicht minder förderlicher mittelbar productiver Aufwand (I, §. 105 ff.) findet statt bei mancherlei vom Staate ausgehenden Beförderungsmitteln der Stoffarbeiten und des Handels, ferner bei der Veranstaltung von persönlichen Diensten (I, §. 107.), welche, indem sie die Sicherheit im Staate oder die Bildung des Volkes unterstützen, dadurch den Erfolg der unmittelbar productiven Kraftäußerungen desselben verstärken. Ohne die Rückwirkung auf die Stoffarbeiten einzeln verfolgen zu können, darf man doch mit Entschiedenheit annehmen, daß fast jeder wahrhaft nützliche, von irgend einer Seite die Wohlfahrt des Staates erhöhende Staatsaufwand auch einen näheren oder entfernteren mittelbaren Einfluß auf die Gütererzeugung äußert, weil hier Alles organisch zusammenwirkt, und der Bürger nur in einem gut eingerichteten Staate seine Nahrungsgeschäfte mit Lust und vollständigem Erfolge betreiben kann. Das Mehr oder Weniger dieses Einflusses auf die Stoffarbeiten entscheidet übrigens nicht allein über die Nützlichkeit der Staatsausgaben, weil der Staat nicht bloß wirthschaftliche Zwecke hat.
- c) Ganz unproductiv würde meistens nur derjenige Staatsaufwand sein, welcher gar keine gemeinnützige Wirkung äußerte und daher unbedingt verwerflich wäre.

§. 28.

6) Größe des Aufwandes in Vergleich mit seiner Wirkung. Der Grundsatz der Sparsamkeit, welcher in jeder Wirthschaft, also auch in dem Finanzwesen die Hauptregel für die Ausgaben bildet und aus der Rücksicht auf die Beschränktheit des Vermögens und Einkommens im Vergleich mit dem großen Umfange der Bedürfnisse entspringt, fordert eine ver-



§. 30.

Das Irrige dieser Vorstellungen liegt hauptsächlich darin, daß die Wichtigkeit des Geldumlaufes zu hoch angeschlagen (I, §. 255. 256.), und dagegen die wirkliche Verzehrung sachlicher Güter nicht genug beachtet wird. Wenn auch die in die Staatscasse gelangten Geldsummen wieder durch Ausgaben in die Hände Einzelner gelangen, so geschieht dieß nicht ohne eine bedungene Gegenleistung, jeder Bürger aber muß die Gütermenge entbehren, deren Geldbetrag er dem Staate entrichtet, und der von der Regierung veranstaltete Verbrauch von Gütern tritt an die Stelle einer für Privatzwecke vorgenommenen Verzehrung. Es ist auf keine Weise zu besorgen, daß bei geringeren Staatsausgaben überhaupt bedeutend weniger consumirt werden würde (a), denn die Bürger würden den Theil ihrer Einkünfte, den ihnen die Regierung übrig läßt, immer zu ihrem Nutzen anwenden, und sogar die als Capitale angelegten Güter dienen unmittelbar oder mittelbar zum Ankauf von Waaren, I, §. 338. 339.

(a) Der Unterschied könnte höchstens so viel betragen, als die Einzelnen der Staatslasten willen mehr arbeiten und erwerben, um dieselben mit geringerer Beschränkung ihres Gütergenusses tragen zu können, §. 268.

§. 31.

Die Staatsausgaben als solche, abgesehen von der Art ihrer Anwendung für nützliche Anstalten und Einrichtungen, können demnach offenbar weder die Production noch den Absatz der Erzeuger im Ganzen vergrößern, sondern nur bewirken, daß der Verbrauch sich auf andere Gegenstände richtet und an anderen Orten erfolgt, als es außerdem der Fall sein würde. Kommt nun der Staatsaufwand in dieser Hinsicht der Privatverzehrung gleich, so muß er, wenn er ohne wahres Bedürfniß vorgenommen wird, als höchst verwerflich erscheinen, weil dann ein Theil der Bürger durch die Last der Staatsabgaben zu schweren Entbehrungen genöthiget, ein anderer Theil derselben wenigstens von der nützlichen Anlegung seines reinen Einkommens abgehalten wird, ohne daß diese Nachtheile in obiger Voraussetzung

auf andere Weise vergütet würden (a). Es kann nicht als die Aufgabe der Staatsverbindung betrachtet werden, einzelne Gewerbsleute oder Lohnarbeiter auf Kosten der Gesamtheit in Nahrung zu setzen, weshalb es nicht fortwährend, sondern nur in schwierigen Umständen, z. B. bei einer Theuerung oder einer großen Stockung von Gewerben, zu billigen ist, daß man auf Staatskosten Arbeiten anordnet, die bloß zur Beschäftigung nahrungloser Menschen bestimmt sind, und selbst dann hat man darauf zu sehen, daß zugleich Werke von dauerndem Vortheile zu Stande gebracht werden, II, S. 347.

(a) Say, Darst. der Nat. Oekon. II, 288. Handbuch, V, 94. — Storch, Handb. der Nationalw., III, 64. — Destutt de Tracy, Commentar über Montesquieu, deutsch von Morstadt, II, 8.

§. 32.

Folgerungen aus dem Grundsatz der Sparsamkeit:

- 1) Es darf keine Ausgabe ohne einen in der Bestimmung des Staates liegenden, d. i. dem Gemeinwohle angehörenden Zweck, also für irgend eine Privatabsicht oder bloße Privatvortheile vorgenommen werden (a).
 - 2) Man darf auf minder wichtige Zwecke keine Summe verwenden, welche zur Bestreitung einer dringenderen Ausgabe nöthig ist. Ueberhaupt soll wegen der Unmöglichkeit, für alles Nützliche in einem gegebenen Augenblicke zureichende Mittel zu finden, eine solche Gleichförmigkeit in den verschiedenen Regierungszweigen beobachtet werden, daß gleich wichtige Zwecke zugleich besorgt werden und leichter verschiebliche Ausgaben erst nach der Deckung der nothwendigeren an die Reihe kommen (b). Der Grad von Dringlichkeit wird aus der Stärke des aus der Unterlassung erwachsenden Nachtheiles bemessen, wobei man nicht bloß auf die nächsten Folgen blicken darf.
 - 3) Jede einzelne Ausgabe muß, soweit keine andere Rücksicht es verbietet, so eingerichtet werden, daß die beabsichtigte Wirkung mit den geringsten Kosten zu Stande gebracht wird.
- (a) Hieraus kann z. B. die Verwerflichkeit der Sinecuren, d. h. der Amtsstellen mit Besoldungen ohne Dienstgeschäfte, beurtheilt werden. Großbritannien hat eine Menge von Sinecuren, die erst

in the reaction with substituted cycloalkanes. *Chem. Abstr.* 1961, 56: 10400. See also 10401, 10402, 10403, 10404, 10405, 10406, 10407, 10408, 10409, 10410, 10411, 10412, 10413, 10414, 10415, 10416, 10417, 10418, 10419, 10420, 10421, 10422, 10423, 10424, 10425, 10426, 10427, 10428, 10429, 10430, 10431, 10432, 10433, 10434, 10435, 10436, 10437, 10438, 10439, 10440, 10441, 10442, 10443, 10444, 10445, 10446, 10447, 10448, 10449, 10450, 10451, 10452, 10453, 10454, 10455, 10456, 10457, 10458, 10459, 10460, 10461, 10462, 10463, 10464, 10465, 10466, 10467, 10468, 10469, 10470, 10471, 10472, 10473, 10474, 10475, 10476, 10477, 10478, 10479, 10480, 10481, 10482, 10483, 10484, 10485, 10486, 10487, 10488, 10489, 10490, 10491, 10492, 10493, 10494, 10495, 10496, 10497, 10498, 10499, 10500, 10501, 10502, 10503, 10504, 10505, 10506, 10507, 10508, 10509, 10510, 10511, 10512, 10513, 10514, 10515, 10516, 10517, 10518, 10519, 10520, 10521, 10522, 10523, 10524, 10525, 10526, 10527, 10528, 10529, 10530, 10531, 10532, 10533, 10534, 10535, 10536, 10537, 10538, 10539, 10540, 10541, 10542, 10543, 10544, 10545, 10546, 10547, 10548, 10549, 10550, 10551, 10552, 10553, 10554, 10555, 10556, 10557, 10558, 10559, 10560, 10561, 10562, 10563, 10564, 10565, 10566, 10567, 10568, 10569, 10570, 10571, 10572, 10573, 10574, 10575, 10576, 10577, 10578, 10579, 10580, 10581, 10582, 10583, 10584, 10585, 10586, 10587, 10588, 10589, 10590, 10591, 10592, 10593, 10594, 10595, 10596, 10597, 10598, 10599, 10600, 10601, 10602, 10603, 10604, 10605, 10606, 10607, 10608, 10609, 10610, 10611, 10612, 10613, 10614, 10615, 10616, 10617, 10618, 10619, 10620, 10621, 10622, 10623, 10624, 10625, 10626, 10627, 10628, 10629, 10630, 10631, 10632, 10633, 10634, 10635, 10636, 10637, 10638, 10639, 10640, 10641, 10642, 10643, 10644, 10645, 10646, 10647, 10648, 10649, 10650, 10651, 10652, 10653, 10654, 10655, 10656, 10657, 10658, 10659, 10660, 10661, 10662, 10663, 10664, 10665, 10666, 10667, 10668, 10669, 10670, 10671, 10672, 10673, 10674, 10675, 10676, 10677, 10678, 10679, 10680, 10681, 10682, 10683, 10684, 10685, 10686, 10687, 10688, 10689, 10690, 10691, 10692, 10693, 10694, 10695, 10696, 10697, 10698, 10699, 10700, 10701, 10702, 10703, 10704, 10705, 10706, 10707, 10708, 10709, 10710, 10711, 10712, 10713, 10714, 10715, 10716, 10717, 10718, 10719, 10720, 10721, 10722, 10723, 10724, 10725, 10726, 10727, 10728, 10729, 10730, 10731, 10732, 10733, 10734, 10735, 10736, 10737, 10738, 10739, 10740, 10741, 10742, 10743, 10744, 10745, 10746, 10747, 10748, 10749, 10750, 10751, 10752, 10753, 10754, 10755, 10756, 10757, 10758, 10759, 10760, 10761, 10762, 10763, 10764, 10765, 10766, 10767, 10768, 10769, 10770, 10771, 10772, 10773, 10774, 10775, 10776, 10777, 10778, 10779, 10780, 10781, 10782, 10783, 10784, 10785, 10786, 10787, 10788, 10789, 10790, 10791, 10792, 10793, 10794, 10795, 10796, 10797, 10798, 10799, 10800, 10801, 10802, 10803, 10804, 10805, 10806, 10807, 10808, 10809, 10810, 10811, 10812, 10813, 10814, 10815, 10816, 10817, 10818, 10819, 10820, 10821, 10822, 10823, 10824, 10825, 10826, 10827, 10828, 10829, 10830, 10831, 10832, 10833, 10834, 10835, 10836, 10837, 10838, 10839, 10840, 10841, 10842, 10843, 10844, 10845, 10846, 10847, 10848, 10849, 10850, 10851, 10852, 10853, 10854, 10855, 10856, 10857, 10858, 10859, 10860, 10861, 10862, 10863, 10864, 10865, 10866, 10867, 10868, 10869, 10870, 10871, 10872, 10873, 10874, 10875, 10876, 10877, 10878, 10879, 10880, 10881, 10882, 10883, 10884, 10885, 10886, 10887, 10888, 10889, 10890, 10891, 10892, 10893, 10894, 10895, 10896, 10897, 10898, 10899, 10900, 10901, 10902, 10903, 10904, 10905, 10906, 10907, 10908, 10909, 10910, 10911, 10912, 10913, 10914, 10915, 10916, 10917, 10918, 10919, 10920, 10921, 10922, 10923, 10924, 10925, 10926, 10927, 10928, 10929, 10930, 10931, 10932, 10933, 10934, 10935, 10936, 10937, 10938, 10939, 10940, 10941, 10942, 10943, 10944, 10945, 10946, 10947, 10948, 10949, 10950, 10951, 10952, 10953, 10954, 10955, 10956, 10957, 10958, 10959, 10960, 10961, 10962, 10963, 10964, 10965, 10966, 10967, 10968, 10969, 10970, 10971, 10972, 10973, 10974, 10975, 10976, 10977, 10978, 10979, 1

- [illegible]

11

Der Grundfag der Sparfamkeit wüßte nicht zu bestehen, wenn man, um ihn Stütze zu geben, solche Ausgaben anzuweisen oder zu billigen wüßte, von denen das Volk bei Staat und Privatstande nicht absehen könnte. Dieser Mißgriff würde verheerliche Folgen haben und könnte sogar die Unabhängigkeit des ganzen Staats gefährden. Nichts ist so leicht als zu sehen, daß die Ausgaben des Staats nicht so leicht zu beschränken sind, als die Ausgaben des Privatmanns. Die Ausgaben des Staats sind nicht so leicht zu beschränken, als die Ausgaben des Privatmanns. Die Ausgaben des Staats sind nicht so leicht zu beschränken, als die Ausgaben des Privatmanns.

- (a) Vergl. Farnell, *On Financial reform*, S. 10 f. „Eine Staatliche Bank ist gefordert, die Staatsgeschäfte des Landes zu regeln, wenn der Staat sich notwendig in ihrer eigenen Kassehaltung betätigen werden sollte. Eine Art von Copulation, Einführungen und gewöhnlichen Transaktionen wird zu sich annehmen“ u.



einer Ausgabe sich nicht genau voraussehen läßt, so daß der Uebernehmer, um sicher zu gehen, seine Forderung auf den irgend zu erwartenden höchsten Welauf gründen muß, so ist es besser, keine Summe im Ganzen zu bedingen, sondern nur die Preise jeder einzelnen Art von Leistungen zu verabreden, z. B. des Quadrat- oder Cubikfußes bei Bauten, oder der Verköstigung einer Person in Zuchthäusern. 3) Bei der Abschließung solcher Verträge muß man die Erfahrungen über den bisherigen Aufwand benutzen. 4) Man muß, wo es thunlich ist, das Mitwerben zu Hülfe nehmen, um sich die vortheilhaftesten Bedingungen zu verschaffen. Dies geschieht entweder durch mündliches Abbiethen und Zuschlag an den Wenigstfordernden, wobei leicht die Gefahr entsteht, daß man mit einem unfähigen oder unredlichen Unternehmer in Verbindung kommt, indem öfters die zuverlässigeren Mitbewerber von anderen unterboten werden, oder durch Annahme schriftlicher Forderungen (Submissionen, Soumissionen), wobei man dem Wenigstfordernden, wofern auch seine Persönlichkeit die gehörige Sicherheit gewährt, den Vorzug gibt (a).

(a) In Frankreich sind diese Submissionen allein gestattet. Genaue Vorschriften der hiebei zu beobachtenden Formen und Bedingungen gesammelt bei De Gerando, Droit administratif, IV, 268 (Straßenbau) und 343 (Civilbauten).

§. 36.

7) Verhältniß der Ausgaben zu dem Volkseinkommen. Durch die Sparsamkeit bei den einzelnen Ausgaben (§. 32) wird es möglich, den Staatsaufwand auch im Ganzen in denjenigen Gränzen zu halten, welche wegen der nothwendigen Schonung der Volkswirthschaft (§. 12) geboten sind. Dieser Aufwand wäre schon übermäßig, wenn er das ganze reine Volkseinkommen verschlänge, weil von diesem auch verschiedene nothwendige und nützliche Privatzwecke der Staatsbürger bestritten werden müssen (I, §. 250), er würde aber vollends für den Vermögenszustand des Volkes nachtheilig, wenn er das reine Einkommen noch überstiege, also neben den Gebrauchsvorräthen auch das Capital angriffe und somit die Gütererzeugung verminderte, I, §. 327. Wenn ungünstige Um-

stände in einem Staate eine solche Vergrößerung der Staatsausgaben verursachen, so darf der Druck solcher Lasten nicht lange dauern und man muß nach seiner Entfernung durch doppelten Fleiß und Sparsamkeit die entstandenen Lücken wieder ausfüllen.

§. 37.

Um diese Regel in Anwendung zu bringen, hat man sich öfters mit der Untersuchung beschäftigt, in welchem Zahlenverhältniß der Staatsaufwand verschiedener Länder zu dem rohen und reinen Einkommen des Volkes stehe und stehen könne (a). Diese Betrachtung wird künftig zu lehrreichen Ergebnissen führen können. Man wird vielleicht aus statistischen Thatsachen für einen gegebenen Staat ausmitteln, welchen Theil des Volkseinkommens die Regierung ohne Nachtheil ausgeben kann. Bis jetzt hat diese Forschung noch keine Früchte gebracht, denn die Berechnungen des Volkseinkommens (I, S. 245 ff.) sind noch so unvollkommen, daß von keinem einzigen Lande diese Größe mit einiger Zuverlässigkeit bekannt ist. Auch werden die Staatsausgaben nicht in allen Zeiten und Staaten einen gleichen Theil des reinen Volkseinkommens hinwegnehmen dürfen, weil die nöthigen anderen Verwendungen desselben für Privatbedürfnisse nicht immer die nämliche Ausdehnung haben, wobei auch zu erwägen ist, daß die ungleiche Art, die Staatseinkünfte aufzubringen, den nämlichen Betrag derselben bald mehr, bald weniger lästig für die Staatsbürger macht (b). Es bleibt daher für jetzt nichts übrig, als aus verschiedenen Kennzeichen sich darüber eine Vermuthung zu bilden, ob die Größe der Staatsausgaben und folglich der Staatseinnahmen den Wohlstand aller Volksclassen hemme oder vielmehr noch fortschreiten lasse.

(a) z. B. v. Sonnenfels, III, S. 30 ff.

(b) Hierzu kommt, daß man noch nicht über den Begriff des reinen Einkommens einig ist, ferner daß man zugleich darauf achten sollte, welche Lasten das Volk für Kirche, Gemeinde u. zu tragen hat u. dgl. Vgl. Eoz, Handb. III, 93.

§. 38.

8) Verwendungsart der Ausgaben in Bezug auf das Land. Es ist ohne Zweifel für die Volkswirtschaft

zuträglich, wenn der Staatsaufwand innerhalb des Landes geschieht, also einheimische Arbeiter und Unternehmer beschäftigt, einheimischen Capitalen und Grundstücken eine Rente trägt. I, §. 340. Daher haben schon ältere Schriftsteller den Satz aufgestellt, man solle die Staatsausgaben so einrichten, daß die Summen nicht außer Landes gehen, sondern dem inländischen Nahrungsstande zu Gute kommen (a). Doch ist diese Regel nur unter der Bedingung zulässig, daß a) der Zweck der Ausgabe darunter nicht leidet und diese auch nicht vergrößert zu werden braucht (b), oder b) daß, wenn die Verwendung im Inlande mehr kostet, dadurch ein Nebenvortheil erreicht wird und deshalb der Mehrbetrag auch als besondere Ausgabe zu rechtfertigen sein würde, z. B. als eine Prämie zur Ermunterung eines wichtigen und dieser Begünstigung bedürftigen Gewerbezweiges. Eine ähnliche Betrachtung läßt sich auch auf die einzelnen Gegenden eines Landes anwenden. Zwar ist es nicht ausführbar, daß gerade in jedem Landestheile die von ihm aufgebrachten Staatseinkünfte auch wieder verzehrt werden, weil über die Eide der Staatsanstalten andere Rücksichten entscheiden, auch ist es nicht nöthig, weil diejenigen Gegenden, welche mehr beitragen, als ihnen wieder zufließt, sich durch den Verkehr mit anderen Bezirken Ersatz verschaffen können. Dennoch muß jene Erwägung zu dem Streben ermahnen, die Vertheilung des Staatsaufwandes nicht zu ungleich zu machen und insbesondere die Hauptstadt nicht mehr, als es für eine kraftvolle Regierung nöthig ist, mit Staatsanstalten zu versehen (c).

(a) v. Justi, Staatsw. II, 482.

(b) z. B. Pensionen im Lande zu verzehren.

(c) Im Dep. Seine trugen 1846 die Staatseinkünfte (ohne Zölle) 129 Mill. Fr., die Staatsausgaben machten daselbst 527 Mill. aus. In 19 Dep. beliefen sich diese Ausgaben nicht voll auf $\frac{2}{3}$ der Einkünfte (nur 58 Proc. ders.); Cordier, Deput.-Kammer, 18. Mai 1846.

§. 39.

9) Eine Eintheilung der Staatsausgaben ist nach verschiedenen Gesichtspuncten möglich. Sieht man auf die Zeit des Eintretens des Bedürfnisses, für wel-

ches eine Ausgabe bestimmt ist, so ergibt sich folgende Unterscheidung (a):

a) **O r d e n t l i c h e** Ausgaben sind solche, welche im regelmäßigen Gange des Staatslebens jährlich oder doch in bestimmter Wiederholung vorkommen und einem fortdauernden Bedürfniß entsprechen. Man kann deshalb ihr Eintreten immer voraussehen und es ist nothwendig, zu ihrer Deckung Einkünfte von gleicher Fortdauer aufzusuchen.

b) **A u ß e r o r d e n t l i c h e** Ausgaben werden durch ein besonderes Bedürfniß eines einzelnen Zeitpunctes herbeigeführt. Sie sind bisweilen gleich den ordentlichen vorherzusehen, bald erscheinen sie ganz plötzlich; sie sind bisweilen auf ein Jahr beschränkt, bisweilen erstrecken sie sich auf mehrere Jahre. Solche Ausgaben sind für die Gleichförmigkeit im Staatshaushalte sehr störend, weil man die Einkünfte nicht beliebig und schnell nach der jedesmaligen Größe des Bedürfnisses zu erweitern vermag. So lange die außerordentlichen Ausgaben wenig betragen, kann man sich dadurch helfen, daß man einen Theil der Einnahmen als frei verwendbaren Hilfsvorrath (*Reservefonds*) in Bereitschaft hält; sind aber große Summen erforderlich, so müssen außerordentliche Hilfsmittel in Bewegung gesetzt werden (b).

(a) Vergl. v. Malchus, Finanzwiss. II, 55.

(b) Nach dem hannöv. Grundgesetz von 1833, § 143, sollte ein Reservecredit von 5 Proc. des ganzen Ausgabebudgets für außerordentliche Ausgaben zur Verfügung des Gesamtministeriums bereit gehalten werden.

§. 40.

Die Scheidung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, welche sogar staatsrechtliche Wichtigkeit haben kann (a), ist da mit einer besonderen Schwierigkeit verknüpft, wo viele einzelne Ausgaben in eine Classe fallen, deren Gesamtzweck fest steht, während die nächsten Gegenstände der Ausgaben von Jahr zu Jahr wechseln. So ist z. B. neben der ohne Zweifel ordentlichen aber unständigen Ausgabe für Baureparaturen sehr häufig ein neues Gebäude für den Staatsdienst aufzuführen, weil ein altes unbrauchbar wird, oder an einem gewissen

1. The first part of the document discusses the importance of maintaining accurate records of all transactions and activities. It emphasizes that proper record-keeping is essential for transparency and accountability, particularly in financial matters. The text outlines various methods for organizing and storing data, including digital databases and physical filing systems. It also mentions the need for regular audits and reviews to ensure the integrity of the information.

2. The second part of the document focuses on the role of communication in achieving organizational goals. It highlights the importance of clear and concise communication, both internally and externally. The text provides guidelines for effective communication, such as using appropriate language, listening actively, and providing feedback. It also discusses the benefits of open communication and how it can foster a collaborative work environment.

3. The third part of the document addresses the challenges of managing resources and time. It acknowledges that resource allocation is a complex task that requires careful planning and prioritization. The text offers strategies for managing resources efficiently, such as identifying key areas of focus and delegating tasks effectively. It also discusses the importance of time management and how it can be improved through various techniques and tools.

4. The fourth part of the document discusses the importance of continuous learning and development. It emphasizes that in a rapidly changing world, individuals and organizations must stay up-to-date with the latest trends and technologies. The text outlines various methods for learning, including formal education, on-the-job training, and self-directed learning. It also discusses the benefits of continuous learning and how it can lead to personal and professional growth.

5. The fifth part of the document addresses the challenges of maintaining a healthy work-life balance. It acknowledges that balancing work and personal life can be difficult, but it is essential for long-term success and well-being. The text provides tips and strategies for managing stress and maintaining a healthy lifestyle, such as exercising regularly, getting enough sleep, and taking breaks. It also discusses the importance of seeking support and how it can help individuals overcome challenges.

6. The sixth part of the document discusses the importance of ethical behavior and integrity. It emphasizes that ethical behavior is the foundation of a successful organization and that individuals must act with honesty and integrity at all times. The text outlines various principles of ethics and provides examples of ethical and unethical behavior. It also discusses the consequences of unethical behavior and how it can damage an organization's reputation.

7. The seventh part of the document discusses the importance of innovation and creativity. It emphasizes that innovation is the key to staying competitive in a global market and that individuals must think creatively and come up with new ideas. The text outlines various methods for fostering innovation, such as encouraging open communication, providing resources for experimentation, and rewarding creative ideas. It also discusses the benefits of innovation and how it can lead to new products and services.

form unverändert bleibt, nothwendig auch seiner Größe nach ziemlich fest stehen.

- 2) **R e g i e r u n g s a u s g a b e n**, welche von der höchsten Gewalt für die Beförderung der einzelnen Staatszwecke vorgenommen werden und unter dem Einflusse äußerer Umstände vielen Veränderungen unterworfen sind.

(a) Justi und viele Spätere, z. B. v. Jakob, II, 714 und Fulda, Handb. S. 21.

§. 43.

Der **R e g i e r u n g s a u f w a n d** kann weiter abgetheilt werden

- 1) **formell**, nach Art der überhaupt anzuwendenden Mittel, z. B. für Besoldungen, Gehalte der untergeordneten Bedienten, Gebäude, gemeinnützige Anstalten von mancherlei Art;
- 2) **materiell**, nach der Natur der einzelnen Staatszwecke, die unter gewisse Hauptzweige des Staatsdienstes (Ministerien) vertheilt zu sein pflegen. Es gibt theils allgemeine, alle öffentlichen Zwecke umfassende Oberbehörden, theils besondere, deren nächste Richtung geht
 - a) auf das Wohl der Staatsgesellschaft selbst, und zwar
 - α) auf die **Sicherheit** des Staates im Ganzen und seiner Mitglieder,
 - aa) im Innern des Staates (Ausgaben für das Justizwesen und die Sicherheits- oder eigentliche Polizei),
 - bb) im Verhältniß des Staates zu andern Staaten (Ausgaben für Militärwesen und auswärtige Verhandlungen),
 - β) auf den **Wohlstand** des Volkes (Ausgaben für die Volkswirtschaftspflege),
 - γ) auf die **Bildung** (Ausgaben für Schulen, Kirchen und andere Anstalten der Volksbildung),
 - b) auf den bloßen **Vortheil** der Regierung, nämlich die Versorgung derselben mit sachlichen Gütern (Ausgaben für das Finanzwesen).

II. A b s c h n i t t.

Einzelne Gegenstände des Staatsaufwandes.

§. 44.

Die nähere Betrachtung der Staatsausgaben führt, wie schon die Verhandlungen der ständischen Versammlungen über die Finanzpläne zeigen, zu einer Prüfung aller Staatseinrichtungen, und man könnte hierdurch in Versuchung gerathen, einen großen Theil der Staatsklugheitslehre in die Finanzwissenschaft hereinzuziehen (a). Dieß würde jedoch nicht bloß dem Zwecke derselben widerstreiten, sondern darum schädlich sein, weil dabei eine allseitige gründliche Untersuchung der Staatsverwaltungsgegenstände verhindert und der finanzielle Gesichtspunct zu sehr hervorgehoben würde. Um sich genau in den Gränzen der Finanzwissenschaft zu halten, muß man sich darauf beschränken, bei jedem Gegenstande der Staatsausgaben zu erforschen, wo sich in ihm Gelegenheit zeigt, die Grundsätze der Sparsamkeit ohne Verletzung anderer Rücksichten in Anwendung zu bringen.

(a) Wie es zum Theile von Krause geschehen ist, National- und Staatsökonomie, 2ter Theil.

1. Abtheilung.

Ausgaben aus der Verfassung.

§. 45.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in einem monarchischen Staate der Fürst auf ein seiner erhabenen Stellung ent-

sprechendes Einkommen aus Staatsmitteln Anspruch hat, und ebenso, dem Wesen der Erbmonarchie gemäß, seine Familie. Der hiezu bestimmte Theil des Staatsaufwandes bildet die Hofstaats- oder Hofausgaben. Die Bestreitung dieser Ausgaben aus Staatseinkünften ist jedoch da unnöthig, wo die fürstliche Familie, wie sie ursprünglich aus dem Ertrage eigenthümlicher Ländereien ihre Bedürfnisse bestritten hatte, so auch noch fortwährend sich im Eigenthume solcher Güter und Rechte befindet, die anerkanntermaßen jene Bestimmung haben. Diese Stammgüter des fürstlichen Hauses konnten da erhalten werden, wo die höchste Gewalt noch in der nämlichen Familie sich vererbt, aus deren Landbesitz und Gutsherrlichkeit sich ehemals die Landeshoheit entwickelt hat. Wo dagegen durch Umwälzungen und Wechsel der herrschenden Familie jene Stammgüter in das Staatseigenthum oder in Privathände übergingen, oder wo sie durch den Entschluß des fürstlichen Geschlechts in Staatsgut umgewandelt wurden (a), da trat die Verpflichtung des Volkes ein, den Bedarf des Hofes auf andere Weise zu decken.

(a) Vergl. unten §. 90. und Bollgraff, Systeme der prakt. Politik, IV, 506. Doch pflegt man in diesem Falle bei der Bestimmung der Hofausgaben darauf Rücksicht zu nehmen, was diese Güter dem Monarchen würden eingebracht haben, wenn er sie beibehalten hätte.

§. 46.

Die Erhaltung solcher Stammgüter des fürstlichen Hauses gewährt für dasselbe in der größeren Sicherheit des aus ihnen entspringenden Einkommens bei Unglücksfällen, und da, wo eine ständische Verfassung besteht, in der Unabhängigkeit von der Bewilligung der Landstände unverkennbare Vortheile. Indes hat man doch den Nutzen dieser Güter häufig überschätzt (a). Man glaubte, der Aufwand des Hofes, wie ausgedehnt er auch sein möge, verliere dadurch sein Anstößiges, daß er aus den eigenen Einkünften des Fürsten genommen wird; allein eine Verschwendung in diesen Ausgaben würde, besonders bei einem beengten Staatshaushalte, doch immer als ein Mißverhältniß angesehen werden, vorzüglich da nach dem deutschen Staatsrechte die erwähnten Familiengüter auch zugleich zur Bestrei-

zung von Regierungsaufgaben beabsichtigt sein sollten, vgl. §. 51. Da manchen Ministern, wie die Bundesräthe als ständiges Haupt gegeben, ist dennoch die Verrichtung einer Geschäft nichtig gewesen, entweder weil der Uebertrag von Bundesverhältnissen in die Staatskasse fehl, oder weil nicht bei der Unmöglichkeit zwar eine Zahlung (Kommerschätze) geben mußte (b). Die konstitutionelle Übertragung zur Verrichtung der Geschäftsaufgaben trägt dagegen bei, sich selbst in einem, den Geschäftsaufgaben nicht entsprechenden Range zu erhalten. Die Verordnungen über diesen Gegenstand sind zwar nicht in einer für die Sache sehr klaren vorliegenden Weise gegeben worden, allein wenn man sich auch bei der Frage von Geschäftsaufgaben ganz verhalten werden sollte, so müßte nicht so betrüblich sein, daß sie nicht für die verantwortlichen Geschäftsaufgaben gerichtet, und nicht würde die Gefahr einer übermäßigen Befehlsmacht sich verhalten. Denn man kann auch so, wo solche Güter nicht vorhanden sind, die geforderte Anweisung treffen, daß sie die Geschäftsaufgaben fortzusetzen eine aus dem Verträge bekannte Staatsgüter zu leisten können ausgeben wird (c).

(a) Vergl. v. Zedler, II, S. 508 B. — Zedlermann (Verf. d. 181) bemerkt, daß die Bundesräthe nicht ohne den Befehl einer bestimmten Behörde aus der Staatskasse verfügen.

(b) S. B. Verordn. Verordn. v. 1811, S. 16. (Sonderdruck: Verordn. v. 1811, S. 16.)

(c) In Preußen hatten die 1811, 1812, 1813, von dem Verträge der Bundesräthe für den Fall abgegeben, die im Budget nicht aufgeführt sind. — Nach dem neuen Verordn. von 1813, S. 116, 117, sollte die Bundesverwaltung, bei 1, 1811, 1812, von einem, ausgebenen und dem Minister zur freien Verfügung übergeben werden, und durch die ständige Verwaltung verwaltet sein. In Preußen wurde die Verwaltung der 1811, 1812, mit 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1818, 1819, 1820, 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826, 1827, 1828, 1829, 1830, 1831, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363, 3364, 3365, 3366, 3367, 3368, 3369, 3370, 3371, 3372, 3373, 3374, 3375, 3376, 3377, 3378, 3379, 3380, 3381, 3382, 3383, 3384, 3385, 3386, 3387, 3388, 3389, 3390, 3391, 3392, 3393, 3394, 3395, 3396, 3397, 3398, 3399, 3400, 3401, 3402, 3403, 3404, 3405, 3406, 3407, 3408, 3409, 3410, 3411, 3412, 3413, 3414, 3415, 3416, 3417, 3418, 3419, 3420, 3421, 3422, 3423, 3424, 3425, 3426, 3427, 3428, 3429, 3430, 3431, 3432, 3433, 3434, 3435, 3436, 3437, 3438, 3439, 3440, 3441, 3442, 3443, 3444, 3445, 3446, 3447, 3448, 3449, 3450, 3451, 3452, 3453, 3454, 3455, 3456, 3457, 3458, 3459, 3460, 3461, 3462, 3463, 3464, 3465, 3466, 3467, 3468, 3469, 3470, 3471, 3472, 3473, 3474, 3475, 3476, 3477, 3478, 3479, 3480, 3481, 3482, 3483, 3484, 3485, 3486, 3487, 3488, 3489, 3490, 3491, 3492, 3493, 3494, 3495, 3496, 3497, 3498, 3499, 3500, 3501, 3502, 3503, 3504, 3505, 3506, 3507, 3508, 3509, 3510, 3511, 3512, 3513, 3514, 3515, 3516, 3517, 3518, 3519, 3520, 3521, 3522, 3523, 3524, 3525, 3526, 3527, 3528, 3529, 3530, 3531, 3532, 3533, 3534, 3535, 3536, 3537, 3538, 3539, 3540, 3541, 3542, 3543, 3544, 3545, 3546, 3547, 3548, 3549, 3550, 3551, 3552, 3553, 3554, 3555, 3556, 3557, 3558, 3559, 3560, 3561, 3562, 3563, 3564, 3565, 3566, 3567, 3568, 3569, 3570, 3571, 3572, 3573, 3574, 3575, 3576, 3577, 3578, 3579, 3580, 3581, 3582, 3583, 3584, 3585, 3586, 3587, 3588, 3589, 3590, 3591, 3592, 3593, 3594, 3595, 3596, 3597, 3598, 3599, 3600, 3601, 3602, 3603, 3604, 3605, 3606, 3607, 3608, 3609, 3610, 3611, 3612, 3613, 3614, 3615, 3616, 3617, 3618, 3619, 3620, 3621, 3622, 3623, 3624, 3625, 3626, 3627, 3628, 3629, 3630, 3631, 3632, 3633, 3634, 3635, 3636, 3637, 3638, 3639, 3640, 3641, 3642, 3643, 3644, 3645, 3646, 3647, 3648, 3649, 3650, 3651, 3652, 3653, 3654, 3655, 3656, 3657, 3658, 3659, 3660, 3661, 3662, 3663, 3664, 3665, 3666, 3667, 3668, 3669, 3670, 3671, 3672, 3673, 3674, 3675, 3676, 3677, 3678, 3679, 3680, 3681, 3682, 3683, 3684, 3685, 3686, 3687, 3688, 3689, 3690, 3691, 3692, 3693, 3694, 3695, 3696, 3697, 3698, 3699, 3700, 3701, 3702, 3703, 3704, 3705, 3706, 3707, 3708, 3709, 3710, 3711, 3712, 3713, 3714, 3715, 3716, 3717, 3718, 3719, 3720, 3721, 3722, 3723, 3724, 3725, 3726, 3727, 3728, 3729, 3730, 3731, 3732, 3733, 3734, 3735, 3736, 3737, 3738, 3739, 3740, 3741, 3742, 3743, 3744, 3745, 3746, 3747, 3748, 3749, 3750, 3751, 3752, 3753, 3754, 3755, 3756, 3757, 3758, 3759, 3760, 3761, 3762, 3763,

I. Der Staat sollte nicht in die einfache und sparsame Lebensweise einer bürgerlichen Familie verlegt werden, er bedarf eines reichlichen Einkommens (a), theils damit sich seine Mächte durch den finanziellen Aufwand einer nicht bloß äußerlichen, sondern geistlichen und geistigen Umgestaltung auch äußerlich kund geben (b), theils um Funktionen der Wohlthätigkeit über zu können, in denen seine Verantwortlichkeit einen hohen weiteren Spielraum haben muß, je mehr bei dem eigentlichen Regierungsgeschäften wegen ihrer heutigen Wichtigkeit und der Verantwortlichkeit der Minister vieles überlassen werden muß. Durch Einkünfteanlagen, nützlich ausgeführt, würden sowohl viele Familien unabhängig machen und können hohen ohne Nachtheil zur Almosen eintreten.

(a) H. Thiers, 1. Buch 1. Cap. 1. Mittel.

(b) Das Reich wird sehr viel zu Almosen zu.

§. 45.

II. Gerade der Umstand jedoch, daß im Einklang des Aufwandes eine ängstlich berechnete Sparsamkeit nicht möglich durchgeführt werden kann, hat, wie die Erfahrungen immer und neuer Zeit beweisen, sehr oft eine Verschwendung veranlaßt, welche für die Volkswirthschaft die heurighen Folgen äuferte (a). Es ist daher eine Beschränkung dieses Aufwandes im Ganzen notwendig, die im Reinen und in vieler mehr hohen Einkünften weiter gehen muß, als in andern. Die Einrichtungen der europäischen Stäte lassen eine bedeutende Verminderung zu. Was als unabweislicher Bedarf (minimum) anzusehen sei, läßt sich einigermaßen aus der Vergleichung mit den Einkünften der hochstehenden Staatskassen beurtheilen. Eine Pracht des Hofes, die mit ähnlichen Aufwendungen der Bürger erlaubt werden muß, kann durch die Vertheilung (§. 43.) angegebenen Klassen nicht gerechtfertigt werden, zumal da sich, wenn die Einkünfte es gestatten, Mäcste mit einer Einfachheit wohl vereinbaren läßt. Es muß daher eine für den Hof zu verwendende Summe festgesetzt und mit den Staatskassen, den früheren Postulaten der bürgerlichen Familie und den übrigen Staatsbedürfnissen in ein richtiges Verhältnis ge-

bracht werden (b). Diese Summe wird in den Ländern, wo sie von landständischer Zustimmung abhängt, Civilliste genannt (c).

- (a) *Malum tutorem esse Imperatorem, qui ex visceribus provinciarum homines non necessarios nec reip. utiles aleret*, urtheilte Alex. Severus. Vergl. Klock, *De aerar.* S. 911. Bekannt ist die Prunkliebe Ludwigs XIV. Vergl. *Geschichte Frankreichs*, Leipzig, 1829. S. 777. 782. — Colbert widersprach wenigstens, wenn er auch nicht zu hindern vermochte. „Je déclare à V. M.,“ sagte er 1666, „qu'un repas inutile de 3000 livres me fait une peine incroyable, et lorsqu'il est question de millions d'or pour la Pologne, je vendrais tout mon bien, j'engagerais ma femme et mes enfants et j'irais à pied toute ma vie pour y fournir, s'il était nécessaire.“ Bresson, I, 339. — Man findet in den franz. Finanzrechnungen, daß im J. 1685 die verschiedenen, den Hof betreffenden Ausgaben $\frac{1}{4}$ des ganzen Aufwandes oder 25·917 828 Liv. betrugen. Da nun seit 1679 die Mark feines Silber zu 20 Liv. 6 $\frac{1}{2}$ Sous, vor der Revolution aber zu 54,⁹³ Liv. ausgebracht wurde (Praun, *Vom Münzwesen*, S. 209. Necker, *Admin.* III, 6.), so ist jene Summe auf 49 Mill. Liv. der letzteren Zeit zu schätzen. Neders Aufzählung der Hofstaatsausgaben zu seiner Zeit giebt doch nur 33·700 000 Liv. bei 610 Mill. Liv. Ausgabe, oder 5 $\frac{1}{2}$ Proc. a. a. D. II, 362. — Die Anlagen von Versailles und die naheliegenden Schlösser Trianon, Marly etc. kosteten zwischen 1674 und 1690 die Summe von 88 $\frac{1}{2}$ Mill. Liv., in späterem Gelde 157 Mill. Schölzer, *Staatsanz.* XII, 65. — Noch Karl X. hatte ein so starkes Hofpersonal, daß jeder Hofbediente nur 3 Monate jährlich Dienst that; s. Duchesne, *Essai sur les finances*, P. 1831.
- (b) Starke freiwillige Veränderungen dieses Aufwandes in Folge der Märzereignisse 1848 und der Finanzverlegenheit in den deutschen Staaten.
- (c) Vergl. v. Jakob, II, § 851: Der Ausdruck ist in England zuerst üblich geworden. Die große Verminderung der Domänen, die Entziehung mehrerer Regalien etc. nöthigte das Parlament, unter Karl II. 1660 eine aus anderen Einkünften herfließende Ergänzung für den königlichen Hof zu bewilligen; man wies hierzu gewisse Einkünfte (*civil-list-revenues*) an, die zusammen auf 1·200 000 £. St. angeschlagen wurden, von denen jedoch auch Ausgaben für Flotte und Heer bestritten werden mußten. Was dem König verblieb, schätzte man 1676 auf 462,115 £.; 1690 (Wilhelm III.) wurden demselben 600 000 £. zugebacht, die man 1697 auf 700 000 £. erhöhte, doch mit Einschluß der erblichen Kroneinkünfte. Bis auf Georg II. begnügte man sich, die zugewiesenen Einkünfte nur im Allgemeinen anzuschlagen und darnach den zur Ergänzung erforderlichen Zuschuß zu bestimmen. Nun aber, als man die Civilliste auf 800 000 £. setzte, wurde zugleich verfügt, daß jährlich das, was an dem Betrage der zugewiesenen Einkünfte zu jener Summe fehlen würde, aus der Staatscasse zugelegt werden sollte. Ein allenfalliger Mehrertrag blieb dem König zur Verfügung. Die heutige Bedeutung des Wortes *civil list* stammt also erst von 1728 her. Georg III. verzichtete auf einen Theil der erblichen Einkünfte der Krone. Die Civilliste reichte aber für den großen Aufwand nicht hin und es wurden mehr:

ner würde bei einer genauen Beleuchtung vorstehender Ausgaben noch mancher Posten ausgeschieden werden müssen, der nicht gerade der fürstlichen Familie wegen verwendet wird.

§. 49.

Die Civilliste wird entweder von einer Finanz- (Stats-) Periode zur andern, oder zweckmäßiger auf die Lebenszeit des Monarchen festgesetzt, was jedoch eine spätere Abänderung durch neue Vereinbarung nicht ausschließt (*a.*) Außer der bestimmten jährlichen Geldsumme, pflegt dem Ueberhaupte auch der Nießbrauch gewisser im Staatsvermögen befindlicher Gebäude (Schlösser und Zubehör) und Ländereien (Gärten, Waldungen zum Jagdgehege ic.) überlassen zu werden (*b.*) Die Apanagien der anderen Mitglieder des Fürstenhauses und die Wittumsgehälter der fürstlichen Wittwen und die Mitgaben der Prinzessinnen werden entweder in der Civilliste mit begriffen, oder neben derselben besonders angewiesen. Dieß verdient den Vorzug, weil dann das Hinwegfallen dieser Ausgaben durch den Tod oder andere Veränderungen der persönlichen Verhältnisse sich von selbst ergibt (*c.*) Die Verwendungsart der Civilliste hängt lediglich von dem Beschlusse des Fürsten ab, doch ist es zweckmäßig, genau zu bestimmen, welche Ausgaben überhaupt der Civilliste zur Last fallen. Man kann unterscheiden:

1) ordentliche Ausgaben; dahin gehören *a*) Privatdispositionscasse (Cabinetscasse, Chatouille) des Fürsten und derjenigen Familienglieder, welche keinen eigenen Hofstaat erhalten, *b*) Ausgaben für die wesentlichen Bedürfnisse der Hofhaltung (*d*), als persönliche Bedienung, — Tafel, — Schlösser, deren Erhaltung, Einrichtung und Heizung, — Marstall. *c*) Ausgaben für andere, Genuß und Pracht betreffende, am leichtesten eine Einschränkung gestattende Gegenstände, z. B. Musik (Capelle), Theater, Jagdwesen, Sammlungen, Feste;

2) außerordentliche Ausgaben für Reisen, Vermählungen, Begräbnisse u. dgl. (*e*).

(*a*) Bad. Verf.-Urk. §. 57: Die einmal bestimmte Civilliste darf ohne Einwilligung des Großherzogs nicht erniedrigt, ohne Zustimmung der Stände nicht erhöht werden. — Es ist streitig, ob nach diesem Satz die Civilliste auch auf jeden Thronfolger ohne neue Beschlies-



- (e) Beispiel aus Mecklenburg-Schwerin, A. 1849. Großh. Chatouille 46 667 Rthlr. — Wittum und Appanagien 65 528 Rthlr. — Auß. Außg. 28 417 Rthlr. — Hofstallung, Gärten 2c. 201 590 Rthlr. (Einnahme 1590), Baumwesen 22 500 Rthlr., Theater 67 520 Rthlr. (Einnahme 21 870 Rthlr.) Capelle 15 320 Rthlr., Marstall 59 930 Rthlr. (Einn. 3030 Rthlr.), Privatgestüt 10 570 Rthlr. — (Einn. 3 710 Rthlr.), ganze Außg. 380 197 Rthlr., Einn. 42,200 Rthlr.

§. 50.

In Monarchieen mit Volksvertretung (a) sind auch die landständischen Versammlungen (b), welche an der Gesetzgebung und selbst an einzelnen Beschlüssen der Vollziehung Theil nehmen, der Gegenstand einer Ausgabe. In kleineren Staaten, wo man im Verhältniß zur Volksmenge eine größere Zahl von Mitgliedern berufen muß, damit die Berathungen vielseitig genug werden, würden die Kosten zu lästig werden, wenn man nicht wieder durch seltenere Einberufung sparen könnte, welche auch unschädlich ist, weil das Bedürfniß neuer Gesetze nicht so häufig eintritt. Die Ausgaben betreffen 1) die Taggelber und Reisekosten der Landtagsmitglieder. Diese Vergütung, die nur bei den gewählten, nicht bei den durch Geburt oder Beruf berechtigten Abgeordneten vorzukommen pflegt, hat das Gute, daß man bei der Auswahl der Fähigsten nicht auf die Wohlhabenden beschränkt ist, wie dieß der Fall wäre, wenn jeder Gewählte auf eigene Kosten reisen und in der Hauptstadt sich erhalten müßte (c); 2) das bleibend angestellte Personal, nämlich die dauernden Ausschüsse, wo sie bestehen, die Archivare 2c. 3) Sitzungsgebäude, Heizung, Beleuchtung, Bewachung und bauliche Erhaltung derselben. 4) Schreibgebühren, Druckkosten u. dgl.

(a) Man pflegt sie vorzugsweise constitutionelle Monarchieen zu nennen.

(b) Dieser Ausdruck ist hier im weiteren Sinn genommen, so daß er sowohl die von den einzelnen Ständen nach älterer Art beschickten Landtage, als die Sitzungen der Vertreter des ganzen Volks bezeichnet. Man hat übrigens den Gegensatz beider Formen zu stark angenommen; denn eine solche Vertretung schließt eine Wahl nach Ständen nicht nothwendig aus. Vgl. v. Rotteck in v. Kretins Staatsrecht d. constitut. Mon., III, 174.

(c) Anderer Meinung ist v. Jakob II, S. 857 ff. Nach dem englischen und dem bisherigen französischen Wahlgesetze bedürfen die Deputirten wegen ihres zur Bedingung der Wählbarkeit gemachten ansehnlichen Vermögens keine Entschädigung, in den meisten andern Staaten ist dieselbe eingeführt. In Preußen wird ein 4monatlicher Land-

tag sammt den fortlaufenden Kosten für die 1. Kammer auf 31,000, für die 2te (wegen der Reisekosten und Tagegelder) auf 185 000 Rthlr. angeschlagen. In Baiern kostete die 9monatliche Sitzung von 1828 264 000 fl., die Sitzung von 1833 163 000, die von 1836 375 000 fl. Ein 4—5 monatlicher Landtag in Württemberg kostet gegen 132 000 fl., wovon $\frac{1}{2}$ in den Voranschlag jedes Jahres aufgenommen wird. In Baden kosteten in 10jährigem Durchschnitt die Landtage in jeder 2jährigen Periode 103 000 fl. S. noch v. Malchus, II, 63. Bollgraff, Systeme, IV, 412.

§. 51.

In nicht monarchischen Staaten (Republiken) sind die hier gehörigen Ausgaben viel geringer, ein Umstand, der in keinem Fall bei der Vergleichung beider Staatsformen den Ausschlag geben könnte, weil er hinter anderen weit wichtigeren Rücksichten in den Hintergrund tritt (*a*). In Aristokratieen bringt es das Interesse der bevorzugten Geschlechter mit sich, daß sie bedacht sind, nicht auch durch Geldbezüge beneidenswerth zu erscheinen. In Demokratieen, wenn sie von einer Versammlung gewählter Abgeordneten regiert werden (großer Rath, National-Versammlung, Congress), sind Tagegelder an dieselben nothwendig (*b*). Das Organ der vollziehenden Gewalt (Präsident, Landammann, Schultheiß, Doge etc.), obgleich seiner Verantwortlichkeit zufolge nur der oberste Beamte im Staate, muß doch ein seinem Range entsprechendes Einkommen erhalten, zumal da er den Abgesandten fremder Mächte gegenüber seinen Staat mit Anstand zu vertreten hat (*c*).

- (*a*) In Nordamerika und Frankreich kostet die periodische Wahl eines Präsidenten das Volk durch Arbeitsversäumniß u. dgl. auch bedeutend viel. — Daß die deutschen Staaten nach ihren geschichtlichen und räumlichen Umständen, der Künstlichkeit des Nahrungswesens und aller Verhältnisse, dem Mangel an uneigennütziger Pöngung und Gerechtigkeitsliebe, der hohen Bevölkerung etc. sich zu einer Völkerrherrschaft nicht eignen, ist von der großen Mehrzahl der Denkenden anerkannt.
- (*b*) In Nordamerika z. B. erhält jedes Mitglied der beiden Häuser täglich 8 Doll. Die Ausgabe für den Congress war 184 $\frac{1}{2}$ 795 365 D. — In Appenzell A. Rh. kostete 1826 Landsgemeinde und großer Rath 2807 fl., 1827 aber 3962 fl. (Bernoulli, Schweiz. Archiv, III, Nr. 1), in Bern im J. 1838 der große Rath 20,933 Fr., in St. Gallen 1836: 8900 fl.; in Thurgau bestimmt die Verfassung v. 14. Apr. 1831 die Tagegelder auf 1 fl. 21 fr. In Aargau (Verf. vom 6. Mai 1831) ist es den Kreisen überlassen, den Abgeordneten zum großen Rath eine Entschädigung zu geben, die in Bern, Zürich, St. Gallen etc. die Staatscasse bezahlt.

1. The first part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

2. The second part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

3. The third part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

4. The fourth part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

5. The fifth part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

6. The sixth part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

7. The seventh part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

8. The eighth part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

9. The ninth part of the document is a list of the names of the persons who have been appointed to the various offices of the city government. The names are listed in alphabetical order, and each name is followed by the office to which the person has been appointed.

Körperschaft von jenen überwacht werden muß. Auf diese Weise beschränkt sich der Regierungsaufwand auf Gegenstände, die entweder gar keine örtliche Beziehung haben, oder doch sonst nicht der Besorgung der Gemeindevorsteher anheim gegeben werden dürfen.

(a) Aus Familien bildet sich zunächst die Gemeinde, aus Gemeinden setzt sich der Staat zusammen, und während dieser in seinem Umfange wechselnd ist, bleiben jene uranfänglichen und einfachen Verbindungen im Laufe der Jahrhunderte gewöhnlich in unverändertem Bestande.

§. 53.

In Monarchieen mit einer landständischen Verfassung, wenigstens in größeren Staaten, kann nach demselben Grundsatz, wie bei den Gemeinden, ein Theil des für gemeinsame Zwecke erforderlichen Aufwandes den einzelnen Landesbezirken (Provinzen, Kreisen, Regierungsbezirken, Departements ic.) überlassen werden. Diese Ausscheidung der Bezirksausgaben von den allgemeinen Ausgaben der Staatscasse (a) setzt voraus, daß in den Bezirken der landesherrlichen Behörde (Bezirksregierung, Präfect ic.) eine besondere Vertretung der Einwohner (Landrath, Departementsrath, Provincialstände ic.) zur Seite stehe, welche, zwischen der Gemeindeverwaltung und der allgemeinen Ständeversammlung in die Mitte tretend, die Mitwirkung achtbarer Bürger an der Berathung öffentlicher Angelegenheiten vervollständigt, die Wünsche, Anträge und Beschwerden der verschiedenen Landestheile zur Sprache bringt, und zur Vervollkommenng der Staatsanstalten kräftig mitwirkt (b). Wenn nun gewisse Ausgaben in den einzelnen Landesbezirken mit Beziehung der Bezirksvertreter beschlossen und die dazu erforderlichen Deckungsmittel von den Bewohnern des Bezirkes aufgebracht werden, so daß für die dahin gehörenden Gegenstände jeder größere Landestheil seine eigene Wirthschaftsführung erhält, so erweist sich dies darin nützlich daß 1) die Leistungen der Bürger mit den für sie daraus entspringenden Vortheilen in richtigem Verhältnisse stehen, 2) die Bereitwilligkeit zur Uebernahme von Lasten durch den deutlicher sichtbaren Nutzen verstärkt wird, 3) die Ausgaben nach reiferer

The first part of the document discusses the importance of maintaining accurate records of all transactions. It emphasizes that proper record-keeping is essential for ensuring the integrity of the financial system and for providing a clear audit trail. The document also highlights the need for transparency and accountability in all financial dealings.

The second part of the document outlines the specific procedures for recording transactions. It provides detailed instructions on how to enter data into the system, including the required fields and the format for each entry. The document also includes a section on how to handle errors and how to correct them. Finally, the document concludes with a summary of the key points and a statement of the author's intent.

sonstigen Regeln befolgt werden muß (b), ist die Übertragung an die Regie eine freie Sache, zumal sie auch die Art, wie die Summen aufgebracht werden sollen, wegen der nötigen Rücksicht in der Dispositionierung der Regie nicht festgelegt werden kann (c). Man möge folglich für solche Provinzialausgaben auch zugleich eine entsprechende Summe aus Staatsmitteln der Regie stellen lassen.

b) Bei solchen Ausgaben kann bei Mangel der Steuern, Kungeln und dgl. die genaue Bestimmung der zu verwendenden Summe der Durchführung der Regiehöflichkeit überlassen werden, während der Zweck fest und der Umfang, in dem es erreicht werden soll, von der höchsten Staatshöflichkeit vorgeschrieben wird (d).

c) Solche Ausgaben, die ein Mehr oder Weniger zulassen, so daß man über den geringsten unentbehrlichen Bedarf nach den vorhandenen Geldquellen und der Bereitwilligkeit zu größeren Opfern hinausgehen kann, sind die facultativ von der freiwilligen Regieausgaben, bei denen sich die ganze Anordnung eines Provinzial-Verhältnisses vorfindet, nicht nur an sich selbst, sondern auch an der Ausführung. Für haben die Regiehöflichkeit von reinen Operationen. Welche man diese Stelle der Regieausgaben in die erste Ordnung einreihen, so wird es überhaupt nicht der Mühe werth, die ganze Einrichtung zu treffen, welche die Dispositionierung immer etwas unvollständiger macht.

(a) z. B. Kosten der ständigen Feststellungen, der Staatsverwaltung der verschiedenen Verwaltungen, der ständigen Verordnungen.

(b) z. B. Aufstellungen der Summen in größeren und kleineren Regiehöflichkeiten, Feststellungen von allgemeinen Verhältnissen.

(c) Im Besonderen besteht es sich mit einem Theile der Regieausgaben vergleichen zu, daß sie dann so gut gelungen als allgemeine Staatsausgaben bezeichnet werden können. Solche gehören die Ausgaben für die Regie der Polizei und der Verwaltung: Steuern, Verwaltung, Feststellungen, Ausgaben der Regiehöflichkeit und Ausgaben für die Feststellungen, die Regie feststellen. Die Ausgaben der Regie können auch werden vom Ministerium der Regie bestritten. Die alle aus dem Namen der Regieausgaben. In ihrer Ordnung sind die gewöhnlichen Ausgaben, welche unentbehrlich, so ist (z. B. die 1857 18, 19. Dec. über die Regie, Personal und Ver-

The first of these is the fact that the
 government has been unable to
 maintain a stable currency. This
 has led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The second
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable economy. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The third
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable society. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies.

The first of these is the fact that the
 government has been unable to
 maintain a stable currency. This
 has led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The second
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable economy. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The third
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable society. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies.

The first of these is the fact that the
 government has been unable to
 maintain a stable currency. This
 has led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The second
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable economy. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies. The third
 is the fact that the government
 has been unable to maintain
 a stable society. This has
 led to a loss of confidence
 in the government and a
 consequent loss of support
 for its policies.

3) Je mehr auf den Gemeinfinn und die Einsicht der Bürger zu bauen ist, über desto mehr Gegenstände darf man die freiwilligen Ausgaben ausdehnen, doch muß man sich auch hüten, Staatsanstalten, die nach einem gemeinschaftlichen Plane ausgeführt werden sollten, den Provincialversammlungen zu überlassen, wobei leicht der Zusammenhang gestört und der Erfolg geschwächt wird (c).

4) Um eine richtige Vorstellung von dem Umfange der Staatsausgaben zu erhalten, muß man in Staaten, wo die erwähnte Provincialverfassung besteht, die Bezirks- und die Central- oder allgemeinen Landesausgaben zusammenfassen (d).

(a) In Frankreich wird das Höchste der ordentlichen facultativen Ausgaben in dem jährlichen Finanzgesetze bestimmt. Die jetzigen Sätze dieses max. sind 5 Cent. für allgemeine Dep. Anstalten, 5 Cent. für Vicinalstraßen und 2 Cent. für Volksschulen, 5 Cent. für die Grundsteuer-Regulirung. Hierzu kommen noch außerordentliche facultative Ausgaben, die auf besonderen Gesetzen beruhen: So sind neuerlich 5 Cent. für Depart. Straßen und Gebäude gestattet. Als Beispiel dient der Voranschlag für das Depart. Niederrhein, 1842 (560 000 Gr.): I. 449 241 Fr. zugewiesene Ausgaben, die aus der Staatseinnahme vergütet werden. Dazu dienen 9,4 Cent. der regelmäßigen Zuschläge für den gemeinschaftlichen Vorrath (fonds commun). II. 172 709 Fr. facultative Ausgaben d'utilité départementale, dazu 5 Cent. der Grund-, Personal- und Mobiliarsteuer, ferner Ueberschuß von 1840 u. III. 154 311 Fr. außerordentl. Ausgaben für Gebäude und Landstraßen, wofür 5 Cent. aller directen Steuern bestimmt sind. IV. 233 781 Fr. besondere Ausgaben (dép. spéciaux) für Vicinalwege, wozu 4 Cent. aller dir. Steuern, und 52 000 Fr. Zuschuß von den Gemeinden, ferner 40 500 fl. Ueberschuß von 1840; zusammen 1 010 042, außerdem für Volksschulen 76 123 Fr. (dazu 2 Cent.) u. 29 165 Fr. für das Kataster (mit 0,6 Cent. der Grundsteuer), also im Ganzen 1 115 330 Fr., während die Staatssteuer ohne Zuschläge sich auf 2 989 248 Fr. beläuft. Die unter I. aufgeführte Summe ist aber schon im Staats-Budget enthalten.

In Baiern erlaubt das Finanzgesetz von 1846 eine Kreisumlage von $1\frac{3}{4}$ Proc. zu facultativen Ausgaben und verordnet eine solche von $4\frac{1}{6}$ Proc. zu den zugewiesenen (nothwendigen) Kreisausgaben.

(b) In Baiern gehörten bis jetzt (das Gesetz von 1846 trat erst mit dem J. 1849 in Vollzug) zu den Gegenständen der zugewiesenen Ausgaben die Mittel- und Untergerichte, die Friedensgerichte, Landcommissariate (in der baier. Pfalz), die niederen und mittleren Schulen, das Gesundheitspersonal, der Unterhalt der öffentlichen Gebäude, Straßen und Brücken, aber der Wasserbau und der Neubau von Straßen, Brücken u. liegt der Hauptstaatscasse ob. Die zugewiesenen Ausgaben und Einnahmen betrugen 1837—43 4 437 000 fl. Davon wurden 731 000 fl. durch Kreisumlagen und Ueberschüsse vorhergehender Jahre gedeckt, es waren also 3 706 000, oder mit Hinzurechnung von einigen andern Posten 3 900 000 fl. durch Zu-

Frankreich angenommen: 291 $\frac{3}{4}$ Mill. Fr. Grund-, Personal- und Mobiliar-, Thür- und Fenster- und Patentsteuer für den Staat, gegen 80 $\frac{1}{2}$ Mill. für die Departementsausgaben (wovon 35 Mill. ohne Mitwirkung der Dep. Räte), und ungefähr 36 Mill. für die Gemeinden.

§. 56.

In jedem Zweige der Staatsverwaltung ist der größte Theil der Ausgaben zur Vergütung von Diensten bestimmt, welche von den zu einer fortdauernden Wirksamkeit für die Staatszwecke angestellten Personen geleistet werden. Man unterscheidet die zu wichtigeren und schwereren Verrichtungen bestimmten Beamten, welche Besoldungen beziehen und in vielen Staaten ein Recht auf lebenslängliche Versorgung erhalten, von dem für minder schwere Geschäfte angestellten Unterpersonal, welches widerruflich angenommen zu werden pflegt und dessen Lohn Gehalt heißt (*a*). Bei beiden muß wieder die Bezahlung während ihrer Dienstführung von der Ausgabe unterschieden werden, die noch nach beendeter Dienstzeit derselben fort-dauert, den Ruhe- und Wittwengehalten.

(*a*) Diese Unterscheidung von Besoldung und Gehalt ist jedoch nicht allgemein angenommen.

§. 57.

An der Ausgabe für Besoldungen und Gehalte läßt sich ohne Nachtheil für die Staatsverwaltung durch folgende Mittel ersparen (*a*): 1) indem man den Geschäftsgang von unnöthigen Förmlichkeiten befreit und dadurch den Bedarf von Beamten verringert, eine Maaßregel, die zugleich die Bürger vieler Beschwerlichkeiten überhebt (*b*), — 2) indem man nicht mehr Staatsdiener anstellt, als zur guten Besorgung der Geschäfte nöthig ist, und nicht Stellen errichtet, nur um gewisse Personen zu begünstigen, — 3) indem man für Verrichtungen, die von geringer bezahlten Beamten eines niedrigeren Ranges ebenso gut vollzogen werden können, keine höher besoldeten anstellt (*c*), — 4) indem die Besoldung jeder Dienststelle nur so hoch bestimmt wird, als es die Beschaffenheit derselben fordert (*d*). Eine zu spärliche Vergütung der Staatsdienste bewilligen ist aber sehr schädlich. Selbst dann, wenn augenblick-

Rang verknüpft ist und wenigstens die Abstufung zwischen den Besoldungen verschiedener Grade nicht verabsäumt werden darf. Die Steigerung des Aufwandes unter den Beamten in neuerer Zeit ist zwar nicht zu bezweifeln, und es kann der Regierung nicht zugemuthet werden, die immer mehr begehrende Sucht nach Genüssen völlig zu befriedigen; indeß läßt sich doch auch, während alle Stände ihre Lebensweise verändert und ihre Bedürfnisse vermehrt haben, nicht diese Classe allein zur Einfachheit eines früheren Zeitalters zurückführen. 2) Kosten der Vorbereitung, wobei hauptsächlich der Unterschied vollständiger wissenschaftlicher Bildung und bloßer allgemeiner Schulkenntnisse entscheidend ist. 3) Schwierigkeit und Wichtigkeit des Dienstes, Grad von Verantwortlichkeit und Seltenheit der dazu erforderlichen Fähigkeiten.

§. 59.

In früheren Zeiten bestand ein großer Theil der Besoldungen in Naturalien (a), und dieß war zweckmäßig, weil damals zum Lebensunterhalte weniger Kunstwaaren erfordert wurden, zugleich der Marktverkehr und der Geldumlauf geringere Lebhaftigkeit hatten, als jetzt, weil es also der Regierung bequemer war, Einkünfte in rohen Stoffen zu beziehen und zu verwenden, und auch die Besoldeten es vorzogen, nicht baar einkaufen zu müssen. In neuerer Zeit hat das Bestreben, das Finanzwesen zu vereinfachen und die lästige Verwaltung der Naturalvorräthe abzuschaffen, in den meisten Ländern die Einführung reiner Geldbesoldungen zur Folge gehabt, gegen die sich jedoch wieder manche Stimmen erhoben haben (b). Eine feste Geldbesoldung kann bei niedrigen Fruchtpreisen reichlich, bei hohen unzureichend werden. Die Angestellten sollten in wohlfeilen Jahren für die theuren etwas zurücklegen, unterlassen es aber meistens sowohl wegen einer sehr allgemeinen Neigung zum augenblicklichen Genuß, als wegen der Hoffnung, daß die Wohlfeilheit länger anhalten werde. Wird nun ein Theil der Besoldung nach einem vieljährigen Preisdurchschnitte auf Getreide gesetzt, so hat dieß für die Besoldeten den Nutzen, daß sie

gesetzt werden. Dieser Theil könnte bei niederen Dienststellen etwa $\frac{1}{4}$, bei höheren $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ oder noch weniger von der ganzen Jahresausgabe betragen (a). Man muß in jedem Lande diese Abstufung nach genauen Erkundigungen anordnen (b).

(a) Z. B. bei einer Besoldung von 1200 fl., einem Durchschnittspreis des Scheffels Roggen zu 2 fl. und $\frac{1}{6}$ Getreidebesoldung könnte festgesetzt werden:

baare Einnahme	1000 fl.
100 Scheffel	200 fl.
	<hr/>
	1200 fl.

(b) Der württemb. Vorschlag von 1821, daß $\frac{1}{2}$ in Getreide gesetzt werden solle, war zu hoch. Statt eines gewissen Theiles der Besoldung könnte man auch ein bestimmtes Fruchtquantum als Familienbedarf annehmen. Für badische Pfarreien sind 6 Malter (16,³⁶ preuß. Sch.) Korn od. Weizen und ebensoviel Roggen vorgeschlagen worden. Eine Heibelberger Pfarrstelle hat 8,⁹ Malter Roggen, soviel Gerste und 20,⁸⁰ M. Spelz, welche ungefähr auch jenes Quantum Korn geben.

§. 61.

Weitere Bemerkungen über die Naturalbesoldungen:

1) Wo diese Einrichtung erst neu getroffen wird, da darf man den schon früher angestellten Beamten ohne ihre Zustimmung die Umwandlung eines Theiles ihrer Einnahme in Getreide nicht aufdringen. Dieselbe pflegt nicht beliebt zu sein, weil die Beamten auf die Durchschnittsberechnung kein hinreichendes Vertrauen setzen und die Theurungsgefahr nicht gehörig würdigen.

2) Die Annahme, Aufbewahrung und Verwendung eines Getreidevorrathes ist für viele Beamte lästig, zumal für solche, die keine eigene Haushaltung führen. Die Regierung kann ihnen, ohne von dem allgemeinen Grundsatz abzugehen, sehr leicht dadurch helfen, daß sie statt der Früchte den Marktpreis derselben ausbezahlt, wobei sie ebenfalls nicht verliert (a). Die Berechnung dieses jährlich mit den Getreidepreisen zu- oder abnehmenden Besoldungstheiles ist für die Cassenverwaltungen allerdings mühsamer, als die Ausbezahlung einer festen Geldbesoldung, läßt sich aber mit Hülfe von Tabellen wenigstens abkürzen.

3) Wo der Staat keine Naturaleinnahmen mehr hat, da fällt der eine Grund für die Naturalbesoldungen (§. 59) hinweg.

the first of these is the fact that the
 second of these is the fact that the
 third of these is the fact that the

the first of these is the fact that the
 second of these is the fact that the
 third of these is the fact that the
 fourth of these is the fact that the
 fifth of these is the fact that the
 sixth of these is the fact that the
 seventh of these is the fact that the
 eighth of these is the fact that the
 ninth of these is the fact that the
 tenth of these is the fact that the
 eleventh of these is the fact that the
 twelfth of these is the fact that the
 thirteenth of these is the fact that the
 fourteenth of these is the fact that the
 fifteenth of these is the fact that the
 sixteenth of these is the fact that the
 seventeenth of these is the fact that the
 eighteenth of these is the fact that the
 nineteenth of these is the fact that the
 twentieth of these is the fact that the

the first of these is the fact that the
 second of these is the fact that the
 third of these is the fact that the
 fourth of these is the fact that the
 fifth of these is the fact that the
 sixth of these is the fact that the
 seventh of these is the fact that the
 eighth of these is the fact that the
 ninth of these is the fact that the
 tenth of these is the fact that the
 eleventh of these is the fact that the
 twelfth of these is the fact that the
 thirteenth of these is the fact that the
 fourteenth of these is the fact that the
 fifteenth of these is the fact that the
 sixteenth of these is the fact that the
 seventeenth of these is the fact that the
 eighteenth of these is the fact that the
 nineteenth of these is the fact that the
 twentieth of these is the fact that the



1) Durch freie Privationen, L. §. 568 u. Hier muß, den Reichthumsverhältnissen gemäß, die Veranlassung oder der jährliche Beitrag sowohl nach dem Alter der Verstorbenen als der Verstorbenen bestimmt werden, folglich ist die Ausgabe bei hochaltem Ehemann jüngerer Frauen von beträchtlicher Größe. Auch müssen, wenn die Einrichtung vollkommen richtig sein soll, die Witwen- und Wittenscassen von einander getrennt und die Beiträge je je nach der Zahl und Alter der Kinder angesetzt werden (a). Die jährlichen Beiträge sind desshalb sehr ungleich und werden, wenn die Vererbung der Angehörigen reichlich sein soll, für einen Theil der Beamten unerschwinglich. Man kann ihnen daher den Beitrag zu einer solchen Casse, worin gemäß mit einer ansehnlichen Summe, nicht beistellen, und eher einen solchen Beitrag für den Staat seine Sicherheit betheiligen, daß die Hinterbliebenen ihr Auskommen erhalten.

(a) Schuchter, über Witwen- und Wittens-Privationen, München, 1844 (ersch. Wien 1844, 3e Aufl.)

§. 65.

2) Durch Cassen, welche zwar ebenfalls das Eigenthum der Gesellschaft von Theilnehmern sind, je denen aber jeder Beamte mit einem bestimmten Theile seiner Befoldung beitragen muß. Solche Wittenscassen sind meistens unentbehrlich, als sie jene Wohlthätigkeit der Cassen von dem Wohlthätigen der Verstorbenen und der Zahl der Kinder nicht lassen (a). Dabei werden die zahlreichsten Personen geringer ausfallen, als bei freien Beiträgen in glücklichen Verhältnissen der Theilnehmer, wenn nicht andere Einrichtungen diesen Nachtheil wieder aufheben, z. B. frühere Eingabungen beim Eintritt und bei Beförderungsalagen, Bezug einer vierteljährigen Befoldung bei jedem Todesfall, Beiträge der ledigen und verwitweten Beamten u. Auch kann eine solche Casse nach Abschluß mit einem Capitale auf der Staatscasse ausgestattet, so ist es möglich, mit sehr niedrigen Beiträgen den Witwen schon eine erhebliche Hälfte zu verschaffen. Die Einrichtung von Cassen dieser Art ist schon darum vortheilhaft, weil sie, wie die in 1) genannten, als Privationssachen bei den Nachfol-

füllen eines Kruges oder irgend eines öffentlichen Angele-
gendheiten hat. Die Verwaltung geschieht unter steter Auf-
sicht der Staatshörden. Daß auch unbescholtene Frauen
ihren Beitrag leisten müssen, ist nicht angedeutet (wohl ist ge-
wisshalber anzunehmen, daß auch sie in dem Aufstellungss-
trage ihren Aufstellungen (3), nach Gebühr oder ungenügend
(wohl vielleicht auch weniger für sich beizutragen). Sind sie aus
einer solchen Classe in unangenehmen Gehalte zum Unterhalte der
Stetten und Dörfer verurtheilt, so muß die Staatshörde die
nöthige Ergänzang leisten, und doch ist geschwiegen, ob wenn
man alle Aufstellungen erheben wollte, auch die Dörfer nicht
bedürftig abgeben könnten (4);

3) Auch eine ganz nach der Staatshörde zu bestimmende Ver-
steuerung, die einer guten Einrichtung vieler Dörfern gehört a) daß
sie nicht viel Steuerlasten, sondern möglichst geringe seien, und so
auch die Bewilligung eines größeren Theils im Jahr durch den-
selben bringenden Einkommenes nicht ausschließt; b) daß der Be-
trag einer Steuer in einem gewissen Verhältnis zu der Bevolke-
rung der verschiedenen Gemeinden stehe; c) daß für jeden Ort
gleichfalls eine besondere Unterabteilung bis zu einem gewissen
Niveau aufgestellt werde, bis bei materiellen Dörfern gehört ist,
ob dies bei kleineren.

(a) v. Malchow, II. 14.

(b) Bericht. Bek. Reichsanst. - Einkommen - D. v. 18. Juni 1818.
Einkommen - Steuer vom 1. Jan. 1818 S. 10. Von jeder Bevolke-
rung werden jährlich 1/4 Proz. abgezogen, und die Steuer nicht
höher als 1/4 Proz. betragen. Die Staatshörde
darf auch 10 Proz. mehr Einkommenes und 10 Proz. die
Staatshörde zu, welche im J. 1818 10000 S. betragen. Diese
Summe wird in 100 S. untergetheilt. Die Staatshörde teilt
dann auch die Staatshörde in verschiedene Bevolke-
rungen, welche 1818 in 100 S. betragen. Die Sum-
me wird untergetheilt in 100 S. untergetheilt in 100 S.
Die Staatshörde für die verschiedenen Dörfern hat zu be-
stehen die Dörfern von 1818 bis 1818 S. 10. Die Summe wird
dann auch die Dörfern der Dörfern, die 1818 S. 10. betragen.
— Das heißt im Verhältnis zur Bevolke-
rung der verschiedenen Dörfern und die Dörfern auf die Dörfern der
Dörfern eine gewisse Anzahl Dörfern und Dörfern, die
für die Dörfern der Dörfern Dörfern zu einem Dörfern
hat. Daß die Dörfern der Dörfern in Dörfern nicht weniger der
Dörfern aufstellen müssen, wenn die Dörfern der Dörfern

Wittwen oder Waisen für die ersten 10 Jahre jährlich 38 fl. 34 kr.
— 76 fl. 48 kr.

§. 66.

An die Besoldungen und Pensionen (§. 56.) schließen sich verschiedene, mit der Geschäftsführung verbundene Nebenausgaben, die bei jeder Staatsbehörde vorkommen, ohne in einem gleichförmigen Verhältniß zu den Kosten der Besoldungen zu stehen. Diese sogenannten Regie- (Neben-) Ausgaben betreffen vornehmlich:

- 1) **Amtsbedürfnisse (Bureaukosten)**, als Einrichtung, Heizung und Beleuchtung der Geschäftszimmer, Schreibmaterialien u. dgl., wobei es wenigstens für die unteren Stellen am besten ist, die Ausgabe nach einem ohngefähren Ueberschlage dem Beamten für eine feste Summe zu überlassen, weil sonst viel überflüssiger Aufwand nicht zu verhüten ist (*a*).
 - 2) **Tagegelder (Diäten) und Reisekosten-Ersatz**. Man muß nicht allein die Größe der nach dem Dienststrange des Abgesendeten zu leistenden Vergütung genau und mäßig festsetzen (Diätenordnung), sondern auch die Bedingungen aussprechen, unter denen allein die Anordnung einer Commission geschehen darf.
 - 3) **Porto, Botenlohn u. dgl.**
- (*a*) Die Schreibmaterialien können bald nach der Einwohnerzahl eines Amtsbezirks, bald nach der Größe der verrechneten Summe, bald nach der Zahl der Untergebenen angeschlagen werden. Der ganze Bureaubedarf (oben, Nr. 1) wird bei den bad. Domänenverwaltungen mit 180 fl., 140 fl. und 100 fl. jährl. vergütet, jenachdem 3, 2 oder 1 Gehülfe vorhanden sind.

§. 67.

Auch die Gebäude verursachen in jedem Verwaltungszweige einen nicht unerheblichen Aufwand. Sie dienen zur Amtsführung (Geschäftszimmer), zur Wohnung der Beamten, zur Aufbewahrung verschiedener Gegenstände, zu Gefängnissen und mancherlei andern Anstalten (*a*). Da die Aufführung und Erhaltung eines Gebäudes der Regierung mehr zu kosten pflegt, als Privatpersonen, da schon die unumgänglich nöthigen Gebäude eine ansehnliche Ausgabe hinwegnehmen, und da, wie die



Anschläge zu niedrig machten, um desto eher die Genehmigung neuer Bauten zu bewirken. Daher schreibt die bad. B. v. 5. April 1839 vor, wie die technischen Beamten in solchen Fällen zur Verantwortung gezogen werden sollen. — A. Weimarsche B. Art. 13: Sobald sich zeigt, daß die Anschlagssumme nicht zureicht, wird jede Zahlung für den Bau eingestellt, und an die höchste Behörde berichtet.

2. Hauptstück.

Ausgaben für einzelne Abtheilungen der Regierungsgeschäfte.

§. 68.

Die obersten Behörden, bei denen alle Staatsgeschäfte zusammentreffen, erfordern nur einen geringen Aufwand und geben deshalb zu Ersparungen wenig Gelegenheit. Es gehören dahin das fürstliche Cabinet, welches in Repräsentativstaaten mit verantwortlichen Ministern seine frühere Wichtigkeit verliert, der Ministerrath, der Staatsrath, dessen Mitglieder größtentheils zugleich andere Aemter bekleiden und aus denselben ihren Unterhalt beziehen (a). Jeder selbstständige Zweig der Regierungsgeschäfte (Ministerium) hat einen Vorstand (Minister, Staatssecretär, Präsident), der nur dem Oberhaupte des Staates untergeordnet ist und eine Anzahl von Gehülfen (Ministerialrathen) zur Seite hat (b). In kleineren Staaten ist eine Ersparung dadurch zu bewirken, daß man die Ministerien durch Beamte eines niedrigeren Ranges (Staatsräthe u.) verwalten läßt, in den großen Staaten gestatten die hohen Besoldungen der Minister eine Verminderung. Die Zahl der Ministerien ist in den europäischen Staaten schon darum sehr ungleich, weil in größeren Ländern eine weitere Spaltung der Geschäftsgebiete nöthiger wird, als in kleinen, wo der Einzelne mehr umfassen kann. Daher ist in der nachfolgenden Betrachtung der Regierungsausgaben die in §. 43 angegebene Eintheilung nach den Zwecken derselben zu Grunde gelegt worden.

- (a) Oesterreich, Ministerrath u. Cabinet 1849 U. 110 300 fl. — Württemberg, 1849 U., geheimes Cabinet 12 811 fl., Geh. Rath 21 524 fl.
- (b) Besoldung eines Ministers: Frankreich, 1844, 80 000 Fr. u. 40 000 Fr. Repräsentationsgelber für den Ministerpräsidenten, wie für den Minister des Auswärtigen. — Oesterreich, 1849, 8000 fl. mit 2000 fl. Quartiergeld u. 4000 fl. Functionsgehalt, zus. 14 000 fl. = 17 150 fl. rhein. — Württemberg: Geld 7500 fl., 56 Klafter Holz = 840 fl., Futter für 4 Pferde = 528 fl. 24 kr., zus. 8868 fl. 24 kr.; der Minister des Auswärtigen 13 318 fl. 24 kr. — Baden: 9000 fl. für einen Minister, 6000 fl. für einen Staatsrath, welcher Ministerialpräsident ist; ein Minister des Auswärtigen hat neben den 9000 fl. noch Wohnung (900 fl.) und Tafelgelder (4000 fl.). — Belgien: 21 000 Fr. — Nordamericanische Freistaaten: jeder der 4 Staatssecretäre 6000 Doll. (15 000 fl.), jeder erste Unterbeamte eines Ministers (first clerk) 2000 Doll. u.

§. 69.

Die Ausgaben für das Justizwesen (bürgerliche und peinliche Rechtspflege) nehmen nur einige Procente des ganzen Aufwandes hinweg (a), und es ist ein sehr günstiger Umstand, daß die unentbehrlichste und älteste Staatsanstalt mit einem so mäßigen Opfer bestritten werden kann. Die Kosten betreffen:

- 1) das Justizministerium, mit Einschluß der zur Entwerfung neuer Rechtsgesetze vorübergehend beauftragten Beamten (Gesetzgebungscommission);
- 2) die Gerichte mehrerer Instanzen (b). Wenn die Verbesserung des Gerichtswesens nach den Bedürfnissen der jetzigen Zeit neue Ausgaben verursacht, so kann auch wieder durch manche Vereinfachung des Proceßganges, besonders durch häufigere Anwendung des mündlichen Verfahrens und durch eine friedensrichterliche Vermittelung, welche viele Rechtsstreitigkeiten schon im Entstehen beilegt, viel erspart werden. Der Gerichtsgang ist zugleich eine Quelle von Einnahmen, welche theilweise die Kosten decken, §. 234;
- 3) die Gefängnisse und Strafanstalten. Auch bei diesem Gegenstande wird die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung, welche neben dem nächsten Zwecke der Strafe zugleich auf den sittlichen und religiösen Zustand der Sträflinge einwirkt und sie gebessert in die Gesellschaft zurückkehren läßt, allgemein und lebhaft gefühlt (c). Vollkommnere Strafanstalten sind zwar kostbarer als die bis-

herigen, indeß vermindert sich der erforderliche Aufwand durch das, was die Sträflinge bei zweckmäßiger Beschäftigung mit Gewerbsarbeit der Anstalt leisten (d).

- (a) Beispiele: Baden: A. 1847.48: 1.435 000 fl. = $14\frac{1}{2}$ Proc. — Belgien, 1841: 11 Mill. Fr. = $11\frac{1}{2}$ Proc. — Frankreich, 1840: 20.347 000 Fr. = $2\frac{1}{2}$ Proc. — Kurhessen, A. 1849: 385 000 Rthlr. = $10\frac{1}{2}$ Proc. — Niederland, A. 1848.49: 2.491 000 fl. = $3\frac{1}{4}$ Proc. — Oesterreich, A. 1849: 2.660 000 fl. = $2\frac{1}{2}$ Proc. — Preußen, 1849: 6.626 000 Rthlr. = 10 Proc. — Sachsen, A. 1846—48: 254 466 Rthlr., wozu aber die Sporteleinnahmen kommen. Jene Summe macht nur $4\frac{1}{2}$ Proc. — Schweden, 1842: 719 000 Rthlr. = $7\frac{1}{2}$ Proc. — Spanien, A. 1848: 17.440 000 Re. = $1\frac{1}{2}$ Proc. — Württemberg, 1848/49 916 548 fl. = $7\frac{1}{2}$ Proc.
- (b) Nach den Voranschlägen von Baiern und Württemberg verhalten sich die Kosten der Gerichte dritter, zweiter und erster Instanz ungefähr wie 1, 3 und 8, in Baden wie 1, 3 und 12; in Oesterreich (1849) wie 1, $2\frac{1}{2}$ und 6, in Preußen (1847) wie 1, 11 und 26, in Frankreich (1844) wie 1, 5 und 10 (Friedensrichter einschl.). Eine unnöthig verwickelte Rechtspflege verursacht den Unterthanen noch außer den Staatsausgaben durch die größeren Kosten der Rechtsbeistände eine stärkere Beschwerde. In Sachsen soll auf 2000 Einwohner 1 Advocat kommen, in Frankreich auf 3390 (nämlich 9,529 avoués und avocats), in Preußen erst auf 13000 (1140 Justizcommissäre und Notare).
- (c) Die Wirkungen solcher Verbesserungen lassen sich in der abnehmenden Sterblichkeit der Strafanstalten und in der geringen Zahl der Rückfälligen genau nachweisen. In den belgischen Zuchthäusern starb 1823—30 $\frac{1}{28}$, 1831—36 $\frac{1}{31}$, 1832—43 nur noch $\frac{1}{44}$; in Frankreich ist die Sterblichkeit bei Männern $\frac{1}{13}$, bei Frauen gegen $\frac{1}{15}$. Hier waren 1844 bei den crimes 25 Proc. Rückfälle, in Genf nur 2, in Auburn 7—8 Proc.
- (d) Vergl. II, S. 352 in Betreff der Zwangsarbeitshäuser. — Bei guten Strafanstalten sind wegen der Absonderung der Sträflinge von einander, die wenigstens des Nachts ganz unerlässlich ist, die Baukosten groß. Nach dem System der Zuchthäuser zu Auburn (Staat Newyork) sind die Sträflinge am Tage in den Arbeitsfälen beisammen, aber schweigend, nach dem (strengeren) Systeme des Zuchthauses zu Philadelphia sind sie auch am Tage einsam in ihren Zellen beschäftigt. Die Baukosten für eine Zelle werden neuerlich in Frankreich auf 2500—3000 Fr. = 1170—1410 fl. angeschlagen, s. Mémoire à l'appui du projet de loi sur les prisons, Brux. 1845. — Berenger, Rapport, chambre des Pairs, 24. Apr. 1847. — Im Zuchthaus zu Bruchsal kommt die Zelle auf etwa 1480 fl. Das vortreffliche Genfer Zuchthaus kostete mit dem Mobiliar 149 000 fl. oder (zu 60 Köpfen) auf die Zelle 2483 fl.; kleine Anstalten müssen aber nothwendig kostbarer sein.

Jährliche Ausgaben für einen Sträfling:

In Lausanne, 1840 und 1841 N., bei 108 und 105 Sträflingen, $345\frac{1}{2}$ Fr. = 241,8 fl. (vortreffliche Anstalt). Die Arbeit trug dem Hause auf den Kopf $50\frac{3}{4}$ Fr. oder $14\frac{1}{2}$ Proc. des Aufwandes ein, so daß die reine Ausgabe nur $294\frac{3}{4}$ Fr. = 206,8 fl. war. Die Kost kam täglich auf $32\frac{1}{2}$ Rapp. = $19\frac{1}{2}$ fr. zu stehen.

In den badischen Strafanstalten ist der U. der Kosten für 1848u. 49 auf 1 Kopf:

	Im Ganzen.	Kost und Arznei.	Holz und Licht.	Angestelltes Personal.
Zuchthaus in Bruchsal .	176 fl.	87 fl.	33 fl.	59 fl.
Arbeitshaus in " .	161 "	81, ⁸	11, ³	40
Zuchthaus " Mannheim	150 "	83, ⁹	9, ⁵	38, ³
" " Freiburg .	144 "	75	11, ⁵	38, ³

Von der ganzen Ausgabe werden in diesen 4 Anstalten muthmaßlich 14,⁴—15,¹—24,⁸ und 20,⁷ Proc. durch den Reinertrag der Arbeiten ersetzt, so daß der reine Aufwand auf den Kopf nur noch 150,—137—114 und 112 fl. ausmacht.

In Württemberg, wenn man der für 1972 Köpfe angeschlagenen Summe von 161 430 fl. die eigenen Einnahmen der Strafanstalten mit 45 525 fl. beischlägt, ist die Ausgabe 104,⁸ fl.

In den 4 großen belgischen Zuchthäusern (Gent, Vilvorde, St. Bernard, Alost) waren 1841 u. 42 die Kosten auf den Kopf ohne den Aufwand für Verwaltung und Aufsicht 131,³² Fr. = 61,⁹ fl. Der Reinertrag der Arbeiten war 44,⁷³ Fr., wodurch der reine Aufwand auf 86,⁵⁹ Fr. sank. Ausbesserungen der Gebäude und Geräthe sind nicht eingerechnet.

In Bern, 1838, bei 312 Sträflingen: 203,³ Fr. = 142 fl.; die Züchtlinge verdienten aber mit ihrer Arbeit dem Hause 88,² Fr. auf den Kopf, also blieben nur 115 Fr. = 70½ fl. reine Ausgabe. In Genf kostete 1835 der Sträfling 205 fl., und zwar die Kost 81 fl., die Beamten 55 fl., Kleidung 18 fl., Heizung 11½ fl. u. c. Es waren 60 Köpfe.

Der Ertrag der Beschäftigung ist in obigen Angaben auf den Kopf aller Sträflinge berechnet worden. Da jedoch ein Theil derselben gar nicht, ein anderer nur wenig arbeiten kann, so ist die Leistung eines vollständig Beschäftigten größer. Es waren z. B. im Zuchthaus zu Herford 1838 247 Sträflinge, von denen 142 voll, 70 nur zur Hälfte arbeiten konnten, so daß also nur 177 vollständige Arbeiter anzunehmen waren. Der Verdienst belief sich für einen solchen auf 48,⁸⁶ Rthlr., für den Kopf im Allgemeinen auf 35 Rthlr.

Die große Verschiedenheit im Arbeitsertrage und in den Unterhaltskosten entspringt aus mehreren Ursachen, als 1) bessere oder schlechtere Einrichtung in Hinsicht auf Kostenersparung und Beschäftigung, 2) höhere oder niedrigere Preise der Lebensmittel, des Brennstoffes u. c., 3) örtliche Umstände, die es leichter oder schwerer machen, Arbeitserzeugnisse abzusetzen oder Arbeiten für Privatunternehmer zu veranstalten, 4) ungleicher Umfang der Strafanstalt, weil manche allgemeine Kosten nicht mit der Zahl der Sträflinge in gleichem Verhältniß wachsen. Daß in einer Strafanstalt die Arbeit den Unterhalt der Sträflinge ganz vergüte, wie im Bagno zu Toulon und in dem Militärzuchthause zu St. Germain (s. Fix, Revue mensuelle d'écon. polit. Mai 1834, — Berenger a. a. D.), ist nur unter besonders günstigen Umständen möglich. — Die Arbeiten außer Haus, sowohl bei Privatpersonen als im Freien unter Jedermanns Augen, sind in Bezug

auf den Zweck der Besserung bedenklich. — Den Sträflingen muß Gelegenheit gegeben werden, sich durch vorzüglichen Fleiß einen Sparpfennig zu verdienen. Die französische Einrichtung, nach welcher je nach dem Grade der Strafe 0,³—0,⁴ und 0,⁵ des Arbeitsverdienstes dem Sträfling zugehört, ist nicht so gut, als die Anordnung, daß der Ueberserdienst über ein gewisses billig bestimmtes Maaß der Leistung (Pensum) dem Züchtling zufällt.

§. 70.

Die Polizei im engeren Sinn (II. §. 6), d. h. die Sorge für Aufrechthaltung der Sicherheit im Innern des Staates durch unmittelbar vorbeugende Maßregeln, findet sich in den meisten Staaten mit der Volkswirthschaftspflege und einzelnen Geschäften der Volksbildungsfürsorge verbunden und dem sogenannten Ministerium des Innern übertragen, dessen Wirkungskreis die Polizei im ausgedehnteren Wortverstande bildet (II, §. 7). Doch pflegt die wesentliche Verschiedenheit dieser Geschäftsgebiete durch die Aufstellung mehrerer Abtheilungen in diesem Ministerium oder mehrerer Centralstellen unter demselben (Sanitätscommission, Kirchen- und Schulrath etc.) angedeutet zu sein. Die Mittelbehörden in den Landestheilen sind bei collegialischer Einrichtung (Kreis-, Bezirks- oder Provincial-Regierungen) kostbarer, als bei der Bureauverfassung (II, §. 7. Nr. 2), doch kann in diesem Punkte die Wohlfeilheit nicht entscheiden (a). Die Bezirksbeamten für die Polizei im weiteren Sinn sind noch jetzt in vielen Staaten zugleich Richter (Justizbeamte); allein die Scheidung der Rechtspflege von jenem Polizei- (Administrativ-) Geschäfte ist für die gute Ausführung beider hochwichtigen Regierungszweige von so großem Nutzen, daß man die Kosten, welche diese Maaßregel, vornehmlich anfangs, verursacht, nicht scheuen darf (b).

(a) Vgl. v. Malchus, Politik, II, § 68 ff. — Die Collegialverfassung ist zur Entscheidung von Berufungen (Recursen) ganz unerläßlich, aber auch sonst zur Bewirkung reiflich erwogener Beschlüsse und einer gewissen Gleichförmigkeit in den befolgten Grundsätzen sehr nützlich, während sonst mit der Person des Vorstandes und des vortragenden Rathes auch die Ansichten gänzlich zu wechseln pflegen. Ein Theil der Geschäfte erfordert keine collegialische Berathung, auch ist diese da ziemlich unfruchtbar, wo die Mittelbehörden einen zu eingeschränkten Wirkungskreis haben und fast nur auf den Vollzug der Ministerialbeschlüsse angewiesen sind. — In Frankreich kosten die Präfecturen und Unterpräfecturen auf

des Militärwesens auf 122 Mill. Liv., das Budget für 1811 setzte dieselben auf 460 Mill. Fr. und mit Einrechnung der 140 Mill. für die Marine auf 600 Mill. oder 62 Proc. der ganzen Staatsausgabe. In der neuesten Zeit beträgt der Militäraufwand im Verhältniß zur ganzen Ausgabe, ohne die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Staatseinkünfte:

50	Proc. =	7·185 000	Rthlr. Schweden, 1845—47, wovon 1·652 000 Rthlr. außerordentlicher Aufwand. Die Seemacht kostet 1·944 000 Rthlr., die Landmacht also 37 Proc. der Staatsausgaben.
34, ²	" =	22·600 000	Rthlr. Preußen 1849 (ohne Invalidenwesen.)
34	" =	420·000 000	Fr. Frankreich 1847, wovon 96 Mill. für die Flotte. Im A. für 1844 betrug der ordentliche Aufwand des Kriegsministeriums nach Abzug der Gensdarmmerie 287 Mill.; die außerordentlichen Befestigungs- und Bauarbeiten 34·800 000, das Ministerium der Marine und der Colonien 111 Mill., zusammen also 435 Mill. = 36, ³ Proc.
31, ⁸	" =	17·412 000	£. St. Großbritannien, 1848/49, und zwar 7·726 000 die Flotte, 7·162 000 das Heer, 2·524 835 das Feldzeugamt (ordnance).
31	" =	52·238 000	fl. Oesterreich A. 1847.
25, ⁸	" =	4·224 587	Rthlr. Dänemark A. 1844, wovon 1·049 570 auf das Seewesen kommen, also 19, ⁴ Proc. auf die Landmacht. Der A. für 1848 ist 4·564 000 Rthlr. = 2, ¹² Proc.
25, ¹	" =	17·220 000	fl. Niederland 1848, wovon 5·455 000 auf die Seemacht kommen, also 17, ⁴ P. die Landmacht.
24, ¹	" =	25·449 000	Fr. Belgien, 1849, nach Abzug der Gensdarmmerie und ohne die Marine, mit dieser ungefähr 26 Proc.
23, ²	" =	1·344 000	Rthlr. Sachsen, 1846—48.
22, ⁸	" =	7·320 000	fl. Baiern, 1843—49.
22, ⁶	" =	841 470	Rthlr. Kurhessen, 1849, ordentl. Aufwand.
21, ⁵	" =	586 000	Rthl. Mecklenburg-Schwerin, A. 1849.
21, ⁴⁸	" =	1·169 000	fl. Gr. Hessen, 1846—47.
21, ³⁶	" =	2·126 000	Baden, 1848. Nach der Vermehrung der Mannschaft auf 27 349 M. (2 Proc.) steigert sich für 1849 der Jahresbedarf auf 2·517 320 fl.
20	"		Cantone Freiburg und Genf.
18, ¹	" =	2·276 000	Württemberg 1849.
14	"		Cantone Bern, Solothurn, Wallis, Basel-Stadt.
12	"		St. Gallen, Tessin, Waadt, Neuenburg.
7, ²	"		Zürich; s. Hottinger, S. 135.

Auf den Kopf der Einwohner ausgeschlagen betragen diese Ausgaben mit Einschluß der Seemacht:

7, ⁵	fl. Großbritannien,	2, ¹	fl. C. Basel-Stadt,
6, ¹	" Schweden,	1, ⁸⁴	" Baden, 1849,
5, ⁶	" Frankreich,	1, ⁷⁷	" Oesterreich,
5, ³	" Niederlande,	1, ⁷⁸	" C. Genf,
2, ⁴⁷	" Preußen,	1, ⁶²	" Baiern,
2, ⁸⁴	" Dänemark,	1, ³⁷	" Gr. Hessen,
2, ⁷⁷	" Belgien,	1, ²²	" Sachsen,
2, ¹⁶	" Kurhessen,	1, ³	" Württemberg,

0,⁶² fl. C. Bern, Wallis,
Baadt,

0,⁴² fl. C. Zürich,
0,¹ „ C. Freiburg.

Bei solchen Vergleichen muß man sorgfältig bedacht sein, in allen Staaten nur gleichartige Ausgaben und Einnahmen in Anschlag zu bringen, was jedoch voraussetzt, daß man ausführliche Rechnungen zu Grunde legen könne.

- (b) Der Gedanke einer Schlichtung der zwischen den Staaten ausbrechenden Zwistigkeiten durch ein Schiedsgericht, wie schwer auch seine Ausführung in manchen Fällen sein mag, darf nicht aufgegeben werden. Zugleich sollten verwickelte und unbestimmte Verhältnisse, aus denen leicht Kriege mit beiderseitiger Ueberzeugung, daß man im Rechte sei, entstehen, neu geordnet werden.

§. 73.

Die Größe des für die Staatsvertheidigung zu machenden Aufwandes (a) wird hauptsächlich von folgenden Umständen bestimmt: 1) Politische Stellung eines Staates. Kleinere Staaten (z. B. des dritten und vierten Ranges) müssen sich einem größeren anschließen, oder mit anderen Staaten gleicher Art sich enge verbinden, sie erscheinen daher in Bezug auf auswärtige Verhältnisse nur als Theile eines größeren Ganzen. Sie erhalten aus dieser Verbindung das Maasß des erforderlichen Aufwandes; 2) Lage und Naturbeschaffenheit des Landes, welche die Gefahr eines feindlichen Angriffs bald vergrößert, bald mindert. Dieser Umstand hat nicht bloß auf die Menge der nöthigen Festungen, sondern auch auf die Anzahl und Bereitschaft der streitbaren Mannschaft Einfluß (b). 3) Dasein oder Abwesenheit einer ansehnlichen Handelschiffahrt und entfernter Besitzungen, weil zum Schutze beider eine Kriegsmacht auf Kosten des Staates aufgestellt werden muß, welche auch Arsenale, Häfen für Kriegsschiffe u. dgl. erfordert (c).

(a) Die Haupttheile der ganzen Ausgabe lassen sich so überblicken:

	Baden, 1848. 49.	Belgien, 1840.	Würtem- berg, 1842-45.	Bayern, M. 1835. 36.	Preußen. 1847.	Oester- reich. 1849.
Lohnung u. Be- soldung . .	Proc. 48	Proc. 56	Proc. 46	Proc. 53, ⁶	Proc. 47, ⁷	Proc. 48, ⁴
Brot	4, ⁵	4, ⁹	9, ⁸	20	17	21
Pferdefutter .	14, ²	9, ⁵	11, ⁸			
Bekleidung . .	4, ⁹	9, ⁵	5, ¹	6, ⁸⁷	6, ²	8, ³
Waffen, Geschütze, Ausrüstung, Schießbedarf	2, ⁸	2, ⁷	5, ³	2	4, ⁷	3, ³
Beherbergung .	5	2, ³	3, ⁹	4, ¹⁷	10	3, ⁶
Krankenpflege .	2, ²	1, ⁸	1, ⁷	2, ¹²	2, ⁵	—
Baukosten . .	—	5, ³	—	5, ⁴	—	4, ⁴
Nachschaffung der Pferde . .	1, ⁶	—	1, ⁸	1, ¹⁴	—	1, ⁶

lich wird, große Streitkräfte mit mäßigen Kosten bereit zu halten (e).

(a) Buch 5. Cap. 1. Abth. 2.

(b) Klüber, Oeffentliches Recht, §. 198. — Beschlüsse vom 9. April 1821, 13. Sept. 1832 u. 24. Juni 1841. Die streitbare Mannschaft ist 1 Proc. nebst $\frac{1}{6}$ Proc. Reserve. Recruten im ersten Halbjahre werden nicht eingerechnet. Von Reitern und Geschützmannschaft dürfen $\frac{2}{3}$ der Gemeinen, vom Fußvolk $\frac{1}{6}$ derselben und $\frac{1}{3}$ der Unterofficiere beurlaubt werden. — 1848 wurde durch Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 15. Jul. die streitbare Mannschaft in Deutschland auf 2 Proc. erhöht. Hiervon sind $\frac{3}{4}$ als erstes Contingent, $\frac{1}{6}$ als Reserve, $\frac{1}{12}$ als Ersatzmannschaft anzusehen. Verfügung des Reichskriegsminist. v. 12. Aug. 1848. — Frankreich hatte vor der neuesten Einführung der Republik 340 000 M. oder nicht ganz 1 Proc., Belgien 1849, 32 378 M., beinahe $\frac{3}{4}$ Proc. Das britische Reich hatte 1848 mit den in Ostindien stehenden Truppen (27 000) nur gegen 139 000 M. oder an $\frac{1}{2}$ Proc. der Volksmenge des Mutterlandes. Hiervon waren 25 000 in Irland, 28 000 in Großbritannien.

(c) Vgl. v. Rottsch, Ueber stehende Heere, 1816. — v. Arctin, Staatsr. II, 157. — Say, Handb. V, 140.

(d) Die nordamerikanischen Freistaaten hatten 1828 nur 6196 Mann. Unter der Ausgabe von 5 675 000 Doll. sind viele fremdbartige Posten. Röding, America. 1829. I. 340.

(e) Bei der Landwehr ist der Bürger nebenbei Soldat; gerade entgegengesetzt ist die Einrichtung der österreichischen Militärgränze, wo der Soldat, ohne aus dem Oberbefehl seiner Officiere entlassen zu sein, zugleich als Landwirth angesiedelt ist. Aehnlich die russischen Militärcolonieen in den Kronbüschen, die aber den großen Erwartungen nicht entsprachen und für die Landleute unerträglich drückend sind; die „ackerbauenden Soldaten“ sind den Landwirthen als deren Gehülfe ins Haus gelegt, dafür zahlt der Bauer keine Abgaben. Vgl. Lyall, Die russ. Militärcolonieen, a. d. E. Leipzig. 1824. v. Hartshausen, II, 133. Das schwedische Heer besteht seit Karl XI. größtentheils aus eingetheilter (indeelte) Mannschaft.* Die Officiere sind in Ansehung ihres Unterhaltes auf Staatsgüter angewiesen, die sie entweder selbst bewirthschaften, oder die zu ihren Gunsten von den Regimentern verpachtet werden. Jeder Gemeinde wird von einem Gutsbesitzer oder einem Vereine mehrerer (Rote) erhalten, indem man ihm Wohnung, Garten, Ackerland, Korn &c. giebt. Die hiermit belasteten Ländereien sind niedriger besteuert. — Die Schweiz hat 64 000 M. oder ungefähr $2\frac{1}{2}$ Proc. der Volksmenge Contingente (Auszug und Reserve), die nur periodisch zu Uebungen eingezogen werden; im Nothfall tritt das Aufgebot der ganzen wehrfähigen Mannschaft ein. Eigentliche stehende Truppen giebt es dort ganz wenige.

§. 75.

Andere Mittel zur Ersparung sind:

- 1) Vermeidung eines kostbaren Prunkes in der Bekleidung und Ausstattung der Mannschaft, während man nichts ver-

Kosten eines Reitpferdes:

Futter und Streu	153 fl. 36 fr.
Heilung des Pferdes	1 „ 20 „
Unterhalt des Sattelzeugs, Hufbeschlag u. dgl.	10 „ — „
Ausrüstung desselben	6 „ 32 „
Stallung	5 „ 24 „

Zusammen 176 „ 52 „

ohne die Nachschaffung, welche zu $\frac{1}{2}$ jährlich für das Stück 22 fl. 13 fr. beträgt. — In Württemberg hat ein Regiment Fußvolk auf dem Kriegsfuß 976 M., worunter 680 Gemeine, von denen im D. nur 323 im Dienste (präsent) sind, 1 Reiterreg. im Kriegstand 679, im Friedensstand 416 M., wovon 244 Gemeine, aus denen im D. 10 beurlaubt sind.

In Baiern sind 1837—43 angenommen, daß von 54 472 Unterofficieren und Gemeinen 19 410 theilweise, 17 333 beständig beurlaubt seien. Hiezu kamen 1 797 Officiere.

Ein dienstthuender Gemeiner kostete 1831 in Baiern jährlich bei der Infanterie 98 fl.; bei den Kürassieren 113 fl.; bei den Chevaurlegers 114 fl.; bei der Artillerie 128 fl. Ein Reitpferd kam jährlich auf 168 fl. zu stehen, mit Einschluß der Nachschaffung. Schüler's Vortrag 1831. Beil. XLIV. E. In Belgien hatte 1840 ein Reg. Fußvolk 1382 Mann im Dienst und 1018 beurlaubt, ein Reg. Lanzenreiter 934 M. im Dienst und 419 in Urlaub. Der Sold eines Gemeinen ist im Fußvolk 52. 55. 58 Cent. täglich (Füselier, Schütze, Grenadier), bei den Reitern 74 Cent., bei dem Geschützwesen 63 und 74 Cent.

§. 76.

- 4) Sorge für die wohlfeilste Anschaffung derjenigen Gegenstände, die zur Unterhaltung und Ausrüstung der Mannschaft dienen.

a) Die Brotlieferung wurde erleichtert, so lange die Regierung Getreide aus Staatsländereien oder gutherrlichen Gefällen bezog, wofern kein weiter Transport der Vorräthe nöthig war (a). Die Abschaffung der Natural-Einkünfte macht den Einkauf von Getreide, sowie von Heu und Stroh nothwendig, wobei die Veränderlichkeit der Preise eine lästige Ungleichheit in den jährlichen Ausgaben zu Wege bringt (b).

b) Kleidung, Pferdegeschirr u. dgl. oder wenigstens die zur Verfertigung derselben dienenden Stoffe werden nach ausgeschriebenem Mitwerben durch Lieferungsverträge mit denjenigen Unternehmern, welche die billigsten Bedingungen anbieten, angekauft. Die Strafanstalten können zur Fertigung solcher Waaren benutzt werden (c).

c) Waffen und Schießpulver sind wohlfeiler aus Privat- als aus Staatsfabriken zu erhalten (d). Geschütze müssen dagegen in der Regel in Gießereien und Bohrwerken auf Rechnung des Staats gefertigt werden, doch können kleine Staaten dieselben vertragsmäßig aus größeren beziehen.

d) Pferde werden am sichersten und wohlfeilsten erworben, wenn die inländische Pferdezucht, mit Hülfe des Landgestütes (II, S. 168.) die erwünschte Ausdehnung und Vollkommenheit erreicht hat (e).

(a) In Baiern war die Portion von $1\frac{1}{2}$ Pf. Roggenbrot für 1837—43 auf $3\frac{7}{8}$ fr. angeschlagen. In Baden besteht sie aus $1\frac{1}{8}$ Pf. Brod. von $\frac{1}{2}$ Kern, $\frac{1}{4}$ Roggen und $\frac{1}{4}$ Gerste. Anschlagsspr. für 1849 4,³ fr. — Würtemb.: 2 Pf. Brot, zu 4 fr. angeschlagen. — Belgien: tägl. 16 Cent. = 4,⁴⁸ fr. — Frankreich, $1\frac{1}{3}$ Pfd. Brot. u. für 1844: auf 166 Portionen 200 Pf. Weizen für 23 fr., Verarbeitungskosten 2,³⁸ Cent.; mit allen Nebenkosten kommt die P. auf 17,⁵⁷ Cent. = 4,⁹⁷ oder 5 fr. — Ein Spitaltag ist auf $1\frac{1}{4}$ fr. angenommen.

Bei dem Pferdefutter ist in Baden die schwere Ration für Zugpferde $7\frac{1}{2}$ Meßlein Haber (100 auf das Malter), $8\frac{1}{4}$ Pf. Heu, $4\frac{1}{4}$ Pf. Stroh, die leichte für Reitpferde 6 Meßl. Haber, $7\frac{1}{4}$ Pf. Heu und $4\frac{1}{4}$ Pf. Stroh. Württemberg: schwere Rat. 2 Viertel Haber (= 7,³ bad. Meßl.), 12 Pf. Heu (= 11,² bad.), $7\frac{1}{2}$ (7 bad.) Pf. Stroh; leichte Rat. $1\frac{1}{2}$ Viertel (5,⁵ Meßl.) Haber, 7 (6,⁵⁴ bad.) Pf. Heu und 5 (4,⁶⁷ bad.) Pf. Stroh.

(b) In Baden wurde bisher das, was die genannten Gegenstände über den angenommenen Mittelpreis kosten, aus der Staatscasse besonders vergütet, was im Durchschnitt der Jahre 1837 u. 38 94 768 fl. betrug.

(c) Bemerkenswerth ist das Verfahren, dem Soldaten nach den bisherigen Erfahrungen eine zur Anschaffung und Ergänzung seiner Montur zureichende Summe zu vergüten und ihm dagegen die einzelnen Kleidungsstücke gegen Bezahlung zu verabreichen. Dieß hat den Vortheil, daß es in seinem Interesse liegt, die Kleidung zu schonen, und daß er doch nie daran Mangel zu leiden braucht. Spitaltage werden gar nicht, Urlaubszeiten nur zu $\frac{1}{4}$ gerechnet. In Baiern war das jährliche Monturgeld eines Gemeinen bei der Garde du Corps 32 fl. 32 fr. 4 h., den Chevauxlegers 26 fl. 23 fr. 3 h., der Artillerie 23 fl. 4 h., der Infanterie 19 fl. 57 fr. 2 h. u. Verhandl. v. 1822. VII. Beilagenband, Seite 66. — In Baden besteht diese Einrichtung nicht. Man berechnet 1849 für die Infanterie den Waffenrock auf 8 fl. 17 fr., Mantel 9 fl. 56, die Hose 5 fl. 23, den Helm 4 fl. 36, die Mütze 42 fr., die Fäustlinge 49 fr. Ein Reiterhelm kostet 13 fl. 23 $\frac{1}{2}$ fr., Reitermantel 13 fl. 33 fr., Reithose 11 fl. 5 fr. Für jedes Stück ist eine erfahrungsmäßige Dauerzeit ausgemittelt. — In Frankreich kostet 1 Sattel 107 u. 222, Schabrake 19 u. 30 $\frac{1}{2}$ fr., Decke 9,⁹ u. 19,⁸ fr., die Kleidung eines Infanteristen kommt jährlich auf 38,¹⁵ fr., eines Dragoners 51, eines Husaren 63 $\frac{1}{2}$ fr.

- (d) Doch muß wenigstens für Werkstätten zur Ausbesserung der Waffen, des Riemenwerks, der Fuhrwerke, ferner zur Fertigstellung geheimer Bündmassen und Feuerwerke, als Raketen, Leuchtkugeln, Granaten: sätze u. gesorgt sein.

Sähe aus Baden 1847:

	Preis.	Dauer
Flinte	16 fl. 40 fr.	20 Jahre.
Labstock, Bajonet,	2 „ 34 „	10 „
Säbel	3 „ — „	20 „
Carabiner des Reiters	15 „ 36 „	30 „

- (e) In Baiern sind zu diesem Zwecke Fohlenhöfe angelegt worden, wo man Pferde auf Rechnung des Staates erzieht. Die Anstalt hatte im J. 1826 27 452 Morgen Land, 53 Hengste, 35 Stuten, 1662 Fohlen. Bis zu dieser Zeit hatten sie die Ausgaben noch nicht völlig gedeckt, obschon die Preise für die abgegebenen Pferde keineswegs zu knapp bemessen waren. — Im J. 1829 waren vorhanden 11 254 Morgen Garten, Acker, Wiese und Wald, 8286 M. Weide u. a. schlechteres Land, nebst den Gebäuden auf 890 416 fl. geschätzt, ein Mobil-
liar von 416 778 fl., aber keine Hengste und Zuchtstuten mehr, sondern nur 1136 Fohlen und 139 Oekonomiepferde. In 3 Jahren wurden 873 junge Pferde zu 220 fl. an die Regimenter abgegeben, die theils verkauft, theils gezogen waren; aber es giengen viele Fohlen zu Grunde, und im 3jähr. Durchschnitt 18²⁹/₃₀ war die Jahresausgabe um 30 217 fl. größer als die Einnahme; die Verwaltung ist durch die vielen zugehörigen Gewerbe, z. E. Glashütte, Mühlen, Brauerei u. dgl. sehr verwickelt; s. Scheuing's Bericht v. 1831, Beil XLIV. E. Abth. II. — Die Ergebnisse blieben auch in der neuesten Zeit ungünstig. Die Ausgaben waren größer als die Einnahmen:

i. D. von 18²⁹/₃₀ — 31¹/₃₂ um 8 236 fl.
18³¹/₃₆ — 37¹/₃₈ „ 11 783 „

Im Sept. 1838 waren 792 Fohlen und erwachsene Pferde vorhanden. Die für 1837—1843 angelegten Preise, welche für die an das Militär abgegebenen Pferde vergütet werden, sind: Kürassier = Pferde 310 fl., Chevauxlegers = Pf. 220 fl., Zugpferde 130 fl. — In Baden wurden 1842.43 für ein Reiterspferd 200 fl. angenommen, in Württemberg 190 fl. und 10jährige Dauer eines Pferdes, in Frankreich 1844 500 u. 600 Fr.

§. 77.

Eine schwere außerordentliche Ausgabe verursacht die nächste Rüstung für den Krieg (Mobilmachung, Anlegung von Magazinen u.), eine noch schwerere von unabsehbarer Größe der Krieg selbst. Die Lasten, welche ein Krieg in wirthschaftlicher Hinsicht dem Volke auflegt, bestehen nicht allein in dem Aufwande aus der Staatscasse, sie begreifen in sich auch die Verringerung der Production durch Entziehung vieler Arbeiter und Störung des Absatzes, sowie die vielfachen Ausgaben und Verluste der Bürger durch Einquartierungen, vorzüglich aber durch die Nähe des Kriegsschauplatzes. Selbst der glücklichste Aus-

gang des Kriegeß kann nur selten alle diese Opfer vergüten, ein unglücklicher vernichtet in kurzer Zeit die Früchte eines vieljährigen Fleißes. Die Wahrnehmung, daß einzelne Gewerbszweige im Kriege in Aufnahme kommen, hat bisweilen zu der Meinung verleitet, als sei derselbe der Volkswirthschaft nicht nachtheilig, aber dieser Irrthum berichtigt sich leicht, wenn man auf den Vermögenszustand aller Volksklassen achtet und den, durch gewaltsame Ausschließung des fremden Mitwervens erlangten vorübergehenden Monopolgewinn mit der Ausdehnung der Betriebsamkeit bei freiem Welthandel vergleicht. Macht der Sieg benachbarte Länder zinsbar, so ist dagegen zu bedenken, daß derselbe wandelbar ist, daß das unrechtmäßig Erworbene nicht gedeiht und bei einem Wechsel der Ereignisse desto schwerere Buße nachfolgt (a). Erwägungen dieser Art können zwar nie von einem gerechten Kriege abhalten, der nothwendig ist, um den Staat gegen äußere Beeinträchtigung und Angriffe zu schützen, sie können aber das Gewicht der übrigen rechtlichen und Klugheitsgründe verstärken, um von solchen Kriegen abzumahnen, deren Veranlassung den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit widerstreitet und deren Urheber vor dem Gerichte der Weltgeschichte nicht bestehen können.

(a) Was ein kriegsführendes Volk im Blute seiner Kinder, in Entbehrung, Noth und Sorgen seiner Bürger für Opfer bringt, läßt sich nicht berechnen. Doch auch das, was in Zahl und Maas fällt, stellt keine günstige Bilanz dar. Nach den durch Dumas (*Précis des événements militaires*, XIX. Band, vergl. *Memoiren des Herz. v. Rovigo*, I, 130 der deutsch. Uebers.) bekannt gewordenen Zahlen hat die französische Staatskasse nur vom 1. Octob. 1806 bis dahin 1808 nach Abzug der Ausgaben im damaligen Kriege eine Einnahme von 435 Mill. Fr. aus den occupirten Ländern bezogen. Aber was litt Frankreich, besonders von 1812—1818? Die Ausgaben der franz. Staatskasse von 1802—1815 werden auf 5000 Mill. Fr. gerechnet, und so viel sollen auch die Contributionen der eroberten Länder wieder eingebracht haben, Say, *Handb.* V, 151. Hierzu kamen aber die Folgen der unglücklichen Feldzüge von 1814 und 1815. Bloß allein die vertragsmäßigen Leistungen beliefen sich sehr hoch, nämlich:

Contribution an die verbündeten Mächte . . .	700 Mill. Fr.
Kosten der fremden Besatzung, 3 Jahre hindurch	
zu 130 Mill.	390 " "
Privatentschädigungen, 16 Mill. Fr. Renten . .	220 " "

Zusammen 1410 Mill. Fr.

Von 1814—1819 hat die franz. Staatsschuld um beinahe 126 Mill. Fr. Renten oder 2520 Mill. Fr. Stamm zugenommen. Vgl. Bresson, II, 316, 443. — Die Eroberung von Algier brachte der französischen Staatscasse eine Einnahme von 51 Mill. Fr. aus erbeuteten Schätzen und Waarenvorräthen zu Wege, aber die Kosten der Eroberung und Behauptung sind weit größer.

§. 78.

Der Aufwand für die auswärtigen Angelegenheiten (a) betrifft hauptsächlich das Ministerium und die Gesandtschaften, sowohl außerordentliche, als stehende. Letztere sind heutiges Tages ein unentbehrliches Hülfsmittel der neueren Staatskunst, jedoch nicht gerade in ihrer bisherigen Ausdehnung. Vertragsmäßige Zahlungen an einen anderen Staat, welche bisweilen in den auswärtigen Verhandlungen ihre Veranlassung gefunden haben, sind nur zulässig, um eine schon bestehende Verbindlichkeit zu erfüllen, oder einen großen Vortheil zu erkaufen, oder sich von einem schweren Uebel zu befreien. Der Aufenthalt der Gesandten und ihres Hülfspersonales in fremden Hauptstädten macht eine reichliche Besoldung nothwendig (b). Doch lassen sich auch hier ansehnliche Ersparungen bewirken,

- 1) indem man häufiger Gesandte eines niedrigeren Ranges anstellt, welche keiner so kostbaren Umgebung bedürfen, und sich von der Entbehrlichkeit eines großen Aufwandes der Gesandten überzeugt (c),
 - 2) daß man nur an solchen Höfen Gesandte unterhält, mit denen man in vielfachen Berührungen steht, auch mehrere Gesandtschaftsposten an benachbarten Höfen einem einzigen Manne überträgt.
- (a) In vielen Staaten sind diesem Ministerium die Archive und die Angelegenheiten der fürstlichen Familie übertragen. Diese ganze Abtheilung der Ausgaben beträgt in den meisten Staaten gegen 1—1½ Proc. des Staatsaufwandes.
- (b) Say (Handb. V, 169) hält die Gesandtschaften für eine althergebrachte Albernheit. Diese Meinung ist durch die Schilderung der Vortheile, welche in Staats- und Privatangelegenheiten aus der Anwesenheit fremder Gesandten entstehen, leicht zu widerlegen. Würde man in jedem Falle eines eintretenden Bedürfnisses besondere Gesandtschaften abordnen, so würde dieß nicht weniger kostbar sein, mehr Zeit fordern und höchst unbequem sein.
- (c) Man unterscheidet neuerlich 1) Großbotschafter, 2) bevollmächtigte Minister und Envoyés, auch Internuntien, 3) Minister-Residenten, 4) bloße Residenten und Geschäftsträger (chargés d'affaires). Die

wichtigsten Verhandlungen werden von Abgesandten gepflogen, die kein Aufsehen machen. Der Prunk und Glanz des sog. diplomatischen Corps ist Verschwendung.

§. 79.

Zu den Ausgaben für die Volkswirtschaftspflege gehören vorzüglich:

- 1) Prämien und Unterstützungen, um neue nützliche Unternehmungen im Gewerbewesen zu befördern, ein Mittel, mit welchem man sehr vorsichtig sein muß, weil es in vielen Fällen überflüssig oder sogar schädlich ist.
- 2) Die Kosten des Landgestütes (§. 76.), welche bei guter Einrichtung dieser Anstalt sich selbst finanziell belohnen (a).
- 3) Der Straßen- und Wasserbau (II, §. 269 ff.), welcher zwar in vielen Staaten dem Geschäftsgebiet des Finanzministeriums zugetheilt wird, seiner Bestimmung nach aber hauptsächlich der Volkswirtschaftspflege angehört, obgleich bei den Flüssen und Meeresküsten der Zweck der Sicherung gegen Ueberschwemmung und Abreißen des Landes hinzukommt (b).

a) Unter den Landstraßen müssen diejenigen, welche die Hauptverbindung der Landestheile mit dem Mittelpunkt und die des Staatsgebietes mit Nachbarstaaten bilden, aus der Staatscasse, die Bezirksstraßen dagegen können aus den Beiträgen einzelner Landestheile und zwar der Provinzen u. (§. 55), oder der längs jeder einzelnen Straße liegenden Landstreifen bestritten werden (II, §. 271), und es gehört dieser Aufwand unter diejenigen, welche zur Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes am meisten beitragen, weshalb man in mehreren Staaten sich nicht gescheut hat, zur schnelleren Vollendung der Straßenverbindungen Anleihen aufzunehmen (c). Die durch die Straßenbaufrohen bewirkte Ersparung kann als eine zu ungleich vertheilte und zu drückende Last nicht gebilliget werden, §. 243. Durch Vermeidung eines zwecklosen Luxus, z. B. in der Breite der Straßen, und durch die Wahl der wohlfeilsten Bauart, unbeschadet der Güte, läßt sich ohne

Nachtheil sparen; auch zeigt die Erfahrung, daß die jährliche Unterhaltung weniger kostet, wenn die Straßen einmal in vollkommen guten Stand gesetzt worden sind (d).

b) Eisenbahnen und Canäle können von Privatgesellschaften angelegt werden, wenn sich Neigung, Geschicklichkeit und Capitale dazu vorfinden (II, §. 273 a. 277), doch ist es auch oft nothwendig oder nützlicher, daß die Regierung wichtige Werke dieser Art selbst erbaut, wozu sie die erforderlichen Summen borgen muß (e).

c) Zu den schützenden Bauten an den Gewässern sind Beiträge der gefährdeten Grundeigenthümer zweckmäßig (f.)

4) Staatsbeiträge zur Ablösung schädlicher Reallasten von Ländereien (g).

(a) U. in Baden für 1848. 49. 73 250 fl., für 150 Hengste. Futter und Stroh für einen Hengst kommen jährlich auf 160 fl. Die Ergänzung geschah bisher nicht durch eigene Zucht, sondern meistens durch Ankauf von Fohlen, deren 1843 60 gehalten wurden. Die 2. Kammer beschloß 1848 die Aufhebung der Anstalt. — Württemberg, 89 900 fl. Am 1. Juli 1841 waren vorhanden 143 Hengste, 101 Zuchtstuten, 174 Fohlen. Zu der Anstalt gehören das Muttergestüt zu Marbach, der Hengstfohlenhof zu Güterstein und der Stutenfohlenhof zu Offenhausen. — Baiern: 111 000 fl. — Großh. Hessen: 30 000 fl. — Belgien 1840: 230 000 Fr. — Preußen 1849: 195 240 Rthlr. — Frankreich 1844 2¼ Mill. Fr., dagegen auch 352 000 Fr. Einnahme.

(b) Die Ausgabe für Straßen- und Wasserbau ist ein beträchtlicher Theil des ganzen Staatsaufwandes. Sie macht z. B.:

13,4 Proc. = 1 342 000 fl. Baden, 1848. 49, ohne die außerordentlichen Verwendungen. 1846. 47 war die Ausgabe mit den letzteren zusammen 1 804 000 fl. oder 17 Proc. Der Straßenbau war 1848. 49 mit 689 000, der Wasserbau mit 511 000 fl. angesetzt.

11,3 „ = 613 000 fl. Gr. Hessen, 1845—47.

9,8 „ = 555 000 Rthlr. Sachsen, 1843—45.

8 „ = 96 600 000 Fr. Frankreich 1844, ohne die großen Eisenbahnbauten.

6,4 „ = 237 000 Rthlr. Kurhessen 1849.

6 „ = 3 898 000 Rthlr. Preußen 1847, mit Einschluß von 1 Mill. für Neubau.

5,7 „ = 9 547 000 fl. Oesterreich, R. 1847.

5,62 „ = 1 688 000 fl. Baiern, 1837—43.

5,3 „ = 554 600 fl. Württemberg, 1842—45.

4,8 „ = 4 517 000 Fr. Belgien, 1841. Der Staat unterhält hier nur etwa 2/3 der vorhandenen Landstraßen. In den Jahren

1836 und 1838 wurden 8 Mill. Fr. außerordentl. Zuschuß zu dem Straßenbau bewilligt.

- (c) Die Prämienanleihe der preuß. Seehandlung von 1832, im Betrage von 12·600 000 Rthlr., war hauptsächlich zum Straßenbau bestimmt. — Im Großh. Pessen wurde durch Ges. v. 14. Jun. 1836 eine besondere Straßenschuld aufgenommen, für welche ein Steuerzuschlag erhoben wurde. Nach Ges. v. 19. Oct. 1845 wurde diese Schuld im Betrage von 2·249 000 fl. in die allgemeine Staatsschuld aufgenommen, der Steuerzuschlag der Schuldencasse zugewiesen.
- (d) Ueber die Kosten der Anlage und Unterhaltung s. II, S. 270 (a). In Belgien kostet 1 Meter Pflasterstraße jährl. 60 Cent., gewöhnliche Kunststraße 49 Cent., also die Wegstunde 1200 und 1016 fl., Heuschling, Statist. S. 255. — Straßen ohne gute Unterlage von größeren Steinen sind wohlfeiler anzulegen, aber kostbar zu unterhalten. Durch Anstellung einer hinreichenden Zahl von Straßenwärtern, die jede kleine Beschädigung sogleich ausbessern, wird an dem Aufwande merklich erspart. In Baden sind 603 Straßenwärter, deren jeder im D. 1233 Ruthen = 1,2²³ Wegstunden versieht und außer einigen Nebeneinkünften 157 fl. Lohn erhält.
- (e) Es läßt sich zwar annehmen, daß eine wahrhaft nützliche Unternehmung dieser Art auch für die Unternehmer mit der Zeit einträglich werden müsse, denn ihr Nutzen besteht darin, daß sie die Frachtkosten um mehr erniedrigt, als die Bau- und Unterhaltungskosten ausmachen, wodurch Consumtion und Production vermehrt werden. Consumenten (soweit die Preise der Waaren sinken) und Producenten theilen sich in diesen Vortheil und büßen ihn nicht gänzlich ein, wenn sie auch die Kosten des Canals und der Eisenbahn den Erbauern vergüten müssen. Indes gibt es Fälle, wo der Waarenzug noch nicht sogleich eine solche Lebhaftigkeit erlangen kann, um die Zinsen und Reparaturen leicht zu vergüten, und wo man es rathsam findet, zur kräftigeren Ermunterung der Production diese Ausgaben fürs Erste nicht im Weggelde sich ganz ersetzen zu lassen, wo also die Rechnung auf einen langen Zeitraum hinaus gemacht werden muß. Dies kann nur von der Regierung geschehen, die auch solche Unternehmungen auf die gemeinnützigste Weise auszuführen im Stande ist. Gleichwohl wäre es irrig, jede solche Kunststraße ohne Weiteres für vortheilhaft zu halten, denn es kommt dabei sehr auf die Gegend und Richtung an. — Vgl. Say, Handb. V, 177. — Die große Canalunternehmung der französischen Regierung wurde mit auffallender Uebereilung begonnen. Man beschloß in den Jahren 1818 — 35 verschiedene Anleihen, um einige Canäle zu beenden und auch einige Brücken- und Hafenbauten vorzunehmen. Die ganze aufgenommene Summe war 142·630 000 Fr., aber die Anschläge waren so ungenau verfertigt, daß der wirkliche Aufwand weit über sie hinausgieng. Der Canal von Riveaux wurde auf 8 Mill. Fr. angeschlagen, kostet aber 19 — 20 Mill. Im J. 1830 wurden 7. Mill. Fr. für die Zahlungen an die Canalgläubiger und 5·100 000 Fr. für Fortsetzung der Arbeiten nöthig. *Revue Enc.* 1828. Aug. S. 444. *Moniteur*, 1829. 9. April 1830. 7. Nov. Im J. 1834 hatten die 13 größten, in den J. 1821 u. 22 beschlossenen Arbeiten schon 241 Mill. gekostet. — Die Actien tragen 5 Proc. Zinsen, außerdem eine Prämie bei der Tilgung oder (beim Canal von Bourgogne und von Arles) eine Zinserhöhung von $\frac{1}{2}$ Proc. von 1833 an, und sie geben auch

- nach der gänzlichen Einlösung noch das Recht auf einen Antheil am Reinertrage. Die jährliche Ausgabe des Staates in Folge dieser Anleihen war 1846 R. für Zinsen u. Prämie 6·559 000, für Tilgung 3·230 000, für Nebenkosten 549 800, zusammen 10·338 000 Fr. — In den nordamericanischen Freistaaten haben die einzelnen Staaten bedeutende Unternehmungen im Straßen- und Canalbau mit Hülfe von Anleihen gemacht, s. §. 277 (d). Ueb. Staatswiss. s. §. 219 b.
- (f) In Baden haben die am Rhein liegenden Gemeinden 4 Kr., die an den anderen Flüssen liegenden 2 Kr. von 100 fl. des Grundsteuercapitals aller Ländereien zu entrichten. Dieß trägt gegen 93 000 fl. ein.
- (g) Kein Staat hat hierauf mehr verwendet als Baden, hauptsächlich zum Behufe der Zehntablösung, welche die Staatsschuld stark vergrößert hat.

§. 80.

Die Ausgaben für die Zwecke der Volksbildung beziehen sich vornehmlich auf folgende Gegenstände :

1) Unterrichtsanstalten (a).

- a) Als allgemeine Grundlage alles Unterrichtes dienen die Volks- (Elementar-) Schulen. Die Güte des Volksschulwesens hat auf den geistigen und sittlichen Zustand und somit auf die gesammte Wohlfahrt des Volkes einen so mächtigen Einfluß, daß die Regierung auf das dringendste verpflichtet ist, für die Anstellung einer hinreichenden Anzahl fähiger Lehrer, für Anstalten zur Bildung solcher Lehrer (Schullehrerseminarien), für die Herstellung der erforderlichen Schulgebäude und für eine solche Besoldung der Lehrer zu sorgen, welche ihnen Auskommen und Achtung verschafft (b). Weil jedoch zunächst die örtlichen Hülfsmittel in Anspruch genommen werden, namentlich der Ertrag des dafür bestimmten Stiftungsvermögens und die Zuschüsse der Gemeindecasse, so hat der Staat nur da etwas beizuschießen, wo jene Quellen nicht genügen, und so wird es möglich, mit einer sehr mäßigen Summe viel auszurichten.
- b) Besondere Lehranstalten sind für mancherlei Richtungen der menschlichen Thätigkeit nöthig; es giebt wissenschaftliche (Gymnasien, Lyceen, Universitäten), ferner Gewerbs- (Landwirthschafts-, Forstwirthschafts-, Bergbau-, Gewerb-, Bau-, Handels-, Schiffahrts-) Schulen, Kunst-, Kriegsschulen u. dgl. In kleinen Staaten

vermag man nicht für alle diese Zweige zu sorgen, doch sind Gymnasien nirgends entbehrlich und die Wissenschaft ist überhaupt dem Staate so nothwendig, daß man ihre Pflege und Verbreitung sich nicht genug angelegen sein lassen kann (c). Höhere Bürger- (Real-) Schulen zu errichten, wird den Stadtgemeinden überlassen, allenfalls mit einem Staatszuschusse.

2) Beförderung der wissenschaftlichen und Kunstbildung durch Bibliotheken, Kunstsammlungen, gelehrte Gesellschaften (Akademicien) (d) u. dgl.

3) Die Kirche. Ohne eine Anstalt des Staates zu sein, ohne in ihrem Inneren eine Unterordnung unter denselben ertragen zu können, steht dieselbe doch in Ansehung ihrer Bestimmung in einer so nahen Beziehung zu den Staatszwecken, daß sie von der Regierung nicht bloß Schutz, sondern auch äußeren Beistand fordern darf. Wo die kirchlichen Gesellschaften ohne eigenes oder doch ohne zureichendes Vermögen sind, da wird eine dem Bedürfniß des Gottesdienstes und der Seelsorge entsprechende Beisteuer aus der Staatscasse nothwendig (e).

(a) Ganzer Betrag dieses Aufwandes:

5,⁶ Proc. = 201 000 Rthlr. Kurheffen, 1849.

4,³⁸ „ = 438 000 fl. Baden, 1848.

3,³⁸ „ = 1 070 000 fl. Baiern, 1837—43.

2,⁴⁹ „ = 365 000 Württemberg, 1842—45; unter den Ausgaben für die Kirche sind aber auch Schullehrerbefoldungen enthalten.

3,¹ „ = 172 000 fl. Gr. Hessen, 1845—47.

2,³¹ „ = 1 500 000 Rthlr. ungefähr Preußen, 1847.

1,⁶ „ = 1 703 000 Fr. Belgien, 1841, ohne die Provinciale ausgaben für gleichen Zweck.

1,⁴¹ „ = 17 930 000 Fr. Frankreich, 1847, ohne die Gewerbschulen für Landbau, Bergbau und Gewerke.

1,⁴ „ = 1 325 000 fl. Oesterreich, 1849.

Diese große Verschiedenheit rührt zum Theil von den anderen Hülfquellen her, aus denen die Schulanstalten Zuflüsse erhalten, wie z. B. die meisten Universitäten eigenes rentetragendes Vermögen besitzen.

(b) In den letzten beiden Jahrzehnten ist in vielen europäischen Staaten für diesen lange vernachlässigten Gegenstand sehr viel geschehen. Dieß zeigt sich hauptsächlich in folgenden Stücken:

1) Zahl der Schüler und der Lehrer und Vollständigkeit des Schulbesuches. Auf 1000 Menschen kommen gegen 153 Kinder von 6

- (e) Es macht einen großen Unterschied, ob in einem Lande das Kirchenvermögen sich noch erhalten hat, oder der Unterhalt der Geistlichen ganz vom Staate bestritten werden muß. In Oesterreich ziehen sowohl die Kirche als die Lehranstalten beträchtliche Renten aus den sog. politischen Fonds.

Die Kirche kostet in Frankreich (1847) gegen 38 Mill. oder 3 Proc., in Preußen soviel wie der Unterricht, in Baiern (1837—43) $1\frac{1}{3}$ Mill. fl. oder 4,³ Proc., in Württemberg (1842—45) 875 600 fl. = 8,³ Proc., in Baden (1848) neben ansehnlichem Kirchenvermögen 128 000 fl. oder 1,²⁸ Proc., in Kurhessen (1849) 69 000 Rthlr. = 1,⁸ Proc., im Gr. Hessen 2,³ Proc. oder 128 000 fl.

§. 81.

Ausgaben für das Finanzwesen. Die Erhebung, Verwendung und Berechnung der Staatseinkünfte verursacht Kosten, die theils nur einzelne Zweige von Einnahmen betreffen und in den Finanzplanen mehrerer Staaten sogleich von dem Betrage derselben in Abzug gebracht werden, theils sich auf die gesammte Finanzverwaltung beziehen. Unter letzteren nehmen auch die Ausgaben für die Staatsschuld ihre Stelle ein. Die Regeln für die vortheilhafteste Einrichtung dieser ganzen Classe von Ausgaben sind in der Finanzwissenschaft zerstreut.

1) in Bezug auf das Staatswohl im Ganzen:

- a) Keine Einnahme darf wohlervorbene Rechte, oder auch das in den ewigen Vernunftgesetzen begründete Gebot der Gerechtigkeit verletzen.
- b) Jede Einnahme soll die volkswirthschaftlichen Zwecke, nämlich reichliche Gütererzeugung, gute Vertheilung der Erzeugnisse, lebhaften Verkehr und zweckmäßige Güterverzehrung zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes, so wenig, als es mit der Aufbringung des Staatsbedarfes vereinbar ist, beeinträchtigen, §. 13. Unter übrigens gleichen Umständen ist diejenige Einnahme die beste, welche in jenen Hinsichten am wenigsten schadet. Insbesondere gehört es zu den Vorzügen einer Art von Einkünften, wenn der aus ihr entspringende Verlust für die Bürger so wenig als möglich den Betrag übersteigt, welchen die Regierung zur Verfügung erhält (a).
- c) Eine Staatseinnahme soll, abgesehen von ihren wirthschaftlichen Folgen, auch in anderen Beziehungen, z. B. der Sittlichkeit, der Sicherheit u. dgl., keine nachtheiligen Wirkungen äußern.

2) In Bezug auf den Staatshaushalt, für sich betrachtet, ist diejenige Einnahme die bessere, welche leicht, sicher und vollständig zu erlangen und daher für die Aufrechthaltung der Ordnung günstig beschaffen ist.

- (a) D. h. wenn die Bürger nichts weiter als das verlieren, was in die Staatscasse fließt, also z. B. nicht etwa durch eine Vertheuerung einer Waare zu Gunsten von Privatpersonen Schaden leiden, und wenn zugleich der reine oder Nettoertrag im Verhältniß zum rohen (Brutto-) Ertrage groß ist. Es macht indeß hiebei einen Unterschied, ob die in die Staatscasse fließenden Gütermassen ursprüngliches oder abgeleitetes Einkommen sind (I, §. 251), weil im ersten Falle die Kosten eine productive, im letzten aber eine unproductive Verzehrung bilden.

§. 84.

Die Staatseinkünfte können nach der wirthschaftlichen Wesenheit ihrer Quellen in zwei Hauptclassen getheilt werden (a):

- 1) Die Regierung erwirbt fortdauernd Güter, indem sie sich dieselben auf den nämlichen Wegen, wie Einzelne,

durch irgend eine Art von Aufopferung oder Leistung verschafft, ohne daß man gezwungen wäre, von dieser Leistung, die sich die Regierung bezahlen läßt, Gebrauch zu machen. Die Mittel zu einem solchen Erwerbe sind überhaupt Arbeit und Vermögensstände; beide werden von der Regierung entweder vereinzelt benutzt, oder in Gewerbsunternehmungen verbunden. In jedem Falle ist die Regierung bei diesen Einnahmen von dem Erfolge der betriebenen Unternehmung, von dem Absatze der erzeugten Güter, dem häufigen Gebrauche der errichteten Anstalten u. dgl. gerade so abhängig, wie die einzelnen Bürger es sind, und sie muß, wie diese, die Vergrößerung der Einnahmen oder die Verminderung der Kosten auf dem Wege von Verbesserungen des Betriebes zu bewirken suchen. Die für die Regierung betriebenen Erwerbsgeschäfte sind Bestandtheile der Volkswirtschaft.

- II) Die Regierung erhebt kraft des Gesetzes Theile des Privatvermögens ihrer Bürger, ohne daß denselben in den Fällen, in denen eine gewisse gesetzliche Verbindlichkeit eintritt, eine Wahl frei gelassen würde. Hier nimmt also der Zwang die Stelle des Erwerbes ein. Da der Staat die Privatwirtschaft nicht zerstören soll, so darf er von jedem Bürger nur eine solche Gütermenge fordern, die dieser entbehren kann, dagegen aber die Forderung wiederholen, so wie die Bürger von Neuem in den Stand kommen, etwas abgeben zu können. Nimmt man daher die in ihrem Betrage geringfügigen und in ihrer Behandlung sehr einfachen und deshalb für die Wissenschaft unerheblichen Fälle aus, in denen, dem bürgerlichen Rechtsgesetz zufolge, der Staat den Nachlaß eines ohne Erben verstorbenen Bürgers oder ein einzelnes herrenloses Gut im Staatsgebiete sich aneignet (*b*), so besteht der regelmäßige Weg, wie die Regierung erzwungene Beiträge fordert, darin, daß sie den Bürgern die Verbindlichkeit zu gewissen Entrichtungen aus ihrem Vermögen auferlegt. Dieselben können Auflagen genannt werden (*c*).

- (a) Rau, Ueber die Kameralwiss. S. 77.
 (b) Die Einziehung solcher herrenloser Güter ist zweckmäßig, aber von finanzieller Seite so leicht, daß die Wissenschaft sich mit dieser übrigens auch wenig ergiebigen Art der Einnahmen nicht weiter zu beschäftigen hat. Für Frankreich waren 1844 346 500 Fr. solcher Einnahmen in Anschlag gebracht.
 (c) Auch die Gemeinde, eine Zunft u. dgl. kann solche Auflagen einfordern, also müßten die von der Regierung angeordneten eigentlich Staatsauflagen genannt werden. Die Gemeindeauflagen tragen gewöhnlich den Namen Umlagen.

§. 85.

Zu I. Die **Erwerbseinkünfte** der Regierung, die älteste Quelle von Staatseinnahmen, lassen wieder in Ansehung des Verhältnisses, welches zwischen der Regierung und den einzelnen Gewerbetreibenden obwaltet, eine weitere Abtheilung zu. Es sind nämlich folgende zwei Fälle möglich:

- 1) Die Regierung stellt sich den Bürgern in der Benutzung eines Erwerbszweiges völlig gleich, legt ihnen keine Hindernisse in den Weg und sucht in freiem Mitwerben mit ihnen ein Einkommen. Dieses fällt ihr demnach ohne allen Einfluß der Staatsgewalt zu und setzt keine andere Bedingung voraus, als den Besitz der Erwerbsmittel (§. 84), und zwar, weil aus der bloßen Veranstaltung von Arbeiten durch gedungene Arbeiter nicht wohl Gewinn entstehen könnte (a), den Besitz eines werbenden Vermögensstammes. Diese Classe von Einkünften rührt folglich aus reinem Privaterwerbe, oder aus der Benutzung des Staatsvermögens her. Sie kann aus Grundrente, Zinsrente und Gewerbsverdienst bestehen.
- 2) Das Mitwerben der Bürger wird in einzelnen Zweigen der Gewerbsthätigkeit ganz untersagt oder wenigstens erschwert und beschränkt, weshalb der Erwerb der Regierung nicht bloße Frucht eines werbenden Vermögens, sondern zugleich eines Vorrechtes der Staatsgewalt ist. Jede solche Art von Erwerbseinkünften wird durch eine gesetzliche Anordnung bedingt, wodurch der höchsten Gewalt vorzugsweise die Befugniß zur Betreibung von Unternehmungen beigelegt wird, die sonst ihrer Natur nach in den Händen von Privatpersonen sich befinden könnten.

Vorrechte dieser Art heißen Finanzregalien, Regalien im engsten Verstande. Es ist sogleich einleuchtend, daß diese Einnahmequelle, wenn sie willkürlich ausgedehnt würde, der Betriebsamkeit der Bürger tiefe Wunden schlagen könnte.

- (a) Nur wenn der Staat Sklaven oder Sträflinge vermietete, käme eine Einnahme aus bloßer Arbeit vor.

§. 86.

Zu II. Auch die Auflagen zerfallen in zwei Gattungen je nach der Weise, wie die Verpflichtung, eine gewisse Summe an die Regierung abzugeben, der Gerechtigkeit gemäß bestimmt werden kann, abgesehen von anderen rein-willkürlichen und zufälligen, also auch unzweifelhaft ungerechten Arten von Abgabenforderungen.

- 1) Auflagen, die bei einer besonderen Berührung der Bürger mit der Regierung gefordert werden und daher als Vergütung für eine einzelne, mit Kosten verbundene Maaßregel der vollziehenden Gewalt erscheinen, sind Gebühren. Sie werden erhoben, wenn der Bürger von gewissen Staatsanstalten Gebrauch macht, wenn ihm eine Begünstigung zu Theil wird, oder wenn sonst eine Staatsbehörde sich mit seinen Angelegenheiten beschäftigen muß, wohin auch der Fall gehört, wo er sich eine Gesetzwidrigkeit zu Schulden kommen läßt. Bei den Gebühren wird zwar wie bei den Regalien dem Bezahlenden etwas Einzelnes vom Staate geleistet, allein es findet doch wieder ein wesentlicher Unterschied Statt, denn die Gebühr ist nur die Begleiterin einer Regierungshandlung, welche nicht weniger nothwendig wäre, wenn auch keine besondere Vergütung für sie gefordert würde, so daß offenbar jene nicht der Bezahlung willen vorgenommen wird (a).
- 2) Solche Auflagen dagegen, die ohne eine einzelne Veranlassung der erwähnten Art, also ohne eine besondere Gegenleistung der Regierung aus allgemeiner Bürgerpflicht und nach einem allgemeinen Maaßstabe von den Bürgern gefordert werden, sind Steuern.

- (a) Man bezeichnete die hieher gehörigen Auflagen früher öfters mit dem Namen zufällige Abgaben. Neuerlich hat man sie meistens mit den Steuern zusammengeworfen und diesen Ausdruck in dem weiteren Sinne gebraucht, der hier mit dem Worte Auflagen ausgedrückt worden ist.

§. 87.

Die Staatseinkünfte können noch nach einigen anderen Gesichtspunkten abgetheilt werden.

1) Nach der Art der Sachgüter, welche in den Besitz der Regierung gelangen, unterscheidet man Geld- und Natural-Einkünfte (a). Bei dem Betriebe von Gewerben und bei manchen anderen Veranlassungen erhält die Regierung Vorräthe von Natur- und Kunsterzeugnissen, die entweder zur Erzielung einer Geldeinnahme verkauft, oder unmittelbar verwendet werden. Wenn man unter Naturaleinkünften im engeren Sinne solche versteht, die nicht in Geld umgesetzt, sondern geradezu für öffentliche Zwecke gebraucht werden, so sind dahin vorzüglich Rohstoffe, wie Getreide, Holz &c. zu rechnen, die gleichförmig beschaffen sind und regelmäßig für gewisse Bedürfnisse angewendet werden. In früheren Zeiten war es bei dem geringen Geldverkehre, dem schwierigen Absage der Erzeugnisse und dem schwachen Handel angemessen, die aus dem Erwerbe der Regierung erhaltenen Bodenerzeugnisse vorrätzig zu behalten, um sie zum Unterhalte des Hof- und Staatsdienerpersonals anzuwenden; auch verband man damit die Absicht, für Fälle von Mißwachs und Theuerung eine Aushülfe in Bereitschaft zu halten, die den bedrängten Unterthanen wohlthätig werden könnte (II, §. 137). Allein wegen der Kostbarkeit einer solchen Aufbewahrung, der Gefahr von Verlusten und der größeren Lebhaftigkeit des Verkehrs kommt man von jenem Verfahren allmählig zurück und zieht die viel einfacheren Geldeinkünfte vor, außer in so weit man zu Besoldungen (§. 58) und zur Brotlieferung für die Soldaten (§. 76) Getreide nöthig hat.

2) Nach ihrer Veranlassung und Entstehungsweise kann man unterscheiden:

- a) selbständige Einkünfte, die den Zweck einer gewissen

Veranstaltung bilden, und deren Kosten nur als Mittel für diesen Zweck dienen;

b) gelegentliche, accessorische, die sich nur an eine Art von Staatsausgaben anschließen und einen Theil derselben vergüten. Sie ergeben sich bei vielen Zweigen der Ausgaben und stehen mit ihnen in genauer Verbindung (b). Die nachfolgende Abhandlung der Staatseinkünfte bezieht sich nur auf die selbständigen.

(a) Diese Benennung rührt von der im römischen Rechte vorkommenden Unterscheidung der *fructus naturales* und *civiles* her.

(b) z. B. bei der Staatsvertheidigung: Verkauf alter Pferde, von abgenützten Waffen, Lederwerk, — bei der Rechtspflege: Ertrag aus der Arbeit der Zuchtlinge, — bei dem Landgestüt: Verkauf älterer Hengste u.

I. A b s c h n i t t.

Privaterwerb der Regierung.

§. 88.

Das der Regierung zur Verfügung stehende Vermögen, dient entweder unmittelbar zu verschiedenen öffentlichen Zwecken und gehört also zu dem Gebrauchsvorrathe (I, §. 51) oder es ist werbend. Zu der erstgenannten Abtheilung sind theils unbewegliche Güter zu zählen, wie die Gebäude, welche zur Benutzung des Fürsten (§. 49) und zum Staatsdienste (§. 67) bestimmt sind, die Festungen, Brücken, Häfen, Straßen, botanischen Gärten 2c., theils bewegliche Dinge, wie Kriegsschiffe, Geschütze, Waffen und anderer Kriegsbedarf, Geräthe mancher Art, Vorräthe von Büchern, Natur- und Kunstmerkwürdigkeiten 2c. Diese Vermögenstheile, welche, statt Einnahmen zu gewähren, sogar noch Ausgaben verursachen, sind den einzelnen Behörden der Staatsverwaltung anvertraut. Sie müssen vollständig verzeichnet, es muß auch jährlich der Abgang bisheriger und der Zugang neuer Bestandtheile angemerkt und auf diese Weise sowohl die Uebersicht des ganzen Vermögensstandes erhalten, als jeder Veruntreuung vorgebeugt werden (a).

Das werbende Vermögen, dessen zweckmäßigste Benutzungsweise hier zu untersuchen ist, wird im weiteren Sinne mit dem Namen Domänen- (Kron-, Kammer-) gut bezeichnet. Es begreift, wie das nicht werbende, mehrere Arten von Dingen unter sich, nämlich:

- 1) Grundstücke, größtentheils zu landwirthschaftlicher Benutzung bestimmt, Domänen im engeren Sinne;
- 2) Capitale, theils mit Grundstücken zugleich benutzt, theils von denselben abgesondert, und zwar

- (c) Die Einkünfte aus solchen Rechten lassen sich allerdings nur unter der Voraussetzung, daß letztere durch eine Gegenleistung auf dem Vortragswege entstanden sind, zu den erworbenen zählen. Allein da der Ursprung der Grundgefälle im Einzelnen nicht nachzuweisen ist und ein großer Theil derselben wirklich auf jene Weise zu Stande kam, so darf jene Eintheilung wohl als gerechtfertigt angesehen werden.

1. Abtheilung.

Einkünfte aus Grundstücken sammt den zugehörigen Capitalen.

1. Hauptstück.

Domänen im Allgemeinen.

§. 89.

Das Einkommen der Regierung aus der Benutzung von Grundstücken (a) ist das älteste (b). Dieß liegt in der Natur der Sache, denn da die Landwirthschaft unter die am ersten ausgebildeten Gewerbe gehört, in einem rohen Zustande der Gesellschaft zur Befriedigung der meisten Bedürfnisse ausreicht und in ihrem Fortgange den wenigsten Gefahren ausgesetzt ist (I, §. 361 fg.), so ließ sich der Staatsbedarf am leichtesten durch den Ertrag von Ländereien sicher stellen, wie denn in diesem Zustande auch der Reichthum von Privatpersonen hauptsächlich in Grundbesitz besteht. Steuern sind erst bei einiger Lebhaftigkeit des Verkehrs leicht zu erheben. Ueberdieß gibt es in einem schwach bevölkerten Lande eine Fülle von unbenuzten Grundstücken, und Niemand wird beeinträchtigt, wenn die Staatsgewalt dieselben sich zueignet (c). Bei einem künstlichen und vielgestaltigen Nahrungswesen mit regem Verkehre könnte dagegen jene Quelle von Staatseinkünften ganz entbehrt werden oder doch zu verhältnißmäßig geringer Größe herabsinken (d).

dem sie nicht überall Eigenthum der Staatsgesammtheit sind (Staats- oder Kron Güter) (*b*), sondern auch in manchen Ländern der fürstlichen Familie zugehören (fürstliche Stamm- oder Haus Güter). Dieß war bisher in Deutschland hie und da der Fall. Die deutschen Kaiser besaßen Staatsgüter, die bei dem öfteren Uebergange der Kaisermürde von einem Hause zum andern sich nach und nach verloren und in die Hände der Reichsfürsten gelangten (*c*). Die Tafelgüter der geistlichen Fürsten (*d*) und die Besitzungen der Reichsstädte gaben jedoch fortwährend das Beispiel unverkennbarer Staatsgüter (*e*). Die Kammergüter der weltlichen Fürsten dagegen hatten keinen gleichförmigen Ursprung. Anfänglich waren es Privatgüter (Allode, Allodien), welche in den sich emporhebenden Familien durch Kauf, Erbschaften, Heirathen u. sich allmählig vermehrten (*f*), und, wie aus den reichen Grundeigenthümern mit der Zeit kaiserliche Beamte, Lehenträger und endlich Landesherren wurden, nicht bloß zum Unterhalt dieser fürstlichen Geschlechter, sondern auch zur Bestreitung von Regierungskosten benützt wurden. Später erhielten diese Güter mancherlei Zuwachs aus Reichslehen, aus kaiserlichen Staatsgütern, nach der Reformation auch aus aufgehobenen geistlichen Stiftern (*g*), ferner aus den Domänen der neu erworbenen Landestheile, also aus staatsrechtlichen Veranlassungen. Bei diesem verschiedenartigen Ursprung der Kammergüter ist der Streit und die Unbestimmtheit der Meinungen über die rechtliche Natur derselben leicht zu erklären, zumal da von Seite der Staatsgewalt wegen des Mangels klarer staatsrechtlicher Begriffe nichts zur Verhütung späterer Zweifel geschehen war (*h*).

(*a*) In den Begriff derselben pflegte man sonst noch das Merkmal aufzunehmen, daß sie unter die Verwaltung eines Kammereollegiums gestellt seien, z. B. bei v. Seckendorf, Teutscher Fürstenstaat, S. 359. — Vergius, Polizei- u. Kameral-Magazin, I, 198. — Domäne, domanium, wurde aus dem französischen, le domaine, herüber genommen (wahrscheinlich von dominium, oder nach einer andern Ableitung von doma, Grundstück). — Vgl. Klüber, Doff. Recht, §. 232 233.

(*b*) In Frankreich z. B. wurden die Domänen frühzeitig als Staatsgüter anerkannt, Bodinus, De republica, lib. VI. Cap. 2. S. 648 der Pariser Ausg. v. 1591.

- (c) Hüllmann, Finanzgesch. S. 1 ff. — v. Bosse, Darst. des staatsw. Zust. S. 73, 113.
- (d) Die Schriftsteller nehmen auch häufig Kammer- und Tafelgüter für ganz gleichbedeutend, z. B. v. Seckendorf u. Bergius a. a. O.
- (e) Doch sind die geistlichen Güter eigentlich als der Kirche gehörig zu betrachten, — penes fundationem ecclesiasticam — Pütter, Institut. jur. publ. Germ. §. 191.
- (f) Wurden ganze Ortschaften und selbst größere Bezirke auf einem dieser Wege in die Gewalt eines Fürsten gebracht, so kamen nothwendig die darin enthaltenen eigenthümlichen Besitzungen des bisherigen Grundherrn in das Eigenthum des Fürsten. Beispiele: Vergrößerung des Burggrafthums Nürnberg seit 1235, bei Fischer, Beschreib. des Fürstenth. Ansbach, I, 81 — 110 (Ansb. 1787). Ueber die allmähliche Vergrößerung der badischen Domänen Pfister, Geschichtl. Entwickl. des Staatsrechts des Gr. Baden, I, 142 (1836). Der Verf. nimmt zwischen den Haus- u. Staatsdomänen eine mittlere Classe, die Hofdomänen, an, die aus ehmal. Reichslehen bestehe.
- (g) In Württemberg wurde noch 1806 das evangelische Kirchengut des Erblandes, im Betrage von etwa 10 Mill. fl., dem Kammergute einverleibt. Die Verfassungsurkunde verordnet §. 77 die Ausscheidung und Rückgabe des Kirchengutes, welche aber noch nicht ausgeführt worden ist. — In Frankreich wurde im Anfange der ersten Revolution, in Spanien 1835, in Rußland erst in den letzten Jahren das Kirchengut vom Staate eingezogen.
- (h) Am meisten wurde darüber gestritten, ob die Kammergüter veräußerlich und verjährbar seien, s. z. B. Pfeffinger ad Vitriarium, III, 1347 ff. — Gutachten der Juristenfacultäten, die hannöb. Verfassungsfrage betr., S. 213 (1839). — v. Rotteck a. a. O. S. 466 ff.

§. 91.

Die auf die angegebene mehrfache Weise allmählig entstandenen Theile des Kammergutes wurden nicht nach der Art ihres Ursprunges in zwei Classen unterschieden, sondern als eine einzige Masse behandelt und nur von denjenigen Besitzungen genau getrennt, die der Fürst ganz wie ein Privatmann besaß, den sog. Chatoulgütern (a). Es wurde allgemein der Grundsatz angenommen, daß der Ertrag des Kammergutes (mit Einschluß der Regalien) für Staatszwecke, und zwar zunächst für die der Hofstaats-, sodann aber auch für Regierungsausgaben verwendet werden müsse und Steuern erst dann zulässig seien, wenn jene Einkünfte nicht zureichen (b). Da nun zugleich die Unveräußerlichkeit der Kammergüter durch Landes- oder Hausgesetze oder Uebereinkunft mit den Landständen fast durchgängig als Regel ausgesprochen und die Vererbung

unstreitiges Patrimonialeigenthum des Regenten und seiner Familie sind, und Wir sie auch in dieser Eigenschaft — hiermit ausdrücklich bestätigen, so wollen Wir dennoch den Ertrag derselben, außer der darauf radicirten Civilliste und außer anderen darauf haftenden Lasten, so lang als Wir uns nicht durch Herstellung der Finanzen in dem Stand befinden werden, unsere Unterthanen nach unserm innigsten Wunsche zu erleichtern, — der Bestreitung der Staatslasten ferner belassen.“ Ueber die aus dieser Bestimmung entspringenden Rechtsverhältnisse zwischen dem Fürstenhause und der Staatscasse als Nutznießerin der Domänen, wobei indeß die rein-privatrechtlichen Sätze nicht unbedingt maßgebend sein können, s. Hefnerich in der Zeitschrift f. die ges. Staatswiss. 1847. I, 3. vgl. S. 99 (b). — Aehnlich Koburg, S. 76 der Verf. v. 1821, — Braunschweig, Landschafts-D. v. 1832, S. 6.

- (h) Nassau, Meiningen (1829) etc. In diesen Staaten wurde bisher zwar der Hofstaatsaufwand nicht unter den Staatsausgaben, aber auch das Domäneneinkommen nicht unter den, der landständischen Berathung unterworfenen Einkünften aufgeführt. In Nassau hat das Ansprechen aller Domänen als Familieneigenthum mehrjährige Streitverhandlungen hervorgebracht. Man hat von Seiten der Regierung neben den geschichtlichen Gründen geltend gemacht, daß die Kosten der deutschen Hofhaltungen Unzufriedenheit erwecken könnten, wenn man sie nicht aus Stammgütern bestritten sähe und daß eine gewisse Unabhängigkeit des Fürstenhauses wünschenswerth sei, auch daß bereits für 3 Mill. fl. Domänen zum Behufe der Schuldentilgung verkauft worden seien. S. Protokoll der nass. Herrenbank. 1819. Beil. S. 251. 1821. S. 173. — In den weiteren Verhandlungen findet sich sogar die Behauptung, die Herzöge seien zur Zeit des Reiches keine Landesherren gewesen, ihre Kammergüter also bloße Patrimonialbesitzungen; die Kammergüter der Entschädigungslande wurden (mit Recht) als Ersatz der in den abgetretenen Landen verlorenen Hausgüter angesehen. Die Herrenbank erkannte 1831 diese Grundsätze und die aufgestellte Ersatzforderung an, die Deputirtenkammer erst 1835, nach langer Verhandlung über den Zahlenpunct. Es wurde zugestanden, daß die Landescaße mehr Einnahme als Ausgaben zugetheilt erhalten habe und jährlich 126 000 fl. herauszahlen mußte, und man verglich sich 1836 dahin, daß sie 2 400 000 fl. Kammer Schulden zu 3 Proc. übernehmen solle. Vgl. Friedemann, Die Verhandl. der Landst. des Herz. Nass. über die h. Domänen, Beilb. 1834. Das Domänialvermögen ohne die Mineralbrunnen und Schlösser ist mit 5 Mill. Steuercapital angeschlagen und umfaßt 208 212 Morgen oder $\frac{1}{8}$ der Oberfläche. — In Meiningen wurde (Gef. v. 27. Apr. 1831) verordnet, daß einstweilen eine bestimmte Summe jährl. aus dem Domänenenertrage für den sog. Landesetat abgegeben werden solle; bestätigt 26. Apr. 1846; s. Ueber die Domänenfr. im Herz. S. Meiningen. Darmst. 1847. S. 10. 56.
- (i) Die Ereignisse von 1848 haben erhebliche Veränderungen in diesem Gegenstande nach sich gezogen. In mehreren deutschen Ländern wurden auf den Antrag der Landstände die Domänen für Staatsgut erklärt und es wurde eine Civilliste eingeführt. So in Altenburg, wo die Kammer- und Landeseinkünfte vom Anfang 1849 an zusammengelegt worden sind, in Weimar, wo eine Civilliste von 250 000 Rthlr. festgesetzt wurde, in Meiningen mit 225 000 fl. Civilliste, in Koburg, in Oldenburg (s. S. 46 (c)), Nassau etc.

(b) In Württemberg hatten die Landstände bis 1804 die Verwaltung der Steuerkasse ausschließlich und lieferten die eingegangenen Summen an die einzelnen Staatskassen ab. — In Braunschweig wurde noch nach der Verf. v. 1820 das Landessteuercollegium zum Theil von dem Landesherrn, zum Theil von den Ständen besetzt. Dies hörte nach der Verf. von 1836 auf. Die Oberbehörde heißt jetzt Steuer-Direction. Solche Steuer-Collegien mit besonderen Kassen haben bis jetzt auch noch in Hannover (aufgehoben 1834 in Folge des Staatsgrundgesetzes, wiederhergestellt 1841 nach der Aufhebung dieser Verfassung), in Weimar bis 1849 (Regulirung im J. 1818; die Kammerkasse gab für 149 500 Rthlr. bisherigen Zuschuß aus Steuern auf, dagegen wurden ihr für 149 420 Rthlr. Ausgaben für Besoldungen und Anstalten abgenommen und der Landschaftskasse übertragen. Beide Stellen, die Kammer und das Landschafts- oder Steuercollegium sind dem Finanzministerium untergeordnet. Die Landstände ernannten 2 Beisitzer des Landschaftscollegiums und den Cassier der Hauptlandtschaftskasse, Burckhard, S. 517 ff.), in Hildburghausen, Meiningen, Waldeck (die Landeskasse steht unter den Landständen), in Koburg u. Nassau bestanden. Hier stand zwar die Landessteuerkasse nicht unter ständischer Mitverwaltung, aber der Bedarf wurde wenigstens bei der Steuerbewilligung von den Ständen geprüft. Die Scheidung jener von der Domänenkasse ist erst im J. 1816 eingeführt worden. Letztere übernahm die dormaligen Pensionen und Landesschulden, ohne Verpflichtung in Ansehung künftiger Schulden. Man berechnete 1818 das rohe Einkommen der Domänenkasse auf ungefähr 1 343 000 fl., wovon die Administrationskosten gegen 500 000, die Pensionen 273 000, die Schuldzinsen 289 000 fl. wegnahmen und für die Hofhaltung nur gegen 223 000 fl. übrig blieben. Prot. d. Herrenbank, 1819. Beil. S. 259. 332. Neuerlich (1831) wird nach 14jährigem Durchschnitt der Rohertrag der Domänen auf 1 420 000 fl., der reine auf 516 000 fl. angegeben. Die Einnahme der Landessteuerkasse betrug im J. 1818 gegen 1½ Million fl., 1840 war sie 1 785 000 fl. mit Einrechnung von 177 000 fl. Ueberschuß von 1839, der Anschlag für 1841 war 1 886 000. fl. — In Koburg schlugen die Landstände dem Herzoge die Person des Landescaassirers vor und nehmen an der Abhörung der Landescaassenrechnung Theil. Diese Kasse empfängt hier auch den Ertrag der Regalien. — In Altenburg (Verf. v. 1831) bestehen zwar eine Kammer- und eine Obersteuerkasse, aber beide stehen in genauer Verbindung und es wird eine Civilliste bewilliget. — Die ungarische Hofkammer in Ofen erhob keine Steuern, vielmehr floßen diese in die Kriegskassen und die Kassen der einzelnen Gespannschaften, s. v. Szaplowicz, Gemälde v. Ungarn, II, 177. 232. Vgl. überh. v. Malchus, Politik der inneren Staatsverwaltung, I, 18. Bollgraf, Systeme der praktischen Politik, IV, 434. 496.

§. 93.

Dieses Nebeneinanderbestehen zweier Kassen und die ganz abgesonderte Stellung der Domänenbehörden ist für die Finanzverwaltung keinesweges zuträglich; denn 1) es leidet darunter

Reinertrag bisher 54 151 fl. oder 2,³ Proc. war. Der Erlös ist, wenn man noch 45 000 fl. Vorschüsse und 35 000 fl. Ausstände einrechnet, das 45fache der bisherigen reinen Rente, und verzinsset sich dagegen zu 4,³ Proc. S. Verh. v. 1831. Beil. XXI. Wetterleins Vortr. S. 13.

§. 95.

2) Hat der Staat Schulden, so dient der Verkauf der Domänen bequem zu ihrer Abtragung (a), auch gewinnt man hiebei noch, indem der Kauffschilling gewöhnlich so groß ausfällt, daß er mehr Schuldenzinsen erspart, als man an Einkünften aus den Domänen verliert. Kann man z. B. den 33fachen Reinertrag als Kaufpreis erlangen und damit Schulden abzahlen, die 4 Proc. Zinsen kosten, so gewinnt man jährlich an 1 Proc. dieses Kaufpreises oder gegen $\frac{1}{3}$ des Domänenertrages (b). Dieser Grund fällt freilich hinweg, wo die Schulden keine große Last verursachen, so daß man sie aus den Ueberschüssen der Staatseinkünfte nach und nach abbezahlen kann, ohne die Kammergüter hiezu verwenden zu müssen.

3) Der Domänenbesitz verwickelt die Regierung in ein besonderes Privatinteresse, welches sie manchen allgemeinen Verbesserungen, z. B. der Ablösung lästiger Realrechte, abgeneigt macht, oder welches wenigstens wegen der daraus herrührenden Reibungen mit dem Vortheile Einzelner leicht als etwas Gehässiges betrachtet wird.

4) Die Erfahrung zeigt, daß zur sicheren Deckung des Staatsaufwandes Domänen keinesweges erforderlich sind und daß in mehreren europäischen Staaten, wo die Domänen nur einen geringen Beitrag liefern, doch die Einkünfte reichlich, regelmäßig und ohne Bedrückung der Bürger eingehen (c).

(a) Schon im alten Rom geschah dieses, bei der Geldverlegenheit im Jahre 554 u. c. im Anfang des macedonischen Kriegs. Die Consuln trugen darauf an, die Gläubiger warten zu lassen, was der Senat verwarf. Cum et privati aequum postularent, nec tamen solvendo aere alieno resp. esset, quod medium inter utile et aequum erat, decreverunt. Es wurden disponible Staatsgüter nach der Abschätzung durch die Consuln den Gläubigern überlassen, mit einem Zins von 1 As für das jugerum, um ein Zeichen zu haben, wenn der Staat späterhin die Güter wieder eintösen könne. Livius, XXXI, 13.

(b) Vgl. §. 94 (e).

(c) S. die in §. 89 (d) mitgetheilten Angaben.

§. 96.

Dagegen ist die Beibehaltung der Domänen aus andern Gründen in Schutz genommen worden (a).

1) Aus dem Gesichtspuncte der Staatsklugheit im Allgemeinen hat man sie als eine wesentliche Stütze der erblichen Fürstenwürde angesehen, weil diese aus dem Reichthume an Ländereien entsprungen sei und also fortdauernd auf ihm ruhen müsse; das Domäneneinkommen wird ferner wegen seiner Unabhängigkeit von landständischer Bewilligung und überhaupt wegen seiner größeren Sicherheit in Zeiten innerer Unruhen und großer Umwälzungen für vorzüglich schätzbar erachtet (b). — Solche Rücksichten auf die Lage der fürstlichen Geschlechter sind hauptsächlich bei denjenigen Domänen bedeutend, welche aus Stammgütern bestehen (§. 46. 90), und sie können überhaupt in Beziehung auf kleinere Staaten, deren Selbstständigkeit mehr gefährdet ist, nicht für unbegründet gehalten werden, besonders wenn schon durch die Ablösung der Grundgefälle unvermeidlich ein Theil des Domäneneinkommens verschwindet. Indes gewährt wenigstens in ruhigen Zeiten, und in Ländern von einer hinreichend entwickelten Volkswirtschaft die Besteuerung ebenfalls leicht die Mittel zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse, und es wäre nicht rathsam, jene Vortheile da, wo erhebliche volkswirtschaftliche Erwägungen den Verkauf empfehlen, mit einem großen Opfer zu erkaufen. Auch ist es jedenfalls genügend, wenn ein solcher Theil der Domänen erhalten wird, auf dessen Reinertrag die Civilliste angewiesen werden kann.

2) Das Domäneneinkommen erregt keine Unzufriedenheit, weil es aus einem eigenen Erwerbe der Regierung herfließt und Niemanden eine Entbehrung verursacht, während die Auslagen ungern entrichtet werden und unvermeidlich zu manchen Ungleichheiten und Belästigungen Anlaß geben. Würden vollends die Kammergüter unvortheilhaft verkauft oder die eingehenden Kaufgelder nicht gut zu Rathe gehalten (c), so müßten sogleich die Steuern erhöht werden, um den Ausfall in der Einnahme zu decken. — Hierbei ist jedoch zu bemerken:

a) Jener Vorzug des aus Domänen fließenden Einkommens

b) die Staatscasse zieht auch von dem größeren Grundeinkommen der Bürger auf mancherlei Weise mittelbar Vortheil, z. B. in der Grundsteuer.

4) Daß Domänen bei Staatsanleihen größeren Credit geben, ist in der neueren Zeit von geringer Erheblichkeit, weil man bei gut geordnetem Staatshaushalte und erprobter Gerechtigkeit der Regierung jener Grundlage des Creditess nicht mehr bedarf und besonders die landständische Zustimmung dem öffentlichen Vertrauen weit mehr nützt.

5) Kammergüter leisten gute Dienste, wenn man landwirthschaftliche Verbesserungen einführen will, die von jenen aus sich weiter verbreiten können (b).

(a) Schmalz, II, 181, erzählt von einem Staatsgute, welches 1739 für 3 300 Rthlr., und nach 1805 nicht höher als für 3 900 Rthlr. verpachtet worden ist, während der Pachtzins eines benachbarten adelichen Gutes in jener Zeit von 800 auf 3 000 Rthlr. gestiegen war. — Man hat berechnet, daß die Güter der im J. 1542 von Heinrich VIII. aufgehobenen Klöster gegen 273 000 Pf. St. eingebracht haben mögen, und drittelhalb Jahrhunderte später wenigstens 6 Mill. jährlichen Ertrag haben bringen können. Sinclair, a. a. D. I, 184.

(b) Domänen mit beträchtlichen Gebäuden dienen auch zu Arbeits- und Irrenhäusern, Schullehrerseminaren u. dgl.

§. 98.

Nach der Abwägung der vorstehenden einander widersprechenden Gründe gelangt man nicht zu einer einfachen unbedingten Regel. Der Verkauf aller Domänen wäre eben so wenig gerechtfertiget, als die Beibehaltung aller, vielmehr wird das zweckmäßigste Verfahren von verschiedenen örtlichen und zeitlichen Umständen bedingt, die man so überblicken kann:

1) Zweck der Benutzung. Solche Güter, die nicht bloß ihres Gelbertrages willen, sondern auch noch zu einem besonderen Gebrauche nützlich sind, z. B. Musterhöfe, Güter, auf denen man vorzügliche Viehrassen unterhält u. dgl. (§. 97. Nr. 5), fallen nicht unter die folgenden Rücksichten und verdienen erhalten zu werden.

2) Zustand der Bewirthschaftung und Ertrag der Domänen in Vergleich mit den Grundbesitzungen der Einzelnen. Je mehr der Unterschied zwischen beiden zu Gunsten der letzteren

beträgt, desto größeren volkswirthschaftlichen Gewinn verspricht der Verkauf. Dieß ist vorzüglich da der Fall, wo in einer Gegend die schwunghafte, intensive Benutzung des Bodens (I, S. 370.) üblich geworden ist, oder wo die Güter großer und schwieriger Grundverbesserungen bedürfen, die ein Privatunternehmer wohlfeiler ausführt als die Regierung. Ein Kennzeichen solcher Umstände kann man theils in den hohen Preisen des Grundeigenthums in einer Gegend überhaupt, theils in dem großen Erlöse aus Domänenverkäufen finden, z. B. wenn man die 40- oder 50fache Rente empfinde. Begreiflich hat auch die bei jener Vergleichung zu Grunde gelegte Art der Domänenbewirthschaftung auf das Ergebniß großen Einfluß und je weiter man in der Geschicklichkeit kommt, den Domänen einen höheren Ertrag abzugewinnen, desto leichter ist die Erhaltung derselben gerechtfertigt.

3) Vermuthung über den künftigen Ertrag. Läßt sich in Folge äußerer Ereignisse oder einer besseren Benutzung ein Steigen desselben bei den Kammergütern erwarten, und werden diese hierin den Privatbesitzungen nicht weit nachstehen, so macht die Beibehaltung rathsam.

4) Beschaffenheit der Kammergüter. Solche, die viel Capital, Arbeit und Fleiß in Anspruch nehmen, sollten am ersten der Betriebsamkeit der Privatpersonen überlassen werden. Dieß gilt am meisten von dem Garten- und Reblande, weniger von dem Ackerlande, am wenigsten von Wiesen und Waldungen.

5) Verwendung des Erlöses. Wo keine Staatsschulden vorhanden sind, da können die Summen zur Errichtung großer productiver Werke von unzweifelhafter Nützlichkeit, z. B. Land- oder Wasserstraßen, benutzt werden, und hier kann auch die Staatscasse unmittelbar oder mittelbar, durch erhöhten Betrag anderer Einkünfte, ein den Zinsen entsprechendes Einkommen finden. Sollte es gänzlich an einer guten Gelegenheit fehlen, die Kaufgelder sicher und einträglich anzulegen, so wäre es besser, die Kammergüter als eine Aushülfe für spätere Zeiten zu bewahren. (a).

(a) Ueber diese Schwierigkeit s. die Schrift: Bemerkungen über die Versteigerung der bürcherschen Domänen. Dec. 1831.

§. 99.

Ist in einem gegebenen Falle nach vorstehenden Rücksichten ein Verkauf von Kammergütern sowohl aus volkswirthschaftlichen, als aus finanziellen Gründen für nützlich zu erachten, so kommt bei der Ausführung dieser Maaßregel noch Folgendes in Betracht:

1) die Befugniß der Regierung zu derselben. Früherhin war es in vielen Ländern verboten, Domänen anders, als mit Anschaffung eines Erfasses in Grundstücken gleichen Werthes zu verkaufen. Dieß Verbot mag in Zeiten, wo man zur leichtsinnigen Aufzehrung der Kaufgelder geneigt war und oft Ländereien bloß dieser Neigung willen verkaufte, gute Dienste geleistet haben und ist zur Widerrufung solcher Veräußerungen oft angewendet worden (a); in einem gutgeregelten Finanzwesen ist es unzweckmäßig, weil es auch nützliche Veränderungen verhindert. Die beabsichtigte Sicherung wird eben so gut auf anderen Wegen erreicht. Es ist nicht einmal nöthig, die vorgängige Zustimmung der Landstände zu Domänenverkäufen zu fordern (b), wenn nur das Gesetz eine solche Anwendung der Kaufgelder vorschreibt, daß dieselben entweder andere Staatseinkünfte zu Wege bringen oder eine entsprechende Zinssparung bewirken (c).

2) Der Zeitpunkt des Verkaufes muß so gewählt werden, daß ein guter Erlös zu erwarten ist; es dürfen keine Umstände vorhanden sein, welche viele Begüterte abhalten könnten, Ländereien und insbesondere Domänen zu erwerben z. B. die Furcht vor einer Staatsumwälzung, bei der die Verkäufe widerrufen würden. Um das Angebot nicht zu stark werden zu lassen, muß der Verkauf größerer Massen von Domänen nur allmählig veranstaltet werden.

(a) Das preuß. Hausgesetz von 1713 erklärt die Unveräußerlichkeit der Domänen. Ein neueres Hausgesetz vom 5. Nov. 1809, welches mit dem Beirathe einberufener angesehenen Männer (Notabeln) aus allen Provinzen zu Stande gekommen war, gestattet den Verkauf in Fällen, wo er für das gemeine Wohl und für das Interesse der k. Familie vortheilhaft ist.

(b) Z. B. bad. Verf. Urkunde §. 58. Ausgenommen sind die Ablösung von Grundfällen, der Verkauf entbehrlicher Gebäude und solche Veräußerungen, die die Landescultur befördern oder zur Aufhebung einer nachtheiligen eigenen Verwaltung dienen. Der Erlös muß

und Canäle, die für die ganze Union nützlich sind. Deshalb bleibt nicht viel zur Vertheilung übrig.

§. 100.

Für den Vollzug eines beschlossenen Domänenverkaufes gelten nachstehende Regeln:

1) Da für kleinere Abtheilungen von Grundstücken mehr Kauflustige vorhanden zu sein pflegen, als für große Flächen, so ist es dienlich, diese zu zertheilen, nur nicht soweit, daß die gute Bewirthschaftung erschwert würde. Bei großen Feldgütern, die von Dörfern entlegen sind, steht oft der Mangel an Wirthschaftsgebäuden der Zerlegung im Wege. (a)

2) Den Kauflustigen wird eine Beschreibung und ein Anschlag zur Einsicht vorgelegt. Sind die Grundstücke gut vermessen, so kann den Käufern der Flächengehalt genau angegeben werden, und dies ist nützlich, weil jede Ungewißheit über den Werth des käuflichen Gegenstandes den Preis erniedrigt.

3) Man veraumt eine Versteigerung an, bei der jedoch unbekannte oder unsichere Personen nur mitbieten dürfen, wenn sie eine gewisse Sicherheit geleistet haben (b).

4) Der Ausrufs- oder Einsagspreis, als Minimum, wird nach der Veranschlagung des Gutes bestimmt.

5) Die Genehmigung der vorgesetzten Behörde wird vorbehalten.

6) Der Käufer wird nicht eher in Besitz gesetzt, als bis er einen Theil des Kauffschillings abgeführt hat. Ein anderer Theil kann, wenn es der Käufer wünscht, einige Zeit verzinslich und gegen hypothekarische Sicherheit stehen bleiben, ferner kann man statt einiger Fristzahlungen auch den Kaufpreis in eine Zeitrente von längerer Dauer umwandeln, wenn nur der Sicherheit willen ein Theil der Summe sogleich berichtigt wird. Diese Einrichtung ist für wenig begüterte Käufer sehr zweckmäßig (c). Bis zur ganzen Abzahlung behält sich der Staat das Unterpfandrecht vor.

(a) Die preuß. Regierung verordnete 1846, daß künftig auf pachtlos werdenden Domänen in den Provinzen Preußen und Posen sowie im N. B. Köslin zur Verhinderung der Auswanderungen Stücke von ungefähr 60 Morgen an Ansiedler verkauft werden sollen.

- (b) In Frankreich verkauft man die Staatswäldungen durch ein Herab-
bieten, adjudication au rabais. Man ruft zuerst um das Doppelte
des Anschlags aus und geht dann immer weiter herab, bis Jemand
ruft: je prends. Hat dieß keinen Erfolg, so wird versteigert.
- (c) v. Münch, Ueber Domänenverkäufe. Darmst. 1823. Vergl. II, S. 60.
— In Griechenland wird nach dem Ges. v. 1835 die allen Familien-
häuptern zugesicherte Ausstattung von Ländereien bis zu dem Be-
trage von 2000 Drachmen (833 fl.) gegen eine 36jährige Zeitrente
von 6 Proc. abgegeben. In Portugal (Ges. von 1834) wird $\frac{1}{4}$ des
Kaufgeldes sogleich entrichtet, der Rest in 16 Jahresterminen, mit
2 Proc. Jahreszins für den noch nicht getilgten Theil der Schuld.

§. 100 a.

Eine Vermehrung der Domänen ist in der Regel nicht
rathsam. Man hat folgende Mittel zu ihrer Ausführung in
Vorschlag gebracht (a):

- 1) Heimfallende Ritterlehn. Der längst zwecklos ge-
wordene Lehenverband sollte lieber unter billigen Bedin-
gungen aufgelöst, alles Lehengut in freies Eigenthum
(Allod) umgewandelt werden.
- 2) Urbarmachung öder Landstriche, wodurch wenig-
stens das ertraggebende Domänengut vergrößert wird.
Solche Unternehmungen passen aber in der Regel besser
für Privatpersonen, und man sollte daher die zum Anbau
tauglichen Flächen verkaufen oder in Erbpacht geben.
- 3) Ankauf. Statt Ueberschüsse der Staatseinkünfte hierzu
anzuwenden, würde man besser thun, Schulden abzutra-
gen. Doch können besondere Umstände ausnahmsweise
den Ankauf solcher Ländereien rechtfertigen, die sich für den
Besitz der Regierung eignen; z. B. außerordentliche, nicht
anderweitig gut anzulegende Geldzuflüsse, oder das Hinzut-
reten gemeinnütziger Zwecke, wie bei der Anlegung neuer
Wäldungen (II, S. 160.) u. dgl. (b). Vermindert sich das
Kammergut durch Ablösung von Gefällen und den Ver-
kauf unvortheilhafter Bestandtheile, so haben Ankäufe von
Ländereien, die nur eine theilweise Ergänzung jenes
Stammvermögens bezwecken, noch weniger gegen sich,
vorzüglich wenn das Kammergut dem fürstlichen Hause
gehört, (§. 91.) (c). Bei solchen Erwerbungen muß (d)
a) eine sorgfältige Beschreibung und Abschätzung des

suchung angeordnet, es werden die Gränzen der Grundstücke berichtigt und neu versteint. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen sind ausführliche Beschreibungen, Verzeichnisse und Protokolle über die vorgenommenen Geschäfte. Hat man auf diese Weise eine vollständige Kenntniß des zu bewirthschaftenden Vermögensstammes oder Grundstockes erlangt, so muß fortwährend darüber gewacht werden, denselben ungeschmälert zu erhalten und jeden aus widerrechtlichem Willen Einzelner oder aus Nachlässigkeit der Beamten drohenden Verlust an den Bestandtheilen der Domänen zu verhindern. Alle durch Zu- oder Abgang eintretenden Veränderungen werden jährlich in den Verzeichnissen nachgetragen.

(a) v. Malchus, Politik, II, 38. — Die in Baden bestehenden Vorschriften bei Wehrer, Instruction für Verwaltungs-, Kassen- und Rechnungsbeamte, 1842, S. 12.

§. 102.

Die Domänen sind entweder

- 1) zum Betriebe der Erdarbeit geeignet, und bestehen dann
 - a) aus Feldgütern, d. h. aus Garten-, Reb- und Ackerland, Wiesen und Weiden, sammt Wirthschaftsgebäuden (a), Kammergüter im engeren Sinn,
 - b) aus Waldungen, oder
- 2) Gewerks-Vorrichtungen, als Mühlen, Brauereien u. dgl., oder
- 3) Wohngebäude.

Die Beaufsichtigung der Domänenwaldungen hat in dem Erforderniß gründlicher forstwirthschaftlicher Kenntnisse soviel Eigenthümliches, daß sie besonderen Beamten übertragen zu werden pflegt, während eine andere Classe von Bezirksbeamten (Domänen- oder Kameralverwalter, Rentbeamte, Kammerbeamte) mit der Besorgung der übrigen Arten von Domänen und gewöhnlich auch mit der Einziehung der Grundgefälle beschäftigt wird (b).

(a) Unterschied der Vorwerke, d. h. einzelner Landgüter, von den Domänenämtern, d. h. solchen großen Gütern, die bei einem Dorfe liegen und mit gutherrlichen Rechten über die Dorfbewohner, gewöhnlich auch mit mancherlei Zubehörungen, als Brauereien u. verbunden sind.

Lebenszeit einem Pächter überlassen, bisweilen sogar den Erben desselben, Zeitpacht.

II. Erbliches Benutzungsrecht von Privaten.

4) Erbpacht. Hieran reiht sich sodann der schon betrachtete Verkauf mit einem zum Theile stehenbleibenden Kauffchilling oder auf Zeitrenten, §. 99.

(a) Beispiele. Baden, 1847: 33 721 Mrgn. verpachtete Grundstücke, 11 903 M. in Selbstverwaltung, wovon 11 604 M. Wiesen. (1835 waren 61 Hofgutsgebäude, also wahrscheinlich eben so viele Hofgüter vorhanden) — Württemberg, 1844: 16 161 Mrgn. in geschlossenen Maiereien, 18 315 M. in einzelnen Stücken, 2 682 M. Seen und 365 Fischwasser. Reinertrag: 1845 — 48 M. 368 823 fl. — Sachsen: 38 Kammergüter, worunter 2 zu 8 000 Mthlr. Reinertrag. — Hannover: 72 große Pachtgüter, von denen 2 über 10 000 Mthlr. eintragen, 11 über 5000 Mthlr., und 135 kleinere unter 1 000 Mthlr. Ertrag. — Mecklenburg-Schwerin hat 280 große Pachtgüter; die ganze Pachteinnahme der Domänen ist für 1849 auf 878 600 Mthlr. von den Höfen u. 464 000 Mthlr. von den Dörfern angeschlagen.

A. Bewirthschaftung durch Verwalter.

§. 104.

Die Bewirthschaftung auf Rechnung des Staates, durch besoldete Verwalter, welche alle Ueberschüsse der Einnahmen über die Ausgaben abliefern (Selbst- oder Eigenverwaltung, Administration), ist von der Privatwirthschaft schon frühzeitig in das Finanzwesen übergegangen, ob sie gleich wegen der genauen Aufsicht auf die Verwalter umständlicher ist als die Verpachtung (a). Wo die Landwirthschaft kunstlos, nach gleichförmigen Regeln, mit geringer Sorgfalt betrieben wird, ist gegen jene wenig einzuwenden, wenn man nur der Redlichkeit der Verwalter gewiß sein kann. Auch späterhin, bei einem höheren Grade von landwirthschaftlicher Kunst, kann der einzelne Grundeigenthümer sich bei der Eigenverwaltung wohl befinden, weil er einen Verwalter auswählen kann, dessen Persönlichkeit seinen Wünschen vollkommen entspricht, und weil er bei dem öfteren Aufenthalte auf dem Grundstücke den Betrieb zu beaufsichtigen und zugleich Mißbräuchen jeder Art zu begegnen vermag. Bei den Domänen verhält es sich jedoch anders,

stört, auch kann man nicht auf ihr sicheres Eingehen zu gewissen Zeiten rechnen.

- (a) Sturm, Kameralpraxis, I, 193. — v. Jakob, I, 54. §. 98. ff. — In der Praxis handelt man auch diesem Grundsatz gemäß, z. B. nassauische Verwaltungsordnung der Gen. Dom. Direction, 20. und 24. Jan. 1816, §. 17: Die in eigener Verwaltung stehenden Güter sollen in Erbleihe oder Zeitpacht gegeben werden. Bad. Hofdom. K. Verordn. v. 2. Mai 1826, §. 5 (Regenauer, S. 419): Die Selbstbewirthschaftung kann nur ausnahmsweise und nicht ohne besondere Ermächtigung Statt finden. Ebenso Württemberg, Hoffmann S. 49. — Für die eigene Verwaltung spricht die Schrift: Ueber Domänen und deren Benutzung, Bresl. 1835. Der Vf. sucht zu zeigen, daß in den Händen sehr geschickter und zuverlässiger Verwalter die Kammergüter fortdauernd mehr eintragen könnten als bei großen Pachtungen. Wäre es nur leicht, solche Verwalter zu finden und solche zu erhalten!
- (b) Häufige Klagen über die Untreue der Verwalter, s. Hüllmann, Gesch. d. Dom. Benutz. S. 40. — Die königl. Forsten in England sollen im Durchschnitt von 1826–28 34819 £. Sterl. getragen und 35733 £. Administrationskosten verursacht haben! Dingler, polytechn. Journ. XXXVI. 407.

§. 106.

Die eigene Verwaltung kann jedoch unter besonderen Umständen den Vorzug verdienen, wenn entweder die Besorgniß des geringeren Ertrages hinwegfällt, oder andere Rücksichten diesen Grund überwiegen. Solche Fälle sind z. B.

- 1) die Anwendung der Domänenhöfe zu Musterwirthschaften (II, §. 147.), landwirthschaftlichen Lehranstalten oder zur Erhaltung von Stammheerden vorzüglicher Viehrassen, II, §. 168. 170. 172. Bei der Wichtigkeit dieses Zweckes kann es nicht als Abhaltungsgrund gelten, daß der Reinertrag bei solchen Wirthschaften erfahrungsmäßig nicht günstig zu sein pflegt (a);
- 2) die Nähe der Hofhaltung, so daß die gewonnenen Erzeugnisse in dieser verbraucht werden können;
- 3) wenn ein Gut durch einen unordentlichen Pächter oder durch Unglücksfälle verschlechtert worden ist und einige Zeit lang schonend benutzt werden muß;
- 4) wenn man durchgreifende Verbesserungen, z. B. Ablösung der Frohnen, oder den Verkauf beabsichtigt u. dgl. (b).
- 5) Weinberge, so lange man sie überhaupt als Theile der Kammergüter erhalten will, z. B. wegen einer ausgezeichneten

§. 107.

Für die eigene Verwaltung, wo sie beibehalten wird, gelten folgende Regeln:

1) Die Ansprüche, welche man an den Verwalter zu machen hat, werden aus einem Anschlage über das Landgut beurtheilt, der den mittleren muthmaßlichen Rohertrag, die Wirthschaftskosten und den Reinertrag ausspricht. Obgleich der Verwalter nicht verpflichtet werden kann, den Anschlag streng einzuhalten, so hat er doch die Abweichungen von demselben zu erklären und zu rechtfertigen.

2) Man sucht für die Verwaltung Männer zu erhalten, welche gediegene Kenntnisse mit redlichem Eifer verbinden. Wo das Landgut zu dem Aufwand für einen Gehülfen nicht zu klein ist, wird dem Verwalter ein Rechnungsführer (Kornschreiber ic.) beigegeben, der zur Sicherung des Staates gegen mögliche Veruntreuungen dient.

3) Es wird eine ausführliche Dienstanweisung (Instruction) entworfen, welche die Obliegenheiten und Befugnisse der Verwalter angiebt, z. B. wie sie sich in Ansehung einzelner Wirthschaftszweige nach landwirthschaftlichen Grundsätzen zu benehmen, bei welchen Ausgaben sie höhere Genehmigung einzuholen, wie und wann sie die baaren Ueberschüsse abzuliefern haben u. dgl. Da aber eine allgemeine Instruction nicht auf alle einzelnen Umstände eingehen kann, so muß man jedem Verwalter noch besondere Vorschriften geben, z. B. über die Art der Fruchtfolge, die Behandlung des Gesindes, die Weise des Verkaufes der Erzeugnisse u. dgl., woferne er nicht soviel Vertrauen verdient, daß man ihm freiere Hand lassen kann.

4) Außer der regelmäßigen Prüfung der Rechnungen muß die vorgesetzte Behörde auch öftere Besichtigungen an Ort und Stelle durch abgesendete Beamte anordnen, um die Richtigkeit der erhaltenen Berichte, den guten Zustand des Gutes in allen seinen Bestandtheilen, die geordnete Buchführung, die sparsame und zweckmäßige Einrichtung der Ausgaben ic. zu erproben.

§. 108.

Der Eifer des Verwalters wird stärker belebt, wenn man

haft, denn es wird dem Verwalter eine lästige Haftung aufgebürdet, ohne daß er dafür durch die Wirkungen günstiger Umstände oder seiner besonderen Bemühungen in vollem Maaße entschädiget würde. Wer einiges Capital besitzt, wird daher die Zeitpacht vorziehen, und diese Abneigung gegen die Gewährsverwaltung muß nothwendig die Folge haben, daß dieselbe nur mit einem sehr niedrigen Haftungsbetrage zu Stande gebracht wird. Es fehlt bei dieser wenig versuchten Methode noch an besonderen Erfahrungen, aus allgemeinen Gründen aber ist sie nicht empfehlenswerth (b).

- (a) Schreiber, *Abh. v. Kammergütern*, S. 29 u. S. 137, wo das Formular eines solchen Pachtvertrages mitgetheilt wird. Der Gewährsadministrator soll alle *casus fortuitos* auf sich nehmen, außer Brandschaden oder wenn die Amtsunterthanen wegen besonderer Unfälle Nachlaß an ihren Prästationen erhalten; ferner will die Regierung von Viehsterben, Wassers, Frost, Wetterschaden und Mäusefraß an Feldfrüchten die Hälfte tragen, wenn solche Verluste über die Hälfte des Viehstandes oder der Aegung ausmachen. Der Amtmann haftet für einen jährlichen Ertrag von 20000 Rthlr. und erhält von dem, was darüber bezogen wird, die Hälfte. — Für diese Einrichtung ist Bergius, *Pol. und Cam. Mag.* IV, 123 (im Einzelnen nach Schreiber).
- (b) Höchst mangelhafte Einrichtung dieser Art in Kurbrandenburg, 1660—76. Hüllmann, *Dom. Ven.* S. 45.

C. Verpachtung.

§. 110.

Die Vortheile der Verpachtung oder Zeitpacht (a) ergeben sich zum Theile schon aus den oben genannten Unvollkommenheiten der Selbstverwaltung, §. 195. Sie sind hauptsächlich diese (b):

- 1) Der Pächter hat einen so mächtigen Antrieb, alle Kräfte auf die Vervollkommnung der Bewirthschaftung zu richten, daß er einen größeren Reinertrag erzielt, als ein Verwalter, und folglich, seinem eigenen Gewinn unbeschadet, einen ansehnlicheren Pachtzins geben kann;
- 2) es wird die Mühe der jährlichen Rechnungsabnahme und der häufigen Beaufsichtigung erspart;
- 3) die Regierung braucht nicht das ganze Bewirthschaftungscapital (§. 105. Nr. 3) selbst aufzuwenden;

welche die Ländereien erschöpft und manche Bestandtheile durch Vernachlässigung verschlechtert. Ohne von dem ganzen Stande der Pächter eine unvortheilhafte Meinung zu hegen, muß man doch zugeben, daß die Versuchung zu jenem Verfahren in dem Wesen des Pachtverhältnisses liegt, und die Erfahrung bestätigt dieses (a). Auch wird ein Pächter immer solche kostbare Grundverbesserungen scheuen, die sich nicht schon innerhalb der Pachtzeit mit Gewinn bezahlen; 2) die Zeitpacht verursacht zugleich manche andere Unbequemlichkeiten, Verluste und mühsame Geschäfte, wie sich dies aus der näheren Betrachtung der Pachtverhältnisse in Betreff der Nachlässe, des Inventariums, der Bau-reparaturen u. dgl. ergeben wird, §. 114 ff. Diese Unvollkommenheiten in volkswirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht lassen sich übrigens durch gute Einrichtung der Pachtungen vermindern und zeigen sich auch nicht unter allen Umständen in gleichem Grade. Der erstgenannte jener beiden Nachtheile ist da am größten, wo ein Kammergut vielerlei Theile in sich schließt, deren gute Erhaltung vorzügliche Sorgfalt erfordert, z. B. Gebäude, Gärten u., er ist am schwächsten bei Ländereien, die ohne Gebäude verpachtet werden und keiner schwierigen Verbesserungen bedürfen (b).

(a) Th a e r (Rationelle Landwirthschaft, I, 80) zählt viele Kunstgriffe unredlicher Pächter auf, z. B. Anbau stark aussaugender Früchte, schwächere Düngung und nachlässigere Bearbeitung in der letzten Zeit u. dgl. — Sinclair, Grundgesetze, S. 666. — Vergl. dagegen Klebe in Putzsch's Encyclop. der ges. Land- und Hausw. V, 565. 577. (1828.)

(b) Ferner bei sicheren Pächtern, in deren Familien die Domänen sich längere Zeit erhalten haben.

§. 112.

Ueber die Frage, ob man die Ländereien in größeren Massen, mit den zugehörigen Gewerksanstalten, z. B. Brauereien, Mühlen, Ziegel- und Kalköfen, sowie mit den Vorwerken und Gefällen, im Ganzen verpachten (Generalverpachtung), oder diese Bestandtheile soviel als möglich von einander trennen solle, sind die Meinungen getheilt (a). Für die letztere Methode spricht derselbe Grundsatz, aus dem die kleinen Landgüter den großen vorgezogen werden (I, §. 371.), nämlich der größere

Erfolg, den der Erwerbseifer mehrerer, auf einen kleineren Wirkungskreis beschränkter Unternehmer verspricht, die auch schon der größeren Concurrrenz willen dem Staate mehr Pachtzins darbiehen werden. Die Generalverpachtung empfahl sich dagegen zunächst darum, weil es sehr bequem für die Regierungsbehörden ist, nur mit wenigen wohlhabenden Personen zu thun zu haben, denen man zugleich den Einzug der landesherrlichen Grundgefälle, ja sogar die niedere Justiz und Polizei (b) anvertraute, so daß sie durch diese Uebertragung auch die Eigenschaft von Staatsbeamten erlangten, in Pflicht genommen wurden und Besoldungen empfangen (Pachtamtleute). Die Gefällenerhebung wird auf diese Weise allerdings mit geringen Kosten bewirkt, die Verbindung der Polizeigeschäfte mit der Pachtung ist aber höchst fehlerhaft, weil jene dabei leicht als Nebensache verabsäumt oder nach eigennützigen Absichten willkürlich besorgt wurden, so daß die Unterthanen manchen Bebrückungen ausgesetzt waren.

(a) Vgl. v. Malchus, I, 46. — Im preussischen Staate hatte Friedrich Wilhelm I. eine Vorliebe für solche große Pachtungen, s. (Michter) Beiträge zur Finanzgelahrtheit, 1783, I, 103.

(b) Bergius, Mag. VII, 43. Der Pächter mußte jedoch die eigentlich richterlichen Geschäfte einem Gerichtshalter (Justitiarius) überlassen.

§. 113.

Die Generalverpachtungen sind vielleicht öfters gegen den Vortheil der Staatscasse aus Bequemlichkeit der Finanzbeamten in Schutz genommen worden. Nur da läßt sich von ihnen ein größerer Ertrag erwarten, wo es viele große Güter und sehr begüterte Pachtlustige giebt und dagegen das Mitwerben minder begüterter Unternehmer fehlt (a). In den meisten Fällen, besonders da, wo die Mehrzahl der Landleute thätig und unternehmend ist, wird die vereinzelte Verpachtung der Bestandtheile weit vortheilhafter sein, wenn sie gleich die Aufstellung besonderer Bezirksbeamten für die Beaussichtigung der Pächter und für Erhebung der verschiedenen Gefälle nöthig machen sollte (b). Aus den landwirthschaftlichen Verhältnissen jeder Gegend und besonders aus dem Capitalbesitze des Pächterstandes kann man abnehmen, bis zu welchem Grade es nützlich sei, große Pacht-

wohl aber eine solche, die davon herrührt, daß die Pachtstücke in die Hände der thätigsten und geschicktesten Landwirthe kommen.

3) Die Versteigerung ist bei Generalverpachtungen ganz unpassend, weil diese ein besonderes persönliches Vertrauen voraussetzen, sie ist aber auch bei einzelnen Pachtgütern nicht ohne Bedenklichkeit, indem bisweilen ein unzuverlässiger Mann, der unerlaubte Mittel zur Bereicherung nicht scheut, die redlichen Pachtlustigen überbietet. Die Caution, die man von jedem Pächter fordert, sichert nicht für alle Fälle. Es ist daher gut, einem Pachtlustigen, der nach Verhältniß des Anschlages einen annehmlichen Pachtzins bietet und als wohlhabend, einsichtsvoll, fleißig und rechtschaffen bekannt ist, die Pachtung aus der Hand zuzusagen (b), wenn man nur überzeugt sein kann, daß die Behörden nicht einzelne Personen begünstigen. Kann man aus diesem Grunde das Mitwerben nicht entbehren, so sollte man doch nur diejenigen mitbieten lassen, welchen jene Eigenschaften nicht fehlen (c). Begüterte Pächter sind dürftigen weit vorzuziehen. Bei einzelnen Grundstücken bleibt nichts übrig als die Versteigerung.

- (a) S. vorzügl. Nicolai, I, 234. II. 156—209. Vgl. Borowski, Preuß. Cameralwesen, I, 126. — von Hönstedt, Die Verpachtung der Landgüter, Hannov. 1837 (vorzüglich von rechtlicher Seite). — v. Pabst, Landw. Betriebslehre, 3. A. S. 110—18. — Hoffmann in der Zeitschrift f. die ges. Staatswiss. 1848, IV. S. 719. B. der bad. Hof-Dom.-Kammer v. 18. März 1836 = Verordn. Bl. Nr. 17.
- (b) Sturm, Cameralpraxis, V, 209. — v. Jakob, I, §. 159—161. — Hoffmann in der Zeitschr. S. 727. In Hannover wird es so gehalten, Ubelohde, S. 44. — Ähnliche Bestimmungen in Weimar, B. v. 30. Jun. 1818, Burckhard, S. 562. Versteigerung ist zwar Regel, aber es sind Ausnahmen zulässig, auch darf nur derjenige mitbieten, welcher erweislich landwirthschaftliche Kenntnisse und ein zureichendes Capital besitzt. Die Kammer hat die Gebote zu begutachten und es muß nicht nothwendig dem Meistbietenden die Pachtung gegeben werden. —
- (c) In Württemberg dürfen nur die mitbieten, welche sich über den Besitz eines gewissen Vermögens und die erforderliche persönliche Befähigung ausweisen, auch wird bei größeren Meiereien noch mehr Auswahl der Personen gestattet; Hoffmann, S. 61. — Alte Art der Versteigerung bei einem brennenden Lichte, nachdem schon durch wiederholtes Vorrufen der einzelnen Pachtlustigen nach einander eine Steigerung der Angebote bewirkt worden war. „Man sollte nicht meinen, wie die Gemüther von diesem kleinen Lichte manchmal erhitzt werden, und weiß ich, daß in diesem kurzen Augenblicke noch an die 1200 Rthlr. mehr geboten sein.“ Gasser, Einleit. S. 118.

(Das Erlöschen des Lichtes diente als Zuschlag. Dieses Verfahren gehörte zu den vielen ehemals üblichen rücksichtslosen und unwürdigen Finanzkünsten.) — Erhebliche Gründe für die Versteigerung auch bei ganzen Landgütern, Schumacher in Rau u. Hanssen Archiv, N. F. II, 125.

§. 115.

4) Die Cautio dient zur Sicherung sowohl wegen der dem Pächter anvertrauten Gebäude und Inventariensstücke, als auch wegen des Pachtzinses. Am bequemsten ist es, wenn der antretende Pächter eine Summe baar oder in Staatspapieren hinterlegt. Ob man die Zinsen jährlich am Pachtgelde in Abzug bringen läßt oder nicht, ist gleichgültig, weil im letzteren Falle unfehlbar jeder Pachtlustige ungefähr soviel weniger bieten wird (a). Bei einzelnen Grundstücken ist die Cautio entbehrlich, es muß aber dann wenigstens die Bürgschaft eines begüterten Mannes gefordert werden.

5) Eine lange Pachtzeit giebt eine größere Ermunterung zu bedeutenden Bodenverbesserungen und anderen Unternehmungen, welche den Ertrag des Gutes erhöhen (II, §. 96.), auch läßt sie die mit dem Wechsel des Pächters verbundenen Geschäfte seltener eintreten (b). Hat ferner bei einem langjährigen Pachte der Pächter die Aussicht, im Falle des Wohlverhaltens auch noch länger, und selbst lebenslang im Besitze des Gutes zu bleiben (c), und kann er hoffen, daß nach seinem Tode auch die Erben, wenn sie persönlich dazu befähigt sind, die Pachtung fortsetzen dürfen, so wird dieß günstigeren Einfluß auf sein Angebot und seine Wirthschaftsführung haben, als ein ganz bestimmt auf Lebenszeit des Pächters geschlossener Contract (Vitalpacht), weil der schon im mittleren Lebensalter stehende Landwirth sich über seine wahrscheinliche Lebensdauer nicht zu täuschen pflegt (d). Pächter auf längere Zeit können auch in Rücksicht auf die, durch Verbesserungen des Betriebes möglich werdende Ertragserhöhung einen steigenden Pachtzins übernehmen, so daß sie entweder jährlich oder nach jedesmaligem Ablauf einer gewissen Zahl von Jahren eine voraus bestimmte Zulage entrichten.

(a) Man setzt die Cautio nach den Umständen auf etwa $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ des Pachtzinses. Nach der preuß. Finanzministerial-B. vom 29. Nov. 1836 in der Regel mindestens $\frac{1}{2}$ des Pachtzinses.

- (b) Eine sechsjährige Periode ist noch zu kurz. In Baden sind 9 Jahre Regel, in Hannover 12, in Württemberg 18 Jahre.
- (c) Dieß geschah schon im röm. Reiche. Verord. der Kaiser Honorius und Theodosius (L. 3 Cod. Justin. XI, 70): *Congruit aequitati, ut veteres possessores fundorum publicorum novis conductoribus praeferantur, si facta per alios augmenta suscipiant* (wenn sie ebensoviel geben). — Auch in Württemberg wird es so gehalten, Hoffmann, S. 64 und in Schottland bei Privatgütern auch öfter.
- (d) Für diese Vitalpacht Gr. Soden, V, 52. — In Nassau soll von den Beamten die Verpachtung auf Lebenszeit des Pächters und dessen Ehefrau versucht werden. Domänenverwalt.-D. v. 1816, §. 13. Nr. 2.

§. 116.

6) Ein in Geld angelegter Pachtzins kann bei einer langen Pachtzeit dem einen oder anderen Theile sehr nachtheilig werden, wenn die Preise der Bodenerzeugnisse sich anhaltend verändert haben; namentlich richten Pachtungen, die bei dauernd hohen Fruchtpreisen eingegangen wurden, beim Sinken derselben manche Pächter zu Grunde. Zwar könnte in solchen Fällen durch Nachlässe nach billigem Ermessen geholfen werden, doch ist es besser, eine allgemeine Regel aufzustellen, nach welcher die Leistung des Pächters den Umständen angepaßt wird, zumal da die Regierung sonst in theuren Jahren keine höhere Einnahme fordern könnte (a). Ein ganz in Körnern angelegter Pachtzins, man mag ihn nun nach den Marktpreisen bezahlen oder in natura abführen lassen (b), ist in theuren Jahren für den Pächter schwer zu erschwingen, in wohlfeilen für den Verpachter zu unergiebig. Die Preise verändern sich nämlich in umgekehrtem Sinne wie die Ernte-Ergebnisse. Stehen die Früchte hoch, so ist gewöhnlich nicht viel gewachsen und umgekehrt, die ganze Einnahme des Pächters ist folglich nicht so sehr verschieden, als die Preise vermuthen lassen. Ein mit Rücksicht auf die Getreidepreise veränderlicher Pachtzins ist zwar minder einfach, als eine feste Geldsumme, aber er beseitigt den oben erwähnten Nachtheil und somit die Einwendung, die man oft gegen die Einführung langer Pachtzeiten erhoben hat. Die Ausführung kann auf verschiedene Weise geschehen: a) Man läßt einen gewissen Theil des Pachtzinses in Körnern oder nach dem Marktpreise baar entrichten (b); dieß ist das bequemste Mittel. b) Der Pachtzins wird in einem Fruchtquantum ausgedrückt und von 5 zu 5 Jahren nach dem Durch-

schnittspreise der Früchte in Geld entrichtet (c). c) Man stellt eine solche Regel auf, daß die zu zahlende Geldsumme sich zwar einigermaßen nach den Preisen richtet, aber doch schwächer als diese sich verändert (d).

- (a) Dagegen und für den fixen Geldpachtzins Bälau, Der Staat und der Landbau, S. 65. — von Honstedt a. a. O. S. 31.
- (b) Baden: Von Ackerland werden $\frac{2}{3}$ des Pachtgeldes in Früchten bedungen und nach den Durchschnittspreisen zwischen Martini (11. Nov.) und Lichtmess (2. Febr.) baar bezahlt. B. v. S. Januar 1822. Dieß gilt jedoch nicht von einzelnen Stücken, deren Pachtzins bloß in Geld angesetzt wird. Nassau: Der Pachtschilling ist zum Theil in Früchten und zum Theil in Geld zu bedingen, also, daß nach dem Ermessen der Sach- und Ortskundigen die Stämme oder Parzellen mit einem mäßigen Pachtschilling an Früchten ausgebaut, und den Pachtliedhabern überlassen werde, das Mehrgebot in Geld zu thun. Ang. D. S. 13. Nr. 6. Auch in Württemberg wird ein Theil in Getreide angesetzt, Hoffmann, S. 65.
- (c) Sturm, I, 219. Schumacher in Nau u. Panssen Archiv, N. F., II, 127. Pabst, Betriebsl. S. 309.
- (d) Z. B. so oft der Preis des Scheffels Frucht um $\frac{1}{8}$ eines gewissen Mittelpreises steigt oder fällt, so wird der Pachtzins um $\frac{1}{8}$ erhöht oder erniedrigt etc. Es sei die Pachtsumme 3000 fl. und der Mittelpreis des Roggens 2 fl. vom Scheffel. Kommt derselbe auf 2 fl. 30 kr., so erhöht dieß das Pachtgeld um $\frac{1}{8}$ oder um 375 fl. — Ein viertes Verfahren erwähnt Honstedt, S. 30.

§. 117.

7) Kleinere Verluste müssen schon im Pachtanschlage berücksichtigt werden und finden zugleich durch die Möglichkeit großer Gewinnste einige Vergütung (a). Bei bedeutenden Beschädigungen aber ist es nothwendig, einen Nachlaß (Remission) an der Pachtsumme des einzelnen Jahres zu bewilligen, denn selbst wenn der Pächter darauf verzichten wollte, so wäre es doch für die Regierung nicht vortheilhaft, ihn in einem außerordentlichen Beschädigungsfalle zu Grunde gehen zu lassen. Um jedoch die Zudringlichkeit mancher Pächter zu zügeln und Streitigkeiten vorzubeugen, muß das ganze Nachlaßwesen durch allgemeine Verordnungen oder durch die Bestimmungen der Pachtcontracte geregelt sein (b). Dieß kann in folgender Weise geschehen.

- a) Nur unverschuldeter Schaden giebt einen Anspruch, und nur ein besonderes Ereigniß, welches einen Theil der Erzeugnisse zerstört, z. B. Hagelschlag, Ueberschwemmung, Viehsterben, nicht das bloße Fehlschlagen einer einzelnen Specu-

lation. Ist ein Mißwachs so allgemein, daß er die Preise erhöht, so sollten nur diejenigen Pächter Nachlaß erhalten, welche weniger geerntet haben, als der Durchschnittspreis war, nach dem sich die Preise richten; dieß ist aber schwer zu ermitteln.

b) Es wird festgesetzt, bei welcher Größe des Verlustes im Verhältniß zu dem mittleren Ertrage ein Nachlaß gefordert werden kann (c).

c) Der Nachlaß beträgt den ebensovielften Theil des Pachtzinses, als der Verlust vom mittleren Ertrage ausmacht. Bei einem Viehsterben kann es nöthig werden, dem Pächter auch zur Nachschaffung der fehlenden Stücke behülflich zu sein.

d) Der Verlust muß sogleich angezeigt werden, damit eine Untersuchung und Abschätzung an Ort und Stelle vorgenommen werden könne (d).

(a) *Modicum damnum aequo animo ferre debet colonus, cui immodicum lucrum non auferitur.* Gajus in L. 25, §. 6. Dig. locati conducti (XIX, 2).

(b) Vgl. Borowski, I, 144. Nicolai, II, 126. Sturm, I, 244. — Die gemeinrechtlichen Bestimmungen genügen nicht, weil der Staat seine Pächter schonender behandeln darf und soll, als ein Privatmann schuldig ist.

(c) Baden: Bei geschlossenen Gütern von beträchtlicher Größe ein Schaden von $\frac{1}{4}$ der Ernte, sonst nur über die Hälfte. Bei der Abschätzung soll ausgemittelt werden, was der Landwirth ohne das eingetretene Ereigniß an Ertrag (mittlerem oder des einzelnen Jahres?) zu hoffen gehabt und was er nun zu erwarten hat.

(d) Nach den Umständen kann eine nochmalige Abschätzung bei der Ernte gefordert werden. Auch nimmt man wohl darauf Rücksicht, ob andere Nutzungszweige in dem nämlichen Jahre mehr als den mittleren Ertrag abwerfen und ob die vorhergehenden Pachtjahre ergiebig waren. — Nach der preuß. Domänen-Instruction von 1722 soll genaue Erkundigung angestellt werden, „ob nicht Menschlichkeiten das hinter stecken.“

§. 118.

8) Die beweglichen Zubehörungen des Gutes (das Inventarium), welche dem Pächter anvertraut werden müssen, sind zunächst Theile des stehenden Capitals, wie Geräthe und Vieh, doch öfter auch Bestandtheile des umlaufenden Capitals, wie Futtervorräthe. Zwar wäre es sehr erleichternd, wenn jeder an-tretende Pächter sich diese Gegenstände selbst anschaffte, allein

derselbe hätte hiezu ein beträchtliches Capital nöthig, welches der Bewirthschaftung entginge und das Mitwerben der Pachtlustigen verringerte. Deshalb wird üblicher Weise das Inventarium dem neuen Pächter nach einer sorgfältigen Aufzeichnung und Abschätzung übergeben und am Ende der Pachtzeit wieder auf gleiche Weise übernommen. Hierbei muß er das Fehlende baar oder in natura nachschaffen, den Ueberschuß aber (*Superinventarium*) nimmt er entweder mit hinweg oder erhält ihn nach einem verabredeten Anschlage vergütet. Dieses Geschäft ist umständlich, und trotz aller angewendeten Sorgfalt bei der mehrmaligen Taxation lassen sich Verluste aus der Verschlechterung der Inventariensstücke nicht vermeiden (*a*). Dieselben können nicht nach dem bloßen Anschaffungspreise geschätzt werden, wenn sie durch den Gebrauch verschlechtert worden sind (*b*). Die zur Schätzung beigezogenen und verpflichteten Sachverständigen werden in einige Abtheilungen (*Schürze*, gewöhnlich 3) gesondert, deren jede man um ihren gutachtlichen Anschlag einzeln befragt, um sodann den Durchschnitt aller ausgesprochenen Summen zu ziehen (*c*).

(*a*) Besonders bei dem Viehstande.

(*b*) Man kann hierbei so rechnen: wie sich der volle Werth im Zustande der Neuheit zu dem jetzigen verringerten Werth (Nützlichkeit) verhält, so auch der Anschaffungspreis zu dem Anschlage. Ist z. B. ein Geräthe, welches 100 fl. kostete, so abgenützt, daß es nur noch die halbe Zeit seine Dienste leisten wird, so kommt es mit 50 fl. in Anschlag.

(*c*) Formulare hiezu bei Borowski, I, 135. Berechnungen mit Rücksicht auf die verschiedene Dauer in Schönleutner und Zierl, Jahrb. II. Beil. I—III. — Wenn die Jahreszeit des Pachtwechsels es mit sich bringt, daß der abziehende Pächter besäetes Land zurücklassen muß, und mehr Aecker von ihm bestellt worden sind, als er von seinem Vorgänger erhielt, so müssen die Bestellungskosten des Ueberschusses ihm vergütet werden.

§. 119.

9) Was den Aufwand für die Wirthschaftsgebäude betrifft, so fallen die kleineren Ausbesserungen, deren Umfang bestimmt angegeben werden muß, dem Pächter wie jedem Bewohner herrschaftlicher Gebäude (§. 67.) zur Last. Größere Reparaturen, deren Eintreten sehr unregelmäßig erfolgt, können nicht ganz vom Pächter getragen werden, es ist vielmehr üblich, daß der Staat sie bestreitet, so wie die Neubauten. Die Erfahrung

zeigt hiebei den Uebelstand, daß die Pächter sich die Schonung und Erhaltung der Gebäude zu wenig angelegen sein lassen und kleine Ausbesserungen so lange aufschieben, bis größere nothwendig werden, so wie sie auch oft unnöthige Neubauten verlangen. Die jährliche Untersuchung, ob ihnen keine Nachlässigkeit zur Last falle, sichert nicht genug, aber auch der Vorschlag, dem Pächter an allen Ausbesserungen einen gewissen Theil der Kosten aufzulegen, ist nicht zu billigen, weil dann durch die plötzlich eintretende Nothwendigkeit kostbarer Bauten die Lage eines Pächters zu mißlich werden könnte. Dienlicher ist es, dem Pächter nach einer genauen Ausscheidung alle diejenigen Reparaturen aufzulegen, welche von einer regelmäßigen Verschlechterung herühren und einigermaßen überschlagen werden können und bei denen durch Sorgfalt etwas zur Verringerung der Kosten geschehen kann, ohne daß man doch aus übel angewendeter Sparsamkeit Nachtheil für das Gebäude zu besorgen hat (a).

(a) Die Bestimmung einer Summe, bis zu welcher eine Ausbesserung vom Pächter geschehen muß, z. B. 10 Rthlr., ist aus obigem Grunde nicht angemessen. Sturm, Kameralpr. I, 246. — In jedem Falle ist die Ausscheidung dessen, was aus der Staatscasse zu bestreiten ist, auch nach dem im §. ausgesprochenen Grundsatz schwierig. Die Dächer können dem Pächter leicht mit der Verpflichtung, jährlich einen bestimmten Theil umzudecken, übertragen werden. Von Neubauten kann man dem Pächter die Verzinsung der Kosten abfordern. — Vorschriften, welche Gegenstände der Kammer, welche dagegen unbedingt den Bewohnern zur Last fallen, in Weimar, B. v. I. Jan. 1825, Burckhard S. 571.

§. 120.

10) Man pflegt dem Pächter zur Bedingung zu machen, daß er den Zustand des Gutes verbessern (melioriren) solle. Wird dieß nur im Allgemeinen gefordert, so ist es von geringer Wirkung und der Pächter kann leicht durch den Nachweis irgend einer unbedeutenden Melioration dieser Verpflichtung genügen. Die lange Dauer der Pachtzeit sowie die Vermöglichkeit und Einsicht des Pächters können zum Theile eine solche Bedingung ersetzen, die jedoch immerhin nützlich ist, wenn sie sich auf gewisse benannte Verbesserungen, und zwar solche bezieht, die dem Pächter nicht schon während der Pachtzeit hinreichend belohnenden Vor-

theil bringen, z. B. das Sehen von Obstbäumen, das Mergeln u. s. w. (a).

11) In den Contract werden gewöhnlich auch solche Bedingungen aufgenommen, welche den Staat gegen eine aussaugende oder sonst verderbliche Bewirthschaftsweise sichern sollen. Man muß sich auf solche Puncte beschränken, deren Nichtbefolgung leicht wahrzunehmen ist und die den Pächter nicht in nützlichen landwirthschaftlichen Unternehmungen hindern; dahin gehört das Verbot des Stroh- und Heuverkaufes und eines zu sehr erschöpfenden Fruchtwechsels, die gleichmäßige Bedüngung und Bearbeitung der Felder 2c. (b). Auf großen Pachtgütern hat man dem Pächter in den letzten Jahren bisweilen einen vom Staate besoldeten Aufseher beigegeben, um schädliche Kunstgriffe zu verhindern §. 111.

12) Andere Vertragsbestimmungen betreffen a) die Jahreszeit, in welcher der Antritt des neuen Pächters vor sich gehen soll (c), b) das Verbot der Austerpacht ohne besondere Erlaubniß, wo nämlich jene landrechtlich erlaubt ist, c) die Bestimmung, wer die auf dem Gute ruhenden Lasten zu tragen habe, d) die Termine zur Entrichtung des Pachtzinses, e) Bestimmungen für den Todesfall des Pächters u. dgl. (d).

13) Die Pachtgüter werden von Zeit zu Zeit sorgfältig durch die Kammerbeamten oder auch durch höhere Beamte besichtigt (e).

(a) Vgl. Nicolai, II, 167. Sturm, I, 263. — Bei kostbaren Meliorationen dieser Art ist es dienlich, wenn der Staat einen Theil des Aufwandes vergütet.

(b) Sturm, I, 223, wo zu viele solche Cautelen in Vorschlag gebracht sind. — v. Jakob, I, §. 170. — Die Vorschrift, welcher Viehstand gehalten werden muß, sichert nicht genug, weil es auf die Fütterung ankommt. Hoffmann (Zeitschr. S. 724) rath daher, die Fruchtfolge und Feldeintheilung nach Erwägung aller örtlichen Verhältnisse und im Einverständniß mit dem Pächter festzusetzen und diesem dann als Richtschnur vorzuschreiben.

(c) Man hält insgemein die zweite Hälfte des Junius (Johannistag, 24. Jun.) für die beste Zeit.

(d) Angef. bad. B. v. 18. März 1835: Der Pachtcontract kann für aufgelöst erklärt werden, wenn der Pächter in Gant geräth oder mit 2 Jahreszinsen in Rückstand bleibt.

(e) Vorschriften hiezu bei Hoffmann, S. 68.

A n h a n g.

Von den Pachtanschlügen der Kammergüter.

§. 121.

Unter dem *Anschlage* eines Landgutes oder einzelnen Grundstückes versteht man die ausführliche Vorausberechnung des von der Bewirthschaftung desselben zu erwartenden Ergebnisses. Die Regeln der Veranschlagung sind in Deutschland sehr ausgebildet und in zahlreichen Schriften dargestellt worden (a). Dieses Geschäft beruht auf Erfahrungen aus dem Gebiete der Landwirthschaftslehre; da inzwischen die Anschläge der Kammergüter nach den besonderen Bedürfnissen der Finanzverwaltung eingerichtet sein müssen und deshalb von Finanzbeamten unter der Leitung der oberen Domänenbehörden verfertigt zu werden pflegen, da ferner in Staaten, welche viele Domänen besitzen, die Entwerfung einer besonderen Geschäftsanweisung nöthig ist, um die Taxationen gleichförmig und zuverlässig zu machen, so muß eine Uebersicht der hierauf sich beziehenden Grundsätze auch in die Finanzwissenschaft aufgenommen werden.

- (a) Vorzüglich in Preußen. Aeltere Schriften: Schwebel, *Tractat von Anschlägen der Güter*, 1717. n. A. 1751. — Gasser, a. Einleitung, Cap. 4—10. Von neueren Schriften s. besonders: Nicolai, a. a. D., II, 1. — Borowski, a. a. D., I, 1. — Meyer, *Grundsätze zur Verfertigung richtiger Pachtanschlüge*. Hannov. 1809. — Sturm, *Kameralpraxis*, I, 6—146. — Brieger, *Oekonomisch-kameralistische Schriften*, Posen, 1803—9. III Bde. vorzüglich II, 49; III, 68. — v. Flotow, *Anleitung zur Fertigung der Ertragsanschlüge*. Leipzig, 1820. 22. II B. (vorzüglich gut). — v. Jacob, I, S. 106 ff. — v. Malchus, *Politik der inneren Staatsverwaltung*, IIr Bd., die angehängten Tabellen. — Klebe, *Anleitung zur Fertigung der Grund-Anschläge*. Leipz. 1828. — v. Daum, *Materialien zu einer verbesserten Abschätzung des Acker-, Wiesen- und Weidebodens*. Berl. 1828. 4. — Schmalz, *Versuch einer Anleitung zur Veranschlagung ländlicher Grundstücke*, Königsb. 1829. — Putzsch, *Encyclop. der Land- u. Hauswirthschaft*, VII, 631. — Block, *Mittheilungen landwirthschaftlicher Erfahrungen*, 3r Band, 2. Ausg. 1838. — Dessen *Beiträge zur Landgüter-Schätzungskunde*, Bresl. 1840. — v. Hönstedt, *Anleitung zur Aufstellung und Beurtheilung*

§. 123.

Der Pachtanschlag kann abgeleitet werden:

1) aus allgemeinen landwirthschaftlichen Erfahrungen, indem man untersucht, welchen rohen und reinen Ertrag jeder Wirthschaftszweig bei einer angenommenen Behandlungsweise und der gegebenen Beschaffenheit des Bodens, des Klimas, der Absatzgelegenheit u. dgl. zufolge der, aus vielen Fällen abgenommenen Zahlenverhältnisse durchschnittlich erwarten läßt;

2) aus besonderen Erfahrungen auf dem einzelnen Landgute, d. h. aus dem Ertrage, welchen die bisherige Bewirthschaftung desselben wirklich gegeben hat. Diese Ausmittlung würde für sich allein höchst ungenügend sein, denn es läßt sich bei ihr der Einfluß zufälliger Umstände, die sowohl in äußeren Ereignissen, als in der Persönlichkeit des Landwirthes, seiner Wohlhabenheit oder Dürftigkeit, seiner Einsicht oder Unwissenheit ic. liegen, nicht ausscheiden. Gleichwohl können diese geschichtlichen Thatsachen sehr nützlich werden, um die allgemeinen Erfahrungen in ihrer Anwendung auf eine gegebene Vertlichkeit zu ergänzen und die unrichtige Auffassung der vorhandenen Umstände bemerklich zu machen. Es ist also nothwendig, jene beiden Berechnungsmittel stets in Verbindung mit einander anzuwenden (a).

(a) Schmalz, Anleitung, S. 2—5.

§. 124.

Die Reihenfolge der Geschäfte bei der Veranschlagung eines ganzen Landgutes ist ungefähr diese:

1) der Beamte sucht sich vorläufig mit dem ganzen Gute bekannt zu machen, erforscht die einzelnen Bestandtheile, deren Größe und Gränzen, die Gebäude und deren Zustand, die zugehörenden Gerechtsame u. s. f.

2) Es werden schriftliche Nachrichten gesammelt, welche als Hülfsmittel gebraucht werden können. Von dieser Art sind die Vermessungsregister, die älteren Anschläge und Pachtverträge, die Rechnungen des bisherigen Verwalters- oder Pächters, wenn

nämlich dieser zufolge des Pachtcontractes verpflichtet ist, seine Wirthschaftsrechnungen zu diesem Behufe vorzulegen, die einzelnen zugehörigen Register, z. B. über Saat, Ernte, Ausbruch, Viehnutzung u. dgl., ferner das Verzeichniß und die Abschätzung der Inventariestücke.

3) Es werden alle diejenigen Personen zu Protokoll vernommen, welche über den Zustand, die Behandlungsweise und den Ertrag des Gutes aus eigener Wahrnehmung Auskunft geben können. Man sucht auf diese Weise diejenigen Punkte auszumitteln, welche aus den schriftlichen Hülfsmitteln sich nicht mit hinreichender Deutlichkeit ergeben. Widersprüche in den Aussagen sucht man durch Gegenüberstellen der Vernommenen zu heben.

4) Die einzelnen Bestandtheile des Gutes werden mit Zuziehung von verpflichteten Sachverständigen einer genauen Untersuchung unterworfen, um ihre Ertragsfähigkeit auszumitteln. Bei den Ländereien heißt dieses Geschäft die Bonitirung, Bodenschätzung. Man bringt die Ländereien jeder Art in Classen und bestimmt die in jede Classe fallende Morgenzahl.

5) Aus den so erlangten Nachrichten wird die Berechnung des mittleren rohen Ertrages, der sämtlichen Ausgaben und folglich des muthmaßlichen Reinertrages vorgenommen.

§. 125.

Bei der Ertragsberechnung werden nach einem ziemlich allgemeinen Herkommen die einzelnen Zweige des landwirthschaftlichen Gewerbes, wie sie auf dem Gute vorkommen (Ackerbau, Wiesenbau, Rindviehzucht u. dgl.), abgesondert behandelt, so daß man bei jedem 1) den durchschnittlichen Rohertrag in Erzeugnissen verschiedener Art (*in natura*) ausmittelt, 2) hievon sogleich die auf dem Landgute vorkommende Verzehrung an solchen Stoffen abzieht, 3) den Ueberrest nach den Mittelpreisen der Gegend zu Geld ansetzt und endlich 4) von dieser Summe die besonderen Geldausgaben abrechnet, welche der einzelne Nutzungszweig erfordert.

Auf diese Weise erlangt man eine Anzahl von getrennten Anschlägen, die Ergebnisse werden sodann zusammengerechnet und von der so gebildeten Summe werden noch die allgemeinen Bewirthschaftungskosten abgezogen. Der Ueberrest bildet dann den reinen Ertrag.

§. 126.

Diese Berechnungsart führt zwar zu einem richtigen Hauptergebniß und läßt leicht erkennen, in wie viel jeder Theil des ganzen Betriebs zur Bewirkung des Reinertrages beiträgt, allein sie ist doch insoferne mangelhaft, als der gesammte rohe Ertrag gar nicht erscheint und daher auch das zwischen ihm und dem Kostenaufwand Statt findende Verhältniß nicht klar wird. Man sollte also entweder 1) nur eine einzige Hauptrechnung bilden, in dieser zuerst den Rohertrag aller Zweige zusammenstellen und dann in derselben Reihenfolge alle Abzüge in natura und in Geldausgaben fortlaufend aufführen, um endlich die Summen der sämmtlichen Einnahmen und Ausgaben zu vergleichen, oder 2) wenn man bei jener mühsameren Art der Darstellung beharren will, wenigstens am Schlusse aus den getrennten Specialansschlägen auch den rohen Ertrag zusammenziehen. Gewöhnlich hat man überdieß die Ausscheidung der Ausgaben nach den verschiedenen Betriebszweigen nicht vollständig genug vorgenommen und so den Nutzen jener Zerlegung des Anschlages in einzelne Theile durch die Ungenauigkeit derselben geschwächt (a).

(a) So müssen z. B. die Ausgaben für Beköstigung und Lohn der Tagelöhner dann, wenn diese anhaltend mit einer einzigen Verrichtung (Ackerbau, Rebbaue, Fischerei, Schaafwäshe u. dgl.) beschäftigt sind, ihre besondere Stelle erhalten, vergl. Schmalz, S. 317.

§. 127.

Unter den Bestandtheilen eines Landgutes hat

I. das Ackerland in Hinsicht auf seine Veranschlagung die meisten Bemühungen auf sich gezogen, weil die große Masse desselben, die Menge und Wichtigkeit seiner Erzeugnisse und die leicht wahrnehmbare Abhängigkeit seiner Ergiebigkeit von natürlichen Umständen zur Untersuchung am meisten auffordern mußte.

pract. Ackerb. I, 43. — Hundeshagen, Bodenkunde, S. 165. — Sächs. Geschäftsanweisung.

- (b) Eine solche würde große Vortheile darbieten, weil dann Schätzungen in verschiedenen Ländern und Landestheilen bequem mit einander verglichen werden könnten, während eine bloß örtliche Glasseinteilung in einer anderen Gegend nicht verständlich und brauchbar ist; allein es ist auch schwer, ein so erschöpfendes System aufzustellen, daß darin jede irgendwo vorkommende Bodenart ihre Stelle findet. Leichter ist die Arbeit, wenn man sich nur auf diejenigen Bodenbeschaffenheiten beschränkt, die man in dem Lande u. vor sich hat.
- (c) Bloß (Mittheilungen, I, 397. 1830) will nur eine Classification nach dem Ertrage zulassen.
- (d) Die in der sächs. Geschäftsanweisung §. 18 vorgeschriebene ökonomische Classification, die beim Ackerlande 12 Classen annimmt, ist doch mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Bodens angelegt, indem die Classen I. III. VI. IX. den Thon-, II. IV. V. VII. den Lehm- u. VIII. X. XI. den Sandboden enthalten. Die einfachste Anordnung würde darin bestehen, daß man außer den eben genannten 3 Hauptbodenarten noch zwei andere, Kalk- und Humusboden unterschiebe und jede dieser 5 Hauptclassen in Unterabtheilungen brächte. Zwischen Sand- und Lehmboden kann indeß nach Thier noch eine Mittelklasse des sandigen Lehms und lehmigen Sandes eingeschaltet werden. So ergeben sich 6 Hauptclassen. Die a. pommersche Instruction legt dieselben zu Grunde und theilt die 5 ersten (die 6. bildet den Kalk) in 16 Unterclassen oder Bodenarten ein.

§. 128.

Nachdem das vorhandene Ackerland in gewisse Classen und Arten eingereiht ist, wird untersucht

1) der muthmaßliche Rohertrag jeder Abtheilung (a), auf welchen noch Einfluß haben a) die in der Gegend gewöhnlich gebauten Feldfrüchte und die übliche Aufeinanderfolge derselben, weshalb man den Durchschnittsertrag einer ganzen, z. B. drei- oder sechsjährigen Periode der Fruchtfolge nehmen muß (b), b) die Stärke der Düngung, welche wieder mit den allgemeinen Wirthschaftsverhältnissen, namentlich der Größe des Viehstandes und der Menge des gewonnenen Futters, zusammenhängt (c).

2) der abzuziehende Kostenbetrag. Die alte Methode, für diese Kosten nur einen ungefähren Ueberschlag, das Wirthschaftsforn, anzunehmen (d), ist als ganz unzuverlässig aufgegeben worden. Man muß also eine sorgfältige Berechnung anstellen. a) Um zu ermitteln, welcher Theil der Ackererzeugnisse sogleich in der Wirthschaft verzehrt wird, muß man die Zahl der nöthigen Arbeiter und des Spannviehes aus der Menge der vorkommenden Geschäfte ableiten und die Speise- und Futter-

Meere, a hat 500 Fuß und weniger, d ist die höchste und kälteste Lage von 2400 Fuß und darüber.

§. 129.

II. Bei den Wiesen ist die Classification nach der Bodenart minder entscheidend, weil der Ertrag größtentheils von der Lage und Gelegenheit zur Bewässerung bestimmt wird. Wo das gewonnene Futter, wie gewöhnlich, ganz in der Wirthschaft verbraucht wird, da kommt von den Wiesen gar kein reiner Ertrag in Anrechnung, doch muß der mittlere Rohertrag sowohl wegen der Kosten als auch darum erforscht werden, weil er auf die Menge des Viehes, welches ernährt werden kann, Einfluß hat. Dasselbe gilt von den Weiden.

III. Für Gemüsegärten bedient man sich, da sie nicht viel zu betragen pflegen, eines ungefähren Geldüberschlages, ohne auf eine ausführliche Berechnung einzugehen. Bei den Obstgärten wird nach der Zahl, Art und Beschaffenheit der Bäume ein Geldansatz genommen.

IV. Bei der Viehzucht muß zuvörderst aus der Vergleichung des Futtererzeugnisses mit der erforderlichen Menge des Arbeits- (Spann-) Viehes bestimmt werden, wieviel Nutzvieh gehalten werden kann, sodann ist für die vorhandene Art desselben (Milchkühe, Mastochsen, Schaafe ic.) das Jahreserzeugniß an Milch und Molkenwaaren, an Jungvieh, Wolle ic. zu suchen, die eigene Verzehrung abzuziehen, der Rest nach den Marktpreisen, der Absatzgelegenheit und der Güte (z. B. feine, mittlere oder Landwolle) in Geld anzusetzen und davon noch abzurechnen, was für Wartung, Futter, Arzneien, Geräthschaften u. dgl. ausgegeben wird.

§. 129 a.

Als allgemeine Wirthschaftskosten sind diejenigen Ausgaben anzusehen, welche nicht einem einzelnen Zweige zur Last geschrieben werden können, z. B. Unterhalt und Feuerversicherung der Gebäude, der Wohn- und Küchengeräthe, Heizung, Beleuchtung, Gesindelohn, Taglohn zum Theil, Unterhalt des Landwirths und seiner Familie, Gemeindelaften u. dgl. Auch die Geldausgaben für das Spannvieh können hierher gerechnet werden,

weil es viel beschwerlicher ist, sie je nach der Menge der Spann-
arbeiten bei jedem einzelnen Bestandtheile aufzuführen.

Auch bei der Veranschlagung eines einzelnen Grundstückes
muß man sowohl die besonderen Wirthschaftskosten als einen
Antheil an den allgemeinen unter der Voraussetzung einer ge-
wissen Gutsgröße ermitteln, z. B. die Kosten eines Tages Hand-
und Spannarbeit, und sie von dem mittleren Rohertrag abziehen. (a)

(a) Beispiele in d. a. techn. Instr. für Pommern.

D. E r b p a c h t.

§. 130.

Die Erbpacht steht zwischen der Zeitpacht und dem Verkauf
in der Mitte. Der Erbpachter erhält nach den bisherigen Rechts-
grundsätzen zwar nicht das Eigenthum, aber doch ein erbliches
Benutzungsrecht und darf das Gut nach eingeholter Genehmi-
gung des Verpachters auch verkaufen, nur nach der gewöhnlichen
Einrichtung nicht zerstückeln oder wesentlich verändern. Er ent-
richtet einen jährlichen Zins (Kanon) und beim Anfang der
Erbpacht zugleich eine Einkaufssumme (Erbbestandgeld),
welche, wie die Caution des Zeitpachters (§. 115.), zur Siche-
rung der Regierung dient. Man kann sich dieses Erbbestandgeld
als den einen, kleineren Theil des vollen Kaufpreises denken,
dessen größerer Theil durch den Kanon verzinsset wird (a)
Dieses Nutzungsrecht des Erbpachters darf nur dann unter-
brochen werden, wenn derselbe längere Zeit die Entrichtung des
Kanon unterließe (b). Uebrigens werden diese neuen Erb-
pachtverträge so abgeschlossen, wie es volkswirthschaftlich und
finanziell zweckmäßig scheint, ohne daß man sich genau an eines
der älteren bauerlichen Verhältnisse anzuschließen genöthigt wäre.
Verschieden von der Erbpacht ist die Erbzinöverleihung, mit
einem niedrigen Kanon, der nicht als Pachtzins gilt, sondern
nur die Anerkennung des Obereigenthums bezweckt, dagegen
häufig mit einem Laudemium bei Besitzveränderungen (c).
Diese Einrichtung trägt so wenig ein, daß sie nicht bei schon

ertraggebenden Ländereien, sondern nur etwa bei solchen, die erst urbar zu machen sind, empfohlen werden kann.

- (a) 3 B. das Gut sei auf 36 000 fl. anzusetzen, so könnten davon 8000 fl. sogleich bezahlt werden und für die übrigen 28 000 fl. würde ein jährlicher Kanon von 1120 fl. (zu 4 Proc. gerechnet) ausbedungen.
- (b) Vgl. Mittermaier, Privatrecht, I, S. 488. — Die badiſchen Erbbestände (Landrecht, Art. 1831 ba ff.) sind keine Erbpachte obiger Art, da sie zum Theile nicht auf alle Erben gehen und beim Verkauf ein Handlohn von höchstens 2 Proc. bezahlt wird.
- (c) Nicolai, I, 253. — v. Jakob, I S. 180. Viele Ansiedelungen dieser Art im preußischen Staate. Borowski, I, 211.

§. 131.

Die Vortheile der Erbpacht sind (a):

- 1) daß die Verwaltung sehr vereinfacht wird, denn die vielen bei der Zeitpacht vorkommenden Geschäfte fallen hinweg und man hat neben der Einforderung des Kanons nur eine oberflächliche Aufsicht zu führen, um die Verletzung der Bedingungen (§. 130.) zu verhüten;
 - 2) daß die Ländereien mit größerem Eifer und Capitalaufwande bewirthschaftet werden, denn der Erbpachter ist für sich und seine Erben des Genusses der Früchte aller vorgenommenen Verbesserungen sicher, sei es nun durch eigene Benutzung des Gutes oder durch einträglichen Verkauf. Daher wird der Anbau verbessert und der reine Ertrag der Grundstücke erhöht, wovon auch der Regierung ein Gewinn zugeht, indem a) sogleich von Anfang an die Zinsen des Erbbestandgeldes und der Kanon den bisherigen Reinertrag übersteigen, zumal da auch die Remissionen, Baukosten u. erspart werden, b) die Erbpachtstücke der Grundsteuer unterliegen (b), c) die Erhöhung der Production auch in mancherlei anderen Zweigen des Staatseinkommens, z. B. der Consumtionssteuern, eine Zunahme nach sich zieht.
- (a) Nicolai, I, 246. — Thaer, Annalen des Ackerbaues. Jul. 1806. Nr. I u. II. — Sturm, I, 273. — v. Jakob, I, S. 196. — Fulda, S. 62—66. — Krause, National- und Staatsökonomie I, 351. II, 131. — Burger, Reise durch Oberitalien, II, 218 (1832). — Bollbrügge, Das Landvolk im Großh. Mecklenburg-Schwerin, 1835. S. 35. — Gr. Moltke, S. 27.
 - (b) Allerdings können sie nicht so hoch, wie freies Eigenthum, belegt werden.

§. 132.

Die letztgenannten Vortheile werden dann am größten, wenn die Erbpacht mit einer Zerschlagung der großen Domänenhöfe in kleinere Güter (*Dismembration*, *Abbau*) in Verbindung gesetzt wird. Dieß ist auch wirklich da, wo man die Erbpacht eingeführt hat, geschehen (*a*), obschon man die Zertheilung auch bei dem Verkaufe bewerkstelligen könnte. Durch die Verbindung jener beiden Maaßregeln wird

1) der sorgfältige Anbau des Bodens und die Zunahme der Volksmenge um Vieles befördert, also der Wohlstand des Volkes und mit ihm zugleich die Macht des Staates gesteigert, I, §. 368, (*b*),

2) die Ablösung der Frohnen und der anderen, zu den Domänen gehörigen gutsherrlichen Rechte erleichtert. Die neu gebildeten mittleren und kleineren Güter können den Beistand der Frohnarbeiter und der Weiderechtse leichter als die bisherigen großen entbehren (II, §. 63.), und in Erwägung des von der ganzen Unternehmung zu hoffenden Nutzens kann man die Ablösung unter billigen Bedingungen gestatten.

(*a*) Die Sackbauern (*uomini di sacco*) in Oberitalien. Hüllmann, Städtewesen, I, 11. Hasse, *Cuinam nostri aevi populo debeamus primas oecon. publ. et statisticae notiones*. 1828. S. 22. — Bernb v. Arnim machte im ersten Drittheil des 16. Jahrhunderts Joachim I. v. Brandenburg den Vorschlag zur Zerschlagung der Kammergüter, ohne Erfolg. Sein Sohn soll in Kursachsen von 1555 — 70 300 Domänen zerschlagen haben, doch ist diese Nachricht nach Hüllmann's Untersuchungen noch problematisch und vielleicht nur von Ansiedelungen auf neu urbar gemachtem Lande zu verstehen. 1701 begann im preussischen Staate die Vererbpachtung, die aber 1711 wieder aufgehoben wurde. Die Beweggründe zu dem letzteren Schritte scheinen theils in irrigen Vorstellungen, theils aber auch in den bei der Vererbpachtung begangenen Fehlern gelegen zu haben, so daß man daraus gegen die Nützlichkeit der Sache im Allgemeinen keinen Beweis nehmen kann. Friedrich II. zertheilte und vererbpachtete über 300 Vorwerke, Friedrich Wilhelm II. setzte dieß bei drei Domänen im Oberbruche fort und Friedrich Wilhelm III. ließ eine größere Anzahl, besonders in Ostpreußen, in Erbpacht geben. In Ansbach (1757), Baireuth (1763), Waldeck (1755), Hessen-Darmstadt (1773), Böhmen (1776), der Rheinpfalz, fing man an, diese Beispiele nachzuahmen. In den dänischen Staaten geschah dieß seit 1763 in großer Ausdehnung und mit gutem Erfolge. Auch in Mecklenburg geschieht es häufig. M. Schwerin hat nach dem U. für 1849 181 000 Rthlr. Einnahme von Erbpachtgütern. Hüllmann, Geschichte der Dom. Ven. S. 93. — de Herzberg, Huit disserta-

tions, S. 193. — Bergius, Magazin, II, 207. — Kamphövener, Beschreib. d. bereits vollführten Niederlegungen königl. Domänen-güter in den Herzogth. Schleswig und Holstein, Kopenhag. 1787. — Nöldchen, Briefe über das Niederoderbruch. Berl. 1800. — Krug, Rationalreichth. des preuß. Staates, II, 418. — Schwerz, Ackerbau der Pfälzer, S. 274. (Ibersheimer Hof). — Ueber die günstigen Folgen der Vererbpachtungen in Pommern s. Pering, Ueber die agrarische Gesetzgeb. in Preußen, 1837, S. 102. — Gr. Moltke, Einnahmequellen, S. 27.

- (b) Auf die Zunahme der Volksmenge und also der waffenfähigen Mannschaft hat man oft zu großes Gewicht gelegt, denn es würde in ihr kein Vortheil liegen, wenn die Production sich nicht gleichmäßig erweiterte. — In Schleswig und Holstein wurden 1765—87 52 Domänen von 44 356 Tonnen (116 000 preuß. Morgen) zerschlagen. Davon wurden 6454 T. Wald zurückbehalten, 5471 T. zu Abfindungen und für Dürftige verwendet, 32,943 in 1095 Güter zertheilt, von 2—500 Tonnen Größe, doch meistens zwischen 12 und 80 Tonnen (30—200 Morgen). Der Canon betrug 106 039 Rthlr., hiezu die Zinsen des Erbbestandgeldes von 596 252 Rthlr. mit 23 850 Rthlr. geschlagen, ist

die Einnahme nach der Zerschlagung . . . 129 889 Rthlr.

die vorherige Einnahme war 87 246 „

also Mehrertrag 42 643 Rthlr.

oder 50 Proc. des früheren Ertrages, wozu noch die Einnahme von dem vorbehaltenen Walde kommt. Kamphövener, S. 208 und die angehängte Tabelle. — Aus Nöldchen's Mittheilungen (s. (a)) ergibt sich Folgendes: Die 3 Güter Solikante, Posedin und Wilhelmshau, zusammen 3610 pr. Morgen, wurden unter 107 Familien vertheilt, in Stellen von 3 Morgen (39 an der Zahl), 30 M. (22), 60 M. (26), 94 M. (5) und 1 von 578 M. Es war

	vor der Zerschlagung	nach
1) Zahl der Menschen auf den Gütern	45	595
2) Pferdezahl	10	124
3) Anzahl der Rühr	16	333
4) Kornrertrag	521	1414 Wisp.
5) Kornverbrauch	28	439 „
6) verkäuflicher Ueberschuß	410	752 „
7) Viehnutzung, Stroh, Eier etc.	7765	8229 Rthlr.
8) ganzer Erlös aus verkauften Erzeugnissen	15 537	22 726
9) Einnahme für den Staat	4077	5175 „

Demnach hat die Masse der verkäuflichen Dinge um 46, der Ertrag für die Staatscasse um 26 Proc. zugenommen.

§. 133.

Gegen diese Maßregel wurden mancherlei Einwendungen in sehr verschiedenem Sinne gemacht, so daß man bald die Zeithpacht, bald den Verkauf vorzog. Im Vergleich mit der Zeithpacht wurde gegen die Erbpacht erinnert (a):

- 1) daß der Staat nicht mehr über die Güter verfügen und

folglich bei veränderten Umständen nicht eine andere Benutzungsweise wählen kann. Dieß ist zwar richtig, aber nicht nachtheilig, weil der Uebergang der Ländereien in die Hände von Landwirthen, welche sie mit dem Eifer des Eigenthümers behandeln, die günstigsten Wirkungen hat, und weil die Regierung nicht bloß viele Mühe erspart, sondern auch sogleich eine erhebliche Vermehrung ihrer Einkünfte erlangt;

2) daß man die Gelegenheit verliert, von Zeit zu Zeit den Pachtzins zu steigern, und bei einer Preiserniedrigung der edlen Metalle an einem Geldkanon viel einbüßen kann. Hierbei ist zu bemerken: a) In Gegenden, die noch schwache Bevölkerung und sehr niedrige Grundrenten haben, mag es rathsam sein, die Werterbpachtung zu verschieben, weil sie wenig einbringt und der Nutzen der späteren Erhöhung der Rente ganz den Erbpächtern zufallen würde. b) Wenn gleich die durch den Erbpächter bewirkte Ertragsvermehrung der Regierung keinen unmittelbaren Vortheil gewährt, so trägt doch die vermehrte Grundrente auf mehrfachen Wegen mittelbar zur Erhöhung der Staatseinkünfte bei, und bei der Zeitpacht würden so bedeutende Verbesserungen gar nicht unternommen werden. c) Eine Erhöhung der Grundrente zufolge der gestiegenen Getreidepreise kann durch angemessene Bestimmung des Kanons auch für die Staatscasse ergiebig gemacht werden, s. §. 134.

3) Die Regierung kann sich immer einen begüterten Zeitpächter wählen, bei der Erbpacht aber nicht verhüten, daß das Gut an einen dürftigen Erben gelangt. Gegen diesen Nachtheil kann man sich wenigstens zum Theile schützen, indem man ein ansehnliches Erbbestandgeld ansetzt, so daß der Kanon nicht so hoch ist, um nicht in jedem Falle sicher eingehen zu können.

(a) Eifrig gegen die Erbpacht v. Bujanovic's im Amtlichen Bericht über die Stuttg. landw. Versamml. S. 86.

§. 134.

Der öfter gemachte Vorschlag, nach längeren Zwischenzeiten, z. B. nach 33 oder 50 Jahren, eine Durchsicht der Erbpachtsbedingungen zu veranstalten, wobei nach Befinden der Umstände der Kanon erhöht werden könnte (a), hat Vieles gegen sich,

man a) bei der Zerschlagung Güter von einer, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Größe bildet, b) die Veränderung der Benutzungsart (*facies fundi*) dem Erpachter erlaubt, c) einen Theil des Kanons ablöslich macht, auch d) den Verkauf einzelner Grundstücke erlaubt, wobei ein verhältnißmäßiger Theil des Kanons auf den Käufer übergeht oder abgekauft wird. Im ersten Falle würde sich die Vererbpachtung in einen Verkauf gegen einen bloßen Grundzins umwandeln, der, wie alle ähnlichen Reallasten, für ablöslich erklärt werden müßte (II, §. 61.), dann aber nichts Nachtheiliges in sich enthielte, II, §. 57.

(a) J. B. Fog, Handb. III, 107. — Clussen, Beiträge z. e. Uebersicht d. National-Ind. in Dänemark, deutsch von Gliemann, S. 104. (1820.)

§. 136.

Die Erbpacht hat nach diesen Betrachtungen für Domänen (a) und zwar für ganze Hofgüter wesentliche Vorzüge. Nach den heutigen politischen Ansichten ist man allen Beschränkungen des Eigenthums so sehr abgeneigt, daß neue Erbpachtsverträge kaum noch zu Stande kommen werden und die vorhandenen Erbpachter das nur mit einem Grundzinse beschwerte Eigenthum erlangen; es kann demnach nur etwa der Verkauf gegen einen auf eine gewisse Zahl von Jahren unablöselichen Grundzins ausgeführt werden. Dies hat die Folge, daß man in vielen Fällen, wo man sich zur Vererbpachtung entschlossen haben würde, bei der Zeitpacht stehen bleibt. Wo der Erbpacht keine allgemeinen Gründe dieser Art entgegenstehen, da dienen folgende Regeln zu ihrer Ausführung:

1) Bei der Zerschlagung großer Güter sind, je nach den örtlichen Umständen, mittlere und kleine Bauerngüter zu bilden; damit es jedoch an Tagelöhnern nicht fehle, sind auch Familien mit so kleinen Landtheilen anzusetzen, daß sie genöthigt bleiben, Lohnarbeit zu Hülfe zu nehmen (b).

2) Man sucht die einzelnen Güter abzurunden (II, §. 97.) (c).

3) Wenn es an solchen Erbpachtlustigen fehlt, die aus eigenen Mitteln Wohnungen, Ställe und Scheunen zu erbauen vermöchten, so muß dies auf Rechnung des Staates geschehen,

wobei man dann die wohlfeilste Bauart, z. B. aus ungebrannten Lehmziegeln oder aus gestampfter Erde (Pisébau) vorziehen wird.

4) Die Erfahrung hat gezeigt, daß es gut ist, den Kanon sogleich bei der Bekanntmachung der Erbpachtsbedingungen festzusetzen und dann nur das Erbbestandgeld durch Versteigerung bestimmen zu lassen, weil sonst, wenn man Mehrgebote bei dem Kanon gestattete, leichter aus Unbedachtsamkeit übermäßig hohe Anerbietungen erfolgen (a).

5) Die Erbpachter haben keinen rechtlichen Anspruch auf Nachlässe, doch sollten dieselben bei großen Unglücksfällen bewilliget werden (§. 117).

- (a) Nicht für Privatpersonen, weil diese sich oder ihren Erben die Wahl einer anderen Benutzungsweise frei lassen sollten.
- (b) Z. B. von 1 Morgen, Vgl. Nöldechen, S. 100.
- (c) Ebend. S. 117.
- (d) Ramphöener, S. 2.

II. Waldungen.

§. 137.

In den meisten Staaten befinden sich seit früher Zeit so ausgedehnte Domänenwaldungen, daß die Regierung zur Bewirthschaftung derselben ein zahlreiches niederes und höheres Personal zu besolden hat (a). Dieser Forstbesitz der Regierung war ursprünglich mehr der Jagd als der Holznutzung willen geschätzt, diese trat aber später bei dem Steigen der Holzpreise in immer größerer Wichtigkeit hervor und wurde mit zunehmender Sorgfalt behandelt, wie sie denn auch in vielen Ländern eine ansehnliche Einnahme in die Staatscasse bringt. Man hielt indeß fortwährend die Domänenwaldungen auch aus volkswirthschaftlichen Gründen, um die Versorgung des Volkes mit Holz fortwährend zu sichern, für unentbehrlich und verwaltete sie zugleich mit Hinsicht auf diese Bestimmung. In der neuesten Zeit aber sind gegen die Staatsforstwirthschaft manche Einwendungen gerichtet worden. Daher müssen diese hier zuvörderst geprüft und es müssen die für die Veräußerung der Domänenwaldungen geltend gemachten Gründe (b) beleuchtet werden,

eine Betrachtung, die jedenfalls zur Erkenntniß verschiedener, in der älteren Forstpraxis begangener Mißgriffe dienen kann.

- (a) Beispiele: Baden hatte 1847 239 062 Morg. Domänenwald, — Baiern hat 2·624 303 b. Morgen (zu 0,⁹⁴ bad. M.), außerdem noch 54 004 M. Salinenwäldungen auf österreichischem Gebiete, — Belgien 30 943 Hekt. — Frankreich 1849 1·200 000 Hekt. (zu 2,¹¹¹ bad. M.). — Großbritannien gegen 60 090 acres (zu 1,¹²² bad. M.), — Hannover (1831) 914 072 kölnb. M. (zu 0,⁷²² bad. M.), — Gr. Hessen 342 000 M. (zu 0,⁶⁹⁴ bad.) — Nassau (1849) 144 000 M. (zu 0,⁶⁹⁴ bad.) — Oesterreich (1848, nach v. Pauer, S. 88) 3·530 452 Joch zu 1,598 b. M. — Preußen (1828) 7·528 650 M. zu 0,⁷⁰⁹ b. M. (Weber, Staatsw. Statistik, S. 401), dieselbe Zahl gibt auch Schubert, Handb. II, 177. (1849), — Sachsen 264 865 Acker (zu 1,⁸² b. M.), — Weimar, 145,000 M. (zu 0,⁷⁰² bad.) oder die Hälfte der Waldfläche. — Württemberg (1845) 581 033 M. (zu $\frac{1}{4}$ b. M.)
- (b) Früher v. Haggi und Trunf, neuerlich besonders: Roth, Handb. III, 134. — Pfeil, Grundsätze der Forstwirthsch. in Bezug auf die Rationalökon. u. die Staatsfinanzwiss., I, 324, womit aber in demselben Werke II, 19, 37 zu vergleichen sind. — Cordier, Agriculture de la Flandre française, S. 396 ff.

§. 138.

Der Verkauf der Staatsforsten ist aus folgenden Hauptgründen angerathen worden:

1) Die Beibehaltung von Wäldungen im Eigenthume des Staates sei zur Befriedigung des Holzbedürfnisses des Volks nicht nothwendig, denn die Bürger würden, wenn die Wälder in ihre Hände gelangt wären, dieselben schon ihres eigenen Vortheils willen gut behandeln und sich die hierzu erforderlichen Kenntnisse verschaffen, ohne daß deshalb Staatsforstbeamte unterhalten werden müßten.

2) Privateigenthümer würden dem Waldboden einen größeren Reinertrag abgewinnen, als ihn die Staatscasse bezieht, indem sie theils die zum Anbau fähigen und in Bezug auf das Holzbedürfniß entbehrlichen Waldgründe in Ackerland umwandeln, theils die beibehaltenen besser benutzen. Die Erfahrung zeige den niedrigen Ertrag der Staatswäldungen, dessen Ursachen in der Kostbarkeit des Personals, in dem geringeren Eifer besoldeter Verwalter, in der Vernachlässigung der Nebennutzungen und in der unvermeidlichen Schwerfälligkeit des Geschäftsganges liegen. Der Staat werde also im Vergleich

mit dem jetzigen Reinertrage einen sehr belohnenden Kaufpreis erhalten können (a).

(a) In Frankreich wurde aus ähnlichen Gründen durch das Ges. v. 25. März 1831, als man zu den Kriegsrüstungen eine Summe von 200 Mill. Fr. brauchte und nicht unter günstigen Bedingungen borgen zu können hoffte, der Verkauf von 300 000 Hekt. Staatswald beschlossen, in 5 Jahren zu beenden. On tremble, sagte Laffitte (Dep. R. 11. Febr. 1831), pour la conservation de cette masse de bois, parcequ'on suppose à tout le monde la volonté d'abattre et de défricher. Cette crainte n'est guère fondée. Presque tous les bois ont été convertis en taillis sous futaie (Mittelwald), pour être coupés tous les 20 ans. Ils sont devenus dès lors un revenu solide, régulier, facile à diriger, et qu'un grand nombre de propriétaires ont recherché avec empressement. Seit 30 Jahren seien nur 90 000 Hekt. ausgerodet und fast eben so viele neu angelegt worden. Die Staatsforsten tragen nur 2—2½ Proc. des mittlern Verkaufspreises; in etwa 20 Depart. bringen sie nicht einmal den Betrag der Administrationskosten ein, Humann, Commiss. Bericht, 24. Dec. 1830. — Man muß hierbei erwägen 1) die Mängel der französischen Forstwirtschaft, 2) die Vorzüge des Hochwaldes (I, S. 391.) und die in den vielen Nadelwäldern Deutschlands begründete Unmöglichkeit der Niederwaldwirtschaft. — Das Ergebnis des beschlossenen Verkaufs bis zum Jahre 1835 war dieses: Es waren veräußert 116 780 Hekt. für 114·297 000 Fr., der Anschlag war 107·032 000 Fr., also der Mehrerlös 7·264 000 Fr. Diese Waldungen hatten bisher 4·140 000 Fr. ertragen, wovon aber für Aufsichtskosten 143 600 Fr. abgingen, also war der reine Ertrag 3·996 400 oder 34 Fr. vom Hektar und 3½ Proc. des Erlöses. Die Grundsteuer, in welche die verkauften Waldstücke eintreten, ist 261 475 Fr. und entspricht zu 3½ Proc. einem Capital von 7·470 000 Fr. Schlägt man diese Summe zu obigen 114·297 000 Fr., so erhält man eine Einnahme von 121·767 000 Fr., welche 14·735 000 Fr. über den Anschlag ausmacht und wovon der bisherige Reinertrag 3,28 Proc. ist.

§. 139.

Diesen Sätzen müssen andere sehr erhebliche Erwägungen entgegengesetzt werden (a).

1) Die Forstwirtschaft hat in der Langsamkeit des Holzwuchses, in der Größe des stehenden Holzvorrathes (I, S. 389) und in der geringen Menge von Arbeit, die eine Waldfläche im Vergleich mit einer Feldflur oder einem Gartenbezirk beschäftigt (b), viel Eigenthümliches. Sie bietet für einen Unternehmungsgeist, der in kurzer Zeit durch Verbesserungen im Gewerbsbetriebe ansehnliche Gewinnste erstrebt, keinen günstigen Spielraum. Wer einen raschen Umsatz seines Capitals beabsichtigt, der wird durch die regelmäßige Benutzung eines Wal-

noch wenig eintragen, unbedingt erhalten werden müssen, was immer am leichtesten von der Regierung geschehen kann (b). Demnach ist eine volkswirthschaftlich nützliche Forstwirthschaft am besten dadurch zu bewirken, daß ein Theil der Waldungen fortwährend im Eigenthume des Staates bleibt.

(a) Schenk, S. 192. Daß reiche Gutsbesitzer, besonders wenn sie lebhaft auf die Erhaltung des Wohlstandes in ihrer Familie bedacht sind, auch Gemeinden öfter neue Waldungen anlegen, zeigt die Erfahrung. Aber von den mittleren und kleineren Grundeigenthümern ist dieß wenig zu erwarten und am wenigsten die Aufzucht hochstämmiger Forsten. — In Schottland sind allerdings seit der Ermahnung Sam. Johnsons (1773) viele neue Waldanlagen gemacht worden (Riemann, Waldberichte, I, 428), aber man muß auch die hohen Preise des Bau- und Nutzholzes in Großbritannien bedenken.

(b) Pfeil, II, 42. — Es gibt viele Beispiele von Landstrichen, die durch Verwahrlosung der Wälder verödet sind. Hundesh. F. Pol. S. 97.

§. 141.,

3) Zwar spornt der Erwerbseifer in der Regel zur Erlangung von Gewerbekenntnissen an; allein in der Forstwirthschaft ist dieß unter den gegenwärtigen Umständen noch nicht der Fall. Die Folgen früherer gänzlicher Vernachlässigung der Holzzucht erstrecken sich noch auf solche Zeiten fort, wo schon eine bessere Pflege der Waldungen wünschenswerth geworden ist, und der geringere Reiz, den dieses Gewerbe für den Unternehmungsgeist darbietet, hält auch von dem Streben nach Belehrung ab. Späterhin, bei noch mehr angewachsener Bevölkerung, höheren Holzpreisen und noch stärkerer Capitalanhäufung mögen sich vielleicht Privatpersonen häufig dem Studium der Forstwissenschaft widmen, aber jetzt ist dieß noch so selten der Fall, daß gründliche Kenntnisse und reife Erfahrung sich fast nur in Staatsforstbeamten fortpflanzen (a).

4) Diejenigen Waldungen, deren Boden baufähig und bauwürdig ist und deren Ertrag weder zur inländischen Verzehrung (bei holzsparenden Einrichtungen) nöthig ist, noch mit Vortheil ausgeführt werden kann, sind entbehrlich und sollten allmählig dem Feldbaue übergeben werden. Solche Rodungen werden zwar von den Privatwaldbesitzern eifrig genug unternommen, wenn sie einträglich sind, allein bei sehr ausgedehnten

Staatswäldungen sollten sie auch von der Regierung nicht verabsäumt werden, mit guter Auswahl der zuerst urbar zu machenden Stellen (b). Manche Vorwürfe, die man der Staatsforstwirtschaft machte, entsprangen gerade daraus, daß diese nicht sich selbst beschränken und das Bedürfniß eines fortschreitenden Anbaues berücksichtigen wollte.

(a) Lob der „rationellen“ deutschen Forstwirtschaft, mit Durchforstungen und periodischem Hieb, die auf den Hektar 6—8 Ster Holzertrag jährl. zu Wege bringe (in Frankreich nur 4—5 St., d. h. p. bad. Morgen 80—106 und 40—66 Cub. F.), von Maissiat, Franz. Nation.-Vers. 4. Dec. 1848.

(b) Regeln für die Anlage von Waldcolonien bei v. Jakob, I, S. 235. 249. — Waldcolonien im bad. Murgthal, doch hauptsächlich zum Unterhalte von Holzhauern; sie kosten gegen 1300 fl. jährl. Unterstützung.

§. 142.

5) Die behauptete Unergiebigkeit der Staatsforsten im Vergleich mit den Privatwäldungen (S. 138.) ist zwar in vielen Fällen nicht zu bestreiten, aber sie kann zum Theile beseitigt werden, insofern sie von zu verwickelter und kostspieliger Verwaltung (a) oder mangelhaften Bewirtschaftungsgrundsätzen, namentlich bei dem Verlaufe herrührt, zum Theile gereicht sie der Staatsforstwirtschaft nicht zum Tadel, insofern sie aus einer der folgenden Ursachen herfließt;

a) von den vielen auf den Staatswäldungen ruhenden Lasten, denen die Privatwäldungen weniger unterworfen sind z. B. Holzabgaben, Weideservituten, Pfarrbesoldungen u. dgl. (b). Man muß also den Reinertrag einer Waldfläche überhaupt und den hievon in die Staatscasse fließenden Theil unterscheiden. Was an Berechtigte gelangt, ist kein Verlust für das Volkseinkommen;

b) von dem Umstande, daß die ergiebigeren, näher an den Ortschaften gelegenen Wäldungen eher von Gemeinden und Einzelnen in Besiz genommen wurden und daher viele entlegene Wälder, auf Felsgrund, im Innern der Gebirge u. dem Staate verblieben, dem sie schon wegen der Kostbarkeit des Fällens und Fortschaffens wenig einbringen (c);

c) von den großen, in den ausgedehnten Wäldungen mit

für dasselbe (37 400 fl.), 1 fl. 2, 8 kr. für Bewirthschaftung, Gränzberichtigung zc. (530 000 fl.), zusammen 1 fl. 49, 8 kr.

In Baiern 1837—42, ebenfalls auf den bad. Morgen: 28, 8 kr. Kosten des Personals und der Gebäude (962 700 fl.), 29, 2 kr. Kosten des Betriebs (977 000 fl.). Großh. Hessen, A. 1845—47 auf den bad. Morgen: 8, 8 kr. Forstinspektoren (34 904 fl.), 23, 2 Revierförster (93 184 fl.) 1 fl. 13 kr. Waldbhut, Culturen, Holzfällen zc. (291,571 fl.), zusammen 1 fl. 45 kr.

- (b) H u n d e s h a g e n, Enc. II, S. 781. — Auf den bad. Domänenwaldungen lagen im J. 1820 120 533 fl. Reallosten. v. K e t t n e r, Darstellung d. bad. Forstadminist., S. 19. Karlsruhe, 1820. Die unentgeltlichen Abgaben von Holz an Berechtigte und der Verlust aus Holzabgaben um geminderten Preis wurden früherhin nicht in die Hauptgeldrechnung, nämlich in den Rohertrag und die Ausgaben, aufgenommen. Für 1829 berechnete man diese, der Einnahme und Ausgabe beizuschlagende Summe auf 90 300 fl., s. Verhandl. d. I. Kammer von 1833, Beil. IV, 87 (von R a u). In den Jahren 1837 und 38 (N.) betrugen die Leistungen an Berechtigte im D. noch 49 144 fl., wovon aber die Gegenleistungen der letzteren mit 6841 fl. abzugiehen sind. Anschlag für 1848: Ausgabe durch Berechtigungen 31 597 fl., Gegenleistungen 3739 fl., Rest 27 858 fl. oder 17 Proc. des Rohertrags der Waldungen. — In Baiern müssen (nach R u d h a r t, III, 45) 15 1/2 Proc. des ganzen Holztrages an Berechtigte unentgeltlich, 15 1/2 Proc. vertragmäßig um niedrige Preise abgegeben werden. Während der mittlere Gesamtertrag an 1/2 Klafter (0, 42) vom Morgen ist, kann demnach nur 1/2 Klafter frei verkauft werden. Es waren 1837 schon 67 500 Klafter Bau- und Nutzholz- und 520 000 Klafter Brennholzabgaben anerkannt, und die streitigen Gerechtsame sollten nicht viel weniger betragen. Neuerlich wird die Einbuße durch unentgeltliche Abgabe und geminderte Preise auf 1 015 600 fl. angeschlagen, durch deren Hinzufügung der Reinertrag um 31 Proc. erhöht wird; s. Die Forstverwaltung Baierns, M. 1844. — In Württemberg sind für 1842—45 geschätzt die Abgaben von Bau- und Nutzholz zu 30 336 fl., von Brennholz zu 134 535 fl., wovon 1582 fl. Gegenleistungen abgehen, also reine Ausgabe 163 290 fl. oder 5, 8 Proc. des rohen Waldertrages. — Gr. Hessen, 1845—47: 82 873 fl. Grundlasten oder 6, 2 Proc. der Einnahme. — In Hannover (U b b e l o h d e, S. 67 ff.) war um das J. 1831 der Erlös aus Holz gegen 400 000 Rthlr., dazu kamen aber 1) die Naturalabgabe an Berechtigte, 108 000 Rthlr., 2) die Holzdeputate an Beamte, Geistliche zc., 40—50 000 Rthlr., 3) der Verlust durch Abgabe aus Gnadenbewilligungen um geminderten Preis, 30—40 000 Rthlr., so daß dem Rohertrage 188 000 Rthlr. beizusetzen wären. Demnach belaufen sich die Lasten auf 32 Proc., wobei indeß der Rohertrag schon nach Abzug des Pauer- und Fuhrlohns angeschlagen ist. — Auch in Frankreich begann die Verkümmernng des Forstertrages durch Holzbewilligungen u. dgl. sehr frühe und fand in der Geringschätzung des Holzes bei dem Ueberflusse an Wald eine Begünstigung. Schon eine französische Ordennanz von 1378 klagt, die ansehnliche Einnahme aus Staatsforsten sei durch solche Schmälerungen réduit comme à néant. Pastoret, Ordonnances des rois de la Fr. XV, 35 in der Vorrede.

- (c) Vgl. R u d h a r t, III, 47. — In Baiern befinden sich in den Staatswaldungen noch manche Stellen, wo das Holz nicht benutzt wird,

weil es unzugänglich ist oder weil der Erlös die Kosten nicht vergüten würde. Verhandl. d. K. d. Abg. v. 1837, Beil. IX, 126.

- (d) **Hundeshagen**, II, 778. — Der 22 000 Morgen große Sachsenwald im Fürstenthume Lauenburg hat 5000 Morgen Blößen, das Amt Schwarzenbeck 7200 M. Blöße auf 24 725 M. Wald. **Niemann**, Waldberichte, I, 523. — In den bayerischen Staatswaldungen sind außer den 2·259 000 M. wahrer Waldungen 375 175 M. Dedung begriffen, wovon $\frac{1}{3}$ benützt werden könnte, $\frac{2}{3}$ aber unbrauchbar sind. — In Hannover sollen nach **Ubbelohde** unter den im Jahre 1831 vorhanden gewesenen 914 043 kalenb. Morgen $\frac{1}{3}$ in Blößen bestanden haben.

Aus diesen Gründen kann man aus der Vergleichung des Reinertrages, den die Staats- und Privatwaldungen abwerfen, nicht ohne die genaue Berücksichtigung aller Umstände allgemeine Folgerungen ableiten. Beispiele:

Baden, (U) für 1848 ohne die Jagd 1·564 020 fl. Holztrug, 50 961 fl. Nebennutzungen, 13 494 fl. Schadenersatz und Strafantheil, 6082 fl. Verschiedenes, 1·634 557 fl. ganze Einnahme, 579,570 fl. Kosten, nach Abzug des auf die anderen Waldungen kommenden Antheils (a), 69 530 fl. Lasten, 985,457 fl. Reinertrag, oder 4 fl. 7,² fr. vom Morgen, und mit Einschluß des an Berechtigte Abgegebenen (31,597 fl.) 4 fl. 15 fr. — Revidirter Anschlag für 1849: 1·208 189 fl. Holztrug, 48 008 fl. Nebennutzungen, 12 448 fl. Strafantheil, 7128 fl. Verschiedene G., 1·275 773 fl. ganze Einnahme; 568 100 fl. Kosten, 66 494 Lasten, 641 179 fl. reiner Ertrag.

Baiern, 1844 (ohne die Jagd) 6·105 000 fl. Geldertrag = 2,⁸² fl. bad. M., 2·879 000 fl. Kosten oder 42,³ Proc., 3·226 000 fl. rein = 1,⁵¹ fl. bad. M., dazu 1·015 600 fl. Verlust durch Berechtigungen, also 4·241 600 fl. ganzer Reinertrag des Waldes = 1,⁹⁸ fl. bad. M. Hierbei ist der Mindererlös von 450—500 000 fl. wegen der unter dem Marktpreise stehenden Lizenzen nicht eingerechnet. Unter den Kosten sind 1·014 963 fl. für das Personal, 818 045 fl. für Fäuen und Fortschaffen, 218 450 fl. für Culturen, 345 401 fl. für das Flößen (Triften) und die Holzmagazine.

Belgien, 1840 536 536 Fr. Einnahme = 17 $\frac{1}{3}$ Fr. p. Hekt. = 2 fl. 54,⁶ fr. p. M. (nämlich auf dem Stamme). 73 470 Fr. Kosten des Personals, 2,²⁷ Fr. p. Hekt. = 24 fr. p. M. 33 000 Fr. Culturen u. a. Kosten, 106 470 Fr. Ausgaben = 3,⁴⁴ Fr. p. H. = 35 fr. p. M. 430 066 Fr. rein = 13,⁹ Fr. = 2 fl. 12 fr. p. M. (Der Anschlag der Personalkosten auf die Waldungen des Staats, der Corporationen etc. im Budget für 1839, S. 239.)

Dänemark und die Herzogthümer, 1844 R. 562 607 Rthlr. ganze Einnahme, 316 993 Rthlr. baare Ausgabe, = 56 Proc. 69 291 Rthlr. Betrag der Holzabgaben, = 12,² Proc., 176 323 reine Einnahme, = 31,² Proc.

Frankreich, U. 1844. (Budg. G. 169. 878.) 33·341 000 Fr. Rohertrag, 33 $\frac{1}{3}$ Fr. auf den Hektar oder 5 fl. 24 fr. auf den bad. M. 5·562 676 Fr. Kosten = 5,⁵⁶ Fr. p. Hekt. = 56,⁴ fr. p. b. M. 27·778 324 Fr. rein = 27,⁷⁸ Fr. p. Hekt. = 4 fl. 40 fr. p. b. M. Berechtigungen sind hier nirgends eingerechnet. Der geringe Verlauf der Kosten erklärt sich theils aus dem Verkaufe auf dem Stamme, theils aus dem schwachen Personal. Für 1837 war der Reinertrag nur auf 20 Fr. v. H. angeschlagen, sowie auch **Chaptal** (De l'industr. franc. I, 218) für den Hektar aller Waldungen in Frank-

- a) die baufähigen, in der Nähe von volkreichen Ortschaften liegenden, besonders wenn diese zu kleine Gemarkungen haben und deshalb Mangel an Beschäftigung für ihre Feldarbeiter empfinden,
 - b) die kleinen zerstreuten, mühsam zu beaufsichtigenden, dem Diebstahl am stärksten ausgesetzten Gehölze (a);
 - 3) Auch Ankäufe von Waldungen oder von solchen Ländereien, die zur Anlegung neuer Wälder passen, sind zweckmäßig, wenn sie um billigen Preis geschehen und wenn dadurch eine zusammenhängende, leicht zu hütende Waldfläche erlangt wird (b).
 - 4) Bei der Bewirthschaftung der beizubehaltenden Staatswaldungen muß die beste und nachhaltige Befriedigung des Holzbedürfnisses der Bürger und zugleich die größte reine Einnahme für die Staatscasse beabsichtigt werden.
- (a) Aus beiden Gründen sind in Baiern 140 000 Morgen zum Verkaufe bestimmt worden. 25 000 Morgen davon wurden zu 900 000 fl. geschätzt und für 1 Mill. verkauft. Rudhart, III, 43. Viele Verkäufe und Ankäufe in Baden, von denen die Berichte des landständischen Ausschusses einige Nachricht geben.
- (b) Vorzüglich zweckmäßig ist es, ödes Land auf Bergen zu erwerben und darauf Wald anzulegen, wobei dann später Waldungen auf tieferen Ebenen entbehrlich werden, vorausgesetzt, daß es an Gelegenheit zur Versendung nicht fehlt. In Frankreich sind $1\frac{1}{4}$ Mill. Hektar Waldgrund an Abhängen etc., welche erst wieder neu zu Wald angelegt werden müssen.

§. 144.

Um die Verwaltungskosten zu ersparen und den Erwerbseifer von Privatunternehmern zu Hülfe zu rufen, hat man neuerlich die Vererbpachtung von Waldungen in Vorschlag gebracht, gegen einen in Holz angesetzten Erbzins und ein für den stehenden Holzvorrath Sicherheit gewährendes Erbbestandgeld (a). Zwar würde ein Erbpachter bei mancher Nutzung und Ausgabe noch wirthschaftlicher zu Werke gehen, als ein Theil der Staatsforstbedienten, allein jene Einrichtung ist auch wieder erheblichen Bedenken ausgesetzt:

- 1) Man müßte über den Pächter genaue Aufsicht führen, um ihn an der unnachhaltigen Behandlungsweise des Waldes zu verhindern, es wäre also dennoch ein vom Staate an-

gestelltes Personal unentbehrlich und die hiedurch notwendige Beschränkung würde die Concurrenz der Erbpachtlustigen sehr einengen. Nur beim Niederwalde, wo einzelne, von Jahr zu Jahr haubar werdende Schläge abgegränzt werden können, wäre die Besorgniß eines fehlerhaften Verfahrens schwächer und man brauchte nur ein mäßiges Erbbestandgeld zu fordern;

- 2) Der Erbpachter kann wenig andere erhebliche Verbesserungen im Forstbetriebe vornehmen, als die auch von der Staatsforstverwaltung ausgeführt werden können; er gewinnt dagegen ansehnlich zum Nachtheil der Staatscasse, wenn mit dem Steigen der Volksmenge die Holzpreise sich beträchtlich heben (b).

Demnach scheint die Wererbpachtung, für welche es fast gar keine Erfahrungen giebt (c), und welche bei Hochwaldungen offenbar unausführbar sein würde, auch bei anderen Wäldern keine Empfehlung zu verdienen.

- (a) Zuerst v. Jakob, I, §. 270 ff. — Pfeil, II, 24. 39 (ist nur unter manchen Einschränkungen für diese Maaßregel). — v. Seutter, Domänenbenutzung, S. 66. — Hundeshagen, Encyclop. II, §. 787, hatte den Verkauf an Gemeinden oder Majoratsbesitzer gegen Erbzins in Geld oder Holz gerathen.
- (b) Jakob will daher die Erbpacht erst, wenn der Holzpreis schon hoch ist, §. 271, v. Seutter umgekehrt bei Wäldern, die die Kosten nicht decken.
- (c) Ein sehr ungünstig ausgefallener Versuch wurde von der vormaligen kurkölnischen Hofkammer im jetzigen fürstl. orenbergischen Gebiete gemacht. Da die Erbpachter den Vertragsbedingungen zuwider die Wälder verließen, so wurden die Waldtheile von der Herrschaft wieder eingezogen. Nur noch 3 Erbpachter sind im Besitze. Sie entrichten beim Wechsel desselben ein geringes Laudemium und jährlich einen sehr geringen Canon, der von 25 Schoaren zu 95 rhein. L. Nutzen (23 pr. Morg.) nur 6 fl. 18 kr. beträgt, während der Boden allein sicher eine Rente von 28 fl. einbringen würde. (Privatmittheilung.)

§. 145.

Die Grundsätze der Staatsforstverwaltung (a) betreffen theils die Personen, die zur Bewirthschaftung der Domänenwaldungen mitwirken sollen und deren Verhältniß zu einander (Organisation der Staatsforstwirthschaft), (b) theils die Geschäfte. In der ersten Hinsicht sind der Natur der Sache nach folgende Wirkungskreise zu unterscheiden:

1) das untergeordnete, beschützende Personal (Forstwärter, Waldhüter, Waldschützen etc.), bei welchem nur Schulkenntnisse und erprobte Redlichkeit erforderlich sind. Dasselbe muß aber zahlreich genug sein, um alle Frevel und Störungen zu verhüten (c).

2) das unmittelbar bewirthschaftende Personal (Bezirks- oder Revierförster), dem man, so wie es sich mehr und mehr Kenntnisse angeeignet hat, auch eine freiere und ausgedehntere Thätigkeit anweist (d) und dessen Eifer durch einen zugesicherten Antheil am erhöhten Ertrage befördert werden kann (e);

3) das oherauffehende Personal. Zunächst über den Förstern steht der Forstmeister, oder an dessen Stelle der einem größeren Amtsbezirke vorgesetzte, die einzelnen Reviere öfters bereisende Forstinspector; diese sind wieder einer Landes- oder Provincial-Forstbehörde untergeben (f). Da die Oheraufsicht über die Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen ganz außerhalb der Finanzgeschäfte liegt und ganz frei von finanziellen Rücksichten ausgeübt werden muß, so sollte sie unter der zur Volkswirthschaftspflege verordneten Oberbehörde (Ministerium des Innern etc. II, §. 7.) stehen; doch wäre es gut, zwischen beiden forstlichen Oberbehörden eine solche Verbindung herzustellen, daß Reibung verhütet, nach gleichen technischen Grundsätzen gehandelt und in die beiderseitigen Maaßregeln Uebereinstimmung gebracht wird;

4) die Besorgung der baaren Einnahmen und Ausgaben (Forstcassenwesen), die am besten von dem technischen Forstdienste getrennt und einem besonderen Forstcassier oder einem Domänenverwalter übertragen wird.

(a) Man begreift unter Staatsforstwissenschaft (Forstdirectionslehre) alle Regeln, nach denen die Regierung sowohl in finanzieller Hinsicht, als aus dem Gesichtspunct der Volkswirthschaftspflege und Sicherheitspolizei sich der Forstwirthschaft anzunehmen hat. Beide Arten von Regeln sind in den vorhandenen Schriften öfters nicht scharf genug von einander getrennt. Vgl. v. Burgsdorf, Forsthandbuch 2ter Band 1805. (3te A.) — Partig, Grundsätze d. Forstdirection, 1813. 2te A. = Meyer, Forstdirectionslehre, 2te A. 1822. — Laurov, die Forstdirection, 1824.

— Pfeil, a. a. D. — v. Webekind, Anleit. zur Forstverwaltung und zum Forstgeschäftsbetriebe. Darmst. 1831.

- (b) Hartig, Grundzüge zu einer zweckmäß. Forstorganisation, in dessen Abhandlungen über interess. Gegenst. beim F. u. Jagdwesen, Berl. 1830. S. 1. — Hundeshagen, F. Pol. S. 314. 321.
- (c) Waldhüter aus dem Bauernstande sind wohlfeiler, aber in Hinsicht auf Unparteilichkeit im Anzeigen der Frevler nicht so zuverlässig, als angehende Forstmänner. Die zur Anfeuerung des Eifers dienenden Anzeigegebühren sind in Baden durch das Forstgesetz von 1835 aufgehoben worden, weil sie die Glaubwürdigkeit der Aussage des Waldhüters schwächen, ebenso in Oesterreich seit 1828, doch gegen Zusicherung einer Belohnung für eifrige Waldbeger, was sehr zweckmäßig ist; v. Malinkowski, I, 22. — Baden hat 362 Domänen-Waldhüter, welche g. 82 000 fl. kosten, also 1 auf 671 Morgen und für 226 fl., — Württemberg 75 Forstwärte zu 300 fl., 508 Waldschützen zu 135 fl., dazu kommen 23 595 fl. Anzeigegebühren u. 14 158 fl. außerordentlicher Aufwand für den Forstschuß. Obige Zahl beider Classen von Aufsehern giebt 997 würt. = 873 bad. M. auf jeden. — Frankreich 1844 2954 Forsthüter (wovon ein Theil beritten), also 1 auf 338 Hekt. = 936 bad. M. Gehalt 500 Fr.
- (d) Vgl. Papius, Ueber die Bildung des Forstmannes, 1823. Ehemals war der Revierförster nur der Gehülfe des Oberförsters, dem die eigentliche Bewirthschaftung oblag; so nach Hartig a. a. D. — Neuerlich ist in mehreren Staaten den Bezirksförstern ein so ausgedehnter Wirkungskreis übertragen worden, daß den Forstmeistern ein großer Theil der Geschäfte abgenommen werden konnte. Der Bezirksförster ist auch zur Witaufsicht in Privatwaldungen bestellt. Baden hatte 1847 82 mit 800—1100 fl. Besoldung, also 1 auf 2914 M. Domänenwald; die Aufhebung der grund- und standesherrlichen Forstämter zog 1848 die Anstellung von 10 weiteren Bezirksförstern nach sich. Die höchste Besoldung eines solchen geht jetzt bis 1200 fl. Württemberg 172, also 1 auf 3777 würt. = 2955 bad. M.; Sachsen nach der B. v. 23 Febr. 1831 132 zu 1964 M. = 3000 bad. M.; Frankreich 1844 131 inspecteurs und 101 sous-inspecteurs, oder 1 auf 4310 Hekt. = 11 938 bad. M. 1848 wurden die inspecteurs auf 85 vermindert!
- (e) Pfeil, II, 57.
- (f) In Baden ist 1832 die Forstcommission aufgehoben und ihr Geschäftskreis mit der Direction der Bergwerke und Salinen verbunden worden. Noch natürlicher ist es, in kleineren Staaten nur eine einzige Domänenbehörde zu haben, welche für die Forstsachen einen oder einige Rätthe vom Forstfache besitzt. 1849 wurden die Forstämter aufgehoben und durch 5 Forstinspectoren ersetzt. Es waren hier bisher 15 landesherrliche (neben 7 standesherrlichen) Forstmeister (1 auf 16 240 M. Domänenwald). Württemberg hat 26 Oberförster (1 auf 19 530 b. M.), Frankreich 32 conservateurs, also 1 auf 31 250 Hekt. = 86 562 M.; Beschluß v. 1848 nur 21 cons.

§. 146.

Uebersicht der Geschäfte des Domänenforstwesens.

I. Forststatistik. Zur Grundlage der Bewirthschaftung dient die genaue Kenntniß der Domänenwaldungen, welche durch

§. 147.

III. Die Anlegung neuer Waldungen durch Saat oder Pflanzung (Culturen) setzt, wenn sie nicht bloß zur Ausfüllung einzelner Blößen bestimmt ist, die Erwägung voraus, ob die Kosten sich hinreichend durch den künftigen Holzertrag belohnen werden. Sie ist vorzüglich auf Stellen zweckmäßig, die sich zu einer anderen Benutzung weniger eignen, zumal wenn zugleich für leichten Holztransport gesorgt wird. Solche Unternehmungen geben einen Ersatz für die Rodungen des zum Anbau dienlichen Waldgrundes.

IV. Forstschutz. Die Waldungen müssen vor allen nachtheiligen äußeren Einwirkungen bewahrt werden, diese seien nun Naturereignisse oder menschliche Handlungen, aus Unachtsamkeit oder aus rechtswidriger Absicht entsprungen. Während die Untersuchung und Bestrafung der Waldfrevel den Gerichten nicht entzogen werden darf, sind die unmittelbaren Gegenanstalten zur Verhütung aller jener Beschädigungen, insoferne sie nicht von dem einzelnen Forstwirthe getroffen werden können, sondern die Mitwirkung der Staatsgewalt erfordern, ihrem Wesen nach polizeilicher Art (II, §. 6.), jedoch müssen sie, wegen des Zusammenhanges mit den übrigen Forstgeschäften, dem Forstpersonal übertragen werden (a). Der Reiz zum Holzdiebstahl steigt mit den Holzpreisen, mit der Zerstörung der Gemeindewaldungen und der Bedrängniß der dürftigen Lohnarbeiter. Würde man ihm nicht eifrig entgegenwirken, so würden die Staatswaldungen durch die Angriffe der Holzfrevler eine starke Ertragsverminderung erleiden (b). Gute Aufsicht, schnelle Bestrafung und die Auswahl zweckmäßiger Strafarten, Einfluß des Schulunterrichtes (c), Unterstützung der Dürftigen mit Brennholz (d), gute Bewirthschaftung der Gemeindeforsten u. dgl. sind die wirksamsten Verhütungsmittel (e).

(a) Ueber den Forstschutz s. besonders Hundeshagen, §. Polizei, S. 120. — Pfeil, Forstschutz und Forstpolizeilehre, Berlin, 1831.

(b) Zahl der Frevelfälle in Baden: D. 1835—37 225 079, D. 1841—44 283 709. Das Max. im J. 1842, nämlich 330 828. Auf die Demänenwaldungen kamen 1845 78 246 Frevel, davon 50 062 an Holz, 15 736 an der Streu. Verordn. Blatt, 1846, Nr. 12. 16. — In Rheinbaiern, 18³⁸/₃₉, 143 774 Frevel, welche 86 664 Tage Gefäng-

nistrafte nach sich zogen. — Preußen, 1837, 229 703 gerichtliche Frevelfälle, ohne die peinlichen und polizeilichen; hier kommen im Durchschnitt auf 3 Fälle 10 Personen. Borchardt (Der Holzbiebstahl, Berlin, 1842, S. 91.) sucht hieraus und aus der Annahme, daß von 3 Frevlern nur einer entdeckt wird, den Verlust zu berechnen, den die Waldeigenthümer erleiden, und schlägt ihn jährlich auf 2 Mill. Rthlr. an, indem er den verlorenen Zuwachs durch einstweiliges Leerbleiben der Stelle dem Betrage des entwendeten Holzes gleich setzt.

- (c) Die Vorurtheile der Menge, welche den Holzbiebstahl als nicht schimpflich darstellen, stammen vielleicht aus einer dunkeln Erinnerung an die Vorzeit, wo die Wälder noch Gemeingut gewesen sein mochten, oder wenigstens nicht alle occupirt waren. Doch kommen schon sehr früh Strafgesetze vor. Vergl. Stiffer, Forst- und Jagdgeschichte der Deutschen, Cap. II, S. 24 ff.
- (d) Auch Verkauf von Werkholz in kleinen Quantitäten an Holzarbeiter, damit diese nicht zu stehlen brauchen. Vergl. S. 150, a.
- (e) Niemann, Waldberichte, II, 2. — Pfeil, Grundsätze, II, 558. Dess. Forstschutz, S. 203—231. — Hundeshagen, Forstpolizei, S. 132. — Borchardt a. a. D.

§. 148.

V. In Ansehung der auf den Staatswaldungen lastenden Dienstbarkeiten (Servituten) treten dieselben Grundsätze ein, welche bei Privatwaldungen zu befolgen sind, II, §§. 73—75. 161—163. Die Beholzungsrechte sind für die Bewirthschaftung weniger nachtheilig und können durch Abtretung eines angemessenen Waldstückes abgelöst werden, die Weide- und Streubenußung (a) aber führt einen Widerstreit des forstwirtschaftlichen Interesses mit dem landwirthschaftlichen herbei, weil eine der Holzzucht willen wünschenswerthe Einschränkung oder Ablösung dieser Nebennutzungsrechte für die Landleute in walcreichen Gegenden sehr lästig sein und überhaupt volkswirthschaftlich schädlich werden könnte (b); auch sind die befürchteten forstlichen Nachtheile der Waldweide keinesweges in allen Fällen vorhanden. Man muß daher diese „Purification“ der Staatswaldungen nur mit Vorsicht betreiben und darauf hinwirken, daß da, wo jene Nebennutzungen noch jetzt für die Landwirthe Bedürfniß sind, durch land- und forstwirtschaftliche Verbesserungen eine Gewinnung des Futter- und Streubedarfes ohne Beeinträchtigung des Holzwuchses möglich werde (c). Bei den Beholzungsrechten muß

- 1) ihr Umfang genau ermittelt und eine Ausdehnung auf

Kosten der Forstcasse verhütet werden, so daß z. B. neue Ansiedelungen nicht an den Rechten der älteren Häuser Antheil nehmen,

2) darauf geachtet werden, daß die zu einem gewissen Zwecke abgegebenen Hölzer auch wirklich zu demselben verwendet werden, z. B. daß das zu einem Bau bestimmte Holz innerhalb einer gewissen Frist verbaut wird, vorbehaltlich einer Nachsicht unter besonderen Umständen.

(a) In Baiern tragen manche Staatswaldungen wegen der übermäßigen Streubenußung nur $\frac{1}{2}$ oder gar nur $\frac{1}{10}$ Klafter jährlich, während der Durchschnittsertrag ohne Stockholz und Wellen $\frac{1}{2}$ Kl. beträgt. (Die Klafter = 126 C. F. oder 90 C. F. Holzmasse.)

(b) Vgl. Stöckar von Neuforn, Finanzwiss. I, 335. — Hundeshagen, Die Waldweide und Waldstreu, 1830. Dess. Forstpol. S. 152. — Hartig, Beitrag zur Lehre von Ablösung der Holz-, Streu- und Weid-Servituten, 1829. S. 41. 62. — Pfeil, Forstschuß, S. 232. Dessen Anleitung zur Ablösung der Waldservituten, 2. Ausg. 1844. — Stühr, Ueber die Abfindung der Hütungsberechtigten in den Forsten, 1834. — Das Streusammeln in den Staatsforsten ist häufig ohne erweisliche Verbindlichkeit, bloß als precarium gestattet, aber selbst dann würde die plötzliche Abschaffung nicht zu billigen sein.

(c) Erweiterung des Futterbaues, Anlegung von Weideplätzen mit Kopfholz, Erdstreu u. dgl. — Versuch einer Berechnung des, aus dem Wegnehmen der Waldstreu für den Holzwuchs entstehenden Nachtheils von G. W. v. Wedekind, in dessen R. Jahrb. der Forstkunde, XV, 15 u. im Amtl. Bericht über die landw. Versamml. zu Karlsruhe im J. 1838, S. 188. Der Vf. schlägt vor, die unentgeltliche Streuabgabe sehr zu beschränken und dagegen die den Gemeinden aus Berechtigungen gebührende Streumenge zu Gunsten der Mitglieder zu versteigern, weil nur hiedurch eine sparsame Benutzung der Streu bewirkt werden könne.

§. 149.

VI. Verwendung. Der Erlös aus dem zum Verkaufe bestimmten Theile des Holzerzeugnisses kann durch folgende Maassregeln vergrößert werden:

1) Herstellung guter Verkehrsmittel, wohin insbesondere Waldwege, Holzleitungen und Floßanstalten gehören, II, §. 166. In neuerer Zeit ist durch Anlegung guter Fahrwege, wenn gleich mit ansehnlichen Kosten, viel Vortheil bewirkt worden (a).

2) Sorgfältiges Ausschuchen der zu verschiedenen besonderen Verwendungen dienlichen Holzsorten (Sortimente), welche dann weit höher verkauft werden können, als Brennholz. Dahin gehören Bauholz (b) Sägeflöße, Werkholz, welches ganz oder

gespalten von Wagnern, Holzschnitzern, Drechslern, Wölbhauern, Büchsenhäftlern, Siebmachern, zur Maschinenfabrication, zu Hopfenstangen u. s. w. gebraucht wird (c);

3) Ermunterung zur Errichtung holzverzehrender Gewerke, falls nämlich noch auf lange Zeit hinaus ein Ueberfluß von Holz vorhanden ist, für den sich keine bessere Verwendung zeigt; Köhlereien, Sägemühlen, Glas- und Porzellanöfen, Theeröfen und ähnliche Unternehmungen, die jedoch wo möglich nicht vom Staate selbst betrieben werden sollten.

(a) Im franz. Dep. Aude soll jährlich noch eine Mill. Nadelbäume aus Mangel an Abfuhrwegen verfaulen, vgl. S. 142 (c).

(b) Insbesondere erfordert der Schiffbau vielerlei eigenthümlich gestaltete Hölzer. Die mit gehöriger Kenntniß vorgenommene Sortirung ist ein sehr ergiebiges Geschäft. Krause (Compend. d. niederen Forstwissensch. S. 253) berechnet, daß die Krone einer Eiche, die als Brennholz $1\frac{1}{2}$ Mthlr. einbringen würde, zum Schiffbau für 8 Mthlr. verkauft werden kann. Ein zu Sägelögen verwendeter Baumstamm bringt schon ungefähr dreimal so viel ein, als wenn er in Scheite zerspalten wird.

(c) Das ehemalige Magazin von allen Sorten Nutholz zu Rotenfels im Nurgthal (Medicus, Forsthandbuch, S. 648.) hat sich nicht als vortheilhaft erwiesen.

§. 150.

VII. Bei dem Verkauf des Holzes muß man, wenn bloß auf den Vortheil der Staatscasse gesehen wird, die Erzielung des höchsten möglichen Erlöses als Regel aufstellen. Es verdient jedoch die ganz entgegengesetzte Anforderung untersucht zu werden, die man an die Staatsforstwirthschaft aus einer volkswirthschaftlichen Erwägung richtet, daß nämlich die hergebrachte Holzabgabe für einen geminderten Preis an Einzelne fortgesetzt, oder eine solche auch wohl neu eingeführt werde. Man beruft sich hierbei auf die lästige Störung, welche eine schnelle Erhöhung der Holzpreise auf den Haushalt unbegüterter Familien äußert und auf die Verpflichtung des Staats, zur Unterstützung der Bedrängten ein Opfer zu bringen. Es stehen deshalb in Betreff der Verkaufsgrundsätze zwei Meinungen im Widerstreit. Gegen den Holzverkauf um geminderten Preis sprechen nachstehende Betrachtungen (a):

1) Der Holzpreis in jeder Gegend ist die Wirkung des Mitworbens, also des Verhältnisses zwischen Holzerzeugung und Zu-

fuhr einerseits und Holzbedürfniß und auswärtiger Nachfrage andererseits. Wo dieß Verhältniß für die Zehrer ungünstig ist, da muß der Holzpreis sich hoch stellen, und dies ist auch nützlich, weil es zum sparsamen Verbrauch, so wie zum eifrigen Holzanbau ermuntert, I, §. 385.

2) In Gegenden, wo sich keine oder nur wenige Domänenwaldungen befinden, steht es gar nicht in der Macht der Regierung, den allgemeinen Holzpreis niedrig zu halten; sie kann nur einen kleinen Theil der Zehrer durch Abgabe um ermäßigten Preis begünstigen, indeß die übrigen um den Marktpreis bei anderen Waldbesitzern einkaufen müssen. Wo freilich die Domänenwaldungen den ganzen Bedarf liefern, da wäre es möglich, den Preis für alle Zehrer beliebig zu vermindern.

3) Ein solcher Holzverkauf um niedrigen Preis schmälert das Staatseinkommen auf Kosten der Steuerpflichtigen. Man kann ihn wie eine Geldausgabe ansehen.

4) Diese wäre noch eher zu rechtfertigen, wenn dabei Gleichförmigkeit Statt fände, was aber wegen der höchst ungleichen Vertheilung der Domänenwaldungen in den verschiedenen Landesgegenden nicht der Fall ist. In Deutschland sind z. B. in den Gebieten der ehemaligen Reichsfürsten (Standesherrn) die Holzkäufer ganz auf den Einkauf von Corporations- und Privatwaldungen beschränkt, und es ist unbillig, daß ein Theil der Einwohner jene Bevorzugung allein genießt.

(a) Vergl. Pfeil, II, 89. — Webekind, S. 276.

§. 150 a.

Aus diesen Sätzen folgt, daß in der Regel die Regierung von dem allgemeinen Marktpreise des Holzes auch bei ihren Holzverkäufen Gebrauch machen darf. Ausnahmen können bei folgenden Umständen geboten werden (a):

1) Wo die Zehrer sich an einen wohlfeilen Einkauf aus Staatswaldungen gewöhnt haben und eine plötzliche Erhöhung schwer empfinden würden, da sollte man die bisherige Begünstigung nicht auf einmal zurücknehmen. Man kann übrigens von keinem Holzpreise schlechthin sagen, daß er zu hoch sei, weil

es nur auf sein Verhältniß zu den Preisen anderer Dinge und der Arbeit, so wie zu dem üblichen Verbrauche ankommt. Ein Preis, der wegen seiner Neuheit für viele Bewohner unerschwinglich ist, wird in einer anderen Gegend, wo man sich an ihn gewöhnt hat, leicht ertragen (b), daher sollte man einen weit unter dem Marktpreise stehenden sogenannten Revierpreis nur allmählig bis zu jenem erhöhen.

2) Wurde den Staatsdienern eine gewisse Holzmenge unter dem Marktpreise verabreicht, so haben sie, wenn dies aufhört, auf eine Entschädigung Anspruch. Es ist übrigens besser, ihnen diese zu geben, als die ältere Einrichtung fort dauern zu lassen, weil sonst weniger sparsam mit dem Holze umgegangen würde.

3) Häufig hat man in früheren Zeiten Hüttenwerke und verschiedene Fabriken durch wohlfeile Holzabgabe emporzubringen gesucht. Hier sind 2 Fälle zu unterscheiden.

a) Ist man durch erteilte Zusicherungen fortwährend gebunden, aber die abzulassende Menge nicht in Zahlen bestimmt, so kann sie nach dem herkömmlichen Betrage festgesetzt werden. Sonst bleibt nur eine schwer ausführbare Abfindung übrig.

b) Ist die Holzabgabe nur als Vergünstigung anzusehen, so thut man wohl, sie allmählig nach vorausgegangener Ankündigung zurückzuziehen. Ihre Fortdauer hält die Unternehmer von holzsparenden Einrichtungen ab, durch deren Einführung sie vielleicht auch bei einem höheren Holzpreise bestehen könnten. Sollte dies nicht möglich sein, so wäre die Fortdauer solcher Gewerke nicht vortheilhaft. Mit dem Steigen des Holzpreises müssen unvermeidlich manche Unternehmungen aufhören, die nur in holzreichen Bezirken gedeihen. Man kann der Regierung nicht zumuthen, aus Staatsmitteln solche Gewerke aufrecht zu halten, nur darf man die Veränderung nicht rasch eintreten lassen, um zu einer anderen Verwendung der Arbeitskräfte und Capitale Zeit zu lassen (c).

4) Die Versorgung der Dürftigen mit Brennholz ist in Gemeinden, die keine eigenen Wäldungen haben, bei einem be-

trächtlichen Anwachs des Holzpreises schon zur Verhütung des Diebstahles in den Domänenwäldungen sehr zweckmäßig (§. 147.), und man kann deshalb diese Ausgabe zu den Kosten zählen, mit denen ein großer Erlös aus den Walderzeugnissen erkaufte wird. Am wenigsten opfert man auf, wenn man den Dürftigen die unentgeltliche Benutzung des Raff- und Leseholzes und des Stockholzes, wo das Ausgraben der Stöcke unschädlich ist, überläßt, weil diese Holzsorten viele Arbeit erfordern. Außerdem ist es dienlich, Brennholz um ermäßigten Preis an holzarme Gemeinden abzulassen, mit Verbürgung der Gemeindecasse und unter der Bedingung, daß jeder dürftigen Familie ein gewisser Vorrath davon verkauft werde (d).

- (a) Sgl. Berh. der bayer. K. d. Abg. v. 1831, Beil. XLIV, 250. Comm. Bericht (von Frh. v. Rotenhan), 1840. Beil. XXII. 1. Abth. S. 72. IX Beil. B. S. 141.
- (b) Man hat 1840 in Baiern die Bemerkung geäußert, daß im Isarkreis über Holztheuerung geklagt werde, weil die Kloster von 6 auf 9 fl., im Regen- und N. Mainkreise, weil sie von 11—14 auf 15—18 fl., im Rheinkreise, weil sie von 15—18 auf 20—26 fl. gestiegen sei.
- (c) B. B. Code forestier, Art. 58: Die wider die älteren Gesetze verliehenen Begünstigungen dieser Art erlöschen 1837. — Die sächsische Regierung hat in Folge solcher Erwägungen von 1840 an das an die Hammerwerke abzugebende Scheitholz um 26 Proc. vermindert und eine allgemeine Erhöhung der Holztaxen angeordnet, die jedoch für jene Hammerwerke erst 3 Jahre später eintreten sollte.
- (d) Aehnlich die Vorschrift der würt. B. v. 30. Nov. 1836. Die Abgabe erfolgt um den Revierpreis, s. §. 151, auch Hoffmann, B. Dom. Berw. S. 185. — In Baiern darf die Taxe zum Vortheil der Armen nöthigenfalls um 15 Proc. gemindert werden. B. v. 23. December 1835.

§. 151.

Was die Form des Holzverkaufes betrifft, so hat man zwischen zwei Arten zu wählen:

1) Versteigerung, und zwar

- a) auf dem Stamme, so daß der Käufer das Fällen und Aufarbeiten selbst veranstaltet. Diese in Frankreich übliche Weise (a) ist da, wo kein Föhler Abtrieb stattfinden soll, nicht einmal bequem, noch weniger aber vorthellhaft, weil die Besorgung des Hauern vielen Käufern lästig ist und weil der Käufer bei der Ungewißheit, wie viel Holz er erhalten werde, bei seinem Angebote auf den schlimmsten

Fall rechnet; zudem giebt sie zu vielen Beschädigungen Anlaß (b);

- b) nach erfolgter Zugutemachung, jedoch im Walde, also ohne Aufwand für die Versendung. Dieß ist dem vorigen Verfahren (a) vorzuziehen. An der Stelle derjenigen Holzverzehrer, die an den Versteigerungen im Walde nicht Theil nehmen, weil ihnen die Besorgung der Abfuhr zu mühsam ist, treten die Holzhändler (c) ein, die zwar einen Gewerbsverdienst erhalten müssen, jedoch keine weitere künstliche Wertheuerung bewirken können, weil die große Masse des aus Staats- und Privatwaldungen feilgebotenen Holzes, der freie Zutritt zu den Versteigerungen und die Zufuhr aus anderen Orten vor einer monopolistischen Beherrschung des Angebotes schützen. Hierzu trägt es auch bei, wenn das Holz in kleinen Abtheilungen versteigert und die Verabfolgung nicht unnöthig erschwert, dagegen den Käufern kein Credit gegeben wird. Indesß kann bei dieser Verkaufsweise keine Rücksicht auf irgend eine Classe von Käufern genommen werden.

2) Abgabe nach einem festgesetzten Preise (Holztaxe),

- a) im Walde. Dieß altübliche Verfahren war unvorthellhaft, weil man gewöhnlich ältere, weit unter dem Marktpreise bleibende Preissätze beibehielt, wobei doch nur ein Theil der Holzkäufer befriedigt werden konnte. Richtet man nur die Taxe immer nach dem jedesmaligen Marktpreise ein, wie er sich bei Versteigerungen und anderen Verkäufen unter Privatpersonen herstellt, so ist das Abgeben nach einem solchen Preissatze vollkommen zulässig und den Bekehrern wird eine Bequemlichkeit gewährt. Die Taxe muß wenigstens jährlich durchgesehen, auch für alle Holzsorten in ein richtiges Verhältniß gebracht und für jeden Forstbezirk oder dessen Haupttheile besonders angesetzt werden (d);
- b) in Holzhöfen (Holzgärten, Holzmagazinen), in welche die Regierung die Vorräthe führen läßt und in denen sie zu jeder Zeit feil stehen (e). Die Betreibung

eines solchen Holzhandels auf Staatsrechnung geschah theils, um von einem zum Flößen des Scheitholzes brauchbaren Fluß oder Canal sammt den zugehörnden Einrichtungen (Sammelteichen, Schwellungen etc.) Nutzen zu ziehen, — theils um die Zehrer in Städten, die von Waldungen entfernt liegen, mit Holz zu versorgen, ohne daß sie von den Holzhändlern abhängig würden. Da man das für die Hofhaltung, die Beamten und die öffentlichen Anstalten abzugebende Brennholz auf Kosten der Staatscasse herbeischaffen zu lassen gewohnt war, so lag die Veranlassung nahe, dieß auch bei einem zum Verlaufe bestimmten Vorräthe zu thun. Die Holzhöfe übernehmen nicht bloß Brennholz aus den Staatswaldungen um eine gewisse Laxe, sondern kaufen auch wohl noch aus Privatwaldungen ein. Wo die Verwaltung solcher Holzhöfe ansehnlichen Gewinn abwirft, da ist derselbe entweder die Wirkung des ausschließlichen Besizes einer Floßstraße, oder er ist nur scheinbar, indem er von dem niedrigen Preise herrührt, den die Forstcasse für das Holz vergütet erhält. Steht die Versendung auf Land- und Wasserstraßen Jedermann frei, so werden Holzhöfe jener Art durch das Mitwerben der Holzhändler überflüssig (§). Die Vorliebe der Zehrer für die Holzhöfe beruht auf der Gewöhnung an niedrigere Abgabepreise und fällt hinweg, wenn die in §. 150 entwickelten Grundsätze in Ausführung kommen. Die Kostbarkeit der Verwaltung und die Größe des darin beschäftigten umlaufenden Capitals machen die Aufhebung dieser Anstalten wünschenswerth, die dann ausführbar wird, wenn der Privatholzhandel hinreichende Lebhaftigkeit hat. Nur muß dafür gesorgt werden, daß nicht die Benützung der floßbaren Gewässer einzelnen Pächtern monopolistische Gewinnste giebt. Deshalb kann es rathsam werden, daß die Forstverwaltung das Holz verflößen (am besten in Verding, mit Verabredung eines gewissen Procentsatzes für Abgang) und dann am Orte der Ankunft versteigern lasse. Die Errichtung von Holzmaga-

zinen, wo sie örtliches Bedürfnis ist, kann den Gemeinden überlassen werden.

- (a) Ehmals auch in Deutschland, in Württemberg bis 1598, s. Hoffmann, *K. W. v. W.* zu Anf. des 16. Jhh. S. 38. Ordonnance de Louis XIV sur le fait des eaux et forêts, 13. Aug. 1669, Tit. XV. — Code forestier, Art. 17—46. — Ordonnance d'exécution vom 1. Aug. 1827, Art. 73—96. Die zum Hiebe bestimmten Waldstrecken werden durch verpflichtete Forstgeometer (arpenteurs) vermessen, die zu verschonenden Bäume ausgezeichnet, die Bedingungen des Kaufes (cahier des charges) entworfen, die Versteigerung wird 14 Tage vorher bekannt gemacht. Der Zuschlag erfolgt bisweilen nach alterthümlicher Weise durch Verlöschen eines Lichtes, doch ist ein Nachgebot bis zum folgenden Mittag erlaubt, wofern $\frac{1}{2}$ mehr geboten wird. (Nach der D. v. 1669, Tit. XV, Art. 31, 32 war eben so lange ein Nachgebot von $\frac{1}{2}$, tiercement, und dann noch ein weiteres um $\frac{1}{4}$, semi-tiercement oder doublement, erlaubt.) Die Käufer sind mancherlei Beschränkungen und Verpflichtungen unterworfen. Jeder Holzverkauf ohne Versteigerung ist bei 3—6000 Fr. Strafe den Forstbeamten untersagt. — Beispiel eines Cahier des charges in Annales forest. 2. année. S. 290.
- (b) Bergius, *Mag.* III, 278. — Pfeil, II, 318. — Hundeshagen, *K. Pol.* S. 362. — v. Wedekind, S. 216.
- (c) Unter diesen auch viele Landwirth, die mit ihrem Gespann Fuhrlohn zu verdienen beabsichtigen.
- (d) Anleitung zur Berechnung einer Holztaxe in Meyer, *Forstdirect.* S. 364 ff. (aber ohne Rücksicht auf die Marktpreise, bloß nach der Analogie dessen, was der Boden als Acker tragen würde!), v. Wedekind, S. 286. Hundeshagen, *K. Pol.* S. 376. — So lange man keine Abschätzung des jährlichen Zuwachses hatte, ließ man sich häufig bei der Festsetzung des Hiebsquantums von den Anmeldungen des Holzbedarfes der Unterthanen bestimmen, für deren Empfangnahme besondere Holzschreibtage gehalten wurden. — In Württemberg wird der Revierpreis aus den vorjährigen Versteigerungen bestimmt. Er findet seine Anwendung bei den Holzabgaben an holzarme Gemeinden, bei dem Bauholze, welches die Einwohner im Forstbezirke gebrauchen, bei dem Werkholze für die Wagner ic., endlich bei dem Stockholz und Reissig. Der Ueberrest wird versteigert. — In Baiern werden die Verkaufspreise nur periodisch nach den Marktpreisen eingerichtet. Der Hausbedarf der Einwohner, die öffentlichen Anstalten und die kleinen Gewerbe haben den ersten Anspruch, sodann die Fabriken und nach ihnen erst der Handel, dem bloß der Ueberrest durch Versteigerung zugewiesen werden soll, doch ist auch bei dem Hausbedarf eine Versteigerung in kleinen Abtheilungen zulässig. Der versteigerte Theil ist unter der Hälfte, z. B. 1837—39 in Unterfranken 48, der bayer. Pfalz 42, in Oberfranken 34 Proc., s. v. Rotenhans a. Bericht, S. 73. — In Baden ist die Versteigerung Regel.
- (e) Baiern hat 14 Holzhöfe, davon 9 in der bayer. Pfalz; der größte (in Passau) verkauft jährlich 37—38 000 Klafter, der kleinste (in Dürkheim) nur 180—200. Im D. von 1835—37 war der rohe Ertrag 538 977 fl., der Kostenbetrag 329 825 fl., der reine Ueberschuß 209 152 fl. Die Kosten des Personals und der „Regie“ nahmen

gegen 18 000 fl., die Betriebskosten 310 000 fl. hinweg. — Württemberg hat 3 Hauptholzgärten, von denen die beiden großen zu Bisingen und Stuttgart mit ihren 4 Filialen zusammen ein Betriebskapital von 120 000 fl. beschäftigen und über 22 000 Kl. verkaufen. Wegen verschiedener Holzabgaben um niedrige Preise läßt sich kein reines Ergebnis des Holzhandels ausmitteln. Der Anschlag für 1842—45 führt nur 5000 fl. Ueberschuß auf. — In Baden sind die letzten Holzhöfe zu Karlsruhe und Rastatt, die sich durch das Flößen auf der Murg versorgten, 1835 aufgehoben worden. Sie trugen 1831 u. 32 i. D. 16 800 fl. netto. S. Verhandl. d. 1. Kammer von 1833, Beil. IV, 110 (Commissionsbericht von Rau.) — In Sachsen sollten nach dem A. v. 1834 die 9 Holzhöfe 105 000 Kl. absetzen und 63 800 Rthlr. Reinertrag abwerfen. — Gr. v. Sponack, Ueber die Anlage der Holzgärten, Heidelb. 1816. — Ueber die bisherige Administration der Holzgärten in Württemberg, Stuttgart 1821.

- (f) Die Holzhöfe in Berlin konnten mit den Holzhändlern nicht Preis halten, Pfeil, II, 313.

§. 152.

VIII. Die forstlichen Nebennutzungen, wie Jagd, Mast, Grasschnitt, Weide, Streusammeln, Harzscharren, Torfstechen, insofern sie nicht schon durch Servituten der Verfügung der Forstbehörde entzogen sind, müssen so weit beschränkt werden, daß sie der Holzgewinnung gar nicht, oder doch nicht so viel schaden, als sie eintragen (a). Innerhalb dieser Gränze verdienen sie eine sorgfältige Behandlung, weil sie nicht allein den Reinertrag für den Staat erhöhen (b), sondern auch volkswirtschaftlich bedeutend werden können (c). Die gewöhnliche Art, sie einträglich zu machen, ist die Verpachtung, unter solchen Bedingungen, welche den Pächter abhalten, die Nutzung auf eine schädliche Weise auszudehnen. Namentlich wird den Jagdpächtern sowohl die Schonung des Wildstandes, als die Beschränkung desselben zur Verhütung von Feldschäden und der Ersatz solcher Beschädigungen zur Pflicht gemacht (d). In solchen Jahren, wo es den Landwirthen an Futter fehlt, ist die Gestattung des Grasschälens und Laubstreifens, auch wohl des Beweidens älterer Schläge so wohlthätig, daß man sie unentgeltlich oder gegen geringe Vergütung anordnen sollte.

- (a) Es kommt hierbei viel auf die Holzpreise an. In entlegenen Gebirgsgegenden kann z. B. das Harzscharren rathsam sein, während es bei gutem Abfahre des Holzes wegen seines schädlichen Einflusses auf die Gesundheit der Bäume aufgegeben werden muß.

- (b) Würtemb. 1842—45 A.: 35 244 fl. oder 1,³ Proc. des Waldertrages.
- (c) Dieß gilt besonders von den Zwischennutzungen zum Feldbau, wie bei der Hackwald- oder Haubergswirthschaft und dem Anbau zwischen den Reihen der Holzpflanzen in den ersten Jahren.
- (d) Für die Selbstverwaltung der Jagd in den Staatswaldungen spricht Pfeil, II, 760.

III. Anlagen zum Gewerksbetriebe.

§. 153.

Gebäude, Maschinen u. a. Vorrichtungen zur Betreibung von Gewerksunternehmungen stehen nicht selten mit Landgütern in Verbindung und werden zugleich mit diesen verwaltet oder verpachtet, z. B. Bierbrauereien, Brantweinbrennereien, Ziegeleien, Mahl- u. a. Mühlen u. dgl. Bei der Zerschlagung eines solchen Inbegriffs von Domänen ist es rathsam, jene Bestandtheile zu verkaufen. Dasselbe gilt in der Regel von solchen Gewerksseinrichtungen, welche einzeln bestehen. Denn Gewerksunternehmungen eignen sich noch weniger für den Staat, als landwirthschaftliche, weil bei jenen noch mehr von dem Kunstfleiß und dem Capitalaufwande des Unternehmers abhängt, weil man stets auf Betriebsverbesserungen bedacht sein und die Veränderungen im Begehre beobachten muß und weil weniger feststehende allgemeine Vorschriften aufgestellt werden können, II, §. 227. Die Erfahrung bestätigt es, daß die Regierung aus Gewerken im Verhältniß zu den darauf verwendeten Capitalen geringen Gewinn zieht und daß der Uebergang der Gewerksanlagen und Berechtigungen (a) in Privathände sowohl in finanzieller als in volkswirthschaftlicher Hinsicht Vortheil bringt (b). Auch die Verpachtung pflegt nicht einträglich zu sein, weil das Mitwerben zuverlässiger Pachtlustigen klein ist und die Erhaltung der Gebäude, sowie die geforderten Neubauten viel kosten (c).

- (a) Aber ohne die drückenden Privilegien, wie sie z. B. bei Bannmühlen und Brauereien vorkamen (Bannrechte).
- (b) Sehr viele Staatsfabriken sind schon eingegangen, weil sie sich nicht verlohnten. Die Porzellanfabriken in Berlin und Sevres (bei Paris) arbeiten theurer als Privatfabriken (doch das Berliner Gesundheitsgeschirr ausgenommen, Ferber, Beiträge z. G. 133); s. Weber, Beiträge z. Gewerbe- und Handelskunde, II, 310. — Die

Porzellanfabrik zu Rymphenburg kostete 1819—25 jährlich 8717 fl. Zuschuß. Für die Finanzperiode 1831—36 wurde ein jährlicher Zuschuß von 14 988 fl. gefordert, für 1837—43 ein solcher von 11 782 fl. jährlich. Die Porzellanfabrik in Meißen kostete früherhin jährlich über 36 000 Rthlr. Zuschuß, 1830 noch 18 650 Rthlr., 1833 nichts mehr, 1837 war ein Reinertrag von 9000 Rthlr. in Aussicht gestellt, 1840—42 u. 43—45 war der angeschlagene Reinertrag 13 500 Rthlr. — Die würtemb. Glashütte Schönmünzach brachte bei der Selbstverwaltung Schaden und ist jetzt für 2000 fl. verpachtet, wovon 300 fl. Baukosten abgehen. Man beabsichtigt ihren Verkauf. — Die bayer. Brauereien in Selbstverwaltung sollten 1837—43 211 386 fl. roh einbringen und 187 026 fl. kosten, also rein 24 360 fl. abwerfen. — In Oesterreich soll nach dem A. für 1849 die Wiener Porzellanfabrik bei einer Einnahme von 126 610 fl. einen Reinertrag von 1568 fl., die Teppichfabrik und Wollendruckerei in Linz 1098 fl., die Schwefelsäurefabrik in Ruzdorf 3071 fl. geben. Die ehemalige große Wollentuchfabrik in Linz ist aufgehoben worden, weil sie neben dem erstarrten Kunstfleiß der Privatpersonen nicht mehr einträglich war, und ein Theil der entlassenen Arbeiter erhielt eine Unterstützung aus der Staatscasse. — In Baden sind 2 Domänenbrauereien (die zu Rothhaus bei Boandorf in Eigenverwaltung), einige Säge- und Mahlmühlen, Siegelhütten u. Mehrere ähnliche Domänenstücke sind schon verkauft worden. — Mecklenburg-Schwerin bezieht (A. 1849) 54 000 Rthlr. von Siegelstein (wovon 30 000 Rthlr. Kosten abgehen) und 13 900 Rthlr. von Kalkofen (3200 Rthlr. Kosten). — Die Staatsbuchdruckereien kann man nicht nach ihrem Geldertrage beurtheilen, weil sie viele amtliche Sachen ohne Vergütung drucken. Die vortreffliche Staatsdruckerei in Wien kostet 90 000 fl. Zuschuß, die Pariser dagegen giebt 150 000 Fr. Ueberschuß.

- c) Ein merkwürdiges Beispiel eines Betriebes von Gewerben auf Staatsrechnung bildet die preussische Seehandlung, welche unter andern auch mehrere große Fabrikunternehmungen gemacht hat, vgl. II. § 236 (a).

§. 154.

Es giebt Ausnahmen, bei denen der Betrieb von Gewerken auf Rechnung des Staates rathsam werden kann.

1) Hüttenwerke (a) zur Verarbeitung der Erzeugnisse des Bergbaues (b) werden zwar auch häufig von Privatunternehmern errichtet, indeß ist nicht immer das hiezu erforderliche Capital und die gehörige Geschicklichkeit bei Privatpersonen vorhanden, bisweilen werden diese ferner durch den Mangel an Waldbesitz abgehalten, und ohne das Mitwerben mehrerer Unternehmer würden die in den Staatsbergwerken gewonnenen Mineralstoffe nicht vortheilhaft abgesetzt werden können. Mehrere Erfahrungen beweisen, daß die Staats-Hüttenwerke unter der Leitung wissenschaftlich gebildeter Verwalter der Staatscasse

Nutzen bringen und als Vorbilder für den Betrieb der Einzelnen wirken können. Freilich erfordern sie ein ansehnliches stehendes und umlaufendes Capital, dessen Zinsen bei der Berechnung des reinen Ertrages mit berücksichtigt werden müssen, eine sorgfältige Auswahl der angestellten Verwalter und eine gute Aufsicht, die sowohl auf die kunstmäßige als auf die gewerbliche Vollkommenheit des Betriebes, Sparsamkeit in dem Aufwande, vortheilhaften Erlös ic. bedacht ist (c).

2) bei der Erzeugung von Kriegsbedarf, insofern die Betriebsamkeit der Privaten für dieselbe nicht schon genügend sorgt (s. S. 75);

3) bei Gewerken, die zur Pflege der bildenden oder technischen Kunst dienen und daher nicht allein unter den finanziellen Gesichtspunct fallen. Fordern sie jedoch noch Zuschüsse, so treten die allgemeinen Grundsätze für die Staatsausgaben ein, nach denen man zu erwägen hat, ob solche Anstalten die Kosten durch gemeinnützige Wirkungen belohnen (d).

- (a) Z. B. Pochwerke und Schmelzöfen, Gießereien, Frischfeuer, Hammerwerke ic.
- (b) Der Ertrag der Hüttenwerke läßt sich von dem des Staatsbergbaues nicht leicht scheiden, weil die in jenen verbreiteten Erze u. a. Fossilien meistens nicht verkauft, sondern von den Bergwerken um einen gewissen Preis abgegeben werden, welcher nicht der jedesmalige Marktpreis ist.
- (c) In Oesterreich (U. für 1849) ist der Reinertrag der Berg- und Hüttenwerke des Staats nur 479 000 fl. bei einem rohen Ertrage von $9\frac{3}{4}$ Mill. fl. Dazu kommen mehrere sog. montanistische Fabriken mit 155 000 fl., von denen die Zinnoberfabrik zu Idria allein 142 000 fl. rein abwirft. — Die bair. Hüttenwerke sind 1831—36 mit einem Reinertrage von 38 171 fl. angesetzt, ihr Grund- und Capitalwerth soll $1\frac{1}{2}$ Mill. fl. betragen, ohne die zugehörigen 6—8000 M. Wald. Der Reinertrag ist also kaum 2 Proc., weshalb der 2te Ausschuß auf allmäligen Verkauf angetragen hat. Verh. von 1831, Beil. XLIV, S. 366—70. Es wurde 1831 und 1837 beschlossen, daß der ganze Reinertrag der Berg- und Hüttenwerke zur Erweiterung des Bergbaues und Hüttenwesens verwendet werden solle. S. D. von 1835—37 hatten sie 1 002 046 fl. rohen und 62 490 fl. reinen Ertrag. — Die würt. Berg- und Hüttenwerke brachten im D. von 1838—40 einen Reinertrag von 195 033 fl. Der Anschlag für 1842—44 giebt i. D. 1 803 000 fl. rohen Ertrag, 268 000 fl. reinen Ertrag und hievon 200 000 fl. Ablieferung an die Staatscasse, indem ein Theil des Ueberschusses zur Vergrößerung des Capitaless verwendet wird. Das ganze in diesen Werken enthaltene Grund- und Capitalvermögen wird auf $2\frac{1}{2}$ Mill. fl. geschätzt, Herbe gen, S. 114. Am ergiebigsten ist die schöne Eisengießerei zu Wasseralfin-

gen, von der man bei einer Nocheinnahme von 556 000 fl. einen abzuliefernden Ueberschuß von 103 000 fl. jährlich erwartete. Ihr Reinertrag war im D. von 1835—37 jährlich 31 Proc. des Vermögensstammes, während die Hammerwerke bei Freudenstadt nur $5\frac{1}{2}$ Pr. abwarfen; s. die Berichte der Finanzcommission in der 2. Kammer von 1839 u. 42 (von Deffner). Für 184 $\frac{1}{2}$ sind nur 1 561 000 fl. roher und 110 000 fl. reiner Ertrag in Aussicht genommen. — Die 8 badischen Eisenhüttenwerke mit 5 Hochöfen nebst 2 Bergwerken und 3 Thongruben waren für 1848 und 49 jährlich auf 1 120 277 fl. Einnahme und 1 019 042 fl. Ausgabe angeschlagen. Davon gehen ab 1) der durchlaufende Posten von 111 000 fl. für Eisenerze, welche in Einnahme und bei den Hochöfen wieder in Ausgabe gesetzt sind; 2) 217 016 fl. für Masseln, Stabeisen u., welche ebenso behandelt worden sind, weil man jedes Werk als selbstständig betrachtet und ihm die von anderen Werken empfangenen Verwandlungstoffe als gekauft anrechnet. Werden also die Anstalten als ein einziges Ganzes angesehen, so sinkt die Einnahme aus Verkauf, Verpachtung u. auf 777 000 fl., die Ausgabe auf 676 700 fl. Der Reinertrag ist 100 000 fl. oder 13 Proc. — Für 1849 wurde aber 1848 wegen des Stodens in vielen Gewerbsunternehmungen und des gesunkenen Preises der Eisensorten der Anschlag nach dem viel beschränkteren Betriebe sehr herabgesetzt, ganze Einnahme 451 700 fl., wovon 41 000 fl. für Eisenerze abgehen. Reinertrag nur 26 000 fl. Der Vermögensstamm war berechnet (Mitte 1840) 758 000 fl. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, 43 500 fl. Werkzeuge und Geräthe, 773 200 fl. Materialvorräthe, 207 400 fl. Geldvorrath und Ausstände nach Abzug der Rückstände, zusammen 1 782 100 fl. Das bedeutendste Werk ist Albrück.

- (d) Die Haute-lisses-Fabrik in Paris (II, §. 228.) trägt nichts ein. Es wird in ihr Zeichnen und Malen gelehrt, auch werden Färber unterrichtet. Die Porzellanfabrik zu Sevres ist mit einer Malerschule verbunden worden, ebenso die Nymphenburger, welche zugleich in der Kunst der Glasmanerei viel geleistet hat.

IV. W o h n g e b ä u d e.

§. 154 a.

Es würde sehr unzweckmäßig sein, öffentliche Gebäude bloß ihres Miethertrages willen zu behalten oder zu erwerben, denn die vermiethten Wohnungen pflegen im Verhältniß zu ihrem Ertrage der Regierung zu viele Baukosten zu verursachen und die Kammerbeamten können sich zur Erzielung der größten Einnahme nicht so frei bewegen, als Privateigenthümer. Es müssen andere Gründe hinzukommen, um die Beibehaltung von Wohngebäuden anzuempfehlen, z. B. das Bedürfniß von Dienstwohnungen (§. 67.), oder die Schwierigkeit des Verkaufes großer Gebäude und die Ungewißheit, ob dieselben nicht künftig

dienlich ist, zugleich auf die Unterstützung von productiven Unternehmungen oder von Gefällablösungen Rücksicht zu nehmen (c). Anleihen ins Ausland sind sowohl wegen der geringeren Sicherheit als wegen der Verminderung des inländischen Capitals minder angemessen (d). Auch zur Ausstattung einer gut eingerichteten Bittelbank sind die Summen mit Vortheil zu verwenden (e). Neues Sammeln von Capitalen kann nicht gerathen werden, s. S. 464.

- (a) A. Smith, B. V. Cap. 2. Abschn. 1. — v. Jakob, I, S. 48. — Der Canton Zürich hat im Durchschnitt von 1816—25 jährlich 65 900 Fr. Zinsen eingenommen; 1826 waren sie 91 117 Fr., für 1827 sind 87 498 Fr. angegeben. Im J. 1834 war die Einnahme von Zinsen ausgeliehener Capitale 182 000 Fr., nebst 102 000 Fr. Zins von noch ausstehenden Kauffchillingen und Ablösungssummen. 1840 wurden die ausstehenden Forderungen auf 5 882 000 Fr. angegeben, ohne 1 900 000 Fr. Pfrundfond. — Zinscinnahme im Canton Luzern 1846 52 000 Fr., Aargau 1846 267 820 Fr., Waadt 1847 32 000 Fr., Freiburg 1846 A. 63 750 Fr., Solothurn 1846/7 89 289 Fr., Zug 1846/7 R. 5771 Fr., Appenzell Auß. 1846/7 R. 5992 fl. 12. In Bern beliefen sich die angelegten Capitale nebst den in die Staatshandlungen verwendeten 1 277 800 Fr. zu Ende 1829 auf 7 710 700 Fr. Davon waren 4 950 600 Fr. in auswärtigen Staatspapieren angelegt. Bericht über die Staatsverw. 12, Beil. S. 109. Die auswärtigen Forderungen wurden 1835 nach den damaligen Cursen zu 7 496 300 Fr. angeschlagen. Der Zinsertrag aus ihnen war im D. von 1832—39 337 200 Fr. Im Inlande waren 1839 698 380 Fr. angelegt, meistens zu 4 Proc., mit ungefähr 23 000 Fr. Zinsertrag. Rath in Rau, Archiv, IV, 64. 1846 waren noch 466 852 Fr. Zinscinnahme angenommen. Bis zum Jahr 1849 ist das ganze ausgeliehene Vermögen von Bern zugesetzt worden. — In Kurhessen ist 1831 vertragsmäßig das 30 Mill. fl. betragende bewegliche Vermögen des Kurfürsten, da es zum Theile aus Landesmitteln erworben war, zwischen dem kurfürstlichen Hause und dem Staate gleichmäßig getheilt worden. Im A. für 1849 sind 489 640 Rthlr. Zinsen enthalten.
- (b) Auch die mit Schulden belasteten Staaten haben zwar häufig noch ausstehende Forderungen (activa), deren Zinsertrag aber zur Verzinsung der Passiven verwendet wird und die der Schuldverwaltung (Amortisationscasse) zugewiesen sind.
- (c) Gr. Moltke, S. 53. — Hieher gehören die Creditcassen in mehreren Ländern, wobei die erforderlichen Geldsummen zum Theile aus den Ablösungen der Domanalgefälle herfließen, s. II, S. 60. (c).
- (d) z. B. St. Petersburg, Bern, s. I, S. 317.
- (e) Smith a. a. O. gegen das Verfahren von Bern.

2. Abtheilung.

Einkünfte aus dinglichen Rechten.

§. 156.

[155.]

Viele europäische Regierungen sind aus früheren Zeiten her noch im Besitze beträchtlicher Einkünfte aus Grundgefallen geblieben (*a*), welche größtentheils ehemals mit Kammergütern in Verbindung standen, aber auch nach der Veräußerung derselben beibehalten wurden. Sie stehen unter denselben rechtlichen Verhältnissen, wie jene (§. 90) und werden von den Domänenämtern mit verwaltet. Die hieher gehörigen Einnahmen, als Zehnten, Handlöhne, Gilten und Grundzinse verschiedener Art sind privatrechtlicher Natur; sie werden vom Staate in der Eigenschaft eines Guts Herrn bezogen, stehen in gleicher Weise vielen Privatpersonen zu und sind in den verschiedenen Landestheilen von sehr ungleichem Betrage. Unläugbar hat eine Abgabe, die in einem Theile der Grundrente besteht, für den Berechtigten den Vorzug der Einfachheit und Sicherheit, weil ihr Maaß feststeht und der Landbau den wenigsten Erschütterungen ausgesetzt ist, wozu noch bei einem Theile der Gefälle die Aussicht auf einen steigenden Betrag kommt. Dagegen haben die meisten dieser Einkünfte in der veränderlichen Größe, der unbequemen Entrichtungsart und der Hemmung des Fortschreitens im Landbau Nachtheile für die belasteten Eigenthümer, (II, §. 52.), zugleich ist für die Regierung die sehr ungleiche Größe der Einnahme von Jahr zu Jahr unvortheilhaft (*b*), bei manchen Gefällen ist zugleich die Erhebung kostspielig. Daher muß man nicht allein die jetzige Erhebungsweise sparsam einrichten, sondern auch die Umwandlung dieser Leistungen in einfache Grundzinse befördern und die gänzliche Ablösung derselben erleichtern.

(*a*) Baiern. Nach dem Budget für 1832—34 war die Einnahme aus Grundgefallen im D. 5·277 400 fl. rein, die Kosten 40 Proc., Lasten 5,⁴ Proc. In Baden sind die Grundgefälle neuerlich durch den Fortgang der Ablösungen sehr vermindert worden. Die lehenbaren, zins- und fallpflichtigen Güter trugen i. J. 1833 u. 34 (R.) i. D.

Regierung, bei der Menge der Gefälle und der leichten Gelegenheit, jede eingehende Zahlung verzinsslich anzulegen, eine Abtragung durch Zeitrenten zulassen, II, §. 60.

- (a) Ueber die Ablösungsvorschriften in Baden und Württemberg s. d. a. Schriften von Wehrer und Hoffmann. Die badischen Domanal-Grundzinse und Giltten sind nach dem Ges. v. 5. Oct. 1820 durch Aufkündigung der Regierung abgelöst worden, wobei der Pflichtige je nach der Größe der Abgabe und unentgeltlichen oder entgeltlichen Ablieferung das 9—16fache bezahlt. Kündigt der Pflichtige, so bezahlt er 18fach. Bei dem Freikauf (Allodificirung) von Lehnsgütern kommt es auf die Bedingungen der Vererbung und die Nähe des Heimfalls an, Wehrer, S. 49.

§. 159.

Unter den Grundgefällen des Staates verdient der *Be h n t e* eine besonders sorgfältige Behandlung, weil er in manchen Ländern einen beträchtlichen Theil der ganzen Staatseinnahme lieferte. Die gewöhnlichen Arten sind

- 1) *Be h n t e n* von Gewächsen, und zwar
 - a) großer oder *Getreidezehnte*,
 - b) kleiner, *Schmal-* oder *Brachzehnte* von anderen Feldfrüchten, z. B. Klee, Kartoffeln ic.
 - c) *Obst-* und *Weinzehnte*,
 - d) *Heuzehnte*, nicht so häufig als die anderen Arten;
- 2) *Blutzehnte* von jungem Vieh. Dieser ist der lästigste und seine Umwandlung oder Ablösung ist am ersten bewirkt worden.

Der heutige *Be h n t e* trägt in den deutschen Staaten (b) unverkennbar das Gepräge einer privatrechtlichen Abgabe (II, §. 66.), weil er nach einer unveränderlichen (c), aber in den verschiedenen Gegenden eines Landes ungleichförmigen Regel erhoben wird und die Berechtigungen bald ein Theil des Kammergutes, bald im Besitze der Kirche oder einzelner Staatsbürger sind, überdies die *Be h n t e n* einen Gegenstand des Verkehrs bilden. So lange der *Domänenzehnte* nicht umgewandelt wird, hat man zuvörderst durch eine genaue *Be h n t e n*-beschreibung dafür zu sorgen, daß der Umfang und die Beschaffenheit des *Be h n t e n*-rechtes außer Zweifel gesetzt und gegen jede Beeinträchtigung gesichert werde, §. 156, 1. Was die Erhebung betrifft, so hat man zwischen folgenden Arten zu wählen:

- 1) der Zehnte wird als solcher von den Zehntpflichtigen entrichtet und entweder
 - a) auf Rechnung der Domänenkasse eingezogen (§. 159),
 - oder
 - b) verpachtet (§. 160.);
 - 2) die Zehntentrichtung wird durch eine ausbedungene Abfindungssumme ersetzt (§. 161.).
- (a) Regener, Ueber die Verwaltung der landesherrlichen Zehnten, Karlsr. 1829. — Ueber den Betrag der Z. in Württemberg s. §. 155 (a). Das Zehntrecht des Staats erstreckt sich über 1·107 800 Morgen Acker (44 Proc. alles Ackerlandes), 76 008 M. Wiesen (9,8 Proc.) und 50 700 M. Weinberge (62 Proc. des ganzen Weinlandes). In Baden schreitet die Ablösung der Z. rasch fort. Von den 1518 Domonial-Z. waren zu Ende 1846 schon 1501 abgelöst für ein Capital von 17·400 000 fl., von sämtlichen 5778 Z. im Lande waren noch 1701 unabgelöst.
- (b) In Griechenland ist der Z. eine Grundsteuer.
- (c) Ausgenommen die Befugniß der Regierung, den Z. auf Ländereien, die neu oder von neuem angebaut werden sollen, eine Zeit lang für ruhend zu erklären, Bad. Landr. Art. 710 cu.

§. 160.

Die eigene Einziehung auf Rechnung des Staats ist mühsam und kostspielig (a), man sucht sie deshalb zu vermeiden und ordnet sie nur ausnahmsweise in solchen Fällen an, wo eine gleich vortheilhafte Uebereinkunft mit der Gemeinde oder den Pachtlustigen nicht zu Stande kam. Hierbei ist hauptsächlich Folgendes zu beobachten:

a) Die Weinlese darf nicht zu beliebiger Zeit, sondern nur an den nach vorgängiger Besichtigung durch obrigkeitlichen Beschluß für jeden Theil einer Ortsgemarkung bestimmten Tagen vorgenommen werden. Die Erntezeit der anderen Gewächse muß man freilich den Landwirthen freistellen.

b) Es wird eine hinreichende Anzahl verpflichteter Aufseher (Z. Inspectoren), welche die zur Hand gehenden Zehntknechte, Fuhrleute u. unter sich haben, aufgestellt;

c) Diese zeichnen die erhobenen Quantitäten auf und sorgen dafür, daß der Antheil des Staats nicht geschmälert werde, z. B. durch Ungleichheit der Garben (b), früheres Schneiden einzelner Grundstücke, Abgabe des Zehntweins vom zweiten Ablauf (c) u. dgl.

- (a) Weil in diesem Falle weniger Ungewißheit über die Ergiebigkeit der Ernte stattfindet, Regenauer, S. 23. — In Württemberg ist neuerlich die mehrjährige Verpachtung Regel, s. Hoffmann, S. 82. 89.
- (b) Baden: Am 1. Sept. wird den Pächtern eröffnet, welchen Theil des Pachtzinses die Regierung in natura bedarf. Der Rest wird nach dem Mittelpreise der 4 nächsten Wintermonate in Geld angesetzt, doch mit Abzügen von 5—10 Procent nach der größeren oder geringeren Entfernung vom Markorte. B. v. 21. Mai 1822. —

§. 162.

Die temporäre Abfindung mit der zehntpflichtigen Gemeinde oder mit der Gesamtheit der Zehntpflichtigen in ihr ist keine wahre Verpachtung, weil der Zehnte nicht wirklich eingezogen, sondern die Abfindungssumme unter den Mitgliedern der Genossenschaft nach ihrer Wahl umgelegt oder sonst von ihnen aufgebracht wird. Dieses Mittel ist als eine Vorbereitung zur gänzlichen Umwandlung des Zehnten nützlich und verdient bei gleicher Einträglichkeit für die Staatscasse der Verpachtung vorgezogen zu werden. Man kann dasselbe auch auf mehrere Jahre hinaus erstrecken, nach Maßgabe einer Durchschnittsberechnung (a). Man muß zu diesem Behufe ein genaues Verzeichniß der zehntpflichtigen Ländereien jeder Art zu Grunde legen. Die Summe wird bei dem Getreidezehnten in Früchten bedungen und in diesen oder in Geld nach den Marktpreisen abgeführt. Da sie sich auf ausgedroschene Körner bezieht, so müssen zwar die Ablösenden die Kosten des Dreschens übernehmen, aber sie behalten dafür das zur Vermehrung der Düngestoffe nützliche Stroh.

- (a) In Württemberg meistens sogar auf 27 Jahre. Daher hat man die zum Zehnten gehörigen Scheunen und Kelter schon verkauft. Perdeggen, S. 77.

§. 163.

Die in dem Wesen des Zehnten, als einer Abgabe von dem Rohertrage, liegende Erschwerung landwirthschaftlicher Verbesserungen, so wie die Kosten, Verluste und Störungen bei der Erhebung machen, wenn die Kunst im Landbau und die Einsicht der Landwirths einen gewissen Grad erreicht haben, eine Abschaffung dieser Abgabe wünschenswerth, II, S. 66—68. Während die berechtigten Privatpersonen nicht zum Aufgeben des Z. gezwungen werden dürfen, wenn ihnen nicht der ganze Ersatz

Monarch. II, 272. 276. — Nach dem Antrage der Majorität der Zehntcommission in der 2. Kammer sollte der Berechtigte, und also auch die Domänenkasse, das 15fache erhalten, wovon das 9fache dem Pflichtigen zur Last fiel; der Staat schosse bei den Privatgehäten das 6fache zu. Die Minorität wollte dem Zehntpflichtigen das 13fache des reinen Ertrages auflegen und den Zuschuß der Staatskasse für die Privatberechtigten auf das 5fache beschränken. Die Kammer selbst sprach sich 1831 dafür aus, daß der Berechtigte das 15fache erhalte und der Pflichtige hiervon $\frac{2}{3}$ zahle.

- (c) II, §. 66 und die dort (a) angef. Schriften von Zacharia, Birnbaum, v. Babo und Rau. Krönke, Ueber Aufhebung etc. S. 49, ferner vergl. Möser, Patriot. Phantas. IV, Nr. 67. — Lang, Histor. Entwickl. der deutschen Steuerverfassung. S. 38. — Mittermaier, Grundf. des deutschen Priv. R. §. 181.
- (d) Einen Beweis liefert namentlich das Großh. Hessen, Gesetz v. 15. Aug. 1816, in Goldmann, Gesetzgebung des Großh. Hessen in Beziehung auf Befreiung des Grundeigenthums etc. 1831. S. 207. Ueber die Wirkungen dieses Gesetzes s. Goldmann, S. 65. Die fiskalischen Z. waren schon bis zum 1. Jan. 1831 in 320 von 604 Gemarkungen ganz, in anderen vorläufig theilweise umgewandelt worden. Auch in Nassau hat die Zehntablösung einen guten Fortgang, und zwar durch freie Vereinbarung der Betheiligten. In Sachsen, Hannover und Weimar (Ges. v. 18. Mai 1848) findet ebenfalls Umwandlung oder Ablösung ohne Staatsbeitrag statt.
- (e) Dahin gehört z. B. der Eindruck des in Frankreich 1789 gegebenen Beispiels und die Verschlimmerung in der Lage des Bauernstandes seit dem Mittelalter durch die Besteuerung. — In Baden ist, nach den in (a) erzählten Vorgängen, im Zehntgesetze vom 25. Nov. 1833 der sehr beträchtliche Staatszuschuß von $\frac{1}{3}$ der Ablösungssumme festgesetzt worden, der überdies bis zur beendigten Ablösung jedes Zehntrechtes oder wenigstens bis zum 1. Jan. 1844, vom 1. Jan. 1834 an, mit Zwischenzinsen zu 4 Proc. verzinst wird. Am 1. Jan. 1849 waren nur noch 5 Domonialzehntrechte nicht abgelöst. Die hieraus entspringende Vermehrung der Staatsschuld wird zu 9.900.000 fl. berechnet (s. Bericht des ständischen Ausschusses vom 8 Dec. 1840 von Speyerer). Die Last, die für die übrigen Staatsbürger aus jenem großen Staatsbeitrage entsteht, mindert sich darum, weil die Zehntpflichtigen selbst zu den Steuern beitragen, also ungefähr $\frac{2}{3}$ der Ausgaben tragen, vorläufig von 20 auf 12 Procent des Capitals. Die Verhandlungen der beiden Kammern von 1833 bilden eine ausführliche Erläuterung des Zehntgesetzes, doch wurde der Zweifel an der Zweckmäßigkeit jener großen Staatsausgabe am wenigsten beachtet. — Ueberblick des Gegenstandes in dem Vortrage von Rau, Protok. der 1. K. I, 255 — Aufsätze von Roh und Regener in Rau, Archiv II, 1. Heft. — Vogelmann, Die Z. Ablösung im Gr. Baden, Karlsr. 1838. — Die Regierung von Bern hat in den letzten Jahren das ganze Zehntablösungscapital an der Stelle der Zehntpflichtigen bestritten!
- (f) In Baden ist zur Leitung des Ablösungsgeschäftes eine eigene Zehntsektion in der Hofdomänenkammer errichtet worden.

§. 163.

Die beiden Schritte, welche zur gänzlichen Beseitigung der Zehntpflicht geschehen können, sind

gen das Ablösungscapital vorgeschossen und dessen Tilgung durch eine Zeitrente gestattet wird (f).

- (a) Im Gr. Hessen sollen nach §. 4 des ang. Gesetzes drei von der Hofkammer, der Gemeinde und dem Justizamte ernannte Sachverständige die Schätzung vornehmen. Indes zeigte sich, daß die vorläufigen Durchschnittsberechnungen der Oberfinanzkammer völliges Zutrauen gewannen und die Bestellung der Sachverständigen allmählig nicht mehr verlangt wurde. Goldmann, S. 67. — Sundeshagen (Zeitbedürfnisse, 1. Heft. 1833. S. 15) macht auf ein noch nicht benutztes Hülfsmittel zur Schätzung aufmerksam, nämlich den Preisunterschied des belasteten und des lastfreien Landes; nur müßte hierbei auf Gleichförmigkeit der verglichenen Ländereien nach Boden, Lage &c. genau geachtet werden. — In Baden sind viele Ablösungen von ärarischen Z. auf den Grund der von den Domänenverwaltungen aufgestellten Ertragsberechnungen abgeschlossen und es ist nur selten von dem umständlichen gerichtlichen Verfahren Gebrauch gemacht worden. Zwei Instructionen der Hof-Dom. K. vom 19. Juni 1835 für die Domänenbeamten.
- (b) Den Weinzehnten in eine Weinrente umzuwandeln, verbietet die verschiedene Beschaffenheit des Weines von Jahr zu Jahr. Es bleibt daher nur eine Geldrente übrig, auch tritt hier eine Erleichterung zufolge der großen Administrationskosten ein, weshalb die dem Reinertrage gleichkommende Rente ziemlich gering ausfällt. In Zeiten wiederholter Fehljahre kann eine theilweise Stundung der Geldrente nothwendig werden.
- (c) Angef. Gr. Hess. B. §. 12. — Baier. B. über die Umwandlung der Zehnten &c. des Staates vom 8. Febr. 1825, §. 4. — Regener, a. a. S. 55. — In Baiern waren von den 5503 Gemarkungen, in denen der Staat Z. hat, zu Ende 1841 in 7984, Ende 1845 in 8112 die Z. vollständig umgewandelt („fixirt“).
- (d) Regener, S. 69. — Baier. B. §. 11. — Eine Milderung liegt freilich auch darin, daß die Zehntrente wegen des Abzugs für Kosten und Verluste geringer ausfällt, als der Zehnte selbst. Im Gr. Hessen haben sich nach Kröncke (Ueber Aufhebung &c. S. 10) die Renten nur zu 45 Proc. des Zehnt-Bruttoertrages gestellt!
- (e) S. II, §. 70, Nr. 4. — Die Baulasten bildeten die Hauptschwierigkeit bei der bad. Zehntablösung. Adresse beider Kammern in diesem Betreff, veranlaßt durch die Motion von Vogelmann, im J. 1840, f. Commissionsbericht in d. 1. K. Beil. 180 (von Rau). Verordn. v. 35. März 1841.
- (f) S. II, §. 60. — Die bad. Zehntschuldentilgungscasse leiht den zehntpflichtigen Gemeinden das Capital gegen einen Zins und Tilgebetrag. Sie hatte am letzten Juni 1846 2.532.597 fl. Capital bei denselben ausstehen; manche Gemeinden machten sich zu einer jährlichen Abtragung von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{10}$, $\frac{1}{12}$ &c. des Capitals anheischig. S. Ausschußbericht v. 8. Dec. 1840 (von Rau) in d. Verhandl. d. 2. K. v. 1841, I, 58.

§. 165.

Die zu den Kammergütern gehörenden Weiderechte auf Privatländereien werden gewöhnlich durch Verpachtung benutzt.

Die Nachtheile solcher Rechte für den Landbau und die aus der Ausübung der Weiderechtigkeit herrührenden Streitigkeiten (II, S. 72 ff.) werden sehr gemindert, wenn die weidepflichtige Gemeinde selbst als Pächterin auftritt, sie mag nun auf ihre Rechnung eine Schäferei halten oder die Weide ganz ruhen lassen. Es ist daher zweckmäßig, solche Pachtverträge mit den Gemeinden zu Stande zu bringen, zugleich aber die dauernde Umwandlung in feste Grundzinse, nach dem bisherigen Durchschnittserträge, zu begünstigen (a).

(a) Großh. Hess. Ges. zur Umwandlung der fiscal. Schaafweiderechte vom 21. Mai 1817, Goldmann, S. 82. 222. — Ueber die Domasial-Weiderechte in Baden s. Wehrer, S. 34.

II. A b s c h n i t t.

Einkünfte aus Hohheitsrechten.

1. H a u p t s t ü c k.

Von den nutzbaren Hohheitsrechten im Allgemeinen.

§. 166.

Der Ausdruck *Regal* ist im deutschen Staatsrechte auf verschiedene Weise gefaßt worden (a). Früherhin wurden öfters sämtliche Rechte der Staatsgewalt mit diesem Namen bezeichnet, wobei man sich aber genöthigt sah, die im Wesen des Staats begründeten, nothwendigen Hohheitsrechte als *regalia majora* von denjenigen zu unterscheiden, welche nur in einzelnen Ländern zufolge eines besonderen thatsächlichen Grundes bestehen und sich auf die Benutzung gewisser Einnahmequellen beziehen. Diese sogenannten nutzbaren oder Finanzregalien (*jura utilia fisci, regalia minora*) tragen heutiges Tages den Namen *Regalien* vorzugsweise. Sie entstanden im deutschen Reiche und in den einzelnen deutschen Gebieten aus mancherlei Veranlassungen (b), vermehrten sich mit der Befestigung der Landeshohheit und erstreckten sich, jenachdem die landesherrliche Gewalt stärker oder schwächer war, in den verschiedenen Ländern mehr oder weniger weit. Der Umstand, daß sie zu den Kammereinkünften gezählt wurden und daher der Einwirkung der Landstände entzogen waren, trug bei, sie beliebt zu machen. Was aber auch immer das positive Staatsrecht unter die Regalien rechnen mag, die Finanzwissenschaft,

ist ohne Zweifel befugt, für diese Gattung von Einkünften einen wirthschaftlichen Begriff aufzustellen, den sie aus einer Eintheilung aller Staats-Einnahmen ableitet. Da man die Regalien sowohl dem Eigenthumsrechte des Staates an werbenden Vermögenstheilen, als dem Rechte, Auflagen zu fordern, entgegengestellt hat, so liegt das Eigenthümliche derselben in der Benützung einer Erwerbsquelle, welche die Regierung vermöge eines Vorrechtes betreibt (§. 85), daher sind solche Berechtigungen zu Einkünften, welche dieses Merkmal nicht an sich tragen, aus der Reihe der Regalien auszuschließen, z. B. das sogenannte Zollregal.

(a) Bestimmung Friedrichs I. auf dem Reichstage in den ronalischen Feldern im J. 1158, was Regalien seien, d. i. kaiserliche Gerechtsame, welche andere Personen nur durch Belehnung erlangen konnten. II. Feudor. 56. v. Raumer, Hohenstaufen. IV. B. 3. S. u. IX. Buch B. Nr. IV, 4. — Höchst abweichende Vorstellungen der älteren Publicisten. Regalia vero, quae sint, vix definiri poterit, schrieb Klock, De aerario, S. 83 b. 2. Ausg. — Matthaeus de Afflictis nahm 125, Chassaneus 208, Petrus Antonius de Petra aber 413 Regalien an! Ebend. S. 107. Vgl. Bergius, Magazin, Art. Regal, VII, 242. — Klüber, Deffentl. Recht des deutschen Bundes, S. 99. — Schmittenner, Allg. Staatsrecht, S. 271. 347.

(b) Mittermaier, Privatrecht, I, S. 202.

§. 167.

Zur Benützung eines Regales werden zwar Capitale und meistens auch Grundstücke zu Hülfe genommen, wie bei dem einfachen Privaterwerbe der Regierung, aber es kommt eine gesetzliche Beschränkung des Mitwerbens der Bürger hinzu, wodurch die Regierung in der Betreibung eines Erwerbsgeschäfts in Vorthail gesetzt wird. Der reine Ertrag eines solchen Regales kann folglich bestehen:

- 1) aus denjenigen Einkünften, welche die Regierung auch bei freiem Betriebe beziehen kann, nämlich der Capital- und Grundrente und einigem Gewerbsverdienste, der jedoch nicht erheblich ist, weil der Staat die Verwalter besolden muß und diese nicht so eifrig, wie Unternehmer auf eigene Rechnung, zu wirken pflegen;
- 2) aus einem Monopolgewinne zufolge einer künstlichen Ver-

theuerung der gewerbsmäßig zum Verkaufe gebrachten Leistungen.

Dieser zweite Bestandtheil des Regal-Einkommens fällt bei solchen Hohheitsrechten hinweg, die das Mitwerben des In- oder Auslandes nicht ausschließen und sich nur darin äußern, daß die Regierung ein Gewerbe da betreiben darf, wo sie nicht durch ein Eigenthumsrecht, namentlich von Grundstücken, dazu befugt ist. Bei anderen Regalien könnte man den Monopolgewinn ohne jenen Gewerbeertrag der Staatscasse zuzuwenden versuchen, wenn man den Gewerbsbetrieb den Einzelnen überließe und dafür eine Abgabe in der Form einer Steuer forderte. Der Monopolgewinn kommt seiner Wirkung nach mit einer Steuer überein und kann darum nicht ohne Rücksicht auf die allgemeinen Grundsätze der Besteuerung richtig beurtheilt werden; er unterscheidet sich aber von dem Steuerertrage durch seine Verschmelzung mit einem Gewerbeeinkommen. Steuern werden den Bürgern abgefordert, der Regalgewinn dagegen wird von den Gewerbsanstalten des Staates im Preise der verkauften Waaren oder Leistungen mit bezogen. Sein Eingehen ist daher auch sicherer als der Ertrag einer Steuer.

§. 168.

Die Regalität darf sich nicht über viele Gewerbe ausbreiten, sonst würde die Betriebsamkeit des Volkes vernichtet. Einzelne Unternehmer vermögen gewöhnlich aus einem Gewerbe größere Einnahmen zu ziehen und die Kosten sparsamer einzurichten, als die Regierung; sie erzielen daher bei gleichen Umständen einen reichlicheren Ertrag. Wenn also auch der aus einem gewissen Regale erwachsende Monopolgewinn als Steuer betrachtet unschädlich wäre, was bei manchen Regalien nicht der Fall ist, so bliebe doch der Nachtheil einer kostbareren und minder ausgedehnten Production. Hiezu kommt in vielen Fällen noch der Druck der Zwangsmaaßregeln, die man zu Hülfe nehmen muß, um das lästige Mitwerben von Privaten zu verhindern (a). Wie sich die Gewerbsthätigkeit eines Volkes ausbildet und erweitert, so muß aus diesen Gründen derselben ein freierer Spiel-

raum eröffnet werden, und dieß zieht nothwendig eine Verringerung des durch Regalien erhaltenen Einkommens nach sich. Die Errichtung neuer Regalien würde in den Gewerben, welche sich schon in den Händen der Bürger befinden, nicht ohne Bedrückung derselben ausführbar sein, auch wurden die meisten Regalien in solchen Erwerbswegen gegründet, die noch von Niemand oder doch nur in geringem Umfange benutzt worden waren.

(a) Druck der Regalien, zu denen viele der wichtigsten Gewerbe gezogen worden sind, in Aegypten unter dem Vicekönig Mehmed Ali. Wer z. B. Baumwolle, Reis, Indigo, Seide, Zucker, Salz u. erzeugt, muß es gegen bestimmte Lizenzen an den Staat abgeben, der mit vielen Opfern ein künstliches Fabrikensystem geschaffen hat. Bis 1826 hat dasselbe schon 7 Mill. fl. gekostet. Die Handleute erhalten sehr oft ihre Lieferungen nicht zu rechter Zeit baar bezahlt, s. v. Prosch, Erinnerungen, II, 124. 192. 201. — Ein merkwürdiges Beispiel weit getriebener Zwangsmaßregeln bietet das brasilische Diamantenregal dar. 1772 übernahm die portugiesische Regierung die Verwaltung der Diamantenwäschereien selbst. Der Diamantenbezirk (demarcação diamantina) von Tejuco wurde einem, in allen Regierungsangelegenheiten unumschränkten General-Intendanten untergeben, der den Eintritt in den Bezirk nur auf motivirte Bittschriften und auf bestimmte Zeit gestattete. Der Bezirk wurde von Wachtposten umgeben, selbst die Einwohner durften nicht ohne schriftliche Erlaubniß des Intendanten die Gränze überschreiten und beim Austritte wurde man auf das Strengste visitirt. Dieß hat neuerlich, bei der Verpachtung jener Wäschereien, wieder aufgehört. v. Spir u. v. Martius, Reise in Brasilien, II, 429. 433 ff. — Eäßiges Regal der Getreideeinfuhr, des Mahlens und Backens im Fürstenthum Monaco bis 1841.

§. 169.

Die Beibehaltung eines Regales kann nur gerechtfertiget werden:

1) aus finanziellen Gründen, a) wenn ein Gewerbe ausnahmsweise von der Regierung eben so gut als von Privatunternehmern betrieben werden kann, was etwa von dem Vorhandensein kundiger und thätiger Verwalter, von der geringeren Kenntniß der Betriebsregeln unter den Bürgern, von dem Besitze kostspieliger stehender Einrichtungen, von der Größe der Unternehmung u. dgl. herrühren könnte. In solchen Umständen treten aber mit der Zeit auch bisweilen Aenderungen ein; b) wenn das aus einem Regale entspringende Monopoleinkommen den Erfordernissen einer guten Steuer entspricht, d. h. nicht den nöthigsten Lebensunterhalt schmälert und die Wohlhabenden

ungefähr im Verhältniß ihres größeren Einkommens stärker trifft. Hierbei bleibt aber noch der Zweifel, ob die Regierung sich deshalb auch mit dem Gewerbsbetriebe befassen muß;

2) aus anderen Gründen, wenn die Freigebung eines Gewerbes von irgend einer Seite das allgemeine Wohl gefährden würde (a).

(a) Diesen Grund hat man früher zu leicht hin angenommen. Denn wenn auch eine gemeinnützige Thätigkeit der Regierung, wie bei der Sorge für den Bergbau, vorhanden ist, so muß doch erst dargethan werden, daß das Regal mit derselben in nothwendiger Verbindung steht und der nämliche Zweck nicht durch Aufsichtsmaassregeln zu erreichen sein würde.

§. 170.

Dieselben Gründe, welche die Beibehaltung eines Regales empfehlen, müssen auch die Regeln zur Benugung desselben darbieten.

Zu 1, a (§. 169.). Man darf der Privatbetriebsamkeit die Gelegenheit nicht verschließen, sich späterhin in solchen Zweigen zu versuchen, die vielleicht in früheren Perioden nicht für sie paßten. Wo daher nur dieser erste Grund der Regalität stattfindet, da ist der allmälige Uebergang eines regalisirten Gewerbszweiges in Privathände eher zu befördern als zu verhindern.

Zu 1, b. Die künstliche Preiserhöhung zu Gunsten der Staatscasse darf nicht so weit gehen, daß sie den Verbrauch einer Waare für nothwendige Zwecke hinderte, auch sollte man darnach streben, eine solche Einnahme, wenn man sich überhaupt für sie entschieden hat, ohne die lästigen Formen der Regalität durch eine Besteuerung aufzubringen.

Zu 2) Die Beschränkungen des Gewerbefleißes der Bürger sollten sich nicht weiter erstrecken als es die Rücksichten der Polizei, Volkswirthschaftspflege u. dgl. gebieten, wie bei den Posten und Lotterien. Was mit diesen Rücksichten nicht genau verbunden ist, kann freigegeben werden.

§. 171.

Die Regalien, das Vermächtniß einer Zeit, in welcher man die Staatseinkünfte ohne den Hinblick auf die ganze Volkswirtschaft nur nach físcalischen Betrachtungen einrichtete, werden großentheils nach und nach aus dem Finanzwesen verschwinden und man wird Mittel finden, die gemeinnützige Seite derselben in eine Sorgfalt und Aufsicht umzuwandeln, die dem Unternehmungsgeiste der Bürger kein Hemmiß mehr entgegenstellt. Diese Umänderung, wie jede bedeutende Verbesserung, kann jedoch nicht plötzlich bewerkstelligt werden und bei einigen Regalien scheint sie noch ziemlich schwierig und entfernt zu sein. In einem gegebenen Zeitpuncte kann schon die Schwierigkeit einer Steuererhöhung die Beibehaltung eines Regals empfehlen, wenn man gleich dessen Mängel einsieht. Die Aufgebung eines vom Staate betriebenen Erwerbszweiges setzt auch voraus, daß man die in denselben verwendeten Capitale, stehende, wie umlaufende, von den neuen Privatunternehmern erstattet oder verzinsset erhalten könne. — Die Gegenstände der Regalien sind:

- 1) Erbarbeiten; Bergbau, Förderung des Steinsalzes und der Salzfoole, Sammlung von Salpetererde, Goldwäscherei, Jagd, Fischerei u. dgl.
 - 2) Gewerksarbeiten; Salz- und Salpetersieden, Münzprägung, Tabaksbereitung ic.
 - 3) Handelsgeschäfte; Salzhandel ic.
 - 4) Dienstgeschäfte, welche unmittelbaren persönlichen Nutzen oder Vergnügen bereiten; Fortschaffungsgewerbe (Post, Eisenbahnbetrieb), Lotterie.
-

2. Hauptstück.

Das Bergwerksregal.

§. 172.

Das Bergwerks- (Berg-) Regal (a) ist die Befugniß der Regierung, aus der bergmännischen Gewinnung von Mineralien eine Einnahme zu beziehen, es sei nun durch eigene Betreibung, oder durch Abgaben von Privatbergwerken. Verschieden hievon ist die Berghoheit, d. h. die Befugniß der Regierung, aus Gründen der Volkswirthschaftspflege und Polizei den gesammten Bergbau einer Oberaufsicht zu unterwerfen. Diese beiden ihrem Zwecke nach durchaus verschiedenen Rechte wurden im deutschen Staatsrechte ehemals mit einander vermengt, der finanzielle Gesichtspunct wurde mehr hervorgehoben als der volkswirthschaftliche und polizeiliche, und der Inbegriff aller den Bergbau betreffenden Regierungsrechte wurde oft mit den Namen Bergwerksregal im weiteren Sinne bezeichnet. In früheren Zeiten, als der Bergbau einträglicher war (b) und große Privatunternehmungen nicht so leicht zu Stande kamen und gelangen, als heut zu Tage, waren die Regierungen eifriger darauf bedacht, die Benützung der Mineralschätze an sich zu ziehen (c). Hiezu ergab sich eine Gelegenheit, weil das Recht zum Bergbau, wenn derselbe überhaupt gedeihen soll, nicht jedem Grundeigenthümer innerhalb seiner Gränzen zustehen darf, sondern von der Regierung ertheilt werden muß (II, §. 36.), die es also auch sich selbst vorbehalten kann. Nach dem deutschen Bergrechte hat aber jeder Finder einer Lagerstätte den Anspruch darauf, daß er mit der Erlaubniß zur Eröffnung des Baues belehnt werde, und diese sogen. Freierklärung des Bergbaues (II, §. 37.) hat viele Privatunternehmungen hervorgerufen, so daß der Staat kein ausschließendes Betriebsrecht hat. Dennoch kann man die vor-

handenen Staatsbergwerke nicht lediglich als Wirkungen des Domänenbesitzes erklären (a), weil sie zum Theile auf Privatländereien angelegt sind und also ein Vorzugsrecht der Regierung voraussetzen (e). Dieses besteht auch noch jetzt insoferne, als die Regierung in solchen Fällen, wo kein Privatmann geschürft (d. h. mit obrigkeitlicher Erlaubniß nach Mineralien gegraben) und gemuthet (d. h. Beilehnung mit dem Rechte zum Bergbau gesucht) hat, befugt sein würde, einen neuen Bau auf eigene Rechnung zu beginnen. In Ansehung derjenigen Mineralstoffe, auf welche sich die Berggesetzgebung bezieht, findet zwischen den einzelnen Staaten eine Verschiedenheit Statt (f). Dem erwähnten Zwecke nach sollte das Erforderniß eines kunstmäßigen Grubenbaues entscheiden. Die finanzielle Betrachtung dieses Hoheitsrechtes muß sich sowohl auf den Staatsbergbau als auf die Abgaben von dem Privatbergbau erstrecken.

- (a) Ueber den älteren Stand dieser Lehre s. Bergius, Neues P. und Rom. Magaz. I, 229 ff. und v. Cancrin, Berg-Kameral- und Bergpolizeiwiss. 1791; — Ueber die neueren Ansichten vergl. v. Jakob, I, §. 277 ff. §. 344 ff. — Foh, III, 156. — Fulda, S. 111. — v. Malchus, I, 83. — Mittermaier, Privatrecht §. 241 ff.
- (b) Viele Lagerstätten sind jetzt erschöpft oder müssen doch mit mehr Kosten in größerer Tiefe gebaut werden, die Holzpreise und der Arbeitslohn sind gestiegen, auch bewirken die besseren Straßen ein stärkeres Mitwerben der Erzeugnisse verschiedener Länder. — Im bayer. Fichtelgebirge waren vor Alters viele Goldseifen- (Wasch-) werke, weil die an den tieferen Stellen angeschwemmte Erde (wie in Californien) viele Goldtheile enthielt, die man nur auszuwaschen brauchte. Dieß erwähnt schon Otfried im 9. Jahrh., s. Fischer, Gesch. des t. Handels, I, 121. 2. Ausg. Erst als diese leichte Gewinnungsart ihr Ende erreichte, begann der bergmännische Betrieb, aber anfänglich so nachlässig, daß man späterhin dreimal nach einander das früher als unnütz Weggeworfene (taubes Gestein, Pal-den) auswusch (auskuttete), s. Dürschmid, Beschreib. von Goldkronach, S. 118. 137.
- (c) Bei dem viel höheren Preise der edlen Metalle im Alterthume, den niedrigen Getreidepreisen und der Anwendung von Staatsklaven konnten die Bergwerke große Gewinnste geben und zur Macht der Staaten bedeutend beitragen. Der Reichthum des Krösus ist von den Goldwäschen am Amolus abzuleiten, so wie die den Lybiern zugeschriebene Erfindung des Ausmünnens der edlen Metalle. Die Silbergruben von Laurion und die thrazischen Goldbergwerke waren für Athen wichtig. Auch die macedonischen Könige und die Carthager zogen große Summen aus dem Bergbau. In Athen waren

mäßigen Betriebes und als Pflanzschulen geschickter Werkmeister sehr gute Dienste geleistet, sind aber in dieser Hinsicht jetzt weniger nothwendig. Viele Privatbergwerke werden gut verwaltet. Die Regierung kann durch die Aufsicht ihrer Bergbeamten wenigstens solche Fehlgriffe verhüten, von denen die Sicherheit oder die Fortdauer eines Grubenbaues gefährdet wird, II, S. 38. Es ist deßhalb in volkswirthschaftlicher Hinsicht unbedenklich, die Eröffnung neuer Bergwerke dem Erwerbseifer der Bürger zu überlassen. Zeigt sich unter den Bedingungen, welche die Regierung für unerlaßlich hält, keine Neigung bei den Privaten, ein Werk zu eröffnen, so ist dann erst zu überlegen, ob dieß von Seiten des Staates mit geringerer Schwierigkeit und besseren Aussichten geschehen könne. So lange die Capitale eines Landes vortheilhaftere Anwendungen finden, ist es zwar nicht zu bedauern, daß sie dem Bergbaue noch nicht zufließen, und es braucht in dieser Hinsicht dem natürlichen Entwicklungsgange der Gewerbsamkeit nicht vorgegriffen zu werden (b), doch ist auch zu bedenken, daß bisweilen Vorurtheile oder Unkunde die Privaten abhalten, und dann ein wohl gelungenes Beispiel gute Dienste leistet, sowie auch unter manchen Umständen ein neues Werk am leichtesten von der Regierung in Gang gebracht werden kann, S. 177. Dieß gilt insbesondere von großen Entwässerungsstollen (Erbstollen) und Wasserleitungen, II, S. 42.

(a) Frankreich, Großbritannien; dagegen aber sind in Rußland, Oesterreich, Preußen, Spanien, Schweden und Norwegen u. viele Staatsbergwerke. Baden und Württemberg besitzen nur einige, mit den Eisenhütten in Verbindung stehende Eisengruben, Belgien nur die Steinkohlengruben von Kerkrade, die gegen 280 000 Fr. tragen, und einige kleinere Werke.

(b) v. Jakob, I, 263. 265.

§. 174.

Die Staatsbergwerke werfen im Ganzen, ungeachtet einzelne ziemlich ergiebig sein mögen, in den meisten Ländern einen geringen Reinertrag ab, sowohl im Verhältniß zur ganzen Staatseinnahme, als zum angewendeten Capitale (a). Die Ursachen hievon liegen theils in den allgemeinen Verhältnissen

des Bergbaues, der in stark bevölkerten Ländern mit der Zeit seine Einträglichkeit verliert, (§. 172. und I, §. 351.), theils in einigen dem Betriebe durch die Regierung eigenthümlichen Umständen, nämlich 1) den größeren Kosten des sowohl zur Verwaltung einzelner Werke als zur höheren Leitung bestellten Personals, welches freilich auch zur Beaufsichtigung der Privatbergwerke nützliche Dienste leistet; 2) der Versuchung zu unnöthigen Bauten, zur Anstellung unzweckmäßiger Versuche und zu ähnlichen unwirthschaftlichen Maaßregeln, welche in einer Privatunternehmung sorgfältiger vermieden werden; 3) der Meinung, daß man aus volkswirthschaftlichen Gründen auch einen mit Verlust (Zubusse) verbundenen Grubenbau fortsetzen müsse.

- (a) Die beträchtlichen Bergwerke des ehemaligen Königreichs Westfalen trugen in 12jährigem Durchschnitt jährlich roh 9·829 100 Fr., rein 1·259 311 Fr. oder 12,⁸² Procent der rohen Einnahme. Unter den Ausgaben nehmen die Kosten des Grubenbaues und der Erzförderung 41,⁵⁶ Proc., die Aufbereitung und Schmelzung (Hüttenarbeit) 28,⁶⁶ Proc., die Besoldung der Beamten 8,³³ Proc., andere Ausgaben (Transport, Debit, Gebäude, Wasserleitungen etc.) 8,⁵⁵ Proc. hinweg; v. Malchus Fin. I, 95. Im Vergleich mit dem großen, in den Gruben- und Taggebäuden und den Maschinen stekenden Capitale wird sich jener Reinertrag als ziemlich gering darstellen. — Die hannoverschen Harzbergwerke trugen jährlich nur folgende in die Staatscasse fließende Ueberschüsse: 31 250 Rthlr. Conv. i. D. 1793—1806 im Ganzen, 16 480 Rthlr. Conv. i. D. 1814—30 von der Berghandlung und vom Communions- oder Unterharz zu $\frac{1}{4}$ (nach Abzug der Forsteinkünfte), 13 480 Rthlr. in derselben Zeit von den Eisenhütten. Der Anschlag für 1839 war 45 000 Rthlr. In Sachsen sind für 1837—39 i. D. 21 900 Rthlr., für 1842—45 143 900 Rthlr. angenommen. Hierzu tragen aber das Blaufarbenwerk Oberschlema und die Privatbergwerke bei. — Für Oesterreich berechnet Görnig (Statist. Tafeln) den Reinertrag des Aerialbergbaues im J. 1842 auf 800 000, im J. 1843 auf 1·396 000 fl. Das ganze sog. Montanisticum (mit den Abgaben von Privatwerken, 1849 auf 375 000 fl. rein angeschlagen, von Springer auf 400 000 fl. geschätzt, Statist. I, 186), einschließlich der Hüttenwerke, trug rein 1846 236 000 fl. R., — 1847 1·353 000 fl. R., — 1849 1·160 000 fl. R. Im letzteren R. sind Ungarn und Siebenbürgen nicht begriffen. Der ungarische Staatsbergbau brachte 1842 an 59 000 fl. Zubusse, 1843 312 000 fl. Ausbeute, der tirolische in beiden Jahren Zubusse, 98 000 u. 40 000 fl. — In Rußland sollen die Bergwerke über 8 Mill. fl. eintragen (Schubert). — Wegen der genauen Verbindung mit den Hüttenwerken (§. 155) läßt sich schwer ausmitteln, wie viel der Bergbau für sich allein erträgt.

§. 175.

Der letztgenannte Umstand bedarf einer näheren Beleuchtung. Wenn ein Bergwerk dem Staate die Kosten des Betriebes nicht mehr ganz vergütet, so ist es gleichgültig, ob die Zubuße aus der Ausbeute anderer Bergwerke oder aus anderen Staatseinkünften bestritten wird. Die übliche Einrichtung, daß die Hauptbergcasse die Zubußgruben im Baue erhält und nur die Ueberschüsse des ganzen Betriebes an die Staatscasse abgeliefert, ändert in der Sache nichts, und es verhält sich hiemit wie mit einem Landwirth, der aus dem Reinertrage seiner besseren Felder die Kosten zum Anbau der schlechten bestreitet und deshalb ungeachtet des größeren rohen doch einen kleineren Reinertrag übrig behält. Ein solcher Zuschuß ist wie eine andere Staatsausgabe zu betrachten und kann nur gerechtfertigt werden, wenn er eine gemeinnützige Wirkung hat. Ehemals verleitete die Ueberschätzung der edlen Metalle zu dem Irrthume, die Gewinnung derselben auch mit Zubuße noch für nützlich zu halten, weil man die dabei verzehrten Güter für minder werthvoll erachtete (a), eine Vorstellung, die keiner Berichtigung mehr bedarf. Wie Gold und Silber, so können auch andere leicht zu versendende Gegenstände des Bergbaues in der Regel leicht vom Auslande bezogen werden, wenn sie dort wohlfeiler erzeugt werden. Die Regierung hat also, seltenere Fälle ausgenommen (II, §. 209.), keine Verpflichtung, einen mit Aufopferungen verbundenen Bergbau aus der Rücksicht auf seine Erzeugnisse fortzusetzen.

(a) v. Justi und Delius glaubten, Gold- und Silberbergwerke müßten auch gebaut werden, wenn sie Zuschuß kosten. „Die darauf gewendeten Kosten bleiben im Lande und ernähren eine Menge Menschen. Das Land hingegen wird allemal um so viel reicher, als Gold und Silber mit diesem vermeintlichen Verlust aus der Erde gegraben werden.“ v. Justi, Staatsw. I, 246.

§. 176.

Es sind jedoch bei dem Verlassen von Zubußgruben noch andere Umstände zu erwägen: 1) Wenn die Arbeiten aufhören, so geht das in die Grubengebäude (Stollen, Strecken, Schachte, Gefenke), Maschienen, Wasserleitungen, Teiche, Dämme u. dgl.

warfet werden darf. Privatpersonen werden jedoch von der Uebernahme von Bergwerken durch manche Gründe abgehalten, z. B. durch die Ungewißheit über den künftigen Ertrag der schon lange gebauten Lager, die Besorgniß zunehmender Holztheuerung, das Schwanken der Ausbeute von Jahr zu Jahr ic, während die Regierung aus der Verbindung vieler verschiedenartigen Berg- und Hüttenwerke mancherlei Vortheile genießt (a). Bei den in geringerer „Teufe“ (Tiefe) liegenden, leichter zugänglichen Steinkohlenflözen fällt jene Ungewißheit hinweg, daher finden sich für diese am leichtesten Privatunternehmer, zumal da ihr Betrieb nur so mäßige Capitale erheischt, daß er selbst von begüterten Eigenlehnern geführt werden kann. Dasselbe gilt von manchen unter ähnlichen Verhältnissen vorkommenden Erzlagern (b).

(a) z. B. gute Benützung der Aufschlagewasser, Vermengung der Erze aus verschiedenen Gruben bei der Beschickung eines Schmelzofens, wohlfeiler Bezug von Materialien zur Verarbeitung ic.

(b) z. B. Bohnerz, Rasererz, verschiedene zu Tage anstehende Erze.

§. 178.

Ein Staatsbergwerk kann auf doppeltem Wege an Privatunternehmer gelangen.

1) Der Verkauf ist das einfachste Mittel, erfordert aber das größte Capital und setzt die Käufer in größere Gefahr, wenn der Bergbau seine Einträglichkeit verliert. Die vorausgehende Abschätzung wird auf den muthmaßlichen reinen Ertrag gegründet, Vorräthe von rohen oder verarbeiteten Stoffen werden besonders nach dem Marktpreise berechnet, auch wird bei denjenigen Theilen des stehenden Capitals, welche eine andere Verwendung zulassen, auf ihren dabei zu erreichenden Preis geachtet, der bei dem Verkaufe des Bergwerks als solchen jedenfalls erstattet werden muß (a).

2) Die Verpachtung ist in Hinsicht auf das erforderliche Capital leichter auszuführen (b), muß aber auf lange Zeit abgeschlossen werden, weil sonst der Pächter sich nicht zu neuen Verwendungen für das Werk entschließen würde. Auch eine Erbpacht (Verleihung) könnte gewählt werden. Der

Pächter würde weniger wagen, wenn er sich statt eines festen Pachtzinses zu der Abgabe eines gewissen Theiles von dem Reinertrage (Theilpacht, Quotenpacht) anheischig machte, oder sich mindestens eine Ermäßigung des Pachtzinses in Fällen, wo die Einträglichkeit über eine gewisse Gränze hinaus abnimmt, ausbedingte. Die Aufsicht, welche die Staatsbeamten über den Privatbergbau führen (II. S. 39), bietet eine bequeme Gelegenheit, die wirthschaftlichen Ergebnisse der verpachteten Gruben kennen zu lernen und also jene Bedingungen zu überwachen.

(a) Das bad. Blei- und Silberbergwerk zu Münsterthal (St. Trudpert, Amts Staufen) wurde 1833 an eine Gesellschaft (bad. Bergwerksverein) verkauft. In den letzten Jahren vor dem Verkaufe hatte dies Werk Zubuße erfordert, zum Theile wegen fortgesetzter Hönungsbauten, die sich nachher sehr belohnend zeigten. Die Schätzung im Jahr 1832 ergab 27 284 fl. Die Versteigerung brachte einen Erlös von 25 700 fl., nebst 11 229 fl., welche aus Vorräthen gelöst wurden. Der Betrieb durch die Gewerkschaft hatte eine Steigerung des Erzeugnisses zur Folge, s. Verh. d. I. Kammer, 1833. Beil. III, 219. 1837. Beil. Nr. 128. (beide Berichte von R a u.)

(b) v. Jakob, I, 206.

§. 179.

Die Leitung des Staatsbergbaues erfordert die Anstellung von Beamten, welche gründliche Kenntniß der bergmännischen Kunst in ihrer neuesten Ausbildung besitzen, zugleich aber wenigstens auf den höheren Stufen des Dienstes mit den Grundsätzen der öffentlichen Wirthschaftslehre vertraut sein müssen (a). Jeder einzelnen Grube steht ein Steiger, jeder Hütte ein Hüttenmeister vor. Ein Schichtmeister besorgt den gewerblichen Theil der Geschäfte (Cassen- und Rechnungswesen) bei einem oder mehreren nahe gelegenen Werken. Ein größerer Inbegriff von solchen ist einem Geschwornen, ein noch ausgedehnterer Bezirk einem Bergmeister untergeben (b). Dieser steht entweder unmittelbar, oder durch ein Mittelglied, eine Provinzialbehörde, unter der obersten Bergbehörde. Die Oberaufsicht auf den Bergbau der Privatunternehmer pflegt von den nämlichen Beamten und Behörden ausgeübt zu werden, allein sie hat nicht nur keine finanziellen Zwecke, sondern sie kann sogar bisweilen mit diesen in Widerspruch gerathen, wenn der Vortheil beider Arten von Bergwerken

sich gegenseitig beschränkt. Es wäre folglich besser, die Beaufsichtigung des Privatbergbaues ebenso wie die der Privatforstwirtschaft (§. 145.) unter die, zur Volkswirtschaftspflege berufenen Oberbehörden zu stellen. Hiedurch wird die Versuchung beseitigt, die Privatunternehmungen zu Gunsten der Staatsbergwerke zu beengen oder zu belästigen (c).

(a) Wie man der niederen oder Privatforstwirtschaftslehre die höhere oder Staatsforstwissenschaft (Forstdirectionslehre) entgegensetzt (§. 145 (a)), so muß man eine niedere und höhere Bergbaulehre unterscheiden. Letztere kann auch Staatsbergbaukunde oder Bergwerksdirectionslehre heißen und zerfällt in einen finanziellen und einen der Volkswirtschaftspflege zugehörenden Theil; gerade dies bezeichnen v. Conerins Ausdrücke: Bergkammeral- und Bergpolizeiwissenschaft.

(b) Dieser ist Vorgesetzter eines Bergamtes, wie der Forstmeister eines Forstamtes; überhaupt hat die äußere Einrichtung beider Zweige Aehnlichkeit.

(c) In Frankreich und Belgien sind die Bergbaubehörden dem Ministerium der Gewerbe und öffentlichen Arbeiten untergeben, was in Frankreich bei dem Mangel an Staatsbergwerken freilich sehr nahe lag. — Hat das Ministerium des Innern, auf den Vortrag eines Rathes aus der obersten Bergwerksstelle, die oberste Entscheidung in diesen Curatelverhältnissen, so wird hiedurch jene so häufig beklagte Bedrückung der Privatbergwerke durch die Staatsbergbeamten gründlich verhütet. Eine solche fehlerhafte Handlungsweise ist gemeinlich aus der Vorliebe für die Staatsbergwerke und aus dem Wunsche, dieselben von einer nachtheiligen Concurrenz zu befreien, hervorgegangen, hat aber dem Aufkommen des Bergbaues überaus geschadet, II, §. 38. v. Jakob, I, 272. Loh, III, 166. v. Malchus, I, 91. — Klagen dieser Art in Baiern, wo die Staatsbergwerke das Holz um 25 Proc. wohlfeiler erhielten und durch die Befreiung von Weggeld begünstigt wurden, Rubhart, I, 128.

§. 180.

Die Regeln für die vortheilhafteste Bewirthschaftung der Staatsbergwerke werden aus der Bergbaukunde, einem Zweige der bürgerlichen Wirthschaftslehre, geschöpft. Sie betreffen hauptsächlich folgende Gegenstände:

1) Vermehrung der Einnahmen, z. B. durch Erweiterung des auszubringenden Quantums, — Auffuchen guter Absatzgelegenheiten, — Zugutemachung von Nebenerzeugnissen, — angemessene Verarbeitung, — bessere Transportmittel;

2) sparsame Einrichtung der Ausgaben, z. B. Einführung der Gedingarbeit statt der Schichtarbeit, wo jene anwend-

bar ist (a), — wohlfeile Anschaffung der Werkzeuge (Gehölze), des Sprengpulvers u. dgl. — Mittel, den Verbrauch von Zimmerholz, Grubenseilen u. zu vermeiden;

3) Nachhalt der Grubenarbeiten; genaue Vermessung, — Entwerfung zuverlässiger Grundrisse und Durchschnitte von allen Gruben, — Erforschung der weiteren Erstreckung der Gänge, Flöze u., — planmäßige Fortführung des Grubenbaues, so daß der Zugang nicht gefährdet wird;

4) zweckgemäße Anordnung der Arbeiten nach den örtlichen Umständen, z. B. die Bestimmung der Art, das Gestein zu zertheilen, nach dem Grade seiner Festigkeit, Feuersegen, Sprengen, Hauen mit Schlägel und Bergeisen oder mit Keil- und Leithauen, — die Benützung der wohlfeilsten Art der Grubenförderung und Wasserhebung, durch Wasserräder, Roßkünste, Dampf- oder Wassersäulen-Maschinen u. a. m.;

5) gute Einrichtung des Rechnungswesens.

(a) Nämlich wo man im Voraus berechnen kann, wieviel Zeit ein gewisses genau begrenztes Geschäft erfordern werde.

§. 181.

Die Abgaben der Privatbergwerke an den Staat wurden ehemals, den Vorstellungen von der Regalität des Bergbaus gemäß, wie ein Pacht- oder Lehenzins angesehen und auf eine Höhe gebracht, bei der sie nicht selten entmuthigend auf die Unternehmer wirkten. Erwägt man, daß die Erlaubniß zum Betriebe von der Regierung nur nach Rücksichten der Volkswirtschaftspflege erteilt wird und daß der Bergbau, ein seiner Natur nach mit manchen Schwierigkeiten verknüpftes Gewerbe, eher begünstigt als erschwert werden sollte, so muß man das Bedürfnis einer schonenden Festsetzung dieser Abgaben anerkennen. Diese Maßregel trägt bei, zu einem schwunghafteren Betriebe zu ermuntern und kann auf diese Weise auch der Staatscasse allmählig das vergüten, was sie anfänglich einbüßt. Die Entrichtungen von den Privatbergwerken können in 2 Classen gebracht werden, 1) eine Entschädigung für das, was der Staat diesen Werken leistet, sei es durch die nützliche Mitwirkung seiner Beamten, sei es durch andere Vortheile (a);

2) ein Antheil an dem Reinertrage. Eine solche Abgabe muß bei Gruben, die keine Ausbeute tragen oder sogar eine Zubuße fordern, ganz hinwegfallen.

(a) Auf dem Harze z. B. unentgeltliche Lieferung des Zimmerholzes, Abgabe von Eisen, Pulver, Del, Unschlitt, zu mäßigen Preisen, Getreidelieferung an die Arbeiter um festen Preis. Hausmann, Zustand des hannov. Harzes, S. 115. Vergl. S. 182. Nr. 2.

§. 182.

Die früherhin gewöhnlichen Angaben, welche nach den aufgestellten Gesichtspunkten umgeändert werden müssen, waren (a):

1) Der Bergzehnte (II, S. 41.), d. i. der zehnte Theil aller gewonnenen Mineralien, also wie der Feldzehnte eine Abgabe vom Rohertrage (b). Die unverhältnißmäßige Höhe dieser Last ist so einleuchtend, daß man sie schon häufig bei einzelnen Gruben in einen festen mäßigen Zins oder wenigstens in eine niedrigere Quote, z. B. $\frac{1}{20}$, umgewandelt und bei Zubußgruben nachgelassen hat. Ob die Erhebung in natura (der zehnte Kübel) oder nach einem verabredeten Preise in Geld geschehen soll, dieß wird von der Regierung nach ihrer Bequemlichkeit angeordnet. Es ist rathsam, statt dieses Zehnten nur einen Theil des reinen Ertrages in Anspruch zu nehmen, so daß bei Zubußgruben von selbst die Abgabe wegfällt (c).

2) Die Quatembergelder, eine vierteljährige Geldleistung, als Beitrag zu den Besoldungen der Staatsbergbeamten, deren Aufsicht auf die Geschäfts- und Rechnungsführung der Gewerkschaften auch diesen selbst wohlthätig ist. Sie richtete sich bald nach der Menge der geförderten Gesteine, bald nach der Zahl von Arbeitern an einer Grube.

3) Die Receßgelder, eine Art von Canon, der aus dem Begriff einer Belehnung entsprang und nach der Größe des zu einer einzelnen Grubenberechtigung gehörenden Raumes (II, S. 37 (e)), bemessen wurde. Er mußte auch von den nicht betriebenen Werken gegeben werden und die längere Nichtbezahlung zog den Verlust der Berechtigung nach sich. Diese beiden Entrichtungen (2 und 3) sollten in eine einzige mäßige Gebühr

verwandelt und mit den Vortheilen, die der Staat dem Privatbergbaue gewährt, in richtiges Verhältniß gesetzt werden (d).

4) Vergütung für den Bau von Erbstollen (§. 179.) von Seiten derjenigen Bergwerksbesitzer, denen aus der Ableitung der Grubenwasser Vortheil erwächst. Man bedingt sich insgemein einen Theil des rohen Ertrages, z. B. den neunten Kubel (Stollenneuntel), auch wohl die Benutzung der dem Erbstollen zunächst liegenden Erze (Stollenhieb).

5) Poch- und Hüttenzins, im Falle Privaten von den landesherrlichen Poch- und Schmelzwerken Gebrauch machen.

(a) S. besonders Bergius a. a. O., §. 61 ff. — Verhandl. der deutschen Nationalvers., Bericht v. Lette, Stenogr. Ber. Nr. 161. Die sämtlichen Abgaben in Preußen belaufen sich auf 13,⁸ Proc. des Rohertrages.

(b) Diese Entrichtung ist sehr alt. Schon Dagobert I. übermachte der Kirche von St. Denis 8000 \mathcal{L} Zehntblei zum Dache. Pastoret Ordonnances, XV, S. XXXIV.

(c) Nach dem franz. Gesetz vom 21. April 1810, Art. 24, dürfen nicht mehr als 5 Proc. des Reinertrages gefordert werden. Der Ertrag ist nach dem U. für 1844 gegen 300000 Fr. Ebenso in Belgien, wo 1840 diese Abgabe 133540 Fr. trug. — Auch in Baden (Gesetz vom 14. Mai 1828) besteht die einzige Entrichtung an den Staat in 5 Proc. des reinen Ertrages, welche nur gegen 450 fl. einbringt; den Standesherrn blieb aber der Bergzehnte, wo sie ihn zu beziehen hatten. — In Oesterreich ist der Zehnte (Frohn) größtentheils in eine Geldabgabe umgewandelt, z. B. von 1 Centner Roheisen in den verschiedenen Provinzen 6—10 kr. (7,³⁵—12¹/₄ kr.), in Ungarn 5 Proc. des Rohertrages, Malinkovski, I, 45. — Reiche Gruben, die bisher ohne Schwierigkeit den Zehnten oder eine andere ansehnliche Abgabe trugen, haben allerdings auf eine so starke Verringerung, wie sie in den genannten Staaten besteht, keinen Anspruch. Es wäre weder unbillig noch nachtheilig, ihnen eine stärkere Quote aufzuerlegen, etwa nachdem gewisse Procente des Capitals für die Eigenthümer vorweg abgezogen worden sind; allein die Ausmittlung des zu verschiedenen Zeiten aufgewendeten Capitals ist bei älteren Bergwerken unausführbar. — Der Entwurf eines Bergwerksgesetzes für den preuß. Staat (Jan. 1850) nimmt ebenfalls obigen Satz von 5 Proc. des Reinertrages an.

(d) In Frankreich und Belgien besteht nach obigem Gesetze ein droit fixe von 10 Fr. für jeden Quadratkilometer (392 pr. Morgen). Der Ertrag dieser Gebühr in Belgien im Jahr 1840 war 15910 Fr.

§. 183.

Eine andere Belästigung der Privatbergwerke, welche in ihrer Wirkung einer Abgabe gleichkommt, ist das Vorkaufsrecht der Regierung in Ansehung der Bergwerkserzeugnisse.

2) Wo Privatsalinen bestehen, da muß das für den inneren Absatz bestimmte Erzeugniß derselben an den Staat abgeliefert werden um einen vertragsmäßig festzusetzenden Preis; der Verkauf in's Ausland steht jenen frei;

3) In Ländern, die gar kein oder doch nicht genug Salz erzeugen, besorgt die Regierung die Einfuhr des Bedarfs durch Ankauf von auswärtigen Salzwerken. In dieser Hinsicht ist also das Salzregal nur ein Handelsvorrecht (Monopol).

- (a) See- und Steinsalz sind am wohlfeilsten zu gewinnen. Jenes bildet sich in warmen Ländern von selbst, wie in den tiefen Buchten (Simanen) an der Nordküste des schwarzen Meeres, wo die russische Regierung das Sammeln als Regal behandelt (8—1200000 Str. jährlich), und in den asiatischen Salzseen. Auch ist es leicht, das Meerwasser in leichte Behälter zu leiten, wo dann das krystallinische Salz sich ansetzt; Salzsumpfen, *marais salans*. Steinsalz, wenn rein, wird leicht durch Bergbau (z. B. Wieliczka, 7—800000 Str., Sic, Wilhelmglück bei Schwab. Hall etc.), oder sogar durch Tagebau (Gardona) erlangt. Aus dem Salzthon (Haselgebirge) laugt man entweder das Salz in großen Pöhlungen (Sinkwerken) mit hineingeleitetem Wasser aus (Salinen in den Alpen, z. B. Hallein, Berchtesgaden etc.), oder man legt Bohrlöcher an (eine Art von Raubbau nach Alberti), welche eine höchst reichhaltige Soole geben und somit das Grabiren ersparen. Diese Verbesserung hat neuerlich eine so große Wirkung hervorgebracht, daß manche Salzwerke (z. B. Bruchsal und Mosbach in Baden) eingehen mußten, die nicht so wohlfeil erzeugen konnten als die mit Bohrlöchern betriebenen.
- (b) Es besteht selbst in China (Timkowski, Reise, II, 41), in Bengalen und im Staate der Seikhs, Punjab (A. Burnes Reise, I, 57) Die beiden genannten Bestandtheile des Regales, Erzeugung von Salz und Großhandel mit demselben, kamen schon im römischen Staate vor. Aeneas Marcius soll Salinen bei Ostia angelegt haben, Liv. I, 33, also im Betriebe des Staates. Im Kriege mit Porfena wurde „*salis vendendi arbitrium, quia impenso pretio venibat in publicum, omni sumtu ademptum privatis*“, Liv. II, 9. Ob es Pächter oder Privateigenthümer waren, denen man den Verkauf entzog, dieß bleibt bei der Undeutlichkeit jener Stelle ungewiß. Die Censoren M. Livius, benannt Salinator, und C. Claudius führten a. u. c. 548 eine Erhöhung des Salzpreises ein, mit Ausschluß der Stadt Rom, und so, daß an verschiedenen Orten der Preis verschieden war. Den Verkauf übernahmen Pächter. Liv. XXIX, 37. Später kam es vor, daß der Transport von einer Provinz in die andere untersagt wurde, damit die Pächter nicht beeinträchtigt würden. Die Stelle L. 4. §. 7 Dig. de censibus (L, 15) beweist keine besondere Abgabe, sondern nur die Beiziehung der Privatsalinen zur Grundsteuer. Vgl. Burmann, De vect. S. 90. Boffe, I, 83. 193. Hegewisch, S. 59. — In Deutschland und mehreren andern Ländern waren beide Geschäfte ursprünglich den Privaten überlassen, allmählig aber gelang es den Regierungen, nach der Analogie des Bergwerksregals auch das Kochsalz zum Gegenstande eines Regales zu machen. — Hüllmann, D. Fin. Geschichte, S. 61. —

Mittermaier, §. 258. 259. Viele geschichtliche Nachrichten bei J. E. von Koch-Sternfeld, Die teutschen, insbes. die baier. u. österr. Salzwerke, zunächst im Mittelalter, München, 1845.

§. 185.

4) Die dem Staate angehörenden Salzwerke werden insgemein auf Staatsrechnung verwaltet. Neu entdeckte Salzlager oder Salzquellen stehen der Regierung zur Verfügung, und es sind selten in solchen Fällen Concessionen an Privaten oder Gesellschaften bewilliget worden (a).

5) Das Kochsalz wird entweder an den Salzwerken selbst verkauft, oder auf Staatskosten in die verschiedenen Landestheile versendet, in Niederlagen gebracht und von aufgestellten Verwaltern (Salzfactoren) abgegeben, doch nur in größeren Massen. Den Kaufleuten bleibt der Verkauf im Kleinen überlassen, sie müssen sich aber an einen gewissen Preis halten, welcher ihnen schon einen angemessenen Gewerbsverdienst sichern.

6) Zur Verhütung des Einschmüzens (b) sind verschiedene Veranstellungen getroffen worden: a) Wachsamkeit des Zollpersonals an der Gränze, b) Verträge mit benachbarten Salinen, um den Salzverkauf an Privatpersonen des Inlandes abzustellen (c), c) Verminderung des Verkaufspreises in der Nähe einer Gränze, bei welcher das heimliche Einbringen zu besorgen ist, d) die sogenannte Salzconscriptio, d. h. die den Bürgern auferlegte Verpflichtung, ein gewisses Salzquantum aus den Niederlagen des Staates jährlich anzukaufen. Dasselbe entsprach dem muthmaßlichen jährlichen Salzverbrauche des Bürgers nach einem sehr niedrigen Anschlage und wurde aus der Zahl der Familienglieder und dem Viehstande berechnet. (d).

(a) Z. B. Ludwigshall bei Wimpfen, in einem abgesonderten Theile des Großherzogthums Hessen. Diese einer Actiengesellschaft gehörende Saline entrichtet dem Staate den Zehnten. Grome, Statist. des Großh. Hessen, I, 179.

(b) Nirgends hat die Regalität des Salzes soviel Druck und Unordnungen hervorgebracht, als früherhin in Frankreich, wegen der Verschiedenheit des Salzpreises in den verschiedenen Landschaften, die noch dazu in buntem Gemisch unter einander zerstreut lagen. Vor der Revolution war der Durchschnittspreis des Centners 62 Liv. (das Pfund 13 Sous = 18 Kr!) in den 11 Provinzen der grande gabelle, 33½ Liv. in 12 Provinzen der petite gabelle, 21½ Liv. in den Landschaften, wo Salinen waren, 16 Liv. in einem Theile der

fl., das umlaufende nach Abzug der Rückstände zu 391 000 fl. berechnet. — Bei dem früheren Preise von $3\frac{1}{2}$ fr. war 1828—30 i. D. der Rohertrag 1 367 355 fl., der Kostenbetrag 355 548, der Reinertrag also 1 031 807 fl. oder 75 Proc.

Baier. Inländischer Verkauf 1838—41 i. D. 735 979 Str. oder 17,³ bafr. = 19,⁴ bad. Pfd. auf den Kopf, nebst 9931 Str. Viehsalz und 8249 Str. Steinsalz. In dieser Periode waren jährl. der Rohertrag 4 576 495 fl., die Ausgaben 2 614 339 fl., der reine Ertrag 2 262 156 fl. Der mittlere Reinertrag war 1819—25 2 163 793 fl., 1826—28 2 332 424 fl., 1835—39 2 447 800 fl. Der Preis in den Niederlagen wechselt, je nach der Entfernung von den Salzwerken, von 5 bis auf 7 fl. 30 fr. Das ganze in den Salzwerken enthaltene werdende Vermögen wird zu 4 775 000 fl. angegeben, worunter sich im Jahre 1838 ein Lagervorrath von 492 972 Str. Salz befand. Daß die Kosten im Vergleich mit Baden höher sind, dieß rührt theils von dem ansehnlicheren Frachtaufwande, theils von den minder reichhaltigen Soolen her, da z. B. Dürkheim nur 0,¹¹ Proc., Kissingen 2,¹ Proc., Orb 4 Proc., auch Reichenhall zum Theil nur 7 Proc. Salz in der Soole enthält. Verh. der R. der Abg. 1840. Nr. XXII. D.

Hannover. Die Steuer von 9 gGr. für den Centner trägt gegen 70 000, die Salzwerke des Staates und die Abgaben von der Privatsaline Lüneburg bringen gegen 90 000 Rthlr. ein. Der Salzpreis ist in der weitesten Entfernung von den Salzwerken doch kaum 2 Rthlr. Conv. = 3 fl. 36 fr. vom Centner, Abbelohde, S. 169. 266.

Oesterreich. Strenge Regalität, s. Zoll- und Staatsmonopolordnung vom 11. Juli 1835, §. 402 ff. Die reichen Steinsalzlager in den Karpathen sind ihrer Entlegenheit willen unvollständig benützt. Am adriatischen Meere Bereitung von Seesalz, theils auf Staatsrechnung, theils von Einzelnen, die es abliefern, doch wird noch fremdes Salz zugekauft. Verkaufspreis höchst verschieden, in der Lombardei und Venedig der Centner raffin. Seesalz bis 16 fl. 3 fr., in Galizien Steinsalz 3 fl. 15—36 fr., in Gmunden das beste Salz 7 fl. 6 fr., in Hallein 6 fl. 4 fr., in Ungarn 7 fl. 21 fr., für das Ausland 1 fl. 25 fr. — 2 fl. 16 fr. Erzeugungskosten für Meersalz 11—28 fr., des Steinsalzes 1 fl. 12 fr., des Sudsalzes in Gmunden 1 fl. 52 fr. Inländischer Verbrauch an 5 Mill. Str., was 15,³ Zollpfund auf den Kopf giebt. Von 1832—34 war i. D. 29 Mill. fl. roher und 20 Mill. fl. Reinertrag. Der letztere war 1846 25 531 600 fl., 1847 25 577 700 fl. Malinkowski, II, 266. — Krapf, Handbuch der Zoll- und Staatsmon. D. 1840, II, 330. v. Hauer, S. 62.

Preußen. Zu dem Ertrage (von 402 000 Tonnen) der inländischen Salzwerke, die theils dem Staate, theils Privaten gehören, werden noch gegen 270 000 Tonnen zugekauft. Der gleichförmige Verkaufspreis für die Tonne von 405 Pfund war früher 15 Rthlr. Reinertrag des Monopols 1829—36 i. D. 5 411,227 Rthlr. oder 68,⁸⁸ Proc. der Bruttoeinnahme, oder 42 fr. auf den Kopf. Verbrauch für den Kopf i. D. 1829—36 16,⁸⁸ Pfund, und in den einzelnen Provinzen 1827—36 in Brandenburg 14,⁸⁹, Westfalen und Rheinprovinz 15, Sachsen 15,²⁴, Schlesien 17,³², Preußen 17,⁷⁸, Posen 18,²³, Pommern 18,⁴¹ Pfund. Hoffmann, Die Lehre von den Steuern, S. 251. Von 1836—39 ist der mittlere Verbrauch 16,⁴⁷ Pfund. Dietrich, Statist. Uebers. 1842, S. 377. Der Cabinetsbefehl vom 22. Nov. 1842 setzte den Preis der Tonne auf 12 Rthlr.

Vermögens oder Einkommens, sondern nur nach der Zahl ihrer Familienmitglieder trifft. Für die Wohlhabenden ist es eine un-
 fühlbare Ausgabe, für dürftige Lohnarbeiter kann ihre Beseitigung
 oder Ermäßigung sehr erwünscht sein (b). Eine Verschieden-
 heit des Preises für mehr und minder begüterte Bürger ist nicht
 ausführbar und selbst durch eine Steuererleichterung für die un-
 tersten Classen läßt sich der genannte Uebelstand nicht völlig ent-
 fernen (c).

2) Die Wohlfeilheit des Kochsalzes erweitert den Verbrauch
 auf eine nützliche Weise (d). a) Obgleich der Genuß desselben
 in den Speisen eine gewisse Gränze findet, so zeigt doch die Er-
 fahrung, daß er nach einer Herabsetzung des Preises zunimmt,
 hauptsächlich weil die dürftigeren Classen sich dann vollständiger
 versorgen. b) Für die Gesundheit der Hausthiere, vorzüglich
 der wiederkauenden, ist das Kochsalz unentbehrlich, und die reich-
 lichere Anwendung desselben hat auf die Viehzucht günstigen
 Einfluß e). c) Auch als Düngmittel ist das Kochsalz nützlich (f).
 d) Manche Verwendungen desselben in Gewerken würden bei
 niedrigerem Preise noch einer Erweiterung fähig sein (g). In
 Küstenländern ist auch das Einsalzen der Fische von großer Wich-
 tigkeit (h).

3) Die Käufer würden nicht allein die Abgabe ersparen,
 sondern auch geringere Erzeugungs- und Frachtkosten zu tragen
 haben, indem bei freiem Mitwerben die sparsamere Betriebsweise
 der Privatunternehmer und der Einkauf von den nächstgelegenen
 Salinen, sie seien in- oder ausländisch, die Preise erniedrigen
 würden. Wäre der Salzpreis ganz dem freien Mitwerben
 überlassen, so würde der Fortbestand mancher Salzwerke, die
 mehr Erzeugungs- oder Frachtkosten aufzuwenden haben, ge-
 fährdet. Die ausländische Concurrenz könnte noch vermitteltst
 eines Schutzzolles ertragen werden, gegen die inländische ließe
 sich aber nichts thun, die Zehrer hätten jedoch in jedem Falle den
 Vortheil der wohlfeilsten Befriedigung eines nothwendigen Be-
 dürfnisses (i).

(a) Antrag von Duttlinger zur Herabsetzung auf 2½ fr. Verhandl.
 der 2. K. in Baden, 1831, Beil. IV, 84. VII, 109. — Verh. d. 1. K.
 v. 1833, Beil. I, 336. (von Rau.) — Herdogen, S. 123. Gr.

Moltke, S. 138. Die beiden Curien des vereinigten Landtags in Preußen (1847) sprachen den Wunsch aus, daß das Salzregal aufgehoben werden möge, wobei sie die Unvermeidlichkeit des Erfasses durch eine Steuer anerkannten; Ständecurie 26. Mai. (Verhandl. X, 1331), Herrencurie. 4. Jun. (VIII, 1307). — Demesmay in Journal des Econ. XIV, (Derb. 1849.)

- (b) Beträgt der Monopolgewinn z. B. $1\frac{1}{2}$ Fr. vom Pf., so ist bei einem Speiseverbrauch von 15 Pf. für den Kopf in einer Familie von 5 oder 6 Köpfen die Jahresausgabe 1 fl. $52\frac{1}{2}$ Kr. — 2 fl. 15 Kr, bei 8 Köpfen schon 3 fl. Die französische bisherige Salzsteuer von $4\frac{1}{2}$ Kr. auf das Pf. beträgt für 5 Köpfe und 12 Pf. auf jeden 4 fl. 12 fr. jährlich.
- (c) In Baden zählte man 1829 über 23 000 Familien, welche gar keine, und 24000 Weibspersonen, welche nur die halbe Gewerbesteuer bezahlten. Der Vortheil, den ihnen die Erniedrigung des Salzpreises gewährte, wäre ihnen folglich durch eine Steuerermäßigung nicht zu verschaffen gewesen. Rau a. a. O. I, 344.
- (d) Belege aus der Erfahrung. 1) Der Salzverbrauch in Frankreich war vor der Revolution in den verschiedenen Landestheilen (§. 186 (b)) nach der Höhe des Salzpreises abgestuft, nämlich $9\frac{1}{2}$ Pf. bei der grande, $11\frac{3}{4}$ Pfund bei der petite gabelle, 14 in den pays de salines, 18 Pfund in den befreiten Provinzen, $19\frac{1}{2}$ Pfd. in der Normandie, nach einer anderen Berechnung 12—20 Pfd., Encyclop. a. a. O. S. 337. — 2) Als im E. Bern der Preis von 12 auf 10 Fr. herabgesetzt wurde (um $\frac{1}{6}$), sank der Erlös nur um $\frac{1}{11}$ und nach 6 Jahren erreichte er den früheren Betrag von 1824 wieder, Bericht über die Staatsverw. ic. S. 290. — 3) Im J. 1833 wurde in Baden der Salzpreis im Großen von $3\frac{1}{2}$ auf $2\frac{1}{2}$ Fr. (um 28,⁵⁷ Proc.), im Kleinhandel von 4 auf 3 fr. (um 25 Proc.) erniedrigt. Der Verbrauch an Speise- und Viehsalz war 1832 244 544 Etr., 1833 274 482 Etr., 1834 283 735 Etr., also 16 Proc. mehr, der Erlös fiel deshalb nur um 17 Proc. Neuerlich scheint der Verbrauch seine oberste Gränze erreicht zu haben, da er schon 1836 $23\frac{1}{2}$ Pfd betrug und seitdem sehr wenig mehr gestiegen ist. 4) In Würtemberg erfolgte gleiche Herabsetzung am 1. Febr. 1834. Der inländische Absatz (Hohenzollern einbegriffen) war i. D. 1829—32, 282 696 Etr., i. D. 1835—38 364 201 Etr., also 28,⁸ Proc. mehr, oder auf den Kopf resp. 17 und $21\frac{1}{2}$ Pf. — 5) In Preußen wurden, aus dem Rohertrage zu schließen, 1840 u. 41 i. D. gegen $221\frac{1}{2}$ Mill. Pf., nach der Herabsetzung des Preises auf $\frac{1}{2}$, aber i. D. von 1843—46 gegen $241\frac{1}{2}$ Mill. verbraucht, also nur 9 Proc. mehr! — 6) Im britischen Reiche war die Zunahme beispieles stark, freilich auch die frühere Steuer ganz übermäßig. 1810—17 wurden i. D. 2 Mill. Bush. im Innern verbraucht, 1827—34 10·307 000 B. j., also das 5fache! s. Porter, Progress. of the nation, I, 345. — 7) In Frankreich trat mit dem 1. Jan. 1849 die niedrige Steuer von 10 Fr. auf 100 Kil. ein. Der Ausfall der ersten 7 Monate war $14\frac{1}{2}$ Mill. Fr. Ohne Zunahme des Verbrauchs hätte er $26\frac{1}{2}$ Mill. betragen müssen, denn $\frac{3}{12}$ von 230,000 Kil. machen 134 000 Kil. und es müssen gegen 257 000 Kil. versteuert worden sein. Indes ist die Zeit noch zu kurz. Eine fortbauernde Vermehrung des Speise-Verbrauchs auf den Kopf dürfte man nicht erwarten und die Zunahme der Wohlhabenheit zieht keine Steigerung des Salzgenusses

- nach sich, wenn einmal das Bedürfnis seine Befriedigung findet, Hoffmann, Lehre von den Steuern, S. 258.
- (e) Die Nützlichkeit der Salzfütterung ist längst bekannt. *Pecudes armentaque et jumenta sale maxime sollicitantur ad pastum, multo largiore lacte multoque gratiores*. Plin. H. nat. XXXI, 41. Columella De re rust. VI, 4. 23. Die Annahmen des Bedarfs für die Hausthiere sind sehr verschieden und das richtige Maas unter gewissen Umständen muß erst noch ermittelt werden. Boussingault (Dingler, P. J. CIII, 308) bemerkte hierbei, daß das Heu schon etwas Kochsalz enthalte, $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Proc. Auch die Runkelrüben, zu 15 Proc. fester Masse berechnet, haben gegen 0,07^{te} Proc. oder $\frac{1}{2}$ Proc. der trockenen Substanz Kochsalz. Die englische Regel, $7\frac{1}{2}$ deutsche Loth täglich für eine Kuh (53 Pf. jährlich), 10,8^{te} Loth auf 1 Mastochsen, 10 Pf. je auf ein Schaaf, ist wohl übermäßig. In Belgien werden für 1 Stück Rindvieh 46, für ein Schaaf 11 $\frac{1}{2}$ Pf. gerechnet, für ein Pferd 23 $\frac{1}{2}$ Pf. Beckertlin (Thierprob. II, 157) hält 12 Pf., Zeller (Verhältn. N. IV, 17) 12—18 Pf. für ausreichend zur Ernährung einer Kuh, viele Landwirthe geben aber $\frac{1}{2}$ — $\frac{2}{3}$ Pf. wöchentlich. Die ältere gewöhnliche Annahme war auf ein Schaaf 1 $\frac{1}{2}$ —2, auf ein Stück Rindvieh 18 Pf. jährlich, auf eine Ochsenmähnung 25 Pf. Der Unterschied in dem Verbräuche, wie er z. B. zwischen Frankreich und Baden stattfindet, zeigt, daß dort dem Viehe sehr wenig Salz gereicht wird. Uebrigens ist bei der Viehmähnung anzunehmen, daß die Ausgabe für Salz wie alle anderen Kosten in dem Fleischpreise ihren Ersatz finden.
- (f) Früherhin wurde der Nutzen der Salzdüngung überschätzt, s. z. B. S. Sinclair, Grundgesetze des Ackerb. S. 62 des Anh. — Würtemb. Correspondenzblatt 1824, I, 195 (Johnston). — Chaptal, Ind. franc. II, 170. — Milleret, De la réduction des droits sur le sel et des moyens de le remplacer. P. 1829. — Bulletin des scienc. agric. XI, 235. — Man darf den Werth dieses Düngemittels nicht zu hoch anschlagen, weil es von den verschiedenen, zur Ernährung der Gewächse erforderlichen Stoffen nur zwei darbietet und deshalb nur in sehr beschränkter Menge Nutzen leisten kann, auch ist selbst in Großbritannien nicht viel von ihm Gebrauch gemacht worden. Vgl. Darstellung der Landw. Großbritanniens, d. von Schweitzer, 1839, I, 473. — Daurier, Experiences sur le sel ordinaire employé pour l'amendement des terres P. 1846.
- (g) Käsebereitung, Seifensieden, Gerberei, Tabaksfabrication, Bereitung der Salzsäure, Ausschreibung des Natrums (Soda), Glasbereitung, Verfertigung der Fayenceglasur, Bereitung von Chlor und dessen Verbindungen, besonders des zum Bleichen höchst wichtigen Chlorkalkes u.
- (h) In Großbritannien kam die Seefischerei erst nach der Aufhebung der Salzsteuer recht empor, Mac Culloch, Taxation, 260.
- (i) Küsten- oder Landgränzgegenden würden sich vom Auslande versorgen. Der freie Verkehr mit Salz in einem Zollvereinsgebiete würde einzelnen Salzwerken den Untergang bringen.

§. 188.

Zur Vertheidigung des Salzregals (a) beruft man sich auf die Leichtigkeit, mit welcher der Monopolgewinn in ganz kleinen

Beträgen bei Gelegenheit des Salzkaufes entrichtet wird (b), ferner darauf, daß der lange fortbestehende höhere Preis des Salzes auf die Preise der Arbeit und anderer Dinge eingewirkt hat und hierdurch weniger lästig geworden ist, indem die Lohnherrn und die Käufer mancher Gegenstände dem Lohnarbeiter und Gewerbsmann zum Theile die größere Ausgabe für das Salz vergüten müssen. Die Aufhebung des ganzen Regales wird ferner durch den bedeutenden Ertrag desselben erschwert, der sich auf die Allgemeinheit und Nothwendigkeit des Salzbedürfnisses gründet (§. 184) und dessen Verlust, wenn er nicht etwa von gleichzeitigen Ersparungen im Staatsaufwande oder von dem Steigen anderer Staatseinnahmen aufgewogen wird, das Auffuchen eines besondern Deckungsmittels erfordert. Hierzu bleibt gewöhnlich nichts anderes übrig, als die Erhöhung der schon vorhandenen Steuern, oder die Einführung einer neuen. Jene ist nur da rathsam, wo das Steuerwesen schon gut eingerichtet ist, eine neue Steuer aber verursacht Mühe und Kosten bei der ersten Einführung sowie bei der jährlichen Erhebung, und wenn sie etwa dem Salzregale ähnlich nach der Kopffzahl der Familien aufgelegt würde (b), so wäre zu wenig gewonnen, weil dann die erwähnte Unvollkommenheit (§. 187 Nr. 1) nicht aufhörte. Diese Betrachtungen können zwar weder eine Erhöhung des Salzpreises rechtfertigen, bei der die nachtheiligen Folgen durch die Neuheit doppelt empfindlich werden würden, noch auch das Bedürfniß einer Erleichterung zweifelhaft machen, wohl aber für diese einen allmäligen Gang vor dem plötzlichen Aufgeben des Regals empfehlen.

(a) Van Hogendorp, *Lettres sur la prosp. publ.* II, 131. II, 65—77. — d'Audiffret, *Syst. financ.* I, 52. — Niebuhr in Rau und Hanssen, *Archiv*, N. F. II, 203.

(b) Vgl. v. Langsdorf, *Gedanken über die nothw. Herabsetzung der Salzpreise in Deutschland*, Heidelb. 1822. Dess. *Anleitung zur Salzwerkstunde*, 1824, S. 696. — Wenzenberg a. a. O. S. 250. — Dagegen v. Malchus, I, 341. — In der Provinz Oberhessen wurde 1821 der Salzpreis von 5 kr. auf ungefähr den halben Betrag erniedrigt und dafür eine Salzsteuer von 64 200 fl. oder gegen 15 kr. auf den Kopf eingeführt, *Graue, Statist. des Großh. Hesse*, I, 109. — Auch wenn man bei einem solchen Salzgelde mehrere Classen der Wohlhabenheit anordnete, und die Umlegung und

Einziehung den Gemeinden überließe, so würde doch die Ausführung so viele Mühe machen, daß der Nutzen als sehr zweifelhaft anzusehen wäre.

§. 188 a.

Ergebnisse aus den vorstehenden Sätzen:

1) Die Schwierigkeit, den ganzen Ertrag des Salzregales zu entbehren oder zu ersetzen, läßt in den meisten Fällen keine andere Wahl, als den Salzpreis für den Augenblick ansehnlich zu erniedrigen. Dies kann später wiederholt werden und bringt jedesmal auf einige Zeit das wohlthätige Gefühl einer Erleichterung hervor, auch wird durch die Zunahme des Salzverbrauchs wieder das von der Staatscasse zu bringende Opfer verringert (a).

2) Wird in den Kosten der Erzeugung und Versendung des Salzes eine Ersparniß bewirkt, so ist es zweckmäßig, dieselbe den Staatsbürgern durch Erniedrigung des Preises zu Gute kommen zu lassen (b).

3) Man sollte auch auf die in den Nachbarstaaten bestehenden Preise des Salzes Rücksicht nehmen, denn wenn diese bedeutend niedriger sind, als der inländische Salzpreis, so ist nicht allein ein mächtiger Anreiz zum heimlichen Einbringen vorhanden, sondern die Vergleichung verursacht auch, daß der höhere Preis schwerer empfunden wird. Kleinere Staaten, die aneinander gränzen, thun wohl, einen gleichförmigen Salzpreis zu verabreden, wodurch die Verbote und Verhütungsmittel der Einfuhr unnöthig werden (c.)

4) Wo der Staat in eigenen Salzwerken den größten Theil des inländischen Bedarfes erzeugen kann, da ist die Eigenverwaltung dieser Werke das leichteste Mittel, die Einnahme aus dem Salze zu erheben. Eine Verpachtung ist zwar nicht unausführbar, erfordert aber ein großes Capital im Besiz der Pächter, auch sind die denselben zur Verhütung von Unterschleifen aufzulegenden Bedingungen lästig, wie bei Privatsalzwerken, (§. 184, 2). Man könnte entweder den Pächtern die Ablieferung des für das Inland bestimmten Vorrathes an die Niederlagen des Staats um einen festen Preis vorschreiben, oder ihnen unter den nöthigen Ueberwachungsmitteln den Verkauf gegen

Entrichtung einer Salzsteuer freilassen, wobei sie aber an den allgemein festgesetzten Verkaufspreis gebunden blieben. Mit der Zeit wird die Staatsgewalt auch in diesem Zweige der Gütererzeugung dem Gewerbefleiß der Bürger einen weiteren Spielraum gestatten können (d).

- (a) Mac Culloch (Taxat. S. 261) deutet an, daß die Beibehaltung einer niedrigen Salzsteuer, etwa 5 Sch. vom B., in Großbritannien der Staatscasse wenig Verlust zugezogen haben würde.
- (b) Hoffmann a. a. O. S. 249 bemerkt, daß das Gefühl einer Ueberbürdung sich steigert, wenn man die Kosten abnehmen und den Reinertrag der Staatscasse anwachsen sieht.
- (c) Die Zollvereinsstaaten haben ihr Augenmerk auf dieses Ziel gerichtet, einstweilen aber sich gegenseitig Beistand gegen den Schleichhandel zugesichert und verabredet, daß ein Preis von 3½ fr. für das Pfund einen Anspruch auf nachdrücklichen Schutz von Seiten derjenigen Regierungen giebt, die einen niedrigeren Preis in ihrem Lande eingeführt haben. — Vgl. Herbigen, S. 124.
- (d) Vgl. v. Jakob, I, S. 299—302. — v. Malchus, I, 100. — Die beiden Verpachtungen in Frankreich sind nicht gut ausgefallen. Schon die erstere von 1806 mußte 1825 aufgelöst werden, ob sie gleich wie die zweite auf 99 Jahre geschlossen worden war, denn der auswärtige Absatz hatte sich so sehr verringert, daß die Actiengesellschaft nicht mehr bestehen konnte, vgl. S. 186 (b). Die würtemb. Saline Clemensthall war bis 1848 verpachtet.

§. 189.

Außer der niedrigen Festsetzung des Monopolgewinnes gelten für die Benutzung des Salzregales hauptsächlich folgende Regeln:

1) Es ist zweckmäßig, diejenigen Salzvorräthe, die in einem hervorbringenden Gewerbe verbraucht werden (§. 187. 2), um einen geringeren Preis abzugeben, jedoch unter den nöthigen Vorsichtsmaßregeln, damit der Mißbrauch dieser Begünstigung, d. h. die Verwendung zu Speisen, verhütet werde. Dahin gehört

- a) Verkauf eines wohlfeileren Viehsalzes. Man bedient sich hiezu der minder reinen Sorten des Sud- oder Steinsalzes, oder gibt dem Salze einen solchen Zusatz (Denaturirung), daß es, unbeschadet seiner Zuträglichkeit für die Thiere, zu menschlichem Genuß unbrauchbar wird (a).
- b) Verkauf eines noch wohlfeileren Düngesalzes, wozu verschiedene Abgänge verwendet werden können (b).
- c) Abgabe von Salz zu niedrigen Preisen an solche Fabrikanten, welche die nöthige Sicherheit gegen Mißbrauch geben (c).

zu 1) wurde durch die Abgabe und die ausschließliche Berechtigung für einen gewissen Bezirk die Ergreifung dieses Gewerbes erschwert, während man eher noch Ermunterungsmittel desselben hätte aufstellen müssen, wie Prämien und Belehrungsanstalten (a); — zu 2) wurde den Landbewohnern eine große Last aufgebürdet, indem sie das Durchwühlen des Bodens in ihren Befigungen sich gefallen lassen mußten (b); es ist daher rathsam, zu verordnen, daß die Salpetergräber sich von den Hauseigenthümern die Erlaubniß zum Suchen nach salpeterhaltiger Erde auswirken müssen; — zu 3) Wenn das dringende Bedürfnis des Staates ein solches Vorkaufsrecht rathsam macht, so muß wenigstens der volle Marktpreis vergütet werden. Nach diesen Anordnungen hört das Salpeterwesen auf, Quelle einer Staatseinnahme zu sein.

(a) In Frankreich wurden während des Revolutionskrieges viele junge Leute nach Paris gerufen und von dortigen Chemikern im Salpetersieden und in der Pulverfabrikation unterwiesen.

(b) Es war sogar verboten, die Weilerwände eingehen zu lassen, um sie mit Mauern oder Verzäunungen zu ersetzen. Gemeinden entrichteten häufig das Pachtgeld für die Erlaubniß des Salpetergrabens, bloß um sich von jenen Belästigungen zu befreien. — Nach der bayer. Verordnung vom 28. Januar 1815 können sich die Gemeinden dadurch vor den Beeinträchtigungen der Salpetergräber schützen, daß sie denselben künstlich bereitete Salpetererde überliefern. — Verpflichtung der Salpetergräber, den Grundeigenthümern allen Schaden zu ersetzen, nach §. 11 des a. österreich. Patents von 1807.

4. Hauptstück.

Regal der Jagd und Fischerei.

§. 192.

Das Jagdregal, d. h. die Befugniß der Staatsgewalt, die Jagd in den Privatwaldungen auszuüben, darf nicht mit der Jagdhohheit und dem Wildbanne, d. h. dem Rechte einer Leitung des Jagdwesens aus dem Standpunkte der Volkswirthschaftspflege (II, §. 175.), verwechselt werden. Die letztere Thätigkeit bezweckt die Erhaltung des Wildstandes im Gan-

zen, wem auch immer die Jagdgerechtigkeit zustehet, und ist der Aufsicht des Staates auf die gesammte Forstwirthschaft (II, S. 153.) ähnlich, aus der man irrig die Existenz eines Forstregals abgeleitet hat (a). Daß in vielen Ländern bestehende Jagdregal dagegen trägt vollkommen die Merkmale eines Hohheitsrechtes an sich (b), nur mit der Eigenthümlichkeit, daß viele Grundeigner, insbesondere Besitzer von Rittergütern, von Alters her sich im Besitze des Jagdrechtes behauptet haben, wenigstens in Ansehung der niederen Jagd, während die hohe Jagd in der Regel der Regierung zugefallen ist (c).

- (a) Die Annahme eines Forstregales beruht auf einem Mißverständnisse, denn die Rechte, welche der Staatsgewalt über die Privatwaldungen zustehen, betreffen nur die Leitung der Privatforstwirthschaft, hauptsächlich in den Gemeinde- und Stiftungswaldungen, nach Zwecken der Volkswirthschaftspflege, aber nicht die Benützung derselben zum Vortheil der Staatscasse. Was die Eigenthümer der Waldungen für die Ausübung dieses Aufsichtsrechtes etwa entrichten müssen (Anweisesgeld, Beförderungsabgaben etc.), das fällt in den Begriff einer Gebühr, die von wesentlichen Regierungshandlungen erhoben wird. — Einzelne Forstnebennutzungen, z. B. das Mastrecht, sind allerdings hie und da, wie die Jagd, landesherrliches Reservat; s. z. B. Stisser, Forst- und Jagdgeschichte der Deutschen, Ausg. von Franken, 1754, S. 185.
- (b) Es unterscheidet sich also wesentlich von den gutherrlichen Rechten, welche ganz privatrechtlicher Art sind, S. 134.
- (c) Es lassen sich hiebei 3 Perioden unterscheiden: 1) Auch als die Jagd schon nicht mehr Hauptnahrungsquelle war, blieb sie doch so beliebt, daß die freie Pürsch lange fort dauerte. 2) Allmählig brachte man es dahin, das Jagdrecht dem Grundeigenthümer ausschließlich zu sichern. Zuerst schlossen die karolingischen Könige ihre Wälder, dann ahmten es Privatpersonen nach und der Wildbann kam auf. 3) Erst gegen Ende des Mittelalters gelang es den Regierungen, auch in vielen Privatwaldungen das Jagdrecht an sich zu ziehen. Püllmann, Kin. Gesch. S. 43. Mittermaier, S. 213—15. — In Norwegen ist das Jagdrecht den Grundeigenthümern geblieben. Niemann, Dänische Forststatistik, S. 160.

§. 193.

Die neue Einführung des Jagdregales würde als ein Eingriff in die Rechte der Grundeigenthümer nicht gebilliget werden können. Wo jedoch dieses Hohheitsrecht schon lange besteht, da haben die jetzigen Besitzer der Waldungen dieselben ohne Rücksicht auf das Jagdrecht erworben, und die Fortdauer der Regalität hat in rechtlicher Hinsicht nichts gegen sich. Von

1830. Diese Einrichtung ist in Bezug auf den Betrieb der Jagd von der Regalität nicht verschieden. — Vgl. *Mémorial forestier*, Ann. X, 124.

- (d) Bad. Ges. 10. Apr. u. 26. Jul. 1848. — D. Grundrechte, §. 169: Jagdgerechtigkeit auf fremdem Boden ist aufgehoben, außer wo sie erweislich durch einen lästigen Vertrag erworben worden ist. Die Landesgesetzgebung kann die Ausübung der Jagd ordnen. Ebenso preuß. Entwurf §. 167.

§. 194.

Wo das Jagdregal noch besteht, da kann es benutzt werden (a) 1) durch Selbstverwaltung, indem das von dem unteren Forstpersonale erlegte Wild auf herrschaftliche Rechnung verkauft und dem Jäger eine kleine Vergütung für jedes Stück bezahlt wird, 2) durch Verpachtung, die in der Regel vorthafter ist und in den Privatwäldungen auch den Nutzen gewährt, daß die Forstbedienten nicht so häufig von dem Besuche der Staatsforsten abgezogen werden (§. 152.), 3) durch Ueberlassung an größere Gutsbesitzer in ihrem Gebiete gegen einen festen Zins, doch mit dem Vorbehalte des Widerrufs im Falle einer Zerstückung ihrer Besitzungen. Dieß trägt weniger ein, als die Verpachtung, ist aber sehr einfach und befreit die Grundeigenthümer von allen Belästigungen.

Je mehr man zur Verhütung des Wildschadens thut, desto mehr muß der Wildstand und folglich der Ertrag des Jagdregales abnehmen. Zur Sicherung desselben gehören vorzüglich Maaßregeln gegen den Wilddiebstahl, die außer der Hut in den Wäldungen auch in der Aufsicht auf den Handel der Privatpersonen mit Wildpret bestehen. Dagegen müssen die mancherlei Lasten, die ehemals den in der Nähe von Jagdbezirken des Staates wohnenden Landleuten aufgelegt wurden, als z. B. Jagdfrohnen, Beköstigung der Jäger und Hunde u. dgl. vollständig aufgehoben werden.

- (a) Rohertrag in Baiern, i. D. 1835—37: 95 724 fl., wovon aber 33 603 fl. Kosten abgehen. Baden, Reinertrag 1829 u. 1830 i. D. 3880 fl., 1831 und 1832 i. D. 23 360 fl., — 1837 und 38 i. D. 32 334 fl., — Die Zunahme rührt von der allgemeinen Einführung der Verpachtung her. A. für 1848 war 32 890 fl.

§. 195.

Die ausschließliche Befugniß der Regierung, nutzbare Gegen-

stände aus den Gewässern zu gewinnen, ein Bestandtheil des sogenannten Wasserregales (a), ist ein eigenes Hohheitsrecht, denn die schiff- und flossbaren Flüsse und die Meeresküsten, als Staatseigenthum, sind dem allgemeinen Gebrauche der Bürger gewidmet, so daß ein besonderer Vorbehalt nöthig ist, um diese von der Betreibung des genannten Gewerbszweiges auszuschließen; in Privatgewässern steht den Grundeigenthümern die Benugung zu, wo sie nicht ebenfalls dem Regale unterworfen ist. Unter den hieher gehörenden Nuzungen ist am erheblichsten die Fischerei in größeren Gewässern, in denen zwar jene Sorgfalt sich nicht belohnen würde, die man in kleineren geschlossenen Wasserbehältern (Teichen) anwendet, die jedoch auch nicht ohne schonende Maaßregeln betrieben werden darf. Ihre Regalität läßt sich ungefähr wie die der Jagd beurtheilen. Die Fischerei in Binnengewässern, wo sie nicht herkömmlich oder vermöge förmlicher Uebertragung einer nahen Gemeinde, einem Gutsherrn u. zusteht, pflegt von der Regierung verpachtet zu werden, unter Bedingungen, welche der Vertilgung der Fische vorzubeugen dienen können, II, §. 176 (b). Die Fischerei auf dem Meere könnte nur in der Nähe der Küsten als Regal in Anspruch genommen werden, es ist aber am zweckmäßigsten, sie gänzlich freizugeben, weil sie nicht ergiebig genug ist, um eine Abgabe ertragen zu können und zugleich eine Begünstigung vollkommen verdient. — Die Goldwäscherei an den Flüssen giebt in Deutschland kaum einen reinen Ertrag und verdient daher durch Freigebung befördert zu werden (c). Die Perlenbäche einiger Länder sind zwar Regal, aber ohne Gewinn für die Staatscasse (d).

(a) Klüber, *Deff. R.* §. 456 ff. Vgl. *Rittermaier*, I, §. 222 a.

(b) *Bergius*, *P. u. R. Magaz.* III, 110. — In Rußland war früher die astrachonische Fischerei (auf dem caspischen Meere, mit Ausnahme der uralischen) ein Regal, welches 1763 gegen eine Abgabe von jedem Pud Hausenblase und Caviar der Kaufmannschaft zu Astrachan überlassen wurde; 1802 wurde die Fischerei der allgemeinen Benugung freigegeben. *Storch*, *Rußland* unter Alexander I. X, 24—80.

(c) Wo der Goldsand nicht aus dem Bette eines Flusses, sondern von Privatgrundstücken gewonnen wird, da hat dieß Geschäft gar keine Beziehung zu den Gewässern und müßte, wenn der Staat es sich

die Finanzwissenschaft nur die Untersuchung übrig, inwiefern das Münzprägen als eine Einnahmequelle benutzt werden könne. Das Münzregal im engeren finanzwissenschaftlichen Sinne (§. 85.) besteht demnach nur in dem ausschließlichen Rechte der Regierung, Münzen prägen zu lassen und hieraus einen Gewinn zu ziehen. Wie schon im Alterthum (b), so ging man auch in späteren Zeiten sehr häufig in dem Streben, das Münzwesen für die Staatscasse einträglich zu machen, so weit, daß darunter die Nützlichkeit der Münzen für den Verkehr litt. Erst in neuerer Zeit, bei besserer Einsicht in das Wesen und die Bestimmung des Geldes, hat sich die Ueberzeugung befestiget, daß die finanzielle Benutzung des Münzwesens nur eine Nebensache sei und der gemeinnützigen Wirkung der Münzen keinen Eintrag thun dürfe.

(a) S. z. B. Bergius, Mag. VI, 405 nach Just.

(b) Im römischen Reiche schon in den Zeiten der Republik. Im Jahre 264 a. C. wurde das As von 1 Pfund bis auf $\frac{1}{6}$ Pfund verringert und in diesem leichten neuen Kupfergelde zahlte man die Schulden ab. Ita quinque partes factae lucri dissolutumque aes alienum. Plin. — Im fränkischen Reiche wurde das Münzregal nach dem Beispiele des römischen eingeführt, in Deutschland insbesondere gelangte es allmählig an die vielen Reichsstände, wodurch eine unbeschreibliche Verwirrung entstand.

§. 197.

Das Prägen der Münzen verursacht Kosten. Ein Ersatz derselben und allenfalls noch ein weiterer Gewinn wird dann möglich, wenn man sich das rohe Münzmetall für eine etwas geringere Menge von geprägtem verschafft, also z. B. 100 Loth rohes Silber mit 99 oder 98 Lothen gemünzten Silbers erwirbt. Der Unterschied zwischen dem Preise des rohen und des geprägten Metalles ist der Schlagschatz (a), und die Einträglichkeit des Münzregales beruht mithin auf der Größe des Schlagschatzes. Würde man diesen gänzlich aufgeben und den Bürgern ihre Metallvorräthe unentgeltlich, also auf Kosten der Staatscasse prägen, so verursachte das Münzwesen nur eine Staatsausgabe, keine Einnahme. Die für eine solche Einrichtung angeführten Gründe (b) sind nicht zureichend (c) und ein auf den Betrag der Prägekosten gesetzter Schlagschatz muß

für unschädlich gehalten werden. Ein höherer zieht dagegen nachtheilige Folgen nach sich, die sich am besten durch Beleuchtung der verschiedenen Mittel, wie er erlangt werden kann, darthun lassen. Hierbei ist hauptsächlich zu unterscheiden, ob man den bestehenden Münzfuß, wenigstens für gröbere Sorten, beibehält oder denselben verläßt.

(a) Beispiele in II, S. 257.

(b) v. Jakob, I, S. 414 ff.

(c) II, S. 257. — v. Malchus, I, 119. — Die Vertheidiger der unentgeltlichen Ausmünzung legen besonderen Werth auf den Umstand, daß dieselbe die Preise der Waaren erniedrige und so den Absatz im Auslande befördere. Der auswärtige Käufer, welcher eine in Münze bedungene Summe zu entrichten hat, muß hiezu etwas mehr rohes Metall ausgeben, als der Feingehalt beträgt; s. z. B. v. Jakob a. a. O. Allein abgesehen davon, daß dieser Umstand, als längst bestehend, nicht mehr empfunden wird, ist er auch geringfügig, zumal wenn die Zahlungen zwischen den Ländern in Gold berechnet und geleistet werden.

§. 198.

Ohne Veränderung des Münzfußes kann ein Schlagschag bezogen werden:

1) durch erzwungenen Vorkauf der im inländischen Bergbau gewonnenen Münzmetalle, ein in Rücksicht auf dieß Gewerbe entschieden fehlerhaftes Mittel, §. 182.

2) durch Einkauf edler Metalle von Privatpersonen, oder durch das Begehren derselben, eine überlieferte Metallmenge prägen zu lassen (a). Man hängt aber hierbei von dem Münzbedürfniß der Metallbesitzer ab. Ist ein gewisser Schlagschag von der Regierung angelegt worden, so werden ihr nur dann Vorräthe zur Ausprägung zukommen, wenn die Besitzer derselben es vortheilhafter finden, sich dafür neue Münzen zu verschaffen, als sie zu einer anderen Verarbeitung zu verkaufen oder außer Landes zu senden. Läßt sich nun die Regierung einen hohen Preis für die Prägung bezahlen, d. h. fordert sie einen die Kosten übersteigenden Schlagschag, so werden in der Regel solche theuere Münzen wenig begehrt. Im Welthandel stehen bisweilen die Preise der Münzmetalle so hoch, daß man, statt einen Münzgewinn zu ziehen, nur mit einem Verluste

§. 199.

Die Veränderung des Münzfußes war ehemals eine sehr beliebte Finanzunternehmung, wobei die älteren besseren Stücke den Stoff zu den neueren schlechteren darboten, denen man gleiche gesetzliche Geltung gab. In Folge der unvollkommenen Kenntniß von dem Wesen des Geldes wählte man, es sei zu einer gewissen Geltung einer Münze nicht gerade ein bestimmter Feingehalt erforderlich und es sei hinreichend, wenn derselben von der Regierung eine gewisse Benennung, Gulden, Thaler &c. beigelegt werde, um ihre Annahme für den bisherigen Preis in anderen Gütern zu bewirken. Geschah eine Münzverschlechterung öffentlich, nach einer landesherrlichen Verordnung, so verband man damit gewöhnlich eine Verrufung der älteren besseren Münzen und nahm diese gegen einen so niedrigen Preis bei den Münzstätten an, daß die Besitzer verloren und die Staatscasse gewann (a). Von gleicher Wirkung war es, wenn man, ohne die Beschaffenheit der gröberen Münzsorten zu ändern, sie einer größeren Anzahl der kleineren Münzeinheiten gleich gelten ließ (b). Die häufigen Anordnungen dieser Art, welche die europäische Münzgeschichte noch bis in das 18te Jahrhundert nachweist, waren darum ziemlich verwickelt, weil sich immer die gesetzliche Preisbestimmung der Gold- und Silbermünzen gegen einander einmischte, und, wenn der Marktpreis des Goldes gegen Silber von dem gesetzlichen abwich, so gleich eine Veränderung im Schrot und Korn oder in der Zahlung der Münzen vorgenommen wurde, II, S. 250. Die Verringerung des Feingehaltes der üblichen Rechnungseinheit, wenn diese von der Regierung noch eben so hoch gerechnet wird als vorher, muß eine niedrigere Annahme der Landesmünzen im Auslande und eine Erhöhung der Waarenpreise verursachen, sie muß denjenigen einen Verlust zu Wege bringen, welche aus schon bestehenden Verbindlichkeiten Zahlungen zu erhalten haben (Staats- und Privatgläubiger, Besoldete &c.), dagegen die Schuldner begünstigen und den Verkehr verwirren, II, S. 256 (c). Ist aus volkswirthschaftlichen Gründen die Annahme eines anderen Münzfußes rathsam, so sollten alle Ver-

bindlichkeiten in der neuen Münze nach Maaßgabe des Feingehaltes ausgedrückt werden (d).

- (a) 3. B. franz. Gesetz v. 30. Oct. 1785. über die Ausprägung der neuen Louisd'or, 32 Stück aus der rauhen Mark Troyes, im Korn von 22 Kar. (nach dem Remedium nur $21\frac{2}{3}$ Kar. und so wird auch insgemein gerechnet). Bis dahin waren aus der Mark Tr. 30 Louisd. geschlagen worden. Der neue L. wurde zu 24 Livres gerechnet, wie vorher der schwerere alte, das Gold wurde also gegen das Silber im Preise erhöht (auf das 15,^{te}fache statt des 14,^{ten}fachen, wie seit 1726). Von den Münzstätten wurde die feine Mark Troyes Gold ausgeprägt zu 850,⁷ Livres ($21\frac{2}{3}$ Kar. Korn angenommen), aber angenommen in Warren und fremden Münzen zu 828,⁶ L., in älteren Louisd'or, welche außer Kurs gesetzt wurden, im ersten Halbjahre für 830³/₄ L., späterhin zu 822,⁴⁰ L. Die Inhaber älterer Louisd'or büßten also zum Mindesten $2\frac{1}{3}$ Proc. ein. Das Gesetz steht u. a. bei Bussé, Kenntnisse des neueren Münzwes. II, 100.

- (b) 1693 wurden in Frankreich die umlaufenden großen Stücke verrufen und umgeprägt, die neuen aber nur im Gepräge, nicht im Gehalte von den älteren verschieden gemacht. Es war hierbei

	Louisd'or.		Louisd'argent.	
die bisherige Geltung	12 Liv.	10 S.	3 Liv.	6 S.
man nahm sie bei der Münzstätte an zu	11 "	14 "	3 "	3 "
und rechnete die neuen zu	13 "	— "	3 "	8 "

Diese geänderte Zählungsweise bewirkte, daß die mit dem Namen Livre bezeichnete Metallmenge 4 Proc. kleiner wurde als zuvor. Wer 100 Louisd'or besaß (= 1250 Liv.), erhielt dafür nur 1170 neue Liv., und diese waren schlechter als die früheren, in denen sie nur 1125 ausmachten, so daß der ganze Verlust 125 Liv. oder 10 Proc. betrug! s. v. Praun, Gründl. Nachr. vom Münzwesen, S. 213. — Bussé, II, 88.

- (c) Die Abweichung vom 24. fl. Fuße im südwestlichen Deutschland (II, S. 260 (a)) ist nicht aus einem finanziellen Zwecke entstanden, hat aber auch keine erheblichen Nachtheile hervorgebracht, weil 1) der neue Kronthalerfuß und der jetzige münchener oder $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß nur ungefähr um 2 Proc. leichter sind als der 24 fl. Fuß, weshalb noch jetzt im kleineren Verkehre die Münzen des letzteren ohne Aufgeld umlaufen, 2) weil die Veränderung langsam geschah, 3) weil sie in die Zeit fiel, wo die Preise der edlen Metalle stiegen. Indes verlieren immer die Staatsgläubiger etwas, wenn sie in Münzen des neuen Fußes bezahlt werden und dieselben im Auslande anlegen wollen.

- (d) Als in Sachsen der preuß. Münzfuß angenommen wurde, bestimmte man das Aufgeld nicht zu 5 Proc., wie es hätte sein sollen nach dem Verhältniß von $13\frac{1}{3}$ zu 14 oder 20 zu 21, sondern nur zu $2\frac{7}{10}$ Proc. (Ges. v. 21. Jul. 1840), weil dieß das damalige Preisverhältniß der beiderseitigen Münzen war.

§. 200.

Eine Münzverschlechterung im Geheim läßt sich nur bei den dem Staate gehörenden Vorräthen von rohem Metalle und bei den durch die Staatseinkünfte eingehenden Münzen aus-

führen, nicht bei der ganzen umlaufenden Menge derselben. Diese Maafregel ist daher nur allmählig und nie vollständig zu bewerkstelligen, denn sobald die Veränderung bekannt wird, fangen auch Privatpersonen an, die besseren älteren Stücke einzuschmelzen. So weit man mit dem verschlechterten Gelde Staatsgläubiger und Beamte bezahlt, hat man zwar Gewinn, aber auf ungerechtem Wege, und die anderen Staatsausgaben müssen dagegen bei dem unausbleiblichen Steigen der Waarenpreise bald eine größere Summe in Anspruch nehmen (II, S. 256.), weshalb die Staatseinkünfte nicht mehr zureichen und die Staatslasten gesteigert werden müssen. Hierzu kommt, daß die verheimlichte Münzveränderung, die der Aufmerksamkeit der Kaufleute nicht lange entgehen kann, im Auslande Mißtrauen gegen die Münzen des Staates, in dem dieß geschehen ist, erzeugt, dadurch dem Handel der Bürger schadet und überhaupt das Vertrauen auf die Rechtlichkeit der Regierung zerstört (a).

(a) Friedrich II. nahm in der Bedrängniß des siebenjährigen Krieges dieses Mittel zur Erleichterung zu Hülfe, stellte aber 1764 sogleich den früheren 14 Thalersfuß wieder her. Es waren mit den in Dresden gefundenen sächs. Stempeln 8 Groschenstücke zu 33 und mehr Thalern auf die köln. Mark, 2 Groschenstücke sogar zu 45 Rthlr. geschlagen, auch die während des Krieges geschlagenen Friedrichs- und Augustodor waren viel schlechter als die älteren und späteren, weshalb auch die Waaren vertheuert wurden und z. B. 1 Pfund Butter statt 2 wohl 8—10 Gr. galt. Bussé a. a. O., II, 53, 56. Vgl. II, S. 259 (d).

§. 201.

In der neuesten Zeit haben die christlichen europäischen Regierungen (a) bei den gröberen Münzsorten allgemein die Nothwendigkeit anerkannt, die Prägung so genau als möglich in Schrot und Korn nach dem Gesetze einzurichten und daher die größte Gleichförmigkeit zu beobachten, zugleich aber durch Schönheit des Gepräges dem Falschmünzen entgegen zu wirken. Bei diesem Verfahren ist kein Gewinn zu erhalten, der Schlagschatz hängt von den Marktpreisen der Münzmetalle ab und man kann bisweilen die Prägung nicht ohne Zubuße fortsetzen (b). Nur die Scheidemünzen gewähren noch einigen Ueberschuß, der, je nach dem Verhältniß der geprägten Sorten, jene Mehraus-

gabe öfters vergütet, oder noch übersteigt, S. 198. Das Umprägen älterer abgenützter oder sonst geringhaltiger Münzen ist ebenfalls mit einem Kostenaufwande verbunden, der besonders bei dem Uebergange zu einem anderen Münzfuße beträchtlich wird (c). Diese Maaßregel kann auch durch eine vertragmäßige Verpflichtung geboten werden, wenn mehrere Staaten ihr Münzwesen auf dem Wege der Vereinbarung gleichförmig ordnen (d).

- (a) Die Pforte hat bis auf die neueste Zeit ihre Piafter mehr und mehr verschlechtert, so daß man gar nicht auf einen gewissen Silberwerth derselben bauen kann. Um 1760 giengen erst $18\frac{2}{3}$ Piafter auf die köln. Mark f. (Werth 1 fl. 17 kr.), um 1800 schon $38\frac{2}{3}$ Stück (Werth $37\frac{1}{2}$ fr.), um 1820 $53\frac{1}{2}$ Stück (Werth 27 fr.), 1830 wurde der P. zu 40 franz. Centimes gerechnet ($11\frac{1}{2}$ fr.), 1831 sogar nur zu 27 Cent. = 7,44 fr. Dictionn. du comm. I, 656. Dieß hat eine große Zerrüttung des Verkehrs hervorbringen müssen.
- (b) Das zu häufige Münzprägen hatte eine Wertheuerung des rohen Metalles gegen Münze zur Folge und verleitete dann zur Abweichung von dem vorschristmäßigen Schrot und Korn. Vgl. Brühl, Materialien für die zu erwartende Reform des deutschen Münzwesens, Hannover 1831. 2. U. S. 29. — Ist aber an guten Sorten im Umlauf Mangel, so kann man eine starke, wenn auch kostspielige Prägung nicht vermeiden. In den meisten Ländern kostet heut zu Tage das Münzwesen mehr, als es einbringt, z. B. Frankreich, U. 1844. Einnahme aus dem Münzwesen 20 100 Fr., Ausgabe 749 394 Fr., ferner bei den Medaillen Einnahme 50 000 Fr., Ausg. 531 000 Fr.
- (c) In Frankreich wurden 1845 $5\frac{1}{4}$ Mill. Fr. zum Einziehen und Umprägen der alten Scheidemünzen in Billon von denen gegen $30\frac{1}{4}$ Mill. Fr. vorhanden waren verwendet. — In den Niederlanden wurde 1845 eine Umprägung älterer Münzen in Gulden und Thaler zu $2\frac{1}{2}$ fl. vorgenommen und in der Zwischenzeit die Lücke in den Umlauf mitteln durch Ausgabe von 30 Mill. fl. Münzscheinen (Papiergeld) ausgefüllt. — Man könnte zwar durch Verrufen oder Herabwürdigen der zu entfernenden schlechteren Münzen den Schaden auf die einzelnen Besitzer solcher Münzen wälzen, allein dieß ist unbillig, weil ganz zufällig der Eine mehr, der Andere weniger getroffen wird und Niemand sich vor Verlust hüten konnte, so lange der Umlauf solcher Münze ohne eine Warnung zugelassen war. Daher hat Württemberg 1837 bei der Herabsetzung der halben und Viertelskronthaler den Besitzern den vollen bisherigen Preis erstattet und die Zusage von 68 934 fl. auf die Staatscasse übernommen. So geschieht es neuerlich auch bei dem Einschmelzen der ganzen Kronthaler. Man hat in Baden 1847 ermittelt, daß die Mark fein Silber in Kronthalern auf 24 fl. 40 kr. zu stehen kommt, wobei der Werth des kleinen Goldgehaltes schon mit berücksichtigt ist.
- (d) Z. B. in Folge des schweiz. Münzvertrages von 1825 und der deutschen Verträge von München, 1837, und Dresden, 1838.

§. 202.

Der Betrieb des Münzgeschäftes auf Staatsrechnung erfordert ein großes Capital an Gebäuden, Maschinen und Vorräthen, deren Zinsen eigentlich unter den Kosten der Prägung mit aufgeführt werden sollten (a). Da die Sorgfalt eines Privatunternehmers immer Einiges zur Ersparung an den Betriebsausgaben vermag, so kann es, wenn sich ein geschickter und zuverlässiger Mann findet, Vortheil bringen, ihm die Prägung gegen eine bestimmte Vergütung zu übertragen. Einem solchen Unternehmer muß der nöthigen Ueberwachung willen ein landesherrlicher Beamter zur Seite stehen und seine Münzen müssen einer sorgfältigen Prüfung unterworfen werden. Das rohe Münzmetall wird ihm entweder von der Regierung übergeben, oder es wird ihm die Anschaffung desselben überlassen und er muß dann den Prägegewinn von den Scheidemünzen nach Abzug der Kostenvergütung der Staatscasse berechnen (b). In kleinen Staaten ist es am vortheilhaftesten, wenn man die Ausmünzung an einen Unternehmer verdingt, oder wenn mehrere Regierungen sich einer gemeinschaftlichen Münzstätte bedienen, bei der an dem stehenden Capitale, den Besoldungen und dem Arbeitslohne viel gegen die Kosten mehrerer Münzstätten erspart wird (c). Durch den Abschluß von Münzconcordaten wird diese Einrichtung sehr erleichtert.

- (a) Dann wird in der Regel ein Verlust erscheinen. In Baden wurde jenes stehende und umlaufende Capital zu Ende 1847 auf 435 000 fl. geschätzt, wovon der bloße Zins zu $3\frac{1}{2}$ Proc. schon über 13 000 fl. betragen würde.
- (b) Ein Beispiel giebt Frankreich. Jede der 13 Münzstätten hat einen Unternehmer (directeur), welchem der durch B. v. 15 Febr. 1835 vorgeschriebene Schlagschlag von 1 Proc. bei Silber und 0, ¹⁰³ Proc. bei Gold bezahlt wird. Die Umprägung der älteren 12theiligen in 10theilige (Decimal-) Münzen hat vorzüglich der pariser Münze eine große Thätigkeit gegeben. Von der Herrschaft Napoleons an bis Ende 1840 sind 4512 Mill. Fr. geschlagen worden. Inzwischen enthalten die bis 1793 geschlagenen Silbermünzen 1 per mille Gold, und man erhält von den Unternehmern der Ausscheidung desselben eine Vergütung von 6 — $6\frac{1}{2}$ Fr. per mille, was die Kosten der Umprägung wieder verringert. Die Directoren kaufen meistens das rohe Silber und Gold im Auslande, die Regierung bezahlt es ihnen nach Abzug des Schlagschlages und erstattet diesen bei der Beendigung des Präggeschäfts. Ein königl. Commissär und 2 Controleure sind dem Director beigegeben. Ist eine Quantität

fertig geworden, so werden 6 Stücke an die Pariser Münzcommission zur Prüfung eingesendet. Ein kleiner Vortheil für die Staatscasse ergiebt sich daraus, daß mehr Stücke unter, als über dem gesetzlichen Betrage innerhalb des Remediums ausgegeben werden; es wurde z. B. 1837

	Silber	Gold
ausgeprägt für	112.355,739 Fr.	2.026,740 Fr.
verwendetes Metall	112.336,401 „	2.025,230 „
Gewinn	19,338 Fr.	1,510 Fr.

f. Compté gén. de l'admin. des fin. pour 1837, I, 496. ff. — D'Audiffret rath, nur eine einzige vollkommen eingerichtete Münzstätte zu halten, I, 119. Der Vorschlag, die Prägung der freien Concurrency zu überlassen und nur eine Stempelung vorzunehmen, gewährt nicht die nöthige Sicherheit; v. Malchus, I, 115 gegen v. Jakob, S. 412.

- (c) Fabrikanten von Metallknöpfen entschließen sich hiezu wegen der Aehnlichkeit des Geschäfts leicht und können sehr wohlfeil prägen. — Die Karlsruher Münzanstalt prägt für Hohenzollern-Sigmaringen und berechnet für halbe Gulden 24 kr. auf die feine Mark (1,⁰² Proc.), für ganze Gulden 15 kr. (1,⁰² Proc.), Doppelgulden 13½ kr. (0,⁹¹ Proc.), Vereinsthaler 12 kr. (0,⁸¹ Proc.) ohne die Anschaffung des Silbers.

6. Hauptstück.

Verschiedene Gewerks- und Handelsregalien.

§. 203.

Es giebt mehrere Hohheitsrechte, die sich auf den Alleinhandel mit gewissen Waaren oder auf die Verfertigung derselben beziehen und keinen anderen Grund haben, als die Absicht, die Erhebung einer steuerartigen Einnahme zu erleichtern (§. 169.), z. B. das Tabaks- und Spielkarten-Regal (a). Mag auch die Steuer, welche man sich auf diese Weise zu sichern sucht, ergiebig und ihrem Gegenstande nach vollkommen zweckmäßig sein, so ist doch die Regalität des Handels oder auch der Erzeugung für den Gewerbefleiß der Bürger desto störender, je häufiger die belastete Waare erzeugt und verbraucht wird.

Branntweinbrennerei von Pächtern, die gegen 70 Mill. Rubel Assignaten entrichten, geübt wird und der Verkauf nur in bestimmten, der Krone gehörigen Schenken erlaubt ist. Der Adel darf überall für seinen Hausbedarf selbst brennen. Schnitzler, *Statist. de la Russie*, S. 288. 450. Neuere Annahme gegen 116 Mill. R. U. = 62,7 Mill. fl.

§. 204.

Diese Wirkungen sind namentlich bei dem Tabaksregale (a) überall wahrzunehmen. Da man, um die heimliche Zubereitung des Tabaks zu verhindern, den Landwirthen den Anbau des Tabaks untersagt oder sie wenigstens beschwerlichen Aufsichtsmaaßregeln unterwirft, so wird die Landwirthschaft in einem Zweige, der bei gewissen Beschaffenheiten des Bodens und des Klimas sehr einträglich werden könnte, beeinträchtigt, zugleich wird ein ergiebiges Privatgewerk vernichtet und der Preis des verarbeiteten Tabaks noch über den Betrag der Steuer hinaus merklich vertheuert. Bei voller Freiheit des Anbaus und der Verarbeitung könnte in manchen Ländern viel Tabak zur Ausfuhr hervorgebracht werden. Mit diesem Nachtheil für die Production wird aber ein erheblicher finanzieller Nutzen erreicht, denn der Tabak, als ein beliebter, sehr verbreiteter und doch entbehrlicher Genuß, eignet sich vorzüglich gut zur Belastung mit einem steuerartigen Monopolgewinn und es ist schwer, ohne Regalität eine gleiche Summe vermittelt einer Tabakssteuer zu erhalten, oder, wenn diese weniger einbringt, den Ausfall durch eine andere nicht drückendere Auflage zu ersetzen. Hierzu kommt, daß man da, wo dieß Regal schon längere Zeit besteht, die Ausdehnung, welche der Anbau und die Zubereitung des Tabaks gewinnen könnten, nicht zu beurtheilen vermag und sie leicht zu niedrig anschlägt, ferner daß der Tabaksgebrauch nur ein künstliches Bedürfniß ist, dessen Einschränkung, wenn sie gewohnt ist, keine Beschwerde mehr hervorbringt (b). Hieraus erklärt sich die Beibehaltung dieses einträglichen Regales in den Ländern, wo es schon lange eingeführt ist, obgleich die aus ihm fließende Staatseinnahme dem Volkseinkommen mehr, als sie beträgt, entzieht und die (freilich sehr schwierige) Umwandlung in eine Steuer ohne Regalität sehr

wünschenswerth wäre (c). Die neue Einführung des Tabaksregals ist durchaus zu widerrathen.

(a) In Betreff dieses Regales sind aus Frankreich die meisten Nachrichten bekannt. 1629 wurde ein Einfuhrzoll von 30 Sous auf das Pfund, 1674 aber das Regal angeordnet (Solbert), welches man anfangs für 500 000 Liv. verpachtete, dann der compagnie d'occident, hierauf der c. des Indes übertrug und später den Generalpächtern für 7 600 000 Liv. überließ II, S. 336. Elsaß, Flandern etc. waren frei und bauten viel Tabak. 1784 wurden in den, dem Regale unterworfenen Provinzen (22 Mill. Einw.) 150 000 Str. verkauft, der Reinertrag war 30 Mill. Liv. 1789 wurde das Monopol aufgehoben und nur ein Einfuhrzoll beibehalten, welcher jährlich 1 800 000 Fr. — 2 400 000 Fr. einbrachte. 1797 kam eine Abgabe von den Tabaksfabriken hinzu, welche (1, ¹⁵ Fr. vom Kilogr.) 4 785 000 Fr. trug, und nach Anordnung schärferer Aufsichtsmaßregeln stieg der Ertrag auf 18 Mill. Fr. Das Regal (régime exclusif) wurde 1811 wieder hergestellt, worauf die reine Einnahme ungefähr 45 Mill. Fr. erreichte. Die Kammern genehmigten von Zeit zu Zeit, und zuletzt 1840 (Ges. v. 23. April) bis 1852, die Fortdauer des Regales, weil dieser hohe Ertrag auf anderem Wege von dem Tabaksverbrauche nicht zu erlangen sein würde, obgleich die lästigen Folgen anerkannt wurden. Nur in 8 Departements ist der Tabaksbau gestattet, es ist für jeden einzelnen Landwirth besondere Erlaubniß nöthig, welche (Ges. v. 12. Febr. 1835) in jedem Arrondissement von einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Commission erteilt wird. Für die Production zum inländischen Verbrauche wird selbst die Morgenzahl in jedem Departement vorgeschrieben, auch muß der hiezu gebaute Tabak bei Strafe abgeliefert werden. Bei dem Anbau zur Ausfuhr kann Bürgschaft gefordert werden, in beiden Fällen ist eine sorgfältige Controle im Gange. Der Preis wird jährlich vom Finanzminister für jedes Arrondissement bestimmt. Die Direction macht im Herbst bekannt, wieviel sie im nächsten Jahre kaufen will, worauf man dann Lieferungsverträge für jedes Departement im Ganzen oder mit den einzelnen Pflanzern schließt. Die Käufe betrugen 1826—29 i. D. 245 000 deutsche Centner, welche von 24 000 Pflanzern auf etwa 10 000 Hektaren (39 000 pr. = 27 777 bad. Morg.) gewonnen werden. Die schlechten Blätter (Erbgut) müssen verbrannt werden. Unter den angekauften Blättern müssen (Ges. v. 1835) $\frac{1}{4}$ inländische sein (vorher $\frac{3}{4}$). 1835 war der Mittelpreis, den die Verwaltung für inländische Blätter bezahlte, 73, ³⁸ Fr. für 100 Kil. oder 17, ¹¹ fl. für den Centner. Im Dep. Niederrhein hat die Herabsetzung des Preises bis auf 40—46 Fr. lebhafteste Klagen des Dep. Rathes erregt und man verlangt, daß der Preis wieder auf 60 Fr. (14 fl. der Str.) erhöht werde, Délibération du cons. gén. du Dep. du Bas-Rhin, 1840, S. 233, 1841, S. 12. Der hier angenommene Erlös von 656 Fr. auf den Hektar (im Dep. Nord 1655 Fr.) zeigt bei 43 Fr. Mittelpreis einen Ertrag von 15 metr. Strn. (10, ⁷⁹ Str. auf den bad. — 7, ² Str. auf den pr. M.) an. Der Staat hat 10 Tabaksfabriken. Der Absatz von verarbeitetem Tabak war i. D. von 1835 u. 36: 263 667 Str. oder gegen 0, ⁸ Pf. auf den Kopf (in Preußen gegen 3 Pf., Dietrich, Statist. Uebers. 1842, S. 148), 1843 aber 205 365 Str. Rauch- und 134 424 Str. Schnupftabak. Der Rohertrag war fortwährend im Steigen,

baß nicht aushalten könnten. Vinden, Abhandl. über cameral- und fiscalamtliche Gegenst., 1834, S. 113. — Malinkowski, I, 278. — Krapf, Handb. II, 345 ff. — v. Hauer, S. 67.

Spanien hat dieß Regal gleichfalls. Die aus ihm entsprungene Belästigung für die Landwirthe gehörte unter die Hauptbeschwerden der americanischen Unterthanen Spaniens. Peru und Chili durften z. B. gar keinen Tabak bauen, in andern Provinzen war die Zahl der Pflanzen vorgeschrieben und es wurde genau darüber gewacht, daß man sie nicht überschritt. Nach v. Bourgoing kam das Pfund Schnupftabak der Krone auf 2 Fr. zu stehen und wurde wie der Rauchtobak zu 10 Fr. verkauft. Eine eigene junta del tabaco sorgte für die Sicherheit der Tabakseinnahme; Neue Reise nach Spanien, I, 332 (1789.) Der heutige Pächtertrag des Regals wird zu 75 Mill. Realen = $9\frac{1}{2}$ Mill. fl. angegeben (1844—54). — Im Kirchenstaat ist die Einrichtung wie in Frankreich. In Toscana Tabakspacht, die im J. 1830 $1\frac{1}{4}$ Mill. Lire eintrug. — In Preußen war 1765—81 ein Tabakregal. — In Württemberg hatte 1770 das alte Monopol aufgehört. 1808 ward es in der Weise erneuert, daß der Staat den fabricirten Tabak einkaufte und an die Kaufleute um erhöhten Preis abließ, was 150 000 fl. rein trug. 1821 hörte auch dieß Monopol wieder auf, es trat nur (bis 1828) eine Abgabe von den Tabakshändlern ein, die gegen 40 000 fl. einbrachte. S. Ueber den Tabakshandel in Württemberg, Stuttg. 1815. — Ernste Worte über Finanzmaafregeln, 1815. — Auch Baiern hatte einige Zeit lang ein ähnliches Regal des Tabakshandels.

(b) Den starken Reiz zum Schleichhandel abgerechnet.

(c) In Großbritannien ist kein Tabakregal, aber der Anbau des Tabaks ist seit 1652 untersagt, damit man die Auflage als Einfuhrzoll erheben könne. In Irland war der Tabaksbau ziemlich ausgedehnt, wurde jedoch späterhin ebenfalls verboten. Mac Culloch, Handb. II, 802.

7. Hauptstück.

P o s t = R e g a l.

§. 205.

Das Postwesen (a), eine der einflußreichsten Anstalten der neueren Zeit, ist ein sehr mächtiges Beförderungsmittel des Gewerbleißes und der Bildung (II, S. 242. 243.), welches das in der Entfernung der Wohnsitze liegende Hinderniß der Mittheilungen zu beseitigen und die Menschen in innigere Berührung und wechselseitige Einwirkung auf einander zu bringen dient. Zugleich ist die Post eine wesentliche Hülfsanstalt für die Re-

gierungen, indem sie es möglich macht, in kürzester Zeit Nachrichten an den Mittelpunkt der Verwaltung und Befehle an jeden Ort im Staatsgebiete zu bringen und die verschiedenen Staatsbehörden unter einander in die leichteste Verbindung zu setzen. Das Wesen der Post besteht in der Benützung des Pferdewechsels und in der nahen Verbindung der großen Fortschaffungsanstalt mit der Staatsgewalt, indem sie in allen Ländern entweder auf Staatsrechnung betrieben oder doch unter die nähere Obhut der Regierung gesetzt worden ist, weil man erkannte, daß sie zu einem Ganzen verbunden werden müsse, um vollkommen nützlich zu sein (b). Sie wurde hiedurch zugleich eine Quelle von Einkünften (c). Je deutlicher es vor Augen liegt, wie sehr die Post durch schnelle und sichere Versendung der Briefe und Frachtstücke, so wie durch die große Erleichterung des Reisens nicht allein zur Blüte der Gewerbe, insbesondere des Handels, sondern auch zur Förderung der Erkenntnisse und vieler anderen Bestrebungen beigetragen hat, desto entschiedener muß diese gemeinnützige Seite des Postwesens als Hauptsache angesehen und die finanzielle Nutzung als eine untergeordnete Zugabe behandelt werden. Gute und wohlfeile Postanstalten machen den Verkehr lebhafter; freilich hängt aber die Häufigkeit des Gebrauches der Post auch wieder von anderen Umständen ab, z. B. der Bevölkerung, dem Gewerbewesen u. dgl. (d).

(a) Klüber, Das Postwesen in Deutschland, Erlangen, 1811. Dess. Dess. Recht, §. 432—445. — (v. Imhof) Ueber Postanstalten nach ihrem Finanzprinzip, Halle 1817. — v. Jakob, I, §. 417 ff. — v. Malhus, Finanzw. I, 131. — Art. Post in Picters Encyclopäb. Wörterb. XVI, 626. — Matthias, Ueber Posten und Postregale, Berl. 1832. II. Bde. — Stängel, Das Postwesen in geschichtl. u. rechtl. Beziehung, Stuttg. 1844. — D. Vierteljahresschrift Nr. 46. 1. Abth. S. 89 (1849). — M. Culloch, Treatise on . . . taxation, S. 299.

(b) Bei einer kraftvollen Staatsverwaltung wird leicht das Bedürfnis einer Staatsbotenanstalt fühlbar, welche in Stationen mit unterlegten Pferden abgetheilt ist. Solche Stafetten waren im alten persischen Reiche, im römischen (cursus publicus) seit Augustus und im fränkischen unter Karl dem Großen, sowie in China und dem mongolischen Reiche. Im Mittelalter gab es, besonders zwischen den Handelsstädten, viele Privatbotenanstalten, unter welchen die der Pariser Universität, Fußboten für Briefe und Gelder, sich auszeichnete; Ludwig XI. nahm sie der Universität ab und ließ sie auf Staatsrechnung verwalten. Derselbe legte 1464 eine von jener getrennte

- 2) Landkutschen dürfen sich nicht der unterlegten Pferde bedienen, s. S. 212.
- 3) Wer mit Extrapost ankommt, darf erst nach Verlauf einer gewissen Zeit mit Kutschpferden weiter reisen (nach 48 St. in Baden); ein unnöthiger Zwang, der auch gewöhnlich nicht gehandhabt wird.
- 4) Die Verpflichtung der Lohnkutscher, von jeder Fahrt etwas an die Postcasse abzugeben, in Hannover, Kurhessen etc., ist am wenigsten zu rechtfertigen. In Preußen aufgehoben d. Cabin. Ord. v. 10. Dec. 1841. Die Abgabe war 1 Sgr. von der Meile und trug gegen 60 000 Rthlr.

§. 207.

Der Verkehr durch Briefe, Frachtstücke und Reisen ist sowohl in volkswirthschaftlichen als in rein persönlichen Beziehungen so nützlich (§. 205) und er hängt so wenig mit den Abstufungen der Wohlhabenheit zusammen, daß eine an ihn geknüpfte steuerartige Abgabe der Bürger in der Mehrzahl der Fälle als unzweckmäßig, unbillig und nachtheilig erscheint. Ist sie beträchtlich, so verhindert sie viele Sendungen und Reisen, die größtentheils irgend einen Vortheil für die Bürger gewährt haben würden. Ist nun aus diesen Gründen die Festsetzung hoher Preise (Taxen) für die Benutzung der Postanstalt nicht zu billigen, so würde dieselbe, wenigstens in größeren Staaten (a), auch nicht einmal einträglich sein, weil sie von dem häufigen Gebrauche der Post abhält und zum Umgehen derselben oder zur Anwendung mannichfaltiger Ersatzmittel der Briefe ermuntert (b). Die Erfahrung beweist, daß wohlfeile Posten bis zu einer gewissen Gränze neben ihrer Gemeinnützigkeit auch der Staatscasse Vortheil bringen (c). Es ist deßhalb aus beiden Rücksichten rathsam, die bestehenden Posttaxen durchaus nicht zu erhöhen, vielmehr noch zu erniedrigen, wenigstens soweit, als es ohne Abnahme des Postertrags geschehen kann. Diese Erwägung müßte auch bei einer bloß nach gewerblichen Zwecken geleiteten Postverwaltung, wie die eines Privatunternehmers, den Mißbrauch des Regales zur Erhebung übermäßiger Taxen widerrathen. Doch ist hiedurch die Möglichkeit einer solchen Uebertragung an Privatpersonen noch keineswegs außer Zweifel gesetzt, vielmehr bedarf dieselbe einer sorgfältigen Untersuchung.

(a) In kleinen Ländern könnte freilich eine Vertheuerung vorgenommen

werden, ohne eine Abnahme der bloß durchgehenden (transitirenden) Sendungen zu bewirken, wenn sie wegen der Kürze des Weges durch das einzelne Gebiet wenig empfunden würde. Indesß würden andere Staaten leicht zur Wiedervergeltung verleitet werden.

- (b) Z. B. durch Benachrichtigung in Zeitungen und Zeitschriften, Umlaufschreiben an mehrere Personen, heimliche Privatpost etc. Klüber, Das Postwesen, S. 162.
- (c) Die thörichte Erhöhung des Briefportos in Frankreich auf wenigstens $2\frac{1}{2}$ Fr. (6. Riv. IV.) vernichtete fast allen Briefverkehr und mußte nach 6 Monaten (6. Messid. IV) wieder aufgehoben werden. Als ebendasselbst 1806 das Briefporto um $\frac{1}{8}$ erhöht wurde, nahm der reine Ertrag ab. Er war 1805: 9·987 761 Fr., 1808 nur noch 9·568 844 Fr. Klüber, a. a. O. S. 179—183. — Schmalz, Staatsw. I., II, 40. — In Großbritannien folgte zwar auf die Erhöhungen des Tarifs in den Jahren 1797, 1801, 1805 und 1812 immer eine Zunahme des Reinertrages, allein ungefähr von 1815 an blieb derselbe ziemlich auf gleicher Höhe, obschon die Volksmenge und der Wohlstand des Landes sich sehr vermehrten. Der Durchschnitt von 1816—1837 ist 1·422 154 £. St., max. 1·538 629 im J. 1826, min. 1·325 277 im J. 1822. Die Ursache dieses Stillstandes liegt im Ueberhandnehmen vieler Kunstgriffe, die man zur Umgehung der Briefpost zu Hülfe nahm. Auffallend ist daneben die Zunahme der Landkutschen, von denen die Abgabe im J. 1815 erst 217 671 £. St., 1825 schon 362 631 und 1835 498 497 £. trug, was eine Fortschreitung in dem Verhältniß 100: 139: 229 anzeigt. — Im britischen Ostindien ist das durchschnittliche Porto eines Briefes $\frac{1}{4}$ Rupie = 18 kr., daher wird wenig Gebrauch von der Post gemacht und die Verwaltung derselben kostete 1846 einen Zuschuß von 5 Proc. der Einnahme.

§. 208.

Bei der Vergleichung des Postbetriebes auf Staatsrechnung und durch Privaten muß man die Brief- und Fahrpost, ferner die Verwaltung durch einen einzigen Privatunternehmer für das ganze Staatsgebiet und die Zertheilung in einzelne Poststellen, deren jede ihre eigenen Unternehmer haben kann, unterscheiden (a). Die Briefpost, der einträglichste Bestandtheil des Postgeschäftes (b), erfüllt nur dann ihre Bestimmung vollkommen, wenn sie sich auf einer größeren Landesstrecke in einer einzigen Verwaltung befindet, weil die große Menge der nach allen Richtungen hin zu versendenden Briefe (c) einen hohen Grad von Sorgfalt, Punctlichkeit, Geschicklichkeit und Redlichkeit von Seite des dabei beschäftigten Personals erheischt. Bei weniger guter und zertheilter Verwaltung würden unvermeidlich öfters Briefe verloren gehen und dieß würde durch eine Geldentschädigung nicht völlig vergütet, auch selten nur der

Schuldige ausgemittelt werden können. Viele Briefe müßten innerhalb des Staatsgebietes von einer Postunternehmung in die andere übergehen. Dieß würde wegen der Nothwendigkeit eines mehrmaligen Umpackens (Umspedition) die Mühe der Berechnung und Vergütung vervielfachen und jenen Verlust häufiger verursachen, wobei auch das Ausland keine Bürgschaft eines unfehlbaren Durchlaufens seiner Briefe fände und daher das Anknüpfen auswärtiger Verbindungen erschwert wäre. Die Größe der Unternehmung vermindert die Betriebs- und Aufsichtskosten. Wollte man aber vollends das Mitwerben mehrerer Unternehmer auf einer und derselben Strecke zulassen, so würde dieß die Sicherheit noch mehr gefährden und die Kosten noch weiter erhöhen, weil die Briefvorräthe desto weniger Arbeit und Besspannung erfordern, je mehr sie sich in einer Stelle sammeln (d).

(a) Gr. Moltke ist für die allmähliche Abschaffung der Postanstalt, ohne die beiden Hauptzweige zu unterscheiden, Einnahmequellen S. 125.

(b) Beispiele. Baiern:

	Briefpost.	Fuhrpost.
D. 1826—28 Rohertrag	695 158 fl.	317 828 fl.
Kosten . .	332 054 „	283 262 „
Reinertrag	363 104 fl. = 52 Pr.	34 566 fl. = 10,* Pr.
A. 1837—42 roh	804 800 „	512 500 fl.
Kosten . .	336 996 „	421 518 „
rein	467 804 fl. = 58 Pr.	90 982 fl. = 17,* Pr.

In der ersten Periode gehen noch 33 799 fl. Kosten der Centralverwaltung ab, in der zweiten Periode 140 383 fl. allgemeine Ausgaben nach Abzug von 12 880 fl. allg. Einnahme. Vertheilt man sie nach dem Verhältniß beider Einnahmen (8 zu 5), so bleibt für die Fuhrpost nur 36 000 fl. Reinertrag übrig.

2) Baden:

	Briefpost.	Fuhrpost.
D. 1842—45 Rohertrag	632 560 fl.	466 622 fl.
Besondere Kosten	309 883 „	454 523 „
Reinertrag	322 677 fl. = 51 Pr.	12 099 fl. = 2,* Pr.

Hiezu kommen 63 320 fl. allgemeine Ausgaben (nach Abzug ähnlicher Einnahmen). Nach der Vertheilung derselben im Verhältniß der Roheinnahme kämen auf die Fuhrpost 26 847 fl. und diese brächte also 14 000 fl. Schaden. Vergleicht man die beiderseitigen Einnahmen mit den zugehörigen Ausgaben, so zeigt sich nachstehendes Verhältniß: Vom Rohertrage nehmen hinweg:

	Briefpost.	Fuhrpost.
Kosten des Personals	13,* Proc.	13,* Proc.
Kosten des Transports	20 „	73,* „
Reparaturen	0,* „	7,* „
Abgang u. Bureaukosten	4,* „	2,* „
Es bleibt rein	61,* „	2,* „
		18*

Hier sind von der Briefposteinnahme die durchlaufenden Posten für fremdes Porto sogleich abgezogen worden.

Die vorstehenden Berechnungen sind nicht ganz genau, weil die Scheidung beider Einkünfte und Ausgabezweige nicht vollständig ist, es müßte z. B. der Briefpost eine Vergütung für die Fahrposten wegen des Mitnehmens der Brieffelleisen angenommen werden.

3) Dänemark, D. 1841 u. 44.

Briefpost.		Fahrpost.	
Einnahme	489 340 Rthlr.	300 643 Rthlr.	
Kosten	236 786 „	311 832 „	
rein	252 554 Rthlr. = 51, ⁶ Proc.		
Zubüße		11 189 R. = 10, ⁷ Pr.	

(c) Zahl der versendeten Briefe:

Brit. Reich,	1839	80 Mill.	= 3	auf den Kopf.
	1847	300 „	= 10	„ „ „
Frankreich, D.	1841—43	107 „	= 3, ¹	„ „ „
	1844—46	115 „	= 3 ¹ / ₄	„ „ „
Nordamerika,	1847	58·973 000	= 3, ²	„ „ „
Preußen, D.	1832—36	31·696 000	= 2 ¹ / ₄	„ „ „
Belgien,	1839	7 Mill.	= 1 ³ / ₄	„ „ „
Schweden, D.	1836—40	2·861 000	= 0, ⁸³	„ „ „
Rußland,	1841	7·902 000	= 0, ¹⁴	d. Europ.
	1845	10·136 146	= 0, ¹⁸	„ „

Dies sind jedoch nur die bezahlten, nicht die unentgeltlich versendeten Briefe der Staatsbehörden u., die 1836 in Frankreich 116 Mill. betrugen; die Zeitungen beließen sich ebendas. 1844 auf 60 Mill., — Vgl. J. v. Herrfeldt, Postreform in Deutschland, 1839.

(d) v. Malchus, II, 132. — Dagegen v. Jakob, I, §. 426. und v. Imhof, S. 162.

§. 209.

Wenn die gesammte Briefpost eines Landes einem einzigen Unternehmer unter gewissen, ihre Gemeinnützigkeit beabsichtigenden Vorschriften übergeben wird, so ist es unvermeidlich, daß derselbe als Gewerbsmann in dem, was seiner Wahl anheimgestellt ist, auf den größten Gewinn Bedacht nimmt. Bei richtiger Berechnung seines Vortheiles wird er die Briestare zwar nicht sehr hoch ansetzen, weil sonst die Post zu wenig gebraucht wird (§. 207), aber auch nicht ganz niedrig, weil sonst seiner reiner Ertrag wieder kleiner würde (a). Diese Uebertragung der Post an einen Privat-Unternehmer ist im Allgemeinen aus folgenden Gründen nicht zu empfehlen.

1) Der Unternehmer kann die Verwaltungskosten nicht viel sparsamer einrichten, als die Regierung, weil er in diesem ausgedehnten Geschäft ein zahlreiches Personal zu Hülfe nehmen

§. 210.

Demnach verdient in der Regel die von der Regierung geführte Postverwaltung den Vorzug. Wo indessen mehrere kleine an einander gränzenden Staaten, wie in Deutschland, der Schweiz und Italien, ihre eigenen, noch dazu nach verschiedenen Regeln verwalteten Staatsposten haben, da zeigen sich erhebliche Nachtheile. Dieser Zustand vervielfacht die Berechnungen, erhöht die Kosten der Aufsichtsbehörden und vertheuert schon hiedurch das Porto, was durch das häufig wahrzunehmende wetteifernde Bestreben der Regierungen nach größeren Einnahmen in noch höherem Maaße geschieht; er giebt ferner zu manchen Mißbräuchen, z. B. zur Umleitung der Briefe, Anlaß, und schwächt selbst die Sicherheit, weil er die Entdeckung des Unterschleifes erschwert; überhaupt leidet der Zusammenhang der Posten auf einer größeren Fläche. Mit der Ausdehnung des Postgebietes nimmt die Leichtigkeit verschiedener Vervollkommnungen zu. Ein Privatunternehmer, dem die Posten in allen solchen Staaten übertragen sind, kann sie mit leichter Mühe wohlfeil, sicher und bequem einrichten (a).

(a) Die der Postverwaltung des Fürsten von Thurn und Taxis untergebenen Länder haben jetzt (1850) gegen 4·900 000 Einwohner.

§. 211.

In den Ländern, welche mehrere benachbarte kleinere Staatsgebiete enthalten, könnte ohne Aufstellung eines Privatunternehmers der erwähnte Vortheil (§. 210) auch auf andere Weise, durch Verabredung der einzelnen Regierungen erreicht werden, wenn man sich dahin vereinigte, gleiche Grundsätze über die Befugnisse und Verpflichtungen der Postanstalt, eine gemeinsame Postordnung, gemeinsame Tarife u. aufzustellen, eine oberste Behörde zur Oberaufsicht zu errichten und das vereinigte Gebiet in Beziehung auf die Taxen und Curse wie ein Ganzes zu behandeln. Staaten von einer zu kleinen Oberfläche oder Volksmenge müßten sich zu einer gemeinschaftlichen Postverwaltung verbinden. Bei dieser ganzen Vereinbarung müßte man die Gemeinnützigkeit und Vollkommenheit der Postanstalt sich zum Ziele setzen und kleinliche, fiscalische Rücksichten beseitigen (a).

Leichter und sicherer als auf diesem Wege wird die nöthige Gleichförmigkeit und Einheit erreicht, wenn die zusammengehörenden Staaten sich zu einem höheren Ganzen, einem Bundesstaate, vereinigen und der Bundesgewalt die Befugniß übertragen, durch Gesetzgebung und Obergewalt dasjenige anzuordnen, was man sonst nur schwer vermittelt eines Vertrages aller einzelnen Regierungen zu Stande bringen könnte (b).

(a) Die Ausführung dieses Vorschlages in Deutschland ist seit dem Erscheinen der 1. Ausgabe näher gerückt. Der höchst erfreuliche Erfolg und Fortgang des Zollvereins und die durch diesen veranlaßten Münzverträge geben Beispiele von den Vortheilen, die sich auf dem Wege freier Vereinbarung erreichen lassen. Zwar stehen große Schwierigkeiten im Wege, aber man kann sie mit Beharrlichkeit und gutem Willen überwinden. S. auch Rebenius, D. Vierteljahrschrift, Nr. 14, 257. (1841). Der Postcongres von Dresden im Herbst 1847 hat schon eine schätzbare Vorarbeit geleistet, jedoch in seinen Anträgen, die bisher ohne Erfolg geblieben sind, Manches zu wünschen übrig gelassen, s. D. Vierteljahrschrift Nr. 46, 2. Abth. S. 165. — Als Hauptpunkte für eine deutsche Postvereinigung könnten, außer den obengenannten, folgende bezeichnet werden: 1) Regulirung des Verhältnisses zu dem Hause Othurn und Paris. 2) Art der Besetzung der höchsten Postbehörde durch die einzelnen Regierungen und Verhältniß derselben zu jener. 3) Anordnung einer Anzahl von Oberbehörden (Directionen) in guter geographischer Vertheilung durch das ganze Postgebiet, nach dem Beispiele der Zollbirectionen. 4) Vertheilung der reinen Ertrages, wozu sich zunächst 2 Maassstäbe darbieten, nämlich der bisherige Reinertrag und die künftige wirkliche Roheinnahme der Poststellen (Stationen) jedes Landes.

(b) Der Uebergang der ganzen Postverwaltung an die Bundesgewalt (wie in den vereinigten Staaten) ist nicht nothwendig, wenn nur sonst der letzteren die erforderliche Macht bewilligt wird. D. Reichsverf. v. 28. März 1849: Art. 5. 41. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Obergewalt über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.“ — Gleichlautend Preuß. Entw. S. 41. Postverträge mit auswärtigen Staaten erfordern nach beiden Verfassungen die Genehmigung der Reichsgewalt, aber die derselben nach den Beschlüssen der Nationalversammlung S. 44 ertheilte Befugniß, das ganze Postwesen als Reichsanstalt in Folge eines Reichsgesetzes zu übernehmen, ist im preuß. Entwurfe hinweggeblieben. — In der Schweiz ist die Post zur Bundesanstalt geworden. Die Cantone werden für ihre bisherigen Posteinkünfte entschädigt.

§. 212.

Die Fahrpost verhält sich in mehreren Hinsichten anders als die Briefpost: 1) die Zahl der Frachtstücke ist gegen die Briefzahl gehalten viel kleiner, und es ist leichter, sie einzu-

schreiben und den Empfang bescheinigen zu lassen; 2) dieselben gehen nicht so leicht verloren, auch kann wegen der angegebenen Schätzung der Verlust ersetzt werden; 3) die Fahrposten bilden in einem Lande kein so vielfach verschlungenes Netz, sondern bestehen aus einer kleineren Anzahl von Haupt- und Neben-Postläufen (Cursen); 4) das Fortführen der Personen geschieht schon neben der Post durch mancherlei Privatunternehmungen, die sich, je nach dem Maaße von Freiheit, welches ihnen gestattet wird, der Postanstalt mehr oder weniger nähern.

Deßhalb ist es da, wo genug Sinn und Neigung für solche Unternehmungen vorhanden ist, ausführbar, die Fortschaffung der Personen und Packstücke für einzelne größere Haupt- und Nebenstraßen Privatpersonen zu überlassen, welche sich den von der Regierung gegebenen Vorschriften unterwerfen, unter eine sorgfältige Aufsicht gestellt werden, auch eine Abgabe entrichten müssen. Dieß ist in mehreren Ländern geschehen, das Mitwerben hat sich wenigstens auf lebhaften Straßen wirksam gezeigt und die Regierung konnte sich eines beschwerlichen und wenig ergiebigen Geschäftes überheben (a). Dennoch hat das gänzliche Aufgeben der Staatsfahrpost erhebliche Gründe gegen sich, denn a) dieselbe kann pünktlicher und überhaupt vorzüglicher eingerichtet, auch mit dem Auslande leichter in Verbindung gebracht werden, als Landkutschen; b) sie besorgt zugleich die Sendungen von Acten, Geldern u. dgl. für Zwecke der Staatsverwaltung und leistet hiedurch einen großen Nutzen, den man neben dem Reinertrage mit in Anschlag bringen muß. Würde die Staatspost aufgehoben, so müßte man diese Versendungen den Privatunternehmern bezahlen. c) Der Staat kann allen Gegenden des Landes gleichmäßige Theilnahme am Verkehre verschaffen, indem er mit Hülfe des Ueberschusses, den die lebhafteren Straßen abwerfen, auch in schwach bevölkerten Landestheilen die Postverbindungen unterhält, während Privatunternehmer für solche Gegenden gar nichts oder nur wenig thun (b). Es ist daher die Erhaltung der Fahrpost im Betriebe durch die Regierung zweckmäßig, damit es an einer vollständigen und vorzüglichen Fortschaffungsanstalt nicht fehle; neben ihr sollte

aber wenigstens auf kürzeren Strecken die Anlegung von Landkutschen (c) nicht verhindert werden, weil diese wohlfeiler sein können, und wo keine Fahrpost geht, da kann solchen Privatunternehmungen der Gebrauch des Pferdewechsels gegen eine geringe Abgabe gestattet werden. Wie allmählig die Betriebssamekeit in den Fuhranstalten reger wird, kann die Regierung die ihrigen vermindern und sie endlich auf eine Kallepost (Briefcourier) beschränken (d).

(a) Eine Landkutsche (stage-coach) bezahlt in Großbritannien nach dem Ges. v. 24. Aug. 1839 (2. und 3. Victoria, C. 66) eine Concessionsgebühr von 5 £. St. und bei jeder Fahrt eine Abgabe nach der Zahl der Plätze, 1 Pence (3 Kr.) für die brit. Meile bei 6 Plätzen (= 8 Kr. auf die Wegstunde), $1\frac{1}{2}$ P. bei 7—10, 2 P. bei 11—13, $2\frac{1}{2}$ P. bei 14—16, 3 P. bei 17—19, $3\frac{1}{2}$ P. bei 20—22 Plätzen, und $\frac{1}{2}$ P. mehr für je 3 weitere Plätze (vor 1823 ungefähr doppelt soviel.) Kutschen unter 4 miles ($1\frac{1}{2}$ Wegst.) Geschwindigkeit auf die Stunde gelten nicht als stage-coaches. Es bestehen genaue Vorschriften über die Belastung und Führung dieser Landkutschen. Bailly, I, 542. Diese Abgabe trug 1835 498 000 £. — In Frankreich entrichtet der Messagerie-Unternehmer von einem regelmäßig gehenden Wagen oder Schiffe, außer der Lizenz von 2—5 Fr., $\frac{1}{10}$ vom Preise der Plätze nach Abzug von $\frac{1}{2}$ derselben, die als leer angenommen werden, also eigentlich $\frac{1}{10}$, und $\frac{1}{10}$ von der wirklich eingenommenen Fracht der Waaren, die durch ein genau geführtes Register nachgewiesen wird. Nicht regelmäßig gehende öffentliche Wagen zahlen ein Aversum. Ueber die vorgeschriebenen Formen, z. B. Declaration und Buchführung des Unternehmers, s. De Gérando, Dr. adm. IV, 214. Ueber den Betrag dieser Abgabe s. §. 205 (a). Man bezahlt in Frankreich ungefähr $\frac{1}{2}$ Fr. auf die deutsche Meile für einen Platz im Innern einer Landkutsche, hinten (rotonde) und oben (banquette) etwas weniger, vorne (cabriolet) etwa $\frac{1}{4}$ mehr. Die deutschen Eilwagen kosten zwischen 18 fr. und 48 fr. auf die deutsche Meile.

(b) In England ist bei der großen Ausdehnung des Verkehrs am leichtesten eine Fahrpost des Staates zu entbehren. In Frankreich ist schon auf Nebenstraßen für die Bequemlichkeit und Sicherheit durch die Landkutschen (diligences) nicht zum Besten gesorgt. — Die Staatspost hat überall im Lande gleichen Preis. Bei Landkutschen ist auf stark befahrenen Strecken, wo der Wagen immer vollständig besetzt ist und mehr Mitwerben besteht, der Fahrpreis öfters niedriger, als auf wenig besuchten.

(c) Omnibus, Stellwagen, Diligence, Ordinäre etc.

(d) Die malle-poste, die einzige wahre Fahrpost in Frankreich, ist schneller und kostbarer als Privatfuhrwerke.

§. 213.

Nach dem Bisherigen erscheint wenigstens bei der Briefpost die Fortdauer der Regalität als nothwendig. Die Gemeinnützig-

keit der Post würde ohne Zweifel sehr gewinnen, wenn der Staat die Taxen so niedrig setzte, daß sie nur gerade die Kosten deckten (a). Wäre die Post nicht schon eine Einnahmequelle, so würde man nicht mehr daran denken, sie zu einer solchen zu machen, nachdem man ihre hohe Bedeutung erkannt hat, §. 207. Da aber ein Reinertrag der Post schon lange in die Staatscasse geflossen ist, so läßt sich derselbe nicht leicht plötzlich entbehren, und der Verzicht auf den Postgewinn ist wie eine Ausgabe für die Zwecke der Bildungs- und Volkswirthschaftspflege anzusehen, die ihrer Größe wegen nicht sogleich ganz vorgenommen werden kann. Es wäre auch unbillig, wenn die Wohlfeilheit der Post den Ausländern zu Statten käme, ohne daß in anderen Staaten gleicher Grundsatz in Ausführung gebracht würde.

Eine solche Verringerung der Posttaxen, welche durch Zunahme des Gebrauches der Post vergütet wird, ist ohne Einbuße für die Staatscasse möglich. Vermag man das Maaß dieser Zunahme aus der Erfahrung ungefähr zu beurtheilen, so kann man eine nach ihr berechnete Herabsetzung der Preise sogleich unternehmen, ohne eine dauernde Störung in den Staatshaushalt zu bringen, wenn gleich in der ersten Zeit einiger Ausfall unvermeidlich ist (b). Eine noch weiter gehende Ermäßigung der Taxe, sowie verschiedene andere, die Benützung erleichternde Einrichtungen können dagegen nicht ohne den Hinblick auf die zur Deckung des Ausfalls anzuwendenden Mittel beschlossen werden, wobei jedoch zu erwägen ist, daß die Vermehrung der Briefe, Frachtstücke und Reisenden den Verlust geringer macht, als er nach dem gegenwärtigen Stande zu vermuthen ist. Es läßt sich zur Beförderung des Verkehrs viel thun, ohne den Reinertrag ganz aufzuopfern (c).

(a) Dahin muß auch die Verzinsung des stehenden und umlaufenden Capitals gerechnet werden. Baden, Ende 1847: 394 788 fl. an Gebäuden, Wägen &c.

(b) Verbesserungen, welche die Schnelligkeit und Sicherheit der Versendungen vermehren, bringen bei gleichen Taxen eine Zunahme des Ertrages zu Wege. Palmer erhöhte bei seinen Vervollkommnungen der Post zugleich die Taxen, und der Ertrag stieg; vgl. Bronne, Rapport, S. 11.

(c) Großbritannien hat ein merkwürdiges Beispiel einer Postreform gegeben, die für die erste Zeit ein so großes Opfer für die Staatscasse

zu beobachten ist. In den größten Städten ist eine eigene Stadt-Briefpost nöthig (b).

- (a) Wo möglich auf jedem Kurse täglich. In Frankreich sind neuerlich 5000 Fußboten angestellt worden, die täglich 5 Wegstunden machen und jede Gemeinde alle 2 Tage besuchen. In Bezug auf schnelle Beförderungen sind neuerlich in allen Staaten große Fortschritte gemacht worden.
- (b) Die kleine Post in Paris bestellt täglich 15 000 Briefe. — Penny-post in London seit 1680.

§. 216.

III. Tarwesen. Die Erhebung der Post-Taren geschah bisher allgemein nach Tarifen, deren leicht verständliche Einrichtung und öffentliche Bekanntmachung Unterschleife verhüten und Jeden in den Stand setzen muß, sich von der Gesetzlichkeit der geforderten Tare selbst zu überzeugen. Bei der Entwerfung der Tarife (a) muß man vor Allem die Kosten ermitteln, welche jeder Versendungsgegenstand oder jede Reise der Anstalt verursacht, und sodann sich darüber verständigen, wie die anzusetzende Tare sich zu den Kosten verhalten soll, §. 213. Die Taren steigen sowohl mit den Entfernungen, als mit dem Gewichte der versendeten Gegenstände, und werden daher durch Tabellen, in denen die Zahlen nach zwei Richtungen fortwachsen, ausgedrückt.

A. Briestarif.

1) Man bestimmt ein gewisses Gewicht des einfachen Briefes, von welchem die niedrigste Tare bezahlt wird. Für die unteren Stände, die sich insgemein eines gröberen Papiers bedienen, ist es schonend, wenn der einfache Satz nicht zu niedrig gesetzt wird (b).

2) Die Steigerung nach der Entfernung soll nicht nach der Länge des Weges, den die Post zufällig wegen der jetzigen Kurseinrichtung zurücklegt, sondern nach dem geraden Abstände der Orte bemessen werden (c). Auch sollte man den Satz in häufigen und kleinen Abstufungen weiter steigen lassen, nicht etwa bloß von 10 zu 10 Meilen, wobei z. B. eine Entfernung von 61 und 69 Meilen gleiche Tare bezahlen würde. Da die Kosten nicht genau mit der Länge des Weges wachsen, vielmehr

die Mühe des Annehmens, Taxirens und Austheilens gleich bleibt, so ist es billig und auch überhaupt zweckmäßig, daß die Taxe nicht völlig in dem Verhältnisse der Entfernungen zunimmt, so daß z. B. der doppelte Weg nicht ganz doppelt so viel kostet, als der einfache, und folglich die Briefe, die am weitesten gehen, verhältnißmäßig am wohlfeilsten bezahlt werden (d).

3) Auch ein größeres Gewicht eines Briefes über den einfachen Satz soll nicht in gleicher Fortschreitung die Taxe erhöhen (e).

4) Zur Begünstigung des geistigen Verkehrs erhalten Druckschriften unter Kreuzband eine niedrigere Taxe (f), und die Zeitungen, welche die Post versendet, werden um eine geringe Erhöhung des Preises von derselben geliefert (g). Zur Beförderung der Gewerbe werden auch Muster und Proben von Waaren schonend taxirt.

(a) Seitdem der französische Briefftarif 1827 durch den Beschluß der Kammern zu Stande gekommen ist, sind die Posttaxen oft Gegenstand landständischer Berathung geworden.

(b) Das Gewicht des einfachen Briefes ist 156 holl. $\text{As} = 7\frac{1}{2}$ Grammen in Frankreich seit 1827 (vorher 6), 223 $\text{U.} = \frac{3}{4}$ Loth, Preußen und Baden, 260 $\text{U.} = 2\frac{1}{2}$ Heftas in Sachsen (1840), 294 $\text{U.} = \frac{1}{2}$ Unze in Großbritannien (1840), 304 $\text{U.} = 1$ Loth Köln. Thurn und Taxis in den meisten Ländern, 325 $\text{U.} = 1$ Loth Zollgewicht Baiern seit 1849, 364 $\text{U.} = 1$ Loth in Oesterreich, vor 1849 nur $\frac{1}{2}$ Loth. In Baiern wird 1 Loth auch nur $1\frac{1}{2}$ fach bezahlt, wie in Preußen, $1\frac{1}{2}$ Loth zahlen 2fach. Großbritannien, 1840: über $\frac{1}{2}$ bis an 1 Loth 2fach, über 1 Loth bis an 2 Loth 4fach, über 2 Loth bis an 3 Loth 6fach, u. s. f.

Nach der früheren fehlerhaften Anordnung (noch in America in Gebrauch) galt in Großbritannien ein Brief für einfach, wenn er nur aus 1 Stück Papier bestand und nicht über 1 Unze wog. Jedes eingelegte Stück verdoppelte schon den Preis. — In Baden werden Eingaben von Privatpersonen an Staatsbehörden, wenn sie nur aus 1 Bogen bestehen, nach dem einfachen Satze belegt, sonst immer um eine Stufe niedriger, als andere Briefe.

(c) Hiedurch erhalten die Taxen eine von dem jedesmaligen Postenlaufe ganz unabhängige Festigkeit und es wird nun möglich, für jeden Ort die Bezirke (rayons) durch concentrische Kreise auf der Charte zu bezeichnen, so daß das Porto von dem angenommenen Mittelpunkt aus nach allen in einerlei Bezirk liegenden Orten gleich viel beträgt. In Frankreich ist dieser Grundsatz seit 1827, in den meisten deutschen Staaten schon länger eingeführt, z. B. preussisches Tax-Regulativ vom 18. Dec. 1824, §. 2.

(d) Die Taxe könnte aus einer veränderlichen Größe bestehen, die sich

gabe für jeden Brief auf einer längeren, aber lebhafteren Strecke kleiner sein kann, als im entgegengesetzten Falle. 5) Die von der Entfernung ganz unabhängigen Kosten lassen sich sehr vermindern, wenn die Briefe sogleich bei dem Aufgeben bezahlt werden und für dasselbe eine bequeme Einrichtung getroffen wird.

Demnach wurden die bisherigen Postfreiheiten der Briefe (b) aufgehoben, und das Porto des einfachen Briefes wurde bei der Vorausbezahlung auf 1 Pence (3 Kr.), sonst auf 2 Pence gesetzt (c), statt des Bezahlens bei dem Aufgeben wurden aufzuklebende Stempel-Blättchen eingeführt, die man sich in beliebigem Vorrathe ankaufen kann (d). Wie leicht und angenehm auch eine so große Vereinfachung des Larwesens sein mag (e), so verursacht sie doch einen zu großen Ausfall in der Staatscasse (§. 213 (c)), auch ist einige Abstufung des Portos nach den Entfernungen vollkommen billig. Ferner ist der Briefverkehr zwischen naheliegenden Orten erfahrungsmäßig der häufigste und man dürfte ihn nicht vertheuern, daher muß man davon absehen, dem einzigen Portosatz eine gewisse mittlere Höhe zu geben. Diese Betrachtungen führen dahin, daß wenigstens in einem größeren Postgebiete die Anordnung einer kleinen Zahl von Stufensätzen (3 oder 4) den Vorzug verdient, wobei die Vorausbezahlung mit Hilfe von Stempelblättchen ebenfalls noch anwendbar ist (f). Durch Staatsverträge kann dafür gesorgt werden, daß solche niedrige Portosätze auch im auswärtigen Verkehre den Bewohnern beider Staaten zu Gute kommen.

- (a) Nach dem Gewichte machten die bezahlten Briefe nur 16, die unentgeltlichen 9, die Zeitungen 75 Proc. aus, *Bronne Rapport*, S. 7.
- (b) Die Portofreiheit der Parlamentsmitglieder (10 Briefe täglich frei abschicken, 15 empfangen) war ungeheuer gemißbraucht worden.
- (c) Als Uebergang diente die Ermäßigung des Portos, wo es höher gewesen war, auf 5 Pence, vom 5. Dec. 1839 — 10. Jan. 1840.
- (d) Auch gestempelte Briefumschläge (*couverts*), 2 Duzend für 2 Schill. 3 P. Der wiederholte Gebrauch eines Stempelblättchens wird durch Aufdrücken eines schwarzen Stempels auf der Post verhindert.
- (e) In Rußland besteht seit dem J. 1843 ein gleichförmiger Portosatz von 40 Kopeken Silber = 11,³ fr. — Belgien, seit 1847 20 Cent. = 5,⁶ fr. von jedem Briefe. — Frankreich, Ges. 24. Aug. 1848: allgemeiner Satz 20 Cent., über 7½ — 15 Grammen 40 Cent. Bisher

war man gewohnt, die meisten Briefe unfrankirt zu versenden. Im November 1849 hatten sich die frankirten von $\frac{1}{10}$ erst auf $\frac{1}{2}$ vermehrt und es wurde ein Portozuschlag von 10 Proc. für die nicht frankirten vorgeschlagen. — In Oesterreich kostete v. 1722—1751 jeder Brief 8 kr. — Präsident Taylor (Botschaft 4. Dec. 1849) empfiehlt für den americanischen Bundesstaat ein gleichförmiges Porto von 5 Cents = 7,75 kr.

- (f) M. Gulloch, *Taxat. S.* 307 ist ein Gegner der brit. Postreform und glaubt, ein mittlerer Portosatz von 2—3 P. für den Brief wäre weit besser gewesen. — Vorschlag von Herrfeldt a. a. O.: Stadtpost 1 kr., — bis zur nächsten Station 3 kr., — darüber hinaus 6 kr. Hierbei würde aber in der Nähe sogar noch eine Erhöhung gegen den bisherigen Satz eintreten. Besser vielleicht 4 Stufen mit Stempeln von verschiedener Farbe: 1) an Ort und Stelle 1 kr., — 2) bis zur nächsten Station 2 kr., — 3) bis 10 oder 12 Meilen 4 kr., — 4) weiter 8 kr. Dieß würde allerdings der Staatscasse ein starkes Opfer auferlegen. — Oesterreich stellte vom 1. August 1842 an 2 Portosätze, 6 kr. bis zu 10 Meilen und 12 kr. für größere Entfernung auf, mit der erklärten Absicht, daß künftig nur ein einziger von 6 kr. bestehen solle. (7,75 kr. des münch. Fußes). Der Satz von 6 kr. wurde später bis auf 20, 1849 bis auf 30 Meilen ausgedehnt. Im Sept. 1849 wurde das Porto bis 10 Meilen auf 3 kr., darüber auf 6 kr., in Wien auf 2 kr. herabgesetzt. — Bai. Sage (Jun. 1849): bis 12 Meilen 3 kr., darüber 6 kr., im Orte und der Umgebung 1 kr. — Antrag der Dresdener Konferenz: bis 6 M. incl. 2 kr., bis 20 M. 5 kr., darüber 10 kr. (100 kr. = 122,5 kr. des 24½ fl. Fußes). — Vorschlag in der Vierteljahrschrift a. a. O.: bis 20 M. 1 Sgr., 20—70 M. 2 Sgr., 70—155 Sgr. 3, darüber 4 Sgr. — Preuß. Entwurf, Dec. 1849: bis 10 M. 2 Sgr., 10—20 M. 3 Sgr., darüber 4.

§. 217.

B. Pakettarif. Gleiche Gewichtsmenge wird bei der Fahrpost weit niedriger belegt, als bei Briefen, weil man voraussetzt, daß der Post- oder Packwagen Frachtstücke von ansehnlichem Gewicht zu versenden hat, bei denen die Bemühung des Personals verhältnißmäßig viel kleiner ist, sowie auch die Fortschaffung langsamer geschieht (a). Der Fahrposttarif wird genauer als der für Briefe aufgestellte nach der Entfernung eingerichtet, doch ist es üblich und angemessen, von kleinen Entfernungen und Gewichtsmengen eine verhältnißmäßig höhere Taxe zu nehmen als von größeren (b).

C. Tarif für Geldsendungen, welche wegen der größeren Haftung ein höheres Porto entrichten müssen (c).

D. Tarif für die Personen auf dem Postwagen (d),
 Rau, polit. Defon. 3te Außg. III.

- (e) Die Taxe derselben hat einen veränderlichen Bestandtheil, welcher von Zeit zu Zeit nach den Preisen des Habers und Preues neu bestimmt wird.
- (f) Das Briefbestellgeld sollte aufhören.

§. 218.

IV. Versendungs gesch ä fte. Die Stellung der Pferde und Postknechte ist Sache von Privatunternehmern (Posthalter n), welche mit der Postverwaltung hierüber die nöthigen Verträge abschließen und für jede einzelne Leistung bezahlt werden. Sie und die Postknechte stehen übrigens unter Aufsicht der Postbehörden.

1. Regeln für die Briefver sendung:

a) Briefe, welche frankirt werden und nicht schon auf eine bequemere Weise bezahlt sind (§. 216 a), dürfen nur durch sichere Personen in Empfang genommen und müssen sogleich Aufzeichnung der Summe auf dem Briefe nach dem Tarife taxirt werden.

b) Dem Aufgebenden muß es frei stehen, den Brief zu frankiren oder nicht, und man hat beim Abschluß von Staatsverträgen in Postsachen dahin zu streben, daß diese Wahl auch bei der Absendung ins Ausland frei bleibe (a).

c) Zur Vereinfachung der Geschäfte werden alle in eine gewisse Gegend laufenden Briefe in ein Paket verschlossen, welches so weit als möglich uneröffnet fortläuft, entweder bis an den Bestimmungsort, oder bis zu einem Postamte, wo eine Umpackung und Vertheilung aller angekommenen Briefe in neue Pakete nöthig wird. Auf diese Weise bilden sich in jedem Staate gewisse Sammelplätze, die unter einander in dem Verbande des „Pakettschlusses“ stehen und bei denen die sogenannte Umspe dition geschieht. Nur die an nahe Stationen gerichteten Briefe machen hievon eine Ausnahme. Die Beamten des Bestimmungsortes oder des Umspe ditionspunctes haben die Richtigkeit der Tarirung der ankommenden Briefe sorgfältig zu prüfen.

d) Bei jedem solchen versiegelten Briefpakete wird die Zahl und das Gesamtgewicht der eingeschlossenen Briefe auf-

gezeichnet. Das Aufzeichnen jedes Briefes nach seiner Adresse in eine Liste, deren Abschrift in dem Pakete mit versendet wird, würde die Geschäfte zu sehr vermehren, ohne die Sicherheit erheblich zu verstärken (b).

e) Für jedes Paket wird auch die Berechnung über das Porto beigelegt, welches, soweit es dem eignen Staate angehört, von der Poststelle, die es baar einzieht, der Staatscasse verrechnet wird (c).

f) Vollkommene Gewißheit der Ueberlieferung durch Bescheinigung des Empfanges läßt sich nur mit größerer Bemühung der Postbeamten und besonderer Einzeichnung bewerkstelligen und erheischt daher eine erhöhte Gebühr (eingeschriebene oder recommandirte Briefe).

2) Pakete werden speciell aufgezeichnet und, nach der in Süddeutschland eingeführten Methode, dem Begleiter des Wagens (Conducteur, Schirrmeister) übergeben, der sie wieder dem Postbeamten des Bestimmungsortes einzeln abgeliefert. Für jeden erweislichen, vom Aufgeber nicht verschuldeten Verlust haftet die Postanstalt, die dafür sich wieder an den Schuldigen halten kann.

- (a) Verweigert ein Staat alle Abrechnung, so müssen die Briefe hin und her von jedem der beiden Correspondenten für die Strecke innerhalb seines Landes bezahlt werden.
- (b) Weil man doch nur Ort und Hauptnamen des Empfängers eintragen kann und oft viele Briefe an Personen mit gleichem Hauptnamen vorkommen. Klüber, Das Postw. S. 99—113.
- (c) In manchen Staaten müssen auch die inländischen Poststellen mit einander über das Porto abrechnen, welches jede verdient und empfangen hat, wobei man annimmt, daß derjenigen Poststelle, welche den Brief u. an den Empfänger bestellt, das Porto für die inländische Sendung zukomme. Dieß vervielfacht indeß die Geschäfte ohne Noth und es ist hinreichend, wenn nur bei der Verrechnung an die Staatscasse die gehörige Controle vorhanden ist. — Wenn ein Brief von A nach B geht, so sind folgende Fälle möglich:

- 1) er ist beim Aufgeben bezahlt; a) er bleibt in B oder der Umgegend; hier berechnet das Postamt A das eingenommene Porto unter der Ueberschrift „Franco“ der Postcasse. Kam der Brief weiter, vom Auslande, so muß dieses der inländischen Grenzstation den Antheil vergüten, welcher den inländischen Posten daran gebührt; b) er geht weiter ins Ausland, so muß der ersten Station oder dem Umspeiditionsorte des Nachbarstaates der entsprechende Antheil ersetzt werden, unter der Rubrik „Weiterfranco“;

- 2) er ist nicht frankirt; a) kam er vom Auslande, so muß die Stelle A diesem das daran verdiente Porto erstatten und der Expedition B unter der Benennung „Auslage“ zur Last setzen. Diese Auslage wird durch B von dem Empfänger des versendeten Gegenstandes eingezogen; b) für den inländischen Lauf wird das durch B zu erhebende Porto unter diesem Namen von A angezeigt.

Nach der Einführung eines einfacheren Portosages kann die bisherige Vergütung des Antheils, den ein zwischenliegendes Land nach der Länge des Weges an dem Porto eines Briefes erhält, nicht mehr Statt finden. Dieß Transitporto muß aufhören, vorbehaltlich einer Entschädigung für die Länder, welche hiebei erweislich verlieren.

§. 219.

V. Einzelne Regeln, welche sich auf die Zwecke der Postverwaltung beziehen.

1) Zur Geschwindigkeit dienen außer dem guten Ineinandergreifen der Curse unter andern a) die Vermeidung des Umleitens, d. h. der Absendung auf einem Umwege, in der Absicht, die Versendungsgegenstände länger auf den inländischen Poststraßen laufen zu lassen und dadurch mehr Porto zu verdienen. Die gänzliche Abstellung erfordert Unterhandlungen der Nachbarstaaten (a); b) die Trennung der Packwägen von den Eilwägen (Schnellposten), welchen dagegen die Brief-Felleisen mitgegeben werden; c) pünctliche Beobachtung der Abgangszeit und Vorschrift bestimmter Zeiten, in welchen die Brief- und Fahrpost jede Station nach Maaßgabe ihrer Länge und Beschaffenheit bei Strafe zurücklegen muß, und die Führung von Stundenzetteln, welche der Postknecht oder Conducateur mitnimmt, um den Beweis des richtigen Eintreffens zu liefern (b); d) Verpflichtung jedes Posthalters, eine bestimmte genügende Zahl von Pferden zu halten; e) schleuniges Austragen der angekommenen Gegenstände, mit mehrmaligen täglichen Abholungszeiten.

2) Sicherheit. Am meisten befördert diesen Zweck das vorgeschriebene Verfahren bei dem Versendungsgeschäfte (§. 218). Sonst verdienen noch genannt zu werden a) Verpflichtung aller Beamten und Bedienten der Post zur Beobachtung der größten Sorgfalt und Rechtlichkeit, namentlich auch in der Bewahrung

des Briefgeheimnisses (c), b) Zurückweisung schlecht verpackter oder gefährlicher Gegenstände (d), ferner solcher, deren Aufschrift nicht deutlich und bestimmt genug ist, c) gute Bewachung des Postwagens, Begleitung desselben in unsicheren Gegenden u. d) gesetzliche Bestimmungen über die Verbindlichkeit der Post, für die ihr übergebenen Gegenstände zu haften.

3) Bequemlichkeit. Es läßt sich mit geringer Mühe manche Erleichterung und Annehmlichkeit bei der Benutzung der Post zu Wege bringen, hauptsächlich bei der Personenpost, z. B. durch gute Wagen, anständige Behandlung, feste Ordnung in den Sigen, gute Wartzimmer u.

4) Einträglichkeit, der Wohlfeilheit unbeschadet. Hierher gehört vornehmlich die Verhütung des Mißbrauches der Portofreiheit. Am sichersten ist es, nur die Dienstcorrespondenz der öffentlichen Behörden zu befreien, das persönliche Freithum aber ganz aufzuheben (e).

(a) Oesterreich leitete sonst die französische und schweizerische Correspondenz mit Vermeidung der bayerischen Gebiete durch Tyrol und Vorarlberg, ohne eine höhere Taxe zu nehmen, aber zum Nachtheil der bayerischen Postcasse und der Geschwindigkeit. Verhandl. d. 2. K. in Bayern, 1822, Beil. VII, 200, 1831, Beil. Nr. XLIV, S. 4.

(b) Für die englischen Landkutschen sind 8,8 miles = 3,2 Wegstunden auf die Zeitstunde als mittlere Geschwindigkeit vorgeschrieben, also auf eine Wegstunde 19, auf die d. Meile 32 Minuten. Die deutschen Eilwagen brauchen mit Einschluß des Aufenthaltes gewöhnlich gegen $\frac{1}{4}$ Stunden für die Meile oder 27 Minuten für die Wegstunde.

(c) Die Verfassungen mehrerer Staaten erwähnen die Sicherheit des Postgeheimnisses, z. B. Kurhessen. §. 38. — D. Grundrechte, §. 142. Preuß. Entw. §. 140. Oesterr. Grundrechte §. 11. Preuß. Verf. v. 31. Jan. 1850. §. 33. — Die Fälle, in denen die Oeffnung eines Briefes durch die Obrigkeit erlaubt ist, müssen gesetzlich bestimmt sein. Weimar. B. vom 1. Jan. 1820: 1) Briefe an Verstorbene, deren Vermögen unter Siegel liegt, 2) an Inquisiten. Letzteren Fall gestattet auch, auf Requisition der Untersuchungsbehörde, bad. B. von 1822, Fink, Repertor. II, 21. — In Bayern ist Requisition eines Appellationsgerichts erforderlich. Hierzu kommt das Oeffnen der sog. Retourbriefe nach einer gewissen Frist und vorgänziger Ausstellung, um von dem Aufgeber das Porto erheben zu können. — Oeffnen der Briefe als Hülfsmittel der Diplomatie! In Großbritannien wurde 1711 in einer Parlamentsacte das Recht der Regierung zum Oeffnen von Briefen anerkannt. Seit 1806 werden die Befehle hiezu, die zum Theil sehr willkürlich sind, in ein Verzeichniß gebracht, seit 1822 die Urschriften der Befehle bei den Postämtern aufbewahrt.

(d) Schießpulver, Knallgold, Säuren und überhaupt Flüssigkeiten u.

(e) So Baden, 28. Dec. 1831. — England seit 1840.

§. 219 a.

Eine erhebliche Veränderung in der Verwaltung der Posten ist durch die Errichtung der Eisenbahnen entstanden. Längs einer Bahn hören die eigenen Postfuhrn gänzlich auf, die Post verliert den Ertrag von Personen und von einem Theile der Frachtstücke, dagegen erspart die Postcasse auch an den Versendungskosten der Briefe und kleineren Frachtstücke, indem sie beide auf der Eisenbahn mit viel geringerem Aufwande fortschaffen kann. Die größere Schnelligkeit der Sendungen vermehrt zugleich die Anzahl der an die Post gelangenden Briefe und anderer Gegenstände, so daß die reine Einnahme aus der Post nicht nothwendig vermindert wird, sich vielmehr sogar erhöhen kann (a). Wo beide Anstalten auf Staatsrechnung verwaltet werden, da ist es ziemlich gleichgültig, wie die Abgränzung und Berechnung zwischen ihnen eingerichtet wird. Werden aber Actienbahnen hergestellt, so muß in den Bedingungen ihrer Genehmigung ihr Verhältniß zur Post genau geregelt werden, und zwar nach dem Grundsatz, daß jeder von beiden höchst wohlthätigen Unternehmungen ein ihrer Eigenthümlichkeit entsprechender Spielraum zum Vortheil der Staatsbürger unverkümmt erhalten wird, II, §. 273 b. Hieraus ergeben sich nachstehende Regeln:

1) Die Bestellung der Briefe und kleinen Frachtstücke bis zu einem gewissen Gewichte (b) steht allein der Post zu, welche sich dazu der Eisenbahn bedienen darf. Es ist am billigsten, wenn die Briefpakete oder auch ein von der Post gestellter und unterhaltener Wagen mit einem Postbeamten unentgeltlich auf der Bahn mitgeführt, dieser aber kein weiterer Aufwand zugemuthet wird.

2) Postreisende, deren Weg zum Theil in die Richtung der Bahn fällt, werden dieser von der Post übergeben und gegen eine ermäßigte Vergütung in einer entsprechenden Wagenclasse (c) unverzüglich befördert, dagegen muß auch die Post das Fahrgeld auf solchen Strecken niedriger setzen als auf den eigentlichen Poststraßen.

3) Größere Frachtstücke, die einen Theil ihres Weges auf der Eisenbahn fortgebracht werden müssen, können ebenfalls durch die Post besorgt werden, welche sie von ihrem Personal auf die Bahn bringen und auf derselben in Empfang nehmen läßt, allenfalls in einem der Post gehörenden Wagen. Die Fracht wird der Bahnverwaltung nach dem gesammten Gewichte aller zusammen versendeten Gegenstände in ermäßigtem Satze vergütet.

4) Die Fahrten der Eisenbahn müssen mit dem Gang der Post in Uebereinstimmung gebracht werden, so daß beide gut in einander greifen.

(a) Die badische Bahn wurde im Herbst 1840 auf einer vierstündigen, 1842 auf einer weiteren 12stündigen Strecke eröffnet u. s. f. Der Reinertrag der bad. Posten war i. D. 1839—40 268 800 fl., — hierauf nahm er anfangs etwas ab, hob sich aber nachher; er war 1842 234 614 fl., 1843 255 283 fl., 1844 292 017 fl., 1845 303 717 fl., 1846 330 830 fl. 1847 266 613 fl., 1848 213 778 fl.

(b) Sachsen 20, Taunusbahn 25 Pfund.

(c) Eilpostreise in Wagen der 2. Classe.

§. 219 b.

Der Telegraph, anfangs wie die Post nur dem Dienste des Staats gewidmet, ist neuerlich auch der Benutzung für Privatpersonen gegen eine Abgabe zugänglich geworden. Die Erfindung des magnetisch=elektrischen Telegraphen hat wegen der leichten Verbindung mit den Eisenbahnen die Verbreitung dieser Anstalt befördert, welche, als die schnellste denkbare Art von Post, vielfachen Nutzen gewährt, auch nicht nothwendig auf die mit Eisenbahnen versehenen Linien beschränkt ist. Die Gebühr für den Gebrauch des Telegraphen richtet sich nach der Länge des Weges und des gemeldeten Satzes in gewissen Abstufungen (a). Die Meldungen der Staatsbehörden oder der Eisenbahnverwaltung erhalten den Vorzug. Die bei dem Telegraphen angestellten Beamten sind zur Geheimhaltung verpflichtet (b).

(a) Preuß. Tarif für den Gebrauch dieser Telegraphen, 18. Oct. 1849. 1—20 Worte von Berlin nach Erfurt 2 Rthlr. 6 Sgr., nach Cassel 3½ Rthlr., nach Frankfurt a. M. 4 Rthlr. 24 Sgr. — Bair. Tarif, 23. Dec. 1849: Bis 25 Worte 12 Meilen weit 3 fl., weiter 6 fl. Je 15 Worte weiter kosten ½ dieses Betrags mehr. — Oesterr. Tarif v. Octob. 1849, ermäßigt Febr. 1850. Auf eine Meile Länge ist die Taxe für 1—20 Worte 5 kr., 21—60 10 kr., 61—100 15 kr., mehr

als 100 sind nicht erlaubt. Außerdem bezahlt man 2 fl. für jede Nachricht (Manipulationstaxe) und 24 kr. Zustellungsgebühr. Es sind bis jetzt 10 Stationen. Eine Botschaft bis zu 20 Worten kostet von Wien nach Triest 6 fl. 18 kr., nach Prag 5 fl. 16 kr., nach Eibach 4 fl. 44 kr., nach Salzburg 3 fl. 17 kr.

- (b) Nach der a. bair. Verordnung kann auch eine Rückmeldung (Collationirung) verlangt werden, wie die Nachricht verstanden worden ist, gegen halbe Gebühr, in Oesterreich gegen die volle Tare.

8. Hauptstück.

Staatsbahnen.

§. 219 c.

Die Anlegung einer Eisenbahn wird durch die Zwangsabtretung der erforderlichen Grundstücke und folglich durch die Genehmigung der Staatsgewalt bedingt. Diese kann, statt einer Privatgesellschaft die Erlaubniß zu geben, den Bau auch auf Staatskosten übernehmen und weil eine Eisenbahn nicht von mehreren Unternehmern der Fortschaffung zugleich benutzt werden kann, vielmehr mit dem Eigenthum das ausschließliche Betriebsrecht verbunden ist, so besteht das Eisenbahnregal aus dieser doppelten Befugniß der Regierung, Eisenbahnen anzulegen und aus der Benützung derselben ein Einkommen zu ziehen, wozu sich, nach den Bedingungen, unter denen Privatbahnen gestattet worden sind, öfters auch das Recht gesellt, diese nach einer gewissen Zeit gegen eine gewisse Vergütung an sich zu bringen. Dieses Hoheitsrecht ist dem Bergwerksregale in der Entstehungsart, dem Postregale in der Natur des Gegenstandes am ähnlichsten.

§. 219 d.

Daß Eisenbahnen auch ohne eigene Betheiligung des Staats durch Privatgesellschaften zu Stande kommen können, ist eine bekannte Thatsache. Indes sprechen mehrere gewichtige Gründe dafür, daß der Staat die Hauptbahnen eines Landes auf eigene Rechnung herstelle, weil er ihnen leichter eine dem

9. Hauptstück. Fähr- und Floßrecht.

§. 219 f.

Die beiden genannten Rechte sind in vielen Ländern Regalien und wurden ehemals als Bestandtheile eines sog. Wasserregals angesehen (a). Die aus polizeilichen und volkswirtschaftlichen Gründen nothwendige Staatsaufsicht auf die Beschiffung der öffentlichen Gewässer ist von der Befugniß der Staatsgewalt zum ausschließlichen Betriebe der Ueberfahrt in Fahren und des Holzflößens wesentlich verschieden.

1) Die Benutzung der Fahren sowie der, oft an deren Stelle tretenden fliegenden Brücken geschieht am besten mittelst der Verpachtung auf mehrere Jahre an den Meistbietenden. Dem Pächter werden die Fahren und Brücken sammt zugehörigen Geräthschaften und dem Fährhause übergeben. Kleine Ausbesserungen muß er bestreiten, benannte größere fallen dem Staate zur Last. Er erhält einen Gebührensatz (Tarif), den er nicht überschreiten darf, und andere, auf die gute Bedienung der Ueberfahrenden gerichtete Vorschriften (b). Uebrigens haben auch manche Ufergemeinden das Recht, eine Fährre zu halten und zu benutzen.

2) Das Flößen des Holzes steht mit der Forstwirtschaft in Zusammenhang und ist von der Regierung häufig als ein Mittel gebraucht worden, den Ertrag der Kammerwäldungen zu vergrößern (c). a) Das Fortschaffen der Balkenflöße auf den Flüssen (Langholzflößen) wurde sonst bisweilen an Holzhandelsgesellschaften gegen eine gewisse Pachtsumme im Ganzen überlassen. Dieß Verfahren verhinderte das Mitwerben und gab den Unternehmern monopolistische Gewinnste, weshalb es besser ist, das Flößen gegen eine gewisse Abgabe von jedem Floße nach Maaßgabe seiner Größe und unter den zur Schonung der Brücken, Mühlen, Uferbauten, Durchlässe 2c. nöthigen Bedingungen freizugeben. b) Das Scheitholzflößen kann,

wenn der Staat keine Holzhöfe mehr hält (§. 151.), verpachtet werden. Der Staatscasse fällt die Unterhaltung der Flosssteiche, Schwellungen, Flossgräben, Auffangereichen 2c. in baulichem Stande zur Last.

(a) Gegen die Annahme eines solchen Mittermaier, Grundf. §. 222.

(b) Bergius, Pol. und Kam. Mag., III, 1.

(c) Vgl. Bergius, III, 156 ff.

10. Hauptstück.

Regal der Glücksspiele.

§. 220.

Es ist zwar noch immer besser, wenn die Lotterien Regal sind, als wenn es Privatpersonen freisteht, sie zu unternehmen, weil von diesen mancherlei Anlockungsmittel gebraucht werden können, die der Staat verschmäht (a), — weil dieser der Spielsucht gewisse Schranken entgegenstellen kann, die dem Vortheil eines Privat-Lotterie-Inhabers widerstreiten, — und weil Staatslotterien eine Einnahme für die Staatscasse abwerfen, welche den Steuerpflichtigen zu Gute kommt, allein auch die Staatslotterien sollten aufhören. Eine Anstalt, welche vom Sparen abhält und an die Stelle des unverdrossenen Fleißes die aufgeregte Gewinnsucht setzt, die Einbildungskraft durch das Trugbild eines leicht zu erlangenden Reichthums fesselt und Tausende von Familien der Armuth oder der Unredlichkeit und dem Sittenverderben Preis giebt, wird durch ihre Einträglichkeit keineswegs gerechtfertiget. Die durch sie zu Grunde gerichteten Personen können zwar nicht den Staat, nur ihren eigenen Leichtsinns anflagen, aber jener sollte dennoch von den Bürgern eine solche Versuchung ferne halten, die immer für den weniger unterrichteten, gedankenloseren Theil des Volkes gefährlich ist (b).

(a) Dahin gehört namentlich, daß Privatunternehmer durch das Mitwerben angetrieben werden würden, stets neue Bedingungen, For-

men, Spielarten ic. auszufinnen und dadurch den Reiz der Spiele aufzufrischen.

(b) Häufigkeit der Lotterien in Italien. Bronn, Reisen, II, 145 (1832).

§. 221.

Zur Vertheidigung der Staatslotterien ist hauptsächlich Folgendes angeführt worden:

1) Die Menschen hingen so sehr an Glücksspielen dieser Art, daß sie, wenn der Staat auf den Ertrag derselben verzichtete, doch insgeheim, besonders in ausländischen Anstalten spielen würden, wobei dann das Uebel fortbauerte und nur die Staatscasse keinen Vortheil mehr bezöge (a). Dieser Grund hat am meisten Gewicht in kleinen Staaten, in deren Nachbarschaft Lotterien fortbestehen. Wenn jedoch durch strenges Verbot der inländischen Privatlotterien und des Sammelns für ausländische Anstalten der tägliche Anreiz beseitigt wird, wenn endlich auch die Nachbarstaaten gleichen Grundsätzen huldigen, so kann das Spiel nur in sehr geringer Ausdehnung betrieben werden.

2) Aus den kleinen Ausgaben vieler Spieler würden beträchtliche Summen gesammelt, die den Gewinnenden zuflößen, die Lotterie wirke also wie eine Ersparung aus den Einkünften (b). Allein die Lotteriegewinnste können nicht als eine günstige Vertheilung des Vermögens angesehen werden, denn sie werden meistens leichtsinnig aufgezehrt, ohne eine dauernde Verbesserung des Vermögensstandes einer Familie hervorzubringen. Wenn auch ein Theil der Spieler besonnen genug ist, um weder bei den Einsätzen das Maas ihres Einkommens zu überschreiten, noch auch die Gewinnste zu verschleudern, so ist doch die entgegengesetzte Handlungsweise sehr häufig, besonders in der Classe der Lohnarbeiter, und es giebt kein Mittel, die Lotterien nur den verständigen Personen zugänglich zu machen.

(a) J. B. Moser, Patriotische Phantas. I, 161. — Rapport au Roi, S. 126. Hier wird bemerkt, in Frankreich habe man nach der Aufhebung der Staatslotterie im J. 1793 desto mehr in geheimen Privat- und in ausländischen Anstalten gespielt, was die Polizei nicht habe verhindern können, und so sei denn 1797 die Staatslotterie wieder hergestellt worden, en se fondant sur cette maxime . . ., qu'il est plus sage de gouverner les hommes tels qu'ils sont que tels qu'ils devraient être.

(b) Hierauf hat neuerlich Bernoulli aufmerksam gemacht, Schweiz. Archiv, III, 112.

(b) Nach den Wahrheiten der Combinationslehre befinden sich unter 90 Zahlen

1) 90 mögliche einfache Auszüge, von denen jedesmal 5 herauskommen, also ist die Wahrscheinlichkeit, einen derselben überhaupt zu gewinnen (unbestimmter Auszug), $\frac{1}{18}$, aber bei einem auch der Ordnung nach bestimmten, z. B. dem dritten, nur $\frac{1}{69}$. In Baiern bezahlt die Anstalt jenen nur 15 \times , diesen 70fach, in Oesterreich 14 \times und 57fach.

2) $\frac{90 \cdot 89}{1 \cdot 2}$ oder 4005 Amben (verschiedene Combinationen zu zwei Dingen), wovon unter den 5 gezogenen Zahlen $\frac{5 \cdot 4}{1 \cdot 2}$ oder 10 herauskommen, die Wahrscheinlichkeit des Gewinnes ist also $\frac{10}{4005}$ oder ungefähr $\frac{1}{400}$, die Bezahlung desselben geschieht nur 270fach, in Oesterreich 240fach.

3) $\frac{90 \cdot 89 \cdot 88}{1 \cdot 2 \cdot 3} = 117\,480$ Ternen; in den 5 Zahlen sind aber $\frac{5 \cdot 4 \cdot 3}{1 \cdot 2 \cdot 3} = 10$ Ternen enthalten, folglich ist die Hoffnung, eine bestimmte zu gewinnen, nur $\frac{1}{11748}$; man bezahlt in Baiern 5400 \times , in Oesterreich 4800fach.

4) $\frac{90 \cdot 89 \cdot 88 \cdot 87}{1 \cdot 2 \cdot 3 \cdot 4} = 2\,555\,190$ Quaternen, wovon, da in 5 Zahlen 5 derselben enthalten sind, die Wahrscheinlichkeit nur $\frac{1}{511038}$ ist. Vergütung 60 — 64 500fach.

5) 43·949 160 Quinternen, deren Besetzung aber meistens gar nicht gestattet wird, sowie auch bei der höchst geringen Wahrscheinlichkeit die Spieler selten nur dazu geneigt sein würden.

(c) In Frankreich betrugen im Durchschnitt von 1792—1828 die Gewinne 72,²² Proc., die Verwaltungskosten 8,²² Proc., der reine Ertrag war 18,²¹ Proc. Von den Kosten machen wieder die Antheile der Gewinner an $\frac{2}{3}$ (64 Proc.) aus. Die Gewinne beliefen sich 1814 auf 90 Proc. (max.), 1820 auf 61,²⁸ Proc. (min.). Die Gewinner bezogen früher 6, später 5 Proc. Vom J. VI (1798) bis 1832, im 35jährigen Mittel, wurden jährlich eingesetzt 54·679 000 Fr., gewonnen 39·533 000 Fr. (71,² Proc.), und vom Staate als Reinertrag bezogen 10·420 000 Fr. — Die Zahl der Bureaur war in Paris 150, in den Departements seit 1830, 440. Rapport au Roi, S. 126. und Tabl. 13, 24., Docum. statist. I, 134. — Der Reinertrag war 1816—28 im Durchschn. 14·250 000 Fr., 1829: 12·727 000 Fr., 1830 und 1833 etwas über 10 Mill. Fr., 1834 wegen vieler Beschränkungen in der Zahl der Ziehungen u. nur noch 5½ Mill. Fr. Vom 1. Jan. 1836 an hörte die Lotterie nach dem Finanzgeseze vom 21. April 1832 Lit. VI in Frankreich gänzlich auf.

Baiern: Jahresdurchschnitte:

	Einsätze.	Gewinnste.	Kosten.	Reinertrag.
	fl.	fl.	fl.	fl.
1819—21	4·324 361	2·826 893	360 918	1·136 055
26—31	4·053 566	2·568 404	317 633	1·067 529
38—40	5·983 724	4·560 064	384 953	1·038 707
41—44	5·513 007	3·301 394	—	—

Die Gewinnste waren in diesen 4 Perioden 65 — 65,⁸ — 76,³ — 59,⁸ Proc. Im J. 18²⁹/₂₉ wurden 3·686 638 fl. eingesetzt und 3·077 033 fl. oder 83,⁴ Proc. gewonnen, so daß nur 307 388 fl. rein übrig blieben. Im J. 1838 gewannen die Spieler 85,⁸ Proc. der Einsätze. 1838—41 setzte jeder Einwohner im D. 1 fl. 20 kr., und zwar in Oberbayern 3 fl. 21 kr. (max.), Schwaben-Neuburg, 1 fl. 45 kr., Niederbayern 1 fl. 24 kr., — Oberfranken 36 kr., Pfalz 28 kr. (min.)

Österreich: Einsätze und Nebeneinnahmen 1837 R. 10·410 527 fl., 1843 14·348 523 fl. R., 1846 R. 12·579 000 fl., Reinertrag 1843 4·993 071 fl. R., 1847 5·525 434 fl. im 20 fl. R. — Dänemark mit den Herzogthümern, 1844 Einsätze 1·369 696 Rthlr., Gewinnste 957 655 Rthlr. (69 Proc.), Reinertrag 319 818 Rthlr. (23 Proc.) 1841 waren 1·662 996 Rthlr. Einsätze, 305 121 Rthlr. reiner Ueberschuß. — Niederlande, R. 1849 400 000 fl. rein. — Spanien, R. 1850, 22·273 000 Rthlr. Sardinien (v. Raumer, Italien I, 331 ff.) brutto 5½ Mill. Lire, Gewinnste 3·300 000 (60 Percent), Kosten 462 000, Reinertrag 1·738 000 L. (31,⁸ Proc.). — Auch Toscana, Neapel und der Kirchenstaat, ferner der G. Uri und Zug haben Zahlenlotterien. In Deutschland hatten ehemals viele Länder solche Lotterien, die allmählig aufgehoben wurden. Thatsachen hierüber aus den Jahren 1770—93 bei Krünig, Encyclop. Bd. 81, S. 70.

§. 223.

Die Schädlichkeit der Zahlenlotterie insbesondere (a) beruht auf folgenden Umständen:

1) Es sind so geringe Einsätze gestattet (b), daß auch dürftige Personen mitspielen können, für welche sowohl die Versuchung, als der wirthschaftliche und sittliche Nachtheil am größten ist.

2) Es ist der Phantasie und selbst der Berechnung ein größerer Spielraum eröffnet. Weil nämlich von den 90 Zahlen immer nur 5 gezogen werden und die Menge der bei einer Ziehung überhaupt gemachten Gewinnste von der häufigen Befegung dieser Zahlen abhängt, jede Nummer aber von Zeit zu Zeit wieder kommt, so geschieht es leicht, daß man durch abergläubische Mittel die glücklichen Zahlen zu errathen sucht, denselben mancherlei Beziehungen unterlegt, auch das frühere oder spätere Erscheinen derselben beobachtet. So bildet sich eine stete Beschäftigung der Gedanken mit dem Lotto, wodurch die Spielsucht zum unwiderstehlichen Hange werden kann, auch findet man Anlaß, nach Berechnungen planmäßig und hartnäckig das Spiel fortzusetzen, welches indeß meistens die Spieler zu Grunde richtet, ehe sie das ersehnte Ziel erreicht haben (c).

nistrat. de la justice criminelle en Fr., J. 1825, 26, 27), in 28 anderen sollten die Einnehmereien aufhören, der geringste Einsatz wurde von $\frac{1}{2}$ auf 2 Fr. erhöht. Ehmals wurden in manchen Ländern lockende Lottokalender herausgegeben. — Die Reichsversammlung in Frankfurt wollte die Aufhebung des Lottos in allen deutschen Staaten. Beschl. v. 8. Jan. 1849, Stenogr. Ber. Nr. 148.

§. 225.

Bei der holländischen oder Classenlotterie (a) oder Lotterie im engeren Sinne wird eine bestimmte große Zahl von Loosen gemacht und eine gewisse Summe von Gewinnsten verschiedener Größe angeordnet (b). Um die Theilnahme zu erleichtern, erfolgt gemeiniglich die Ziehung aller zusammengehörenden Loose in mehreren Abtheilungen, nach bestimmten Zwischenzeiten und so, daß man den Betrag des Loose theilweise, für jede Ziehung (Classe), entrichtet, auch nicht gezwungen ist, dasselbe durch alle Ziehungen fort zu bezahlen; hiezu wird man indeß durch den Umstand ermuntert, daß in den letzten Ziehungen die größern Gewinnste vorkommen (c). Der Ertrag für den Unternehmer wird gleichfalls schon im Voraus in einem gewissen Procentsatz der Gewinnste (10 — 12) festgesetzt, wovon die Kosten 4—5 Procent hinwegzunehmen pflegen (d). Da hierin nichts vom Zufalle abhängt, die Thätigkeit des Vorstehers aber viel dazu beitragen kann, den Absatz der Loose zu befördern (e), so kann eine solche Anstalt eher als ein Lotto verpachtet werden, was jedoch nicht auf lange Zeit rathsam ist, weil es Verbesserungen und Einschränkungen verhindert. Den Einnehmern wird eine Vergütung nach der Zahl der verkauften Loose zugesichert. Obgleich Lotterien dieser Art weniger schädlich sind, als das Zahlenlotto, zumal wenn der Preis eines Loose für einen großen Theil des Volkes unerschwinglich ist (f), so muß doch die Abschaffung aller Lotterien als sehr wünschenswerth anerkannt werden (g).

(a) Dieser Name ist nicht ganz passend, denn die Anordnung mehrerer Classen ist nicht wesentlich, wie sie denn z. B. bei den kleineren preuß. Courantlotterien nicht vorkommt. Den Ausdruck holländische oder alte Lotterie braucht schon Bergius, Mag. Art. Lotterie.

(b) Bei den Römern wurden öfters Loostäfelchen (tesserae) ausgetheilt oder unter das Volk geworfen (missilia), welche zum Theile Gewinne trugen. Doch führte diese Einrichtung noch nicht auf die

Lotterien, welche erst gegen Ende des Mittelalters aufkamen und anfangs in einzelnen Auspielungen von Waaren bestanden, oft für wohlthätige Zwecke; dann kamen Geldgewinnste an die Reihe und das Spiel kam in fortwährenden Gang. 1530 eine Geldlotterie des Staates in Florenz. Erste Ziehung in London im Jahre 1569, Gewinnste in Silbergeschirr, der Ueberschuß zum Unterhalte der Seehäfen bestimmt; in Paris 1572 und 1588 zur Ausstattung dürftiger Mädchen. Hamburg 1615, Nürnberg 1699 u. Beckmann a. a. D.

- (c) 3. B. Frankfurter Stadtlotterie, jährlich 2 Spiele, jedes zu 6 Ziehungen oder „Classen,“ deren letzte über 4 Monate nach der ersten erfolgt. In der ersten Ziehung sind 26 000 Loose, in der letzten nur noch 18 400. Ein Loos kostet durch alle Ziehungen (Classen) 6—14—24—22—16—8 fl. oder zusammen 90 fl. Den Gewinnenden werden außer dem baaren Betrage auch Freiloose für die nächste Ziehung gegeben. Unter der Voraussetzung, daß mit Ausnahme der erforderlichen Freiloose alle anderen Loose abgesetzt werden, zahlen die Spielenden in allen 6 Classen 1·455 800 fl., wovon die Einnehmer 107 500 fl. (7,³⁸ Proc.) erhalten, die Gewinnste betragen 1·154 574 fl. (79,³ Proc.), der Antheil des Staats 141 041 fl. (9,⁶⁸ Proc.), die Decimation der Freiloose 52 685 fl. — Preußen: jährlich 2mal 5 zusammenhängende Classen oder Ziehungen; ein Loos kostet in jeder Classe 8 Rthlr., es werden aber auch halbe und $\frac{1}{4}$ Loose abgegeben. Ertrag, D. 1840—46 rein 943 844 Rthlr., U. 1849 1·029 917 Rthlr., nämlich 12 $\frac{1}{2}$ Proc. von den Gewinnsten, die zu 6·895 000 Rthlr. angenommen sind, und einige Nebeneinnahmen, Kosten 207 917 Rthlr. Für 1850 ist der Antheil der Einnehmer an den Gewinnsten von 3 auf 2 Proc., die Hebegebühr von 1 $\frac{1}{2}$ auf 1 Proc. herabgesetzt worden. — In Dänemark 1844 339 290 Rthlr. Einsätze, 256 502 Rthlr. Gewinnste, 68 495 Rthlr. Reinertrag, in den Herzogthümern aber bei 93 559 Rthlr. Einsätzen eine Mehrausgabe von 45 155 Rthlr. Im J. 1841 brachte die Classenlotterie in den Herzogthümern (80 431 Rthlr. Einsätze) einen Reinertrag von 15 513 Rthlr., während im Königreich D. (261 436 Rthlr. E.) die Mehrausgabe 2376 Rthlr. betrug. — Mecklenburg-Schwerin, Pächtertrag 4627 Rthlr.
- (d) In der Frankfurter Lotterie werden von Gewinnsten und Prämien unter 1000 fl. 10 Proc., von den höheren 12 Proc. abgezogen, bei den preuß. Lotterien 12 $\frac{1}{2}$ Proc. Der Reinertrag in Preußen ist für 1848 auf 875 000 Rthlr. gesetzt, von etwa 7·814 000 Rthlr. Einsätzen.
- (e) Für den nicht verkauften Theil der Loose muß die Anstalt mitspielen.
- (f) Wohlfeile oder getheilte Loose reizen stärker. In der früheren waadtländischen Lotterie kostete 1 Billet durch alle Classen 30 Schweizerfranken, aber in der ersten nur 2 Fr. (1 fl. 33 Kr.). Es hat sich gezeigt, daß von 2007 Billets nur 164 an reiche Leute, 909 an Personen in mittelmäßigen Umständen, 934 aber an „Arme, Falliten und Unterstüßte“ abgesetzt wurden. Der Staat hatte von jeder einzelnen Unternehmung gegen 14 000 Fr. Reinertrag und 6000 Fr. Kosten. S. Forel und Jaquet in den M. Verhandl. der Schweiz. gemeinnütz. Gesellsch. V, 353 (1829.)
- (g) Die britische Classenlotterie wurde 1826 durch Parlamentsbeschluß für immer aufgehoben. Die letzte Zie-

hung war am 18. Juli und bot 6 Gewinnste zu 30000 £. St. dar. — Aufhebung der Lotterie im Gr. Hessen, 1832. Sie war 1815—32 für jährliche 8900 fl. verpachtet worden. S. v. Hofmann, Beiträge S. 94.

§. 226.

In mehreren größeren deutschen Badeorten sind andere Glücksspiele erlaubt und werden von Privatunternehmern, die der Staatscasse einen Pachtzins entrichten, veranstaltet (a). Man sucht ihre Zulassung aus dem Zusammentreffen vieler unbeschäftigten Reichen, aus der Unmöglichkeit, heimliches Wagspiel zu verhindern, wenn das öffentliche verboten wäre, und aus dem Umstande zu rechtfertigen, daß man bei der bestehenden Einrichtung Gelegenheit hat, nicht bloß Betrug zu verhüten, sondern das Spiel gewissen Einschränkungen zu unterwerfen (b). Diese Gründe mögen in den stark besuchten Bädern, bei dem einmal eingewurzelten Gange nach Glücksspielen, die plötzliche Aufhebung der Spieltafeln an einem einzelnen Orte unrathsam machen, auch kommt die Rücksicht auf die Erschütterung des Nahrungsstandes vieler Einwohner hinzu; aber man sollte wenigstens einstweilen auf die weitere Einschränkung derselben in Ansehung der Spielzeit, des höchsten und niedrigsten zulässigen Einsazes, der Art von Spielen u. Bedacht nehmen und auf die allgemeine Aufhebung hinwirken (c).

- (a) In Paris waren fortwährend Spielhäuser geöffnet, welche 6 Mill. Fr. Pacht trugen, nebst 1 Mill. pot-de-vin für die 6jährige Pachtzeit. Auf die Folgen derselben für Wirthschaftlichkeit und Sittlichkeit läßt schon die Menge der durch sie veranlaßten Selbstmorde schließen. — Poisson berechnete 1820, daß im trente-et-un jährlich 330 Millionen, in der roulette 100 Mill. Fr. eingesetzt wurden, zusammen 430 Mill., welche, da dieselben Geldstücke im Jahre 12—15 mal über die Tafeln gingen, eine Geldmasse von 24 Mill. in den Händen der Spieler und Banquiers erforderten. Den Gewinn der letzteren schlug P. auf ungefähr 8 Mill. an, später wurde er auf mehr als 9 Mill. geschätzt, wovon nach Abtragung des Pachtgeldes und Bestreitung der Kosten noch gegen 1·880 000 Fr. reiner Ueberschuß bleiben sollten; s. Ischoffe's Prometheus, I, 262 (1832). — Aufhebung dieser Spielhäuser 1837.
- (b) Auch kommt vielleicht hie und da die Erwägung hinzu, daß es meistens Ausländer sind, die sich zu Grunde richten!
- (c) Baden: bisher 40 400 fl. Pachtzins, welcher, sowie die Abgabe von Handelsbuden, ganz für Gebäude, Anlagen, Freibad u., in Baden verwendet wird, doch 3000 fl. auch für andere Badeorte. — Homburg 1841 Pachtvertrag auf 30 Jahre, Pachtsumme 24 000 fl., wozu

III. A b s c h n i t t.

Einkünfte aus Gebühren.

§. 227.

Die unter den Begriff der *Gebühren* (§. 86. Nr. 1) fallenden Staatseinkünfte werden von den meisten Schriftstellern zu den Steuern, und zwar zu den indirecten gerechnet. Dieß ist nur dann zulässig, wenn man das Wort *Steuern* in einem weiteren Sinne nimmt und darunter alle Auflagen versteht (§. 84.); indeß unterscheiden sich die *Gebühren* so wesentlich von den anderen Auflagen, daß es immer nöthig ist, sie als eine besondere Art derselben zu betrachten. Die *Gebühren* werden bei solchen Gelegenheiten gefordert, wo der einzelne Bürger mit einer Staatsbehörde oder einer wesentlichen Staatsanstalt (a) in eine gewisse Beziehung kommt. Sie können als eine partielle Vergütung für den Aufwand angesehen werden, welchen die einzelne Aeüßerung der Staatsgewalt verursacht, und haben insofern mit der Bezahlung für geleistete Privatdienste Aehnlichkeit. Dagegen wird eine Regierungshandlung oder die Staatsanstalt nicht etwa wegen der an sie geknüpften Gebühr angeordnet, sie geht aus den Pflichten der höchsten Gewalt hervor und könnte, ohne ihr Wesen zu verändern, auch unentgeltlich sein, wie denn auch sehr Vieles den Bürgern ohne Bezahlung erwiesen wird und in den einzelnen Staaten der Umfang der mit Gebühren belegten Leistungen der Regierung sehr verschieden ist.

(a) Im Gegensatz eines bloßen Staatsgewerbes.

§. 228.

In früheren Zeiten, wo es an einem Ueberblicke der Volkswirtschaft und an leitenden Finanzgrundsätzen fehlte, nahm man eine Mannfaltigkeit von Gebühren für die Staatscasse zu Hülfe, um diese aus vielen kleinen Canälen zu füllen. Viele offenbar unzweckmäßige Arten der Gebühren sind in neuerer Zeit aus den Staatsrechnungen verschwunden (a), mehrere andere Arten dagegen hat man noch ziemlich allgemein beibehalten, z. B. Stempel, Laren, Sporteln, Weggelder etc. Gegen dieselben läßt sich im Allgemeinen dieses anführen:

1) Die Eigenschaft, welche dieser Classe von Einkünften den Namen der zufälligen erworben hat (§. 86.), deutet die Unvollkommenheit derselben an, indem sie sich nicht nach der Fähigkeit der Bürger richten, zu den Staatslasten beizutragen, sondern nach einem andern Maassstabe, der leicht die Wohlhabenden unbillig schont, die Dürftigen bedrückt und daher als willkürlich erscheint.

2) Die wohlthätige Wirksamkeit der Regierung leidet, wenn man die Benützung ihrer Anstalten durch eine Abgabe erschwert oder ganz verhindert; es ist daher im Allgemeinen besser, wenn die Kosten der Staatseinrichtungen, soweit der eigene Erwerb der Regierung nicht zureicht, auf dem Wege der Besteuerung aufgebracht werden und die Leistungen des Staates für die Einzelnen ganz unentgeltlich geschehen.

(a) Z. B. die Abgaben, welche sonst die Juden, abgesehen von allen Vermögensverhältnissen, bloß für ihre persönliche Duldung entrichten mußten, wie Leibzoll, Toleranzgebühr, Opferpfennig etc., vgl. Bergius, Magazin, V, 260. — Lang, Geschichte der deutschen Steuer-
verfassung, S. 198. — v. Kremer, Steuerwesen, I, 43. — In Frankreich kam beim Regierungsantritte eines Königs unter dem Namen *joyeux avènement* eine Abgabe für die Bestätigung der von den Vorgängern ertheilten Bewilligungen vor; — *franc-fief*, eine Entrichtung des Bürgerlichen, der ein adeliges Gut kaufte u. dgl.

§. 229.

Diese unverkennbaren Unvollkommenheiten der Gebühren verbieten die neue Einführung der meisten Arten derselben ebenso-
sowohl als die Steigerung der schon bestehenden. Indes sind die einzelnen Arten der Gebühren in Ansehung ihrer Wirkungen

verschieden. Während einige mit solchen Nachtheilen verbunden sind, daß man ihre baldige Abschaffung dringend anempfehlen muß, lassen sich andere da, wo man sich an sie gewöhnt hat, und wo eine Steuererhöhung Schwierigkeiten findet, einstweilen beibehalten, wofern man nur die Größe der Entrichtung mäßig und die Art der Erhebung so wenig als möglich beschwerlich macht; einige Arten können unter diesen Bedingungen selbst für ganz unschädlich gehalten werden, weil es in ihrem Wesen liegt, daß eine geringe Vergütung einer gewissen Staatsleistung dem Zwecke derselben nicht widerspricht (a).

- (a) In mehreren Schweizercantonen nehmen die Gebühren eine auffallend wichtige Stelle ein, z. B. nach den Anschlägen für 1846 in Waadt 31 Proc. der reinen Einnahme, Thurgau 28,⁸, Basel-Stadt 19, Bern 15,¹, Basel-Land, Luzern 12 Proc. Hottinger a. a. O. — Belgien 1846 25 Mill. Fr. = 22 Proc. der rohen E. — Baden, 1848 A.: Ganze Einnahme aus Gebühren 1·913 000 fl. oder an 12 Proc. der Bruttoeinnahme des Staates. — Preußen A. 1849 11½ Mill. Rthl. = 13 Proc. — Großh. Hessen, 1848—50 A. 1·089 000 fl. oder 13,⁹ Proc. des rohen Staatseinkommens. — Meckl.-Schwerin 1849 128 000 Rthlr. = 4,⁸ Proc.

§. 230.

In den europäischen Staaten kommt eine große Mannfaltigkeit von Gebühren vor, von denen in den folgenden §§. nur die beträchtlicheren aufgeführt und erläutert werden. Sie lassen sich je nach der Veranlassung, bei der sie erhoben werden, so überblicken:

A) in allen Zweigen der Staatsverwaltung vorkommende;

I. Stempelgefälle, — II. Taren von Amts- und Würden-
ertheilungen;

B) nur in einzelnen Zweigen der Regierungsgeschäfte an-
wendbare;

a) aus der Rechtspflege:

III. Gerichtsgebühren, — IV. Eintragsgebühr von Con-
tracten, — V. Erbschaftsgebühr, — VI. Strafen;

b) aus der Sicherheitspolizei:

VII. Polizeisporteln, — VIII. Wasserbaubeiträge;

c) aus der Volkswirthschaftspflege:

IX. Straßengeld, — X. Wasserzoll, — XI. Abgabe von
Gewerbsverleihungen, — XII. von Erfindungspatenten,
— XIII. Beförderungskosten;

d) aus der Volksbildungssorge:

XIV. kirchliche Dispensationstaren.

§. 231.

I. Stempelgebühr. Diese Abgabe von Schriften, die einer Staatsbehörde vorgelegt oder von ihr selbst ausgefertigt werden, erhält durch den vorgeschriebenen Gebrauch des Stempelpapiers eine leichte und sichere Erhebung (a). Sie könnte als eine Vergütung für die Bemühung angesehen werden, die der Stempelpflichtige den Staatsbeamten verursacht; allein es ist weder leicht ausführbar, noch auch rathsam und billig, sie genau nach diesem Umstande abzumessen; auch hat man sie gewöhnlich nur aufs Ungefähr nach der Wichtigkeit des Gegenstandes, den eine solche Schrift betrifft, steigen lassen, und zwar

1) wo Vermögensverhältnisse vorkommen, wie bei Kauf- und Miethverträgen, Handwerksrechnungen, Quittungen ic., nach der Größe der in denselben ausgesprochenen Summe (Werth- oder Gradationstempel),

2) in anderen Fällen nach einer Abstufung, bei welcher einfache Eingaben (Bitten, Klagen ic.) den niedrigsten, Reisepässe, öffentliche Zeugnisse, Vollmachten, Testamente, Concessionen, auch wohl richterliche Erkenntnisse u. dgl. höhere Sätze bezahlen (Classenstempel) (b).

In mehreren Staaten hat man auch solche Schriften der Stempelgebühr unterworfen, welche gar nicht dazu bestimmt sind, bei einer Staatsbehörde eingereicht zu werden, sondern nur vielleicht zufällig als Beweismittel eines Anspruches dienen könnten, z. B. kaufmännische Wechsel (c), Frachtbriefe, Register der Kaufleute, Fabricanten, Mäkler, Gastwirth u. dgl. (d). Wenn auch Spielfarten, Zeitungen und Calender gestempelt werden, so trägt diese Abgabe, obgleich in die Stempelform gehüllt, mehr den Charakter einer Aufwandsteuer an sich, weil sie sich an den Verbrauch einer käuflichen Waare anschließt und

insbesondere als eine Belegung des Luxus angesehen werden kann. Es läßt sich übrigens keine bestimmte Gränze für die der Stempelabgabe unterworfenen Gegenstände ziehen, denn sie ist eine Form, unter der sich mancherlei Gebühren erheben lassen und deshalb gelten die Regeln für die verschiedenen Arten derselben theilweise auch von den Stempelabgaben.

- (a) Diese Art von Staatseinkünften ist nach Borhorn von einem Holländer erdacht worden, nachdem die Generalstaaten einen Preis auf die Erfindung einer neuen, nicht drückenden und doch einträglich-
 en Abgabe gesetzt hatten. Die Einführung geschah 1624. Eine Art von Stempelpapier kommt zwar schon in der Nov. 44 vor, aber ohne Erwähnung einer dafür angeordneten Bezahlung. Beckmann, Beiträge zur Gesch. d. Erfind., II, 300—310. — Einführung in England 1671, in Oesterreich 1686. — Mac Culloch, Taxation, S. 273.
- (b) Beispiele aus der preuß. Stempelgesetzgebung, s. Philippi, Sammlung sämtlicher neuen preuß. Gesetze über die indirecten Steuern, S. 491 ff. (1830). Das Hauptgesetz ist vom 7. März 1822. Einen Stempel von 5 Silberggr. brauchen Gesuche und Eingaben, Gesin-
 den-Entlassungsscheine, amtliche Ausfertigungen in geringfügigen Gegenständen, — 15 Sgr. Dienstabschiede, amtliche Atteste, erheblichere Ausfertigungen, Bestallungen, Cautionsinstrumente, Sessionen, Kundschaften, Lehrbriefe, Reisepässe, Vollmachten, Wanderbücher u. dgl., — 2 Rthlr. Adoptions-, Ehe-, Erbtheilungs-Verträge, Leichenpässe, Majorennitätserklärungen, Testamente, — 5 — 20 Rthlr. Entscheidungen in Civilprocessen, deren Gegenstand nicht in Geld geschätzt werden kann, — 10 Rthlr. kriegsrechtliche Erkenntnisse, 5—50 Rthlr. Entscheide in Straf- und Injuriensachen. — Den Gradationsstempel bezahlen mit $\frac{1}{2}$ Proc. Wechselbriefe, im Lande traf-
 firt (vor 1830 doppelt soviel), — $\frac{1}{12}$ Proc. Actien, Schuldbriefe, Quittungen, die einer Staatsbehörde vorgelegt werden, — $\frac{1}{2}$ Proc. Käufe von Mobilien, soferne schriftliche Abfassung des Vertrages nothwendig ist, Pacht- und Miethverträge, Auktionsprotokolle, — $\frac{1}{2}$ Proc. der Prämie, Assurance-Polizen, — 1 Proc. Käufe von Immobilien, Erbpachte, Erbschaften von Ehegatten, Civilprocess-
 Entscheidungen bis zu 1000 Rthlr. (bei höherem Betrage des Gegenstandes resp. $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{3}$ Proc.) — 2—8 Pr. Erbschaften. — In Frankreich besteht, statt des Classenstempels, nur ein Dimensions-
 stempel, weil man nämlich sechs Papiersorten hat, vom Octavblatt bis zum grand registre von 16 und 22 $\frac{1}{2}$ rhein. Zoll. Die Gebühr steigt von $\frac{1}{4}$ bis 1 $\frac{1}{2}$ Fr., dabei ist die Zahl der Zeilen gesetzlich beschränkt, grand registre bis 35 Zeilen auf die Seite. Der Gradationsstempel beträgt durchgehends $\frac{1}{2}$ p. mille. Gesetz v. 13. Brum. VII (3. Nov. 1798), in Rodon-
 neau, Code de l'enregistrement etc. S. 25 (1810). — De Gérando, Droit administr., IV, 227.
- (c) Von dem in der neueren Zeit immer häufiger gewordenen Wechsel-
 stempel leitet man den Verfall des Wechselhandels her, Fieber, Beiträge zur Kenntniß des gewerblichen und commerciellen Zustandes der preuß. Monarchie, 1829, S. 234. — Stempel von Lotterielososen in Baiern, welcher i. D. 1835—37 146 436 fl. eintrug.

geringsten Stempelsatzes (*a*) und mäßiges Aufsteigen desselben, 3) Aufhebung des Stempels von solchen Schriften, bei denen die Entrichtung sehr unbequem oder die Ueberwachung schwierig wäre, ein starker Reiz zu Umgehungen Statt findet oder auch, wie bei Anweisungen, Wechseln, Asscuranzen, der Verkehr leiden würde, 4) Befreiung der Dürftigen, der wohlthätigen Stiftungen und dergl. 5) Aufstellung einfacher, leicht zu behaltender Regeln für den Gebrauch des Stempels, damit man sich leicht vor Strafen hüten könne.

Zur Verwaltung der Stempelgebühr gehört Ankauf des Papiers, Anschaffung und Erhaltung der Stempel, Anstellung des Personals bei dem Stempelamte, Ablieferung der Stempelpapiere an die Verkäufer, denen ein gewisser Nachlaß als Gewerbsverdienst bewilligt wird, Aufsicht zur Entdeckung von Verletzungen der Stempelgesetze. Wo vielerlei Schriften dieser Gebühr unterliegen, da muß auch für nachträgliche Stempelung von Urkunden *ic.* gesorgt werden, was jedoch ein besonderes Personal erfordert.

- (*a*) Ein verhältnißmäßig großer Ertrag rührt zunächst von der Höhe der Stempelsätze und der Menge von Gegenständen her, die dem Stempel unterworfen sind, er bildet also insofern das Maas für die Last, welche das Stempelwesen den Bürgern auferlegt. Indes muß man auch darauf achten, welche andere Gebühren neben der Stempelabgabe bestehen, da z. B. in Großbritannien diese fast alle anderen Gebühren ersetzt. Sie brachte (mit Einschluß der Abgabe von Lohnkutschen in den Städten und von Hausirern) 1847 7·671 324 £. St. ein. Der Ertrag in den Jahren 1838 u. 39 setzte sich so zusammen: 2·104 958 £. von Erbschaften, 1·681 500 £. von der Eintragung von Contracten, 907 360 £. von Brandversicherungen, 272 417 £. von Seeversicherungen, 757 874 £. von Wechseln und Bankscheinen, 352 697 £. von Zeitungen und Anzeigen, 495 750 £. von Landkutschen (*stage-coaches*), 173 488 £. von Quittungen (*receipts*), 468 897 £. von anderen Gegenständen. Die Kosten beliefen sich in beiden Jahren auf 2,²¹ Proc., und es blieb ein reiner Ertrag von 7·044 954 £. übrig. U. des Reinertrags für 18⁴⁰/₅₀ 6³/₄ Mill. — Frankreich, i. D. 1836 u. 37 32·144 390 Fr., — 1846. 47, 41 Mill. Fr. = 33 fr. auf den R., 1848 nur 30·905 000, Kosten 957 000 Fr. = 3,¹ Proc. — Oesterreich, D. 1846. 47 5·719 000 fl. rein, = 11,⁶ fr. 24¹/₂ fl. auf den R., Kosten nach dem U. für 1849 4,³ Proc. — Preußen U. 1847 4 ¹/₄ Mill. Rthlr. mit 1,³² Proc. Kosten, U. 1849 3·557 737 Rthlr., Kosten 57 737, also rein 3¹/₂ Mill. = 22,⁰⁸ fr. auf den Kopf. — Kurhessen, U. 1849 200 000 Rthlr., Kosten 18 000 Rthlr. = 9 Pr. — Baiern, D. 1835—37: 962 753 fl., Kosten 8¹/₂ Proc., rein 880 215 fl. = 12 fr. auf den Kopf. Unter den Ausgaben nehmen das

einer Anstellung oder Beförderung als Zuschuß zur Wittwen-
casse erhoben werden, §. 64.

(a) Frühere Käuflichkeit der Aemter und Würden. Aemterhandel im byzantinischen Reiche; in Venedig verkaufte man bisweilen das Patriciat (*procuratori per denari und per dignità* wurden unterschieden!) und die Vererbung eines Amtes. — Einen Titel oder den Adel dem darum Nachsuchenden gegen Geld ertheilen, heißt solche Rangvorzüge in der öffentlichen Meinung zu Grunde richten. — In Frankreich wird (Ges. v. 21. April 1832) bei der Ernennung eines Advocaten, Notars, greffier, huissier, Mäklers u. ein *enrèglement* von 10 Proc. der Cautionssumme erhoben.

§. 234.

III. Gebühren aus der Rechtspflege, Sporteln (*droits de greffe* in Frankreich) werden von den Bürgern für die auf sie Bezug habenden Geschäfte der Justizbeamten entrichtet (§. 69). Zu ihnen gehören 1) die Gerichtskosten bei bürgerlichen Rechtsstreiten, die gewöhnlich der unterliegende Theil zu tragen hat, und die nach der Zahl und Schwierigkeit der richterlichen Verrichtungen geregelt werden, 2) die Kosten der Strafrechtspflege im Falle der Verurtheilung, 3) die Vergütung für Handlungen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit oder Rechtspolizei, d. h. des Beistandes, der den Bürgern bei der Feststellung von Rechtsverhältnissen geleistet wird, z. B. bei Erbtheilungen, Testamenten, Vormundschaften, Beglaubigungen und dergl.

Diese Gebühren ersetzen einen Theil des Aufwandes für die Justizverwaltung (a). Es würde nicht zweckmäßig sein, diese Kosten ganz vermittelt der Sporteln aufzubringen, denn das Vorhandensein der Rechtsanstalt nützt auch denjenigen Staatsbürgern, die nicht gerade in einem gewissen Zeitraume von ihr Gebrauch machen, es sichert ihnen für jeden vorkommenden Fall den nöthigen Rechtsschutz und hält von vielen Rechtsverletzungen ab, deren Erfolglosigkeit man vorausieht; ferner würde bei jener Einrichtung der Aufwand bei Rechtsgeschäften häufig für Einzelne unerschwinglich werden und selbst die Benutzung jener Anstalten erschweren (b). Dagegen geht auch die öfters ausgesprochene Forderung, daß die ganze Rechtsverwaltung unentgeltlich sein solle, zu weit, denn ein besonderer Beitrag ist in Fällen, wo dem

vorbringend angelegt, es sei nun von diesem selbst, oder in zweiter, dritter Hand, und wenn die Gebühr dem Käufer zur Last fällt, so wird dessen Capital geschmälert. 3) Es unterbleiben auch der Gebühr willen manche nützliche Ankäufe u. a. Unternehmungen.

Diese Mängel, obgleich sie nicht schon im täglichen Leben sichtbar sind, sondern erst durch die genauere Betrachtung erkannt werden, machen die Herabsetzung der Eintragsgebühr bis zur Größe einer mäßigen Sportelabgabe höchst rathsam. Ihr Ertrag steigt sowohl mit der Häufigkeit der Verträge, die z. B. von erhöhter Sterblichkeit, Auswanderungen, Verarmungen u. ungewöhnlich vermehrt werden kann, als mit den Preisen der Liegenschaften in Folge des zunehmenden Wohlstandes.

(a) In Großbritannien ist diese Abgabe ein Theil der Stempelgebühr, nach dem Werthe des Gegenstandes, ungefähr 1 Proc., aber nicht genau, da z. B. von 1000 bis an 2000 £. St. 12 £. bezahlt werden (also $1,2 - 0,6$ Proc.), von 2000 an 25 £. u. M. Culloch, Tax., S. 277. Das lästige französische enrégistrement wurde am 30. September 1797 eingeführt. Hauptverordnung vom 12. Dec. 1798, doch mit manchen späteren Milderungen. Ueber das droit fixe von 1 — 15 Fr. s. S. 234. Das droit proportionnel beträgt $\frac{1}{4}$ Proc. bei Weidepachten, Viehvermietungen, — $\frac{1}{2}$ Proc. bei Assurances (von der Prämie), Accorden für Bauten u. mit der Regierung, den Gemeinden und öffentlichen Anstalten, Kost-, Lehrverträgen, Handelseffecten mit Ausschluß der Wechsel, — 1 Proc. bei Accorden unter Privaten, Zeitpachten, Darlehen, — 2 Proc. Kauf von Mobilien, Rentenverträge, Tausch von Grundstücken, Kauf einer Mäher-, Notarstelle u., — 4 Proc. Kauf, Cession u. von Grundstücken, Erbpacht u.; Schenkungen (und Vererbungen) bezahlen nach dem Finanzges. vom 21. April 1832 je nach dem Verwandtschaftsverhältnisse beider Personen, bei Mobilien 2—6, bei Immobilien $4\frac{1}{2}$ —9 Proc. — Die bad. Verkaufs- oder Immobilien-Accise (Hauptv. vom 4. Januar 1812) beträgt $2\frac{1}{2}$ Proc. ($1\frac{1}{2}$ fr. vom Gulden) vom Kaufe oder Tausche und bei Schenkungen von Grundstücken und Grundgefallen. Die Gebühr fällt weg, (Gesetz vom 14. Mai 1828), wenn Immobilien durch Tausch oder Kauf an Descendenten, Ehegatten oder öffentliche Anstalten gelangen, beim Loskaufe bäuerlicher Lasten und bei Tauschen, die das Zusammenlegen von Grundstücken bewirken; ferner, wenn der Unterpfandgläubiger bei einer Zwangsversteigerung die Liegenschaften erwirbt, Ges. v. 26. Oct. 1833. Samml. aller noch gült. Ges. u., Abschn. IV,

(b) Das französische enrégistrement trifft zugleich die Erbschaften, s. S. 237. Der Ertrag ohne jene war i. D. von 1836 u. 37 110·754·562 Fr., wovon 79 Mill. auf den Verkauf von Liegenschaften kommen. — Es ist lehrreich, durch diese Gebühr zugleich den Verlauf der verschiedenen Verhandlungen in einem Lande kennen zu lernen, z. B. aus

ursacht keinem Einzelnen das Gefühl einer Entbehrung und man kann es nicht für ungerecht erachten, wenn der Staat die lediglich dem positiven Rechte angehörende Erbfolge der Seitenverwandten oder aus einem letzten Willen mit der Bedingung verbindet, daß ein kleiner Theil einer Verlassenschaft für öffentliche Zwecke abgegeben werden müsse, und zwar eine desto größere Quote, je geringere Hoffnung und Ansprüche der Erbe auf die Erbfolge besaß. Aber nur eine solche Gebühr, die noch aus den Renten bestritten werden kann, also etwa ein oder zwei Procente nicht übersteigt, ist von jener nachtheiligen Wirkung auf die Capitale frei (c), auch kann eine stärkere Abgabe nicht mehr als Gebühr angesehen werden und nimmt vielmehr das Wesen einer Vermögenssteuer an, §. 405. Die Abzugsgebühr von Erbschaften, die ins Ausland gehen (d), wird immer mehr, so wie die Abgabe von dem Vermögen der Auswanderer, durch Verträge unter den Staaten abgeschafft.

VI. Geldstrafen. Gründe einer geläuterten Staatsklugheit machen es unrathsam, von dieser Strafart bei Verbrechen und Vergehen häufigen Gebrauch zu machen (e), so wie auch die allgemeine Vermögensconfiscation fast gänzlich aufgehoben worden ist (f).

(a) Die Vicesima hereditatum in Rom bestand seit August, doch mit Befreiung der Ascendenten und Descendenten. In Baden kommt schon 1622 ein „Eacherbengeld“ vor. Die heutige badische Erbschafts-accise läßt Descendenten frei und fordert von den erbenden Ascendenten, Geschwistern, Nissen, Nichten und Ehegatten 1 fr. vom Gulden ($1\frac{1}{2}$ Proc.), von andern Erben 3 fr. (5 Proc.). Ang. Ges. vom 4. Januar 1812. Verdopplung dieser Gebühr, 1850. — Baier. Stempelgesetz vom 11. September 1825 (Landtagsabschied) §. 7: Geschwister und deren Kinder zahlen $\frac{1}{4}$ Proc., Erben des 3. und 4. Grades $\frac{1}{2}$ Proc., über den 4. Grad 3 Proc., Nichtverwandte 5 Proc. — Französ. enrégistrement: Geschwister, Ohm und Nuhme, Nisse und Nichte resp. 3 und $6\frac{1}{2}$ Proc. (bewegliches und unbewegliches Vermögen), Nichtverwandte resp. 6 und 9 Proc., Gesetz von 1832. Betrag der Erbschaften im Jahre 1838: 1071 Mill. in gerader Linie, — 134 Mill. unter Ehegatten, — 284 Mill. an Seitenverwandte, — 51 Mill. an Nichtverwandte, zusammen 1540 Mill. Fr., wovon 974 Mill. oder 63 Proc. in Liegenschaften. Nur bei Nichtverwandten beträgt das bewegliche Vermögen mehr als das unbewegliche, resp. 29 und 22 Mill. und die ganze Erbschaft von Nichtverwandten ist $3\frac{1}{2}$ Proc. der Verlassenschaften. — Die britische Stempelgebühr von Erbschaften ist sehr verwickelt. Die probate duty von Testamenten ist gegen $1\frac{1}{2}$ Proc., die Gebühr von Erb-

- (a) Z. B. bei Pässen, der Leichenschau, Fleischschau, Waffenpässen zur Ausübung der Jagd (die z. B. in Frankreich gegen $1\frac{1}{2}$ Mill. Fr. eintragen) u. dgl.
- (b) Baden, vergl. §. 79. — Der Beitrag muß von allen Grundeigenthümern derjenigen Gemeinden geleistet werden, deren Gemarkung ganz oder auch nur zum Theile in dem Ueberschwemmungsgebiete eines Flusses liegt.

§. 239.

IX. Weggeld (Straßen-, Chausseeegeld) und Brückengeld. Man hat diese Abgaben von dem Gebrauche der Kunststraßen früherhin als Ausfluß eines Straßenregales angesehen, welches jedoch, nach dem oben aufgestellten Begriffe eines Regales (§. 167.), nicht anerkannt werden kann, denn die durch eine unabweißbare Pflicht gebotene Sorge des Staates für die Landstraßen (II. §. 269.) zieht eine nothwendige Staatsausgabe nach sich (§. 79.), auch ist der Straßenbau keine einträgliche Unternehmung, da er gewöhnlich mehr kostet, als das Weggeld einträgt (a). Dieses erscheint folglich nur als eine Gebühr für die Benutzung einer Kunststraße und dient, die hiermit verbundene Verschlechterung derselben theilweise zu vergüten, weshalb die Gebühr sich nicht nach der Art der versendeten Gegenstände, sondern nur nach ihrem Gewichte und der Beschaffenheit der Fuhrwerke richtet.

- (a) In Baden z. B. kosteten die Straßen gegen 340 000 fl., das Weggeld trug 190 000 fl. oder an 56 Proc. der Ausgabe. Verhandl. d. 2. R. 1828, III, 72. — Sachsen, A. 1843—5 Weggeld 200 000 Rthlr. Brückengeld 12 000 Rthlr. = 40 Proc. der Kosten des Straßen- u. Brückenbaues. In Preußen trug das Weggeld 1841—46 i. D. 1·168 840 Rthlr. rein. Nach dem A. für 1849 1·361 000 Rthlr. Rohertrag und 9,⁵ Proc. Kosten. Der Rohertrag auf die Meile Straßenlänge war 1848 i. D. 741 Rthlr., in der Osthälfte des Staats 833, in der Westhälfte 582 Rthlr., max. R. B. Breslau, 1198 Rthlr. rein, min. Coblenz, 327 Rthlr. Der Straßenbau kostet ohne neue Anlagen 1·800 000 Rthlr. — Oesterreich, Betrag der Mauthe (mit Einschluß des Wasserzölles) 1846. 47. i. D. 2·468 000 fl. rein, Kosten des Straßenbaues 6·872 000 fl. Belgien, Weggelbertrag 1846 1·862 000 Fr. — Mecklenburg-Schw. A. 1849 44 445 Rthlr. Weggeld, 60 684 Rthlr. Unterhaltungskosten. — Kurhessen, A. 1849 90 000 Rthlr. Weggeld, 162 000 Rthlr. Unterhalt der Straßen. — Gr. Hessen, 1848—50 175 000 fl. Weggeld = 56 Proc. der Unterh.-K.

§. 240.

Das Weggeld ist in Ansehung seiner volkswirtschaftlichen Wirkungen als ein Theil der Frachtkosten anzusehen, welche in

den Frachtstücken zu entrichten hat, der Tarif und das Verfahren bei der Untersuchung der Ladungsfähigkeit (Eichung) vorgeschrieben. Auf den durch mehrere Gebiete laufenden Strömen ist es nur durch vertragsmäßige Bestimmungen möglich, die Abgaben schonend einzurichten (*b*); auf Binnenströmen ist ihre Aufhebung wie die des Beggeldes zu beurtheilen (§. 240. 241.), doch kann sie, bei geringem Betrage der Gebühr, wegen der ohnehin sehr wohlfeilen Wasserfracht, nicht für dringend nothwendig gehalten werden. Canalzölle und Schleußengelder können sich in den Händen von Privaten befinden, wenn solche Communicationsmittel von ihnen angelegt werden, doch unter der Aufsicht des Staates, II, §. 277. An den Ausladeplätzen kommen Krahn-, Wäggelder u. hinzu.

2) Hafen- oder Anker gelder (Tonnengeld), welche man nach der Größe der in einem Hafen einlaufenden Schiffe erhebt. Es fand hierin, so wie in den verschiedenen ähnlichen Schiffahrtsabgaben, gewöhnlich eine Verschiedenheit der Ansätze für in- und ausländische Fahrzeuge Statt, welche jedoch neuerlich durch Schiffahrtsverträge zwischen einzelnen Staaten meistens aufgehoben worden ist, II, §. 283. Die niedrige Festsetzung dieser Gebühren muß unfehlbar dem Besuche der Häfen förderlich werden (*c*).

3) Gebühren der Müller (Mühlenzins, Wasserlaufzins) für den Gebrauch des Wassers (*d*).

- (a) Z. B. außer den Rheinzöllen in Baden R. 1844—46 153 608 fl. Wasserzölle mit 8063 fl. Kosten. Großh. Hessen 1845—47 26 000 fl. Wasserzoll. — Frankreich, Fluß- und Canalzölle 1844 A. 6 673 000 Fr. — In Belgien hat die Herabsetzung des Zolles auf der Sambre auf 10 Cent. von der Tonne und Wegstunde (1. Sept. 1840) den Verkehr und selbst den Zollertrag vermehrt. Preußen A. 1847 mit Brücken- und Hafengeldern 686 214 Rthlr., 20 825 Rthlr. Erhebungskosten, ferner 620 164 Rthlr. conventionmäßige Abgaben auf Rhein, Elbe, Weser und Mosel mit 112 321 Rthlr. Kosten und Eakten.
- (b) S. II. §. 281. — Rheinzoll in Baden, 1844—46 R. 106 567 fl. wovon aber 68 058 fl. Antheile anderer Staaten und 15 383 fl. andere Kosten abgehen. — Großh. Hessen 1848—50, A. 211 000 fl. rein. Nassau 1841, A. rein 108 800 fl.
- (c) Tonnengelder u. a. Schiffahrtsabgaben in den französischen Häfen 1844 A. 3 573 000 Fr.
- (d) Z. B. im Herzogthum Nassau 1841, A. 23 600 fl. — Man hat sonst wohl auch ein förmliches Mühlenregal angenommen, aber die zur Anlegung neuer Mühlen erforderliche obrigkeitliche Genehmigung

beruht nur auf polizeilichen Gründen; vergl. Möser, Patriot. Phant. II. Nr 63.

§. 245.

XI. Die Gewerbeverleihungsgebühr für die Erlaubniß zur Betreibung von Gewerks-, Handels- und Dienstgeschäften sollte nicht als eine vorausbezahlte Steuer von dem Gewerbeertrage behandelt werden, weil sie dann ungerechter Weise alle einzelnen Unternehmer gleich belastet, wie verschieden auch ihre Einnahmen sich gestalten mögen. Hohe Taren dieser Art (a) können nur bei einer, die vorhandenen Unternehmer auf Kosten der Abnehmer begünstigenden Beschränkung des Mitwervens erschungen werden und bilden selbst ein solches Beschränkungsmittel, welches keine Billigung verdient.

XII. Gebühren für die Ertheilung eines Erfindungsvorrechtes. Wenn bei dieser Maaßregel die Zweckmäßigkeit der Erfindung nicht vom Staate untersucht wird, so hat eine Gebühr den Vortheil, das Nachsuchen von Patenten für unbedeutende und unergiebigte Neuerungen zu verhüten (II, §. 204.), doch sollte sie immer mäßig sein und nicht auf einmal, sondern in jährlichen Beiträgen während der Dauer des Privilegiums erhoben werden (b).

XIII. Beförsterungsgebühr, eine Abgabe der Gemeinden und Stiftungen, deren Waldungen durch Forstbediente des Staates mit beaufsichtigt und bewirthschaftet werden, an die Staatscasse, um einen verhältnißmäßigen Zuschuß zu der Besoldung dieser Beamten zu bilden. Da solche Forsten ohnehin aus volkswirthschaftlichen Gründen unter der näheren Aufsicht der Staatsforstbehörden stehen müssen (II, §. 155.), so ist es zweckmäßig und es erspart an den Kosten, wenn sie auch der Verwaltung der von dem Staate angestellten Förster untergeben werden, ohne daß den Gemeindevorständen dadurch die Mitwirkung zu der Wahl der Benutzungsart oder auch im Falle eines großen Waldbesizes die Befugniß zur Aufstellung eines eigenen Gemeindeförsters entzogen würde. Der Beitrag muß genau geregelt werden, damit kein Vorwand zu ungebührlichen Forderungen übrig bleibe (d).

IV. A b s c h n i t t.

S t e u e r n.

1. Abtheilung.

Das Steuerwesen im Allgemeinen.

Einleitung.

§. 247.

Unter Steuern (*a*) versteht man bisweilen im weiteren Wortsinne alle diejenigen Entrichtungen der Bürger an die Regierung, welche oben mit dem Namen *Auflagen* bezeichnet worden sind. Steuern in engerer Bedeutung sind solche Auflagen, welche nicht wie die Gebühren bei einzelnen Regierungshandlungen und als Zuschüsse zu den besonderen Kosten derselben, sondern als Beiträge der Bürger zu den Staatsausgaben überhaupt nach einem allgemeinen Maassstabe erhoben werden (*b*). Die Steuern in diesem Sinne sind einer weit größeren Ausdehnung fähig, als die Gebühren und liefern auch wirklich in den meisten Staaten einen viel beträchtlicheren Theil der Staatseinkünfte, als jene. Beide kommen aber darin überein, daß sie, ohne eine Erwerbsthätigkeit der Regierung, aus dem Vermögen der Bürger gezogen werden, also kein ursprüngliches, sondern nur ein abgeleitetes Einkommen (I, §. 251)

gewähren. Durch die Besteuerung werden also Staatseinkünfte unmittelbar aus dem Volksvermögen geschöpft, wobei die Staatsgewalt nur die Regel der Entrichtung gesetzlich auszusprechen und sodann die Einzelnen zu deren Befolgung anzuhalten braucht. Die Steuern bringen in der Vertheilung des Volkseinkommens Aenderungen hervor, deren Untersuchung in einer Anwendung volkswirthschaftlicher Lehren besteht. Manche Schriftsteller haben diese Betrachtung in die Nationalökonomie selbst aufgenommen, aber sie steht in dieser nicht so gut an ihrer Stelle, weil mit ihr die Entwicklung der Regeln für die gute Einrichtung des Steuerwesens verwebt sein muß, und die Volkswirthschaftslehre das Nahrungswesen der Völker nach seinem Wesen und noch ohne Rücksicht auf wirthschaftliche Maaßregeln der Regierung darzustellen hat (c).

(a) Steuer (ehemals Sture, Stior) heißt im Allgemeinen Stütze, Hülfe; daher Steuertruder, — zur Steuer der Wahrheit. *Engla stura*, Schutz der Engel, bei Otfried, Vgl. Hüllmann, Finanzgeschichte des Mittelalters, S. 146. — Abgabe hat eine allgemeinere Bedeutung, es zeigt jede dauernde Entrichtung an, z. B. aus dem gutherrlichen Verbands, oder des Sohnes, der den Hof übernommen hat, an die Kellern. Es giebt daher Privat- und Staatsabgaben, bedungen und auferlegte. Letztere sind Auflagen, s. S. 84. (b). — Anders Schön, Grundsätze der Finanz, S. 55: „Sie (die Steuer) ist für den Bürger Abgabe, für den Staat, Auflage.“ — *Tributum* und *aide*, *adjutorium* kommen ungefähr mit Steuer überein, *impôt* mit Auflage. Beide wird bald von *haten*, helfen, abgeleitet (Möser), bald von *bitten*, oder auch von *gebieten*, vgl. Lang, L. Steuerverf. S. 55.

(b) von Prittwich nennt die Gebühren Specialsteuern und setzt denselben die Generalsteuern entgegen. Theorie, 99.

(c) A. Schriften über die Steuerlehre im Allgemeinen.

C. Klock, *Tractatus de contributionibus*. Francof. 1655. 80l. (mehr zum deutschen Staatsrechte, als zur Finanzwissenschaft gehörend, so wie die vielen Dissertationen aus jener Zeit.)

(J. D. Gulner) *Practische Vorschläge, welchergestalt Steuer und Contribution . . . einzurichten seyen*, . . . 1721. 2te A. mit Benennung des Verfassers. Marburg 1741. 4^o (Ohne theoretische Untersuchungen.)

C. A. Broggia, *Trattato de' tributi*. Nap. 1743. = Class. Ital., Parte antica, IV. (Die älteste geordnete Steuertheorie.)

J. B. von der Lih, *Politische Betrachtungen über die verschiedenen Arten der Steuern*. Berlin, 1751. — Dess. *neue Abhandlung von den Steuern*. Ulm, 1766.

(Strelin) *Einteilung in die Lehre von Auflagen*. Rördlingen, 1778. — Dess. *Revision der Lehre von Auflagen*. Erlangen, 1821 (mit dem Namen des Verf.)

J. B. von Ullenstein, *Versuch einer . . . Einteilung in die*

- Lehre des t. Staatsrechts von Steuern und Abgaben. Erlangen, 1794.
- A. Krönke, Das Steuerwesen nach seiner Natur u. f. Wirkungen. Darmst. 1801. — Ausführliche Anleitung zur Regulirung der Steuern, Gießen, 1810. II. — Ueber die Grundsätze einer gerechten Besteuerung. Heidelberg, 1819.
- de Monthlon, Quelle influence ont les diverses espèces d'impôts sur la moralité, l'activité et l'industrie des peuples? Paris, 1808. deutsch von Zimmermann. Gießen, 1814.
- (Höfer) Ideen zu einer leicht ausführbaren Steuerperäquation in einem Staate wie das Großh. Baden. Karlsruhe, 1808.
- D. G. H. Eschenmaier, Vorschlag zu einem einfachen Steuersysteme. Heidelberg, 1808. 4°.
- Seeger, Das Abgabe-System. Heidelberg, 1811.
- J. P. Carl, Handbuch der Steuerregulirung. Erlangen, 1814. 16. II.
- Christian, Des impositions et de leur influence sur l'industrie agricole, manufacturière et commerciale et sur la prospérité publique, Paris, 1814.
- Krehl, Das Steuersystem nach den Grundsätzen des Staatsrechts und der Staatswirtschaft. Erlangen, 1816.
- H. Kessler, Abgabekunde. Tübingen, 1818.
- A. S. v. Kremer, Darstellung des Steuerwesens. Wien, 1821. II. — Zweite unveränderte Auflage, 1825.
- A. S. von Seutter, Die Besteuerung der Völker. Speier 1828.
- V. Delecourt, Disput. oeconomico-politica de tributis ac vectigalibus. Lovan., 1829.
- G. K. van Hogendorp, Lettres sur la prospérité publique. Amsterd., 1830. II.
- E. Ph. v. Senzburg, Ideen über einige Probleme im Steuerwesen, Heidelb., 1831.
- K. Murrhard, Theorie und Politik der Besteuerung. Gött. 1833. Ueber verhältnismäßige Besteuerung. Leipzig, 1834.
- F. G. von Gulda, Ueber die Wirkung der verschiedenen Arten der Steuern auf die Moralität, den Fleiß und die Industrie des Volks. Stuttg., 1837.
- J. G. Hoffman, Die Lehre von den Steuern . . . , mit besonderer Beziehung auf den preuß. Staat. Berlin, 1840.
- M. von Prittwih, Theorie der Steuern und Zölle. Mit besonderer Beziehung auf Preußen und den deutschen Zollverein. Stuttg. 1842.
- J. R. Mac Culloch, A treatise on the principles and practical influence of taxation and the funding system. Lond. 1845.
- Außerdem die oben (§. 23 (a) — (c)) genannten Werke über politische Oekonomie überhaupt und Finanzwissenschaft insbesondere, vor Allen Ad. Smith, Untersuchungen, 5. Buch.
- B. Ueber das Steuerwesen einzelner Staaten.
- v. Savigny, Röm. Steuerfassung unter den Kaisern, in den Histor. philolog. Abhandl. der berliner Akad. aus den Jahren 1822 und 23, S. 27.
- K. F. Lang, Historische Entwicklung der teutschen Steuerfassungen. Berlin, 1793 (sehr lehrreich).

Einkünfte in den einzelnen Staaten nach sehr verschiedenen Regeln zusammengestellt und abgetheilt werden.

(d) Vgl. Hoffmann, Die Lehre von den Steuern, S. 27.

§. 249.

Die Steuern sind jedoch dem Mißbrauche sehr ausgesetzt. Unkenntniß der schonenden Rücksichten, welche die Volkswirtschaft erheischt, und übermäßige Anwendung der Herrschermacht haben, wie die Geschichte bezeugt, bisweilen die Besteuerung soweit getrieben, daß sie zu einem harten Drucke für die Völker wurde, daß das Eigenthum der Bürger den Eingriffen der Steuergewalt ohne Schutz preisgegeben war und das Capital des Volkes angegriffen wurde. Diese Uebel entsprangen bald aus der übermäßigen Höhe der geforderten Steuersumme, bald aus der fehlerhaften Vertheilung der Steuerlast unter die Volksclassen und Einzelnen. Es ist daher ein hoher Grad von Gerechtigkeit, Kenntniß und Geschicklichkeit erforderlich, um theils das mit der allgemeinen Wohlfahrt noch vereinbare Maaß der Steuern zu beobachten, theils dieselben so einzurichten, daß sie bei gleicher Größe so wenig als möglich wirtschaftliche Störungen hervorbringen (a). Zugleich ist aber auch die Aufstellung fester und zuverlässiger allgemeiner Grundsätze in diesem Gegenstande, in dem man sich sonst nur mit schwankenden, der Staatspraxis entnommenen, oberflächlichen Regeln beholfen hatte, überaus wohlthätig und zur Erleichterung der überbürdeten Classen von Bürgern unentbehrlich. Die Kunst der Besteuerung, eine Frucht der allgemeinen Bildung, reift langsam und scheint, obgleich sie in dem jetzigen Zeitalter unverkennbar große Fortschritte gemacht hat, doch von ihrer Vollkommenheit noch immer entfernt zu sein. Die Steuertheorie wird hauptsächlich von der Ausbildung der Volkswirtschaftslehre bedingt, und hat daher erst seit A. Smith wissenschaftliche Haltung erlangt.

(a) Das Bedürfniß von Steuern war eine der häufigsten Veranlassungen, aus denen Landstände zusammengerufen wurden und eine der Hauptursachen von der Ausbildung der landständischen Verfassung. Die Steuern wurden anfangs meistens nur auf einmal oder auf bestimmte Zeit bewilligt und die Landesfürsten gaben Versicherungen, gegen eigenmächtige Belastung. So versprach Ludwig der Brandenburg 1342 im tiroler Freiheitsbrief: — „auch sullen wir dhein ungewenlich St uir nicht uflegen, on der Landluet Rat.“ Erzbischof

Ergänzung der übrigen Staatseinkünfte zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse *nothwendig* sind, wie dieß in unseren Staaten ohne Zweifel der Fall ist, da darf man sie auch als gerechtfertiget ansehen. Die Gewähr, welche der Staat dem Eigenthume seiner Bürger leistet, ist deshalb keine unbedingte, sondern nur unter dem Vorbehalte zu verstehen, daß nöthigenfalls ein Theil desselben für die Staatseinnahmen in Anspruch genommen werden dürfe (b). Da die Verbindlichkeit, Steuern zu entrichten, eine bloße Folge des allgemeinen staatsbürgerlichen Verhältnisses ist, welches über allen besonderen persönlichen Beziehungen steht (c), so folgt:

1) Alle Staatsbürger müssen Steuern entrichten, und zwar fortwährend (Allgemeinheit der Steuern), es wäre denn daß Einzelne durch besondere Aufopferungen anderer Art einen Ersatz leisteten (d), oder daß ihre Vermögensumstände sie für jetzt unfähig machten, ohne Schmälerung der nöthigsten Unterhaltsmittel etwas an den Staat abzugeben (e).

2) Alle Bürger sollen nach gleichen Regeln und nach einem gleichen in ihrem Verhältniß zum Staate begründeten Maaßstabe beigezogen werden (Gleichförmigkeit der Steuern). Wie schwer es auch sein mag, dieser Forderung der Gerechtigkeit völlig zu genügen, so bildet dieselbe doch ein Ziel, dem man sich unablässig zu nähern suchen muß. Die Steuern entsprechen jenen Anforderungen vollkommener als die Gebühren.

(a) Vgl. Hoffmann, Die Lehre von den Steuern, S. 30. 31. — Ein zweiter Vorbehalt besteht in der Befugniß, in Nothfällen die Abtretung des Privateigenthums für öffentliche Zwecke, aber gegen vollen Ersatz zu verlangen. Auf dieses sogenannte *jus emolens* und das Besteuerungsrecht hat man die Annahme eines Obereigenthums der Staatsgewalt zu stützen versucht.

(b) Anders verhielt es sich im Alterthume, wo es zwischen den Unfreien und den vollberechtigten Staats- und Stadtbürgern noch Mittelstufen gab, mit denen auch eine Ungleichheit der Auflagenbelastung verbunden war. Die Theten (*Θῆτες*) in Solons vierter Classe waren steuerfrei und ohne Theilnahme an Staatsämtern, die *capite censi* in der sechsten Classe des Servius Tullius waren vermögenslos und thaten keinen Kriegsdienst, auch hatte diese Classe sehr geringen Einfluß bei der Abstimmung in den *comitia centuriata*. Italien erlangte noch zur Zeit der römischen Republik die Freiheit von Grund- und Kopfsteuer, welche bis auf Diocletian fort-

houerte, auch einzelne Städte außer Italien erhielten diese Begünstigung in dem *Jus Italicum*. — Steuerfreiheit des Prälaten- und Ritterstandes im Mittelalter und zum Theile noch bis in die neueste Zeit. Oesterreich genoss wenigstens ein Stand den Vorzug eines niedrigeren Steuerfußes. Die Aufhebung dieser Ungleichheiten ist am schwersten, wenn diese auf verfassungsmäßigen Rechten beruhen. Schilderung dieses Mißverhältnisses bei Pütter, *Histor. Entwicklung der heut. Staatsverf. des r. Reichs*, II, 200. Die kurhess. Verf. §. 148 sichert den bisher Steuerfreien eine angemessene Entschädigung zu. Auch in Sachsen ist eine solche bei der Einführung der neuen Grundsteuer gegeben worden.

- (d) So war vor der Einführung geworbener Heere, als die Staatsvertheidigung zunächst dem Ritterstande oblag, auch die Steuerfreiheit desselben nicht unbillig. Vgl. Ancillon, *Ueber den Geist der Staatsverfassungen*, S. 298. — Im preuß. Staate sind die Hebsammen von den nicht auf Grundbesitz ruhenden directen Steuern befreit, was man wie das Ersatzmittel eines Besoldungstheiles ansehen kann.
- (e) Da es in jedem Lande Arme giebt, die noch eines fremden Zuschusses bedürfen, so ist es natürlich, daß zwischen ihnen und den Begüterten eine Classe gefunden wird, die weder empfängt noch geben kann.

§. 251.

Diesem Grundsatz der Gleichförmigkeit würde nicht Genüge geschehen, wenn Jeder einen gleich großen Steuerbeitrag zu entrichten hätte, denn hiebei würde den Einzelnen ein überaus verschiedener Grad von Beschwerde auferlegt; für Einige wäre dieselbe fast unspürbar, während Andere schon empfindliche Entbehrungen zu ertragen hätten. Die Gleichheit der Beiträge läßt sich zwar billigen bei Vereinen für irgend einen einzelnen Zweck, deren Mitglieder in Beziehung auf den Mitgenuß des beabsichtigten Vortheils einander gleich zu achten sind, aber nicht im Staate, der alle Lebensangelegenheiten näher oder entfernter berührt und den ganzen Besitz der Bürger sowohl an persönlichen als sachlichen Gütern beschützt und pflegt. Da ferner der zu erhebende Betrag nach der Abgabefähigkeit der mindestbegüterten Classe bestimmt werden müßte, so würde im Ganzen nur eine geringe unzureichende Einnahme zu Wege gebracht. Es kann folglich nur eine Verhältnißmäßigkeit beabsichtigt werden, die, wenn man die Bestimmung und das Wesen der Steuern beachtet, auf doppelte Weise möglich ist, nämlich:

- 1) nach dem Grade des Mitgenusses an den Vortheilen der Staatsverbindung,
- 2) nach der in den Vermögensumständen begründeten Beitragfähigkeit.

§. 252.

Mehrere Schriftsteller haben sich zu dem Grundsätze bekannt, daß die Steuern nach dem Genusse der Staatsanstalten abgemessen werden sollten (a). Hierzu hat die von Manchen angenommene Ansicht beigetragen, nach welcher der Staat nur für eine Sicherheitsanstalt gehalten wird, weil man daraus folgerte, die Wirkungen der Staatsverbindung für jeden Genossen ließen sich nach der Menge der schutzbedürftigen Gegenstände bemessen. Dagegen sprechen nachstehende Gründe: 1) Die einzelnen Staatsanstalten sind nur die verschiedenen Lebensäußerungen eines organischen Ganzen, dessen höhere Wesenheit und Bedeutung bei einem solchen Zerreißen seiner Einrichtungen nicht erkannt wird. Das Verhältniß des Bürgers und Unterthanen zum Staate, der jenem die äußeren Bedingungen einer ächtmenschlichen Existenz und Entwicklung darbietet (b), kann nur willkürlich und unvollständig in eine Menge von einzelnen Beziehungen aufgelöst werden, die doch genau unter sich zusammenhängen. 2) Der Vortheil, den jeder Einzelne von den Staatseinrichtungen zieht, läßt sich nicht ausmitteln. Denn wenn man auch jede unmittelbare Verführung und Benugung derselben berechnen wollte, so würde doch der nicht minder mächtige mittelbare Einfluß der Staatsanstalten auf Sicherheit, Gewerthätigkeit, Bildung und überhaupt auf alle Seiten der bürgerlichen Wohlfahrt, z. B. der Schutz, den schon das bloße Bestehen guter Gesetze und Gerichte gewährt, außer Acht bleiben. Für alle persönlichen Güter, die man dem Staate verdankt, fehlt es ganz an einem Vergleichungsmaassstabe (c). 3) Der Genuß der Staatsanstalten ist in vielen Fällen so veränderlich, zufällig oder von der Handlungsweise des Einzelnen abhängig, daß man keine dauernde Verpflichtung auf ihn gründen kann (d).

(a) Z. B. Krehl a. a. O. — Krönke, Grundsätze, S. 4. — v. Krenmer, I, 70. — v. Jakob, Staatsfinanzw. I, 369. — v. Rotteck,

angesehen werden, §. 250. Worin diese Steuerfähigkeit der Einzelnen und des ganzen Volkes bestehe und aus welchen Zeichen sie erkannt werde, dieß ist mit Hülfe volkswirthschaftlicher Lehren zu entwickeln. Die Steuern dürfen nämlich die Gütererzeugung im Volke nicht schmälern, die Erwerbung des Nöthigsten nicht hindern, das Volksvermögen nicht schwächen und somit auch die finanzielle Nachhaltigkeit nicht zerstören, §. 83. Dabei ist es aber nicht hinreichend, bloß die Volkswirthschaft im Ganzen ins Auge zu fassen, denn sie besteht aus einzelnen Familienwirthschaften, aus deren Wohlfahrt sich der allgemeine Volkswohlstand zusammensetzt (I, §. 81.) und die insgesammt auf gleiche Schonung Anspruch haben. Nach diesen Rücksichten muß man diejenigen Stellen in der Volkswirthschaft aufsuchen, von denen ein gewisser Steuerbetrag mit den geringsten wirthschaftlichen Nachtheilen erhoben werden kann. Solche Vermögenstheile, aus denen die Steuern bestritten werden können, d. h. deren man sich zum Theile entäußert, um den Steuerbetrag aufzubringen, werden *Steuerquellen* genannt und müssen von denjenigen Gegenständen unterschieden werden, nach welchen bloß die Steuerschuldigkeit jedes Einzelnen bemessen und ausgesprochen wird, d. i. von den *Steuergegenständen* (*Steuerobjecten*) (a). Sind die Quellen richtig erkannt, so hat man die Gegenstände so zu wählen daß jene in dem angemessenen Verhältniß getroffen werden. Häufig fallen beide zusammen.

(a) Unpassend hat man sie auch *Steuerregulative* genannt.

§. 255.

Der Besteuerte kann die Abgabe entweder aus seinen *Einkünften* oder aus seinem *Stammvermögen* nehmen, I, §. 70. So lange es angeht, zieht er jenes vor, um den Stamm seines Vermögens zu schonen, dessen Verringerung nicht allein dem Einzelnen, sondern auch der ganzen Volkswirthschaft schädlich wäre. Der Vermögensstamm besteht aus vielerlei Sachgütern, welche größtentheils schon ihre besondere Bestimmung erhalten haben. Da der Regierung mit Steuern, die in diesen verschiedenartigen Gütern entrichtet würden, nicht

geringsten, von den Steuern überhaupt verursachten Beschwerden sein würde. Gleichwohl ist eine solche Steuer ebenfalls mangelhaft, denn 1) sie ist nicht nachhaltig, weil sie die Genußmittel, zuerst die leicht entbehrlichen, sodann auch die werthvolleren, nach und nach aufzehrt. 2) Hierbei verlieren die Besteuereten mehr, als die Staatscasse gewinnt, indem bei vielen Gütern, die nicht gleich gut zu einem productiven Gebrauche geeignet sind, eine Veräußerung, allenfalls sogar außer Landes, oder der Verbrauch zu einem anderen Zwecke, als zu dem sie bestimmt sind (a), nöthig würde, wobei man die Anschaffungskosten nicht ganz vergütet erhält. 3) Manche Arten der Genußmittel sind bald für die Einzelnen, bald für die bürgerliche Gesellschaft von solchem Werthe, daß ihre Verringerung zu bedauern sein würde, z. B. Sammlungen für Zwecke der Wissenschaft, der schönen Kunst oder des Gewerbleißes. Eine Unterscheidung von Classen in dieser Hinsicht wäre sehr mühsam, eine unbedingte Belastung aller Genußmittel schädlich. 4) Die einzelnen Genußmittel sind ferner von sehr ungleicher Dauer. Diejenigen, welche langsam abgenutzt werden, würden von einer regelmäßigen Besteuerung wiederholt ergriffen und verringert, die schnell verzehrbaren dagegen ihres wechselnden Vorrathes wegen zum Theile gar nicht getroffen werden. Eine solche Steuer würde einen Antrieb geben, mehr auf Güter der letzteren Art zu verwenden, welches offenbar nicht vortheilhaft wäre. — Hierzu kommt, daß man selten einen großen Vorrath von Genußmitteln bei geringem Einkommen, häufiger das Gegentheil antrifft. Besteuert man daher die Einkünfte, was viel leichter ist, so werden die zur Ergänzung der Genußmittel bestimmten Summen mit getroffen und es wird eine besondere Belegung der letzteren überflüssig.

(a) Z. B. wenn eine Münzsammlung oder ein metallenes Kunstwerk eingeschmolzen oder ein schönes Hausgeräth als Brennholz verbraucht werden müßte.

§. 257.

Die geschilderten Unbequemlichkeiten und Nachtheile fallen hinweg, wenn die Steuern aus den regelmäßig wiederkehrenden



§. 258.

Die Einkünfte der Bürger lassen sich, mit wenigen unerheblichen Ausnahmen (a), in vier Abtheilungen bringen, von denen zwei, die Grund- und Capitalrente, lediglich den Besitz eines werbenden Vermögens, zwei andere, Lohn- und Gewerbsverdienst, die Arbeit des Empfängers voraussetzen. Aus diesen beiden Zweigen muß vor Allem der Unterhalt des Lohnarbeiters und Gewerbsunternehmers bestritten werden und zwar nach demjenigen Bedarfe, welcher durch die Natur der einzelnen Verrichtung, z. B. den Sitz derselben, die erforderliche Lebensweise u. dgl. bestimmt wird. Der Ueberschuß über diesen Unterhaltsbedarf ist reines Einkommen, wie es jene Renten ebenfalls fast ihrem ganzen Betrage nach sind, I, §. 71. 6). Nur das kostenfreie oder reine Einkommen in diesem Sinne sollte von den Steuern getroffen werden, Arbeitslohn und Gewerbsverdienst aber dürfen nicht nach ihrem ganzen (rohen) Betrage, sondern nur nach Abzug des Unterhaltsbedarfes besteuert und müssen daher anders behandelt werden als die Renten, bei denen ein solcher Abzug nicht gefordert werden kann, weil sie keine Arbeit des Empfängers voraussetzen. Daher sind Grund- und Capitalrente weit ergiebigere Steuerquellen, als Lohn und Gewerbsverdienst.

(a) Arme, Gefangene &c.

§. 259.

Gegen diesen Satz hat man eingewendet, die Rentenempfänger müßten doch auch leben und alle dringenden Bedürfnisse der Familien hätten auf billige Berücksichtigung bei der Steueranlegung Anspruch (a). Hierauf läßt sich aber erwidern:

1) Der Rentner steht gegen den Lohnarbeiter und Unternehmer sehr im Vortheil, denn er ist Herr seiner Zeit, kann seinen Neigungen leben oder sich aus irgend einer Beschäftigung eine andere Einnahme verschaffen, z. B. im Staatsdienste oder aus einem Gewerbegefchäfte, wozu ihm sein Vermögen gute Gelegenheit eröffnet (b). Unterläßt er dieß, so ist er zwar in seinem Rechte und kann für die Gesellschaft noch auf mancherlei



- (Defon. Politik, S. 294) hat Niemand einen rechtlichen Anspruch auf Freilassung des Unterhaltes, beim Reichen soll diese unterbleiben und nur dem Dürftigen durch Nachlaß geholfen werden. Der Verfasser unterscheidet rohes und reines Einkommen nicht.
- (b) Die Rente muß nicht gerade müßig verzehrt werden, sie kann auch dazu dienen, Arbeitern und Unternehmern, denen sie zufällt, mehr Lebensgenuß zu gewähren, oder Ersparnisse zu machen.
- (c) Eine Person könnte in verschiedenen Ländern oder Gegenden Renten beziehen und demnach sogar auf mehrfachen Abzug der Unterhaltungskosten Anspruch machen. — M u r h a r d verlangt nur, daß der absolute Bedarf des Steuerpflichtigen und seiner Familie frei bleibe. Hierbei ist wenigstens die Größe der Familie ein sehr zufälliger Umstand, und abgesehen hiervon wäre es eine Ungerechtigkeit gegen den Arbeiter, der z. B. 600 fl. verdient, wenn er soviel Steuern sollte, als der, dessen Rente gleiche Summe ausmacht.
- (d) Ueber die Streitfrage, ob die Steuer einen gleichbleibenden oder einen mit der Größe des Einkommens steigenden Theil desselben (progressive Steuer) ausmachen solle, s. S. 400. Bei der Besteuerung des rohen Arbeits- und Gewerbsverdienstes ist diese Einrichtung nothwendig.

§. 260.

[259.]

Die nächsten Folgerungen aus vorstehenden Sätzen sind nachstehende:

1) Das reine Einkommen eines Volkes ist die Quelle, aus der sämtliche Steuern geschöpft werden müssen, so wie daraus überhaupt alle diejenigen Verwendungen zu bestreiten sind, welche nicht zu den Hervorbringungskosten gerechnet werden können. Die Steuern dürfen aber dieses Einkommen nicht aufzehren (§. 34.), weil sonst für viele darauf angewiesene Privat Zwecke, namentlich für den Unterhalt der Rentner und vieler Dienstleistenden nichts übrig bliebe, also ein Theil des Volkes in Armuth gestürzt, das ganze Privatleben aber jedes behaglichen Gütergenusses beraubt und von der ängstlichen Sorge um Erwerb und Einschränkung der Bedürfnisse verkümmert würde. Den wievielften Theil des reinen Volkseinkommens die Steuern verschlingen dürfen, dieß kann nicht in einer allgemeinen Regel ausgesprochen werden (§. 35.), was schon daraus erhellt, daß eine Quote, die in dem einen Lande in Folge längerer Gewohnheit wohl ertragen wird, in einem anderen, wo bisher eine niedrigere bestand, empfindlichen Druck äußern kann.

2) Auch alle Volksklassen, die Bewohner eines jeden Landestheiles und alle Einzelnen sollen nach Maaßgabe ihres reinen

Einkommens steuern, und zwar des ganzen Betrages desselben, denn die Gerechtigkeit fordert, daß kein Theil desselben unbesteuert bleibe.

3) Die einzelnen Zweige des reinen Volkseinkommens sollen ebenfalls gleichmäßig von den Steuern getroffen werden.

4) Man kann statt des reinen Einkommens auch den reinen Ertrag, die kostenfreie Frucht eines gewissen Erwerbsmittels, als die Quelle und das Maaß der Besteuerung annehmen, denn jene beiden Begriffe stehen in genauer Verknüpfung. Die Summe des Reinertrages in einem ganzen Volke ist mit dem reinen Volkseinkommen einerlei Größe, nur objectiv, ohne Rücksicht auf die Empfänger gedacht. Das jährliche reine Einkommen einer Person kann den Reinertrag mehrerer Erwerbsgelegenheiten in sich schließen, es kann aber auch ein einzelner Reinertrag mehreren Personen ein reines Einkommen gewähren, wie z. B. der reine Ertrag eines Gewerbes an den Unternehmer, den Capitalisten und die Arbeiter gelangt.

§. 261.

Da jedes reine Einkommen eine Steuer tragen kann und soll, so macht die Entstehungsart desselben keinen Unterschied, und das abgeleitete Einkommen ist gerade so wie das ursprüngliche (I, §. 251.) zu behandeln. Dieß zieht die bemerkenswerthe Folge nach sich, daß eine und dieselbe Gütermasse zweimal besteuert werden kann, nämlich bei zwei verschiedenen Empfängern nach einander, wenn sie für jeden derselben reines Einkommen ist. Was z. B. die Grund- und Capitalbesitzer für die Dienste des Arztes, Lehrers, Künstlers, Anwaltes u. dgl. bezahlen, das wird aus dem reinen Einkommen der ersteren bestritten. Werden nun die Dienstleistenden reichlich genug bezahlt, so kann ein Theil ihres Einkommens wieder als rein angesehen werden und begründet, obgleich es ein abgeleitetes ist, doch unzweifelhaft die Steuerfähigkeit der Empfänger (a).

(a) Es würde auch in der That schwer sein, eine solche Unterscheidung bei der Anlegung der Steuern zu berücksichtigen, weil die Gränze

linie der productiven und unproductiven Beschäftigungen sich nicht deutlich ziehen läßt, I, S. 109.

§. 262.

Die Steuerforderung richtet sich zunächst gegen die im Staate lebenden Personen wegen ihres Einkommens und in Gemäßheit desselben. Weil man indeß ein leicht kenntliches äußerliches (objectives) Maaß der Steuerpflicht aufstellen muß, um die Willkühr bei der Erhebung zu beschränken, so wird die Steuer meistens auf gewisse Gegenstände (§. 254.) gelegt, die man entweder, wie bei rentetragendem Vermögen, als Ursache, oder wenigstens, wie bei manchen Genußmitteln, als Kennzeichen eines reinen Einkommens ansehen kann. Ferner gewährt es bei unbeweglichem Vermögen, dessen Eigenthümer entfernt sein kann, eine große Erleichterung, wenn man die Abgaben von dem Besitzer fordert und ihm überläßt, sich von jenem schadlos halten zu lassen. Deßhalb scheint die Regierung bei der Steuerforderung sich bisweilen an die Vermögenstheile selbst zu halten und die Persönlichkeit ihrer Eigenthümer aus dem Gesichte zu verlieren. Doch muß man sich stets erinnern, daß nicht die Sachgüter an und für sich, sondern die Bürger in Bezug auf jene besteuert werden sollen. Die bequemere Einziehung von dem jedesmaligen Inhaber gewisser steuerbarer Gegenstände ist daher nur insoweit zulässig, als dabei eine gute Vertheilung der Steuer unter diejenigen, welche von derselben getroffen werden sollen, zu erwarten ist. Diese unmittelbare Besteuerung der Güterquellen nach ihren Reinertrage kann also da angewendet werden, wo sie in ihren Wirkungen mit der Belegung des reinen Einkommens der Steuerpflichtigen übereintrifft (a).

(a) Vgl. hierüber Nebenius, Der öffentliche Credit. I, 242. — Schön, Grundr. S. 66. 60. — v. Rotteck, Defon. Polit. S. 201.

§. 263.

Nach den bisherigen Erörterungen läßt es sich leicht entscheiden, welche Personen im Staate steuerpflichtig seien. Dieß ist

1) bei den einzelnen Staatsbürgern, die im Genuße eines eigenen reinen Einkommens sind, sogleich außer Zweifel (a);

2) bei Gesellschaften, deren Mitglieder einen Gewinn aus dem eingelegten Vermögen beziehen, z. B. Bergwerks- oder Bank-Unternehmungen, ist die Besteuerung des Reinertrages, der entweder unter die Mitglieder vertheilt, oder zu neuer Anlegung zurückgelegt wird, ebenfalls unbedenklich, und derselbe kann bei der Gesellschaft im Ganzen weit leichter getroffen werden, als bei den Einkünften der Theilnehmer;

3) Gemeinheiten (Corporationen), z. B. Gemeinden, Universitäten, Klöster und andere Kirchengesellschaften dürfen mit einer Steuer belegt werden, wenn sie im Besitze eines rentetragenden Stammvermögens sind. Denn wenn auch die Steuer eine Vermehrung der Gemeindeumlagen nöthig macht, so wird hiedurch nur ein Theil des Nutzens aufgezehrt, den das Einkommen der Gemeinheit den Mitgliedern gewährt und sie befinden sich noch in besserer Lage, als die Genossen einer unbegüterten Gemeinheit. Wären keine Umlagen anwendbar, wie z. B. bei Klöstern, so träten dieselben Verhältnisse ein, wie bei Stiftungen. Haben aber solche Corporationen, wie viele Handwerkszünfte und manche Gemeinden, keine anderen Hilfsmittel, als die Beiträge der Mitglieder, so können sie nicht besteuert werden, weil diese Beiträge lediglich eine Verwendungsart der schon belasteten Privateinkünfte bilden.

(a) Nach einem anerkannten Grundsatz gehört hierher auch das Staatsoberhaupt in Ansehung desjenigen Vermögens und Einkommens, welches ihm nicht zufolge seiner Regenteneigenschaft, sondern aus irgend einem Privattitel zusteht. v. Armer, Darstell. des Stw. I, 75.

§. 264.

4) Die Steuer von einem Stiftungsvermögen läßt sich, da die Renten dieses Vermögens nicht durch Beiträge ergänzt werden können, nur so aufbringen, daß man die für den Stiftungszweck bestimmten Ausgaben beschränkt (a). Dieß ist im Allgemeinen der mit jeder Steuer verbundene Nachtheil, der in den nützlichen Wirkungen der Staatsausgaben seine Vergütung findet. Er ist da am geringsten, wo die Bestimmung einer Stiftung kein gewisses Maaß des Bedarfes in sich enthält, vielmehr der Aufwand je nach den vorhandenen Mitteln

eingerrichtet werden kann. Bei solchen Stiftungen aber, deren Gegenstand in die Staatszwecke fällt und daher eine Staatsausgabe rechtfertigen würde, ist eine Steuerbefreiung dann zu rechtfertigen, wenn die Einkünfte nur gerade zur Deckung des genau bestimmbarcn Bedarfs hinreichen. Es wäre ein Umweg, eine Steuer zu fordern und etwa wieder mit einem Staatszuschusse nachzuhelfen. Wenn nun gleich die Steuerpflicht der Stiftungen als Regel auszusprechen ist, so sollte doch beim nachgewiesenen Eintreten der eben bezeichneten Umstände eine Ausnahme zugelassen werden, die wieder vorübergehend in schwierigen Zeitverhältnissen hinwegfallen kann (b).

(a) Es müßte denn schon ein Ueberschuß über diese Ausgaben vorhanden sein.

(b) Diese Sätze beziehen sich hauptsächlich auf kirchliche und Wohlthätigkeitsstiftungen. Die Steuerpflicht eines reichlichen, die Bedürfnisse der Seelsorge übersteigenden Kirchenvermögens ist nicht zu bezweifeln. — Stephani, Dürfen Stiftungen besteuert werden? Augsb. 1810. — Harl, Handb. I, 533. — Die Großh. hess. Verordn. v. 1809 und 1811 lassen bei geistlichen Stiftungen den Beweis zu, daß sie, wenn sie fortwährend besteuert würden, ihren Zweck nicht mehr erfüllen könnten, Eigenbrodt, Handbuch II, 83.

§. 265.

5) Eine Besteuerung des Domänen- und Regalien- Ertrages ist im Allgemeinen eine unnütze Förmlichkeit, denn dieser Ertrag hat keine andere Bestimmung als die Steuern selbst und fließt mit diesen in der Hauptstaatscasse zusammen. Zwar muß man, wegen des nach dem Steuerfuße umzulegenden Beitrages zu den Gemeindelaften, den Steueranschlag jener Einkünfte ausmitteln, aber die wirkliche Entrichtung läßt man am besten bis zu einer Veräußerung beruhen (a). Eine Ausnahme tritt ein a) wo die Trennung einer Kammer- und Steuerkasse besteht (§. 92.), weil hier die Domäneneinkünfte zu einer anderen Verwendung bestimmt sind (b); b) bei Steuern, welche sich genau nach der Menge von Erzeugnissen richten und den Kostensatz derselben in einem feststehenden Verhältniß erhöhen, so daß durch die Steuerfreiheit ein Staatsgewerbe begünstigt und den Privatunternehmern das Mitwerben erschwert würde. Dieß ist nicht wohl bei den

Landgütern der Fall, weil der Preis der rohen Stoffe sich nicht nach dem Kostenbetrage einzelner Verkäufer abändert, eher könnte es bei Gewerks- und Handelsunternehmungen eintreten, wenn z. B. ein Hüttenwerk des Staates von dem Einfuhrzolle für einen wichtigen Verwandlungstoff, wie Gußeisen, zum Nachtheil der Privathütten befreit würde, oder eine Domänenbrauerei keinen Bieraufschlag zu entrichten hätte (c).

- (a) Vorschriften, wie die Steueranschläge von den bad. Domänen bei den Domänenverwaltungen bereit gehalten werden sollen, bei Wehrer, Kam.-Dom.-Adm., S. 156. Dess. Instruction, S. 81.
- (b) Zu den allgemeinen Reichsteuern in Deutschland mußten nach den Reichsgesetzen die Landesfürsten aus ihren Kammergütern beitragen. Pfeiffer, Gesch. der landständ. Verfass. in Kurhessen, S. 80.
- (c) Vergl. (du Rhi) Ueber Besteuerung im Großh. Hessen. S. 2.

§. 266.

6) Auch Fremde werden häufig bei der Besteuerung getroffen, und zwar a) zufällig, wenn sie sich in einem Verhältniß befinden, an welches eine Steuerschuldigkeit der Staatsbürger geknüpft ist, z. B. wenn sie Waaren kaufen, in deren Preise eine vom Verkäufer vorgeschossene Steuer mit begriffen ist (a), oder wenn sie Grundeigenthum innerhalb des Staatsgebietes an sich bringen. Diese sich von selbst ergebende Theilnahme der Ausländer ist gerecht, weil denselben doch theilweise, während ihres Aufenthaltes oder durch ihr Eigenthum, die Staatseinrichtungen zu Gute kommen; b) absichtlich, indem den Fremden, die im Staatsgebiete irgend einen Vortheil in Anspruch nehmen, eine besondere Art von Abgaben hauptsächlich zur Gleichstellung mit den Einheimischen abgefordert wird, z. B. Gewerbesteuer von Handelsreisenden.

Diese Entrichtungen sind zwar insoferne keine wahren Steuern, als sie nicht von Staatsbürgern herrühren (§. 247) und nur bei der Benutzung einzelner, von der Regierung dargebotener Vortheile gegeben werden, indeß sind sie den eigentlichen Steuern übrigens sehr ähnlich und dienen zum Theile zur Ergänzung derselben, weshalb man sie insgemein zu ihnen rechnet. Bei den besonderen auf die Ausländer gelegten Abgaben ist es rathsam, sie mäßig und frei von lästigen Erhebungsformen ein-

zurichten, um den Verkehr zwischen den Ländern nicht zu hemmen und die Fremden nicht von dem Gebrauche der besteuerten Leistung abzuhalten. Hierher gehört z. B. der Durchgangszoll.

(a) Bei den Ausfuhrzöllen läßt sich gar nicht allgemein bestimmen, ob sie auf die In- oder Ausländer fallen, denn dieß hängt von dem Mitwerben ab.

2. Hauptstück.

Die volkswirthschaftlichen Wirkungen der Steuern.

§. 267.

[268.]

Die Untersuchung dieser Wirkungen und zwar sowohl der allgemeinen und nothwendigen, als der von gewissen Umständen bedingten und vermeidlichen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Steuertheorie; es können aber im allgemeinen Theile derselben (1. Abthlg.) nur die Grundzüge gegeben werden, welche dann bei jeder einzelnen Art von Steuern, und bisweilen selbst wieder bei einzelnen Arten ihrer Anlegung weiter ausgeführt werden müssen. Es ist hiebei sowohl die Wirkung auf die Besteuereten, als auf die Verzehrung und Erzeugung von Gütern innerhalb des Landes überhaupt zu beleuchten.

In den meisten Fällen kommen die Ausgaben der Bürger für persönliche Zwecke den Einkünften derselben gleich (a). Die Einführung einer Steuer nöthiget dann den Besteuereten, seine Ausgaben und folglich seine Genüsse zu beschränken, er empfindet also eine Entbehrung oder doch eine unangenehme Störung in seinen gewohnten Verwendungen, wenn gleich diese Beschwerde durch die mit Hülfe der Steuern zu Wege gebrachten Vortheile der Staatseinrichtungen reichlich aufgewogen werden mag (b). Aber selbst wenn der Besteuerte diese Vergütung als zureichend anerkennt, und noch mehr im entgegengesetzten Falle fühlt er sich angetrieben, der von den Steuern verursachten Schmälerung



pflichtige sind schon so sehr angestrengt, daß sie nicht mehr leisten können, Anderen fehlt der Absatz oder die Beschäftigung oder das Capital u., daher läßt sich nie vorhersehen, wie weit diese günstige Wirkung der Steuern gehen werde (b).

(a) M. Culloch (Taxation, S. 6—10) schlägt diese Wirkung hoch an und glaubt, ohne den Krieg und die erhöhten Steuern würde das Capital der Briten nicht größer geworden sein, als es bei jenen Umständen geworden ist.

(b) Vgl. die bei Murhard, S. 56 angeführten Stellen, und v. Rotteck a. a. D. S. 300.

§. 269.

[271.]

Die Ueberwälzung einer Steuer findet dann Statt, wenn diejenigen, welche sie an den Staat entrichten, sich von Anderen eine Entschädigung verschaffen, indem sie eine Veränderung im Preise einer Waare oder Art von Leistungen bewirken. Der Wunsch, den Steuern vermittelt der Ueberwälzung auszuweichen, ist eine natürliche Folge der unangenehmen Empfindung, die sie erregen. Ein solches Hinüberschieben einer Steuerlast auf andere Personen, wenn es nicht vorausgesehen wurde, vereitelt bisweilen die Absicht, die die Staatsgewalt bei der Anlegung einer Abgabe gehabt hat. Bei den nachstehenden allgemeinen Erfahrungssätzen über diesen Gegenstand muß man immer bedenken, daß die Verhältnisse des Mitworbens in ihren mannichfaltigen Gestaltungen sehr verschiedene Erscheinungen hervorbringen und daß sich nur aus der genauen Erforschung der Umstände in einem gegebenen Falle der zu erwartende Erfolg mit einiger Wahrscheinlichkeit bestimmen läßt.

1) Eine Steuer kann nur dann übergewälzt werden, wenn sie die Mehrzahl der von ihr zunächst Betroffenen zu einer gleichförmigen Handlungsweise antreibt und hiedurch eine Veränderung in den Preisen bewirkt. Dieß ist möglich a) auf Seite des Begehrs, wenn die besteuerten Käufer einer Waare oder Leistung nicht mehr die nämliche Menge derselben einkaufen wollen; b) auf Seite des Angebotes, wenn die Verkäufer eine ihnen auferlegte Steuer wie eine Kostenvermehrung betrachten, die ihnen durch einen höheren Preis ersetzt werden muß, und,

faß dieß nicht sogleich gelingt, die Erzeugung oder Herbeischaffung einer gewissen Waare theilweise aufgeben.

§. 270.

[272. 273.]

2) Die Ueberwälzung von den Käufern auf die Verkäufer einer Waare findet bei einer Steuer, die auf das Einkommen der Käufer überhaupt gelegt wird, wenig Statt, weil die Einschränkungen der Besteuernten in ihren Ausgaben sehr vielerlei Waaren betreffen können (§. 269.), wobei die geringe Abnahme des Absatzes einer jeden leicht durch eine ähnlich Verringerung des angebotenen Vorrathes aufgewogen wird. Wenn aber eine Steuer gerade eine gewisse Ausgabe oder Verzehrung trifft, wie z. B. eine Auflage auf Reit- und Kutschen-Pferde, so giebt sie eine Aufforderung für Viele, an der nämlichen Ausgabe etwas zu ersparen. Legen in einem solchen Falle die Verkäufer auf die Erhaltung ihres Absatzes großen Werth, weil sie sich vielleicht in ihrem ganzen Unterhalte bedroht glauben, so müssen sie den Verlust ertragen, den ihnen der gesunkene Preis auferlegt; können sie aber zu anderen Beschäftigungen übergehen, so muß das Angebot ebenfalls kleiner werden und der Preis wieder zunehmen, §. 269. Dieß ist mit der Zeit allerdings zu erwarten, wenn der Ergreifung anderer Zweige der Hervorbringung weder natürliche noch künstliche Hindernisse im Wege stehen, I, §. 160.

3) Die Ueberwälzung auf die Käufer gelingt da am leichtesten, wo alle Verkäufer einen gleich starken Antrieb haben, sie durch Beschränkung des Angebotes zu erzwingen, wie bei solchen Steuern, deren Betrag mit der verkauften Waarenmenge in gleichem Verhältniß zu- und abnimmt, z. B. Zölle und Accise. Diese haben für den Verkäufer ganz die Wirkung einer Kostenvermehrung und ziehen wie diese eine Preiserhöhung nach sich, I, §. 163. 1). Bei der Anlegung von Steuern dieser Art pflegt man die Uebertragung auf die Käufer auch wirklich vorauszusetzen, denn diese sind es, die man mittelbar zu treffen beabsichtigt. Gleichwohl leiden auch bei vollständigem Ersatze der Steuer die Verkäufer doch wegen des verringerten Absatzes eine

Einbuße an ihrem Einkommen, ihr Schaden ist aber noch größer, wenn es ihnen nicht gelingt, den Preis der käuflichen Gegenstände um den ganzen Betrag der Steuer zu steigern (a).
(a) Canard Grundf. d. pol. Def., übers. v. Bölk, S. 145.

§. 271.

[273. 274.]

4) Eine Ueberwälzung der Steuern auf Andere ist einigen Classen der Steuerpflichtigen schlechthin unmöglich, weil ihre Einkünfte festgesetzt sind, z. B. den Beamten des Staates, der Kirche und der Gemeinden und den Staatsgläubigern. In gleicher Lage befinden sich während der Dauer des Vertrages die Eigenthümer verpachteter oder vermieteter Liegenschaften.

5) Solche Steuern, deren Größe sich nicht nach der jedesmaligen Menge der von den Steuerpflichtigen feilgebotenen Waaren oder Leistungen richtet, sind weit weniger zum Ueberwälzen geeignet, denn es ist nicht zu erwarten, daß alle Verkäufer in dem Entschlusse übereinstimmen, das angebotene Quantum zu vermindern, vielmehr kann leicht ein Theil derselben gerade eine Erweiterung ihres Gewerbes bezwecken, um sich auf diese Weise in dem vermehrten Absatze eine Entschädigung zu bereiten. Doch würde die Steuer dann unfehlbar auf die Preise einwirken, wenn eine Classe von Verkäufern so stark besteuert wäre, daß sie das überbürdete Gewerbe aufgeben müßte.

6) Insbesondere kommt es bei Steuern, die den Ertrag einer einzelnen Güterquelle, z. B. der Grundstücke oder der Arbeit, zu treffen bestimmt sind, darauf an, ob der Besteuerte durch eine anderweitige Verwendung jener Quelle oder andere Einrichtungen der Auflage ausweichen kann (a). Dieß wird in vielen Fällen durch die Beschaffenheit deswerbenden Vermögens verhindert, z. B. bei Ländereien, Gebäuden u., in anderen Fällen durch die Allgemeinheit der Besteuerung. Deshalb bleiben die meisten Steuern auf den Renten des Stammvermögens, die auch wirklich den größten Theil des steuerbaren Einkommens ausmachen, liegen oder werden noch auf sie hinübergewälzt; die Lohnarbeiter dagegen müssen für eine Steuerlast, die im Ver-

hältniß ihres Einkommens zu groß ist und ihren nothwendigen Unterhalt zu schmälern droht, durch erhöhten Lohn entschädigt werden, weil sonst Auswanderung, vermehrte Sterblichkeit u. die Menge der angebotenen Arbeit verringern würde (b).

(a) Z. B. man weicht einer Steuer auf Ackerpferde aus, indem man Zugochsen anschafft.

(b) Canard a. a. O. nimmt zu allgemein an, jede Steuer, sie werde vom Käufer oder vom Verkäufer einer Waare erhoben, vertheile sich in beiden Fällen auf gleiche Weise unter beide Betheiligte und zwar in demselben Verhältniß, in welchem das Mitwerben dem einen oder dem anderen günstiger ist. Wenn z. B. eine Waare 100 fl. gilt und mit 10 fl. Steuer belegt wird, die Concurrenz des Angebotes aber zu der des Begehres sich wie 2 zu 3 verhält, so sollen jene 10 fl. in eben diesem Verhältniß von beiden Classen getragen werden, die Waare soll auf 106 fl. steigen und der Verlust für die Verkäufer 4 fl. betragen. Es kommt nicht bloß auf die Größe des Angebotes und Begehres, sondern auch darauf an, nach welcher Fortschreitung beide sich verändern, und im obigen Falle darauf, wieviel Kauflustige mehr als 100 fl. zu geben und wieviel Verkäufer unter 100 fl. zu verkaufen geneigt sind. — Ueberhaupt hat man sich zuweilen, ohne die verschiedenen Fälle deutlich zu unterscheiden, das Ueberwälzen der Steuern zu leicht vorgestellt und deshalb die gute Anlegung derselben vernachlässigt. Hierzu neigt sich auch Ricardo Cap. 8. „Obgleich einige Steuern diese Wirkungen (nämlich die Hemmung der Production) in höherem Grade äußern als andere, so muß man doch zugestehen, daß die verderblichen Folgen der Besteuerung weniger von der Wahl der besteuerten Gegenstände, als von ihrer ganzen Summe herühren.“

§. 272.

[274.]

7) Eine Steuer, die eine gewisse Classe von Bürgern verhältnißmäßig stärker als andere trifft, reizt, wofern die Ueberwälzung nicht bald gelingt, zum Verlassen des überbürdeten Erwerbszweiges an. Ist dieß ausführbar, so muß durch die Verminderung des Angebotes das Gleichgewicht in der Einträglichkeit verschiedener Beschäftigungen und Erwerbsarten sich wiederherstellen. Es kann lange dauern, bis dieß vollständig geschieht, zumal da unterdessen auch aus anderen Ursachen das Mitwerben in einem gewissen Nahrungszweige sich verändern, z. B. der Absatz geringer werden und dadurch die Erstattung der Steuer neue Schwierigkeit finden kann, und während dieser Zeit treten die in §. 273 geschilderten Störungen und Verluste ein. Ist die Ausgleichung endlich erfolgt, so ist der Mehrbetrag (das Uebermaaß) der einzelnen Steuer auf die Käufer hinüber-

gewälzt, die dagegen ihren Güterverbrauch verringern, weshalb auch die Erzeugung des überlasteten Gewerbezweiges abgenommen haben muß; die Wirkung hievon setzt sich auf andere Gewerbe fort, deren Erzeugnisse von jenen verbraucht werden. Dieß sind die Nachtheile, welche fortdauern, wenn auch die Ueberbürdeten zuletzt von der Steuer verhältnißmäßig nicht stärker als andere Bürger getroffen werden.

8) Die Ueberwälzung vermag überhaupt die Fehler in der Anlegung einer Steuer nicht völlig zu heilen, weil sie a) in vielen Fällen gar nicht möglich ist, wohin unter anderen auch die Ungleichheit der Besteuerung einzelner Personen in einem und demselben Stande gehört, b) weil sie oft erst nach langer Zeit gelingt und die Uebergangsperiode empfindliche Nachtheile bei sich führt, c) weil auch die endlichen Wirkungen volkswirtschaftlich schädlich sein können (a).

(a) Ueber v. Prittwitz's abweichende Ansicht s. S. 274 (a).

§. 273.

[269.]

Schränken die Besteuernten ihre Verzehrung ein, so nimmt der Absatz mancher Güter ab und der Preis derselben sinkt. Suchen nun die Erzeuger dieser Gegenstände auch das Angebot zu vermindern, indem sie ihre Capitale anders anlegen, so kann der Preis sich wieder auf die vorige Höhe erheben, und die hervorgebrachte Menge dem jetzigen schwächeren Begehre entsprechen. Diese Erscheinungen zeigen sich nicht bei den werthvollsten Dingen, auch nicht in voller Stärke bei einer und derselben Art von Genußmitteln, weil die Neigungen der Menschen in Hinsicht auf den Güterverbrauch sehr verschieden sind. Dagegen bewirkt die Verwendung der Staatseinkünfte innerhalb des Landes eine beträchtliche Verzehrung der Besoldeten, der vom Staate beschäftigten Gewerbsleute u. dgl. Die hieraus entspringende Absatzvermehrung kann zum Theile gerade solche Güter betreffen, an denen sich die Steuerpflichtigen etwas abbrechen; doch auch abgesehen von diesem Falle, muß, da die Verzehrung der Bürger und der Regierung im Ganzen nach der Einführung einer gewissen Steuer wenigstens so groß bleibt, wie



4,⁰², Freiburg 2,⁷³, Graubünden 1,⁶⁹, Bern 1,⁷⁸, Zürich 1,⁶³, Karsgau 1,⁴⁴, Luzern 1,²¹, Valais 1,¹⁹, Glarus 0,⁹⁸, Zug 0,³ Gulden (aus den Angaben bei Hottinger.)

	Betrag der Auflagen.	Beitr. auf den Kopf.
Britisches Königreich, 1847 R.	53·417 965 £. St.	22, ⁸⁹ fl.
Hamburg, 1848 A. (ord. Eink.)	4·631 000 Mk.	21, ⁷⁶ "
Niederlande, 1848: 49. A.	51·871 000 fl.	17, ¹¹ "
Frankreich, ohne Salzst. 1844 A.	997 ¹ / ₂ Mill. Fr.	13, ⁴ "
— — — — — 1849 A.	947 Mill. "	12, ⁴⁷ "
Belgien, 1849 A.	85·835 950 Fr.	8, ⁴³ "
Baden. 1846. 47. R. *)	9·060 000 fl.	6, ⁴⁴ "
Preußen, A. 1847.	54·732 000 rl.	5, ⁹⁸ "
— — A. 1849.	53·684 000 "	5, ⁸⁷ "
Großh. Hessen, A. 1848—50	4·775 820 fl.	5, ⁶² "
Kurhessen, 1849. A.	2·074 000 rl.	4, ⁷ "
Baiern, 1843—49 A.	20·895 600 fl.	4, ⁶⁴ "
Hannover, 1848. 49. A.	4·629 950 rl.	4, ⁶⁷ "
Württemberg, 1845—48 A. **)	6·616 700 fl.	3, ⁷³ "
Oesterreich, 1846 A.	105·277 000 "	3, ⁶⁸ "
— — — 1849 A. ***)	69·407 000 "	3, ⁶¹ "
Mecklenb. Schwerin, 1849 A.	755 400 "	2, ⁴ "

- *) Baden erhält aus der Zollvereinscasse den Ersatz seiner wegen der langen Gränze sehr großen Gränzverwaltungskosten. Diese Einnahme darf hier nicht beachtet werden, es ist daher statt derselben nur der mittlere Kostenbetrag im Zollverein (9 Proc.) beigezschlagen worden, weil man annehmen kann, daß die badischen Landesbewohner nur ungefähr soviel Zoll bezahlen werden.
- **) Mit Zuschlag von 6 Proc. Erhebungskosten der directen Steuern, weil diese Kosten von den Gemeinden getragen werden.
- ***) Nur die auf dem Reichstage vertretenen Provinzen mit 9 ¹/₂ Mill. Einwohner. — Die Sporteln fehlen.
- (b) Es kommt z. B. viel darauf an, ob man neben den, in die Staatscasse verrechneten Steuern auch Provincial-, Bezirks-Abgaben etc. mit einrechnet. Bei Nordamerica wäre es irrig, bloß die Einkünfte der Bundesregierung berücksichtigen zu wollen.
- (c) Man weiß nur im Allgemeinen, daß eine gewisse Geldsumme in England am wenigsten ausreicht, in Frankreich und den Niederlanden mehr, in Deutschland noch mehr u. s. f.
- (d) Vgl. v. Hoffmann, Gesetzgeb. des Gr. Hess. S. 208 ff. (Rechtfertigung der höheren hessischen Steuerquote.)

3. Hauptstück.

Einrichtung des Steuerwesens.

I.

Zusammenhang der Steuern.

§. 276.

Es wäre fehlerhaft, jede Steuer nur für sich, in Hinsicht auf ihre Einträglichkeit, Unschädlichkeit, Kostbarkeit oder Wohlfeilheit und Leichtigkeit der Erhebung u. zu betrachten und lediglich nach diesen Eigenschaften eine Anzahl von Steuern einzuführen, vielmehr müssen nach den oben aufgestellten Grundsätzen die Steuern sich an die Verzweigung des Volkseinkommens anschließen, um dieses in allen seinen Theilen gleichmäßig und vollständig zu treffen. Die sämtlichen in einem Staate bestehenden Steuern, deren Inbegriff man das *Steuer system* zu nennen pflegt, verdienen nur dann diesen Namen in der That, wenn sie ein zusammenhängendes Ganzes bilden, so daß kein einzelnes reines Einkommen frei gelassen oder zu sehr geschont, oder dagegen überbürdet wird. Schon die Gerechtigkeit fordert zu diesem Streben nach Vollständigkeit und Gleichförmigkeit auf, wobei man bisweilen einzelne Steuerarten bestehen lassen und einführen muß, die sonst in verschiedenen Hinsichten mit mehr Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten verknüpft sind, als die übrigen.

§. 277.

Das Steuerwesen der wirklichen Staaten bildete sich aus geringem Anfange allmählig so aus, daß man, wie die Bedürfnisse der Regierung anwuchsen, von Zeit zu Zeit neue Steuern zu Hülfe nahm und dabei, ohne von allgemeinen Grundsätzen auszugehen und einen gewissen Plan im Auge zu haben, nur auf die leichte Aufbringung der nöthigen Summen achtete. Diejenigen Auslagen, denen sich der Bürger am we-





Die Steuerverfassung jedes Landes, namentlich das Verhältniß zwischen den verschiedenen Gattungen von Steuern, hat auf die Steuerquote in den einzelnen Landestheilen so großen Einfluß, daß schon deshalb keine zuverlässige Regel aufzufinden ist. — H o f e r a. a. O. schlägt vor, zur Steuerperäquation zwischen den einzelnen Provinzen $\frac{2}{3}$ der Summe nach der Volkszahl, $\frac{1}{3}$ nach dem Flächenraume umzulegen, in den Amtsbezirken jeder Provinz aber $\frac{1}{2}$ nach dem Flächeninhalte und mit der Reduction des schlechteren Bodens auf eine kleinere Fläche des besseren. Dieß widerlegen die vorstehenden Erfahrungen.

II.

Ausführung der Steuern.

§. 281.

Wenn auch der Gegenstand und die Größe der Steuern gegeben sind, so hängt doch die Größe der Belästigung für die Bürger und die Schwierigkeit, welche die Regierung bei der Erlangung der Steuereinnahme zu überwinden hat, zum Theile noch von den äußeren Einrichtungen ab, die dazu dienen, jedem einzelnen Steuerpflichtigen seinen Beitrag abzufordern und denselben der Staatscasse zuzuführen. Sind jene Einrichtungen mangelhaft, so fügen sie zu der ohnehin in jeder Steuer enthaltenen Beschwerde noch eine zweite zufällige hinzu; sind sie gut, so vermindern sie die Last und befördern die Verwirklichung der obigen Grundsätze. Die Regeln, welche sich auf diese formellen, zur äußerlichen Darstellung eines Steuersystems gehörenden Anordnungen beziehen, können nach folgenden drei, bei jeder Steuer vorkommenden Verrichtungen abgehandelt werden:

- 1) Festsetzung der Steuerschuldigkeit,
- 2) Entrichtung durch die Steuerpflichtigen,
- 3) Erhebung (Einzug) für die Staatscasse.

§. 282.

1) Um eine Steuer fordern zu können, müssen vor Allem diejenigen Zahlenbestimmungen aufgestellt werden, aus denen die Steuerschuldigkeit jedes Einzelnen leicht erkannt wird. Dazu gehört:

a) die Bezeichnung des Gegenstandes (§. 254.), nach welchem überhaupt die Steuerpflicht bemessen werden soll, z. B. eines Vermögenstheils, eines Einkommens, einer Ausgabe u.



sie gestatten will, und hier ist es rathsam, dieselben, wenigstens für die genannten Volksklassen, so weit zu vervielfachen, als es ohne große Vermehrung der Mühe und Kosten der Einziehung thunlich ist (a).

c) Die gute Wahl der Zeit, in welcher die Steuerpflichtigen im Besitze der nöthigen Geldmittel sind. Dieß findet sich bei solchen Steuern von selbst, die man beim Ankaufe entbehrlicher Genußmittel im Preise derselben mit abträgt. Bei Abgaben der Grundeigenthümer nimmt man auf die Jahreszeit Rücksicht, in welche die stärksten Einnahmen zu fallen pflegen, d. h. den Zeitraum von der Getreideernte bis in den Winter. Dieser Umstand erstreckt seinen Einfluß auch auf andere Volksklassen (b).

(a) Zwölf Monatstermine in Frankreich, wie schon in Gallien vor der römischen Herrschaft und auch während derselben (Reynier, Celtes, S. 268. 272), 6 in Baden, 4 in Sachsen. Vgl. v. Malchus, Finanzwiss. I, 373.

(b) In Baden werden deshalb vom März bis zum Ende des Junius, auch im October und November die directen Steuern nicht gefordert.

§. 286.

3) Bei der Steuererhebung fordert es zunächst das Interesse der Staatscasse, mittelbar jedoch auch das der Steuerpflichtigen, denen alle Verluste jener zuletzt zur Last fallen, daß die Steuern mit wenigen Kosten, p u n c t l i c h und v o l l s t ä n d i g eingehen. Die Erhebung kostet nicht bei allen Arten von Steuern gleichviel, nicht bloß weil die Mühe des Forderns, Einnehmens, Bescheinigens und Einzeichnens davon abhängig, in welchen Summen und Zeiten die Zahlung erfolgt, sondern auch weil die Leichtigkeit des Betruges und das darauf beruhende Bedürfnis verschiedener Aufsichts- und Sicherungsanstalten sehr ungleich ist. Gleichwohl kann durchgehends durch einfache Einrichtungen unbeschadet der Sicherheit auf eine Kostenverminderung hingewirkt werden (a). Zu den Kosten müssen auch diejenigen Abzüge von dem Steuerertrage gerechnet werden, welche denselben noch vor der Ablieferung in eine öffentliche Casse vermindern, wenn nämlich ein Theil der eingeforderten Summe von den Steuereinnehmern erlaubter oder unerlaubter Weise zurückbehalten wird (b).



§. 288.

Die Steuererhebung sollte nicht verpachtet werden (a). Sie ist nicht wie ein Gewerbe zu betrachten, dessen Ertrag durch Betriebsamkeit des Unternehmers gesteigert werden kann; denn die Noheinnahme aus Steuern hat ihre gesetzliche Grenze und man kann vermittlest guter Aufsicht die besoldeten Einnehmer zu der nämlichen Sorgfalt anhalten, welche ein Pächter anwenden würde, auch läßt sich die Bezahlung der ersteren sparsam einrichten. Daher ist es möglich, der Staatscasse den Vortheil zuzuwenden, der sonst auf Kosten der Steuerpflichtigen den Pächtern zufallen würde. Diese rechnen wegen der Ungewißheit, welcher Theil der Steuern uneinbringlich sein werde, bei ihrem Angebote auf den ungünstigsten Fall, und gewinnen schon darum (b). Zudem nehmen sie bei der Einforderung nicht jene schonenden Rücksichten, die man den angestellten Einnehmern anbefehlen kann, weshalb die Steuerpächter stets ihrer Härte wegen mit dem allgemeinen Hass beladen waren (c). Der Grund, der noch außer der Bequemlichkeit der Finanzbehörden die Pachtungen empfahl, daß man nämlich in Geldverlegenheiten von den Pächtern Vorschüsse erhalten könne, ist in einem geregelten Finanzwesen unerheblich, indeß erklärt er die lange Beibehaltung der Pachtungen in manchen Ländern (d).

(a) v. Kremer, a. a. D. I, 105. — v. Malchus, I, 382. — Murhard, I, 153.

(b) de Monthion, S. 284. Man hat in Frankreich nie bemerkt, daß die Pächter verloren hätten.

(c) Z. B. die römischen Zollpächter, die italienischen und französischen Pächter, von denen wenigstens die *fermiers généraux* sich sehr bereicherten, die spanischen Pächter, bis 1747, wo die eigene Erhebung eingeführt wurde; s. Bourgoing, Reise, I, 226.

(d) In Frankreich schloß jeder Generalpächter zu Reckers Zeit 1560 000 Liv. vor, wovon ihm die Million zu 5, der Rest zu 7 pCt. verzinst wurde. Den Gewinn eines jeden dieser 40 Pächter schlägt Recker (*Des fin. de la Fr. I, 49*) auf 75 000 £. an. Uebrigens umfaßte die *ferme générale* nur die Zölle (*droits de traite*) in einem Theile des Landes (*provinces des 5 grosses fermes*), daneben das Tabaks- und Salzregal und einige andere Einkünfte. — In der Türkei besteht seit lange die Einrichtung, daß der Pascha jeder Provinz die Steuersumme vorschießen muß, wozu er sie von Bankhäusern borgt, und sie dann von den Steuerpflichtigen mit Gewinn eintreibt. Neuerlich wurde die unmittelbare Einziehung eingeführt, aber bald wieder aufgegeben (1841).

§. 289.

Die Erhebung auf Rechnung des Staates wird in folgender Weise eingerichtet:

1) Es werden mehrere Classen von Einnehmern angestellt, nämlich a) solche, die von den einzelnen Steuerpflichtigen die Zahlungen in Empfang nehmen, Unter- oder Elementarerheber, Einbringer (Württemberg), *percepteurs* oder *receveurs municipaux* (a); b) solche, die von jenen die Steuern eines ganzen Bezirks sich abliefern lassen (Ubereinnehmer, *receveurs particuliers*), und dieselben entweder an eine allgemeine Provincialcasse, oder an c) die Provincial-Einnehmer (*receveurs généraux*) abgeben.

2) Die Bezahlung der untersten Classe pflegt ganz in einem gewissen Theile der erhobenen Summe zu bestehen, die höheren Classen können ganz oder zum Theile auf feste Besoldungen gesetzt werden, und dieß ist zweckmäßig, damit die verschiedenen Stellen dieser Art in den einzelnen Landestheilen in der Einträglichkeit nicht allzu ungleich werden (b).

3) Die Untererheber sind für die sorgfältige Einforderung und Eintreibung der Steuern nach der ihnen erteilten Weisung (Steuerliste oder Tarif) verantwortlich, haben regelmäßig nach kurzer Zwischenzeit ihre Einnahmen an den vorgesetzten Einnehmer abzuliefern, auch demselben ihr Cassentagebuch mitzutheilen (c). Sie sind streng verpflichtet, jede Zahlung sowohl zu bescheinigen, als auch unverzüglich in ihre Rechnung einzutragen.

4) Die höheren Steuerbeamten haben die unteren genau zu beaufsichtigen und sich Rechnungsauszüge von ihnen vorlegen zu lassen, auch haften sie für dieselben, wenn sie ihnen eine vorschriftswidrige Nachsicht gestattet haben (d).

5) Jeder Einnehmer leistet eine Bürgschaft in Geld oder inländischen Staatspapieren, die nach der in seiner Casse sich sammelnden Summe bestimmt und ihm verzinst wird (e).

(a) Ueber die Dienstverhältnisse derselben in Frankreich, Ordonn. v. 2. Nov. 1839. Sie sind in 4 Classen getheilt, die höchste nimmt über 3600 Fr. ein, die unterste unter 1500 Fr.



oder Bedrängniß der Steuerpflichtigen zum Vorschein kommt, muß die Haftung den steuerfähigen Mitgliedern allzu lästig werden (a).

- (a) v. Malchus, Politik der innern Staatsverwaltung, II, 134, Finanzwiss. I, 376. — In Württemberg besteht diese Einrichtung seit lange, als Folge der den Gemeinden und Amtsbezirken gestatteten Mitwirkung zur Umlegung der Steuern. Die Erhebung geschieht auf Kosten der Gemeinde durch einen von derselben aufgestellten Einnahmer, welcher zugleich Gemeinderechner sein kann. Die säumige Gemeinde kann Execution bekommen, wenn sie nicht aus besonderen Gründen einen Nachlaß ausgewirkt hat, Handb. S. 24.

4. Hauptstück.

Eintheilung der Steuern.

§. 291.

Bei der wissenschaftlichen Betrachtung des Steuerwesens entspricht es dem praktischen Bedürfniß, nicht allein die in ein vollkommenes System passenden Steuern, sondern auch solche zu beleuchten, welche in einzelnen Staaten bestanden oder noch bestehen, wenn sie auch bei einer genauen Prüfung als mangelhaft erscheinen mögen. Indesß wäre eine erschöpfende Darstellung aller irgendwo versuchten Arten von Steuern und Anlegungsarten hier nicht belohnend, weil viele derselben auf den ersten Blick als unzulässig erscheinen, vielmehr genügt es, gewisse Hauptclassen zu unterscheiden, in welche dann jede wirklich vorkommende Steuer eingereiht werden kann, und sich übrigens auf die wichtigeren Arten und Unterarten zu beschränken. (a).

- (a) Bei der häufig angewendeten Unterscheidung von Real- und Personalsteuern, welche letztere nicht nach Vermögensumständen, sondern nach irgend einer persönlichen Beziehung aufgelegt werden sollen, ist es einleuchtend, daß nur die ersten in den hier aufgestellten Begriff fallen. Personalsteuern würden bloß als fortdauernde Gebühren angesehen werden müssen, wenn man nicht bei ihnen ebenfalls eine, nur nicht klar ausgesprochene Hinsicht auf Vermögensverhältnisse auffinden kann, die es dann möglich macht, ihnen unter den wahren Steuern eine Stelle anzuweisen; — bisherige Rangsteuer in Sachsen; Judensteuern.

§. 292.

Die Steuern können auf mehrfache Weise eingetheilt werden. Zwei Eintheilungen, obgleich wesentlich verschieden, sind bisher mit einander vermengt worden. Es ist daher nöthig, sie sorgfältig zu unterscheiden und die aus ihnen sich ergebenden Arten von Steuern mit besonderen Namen zu belegen.

I. Sieht man auf die Art und Weise, wie die Steuern der Beitragsfähigkeit der Bürger angepaßt und zur Errichtung dieses Zweckes an gewisse Gegenstände angeknüpft werden können, so ergeben sich folgende zwei Wege:

1. Man kann die Vermögensumstände oder die Steuerfähigkeit jedes Einzelnen erforschen und ihm darnach eine gewisse Steuerlast zutheilen. Hier hat man es mit Personen zu thun, denen für jedes Jahr eine gewisse Steuerschuldigkeit aufgelegt wird. Die Vollkommenheit solcher Steuern hängt zum Theile von der Genauigkeit der gesammelten Nachrichten über Besitz und Einkommen der Einzelnen ab. Steuern dieser Gattung können *Schätzungen* genannt werden (a). Sie werden entweder von den Einkünften der Bürger gefordert, oder auf den Stamm des Vermögens gelegt.

2) Man kann von gewissen Verwendungen des Vermögens auf dessen Größe schließen und daher die Steuern an die Ausgaben der Steuerpflichtigen anlehnen. Hierzu sind nur solche Ausgaben tauglich, deren Größe als Kennzeichen für einen gewissen Grad von Vermögensgröße betrachtet werden kann. Die Steuern dieser Gattung nennt man gewöhnlich *Verbrauchs-, Verzehrungs- oder Consumtionssteuern*, noch bezeichnender können sie *Aufwandsteuern* heißen (b). Man hat bei ihnen keine Person mit ihrem Besitze und Erwerbe fortwährend im Auge, sondern hält sich nur an einzelne Handlungen des Gütergebrauches, deren jede für sich den Grund einer besonderen Steuerforderung bildet, z. B. den Ankauf eines Genussmittels, oder wenigstens nur an die einzelnen Zweige der Ausgaben, die man als Merkmale eines gewissen Einkommens ansieht, z. B. das Halten einer Anzahl von Bedienten (c). Die wichtige Eigenthümlichkeit der Aufwandsteuern besteht darin,

daß der Zwang zu ihrer Entrichtung nur ein bedingter ist und daß man sich derselben entziehen kann, wenn man den besteuerten Aufwand unterläßt (*d*).

- (*a*) Dieser alte noch hie und da übliche Ausdruck ist zwar ehemals nicht ganz genau in dem angegebenen Sinne genommen worden, bezeichnet aber doch gerade die Steuerbelegung nach einem Anschlag (einer Schätzung) des Vermögens oder Einkommens. Beschäzen, Schäzen, davon auch Brandschäzen. Die Nothbede wurde in Schwaben Schätzung genannt, Moser, Würtemb. Finanzgesetze, II, S. XXXV. — Luther übersetzt in Luc. II, 2. die (in Ansehung des Zeitpunctes viele Schwierigkeiten darbietende) ἀπογραφή unter Augustus (Aufzeichnung zum Behufe der Besteuerung) durch Schätzung. — In Oldenburg heißt noch jetzt die Grundsteuer Schätzung. — Die Schätzung in der Rheinpfalz war eine Einkommenssteuer von 12 pCt. — Rauchschätzungen, d. h. Haussteuern in Osnabrück. — Schätzung in Frankfurt a. M., sonst die einzige ordentliche Steuer. — „Schätzungsausschuß“ noch jetzt in Baden. — Auch das mittelalterliche Scaticum soll hiermit zusammenhängen und eine Steuer bedeuten, s. Du Cange s. h. v.
- (*b*) Weil es zunächst eine Ausgabe ist, wovon man die Steuern schuldig wird.
- (*c*) Mit dieser Eintheilung stimmt in der Hauptsache überein die von Hoffmann (Preuß. Staatszeitung, 1829. Nr. 304.) entwickelte Unterscheidung der directen und indirecten Steuern; jene sollen nämlich auf das gerichtet sein, was ist, d. h., eine Sache, eine Person, eine Befugniß, diese auf das, was geschieht, eine Handlung. — In seiner Lehre von den Steuern S. 63. 69. unterscheidet Hoffmann die Steuern von dem Besitz und von einer Handlung und nennt jene directe, diese indirecte. — Von Prittwitz, Theorie, S. 102. setzt den Productionsteuern (von den Vermögensquellen) die Consumptionsteuern entgegen, welches mit obiger Eintheilung übereinkommt.
- (*d*) Daher nennt v. Ulmenstein (von St. u. Abg. S. 161) die hieher gehörigen Steuern freiwillige, collectae voluntariae, im Gegensatz der nothwendigen, coll. necessariae. Der von ihm citirte Pütter (Institut. juris publici German. §. 257, nicht §. 247) versteht jedoch diese Ausdrücke anders: Coll. voluntariae, quarum necessitas lege nulla imposita est, und fährt sogleich fort: Hasque invitis subditis omnino nusquam imponi fas est.

§. 293.

II. Nimmt man dagegen bei der Eintheilung der Steuern auf das in der Erhebung angewendete Verfahren Rücksicht, um diejenigen Bürger zu treffen, welche eine gewisse Steuer tragen sollen, so findet man folgende Verschiedenheit:

1) Man wendet sich an die Personen selbst, welchen man einen gewissen Steuerbeitrag abfordern will; solche Steuern heißen directe, eigentlich direct oder unmittelbar erhoben;

2) man zieht die Steuer von einem Anderen vorschussweise ein, indem man sich darauf verläßt, daß dieser im Stande sein werde, sich von denjenigen, deren Belastung eigentlich beabsichtigt worden, Ersatz zu verschaffen; indirecte, mittelbarer h o b e n e, vorgeschossene Steuern. Die Zumuthung eines Steuervorschusses kann nicht willkürlich geschehen, sondern nur gegen solche Bürger, die als Verkäufer einer Waare die Gelegenheit zum Ueberwälzen auf die Käufer haben oder die sonst mit den mittelbar Besteuernten in einem solchen Verhältnisse stehen, daß sie ihnen an einer schulbigen Leistung einen Abzug machen können. Diese indirecte Erhebung wird in solchen Fällen vorgezogen, wo die directe allzu umständlich und kostbar sein würde. Wenn der Verkäufer eine Steuer vorschießt, so tritt er zwischen die zu steuernden Einzelnen und die Staatscasse in die Mitte und erscheint als Werkzeug der Steuererhebung.

§. 294.

Solche Aufwandssteuern, welche von dem Verkaufe und Gebrauche einer einzelnen Waare gefordert werden, eignen sich größtentheils zur indirecten Erhebung von dem Verkäufer, weshalb man überhaupt die Aufwandssteuern indirecte zu nennen pflegt; dieß ist aber nicht richtig, weil es nicht an Beispielen direct erhobener Aufwandssteuern fehlt, wie z. B. die Steuer von Hunden, von Reitpferden, von dem Weinkaufe, dem Schlachten oder dem Einbringen zollpflichtiger Waaren für den Hausgebrauch u. dgl. Die meisten Schatzungen werden direct erhoben, doch gibt es auch hier Ausnahmen und es kann bei einer und derselben Steuer sowohl die eine als die andere Art der Einziehung vorkommen (a). Ueberhaupt ist die Unterscheidung der directen und indirecten Erhebung mehr auf das Aeußerliche gerichtet, während der Gegensatz der Schatzungen und Aufwandssteuern in das Wesen der Steuern eingeht (b). Wenn bei einer indirecten Steuer die vorausgesetzte Ueberwälzung nicht gelingt, so daß der Entrichtende die Abgabe selbst tragen muß, so verändert diese ihre Natur und übt einen übermäßigen, nicht beabsichtigten Druck aus, so wie eine directe Steuer, welche auf

Anderer unerwartet überwältigt wird, ebenfalls einen anderen Charakter annimmt (c). Es muß die Aufgabe der Finanzverwaltung sein, die Steuern so anzulegen, daß solche unwillkommene Wirkungen vermieden werden.

- (a) Z. B. die Gefäll- und die Zinsrenten- (Capital-) Steuer.
- (b) In der Praxis ist es bis jetzt üblich geblieben, den Ausdruck „directe Steuern“ zu brauchen, wo man eigentlich die Schenkungen meint.
- (c) Man hat wegen der Möglichkeit solcher Umwandlungen die ganze Eintheilung in directe und indirecte Steuern im gewöhnlichen Sinne bestritten, Hoffmann, a. o. D.

§. 295.

Eine aus dem französischen Finanzwesen herstammende Unterscheidung, obgleich von untergeordneter Wichtigkeit, verdient erwähnt zu werden, weil sie über die Anlegungsweise der Steuern einiges Licht verbreitet (a).

1) **Vertheilungs- oder Repartitionssteuern** sind solche, bei denen man damit anfängt, festzusetzen, wie viel sie im ganzen Lande einbringen sollen, worauf man diese Summe auf die Provinzen, Kreise, Aemter, Gemeinden und endlich auf die Einzelnen aus schlägt. Hier lassen sich zwei Fälle unterscheiden:

a) Man kennt die Zahl der vorhandenen steuerbaren Gegenstände, und, falls sie nicht gleichen Betrag zu geben haben, auch das Zahlenverhältniß der Steuerschuldigkeit jeder Classe. Hier ergiebt sich aus der beschlossenen Summe des ganzen Steuerertrages sogleich auch, wieviel Steuer auf jeden gegebenen Betrag des besteuerten Objectes, z. B. auf 100 fl. Ertrag oder Preis, treffen werde (b). Der Steuerfuß folgt also unter diesen Umständen von selbst aus der Steuersumme.

b) Wenn man solche Nachrichten nicht besitzt oder doch die Vertheilung nicht nach ihnen vornehmen will, so zeigt sich der Steuerfuß erst nach beendigter Vertheilung, und es wird sich leicht treffen, daß derselbe in den einzelnen Gemeinden des Landes verschieden ausfällt, was allerdings eine Unvollkommenheit ist.

2) **Quotitätssteuern** werden diejenigen genannt, bei denen die Bestimmung des Steuerfußes (der Quotität) vorausgeht und der gesammte Steuerertrag das nicht sogleich zu er-

kennende, sondern erst zu erwartende Ergebniß ist. Der Grund, warum man solche in ihrem Ertrage stets ungewisse Steuern bestehen läßt, liegt hauptsächlich in der Veränderlichkeit der Zahl von Steuerobjecten und der Ueberzeugung, daß es für die Unterthanen höchst störend und nachtheilig sein würde, wenn der Steuerfuß von Jahr zu Jahr wechselte. Die Aufwandssteuern gehören insgesammt in diese Abtheilung, aber auch Schakungen können nach diesem Verfahren eingerichtet werden, z. B. die bei jährlichen Concessionen (Patenten) erhobene Gewerbesteuer, die Capital-, Besoldungssteuer etc.

(a) Code des contrib. directes, I, — Lhu, System der directen Steuern in Frankreich S. 2.

(b) Man weiß z. B., daß ein Land 1 Million Morgen Wald hat, wovon $\frac{1}{4}$ zu 100 fl., die Hälfte zu 50 fl. und $\frac{1}{4}$ zu 30 fl. angeschlagen ist, also der ganze Anschlag sich auf $57\frac{1}{2}$ Mill. fl. beläuft. Wird nun beschlossen, daß sämtliche Waldungen 190 000 fl. steuern sollen, so findet man sogleich, daß dieß $\frac{1}{3}$ pSt. des Anschlages ist, und daß von den obigen 2 Classen der Morgen 20—10—6 fr. zu geben hat.

§. 296.

Man hat vielmals die Steuern in ordentliche und außerordentliche getheilt; jene sind die regelmäßig fortbauern- den, diese werden nur vorübergehend zur Deckung ungewöhnlich vergrößerter Staatsbedürfnisse erhoben. Diese Unterscheidung ist für das positive Staatsrecht und die Statistik erheblicher als für die Finanzwissenschaft, weil sie nur das wirkliche Vorkommen, nicht die Natur der verschiedenen Arten von Steuern betrifft. Indes läßt sich doch eine allgemeine Betrachtung an diese Eintheilung knüpfen. Die den Besteuerungsgrundsätzen am meisten entsprechenden Abgaben pflegen ordentliche zu sein, zu außerordentlichen, wählt man gewöhnlich solche, die am leichtesten anzulegen sind und viel einbringen, wenn sie gleich solche Mängel an sich tragen mögen, daß man sie nicht ohne große Nachtheile fortbestehen lassen dürfte.

(a) Die Steuern erhielten bisweilen ihre Benennung von dem Zwecke, zu dem sie verwendet wurden, z. B. die deutschen Prinzessinsteuern, — Servisgelber (für die Casernirung der Truppen) etc.



Nachträge.

- Zu §. 80 S. 94. Nach dem französischen Unterrichtsgesetz vom 19. Jan. 26. Febr. und 15. März 1850 erhält der Schullehrer von der Gemeinde die Wohnung und mindestens 200 Fr. Gehalt, sein Einkommen muß aber mit Schulgeld und Ergänzungsbetrag wenigstens auf 600 Fr. kommen. Das Schulgeld wird wie die directe Steuer erhoben, wenn der Lehrer es nicht selbst einziehen will.
- Zu §. 182 S. 230. Im preuß. Staate betrugen diese Abgaben i. D. von 1843—47 714 128 Rthlr. oder gegen 10 Proc. des Rohertrages der Privatbergwerke. Der Zehnte insbesondere belief sich auf 490 427 Rthlr., die Quatember- und Receßgelder auf 104 267, Freikure auf 33 087 Rthlr. Der Zehnte wurde meistens in Geld, nach Preissätzen, die unter dem Marktpreise stehen, erhoben. R. v. Carnall (Die Bergwerke in Pr. und deren Besteuerung, 1850) schlägt folgende Abgaben vor: 1) 250 000 Rthlr. Ersatz der Verwaltungskosten des Staates, nach dem Werthe der gewonnenen Erzeugnisse umzulegen, 2) 119 600 Rthlr. Ertragssteuer, 5 Proc. des Reinertrages, 3) 73 290 Rthlr. Feldessteuer, 1—2 Pfenn. von 100 □ Fachter des Grubenfeldes.
- Zu §. 187 (e) S. 242. Ein Umlaufschreiben des franzöf. Handelsministers von 1849 (Dingler, P. J. 114,₂₂₄) nimmt als Regel für einen Zugochsen oder eine Milchkuh täglich 60 Grammen = 3,⁸⁴ Loth, also jährlich 43,⁸ Pf.
- Zu §. 231 S. 316. Das Gef. v. . . . März 1850 führt in Frankreich einen Wechselstempel ein, bis 100 Fr. 5 Cent., von 100—200 Fr. 10 Ct., . . . über 1000 Fr. $\frac{1}{2}$ p. mille.
- Zu §. 231 S. 317. Der Zeitungstempel trug im brit. Reich 1848 513 289 £. St., nämlich 153 016 £. von Zeitungsblättern und 153 016 £. von Anzeigen zu 1 und $\frac{1}{2}$ P.
- Zu §. 236 S. 324. Das a. französische Gef. v. 1850 verordnet von der Uebertragung der Renten (Staatschuldbriefe) eine Gebühr von $\frac{1}{2}$ p. mille des Nennbetrages.
-

L e h r b u c h
der
politischen Oekonomie

von

Dr. Karl Heinrich Rau,

großh. bad. geh. Rath und Professor zu Heidelberg, Comthur
des Bähringer Löwenordens, Ehrenmitglied der k. Akademie der
Wissenschaften in Wien etc.



Dritter Band, zweite Abtheilung.

Finanzwissenschaft, zweite Hälfte.

Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe.



Mit großh. bad. Privilegium.

Heidelberg,

Akadem. Verlagshandlung von C. F. Winter.

1851.

G r u n d s ä t z e

der

Finanzwissenschaft,

von

Dr. Karl Heinrich Rau,

großh. bad. geh. Rath und Professor zu Heidelberg, Comthur
des Säklinger Löwenordens, Ehrenmitglied der k. Akademie der
Wissenschaften in Wien u.

Zweite Abtheilung.

Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe.

Mit großh. bad. Privilegium.

Heidelberg,

Adem. Verlagshandlung von C. F. Winter.

1851.

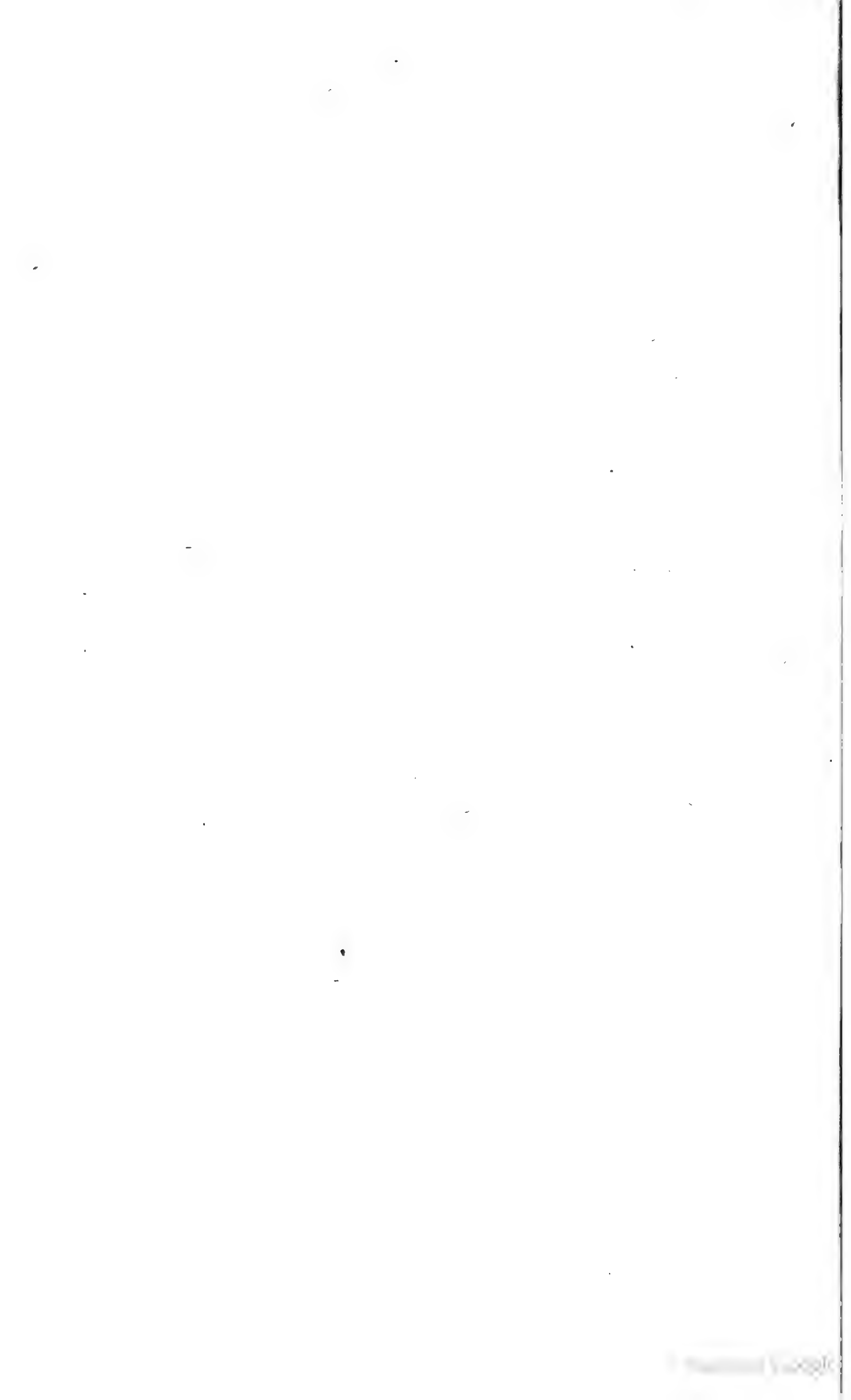
Er. Hochwohlgeboren

dem Herrn

Franz Anton Regenauer,

großh. bad. Staatsrath und Präsidenten des Finanzministeriums, Comthur
erster Classe des großh. bad. Ordens vom Bähringer Löwen, Ritter des
k. preuß. rothen Adlerordens zweiter Classe mit dem Stern, des k. wür-
temberg. Friedrichsordens, Comthur zweiter Classe des kurfürstl. heff.
Hausordens vom goldenen Löwen, Comthur des k. portugies.
St. Jakobordens,

verehrungsvoll gewidmet.



I n h a l t.

Zweites Buch. (Fortsetzung.)

	Seite
2. Abtheilung. Die einzelnen Arten von Steuern.	
1. Hauptstück. Die Schätzungen.	
Einleitung, S. 297—300.	1
1. Absatz. Grundsteuer.	
A. Allgemeine Grundsätze, S. 301—315.	7
B. Anlegung der Grundsteuer, S. 316—338.	29
2. Absatz. Gefällsteuer, S. 339—341.	68
3. " Haussteuer, S. 342—357.	71
4. " Gewerbsteuer, S. 358—376.	89
5. " Zinsrenten- od. Capitalsteuer, S. 377—390.	114
6. " Besteuerung des Arbeitslohns, S. 391—397.	130
7. " Allgemeine Einkommenssteuer	139
I. Als eine besondere Art von Schätzungen, S. 398—400.	139
II. Als Inbegriff der einzelnen Schätzungen, S. 401—401 a.	147
8. " Allgemeine Vermögenssteuer, S. 402—405.	150
2. Hauptstück. Aufwandssteuern.	
1. Absatz. Allgemeine Betrachtung der Aufwands- steuern, S. 406—424.	156
2. " Unmittelbar erhobene Aufwandssteuer, S. 425—427.	174
3. " Accise oder Aufschlag, S. 428—442.	180
4. " Gränzzölle.	
I. Allgemeine Grundsätze, S. 443—445.	211
II. Einzelne Arten der Zölle.	
A. Einfuhrzölle, S. 446—453.	217
B. Ausfuhrzölle, S. 454—456.	225
C. Durchgangszölle, S. 457.	228
III. Einrichtung des Zollwesens, S. 458—462.	229

Drittes Buch. Verhältniß der Einkünfte zu den Aus- gaben des Staats.

1. Abschnitt. Gleichgewicht der Einkünfte und Ausgaben, S. 463—470.	240
2. Abschnitt. Staatsschulden.	
1. Abtheilung. Wesen und Wirkungen der Staatsschul- den, S. 471—484.	248
2. " Verschiedene Arten der Staatsschulden, S. 485—506.	266

3. Abtheilung. Verwaltung der Staatsschulden.

1. Hauptstück. Vorbereitende Maaßregeln, S. 507. 508. 302
2. " Verzinsung der Staatsschulden, S. 509—514. 305
3. " Tilgung der Staatsschulden, S. 515—529. 312

Viertes Buch. Ueberblick der äußeren Einrichtung des Finanzwesens.

1. Abschnitt.	Behörden und Aemter im Finanzwesen, S. 530—537.	343
2. "	Eigenthümliche Geschäftsformen im Finanz- wesen Einleitung S. 538.	352
1. Abtheilung.	Grundzüge des Kameral = Rechnungswes- sens, S. 539—560.	353
2. "	Grundzüge des Etatswesens, S. 561—565.	378
3. "	Grundzüge des Cassenwesens, S. 566—569.	384
Anhang		389
Register		391

2. Abtheilung.

Die einzelnen Arten von Steuern.

1. Hauptstück.

Die Schatzungen.

Einleitung.

§. 297.

Die Schatzungen (Einkommens- und Vermögenssteuern) legen der Regierung die Nothwendigkeit auf, die Vermögensumstände der einzelnen Bürger so weit zu erforschen, daß die von jedem derselben geforderten Steuerbeträge zu seiner Steuerfähigkeit ungefähr ein und dasselbe Verhältniß haben. Die Steuerforderung ist unbedingt und für den, der nicht seine Zahlungsunfähigkeit darzuthun vermag, unausweichlich. Während hierin ein Vorzug der Schatzungen liegt, hat man dagegen bei der Anlegung derselben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die theils aus der verwickelten und veränderlichen Beschaffenheit der Einkünfte, theils aus der Abneigung der Steuerpflichtigen entspringen, ihren Besitz und Erwerb kund werden zu lassen. Da auf die Redlichkeit und Vaterlandsliebe hierbei im Allgemeinen nicht genug zu bauen ist (a), so muß man sich überall nach äußeren, offenkundigen Kennzeichen umsehen, auf die Quelle jeder Einnahme zurückgehen und das Einkommen jeder Person in seine Bestandtheile auflösen, wenn es wirklich zusammengesetzt ist. Zugleich ist auf die Wahl der Personen, denen die Ausführung der Schatzungen anvertraut wird, große Sorg-

falt zu wenden, damit alle Ansätze von redlichen und wohlunterrichteten Männern aufgestellt und geprüft werden, wozu auch der Besteuerte mit seinen Einwendungen gehört werden muß (b).

(a) Der Einzelne besorgt oft, daß, wenn er auch die strengste Wahrheit sagen wollte, Andere es ihm nicht nachthun und daß er also durch seine Gewissenhaftigkeit überbürdet werde, er hält es daher für eine Art erlaubter stillschweigender Uebereinkunft, daß Alle ungefähr gleich viel von der Wahrheit abweichen. Freilich ist dieß nur ein Milderungs-, kein Entschuldigungsgrund. Der Eigennuß soll vor dem Pflichtgefühl des Bürgers und der Ueberzeugung, daß die Steuern gut verwendet werden, zurückweichen.

(b) Das bad. Ges. v. 8. Juli 1848 enthält nicht bloß neue Bestimmungen über den in jeder Gemeinde bestehenden Schatzungsrath, der aus den verschiedenen Ständen von der Gemeindebehörde gewählt wird und mit dem Katasterbeamten zusammen wirkt, sondern auch die Anordnung eines Steuerschwurgerichtes für jeden Bezirk von 30—60000 Einw. zur Entscheidung streitiger Steuerfragen. Diese Einrichtung ist nicht zur Ausführung gekommen.

§. 298.

Die genaue Erforschung der reinen Einkünfte, die alle einzelnen Bürger in jedem Zeitabschnitt (Jahr) wirklich beziehen, würde für diese überaus lästig, für die Regierung mühsam und kostbar sein und dennoch nicht gelingen, weil das Einkommen der Steuerpflichtigen von vielen Umständen abhängt, die unmöglich ganz zur Kenntniß der Regierung kommen können. Man muß sich folglich mit einer solchen Annäherung an die Wahrheit begnügen, bei welcher die Abweichungen theils sich mit der Zeit ausgleichen, theils wenigstens nur eine unbedeutende Wirkung auf die Steuersumme selbst äußern, wozu die Festsetzung eines niedrigen Steuerfußes beiträgt (a). Aus diesem Grunde können bei dem Anschlage des steuerbaren reinen Ertrages

1) solche Verschiedenheiten nicht beachtet werden, welche in den Persönlichkeiten liegen (subjective), und zwar

a) in dem vorzüglichen Fleiße und Eifer, oder der Trägheit und Unwissenheit einzelner Steuerpflichtigen in Bezug auf den Erwerb, bei dem man vielmehr auf die Voraufsetzung des üblichen regelmäßigen Verfahrens bauen muß. Nur da, wo man sich an keine äußere Quelle des Einkommens halten kann, wie bei dem Ar-

beitsverdienste und manchen Gewerbsunternehmungen, kann auch die Handlungsweise des Besteuereten als Ursache einer gewissen Einnahme nicht außer Betracht bleiben;

b) in dem ungleichen Unterhaltsbedarfe der einzelnen Familien, an dessen Stelle eine mittlere Größe für jede Classe von Bürgern und jede Stufe des rohen Einkommens aufzusuchen ist;

2) auch der von äußeren Umständen herrührende Wechsel im Betrage der Einkünfte von Jahr zu Jahr kann nicht genau verfolgt werden, vielmehr muß man einen Durchschnitt derselben annehmen und von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen.

Auf diese Weise tritt an die Stelle der unerforschlichen wirklichen Einnahme ein mittlerer Betrag derselben, der zugleich den Durchschnitt der gleichzeitigen und unter gleichen äußeren Umständen erfolgenden Einkünfte vieler Steuerpflichtigen bildet (b).

(a) Sind z. B. die Abweichungen von der wirklichen Reineinnahme 10 pCt. und beträgt der Steuerfuß $\frac{1}{8}$ derselben, so ist die Steuer höchstens um $1\frac{1}{4}$ pCt. der Einnahme zu groß oder zu klein, was wenig in Betracht kommt.

(b) So wird z. B. für mehrere Wohnhäuser von gleicher Beschaffenheit und Lage gleiche Rente angesetzt, wenn auch zufällig das eine etwas höher als das andere vermietet worden ist. — Murhard nennt diesen mittleren oder „idealen“ Betrag des reinen Einkommens Rente und gründet hierauf den Unterschied der Renten- und Einkommenssteuer, a. a. O. S. 199. 267. — Die Schwierigkeiten einer vollständigen und genauen Besteuerung aller reinen Einkünfte haben mehrere Schriftsteller zu dem Rathe bewogen, das Streben nach Erreichung dieses Zweckes ganz aufzugeben. J. G. Hoffmann (Die Lehre von den Steuern, S. 37 ff.) legt vorzügliches Gewicht auf den Umstand, daß die Empfänger eines gewissen Einkommens in Folge von vielerlei persönlichen Verhältnissen sehr oft nicht einen gleichen Theil desselben mit gleicher Leichtigkeit angeben können. „Wer Steuern nach dem Einkommen vertheilt, der unternimmt zu bestimmen, welcher Theil des Einkommens eines Jeden nützlicher durch öffentliche Behörden als durch ihn selbst verwendet werde... Bei den Lebensverhältnissen, welche sich unter gesitteten Völkern in der Reihe von Jahrhunderten ausgebildet haben, beruhen alle Versuche zur Begründung eines solchen Urtheils auf einer wohlgemeinten Selbsttäuschung“, S. 40. — Aber man kann nicht auf die Schätzungen gänzlich verzichten und der bei ihnen mögliche Fehler ist doch desto kleiner, je sorgfältiger man in der Anlegung zu Werke geht.

§. 299.

Bei den Schätzungen wird für jeden Steuerpflichtigen und für jede Art von Einkünften desselben eine gewisse Jahresschuldigkeit der Steuer festgesetzt. Dazu ist erforderlich

1) die Anlegung (Regulirung) der Steuer, d. h. die Verfertigung der Steuerbücher, Steuerbeschreibungen oder Kataster (a). Hierunter versteht man die Verzeichnisse aller, eine Steuerschuldigkeit begründenden Gegenstände (Vermögenstheile, Gewerbe, Arbeitszweige etc.), mit Angabe solcher näherer Bezeichnungen und Zahlen, daß daraus das Verhältniß der Beitragspflicht der Einzelnen zu erkennen ist (b). Wieviel Jeder in einem gewissen Jahre wirklich zu bezahlen habe, dies hängt zugleich von dem jedesmaligen Steuerfuße ab, welcher veränderlich ist. Der Steueranschlag (allivrement), d. i. die Verhältnißzahl, welche für jeden steuerbaren Gegenstand neben der Beschreibung der Hauptmerkmale desselben im Kataster steht, muß wenigstens zu dem wahren steuerbaren Einkommen oder dem aus diesem sich ergebenden Mittelpreise (Verkehrswerth) der Steuerquelle durchgängig in gleichem Verhältnisse stehen, wenn er nicht mit einer jener Größen zusammenfällt (c). Er kann auf mehrfache Weise ausgedrückt werden; er ist nämlich entweder

- a) ein Anschlag des ausgemittelten steuerbaren (reinen) Einkommens, oder
- b) das sogenannte Steuercapital, ein Anschlag des mittleren muthmaßlichen Preises oder Verkehrswerthes einer Einnahmequelle. Bei manchen Steuergegenständen, namentlich einem Arbeitsertrage, kommt der Preis nicht wirklich vor und kann nur in Gedanken (durch eine Fiction) angeschlagen werden; oder
- c) ein gewisser Theil des ermittelten Einkommens oder Preises; Steuersimplum (Anschlagstheil, Steuereinheit). Die Ansetzung solcher Simpla geschieht, um die jährlich zu erhebenden Summen mit größerer Leichtigkeit finden zu können (d).

2) Die Entwerfung der jährlichen Erhebungs-Listen

1. A b s a t z.

Grundsteuer.**A. Allgemeine Grundsätze.****§. 301.**

Die Grundsteuer (a) ist bestimmt, einen Theil der Grundrente, d. i. des reinen Ertrages, welchen das Grundeigenthum gewährt (I, 207), für die Staatscasse in Anspruch zu nehmen (b). Die Grundrente kann aus sehr verschiedenen Benutzungsarten einer gewissen Bodenfläche herrühren, indem eine solche bald zum Bergbau, bald zum Landbau, zu einem Gewerks- oder Dienstgeschäft, zum Ueberbauen u. angewendet wird und in allen diesen Fällen dem Eigenthümer einen Reinertrag zu gewähren vermag. In den meisten Staaten ist die Grundrente der größte Bestandtheil des reinen Volkseinkommens, und die Grundsteuer nimmt daher unter den Schenkungen in Hinsicht auf Ergiebigkeit und Sicherheit die erste Stelle ein (c). Ihr hohes Alter erklärt sich leicht aus der am Tage liegenden Steuerfähigkeit der Grundeigner, welche in einer Zeit, wo der Reichthum fast bloß in Ländereien bestand, noch mehr hervortrat, als seit der Vermehrung des beweglichen Vermögens. Auch giebt es keine andere Steuer, deren Anlegung so vieles Nachdenken und so große Vorarbeiten veranlaßt hätte, als diese.

(a) A. Smith, III, 215. — Craig, Grundzüge der Politik, III, 24 bis 66. — Ricardo, Principles, I, Cap. 9—12. — v. Jakob, I, 487. II, 863. — Eoß, III, 233. — v. Kremer, I, 121. — v. Malchus, Finanzwiss. I, 186. — Murhard, S. 263. — Hoffmann, Von den Steuern, S. 94. — v. Prittwitz, Theorie der St. und Zölle, S. 132. — Benzenberg, Ueber das Kataster, Bonn 1818. II. Bde. Zweite Ausg. 1824. — Späth, Ueber die Grundsteuer nach dem reinen und rohen Ertrage, München, 1818. — (Herzog), Staatswirthschaftliche Blätter, III. Heft. 1821. — Grävell, Die Grundsteuer und deren Kataster. Leipzig, 1821. — Gebhard, Das Grundsteuerkataster. Münch. 1824. — v. Groß, Die Reinertragschätzung des Grundbesitzes nebst Vorschriften zu einer, auf Ver-

messung, Bonitirung und Katastrirung gegründeten Steuerregulirung. Neust. a. d. N. 1828. — Selß, Grundsätze zur Aufnahme und Erhaltung von Grundkataster in den deutschen Staaten. Wesel u. Leipz. 1840. — Klemm, Staatswirthschaftliche Blätter, Stuttg. 1842. Heft II—IV.

- (b) Daher schlägt Jakob den Namen Grundrentensteuer vor.
 (c) Die Grundsteuer macht in vielen Staaten ungefähr $\frac{1}{8}$ bis an $\frac{1}{4}$ der reinen Staatseinnahme aus. Sie beträgt z. B. in den 10 Provinzen von Oesterreich (ohne Ungarn, Oberitalien etc.) 1, ³ fl. in Baden 1 fl., in Württemberg 0, ⁸¹ fl. auf den Kopf der Einwohner.

§. 302.

Die Grundrente, als ein Einkommen, von welchem die Kosten der Bodenbenutzung schon abgezogen sind (a), kann ohne Nachtheil eine mäßige Steuer ertragen und dürfte nicht unbesteuert bleiben (b). Die Grundsteuer bleibt auf den Grundeigenthümern liegen (c), denn diese sind nicht im Stande, jene auf eine andere Classe von Bürgern zu wälzen. Dieß läßt sich so nachweisen:

1) Die Steuer kann nicht durch Vertheuerung der Boden-erzeugnisse den Käufern derselben aufgebürdet werden, weil hiezu eine Verminderung der Production erforderlich wäre, zu der die Mehrheit der Grundeigner sich nicht entschließen würde, wenn auch Einzelne geneigt wären, den Anbau des Landes einzuschränken. Eine solche Grundsteuer, welche die Rente ganz aufzehrte oder sie sogar noch überstiege, würde allerdings den Landbau entmuthigen und das Angebot verringern, namentlich wenn man die undankbaresten Grundstücke nicht mehr ohne Schaden bauen könnte (d). Aber von einer solchen fehlerhaften Anlegung abgesehen, ermuntert die Grundsteuer eher zur Vervollkommenung, als zur Vernachlässigung des Anbaues, weil diese den Eigenthümer von der Steuerpflicht nicht befreien würde, so wie es demselben auch in Bezug auf die Steuer nichts helfen kann, wenn er eine andere Benützungsort der Grundstücke vornimmt.

2) Eben so wenig kann die Steuer auf die Pächter gewälzt werden, denn wenn die Eigenthümer, um jene zu höheren Pachtzinsen zu nöthigen, ihre Ländereien häufiger selbst bewirthschaften wollten, so würden sie ebenfalls von der Auflage getroffen werden.



Fall zu Grunde gelegt werden, in welchem der Eigenthümer die Benutzung einem Andern überläßt und nur die Grundrente bezieht. Uebernimmt er die Bewirthschaftung selbst, so muß die Grundrente erst aus dem gesammten Reinertrage der Erdarbeit herausgefunden werden, und selbst bei Pachtungen ist sie nicht immer ganz abgesondert anzutreffen. Es kann nämlich mit ihr verbunden sein

1) der Zins des angewendeten Capitals;

a) Bei ganzen Landgütern wird zugleich das stehende Capital an Gebäuden und Geräthschaften mit vermiethet, bisweilen auch der Viehstand, und der Pachtzins enthält dann die Zinsrente dieser Gegenstände (I, S. 209) nebst einer Vergütung für die Abnutzung oder die Ausbesserungskosten *ıc.* Wäldungen, viele Weiden und einzelne Garten- und Feldstücke sind jedoch von einer solchen Vermischung verschiedener Einkünfte frei, auch geben solche vereinzelte Grundstücke einen Anhaltspunct, um da, wo die Bodenbeschaffenheit, Lage *ıc.* dieselbe ist, die bloße Grundrente aus zusammengesetzten Pachtungen auszuscheiden.

b) Die Betriebsauslagen müssen von dem Pächter bestritten werden, weshalb die Zinsen des auf sie verwendeten umlaufenden Capitals dem Grundeigner nur dann zu fallen, wenn er zugleich Landwirth ist.

2) der Gewerbsverdienst des letzteren, worin nach Abzug des Unterhaltsbedarfs ebenfalls oft ein reines Einkommen enthalten ist. Der Pachtzins begreift diesen Gewerbsverdienst nicht in sich, man kann daher, wenn man jenen mit dem ganzen Reinertrage vergleicht, abnehmen, welcher Theil des letzteren als Belohnung für die Gewerbsthätigkeit des Eigenthümers anzusehen ist.

§. 304.

Bei der Grundsteuer zeigt sich sogleich die oben (§. 298) erklärte Unmöglichkeit einer ganz gleichmäßigen Belegung des reinen Einkommens sehr deutlich. Ein und dasselbe Grundstück







- (b) Hiernach hat man in den meisten Staaten seit der Wohlfeilheit der 1820er Jahre gehandelt, indem die Kataster aus der theureren Zeit herstammten. Es kann nirgends an der Kenntniß derjenigen statistischen Thatsachen fehlen, nach denen diese Berichtigung vorzunehmen ist.

§. 307.

Der Vorschlag, die Grundsteuer im Kataster in Bodenerzeugnissen (in natura) anzusetzen und nach den Preisen jedes Jahres die Steuerschuldigkeit in Geld zu bestimmen (a), bezweckt zwar eine Erleichterung der landbauenden Classe, hat aber Folgendes gegen sich:

1) Die rohe und reine Einnahme der Landwirthschaft ist aus der in §. 306 angegebenen Ursache keinesweges so verschieden, als der Preis der Bodenerzeugnisse. Es wäre fehlerhaft, die jährliche Steuerzahlung nur nach diesem Verkaufspreise abzumessen, ohne dabei auch die erzeugte Menge in Betracht zu ziehen, deren Berücksichtigung aber zu umständlich sein würde (b).

2) Man hätte vielerlei Feld- und Gartengewächse zu beachten. In der einen Gegend kann der hohe Preis eines Handelsgewächses für die Wohlfeilheit des Getreides entschädigen u.

3) Da schon ein Theil der Steuern, namentlich die Aufwandssteuern, unständig ist, so wäre es für die Ordnung im Staatshaushalte überaus störend, wenn nun auch die beträchtlichste unter den Schatzungen jährlich einen veränderlichen Ertrag hätte. Wollte man dagegen den Gesamtbetrag der Grundsteuer gleich bleiben lassen und nur nach den jedesmaligen Preisen der Erzeugnisse die Abgabe der verschiedenen Arten von Ländereien neu bestimmen, so würde jede Erleichterung eine Beschwerde auf einer anderen Seite hervorbringen, z. B. ein sehr wohlfeiles Getreidejahr würde den Steuerantheil der Weinberg- und Waldbesitzer, ein sehr gelinder Winter den der Ackerbesitzer erhöhen (c).

(a) Eoß, Handb. d. Staatsw. III, 257 (219 der 1. A.). — Schön, Grundsätze, S. 194. — S. dagegen die Rec. des ersten Werkes in den Heidelb. Jahrb. 1823. Nr. 64 (v. Rau).

(b) Bei welchem Preise der landwirthschaftlichen Erzeugnisse die Grundrente am größten sei, dieß ist im Allgemeinen gar nicht anzugeben, weil kein festes Verhältniß zwischen den Preisen und Quantitäten stattfindet, I, S. 160 (e). Soviel ist jedoch außer Zweifel, daß, wenn der Scheffel von 1 auf 2 fl. steigt, darum die Rente nicht auch die



Man mußte daher bei den Gefällablösungen einen der ländlichen Grundsteuer entsprechenden Theil ausscheiden und als Steuer stehen lassen. Um die Besitzer hiezu geneigter zu machen, wurde ihnen die Ablösung des Restes mit dem 20fachen statt des 25fachen gestattet, B. v. 23 Juni 1836, zurückgenommen 1. Dec. 1843. Schimmelfennig, die preussische dir. St. I, 42.

- (c) Ueber die Ausmittlung der Reallasten s. Würtemb. Instr. vom 10. Februar 1820 in Meyser's Sammlung (Moser's Sammlung der würt. Fin. Gesetze, II.) XVII, 2. S. 1104.

§. 309.

Um dieser Forderung der Gerechtigkeit zu genügen, hat man in den meisten deutschen Staaten bei der Katastrirung jedes Grundstücks auch die Grundlasten sorgfältig berechnet, ihren mittleren Betrag in Geld angesetzt und von dem Reinertrage des als lastenfrei angenommenen Grundstücks abgezogen. Der Ueberrest bildet den steuerbaren Ertrag des Eigenthümers; zugleich wird aber von dem Berechtigten eine besondere Gefällsteuer erhoben (a). Dieß Verfahren gewährt den belasteten Eigenthümern volle Sicherheit und Bequemlichkeit, nur wird dadurch die Katastrirung viel umständlicher und kostbarer.

Man könnte jedoch auch die Grundlasten ganz aus dem Kataster weglassen und sich damit begnügen, den Grundeigenthümer zu einem verhältnißmäßigen Abzuge an den zu entrichtenden Grundgefällen zu ermächtigen. Dieß bewirkt für das Katastrirungsgeschäft, so wie für die jährliche Erhebung eine sehr erhebliche Erleichterung (b).

- (a) B. B. bad. Grundsteuer-Ordnung v. 1810, §. 4: Zehnten, Beeten, Zinsen, Gülten, Erbpächte, Theilgaben, Holz- und Weideberechtigungen sollen abgezogen werden; Verordn. v. 6. Sept. 1813: auch Frohn, die auf einem Grundstücke haften (dagegen ist nach B. v. 4. März 1811 der Abzug des Handlohns und Sterbfalls nicht gestattet, weil sie nicht jährlich eintreten; ein unbefriedigender Grund). — Ebenso würtemb. Ges. v. 15. Juli 1821. §. 21. 22. — Im Großh. Hessen beruht auf diesem Abzuge der Unterschied des sogenannten Rauh- und Pur-Steuer capitales. — Bair. Grundst.-Ges. v. 1828, §. 4.

- (b) Ausführliche Schilderung dieser Schwierigkeiten, wie sie sich in der Erfahrung darstellen, bei v. Groß, a. a. O., S. 52 — 61. „Es giebt Länder, wo man nach Aufopferung von mehreren 100,000 fl. zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß es besser sei, die auf den Grundstücken ruhenden Reallasten als gar nicht vorhanden zu betrachten und dem Empfänger und Geber zu überlassen, sich mit einander auszugleichen.“ — In ähnlichem Sinne Benzenberg, II, 283. — Preuß. Grundsteuerges. für die westl. Provinzen v. 21. Jan. 1839, §. 24: Privatrechtliche Lasten werden im Kataster nicht be-
Rau, polit. Dekon. 3te Ausg. III. 2. Abth.

rücksichtigt. §. 41: In wieferne der Eigenthümer von einem Berechtigten Entschädigung verlangen kann, bestimmen die bestehenden Gesetze.

§. 310.

Dieses zweite einfachere Verfahren ist indeß mit verschiedenen Nachtheilen verbunden.

a) Bei verwickelten bürgerlichen Verhältnissen kommt es oft vor, daß die Berechtigten und Pflichtigen sich über die Art und Größe des Abzuges, z. B. bei einer untheilbaren Leistung, die in Geld angeschlagen werden muß, nicht vereinigen, und für diesen Fall müßte man wenigstens eine leichte, unkostspielige Schlichtung solcher Streitigkeiten, etwa durch ein Schiedsgericht, anordnen und für dasselbe eine Instruction geben (a).

b) Der Gefällberechtigte wird hiebei mittelbar (indirect) besteuert. Während der Staat die Erhebungskosten der Gefällsteuer erspart, entsteht für den Grundeigenthümer die Beschwerde, daß er diese Steuer vorschießen muß, und hierin liegt bei den, nur von Zeit zu Zeit eintretenden Handlöhnen, Fallgebühren u. ein empfindlicher Nachtheil.

c) Bei manchen Gefällen, vorzüglich bei Zehnten, hat der Berechtigte verschiedene Einsammlungs-, Transportkosten, Verluste u. dgl. zu tragen, die Entrichtung des Pflichtigen bildet den Rohertrag des Gefälles und nur der nach Bestreitung jener Kosten übrigbleibende Theil ist steuerbares Einkommen. Der Berechtigte würde also zu hoch besteuert, wenn ihm gerade soviel abgezogen würde, als die dem Pflichtigen gebührende Steuererleichterung ausmacht. Ohne Katastrirung der Gefälle läßt sich diese Ermäßigung nicht genau vornehmen.

Es ergibt sich hieraus, daß die beschriebene Abkürzung des Katastergeschäftes nur da zu empfehlen ist, wo wenige Grundlasten bestehen und wo diese schon in eine einfache Form umgewandelt sind.

a) Soll der belastete Eigenthümer jährlich den vollständigen Ersatz der vorgeschossenen Steuer durch den Abzug an der Last erlangen, so muß es bekannt sein, den wievielften Theil der ganzen Rente des Grundstückes die Last ausmacht. Es ist ein Gelbanschlag der letzteren erforderlich und wenn mehrere Gefällberechtigte vorhanden sind, so muß man für den Anspruch eines Jeden einen Gelbsatz haben. — Fehlt



Steuer wird gerade durch jene Summe ausgedrückt, um welche sich der Preis der Ländereien erniedrigt. Wer nicht verkauft, sieht wenigstens seinen Vermögensanschlag und seinen Credit verringert. Jede Steuererhöhung bringt eine ähnliche Wirkung hervor, eine ältere Steuer aber entzieht den jetzigen Grundeigenthümern nur einen Theil des Reinertrags, auf den sie gar keinen Anspruch machen können, weil sie ihn nicht bezahlt haben.

§. 312.

Diese Wirkung ist nicht der Grundsteuer allein eigen, sondern kommt bei jeder Schätzung vor, die auf einen verkäuflichen Gegenstand von veränderlichem Preise gelegt wird, z. B. bei der Steuer auf Häuser, reale Gewerbs- und andere Berechtigungen, Staatsschuldbriefe u. dergl. Jede Classe von Steuerpflichtigen, die eine Schätzung tragen muß, leidet eine Schmälerung ihres Einkommens und wird in dem Falle überbürdet, wenn andere Classen nicht ebenfalls verhältnißmäßig besteuert sind, nur drückt sich diese Belastung nicht überall in einem kleineren Preisanschlage des Vermögens aus (a). Doch dürfte man nicht schließen, daß eine solche ältere Grundsteuer, welche die einzige Schätzung wäre, von den Besteuerten gar nicht als Beschwerde empfunden würde. Denn 1) äußert sich der Einfluß einer solchen Grundsteuer auf den Preis der Liegenschaften keineswegs in allen Fällen. Ein Theil der Ländereien befindet sich in fester Hand bei Körperschaften, ein anderer vererbt sich ohne Preisanschlag an Nachfolger in Fideicommissen, an einzige oder bevorzugte Kinder und Testamentserben, und bei Erbtheilungen unter Geschwistern pflegt ein niedriger Anschlag zu Grunde gelegt zu werden. In allen diesen Fällen wird kein von der Steuer erniedrigter Preis bezahlt, ein solcher zeigt sich nur etwa bei einem Vermögensüberschlage, z. B. für eine Verpfändung. 2) Der Preis der Grundstücke ist bei einerlei Höhe der Grundrente sehr wechselnd, wie es die Veränderung im Begehr und Angebot sowie im Zinsfuße (I, §. 119.) mit sich bringen, zudem ist die Rente selbst je nach den Preisen der Rohstoffe, der Benutzungsart des Bodens etc. ungleich und schon hieraus folgt die Nothwendigkeit







(c) v. Patow, a. a. O. zeigt, daß die preußische Grundsteuer viele Veränderungen erlitten hat und daß die neueren Gesetze wiederholt eine neue Anlegung derselben in Aussicht gestellt haben.

§. 315.

Veränderungen in der Grundsteuer (a) ohne gleichzeitige und gleichmäßige Änderungen in den übrigen Schätzungen gehen aus dem Bestreben hervor, die gegenwärtige Grundrente durchgängig in gleichem Verhältniß und in Uebereinstimmung mit der Belastung der anderen Zweige des reinen Einkommens zu besteuern und Mißverhältnisse zu beseitigen, die in dieser Hinsicht wahrgenommen werden. Findet man die Grundsteuer im Allgemeinen zu hoch oder zu niedrig, so läßt sich leicht durch Abänderung des Steuerfußes helfen. Der Beweggrund hiezu kann liegen 1) in der Zunahme der Grundrente wegen der Fortschritte des Anbaus, der Bevölkerung und des Wohlstandes, — oder dagegen in dem Sinken dieser Rente, welches wenigstens bisweilen vorübergehend von gestörtem Absatze und gesunkenem Preise der Bodenerzeugnisse verursacht wird. Wer Ländereien besaß, während ihre Rente anwuchs, der ist fähig und verpflichtet, eine Steuererhöhung zu ertragen, und wer seine Rente abnehmen sah, hat Anspruch auf Erleichterung. Von solchen Erwerbern, welche die Grundstücke um einen geminderteren Anschlag an sich brachten, gilt Gleiches, §. 312 Nr. 1. Nur diejenigen Erwerber kommen in Nachtheil, welche erst kürzlich nach der erfolgten Zunahme der Rente gekauft und einen derselben entsprechenden Preis bezahlt haben, ohne dabei auf die Vermuthung einer baldigen Erhöhung der Grundsteuer Rücksicht zu nehmen. Die Zahl solcher Käufer ist aber verhältnißmäßig klein und der letztgenannte Umstand nicht erweislich, weshalb sich eine Ausnahme zu ihren Gunsten nicht ausführen ließe; 2) in der gewonnenen Ueberzeugung, daß die bisherige Grundsteuer in Vergleich mit der Besteuerung anderer Zweige des reinen Einkommens zu hoch oder zu niedrig gewesen sei. Der letztgenannte Fall kommt nicht leicht vor, öfter aber der erstere. Hätte die Ueberbürdung lange gedauert, so würden allerdings viele Grundstücke um niedrigere Preise an die jetzigen



solche Vermessung vor, *Kanke, Histor. polit. Zeitschrift*, II, 444. In Württemberg und Weimar geschah es in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in Piemont fing man 1698 an. — *Hessen-Darmstadt*, s. S. 316 (h). In Magdeburg wurde 1720 eine solche beabsichtigt (*Klewitz*, II, 61.), in Westpreußen fand man bei der Steueranlegung nach der Instruction v. 1772 in mehreren Landestheilen Vermessungen vor, *Schimmelfennig*, I, 163.

§. 318.

Soll eine Vermessung lediglich zur Steueranlegung dienen, so genügt es, jede Gemeindeflur abgesondert für sich aufzunehmen und in eine Charte zu bringen. Dieß Verfahren ist aber nicht zureichend, um eine genaue Landescharte zu geben, weil bei dem Aneinanderfügen der einzelnen Flurcharten in kleinerem Maassstabe viele Fehler unvermeidlich sind. Will man daher zugleich auch die anderen erwähnten Zwecke erreichen, so muß der Aufnahme der Fluren die Dreiecksmessung (Triangulirung) vorausgehen. Es wird nämlich durch höchst sorgfältige Messung einer großen Standlinie, Aufnahme der Winkel und trigonometrische Berechnung die Lage einer Menge von Punkten bestimmt und so ein großes Netz von Dreiecken entworfen, welches der Vermessung einzelner Stücke zur festen Stütze dient und die Grundlage der Charte bildet. Diese Triangulirung wird soweit fortgesetzt, bis für jede Flur eine hinreichende Anzahl von Punkten bestimmt ist. Der Mehraufwand, den diese Arbeit verursacht, wird durch die vielfachen daraus zu erwartenden Vortheile leicht vergütet und es ist zu rathen, daß die Staatsbehörden statt verschiedener Messungen für verschiedene Zwecke, z. B. finanzielle und militärische, sich zur Veranstaltung einer vollkommenen Landesvermessung vereinigen (a).

(a) In den deutschen Staaten, z. B. Baiern, Oesterreich, Württemberg, Großherz. Hessen, Hannover, Rheinpreußen, Oldenburg, ist man von der Triangulirung ausgegangen, in der Lombardei und in Frankreich nicht. In diesem Lande wurde erst 1817 beschlossen, die Katastermessung zur Verfertigung einer neuen Charte statt der Cassini'schen zu benutzen. In Sachsen ging die Vermessung durch das Ingenieur-Corps voraus, und die Katastermessung lehnte sich an die noch kenntlichen trigonometrischen Punkte an, „wiewohl zur Ersparung der Zeit und der Kosten keine eigentliche Chartirung beabsichtigt wird.“ — Bei dem Mangel der allgemeinen Triangulirung muß man in jeder Flur eine besondere Standlinie messen und Dreieckspunkte bestimmen, was ebenfalls umständlich ist und die Gefahr zu fehlen vervielfacht; vgl. *Gebhard, Das Grundsteuerkat.*,

S. 77. — v. Groß, Reinertragschätzung, S. 23. — Dagegen Loh, Handb. III, 267. — In mehreren Staaten sind für militärische Zwecke unter der Leitung des Generalstabes Messungen veranstaltet worden, die der Civilverwaltung fremd blieben, z. B. in Baiern und Baden. In letzterem Lande leitete das militärisch-topographische Bureau eine auf ein Dreiecksnetz gestützte Vermessung, anfänglich im Maassstabe $\frac{1}{10,000}$, seit 1835 im $\frac{1}{25,000}$. Die (vortrefflichen) gedruckten Charten sind im $\frac{1}{50,000}$. Beide Maassstäbe sind für andere Verwaltungszwecke zu klein. Diese Unternehmung kostete 1819—40 289,000 fl., womit die Triangulirung beendet und die Aufnahme von 153 □ M. bewirkt wurde. S. Verh. der 2. K. 1841. Beil. IV, 94. 1842. Beil. V, 120 (von Vogelmann). 1848 war eine neue Vermessung zur Katastrirung beabsichtigt, welche jedoch noch nicht zur Ausführung kam. Ges. Entwurf v. 31. Dec. 1847. Commiss. Bericht d. 1. K. (v. Marschall) v. 13. März 1848.

§. 319.

Uebersicht der Geschäfte bei einer Landesvermessung (a):

I. Vorarbeiten. 1) Entwerfung von Instructionen für das Personal, mit den nöthigen Formularen, Charten-Mustern u. dgl. (b). 2) Anstellung des in zwei oder drei Abstufungen eingetheilten Messungspersonals (c), für dessen Unterweisung man erforderlichen Falles Sorge tragen muß. 3) Anschaffung der Instrumente.

II. Triangulirung im Großen, wodurch ein Netz von Dreiecken erster und zweiter oder auch noch dritter Ordnung entworfen wird (d).

III. Messung der einzelnen Gemeinde-Fluren, worüber für den gegenwärtigen Zweck nur Folgendes zu bemerken ist: 1) Den Anfang macht die Bestimmung der Lage vieler einzelner Punkte (Dreiecke vierter Ordnung, Detailnetz) (e). 2) Die Gränzen der Flur und der einzelnen Stücke werden mit Zuziehung der Ortsbeamten besichtigt und berichtigt (f). 3) Die Messung der größeren Flurtheile (Feldlagen, Gewanne) oder der Culturarten ohne Aufnahme aller einzelnen Stücke (Stück-, Parcellarmessung) ist ungenügend, weil man die Größe der einzelnen steuerbaren Grundstücke nicht genau, sondern nur nach einer Muthmaßung erhält und also erhebliche Unrichtigkeiten vorkommen, weshalb die Stückmessung ungeachtet ihrer Umständlichkeit den Vorzug verdient (g). 4) Da die Messung abhängiger Grundstücke nicht die wahre

Größe, sondern nur die horizontale Grundfläche (Projection) darstellt, so muß, um die Schätzung zu erleichtern, die Neigung und Richtung der Abhänge erforscht und angemerkt werden (*h*). 5) Der Feldmesser hat zugleich beschreibende Verzeichnisse der Grundstücke zu verfassen, die als Grundlagen des Katasters dienen, — Meßregister (*tableau indicatif des propriétaires et des propriétés*). 6) Die Vermessungen werden sorgfältig geprüft (*i*).

IV. Zeichnung der Charten und Berechnung des Flächeninhaltes jedes Stückes (*k*). Der Maasstab der Charten muß so gewählt werden, daß er, je nach dem vorhandenen Grade von Zerstückelung des Grundeigenthums, eine für praktischen Gebrauch genügende Genauigkeit gewährt (*l*).

(*a*) v. Malchus, Finanzw. II, 204. — Gebhart, a. a. D., S. 79 bis 119. — v. Groß, a. a. D., S. 95. 192. — Selß, a. a. D. — Klemm, die Landesvermessung, 1842.

(*b*) Beispiele: Frankreich. Hauptinstruction v. 5. Nov. 1805. Zusammenstellung aller Vorschriften im *Recueil méthodique etc.* Tit. IV. — Baier. Instruction für die allg. Landesvermessung vom 12. Apr. 1808, neue F. vom 19. Jan. 1830. Reg.-Bl. Nr. 6. — K. Oesterr. Instr. v. 28. März 1818, neue U. 28. Febr. 1824, s. Linden, I, 273. — Instruct. über das Verfahren bei der Vermessung des Grundeigenthums in den Rhein.-Westfäl. Provinzen der Preuß. Monarchie, 12. März 1822, mit 1 Heft Formulare. — Großh. hess. Instr. v. 30. Juni 1824 und mehrere spätere Vorschriften. — Würtemb. Instructionen v. 20. Aug. 1825 u. 28. Juli 1830 für das Bureau der Primärkataster, v. 8. Oct. 1831 für die Ausführung der Landesvermessung, bei Moser, Würt. Fin. Ges. II, 2. S. 1670 u. 1802. — Sächsl. Instruction für das Vermessungspersonal, 11. März 1835. Sächsl. Dienst- und Geschäftsanweisung für das Vermessungspersonal, 5. Mai 1837. — Oldenb. Instruction für das Verfahren bei der Vermessung des Grundeigenthums in den Kreisen Verda und Cloppenburg, 24. Febr. 1836.

(*c*) Baiern u. Würtemberg: Trigonometrer, Ober-Geometer, Geometer; — 3 Classen von Geometern, jede mit einem bestimmten Maße von Vorkenntnissen u. Befugnissen, nach dem Ergebnis einer Prüfung, Großh. hess. B. v. 14. Juni. 1832.

(*d*) Man nimmt zu den Punkten der Hauptdreiecke Thürme oder stark gebaute Signale. Die Seiten der Dreiecke erster Ordnung können, je nach der Lage der Punkte, mehrere Meilen lang sein, in Rheinpreußen haben sie wenigstens 6000 Ruthen, die der 2ten Ordnung 3 bis 6000, der 3. 1—3000 R. Der Messungsfehler darf bei der 2ten Ord. nicht $\frac{1}{30000}$, bei der 3ten nicht $\frac{1}{20000}$ betragen, Instr. S. 20. 32.

(*e*) Graphische Triangulirung in Oesterreich.

(*f*) Gr. hess. Instr. hiezu von 30. Juni 1824. Ges. v. 23 Octob. 1836. Ueber Eigenthumsgränzen entscheidet in Streitfällen das Gericht, über Gemarkungsgränzen die Verwaltungsbehörde.

§. 321.

A. 1) Anlegung nach den wirklichen Kaufpreisen der Ländereien (a). Diese Preise stehen im Allgemeinen in dem nämlichen Verhältniß zu einander, wie der Reinertrag (I, §. 219), und drücken das Urtheil der landbauenden Classe über den ungefähren Verkehrswerth der Grundstücke aus. Wollte man jedes einzelne Grundstück für sich behandeln und sich lediglich an die wirklichen Preise halten, welche innerhalb eines gewissen Zeitraumes dafür bezahlt worden sind, so würde man sogar die Vermessung ersparen (§. 317), weshalb diese Regulirungsart zugleich den Vorzug der Einfachheit und Wohlfeilheit hat. Die Verkäufe von Liegenschaften werden schon der Beglaubigung wegen bei den Gerichten aufgezeichnet (registriert) und die Steuerbehörde kann sich leicht die Auszüge aus diesen Eintragungen während eines festgesetzten Zeitraums verschaffen (b).

(a) Vgl. Sartorius, Ueber die gleiche Best. S. 73. — v. Malchus I, §. 44. — v. Sensburg, Ideen über einige Probleme im Steuerwesen, S. 9.

(b) In Tirol wurde, nachdem man (Edict v. 6. Aug. 1774) die eigene Einschätzung der Eigenthümer als unbrauchbar erkannt und darauf eine Schätzung durch Sachverständige angeordnet hatte, eine Revision der Katastersätze verordnet (W. v. 16. Mai 1780), der die Durchschnittskaufpreise der Grundstücke von 1760 — 80 zur Unterlage dienten. Die sämtlichen abgeschätzten Anschläge eines Bezirkes wurden nach der Vergleichung der Verkaufspreise mit den Schätzungssummen einer Anzahl von Grundstücken im Ganzen berichtigt. Krehl, Beiträge, S. 157. Kremer, II, 40. Linden, I, 130. — Auch die bairische, durch das Edict v. 13. Mai 1808 angeordnete provisorische Grundsteuer-Regulirung, die aber mit der Einführung des Definitivum wieder aufgehoben wird, ist auf die Kaufpreise gebaut. Dieß Provisorium ist in 1111 □ Meilen von Baiern ausgeführt worden und hat nur 815,000 fl. gekostet, s. Rudhard, Ueber den Zustand des K. Baiern, III, 77. — Rivet in Nau's Archiv II, 1—45 — D'Audiffret, (I, 31) schlägt vor, die Grundsteuer und das enregistrement den nämlichen Beamten zu übergeben und durch vollständige Aufzeichnung aller Käufe, Pachte etc. das steuerbare Vermögen eines Jeden klar zu machen. Jede andere Art, die Grundsteueranschläge zu erhalten, erachtet er für weniger genau.

§. 322.

Indeß hat die Benutzung der Kaufpreise zur Hauptgrundlage des Katasters auch erhebliche Gründe gegen sich.

Wenn gleich bei ganzen Massen von Grundstücken angenommen werden kann, daß die Gesamtheit der Kaufpreise sich

beiläufig ebenso verhalte, wie der ganze Reinertrag, so trifft dieß doch bei einzelnen Stücken keinesweges zu, weil in jedem besonderen Verkaufsfalle eigenthümliche Umstände obwalten, welche den Preis gegen die allgemeine Regel erhöhen oder erniedrigen können. Diese Umstände sind

1) persönliche; hohe Werthschätzung des Käufers, z. B. wegen der Rundung seiner anderen Besitzungen, — Noth oder schlechte Wirthschaft des Verkäufers, — Concurß, — Uebernahme eines Grundstückes durch Verwandte nach einem niedrigen Anschlage;

2) in der Beschaffenheit des Gegenstandes gegründet; namentlich werden die Bestandtheile gebundener Bauerngüter unter übrigens gleichen Umständen in der Regel wohlfeiler verkauft, als wenn sie außerhalb des Verbandes (walzend) wären (a);

3) örtliche; geringe Menge von verkäuflichen Ländereien im Vergleich mit der Volksmenge, z. B. in Gebirgsgegenden (b), oder wo viele Besitzungen in fester Hand sind, wie bei Corporationen, Lehenträgern u., — große Anzahl von Feldarbeitern, die Land zu pachten oder zu kaufen suchen, — Verschiedenheit des Zinsfußes in reichen und armen Gegenden, I, S. 232;

4) zeitliche; häufige Auswanderungen, — Kriegsnoth oder andere große Unglücksfälle, — Veränderungen des Zinsfußes; auch der wechselnde Preis des Geldes gegen die anderen Güter kann einwirken (c). Wählt man zur Benützung der Preise einen kurzen Zeitraum, so fallen in ihn zu wenige Kauffälle, besonders in solchen Gegenden, wo das Grundeigenthum überhaupt wenig wechselt (d). Nimmt man einen langen Zeitraum, so umfaßt derselbe oft eine solche Verschiedenheit hoher und niedriger Frucht- und Landpreise, daß es ungerecht wäre, diese rücksichtslos gelten zu lassen und die zufällig bei höheren Preisen verkauften Grundstücke höher zu besteuern.

(a) Daher wurde in Baiern ein Zuschlag zu dem Steuersaße der gebundenen Güter angeordnet, bei den größten Gütern bis an 40 pSt. Wieder aufgehoben 1814. S. Rivet, a. a. O., S. 23. — In Tirol wurde der Durchschnitt aus den Kaufpreisen der Mustergrundstücke

in jeder Gemeinde etwas ermäßigt, wenn darunter kleine Stüde waren. Bei Käufen unter 100 fl. zog man $\frac{1}{4}$ ab, bei 2000—2500 noch $\frac{1}{10}$, von 3500 fl. an aber nichts mehr, s. Linden, I, 140. — Vergl. §. 307 (b).

- (b) Deshalb ist in Baiern eine besondere Ausgleichung der Steuersätze zwischen ebenen und Gebirgsgegenden angeordnet worden, um letztere nicht zu überbürden, s. Rivet, a. a. D., S. 28.
- (c) In Frankreich hat man die Kaufpreise von 1790 an für unbrauchbar angesehen, was sich wegen der aus dem Revolutionszustande herstammenden Verwirrungen leicht erklären läßt. Deshalb sollen nach der franzöf. Steuergesetzgebung die Preise nur benutzt werden, um das Verhältniß der Culturarten, Acker, Wiese, Weinberge &c. unter einander richtig zu bestimmen, Recueil, Art. 426, 598.
- (d) J. B. in manchen Gegenden des Schwarzwaldes. — Sartorius, a. a. D.

§. 323.

Aus diesen Gründen dürfte man die Kaufpreise der einzelnen Grundstücke den Steuersätzen nicht ohne mannfaltige Berichtigungen zu Grunde legen. Durch diese geht aber einerseits die Einfachheit des Steuersystems verloren, andererseits ist dennoch kein sicherer Erfolg zu erwarten, weil die Abweichungen der Kaufpreise von dem Durchschnittsverhältniß zwischen Rente und Preis auch in einerlei Ort und Zeitpunkt in keiner Hinsicht gleichförmig sind. In Baiern sind nachstehende Berichtigungsmittel angewendet worden:

1) Ausschließung aller derjenigen Kaufpreise, welche wegen eines der genannten individuellen Umstände (§. 322) nicht dem Ertrage zu entsprechen scheinen (exceptionsmäßige Käufe).

2) Ergänzung sowohl der ganz fehlenden, als der unanwendbar scheinenden Kaufpreise vermittelst einer Schätzung (a). Diese ist hier schwieriger, als in anderen Fällen, weil sie nicht für die Gegenwart, sondern für einen verfloffenen Zeitraum vorgenommen werden muß; sie ist auch minder zulässig, weil sie nicht geradezu den muthmaßlichen mittleren Ertrag ausspricht, sondern eine Größe, die unter dem Einflusse verschiedener anderer Umstände steht, und die man nicht sowohl durch Berechnung, als nach Gutdünken festsetzen soll.

3) Das Auffuchen von Durchschnittspreisen der Ländereien mittlerer Güte in jeder Benutzungsart (Mittelwerthe), um hiernach die einzelnen Schätzungen zu verbessern (b). Dieß Ber-

fahren setzt voraus, daß die Schätzungen innerhalb eines jeden Bezirkes unter einander in einem richtigen Verhältnisse stehen, was jedoch nicht sicher anzunehmen ist; auch liegt in der als Anhaltspunct aufgestellten Mittelklasse, die nicht überall mit Bestimmtheit zu erkennen ist, eine Ursache von Ungleichheiten.

- (a) Die Werthangabe durch den Eigenthümer selbst wurde in Baiern als untauglich beseitigt, dagegen aber eine Schätzung durch vereidete Taxatoren und sodann eine Bestimmung des Preises (Currentwerthes) durch das Gutachten des Beamten vorgeschrieben. Man erkannte, daß es unmöglich sei, durch die Taxatoren den wahren Mittelpreis zu erhalten, und suchte späterhin dieselben nur dazu anzuhalten, daß sie alle Stücke in ihrem Bezirke gleichmäßig behandelten.
- (b) Bair. Instruct. v. 29. Nov. 1809. Rivet, S. 15. — Das Verfahren war folgendes: 1) Man suchte in 6—8 Districten eines Amtes die Kaufpreise vieler gleichartiger Aecker und Wiesen von mittlerer Güte, sowohl der freieigenen, als der mit der gewöhnlichen mittleren Belastung verbundenen. Hieraus ergab sich, mit Berücksichtigung der Morgenzahl, der Durchschnittspreis eines Morgens. 2) Die sämtlichen Steuerbezirke eines Amtes wurden nach der Bodengüte (Bonität) classificirt, und für diejenigen, in welchen jene Mittelwerthe nicht selbst gefunden waren, solche durch Schätzung nach der Classification aufgestellt. 3) Die Mittelwerthe wurden nun mit den, bei den früheren Regulierungsarbeiten erhaltenen Ansätzen des mittleren Kaufpreises (Currentwerthes) von Grundstücken der entsprechenden mittleren Beschaffenheit verglichen und hieraus die Regel abgeleitet, ob die bisherigen Sätze in dem ganzen Bezirke erhöht oder erniedrigt werden sollten.

§. 324.

Da die zufälligen Umstände, welche den Preis bald hoch, bald niedrig stellen, sich bei einer größeren Anzahl von Fällen einigermaßen ausgleichen, so ist es besser, sich statt der Preise einzelner Grundstücke vielmehr an ganze Classen derselben zu halten. Hierbei ist aber die Eintheilung der Ländereien in jeder Gemeinde in gewisse Classen nach ihrer Ertragsfähigkeit eben so wichtig, als das Ergebnis der Kaufpreise selbst, weil diese für jede Classe besonders zusammengestellt werden müssen. Zahlensätze für den reinen Ertrag braucht man bei den Classen nicht auszumitteln, weil die Durchschnitte der zu jeder Classe gehörenden Kaufpreise die Stelle derselben einnehmen. Die Güte dieser in Nassau (a) und Baden (b) befolgten Methode hängt hauptsächlich davon ab, daß 1) die Classeneintheilung sorgfältig, mit vollständiger Berücksichtigung aller Bedingungen der Er-

Steuerpflichtigen bekannt gemacht, deren Einwendungen man wieder den Schätzern zur Beantwortung mittheilt. §. 50—61. Baden: Die mittleren Kaufpreise der Classen werden den Taxatoren vorgelegt, deren Schätzung, wenn sie von jenen Durchschnittspreisen abweicht, motivirt werden muß, §. 96. 97. In beiden Ländern findet eine Prüfung der Ansätze in besondern Revisionsversammlungen statt.

- (f) Bad. Ges. §. 6: in solchen Fällen soll der 25fache Reinertrag genommen werden. Dieß ist jedoch nur als letzte Abhülfe gestattet und es ist das dazu nöthige Verfahren nicht angegeben worden; wo möglich soll man sich an die Analogie anderer Gegenden halten, B. v. 8. Febr. und 4. Mai 1811. — Bei Waldungen wird der 15fache nachhaltige Holzertrag nach dem Preise auf dem Stamme genommen, ohne Einrechnung der Nebennutzungen. §. 7. 118.

§. 325.

A. 2) Anlegung nach den Pachtzinsen (a). Diese pflegen dem Reinertrage zwar genauer verhältnißmäßig zu sein, als die Kaufpreise, stehen aber doch auch unter dem Einflusse zufälliger Umstände des Mitwervens. Insbesondere ist bei großen Pachtgütern der Zins jedes Morgens gewöhnlich unter übrigens gleichen Umständen nieder, bei kleinen Stücken aber, um die sich dürftige Landbewohner bewerben, viel höher. Andere Schwierigkeiten sind 1) daß häufig die Pachtverhältnisse verwickelt sind und mancherlei gegenseitige Leistungen vorkommen, die erst mühsam zu Geld angesetzt werden müssen; 2) daß in vielen Gegenden nur eine geringe Zahl von Pachtfällen vorkommt, von denen noch ein Theil wegen zufälliger Ursachen von der mittleren Rente abweicht, ein anderer Theil unrichtig angegeben wird. Hierzu trägt bei, daß man bei der Erforschung der Pachtzinse auf keinen so langen Zeitraum zurückgehen kann, als bei den Kaufpreisen. Es muß deshalb vielfältig an die Stelle des wirklichen ein abgeschätzter Pachtzins treten, welcher nichts anderes ist, als der, nur ohne genauere Berechnung ausgesprochene Reinertrag, §. 328. Aus diesen Gründen ist der Pachtzins nicht geeignet, die Hauptgrundlage eines Katasters zu bilden, aber er gewährt bei der Reinertragschätzung ein sehr brauchbares Hülfsmittel (b).

- (a) Sartorius, a. a. D., S. 78. — v. Malchus, I, 199. — Im venetianischen Gebiete war eine solche Grundsteuer, die in $\frac{1}{10}$ der bei dem Steuerbeamten registrirten Pachtzinse bestand. Der selbstwirthschaftende Eigenthümer zahlte nur 8 pCt. des abgeschätzten

Pachtzinses, A. Smith, III, 218. — Aehnlich sonst in einem Theile der vereinigten Niederlande. Mögel. Annal. II, 166.

- (b) Die französischen Steuergesetze legen im Allgemeinen, mit dem Vorbehalte der nöthigen Berichtigungen, auf die Pachtzinse ziemlich hohen Werth. Recueil des lois etc. Art. S. 7.; f. auch Gaudin, Mém. II, 315.

§. 326.

B. 1) Anlegung nach dem rohen Ertrage, oder wenigstens nach einem ohne vollständigen Kostenabzug gebildeten Ertragsfäße. Der Gedanke, eine Grundsteuer lediglich nach dem rohen Ertrage anzulegen, konnte leicht durch das Beispiel des Zehnten veranlaßt werden (a). Zur Empfehlung dieses Verfahrens gereichte vorzüglich der Umstand, daß der rohe Ertrag weit leichter zu ermitteln ist, als die Culturkosten (b); auch hat man sich noch auf den Grund gestützt, daß der rohe Ertrag oder die aus demselben abgeleitete natürliche Ertragsfähigkeit (c) gerade das anzeige, was die Grundsteuer belegen solle, nämlich die unveränderliche Mitwirkung des Bodens zur Production. Hieran knüpfte sich die Hoffnung, daß man, indem man sich zunächst an den Naturalertrag halte und die wechselnden Geldpreise beseitige, eine auf alle Zeiten hinaus brauchbare Katastrirung zu Stande bringe.

- (a) Hieher gehört auch der Vorschlag eines als einzige Steuer zu erhebenden Zehnten vom Marschall Vauban, f. dessen *Projet d'une dixme royale*, Paris 1707. Es sollte von allen Einkünften, auch aus Gewerken und Handel, ohne einen Abzug, gleichmäßig einerlei Quote, zwischen $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{20}$ erhoben werden. Dieser Plan fand in Deutschland einige Vertheidiger (Gundling, Pescherin, Karl), wurde aber durch von der Lih und v. Justi bekämpft, f. Bergius, Polizei- und Kam.-Mag. IX. 196—210. In Dalmatien besteht noch der Zehnte als Grundsteuer. Er wird in Geld erhoben, nach einer jährlichen Ertragschätzung. Neues Regulativ v. 12 Dec. 1837, Linden, I, 197. — Die von K. Joseph (20 April 1785) angeordnete Grundsteuerregulirung (das Josephinum, f. oben S. 317. (b)) beruht auf der Angabe des rohen Ertrages durch die Eigenthümer, mit nachfolgender amtlicher Prüfung. Indes ward doch im Steuerfuße auf die Verschiedenheit der Bewirthschaftungskosten einige Rücksicht genommen, indem man von je 100 fl. Rohertrag bei Aeckern, Weinbergen, Teichen 10 fl. 37 $\frac{1}{2}$ fr., bei Wiesen und Gärten 17 fl. 55 fr., bei Weiden und Waldungen (nach Abzug des Hauerlohns) 21 fl. 15 fr. als Steuer ansetzte. Im Durchschnitt sollte die Steuer 12 fl. 13 $\frac{1}{2}$ fr. betragen und die gutsherrlichen Lasten sollten nicht mehr als 17 fl. 46 $\frac{2}{3}$ fr. pCt. ausmachen, damit dem Grundeigenthümer 70 pCt. des Rohertrages sicher blieben.

Kremer, II, 43 ff. Linden, I, 59 ff. Diese Katastrirung, als auf einem unrichtigen Grundsätze ruhend, konnte kein gutes Ergebnis liefern. Vielleicht war es die Folge von der Anerkennung dieser Wahrheit, daß man sich mit zu niedrigen Angaben über den Ertrag begnügte. Auf 1 Joch Ackerland in Niederösterreich wurde, ohne Abzug der Saat, nur ein Ertrag von ungefähr 6 Mehen berechnet ($= 1\frac{1}{2}$ Malter vom bad. $= 3$ Scheff. von preuß. M.), und bei Wiesen nur gegen 10 Centn. Heu ($= 7$ Str. bad. $= 5\frac{1}{2}$ Str. preuß. M.)! — Indes hielt man doch neuerlich dafür, daß die Josephinischen Ansätze mit einer sorgfältigen Berichtigung noch minder unrichtig seien, als die bisherigen älteren Ansätze, man legte also jene dem provisorischen Kataster, bis zur Vollendung des definitiven, zu Grunde, in Niederösterreich, Oe. ob d. Enns, Steiermark, Mähren, Schlesien, Kärnten und Galizien. Patent v. 1. Mai 1819. Linden, I, 79. 263. — In Baiern wurde, nachdem 1808 die definitive Grundsteuersehung beschlossen worden war, 1809 die Katastrirung nach dem nur durch einige Abzüge verringerten Rohertrage angeordnet. Schätzungs-Instruction v. 13. Mai 1811, bekannt geworden durch den Abdruck in den Verhandl. der 2. Kammer, 1822, Beil. V, 412. — Nach einiger Unterbrechung wurde in dem Ges. v. 15. Aug. 1828 die Fortsetzung der Katastrirung nach dem nämlichen Hauptgedanken ausgesprochen. Bonitrungs-Instruction und Instruction für die Liquidirung, Katastrirung und Umschreibung der besin. Grundsteuer, beide v. 19. Jan. 1830. Reg. v. Bl. Nr. 10. — Schriften über dieß System: (Dág!) Von dem mögl. rechtlichen und national-ökonom. Maßstabe zur Repartition der Grundst., 1814. — Dess. Anleitung zur Berechnung des Reinertrages, 1823. S. 31. — Beweis, daß die in § 6 pSt. des Rohertrages ausgesprochene Grundst. gerecht und nationalök. sei, München 1816. — Gebhard, Ueber Güterarrondirung, 1817. S. 95 (gegen das System, worauf sich eine literarische Fehde zwischen dem Hf. und Grünberger erhob). — Späth, Abb. über die Grundst. nach dem reinen und rohen Ertrag der Stücke, München 1818. (Ebenfalls gegen das System.) — v. Grünberger, Kurzgefaßte Geschichte und Darstellung der Katastercommissionsarbeiten, München, 1820. — v. Walch, I, §. 43. 46. — Wetterlein in Nau, Archiv, 1835. II, 45., vergl. S. 67 ebd.

- (b) Man hat sogar die Ausmittlung des Reinertrages für unmöglich erklärt, was wenigstens in Bezug auf diejenige annähernde Genauigkeit, welche überhaupt im Steuerwesen erstrebt werden kann, nicht zuzugeben ist.
- (c) Es wird nämlich in Baiern beim Ackerlande unter Voraussetzung der Dreifelderwirthschaft nur der Ertrag von zwei Getreide-Granten mit Ausschluß der im dritten Jahre möglichen Nutzung der Brachflur, sowie der Weide, berechnet und die Ausfaat abgezogen, — bei Wiesen bleibt die Weide, bei Waldungen bleiben die Nebennutzungen außer Ansatz, Ges. §. 6. — Für jede Bodenklasse werden Mustergründe ausgewählt, deren Ertrag mit Benutzung der eiblichen Angaben des Eigenthümers oder Pächters sorgfältig abgeschätzt wird, §. 23.

§. 327.

Der beschriebenen Veranschlagungsart stehen hauptsächlich diese Gründe entgegen:

werden. Die Annahme gleicher Getreidepreise in einem ganzen Lande bewirkt für die Bewohner der Gegenden, in denen fortwährend niedrige Preise einheimisch sind, eine empfindliche Ueberbürdung (*d*).

- (*a*) Bei guten Wiesen kann der Reinertrag 80 pCt. des rohen sein. — Von den Waldungen soll nach dem bair. Gesetz (§. 26.) nur der Holzertrag auf dem Stamme, also schon mit Abzug des Hauerlohns, angerechnet werden. Da nun die nicht mit berücksichtigten Nebenutzungen mehr betragen können, als die Beaufsichtigungs- und die anderen allgemeinen Bewirthschaftungskosten, so ist in diesen Fällen der katastrirte Ertrag sogar noch niedriger, als der reine; Betterlein, a. a. O., S. 61.
- (*b*) Diese Bedingung ist in den Vorschriften des bair. Gesetzes nicht erfüllt, da z. B. die Brach- und Stoppelfrüchte gerade auf gutem Boden und in günstigem Klima am meisten gebaut werden. Wo beide Nutzungen nicht stattfinden können und dieser Abzug wegfällt, da ist der Steuersatz ein weit höherer Theil des ganzen Ertrages.
- (*c*) Uebereinstimmend Linden, I, 264.
- (*d*) In Oesterreich wurden die Mittelpreise der Markttorte von 1772—81 angenommen, mit Abzügen für entlegenere Ortschaften. — In Baiern wird dagegen allgemein der Scheff. Roggen zu 8 fl., Weizen u. Kern zu 12, Gerste zu 6, Haber zu 4 fl. angesetzt, der Centner Heu zu 36 fr. Der Ertrag wird in Roggen ausgedrückt und steigt von einer Classe zur andern um $\frac{1}{8}$ Scheff.

§. 328.

B. 2) Erforschung des Reinertrages (*a*). Dieses Verfahren ist unmittelbar auf das Ziel gerichtet, welches die anderen Methoden nur durch Umwege zu erreichen vermögen, nämlich auf die Erforschung derjenigen Größe, welche das Maaß der Steuerfähigkeit bildet (§. 302), und zwar auf eine gründliche Weise. Daher ist diese Katastrirungsart in der neueren Zeit am häufigsten gewählt worden, und da sie, wie es für einen guten Erfolg nothwendig ist, mit einer Vermessung in Verbindung gesetzt wurde, so pflegt man beide als wesentlich zusammenhängende Geschäfte anzusehen (*b*). Nach manchen früheren Unternehmungen dieser Art (*c*) gab die österreichische Regierung im Herzogthum Mailand das erste Beispiel einer solchen sorgfältig eingerichteten Grundsteuerregulirung (*d*). Im 19. Jahrhundert wurden in Frankreich (*e*), Dänemark (*f*), Oesterreich (*g*), Rheinpreußen (*h*), Würtemberg (*i*), im Großherzogthum Hessen (*k*), Hannover (*l*), Sachsen (*m*), Toscana u., ähnliche Arbeiten ins Werk gesetzt.

wohl vergütet. Dieser Nutzen ist desto größer, je unvollkommener die Kenntniß von dem Flächeninhalte jedes Grundstückes bisher war. Hätte man vermittelt früherer Messungen wenigstens einen solchen Grad von Genauigkeit erlangt, wie er ungefähr bei den Schätzungen zu erzielen ist, so könnte eine neue Katastermessung allenfalls noch verschoben werden (§. 317), so wie überhaupt bei niedrigen Steuern und einem geringen Betrag der Grundrente in einem Lande das Bedürfniß einer genauen Regulirung der Grundsteuer viel schwächer ist.

(a) s. z. B. Sartorius, Ueber die gleiche Besteuerung zc. S. 61 ff. — v. Gölln, in Europ. Ann. 1819.

(b) Ueber die Katasterkosten. 1) In Frankreich stellen sich (Gouin's Budgetsberichte pro 1837, der Deputirtenkammer vorgelegt im April 1836) die Kosten so:

bis 1822 katastrirt	11.159,928 Hekt. für	49.356,594 Fr.
von 1822 — 1835	29.889,173 „ „	69.542,704 „
1835 in Arbeit	2.120,099 „ „	4.982,232 „
noch übrig . .	8.902,360 „ „	20.919,546 „
demnach wäre der ganze Aufwand . . .		144.801,000 Fr.
und es kostet 1 Hektar		1 geogr. □ Meile
bis 1822 4. ⁸³ Fr.		11,439 fl.
1822 — 35 2. ⁸³ „		6004 „
von 1836 an 2. ⁸⁴ „		6056 „

Man kann also die Kosten neuerlich auf 6000 fl. für die □ Meile annehmen, oder $16\frac{3}{4}$ fr. für den pr. = 23.⁸³ fr. für den bad. Morgen. Nach früheren Erforschungen in Frankreich berechnete Wenzberg (I, 403) die dortigen Kosten auf 3898 rl. (6870 fl.) für die □ Meile. Jetzt werden die Kosten des Katasters auf ungefähr 200 Mill. Fr. geschätzt. — 2) In Baiern war der Kostenanschlag für die Periode 1831—37 6312 fl. auf die □ Meile. Der Umstand, daß in Baiern nicht der reine Ertrag gesucht wird, hat auf die Kosten keinen starken Einfluß, so daß diese süglich hier mit anderen verglichen werden können. Nach den Ergebnissen von 1839—41 sind die besonderen Kosten (nebst 60,000 fl. jährlichen allgemeinen)

a) auf die □ Meile für die Triangulirung (ohne die Kosten der schon früher beendigten Hauptdreiecke) 187 fl., — Messung 3516 fl., — Monitirung 135 fl., — Classificirung 1262 fl., — Planarbeiten 94 fl., zusammen 5194 fl.; b) auf jedes Blatt für Steindruck 74 fl., — Berechnung 47 fl., — Katastervorarbeit 29 fl., zus. 150 fl., oder auf die □ M. (zu 10 Blättern, welches das minim. ist) 1500 fl., mit a) zusammen mindestens 6694 fl.; c) auf die Gemeinde (5—6 auf eine □ Meile) für Liquidation, Katastrirung zc. 1098 fl. Summe 7792 fl. im günstigsten Falle. Das Messen kostet auf das Tagewerk $13\frac{1}{4}$ fr. = 9.⁸ fr. auf d. pr. = 13.⁸⁴ fr. auf den bad. M. Der ganze Aufwand für das Kataster bis Ende 1841 war 12.855,000 fl., und es war etwas über die Hälfte der ganzen Arbeit vollendet, so daß noch gegen 9 Mill. fl. nöthig sind. Aber im Starkreise muß ein Theil der Geschäfte noch einmal vorgenommen werden. Verhandl. d. K. d.

Außerdem erhält der St.-Inspector 100 Fr. vom Canton u. 20 Fr. von jeder Gemeinde. Die Taxatoren werden tagweise bezahlt. Schon die nach der Zahl der Hektaren angelegten Ausgaben machen 3420 fl. von der □ M. — Anschlag von Gehard (a. a. D., S. 125) für die □ Reihe bei dem Maßstabe von $\frac{1}{2000}$ und $\frac{1}{4000}$, Triangulirung 500—650 fl., Detailmessung 1600—2100 fl., Revision 350—500 fl., Berechnung und Entwerfung der Grundbücher 450—550 fl., Lithographirung 300—400 fl., also im Ganzen resp. 3300—4200 fl.

§. 330.

- 2) Die lange Dauer der Arbeit, als Ursache von Ungleichförmigkeiten, indem z. B. bei fortwährender Zunahme der Grundrente die später katastrirten Gegenden verhältnißmäßig höher belegt werden.

Allerdings ist eine schnelle Beendigung nicht möglich, schon weil man hiezu eine große Anzahl von Feldmessern haben müßte, die dann keine Beschäftigung mehr fänden (a). Indess war die Verzögerung, welche in der Katastrirung mehrerer Länder stattfand, nicht in dem Wesen des Geschäftes gegründet, sondern rührte von den Unterbrechungen her, an denen äußere Ereignisse oder Veränderungen im Plane des Werkes oder eingetretene Bedenklichkeiten Schuld waren. Wo keine solchen Umstände eintreten, ist die erforderliche Zeit nicht so lang, daß sie einen Abhaltungsgrund abgeben könnte (b), zumal wenn man die Vorsicht braucht, in den zuerst katastrirten Landestheilen einzelne Gemeinden oder Bezirke aufzusparen, um sie zuletzt nachzuholen und aus ihnen auf die Veränderungen in den anderen gleichartigen Gegenden einen Schluß zu machen. Die Vergleichen der Ergebnisse am Ende der ganzen Arbeit dient ebenfalls dazu, die aus der Verschiedenheit der Schätzungszeit entstandenen Ungleichheiten zu beseitigen.

- (a) Zur Messung ist warme Jahreszeit und gute Witterung nöthig, die übrige Zeit wird zum Zeichnen und Berechnen benützt.
 (b) In Frankreich wurde in 9 Jahren $\frac{1}{4}$ des Landes vollendet, jährlich 284 □ M., die westliche Hälfte des preuß. Staates (844 □ M.) wurde (freilich mit Benutzung früherer Arbeiten) in 13 Jahren aufgenommen, also jährlich an 65 □ M. — Das Herzogthum Mailand, gegen 240 □ Meilen groß, aus 2387 Gemeinden bestehend, wurde in etwas mehr als 3 Jahren gemessen und gezeichnet. — In Sachsen ist in 5 Sommern 1838—42 die Vermessung, Abschätzung u. Herstellung des Katasters bewirkt worden.

§. 331.

- 3) Die Unmöglichkeit, eine volle Genauigkeit zu erreichen, weshalb man bezweifelt hat, ob die großen Kosten wohl angewendet seien (a).

Hierauf läßt sich Folgendes erwidern: a) Eine mathematische Genauigkeit ist bei der Ausmittlung einer Größe, die sogar jährlich wechselt und die der einsichtsvolle Grundeigenthümer selbst nicht sicher anzugeben vermag, nicht zu erreichen. Kann man indeß z. B. auch nur bis auf 10 pSt. der Wahrheit nahe kommen, so hat dieß, bei dem gewöhnlichen Fuße der Grundsteuer, höchstens eine Abweichung von $1\frac{1}{2}$ — 2 pSt. in der Größe der Steuer zur Folge. b) Die anderen Arten der Anlegung leisten in dieser Hinsicht bedeutend weniger, besonders wenn die Kaufpreise und Pachtzinse bei der Reinertragschätzung mit zu Hülfe genommen werden. — Jedoch wird die Güte des Erfolges von der Richtigkeit der Schätzungsgrundsätze und von der Geschicklichkeit der Taxatoren bedingt. Daher bietet die Wahl dieses Verfahrens allein noch nicht die Bürgschaft des vollkommenen Gelingens dar, vielmehr setzt dieses die Benutzung derjenigen Fortschritte voraus, welche die Landwirthschaftslehre und die Abschätzungskunst insbesondere in der neuesten Zeit gemacht haben (b).

- 4) Die Veränderungen im Eigenthum, in der Benutzungsweise und dem Ertrage der Ländereien, die auch ein fehlerfreies Kataster mit der Zeit unbrauchbar machen müssen.

Was die Eigenthumsverhältnisse betrifft, so kann für die Folge jeder Wechsel in der Person des Eigenthümers, sowie jede Theilung unter mehrere Herren pünktlich aufgezeichnet und so der jedesmalige Besitzstand deutlich erkennbar gemacht werden, §. 338. Dasselbe gilt von den Culturveränderungen, z. B. der Rodung von Waldungen u. Veränderungen im Reinertrage, wenn sie nicht auf einzelne Stücke beschränkt bleiben, erfordern von Zeit zu Zeit eine Durchsicht der Ertragsansätze, welche aber nicht mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist.

(a) J. B. D'Andiffret, Syst. fin. de la France, I, 31: Toute évaluation spéculative d'une richesse aussi variable que la propriété

von Zwischen- und Unterlassen. Ein solches allgemeines System der Bodenclassen gewährt den Vortheil, daß man die Abschätzungen leichter prüfen kann, während sonst eine gewisse Bodenart hier die 2te, dort die 4te oder 5te Classe bilden kann und nicht als eine und dieselbe erkannt wird. Es ist zweckmäßig, für jede Classe gewisse Sätze des Rohertrages anzugeben (*b*), jedoch nur als Stützpunkte, nicht als unbedingte Vorschrift.

2) Berechnung des rohen und reinen Ertrags jeder Classe in jeder Gemeinde. Hierbei kann man sich an bestimmte, den Character jeder Classe deutlich an sich tragende Musterstücke (*types, étalons*) halten, bei denen die wirklichen Ergebnisse der Bewirthschaftung, ferner die Kaufpreise und Pachtzinse, soweit sie sich erfahren lassen, zu Hülfe genommen werden. In einer Provinz oder einem kleineren Staate, wo keine große Verschiedenheit der landwirthschaftlichen Verhältnisse vorkommt, kann man die Kostenberechnung für jede Bodenclasse schon im Allgemeinen aufstellen, doch müssen dann noch immer in jeder Gemeinde nach den Preisen u. a. örtlichen Umständen die nöthigen näheren Bestimmungen und Berichtigungen hinzugefügt werden (*c*).

3) Einreihung aller Stücke der Gemeindemarkung in die Classen, Einschätzung, Classirung (*classement*). Hierdurch wird man zugleich in den Stand gesetzt, die für die Abschätzung brauchbaren Pachtzinse und Kaufpreise jeder Classe zusammen zu stellen und mit dem Ergebniss der Classenberechnung (2) zu vergleichen, §. 324. Die Einschätzung kann noch vor der Classenberechnung geschehen (*d*), und dieß hat den Vortheil, daß man dann für die letztgenannte Arbeit mehr Anhaltspunkte erlangt.

(*a*) In Mailand waren nur 4 Classen erlaubt, in Frankreich sind beim Ackerlande 5, bei anderem nur 3 vorgeschrieben, doch mit Ausnahmen, Rec. X. 510. — In Gr. Hessen (Instr. v. 13. April 1824 §. 6) und Rheinpreußen (Instr. §. 115) nicht über 5 Classen — Oesterreich: die Zahl der Classen soll nicht ohne hinlänglichen Grund vervielfältigt werden. — Vgl. v. Flotow, S. 18.

(*b*) So in der sächs. Geschäftsanweisung, 12 Classen des Bodens für Ackerland, für jede 4 Höhenstufen, nach Bedürfniss mit Zwischen- und Unterlassen; bei Wiesen 11 Haupt- und 9 Zwischenlassen; bei

der einer schon abgeschätzten Nachbargemeinde kommen. — Oesterreich: In jeder Gemeinde ein Ausschuß, der unter dem Bezirks- (Justiz- und Polizei-) Beamten arbeitet. Auf je 12—15 □ R. ein Schätzungscommissar, der die Hauptgeschäfte übernimmt; in jedem Kreise zur Ueberwachung ein Schätzungsinspector. Linden, 1, 317. Ähnlich in den noch nicht katastrirten Theilen der lombardischen und in den venezianischen Provinzen. In jeder Gemeinde ist eine delegazione von 3 Mitgliedern zur Schätzung bestellt. Linden, 1, 421.

§. 337.

Zur Vollenbung des Katasters gehört, daß die ausgemittelten Zahlen einer sorgfältigen Prüfung unterworfen worden. Jeder Grundeigenthümer muß von denselben, so weit er betheilig ist, in Kenntniß gesetzt werden (a), um innerhalb einer gewissen Frist allenfalls Beschwerden vorbringen zu können, zu welchen vorzüglich die Einschätzung Anlaß geben kann. Zur Untersuchung solcher Beschwerden (Steuerreclamationen) ist es dienlich, besondere Prüfungsausschüsse zu errichten, in denen sowohl unterrichtete Staatsbeamte, als achtbare, landwirthschaftskundige Bürger, aus den Grundbesitzern gewählt, Sitz und Stimme haben (b). Daß hiebei zu beobachtende Verfahren, je nach den überhaupt zulässigen Gegenständen einer Beschwerde, muß durch eine Verordnung genau geregelt werden. Da inzwischen hiebei zunächst nur die Verhältnißmäßigkeit der Einschätzungen und Berechnungen innerhalb eines gewissen kleineren Bezirkes zur Sprache kommen kann, so ist noch eine umfassendere Prüfung nöthig. Es müssen nämlich die Ertragsätze mehrerer kleineren oder größeren Bezirke mit einander und mit dem, was sonst über das Verhältniß dieser Gegenden zu einander thatsächlich bekannt ist, verglichen werden, um, falls sich noch eine Ungleichförmigkeit der Berechnungsweise entdecken läßt, durch deren Berichtigungen ein vollkommenes Ebenmaaß herzustellen (c). Nach diesen Verbesserungen ist das Kataster als ungefähre Darstellung des gesammten Bodenertrages in einem Lande zu betrachten und kann der Wertheilung der Grundsteuer auf Provinzen, Bezirke u. zur Unterlage dienen. Doch bewirken schon die Veränderungen, die sich in den Preisen der Erzeugnisse u. ereignen, bald, daß die Katastersätze nicht mehr

§. 338.

Was die Form des Grundsteuerkatasters betrifft, so muß dasselbe in tabellarischer Anordnung alle Thatfachen, welche auf die Besteuerung jedes Grundstücks Bezug haben, übersichtlich darstellen. Jede Gemeinde erhält ihr eigenes Kataster. Um aus demselben leicht die Hebelisten verfertigen zu können, hat man es durchgehends vorgezogen, die einem jeden Eigenthümer gehörenden Gegenstände zusammen zu stellen, wobei allerdings auch ein der Charte entsprechendes, nach der Lage der Grundstücke in der Flur geordnetes Verzeichniß derselben nicht zu entbehren ist (a). Das eigentliche Kataster (*Mutterrolle*, *matrice du rôle cadastral*) enthält bei jedem Eigenthümer Namen und Wohnort, sodann bei jedem Grundstück die Flurabtheilung (*Section*) und Nummer in der Charte, — die Größe, — die Art der Benutzung, — die Bodenclasse, — den daraus sich ergebenden Ansatß des Preises oder Reinertrages oder Simplums, — die Reallasten (falls diese ebenfalls katastrirt werden), — und den nach Abzug derselben übrig bleibenden Steueranschlag (b). Alle Veränderungen im Besitzstande durch Verkauf, Vererbung, Theilung u., sowie in der Benutzungsart oder im Steueranschlage, z. B. bei natürlichen Verschlechterungen, beim Ueberbauen eines Grundstückes, welches nun in die Haussteuer übergeht u., werden entweder in besonderen Umschreibebüchern (c), oder im Kataster selbst, welches zu diesen Nachträgen leeren Raum enthalten muß, aufgezeichnet (d). Diese Fortführung der Grundsteuerbücher wird am besten besonderen Beamten übertragen, die mit der Steuererhebung nichts zu thun haben (e).

(a) Benzenberg (II, 184) zieht ein Flurbuch dem nach den Eigenthümern geordneten Kataster vor, ohne jedoch daneben ein Buch der Eigenthümer, nur mit geringerer Ausführlichkeit, für entbehrlich zu halten.

(b) Formulare bei v. Malchus, Organismus der Behörden, II, S. XXXVII ff. Dessen Politik d. inn. Verw., II, S. LI ff. — Tarantola, Prakt. Darstellung d. Mail. Steuerregulirung Beil. VI. Das Mailänder Kataster enthält die Benutzungsart nicht, die man in der Erklärung der Flurcharte unter der Nummer jedes Grundstückes nachsehen muß.

- (c) Frankreich: Alle Eigenthumsveränderungen werden in einem Tagebuch nach der Zeitfolge aufgezeichnet. In der Mutterrolle wird der ganze Artikel des Eigenthümers, bei dem sich ein Zu- oder Abgang ereignet hat, gestrichen und sodann in dem Umschreibebuche, (*livre de mutations*), welches als eine Fortsetzung der Mutterrolle anzusehen ist, neu eingeschrieben, Rec. 862. 876. Diese Einrichtung ist sehr beschwerlich, s. Benzenberg, I, 493. — Baiern: Das Umschreibekataster nimmt nur die Zu- und Abgänge und die nach denselben abgeänderte jedesmalige Steuerschuldigkeit des Besitzers auf, Instr. für die Liquidirung der Grundsteuer, 19. Jan. 1830. S. 83. Neuerlich hat man in Unterfranken eine andere Form der Kataster eingeführt, wobei die Betheiligten sogleich ihre Anerkennung einzeichnen und für Besitzveränderungen einiger Raum frei bleibt. Reicht dieser nicht aus, so muß dennoch ein Umschreibebuch beigezogen werden. — Rastländer Ab- und Zuschreibebuch, Tarantola, Weil. VII.
- (d) Vorschlag v. Benzenberg, II, 184, im Kataster bei jedem Grundstücke Raum für 14 halbe Zeilen zu lassen. — Sehr zweckmäßig ist die Einrichtung des bairischen Katasters, welches aus einzelnen Bögen (Steuerzetteln) besteht und in welchem alle Veränderungen nachgetragen werden, ohne daß man eines Umschreibebuchs bedürfte. Nur ist ein solches Kataster nicht mit gleicher Bequemlichkeit zu gebrauchen, wie ein eingebundenes.
- (e) In Baden sind hierzu die Steuerperaquatoren bestimmt, die von Kreis-Steuerrevisoren überwacht werden und jährlich das Ab- und Zuschreiben bei sämtlichen Schatzungen, sowie die Entwerfung der Steuerlisten besorgen; s. Sammlung der auf Erhaltung des Katasters der direkten Steuern in B. bezüglichen Verordn. u. Instruktionen, 1838.

2. Absatz.

Gefällsteuer.

339.

Nachdem einzelne dingliche Rechte auf Nutzungen aus Ländereien sich von dem Eigenthumsrechte gesondert und eine Beschränkung desselben gebildet haben, zerfällt die ganze Grundrente in den Antheil des Eigenthümers oder erblichen Nutznießers (Grundrente im engeren Sinn), und den der anderen Berechtigten. Dieser Antheil bildet im Falle der dem Eigenthümer obliegenden Entrichtung die Grundgefälle. Die Steuerpflicht der Gefällherrn im Allgemeinen kann keinem Zweifel unterliegen, weil dieselben im Genuße eines reinen Einkommens sind.

Eine besondere Gefällsteuer kann jedoch nur dann stattfinden, wenn die Gefälle bei der Ausmittlung der Grundrente berücksichtigt worden sind und die Berechtigten nicht schon mittelbar (indirect) durch die Abzüge der gefällspflichtigen Grundeigenthümer getroffen werden, §. 309. Die Anlegung einer Gefäll- (Dominical-) Steuer ist in Ansehung der zu befolgenden Grundsätze nicht schwierig, wohl aber wegen der Untersuchung verwickelter thatsächlicher Verhältnisse sehr mühsam und umständlich, wofern nicht alle diese bauerlichen Leistungen schon erforscht und in eine einfache Entrichtung umgewandelt sind (a). Die Gegenstände dieser Steuer sind 1) jährliche Entrichtungen aus dem Ertrage der Ländereien, Zehnten, — Grundzinse in Geld oder Naturalien, unter verschiedenen Namen, Canon, Gülten, — Holzberechtigungen; 2) Zahlungen bei Besitzveränderungen der Ländereien, Handlohn u. c.; 3) Frohndienste, die jedoch meistens schon umgewandelt oder abgelöst sind. — Rechte auf gewisse Benutzungsarten fremder Ländereien, wie die Weide-, Jagd-, Fischerei-Berechtigungen, fallen nicht in den Begriff von Gefällen, kommen aber in Bezug auf die Steuerpflicht mit jenen überein und können auf gleiche Weise besteuert werden.

(a) Bad. Grundsteuer-D. §. 68. — Würt. Grundsteuerges. v. 15. Aug. 1828. §. 47. Instruction v. 19. Jan. 1830. §. 22. 29. 53. — Würtemb. Instruct. für die Ob.-Amts-Steuer-Commissarien, 6. Sept. 1821. §. 15 ff. Handbuch der Steuergesetzgebung Würtembergs, S. 123.

§. 340.

Zur Ausmittlung aller Gefälle und anderen Rechte dienen die Angaben der belasteten Eigenthümer als Grundlage, ob sie schon für sich allein nicht zureichen, weil bei ihnen sowohl in der Größe der Lasten, als in der Person des Berechtigten manche Fehler begangen werden können. Man verbindet damit die von den Berechtigten selbst zu erhebenden Angaben über Umfang und Maas der Berechtigungen. Zweifelhafte Punkte werden mit Hülfe von Urkunden, z. B. Flurbüchern, gerichtlichen Entscheidungen u. dergl. aufgeklärt, und es muß den Berechtigten oder deren Stellvertretern gestattet werden, bei der Feststellung aller dieser Berechtigungen anwesend zu sein. Der Betrag der

festen Leistungen wird nach den Durchschnittspreisen der Gegend zu Geld angeschlagen. Für verschiedene, nur in geringer Menge vorkommende Entrichtungen, z. B. Geflügel, pflegt man für das ganze Land einen gleichmäßigen Preisansatz zu geben. Bei veränderlichen Gefällen wird entweder der Durchschnitt aus einem bestimmten Zeitraum, sowohl in Ansehung der Größe der Naturalnutzung als in Betreff des Geldpreises, oder eine Schätzung zu Grunde gelegt. Der Zehntertrag insbesondere kann aus dem bei der Grundsteuerregulirung gefundenen Rohertrage abgenommen werden. Bei den Besitzveränderungsabgaben wird für jede Art der Veränderungen, z. B. Vererbung, Verkauf, eine gewisse Periode festgesetzt, innerhalb deren man einen solchen Fall annimmt. Dem Berechtigten ist es frei zu stellen, durch Vorlegung seiner Rechnung den Beweis zu führen, daß der Ertrag kleiner gewesen sei, als man ihn angenommen hatte.

§. 341.

Von dem Rohertrage der Gefälle sind abzugiehen:

1) die auf denselben ruhenden Lasten und Gegenleistungen, z. B. die Beköstigung der Frohnarbeiter, die für das Berechtigungsholz zu bezahlende Vergütung, die Unterhaltung eines Zuchstieres (Fasel) u. Der Zehnte pflegt mit den beträchtlichsten Lasten belegt zu sein, II, §. 70, Nr. 4. Das Verfahren bei der Ausmittlung solcher Lasten kann aus den zur Umwandlung oder Ablösung von Gefällen aufgestellten Regeln abgenommen werden, nur daß man für den Zweck der Besteuerung einen minder umständlichen Weg wählen muß (a);

2) die mit der Einziehung verbundenen Kosten, Verluste und Beschwerden. Hier kann man sich allgemeiner Ansätze für den erfahrungsmäßigen Betrag dieser Kosten bei jeder Art von Gefällen bedienen (b), jedoch mit Rücksicht darauf, daß der Einzug desto mehr Mühe verursacht, je kleiner die einzelnen zu erhebenden Leistungen sind. Statt dieser Ausmittlung der Kosten könnte man einen allgemeinen Uberschlag anwenden und den Ertrag mit einer kleineren Zahl vervielfachen, als der angenom-

mene Zinsfuß sonst mit sich bringt, z. B. mit 18 oder 17 statt 20, allein dieß wäre wegen der großen Verschiedenheit zwischen mehreren Gattungen von Gefällen ungenau.

Wo diese Abzüge stattfinden, da macht die Gefällsteuer eines belasteten Grundstückes mit der gehörig verminderten Grundsteuer zusammen nicht soviel aus, als die letztere allein betragen würde, wenn keine Gefälle beständen (c).

(a) Das bad. Grundsteuergesetz, §. 77, 78, und die B. v. 22. Apr. 1811 geben folgende Ansätze verschiedener jährlicher Lasten:

	Muthbesserung.	Rebtauernte.
Pfarrhaus	20 fl.	30 fl.
Kirche ohne Thurm, Thor	17 "	13 "
" Langhaus	13 "	27 "
Kirche mit Thurm	23 "	47 "
in Orten von mehr als 500 und 800 Einw. resp. 20 und 30 pSt. mehr; Unterhalt eines großen oder kleinen Windfahls resp. 90 und 60 fl., eines Ebers 20 fl., eines Widbers 10 fl.		

(b) Württemberg: bei Zehnten, Theil- und Zinsgefällen von Aekern und Wiesen wird $\frac{1}{4}$, von Aekern $\frac{1}{5}$ abgezogen. Darnach wird aber von allen Gefällen der ausgemittelte Ertrag nur zu $\frac{1}{2}$ angesetzt.

(c) Das Gegentheil scheint in der bair. Instruction für die Liquidation zc. §. 60 fl. angenommen worden zu sein.

3. Absatz.

Gebäudesteuer.

§. 342.

Es giebt keinen anderen Steuergegenstand, der so leicht zu erkennen ist, als die Gebäude, weshalb die Schwierigkeiten ihrer Besteuerung hauptsächlich in den anzuwendenden allgemeinen Grundsätzen liegen (a). In einem Gebäude ist ein beweglicher Gütervorrath so fest und dauernd mit einem Grundstück verbunden, daß beide ein Ganzes bilden, welches von jedem jener beiden Bestandtheile gewisse Eigenthümlichkeiten annimmt. Während die Unbeweglichkeit der Gebäude ihre beliebige Benutzung beschränkt und die Lage auf den Ertrag einen erheblichen Einfluß übt, lassen sich die Gebäude doch auch nicht nach den für die Grundsteuer geltenden Regeln besteuern, denn

sie sind als Kunsterzeugnisse von beschränkter Dauer, unterliegen einer Verschlechterung und werden auf ganz andere Weise benutzt, als die Grundstücke. Die getrennte Besteuerung des überbauten Places (area) und des Gebäudes, wobei jener in die Grundsteuer, dieses aber in eine andere Schätzung gezogen wird (b), verdient keine Nachahmung, weil hiedurch das wesentlich und innig Verbundene willkürlich geschieden wird. Die Gebäude- oder Haussteuer bildet daher eine besondere Art von Schätzungen (c). Für sie eignen sich nur solche Gebäude, d. h. durch Umschließung und Bedachung für den Aufenthalt oder die Thätigkeit der Menschen taugliche Bauwerke, welche einen Ertrag geben, oder deren Nutzen wenigstens einem Ertrage gleich zu achten ist. Dieß ist hauptsächlich bei den Häusern der Fall. Man darf indeß nicht die zufällige augenblickliche Art des Gebrauches beachten, wo sie wechselnd ist, sondern nur die aus der Beschaffenheit des Gebäudes als Regel anzunehmende. Von der Haussteuer sollen daher, außer den zum Stadtseigenthum gehörenden Gebäuden, die aus einem allgemeineren Grunde (§. 265) nicht belegt werden, auch alle diejenigen Gebäude befreit bleiben, die ihrer ganzen Einrichtung oder ihrer dauernden Bestimmung nach nicht als Erwerbsmittel zu betrachten sind (d). Selbst Wohngebäude haben in solchen Fällen auf Befreiung Anspruch, wo jene Rücksichten eintreten, welche die Schonung des Corporations- und Stiftungsvermögens gebieten, §. 263. 264.

- (a) Gleichwohl ist eine allgemeine Haussteuer in ihrer heutigen geregelten Einrichtung von ziemlich neuem Ursprung. Gebäude in den Städten wurden sonst in dem Schoß mitgetroffen. Als dieser später durch Accise u. a. städtische Abgaben ersetzt wurde, legte man nur geringe Steuern auf die Häuser, und auf dem Lande wurden dieselben ebenfalls niedrig nach bestimmten Ansätzen belegt z. B. im Herzogthum von einem dienstfreien Kaserhof 16 Ggr. monatlich, von einem Kossaten- oder Häuslingshause 8 Gr. monatlich, Kletenitz, I, 12. In der französl. taille wurden nach den Vorschriften für die Généralité von Paris v. 1775 Wohnhäuser in Städten zu $\frac{1}{2}$, auf dem Lande zu $\frac{1}{4}$ des Miethertrages besteuert. — Die österreichische Theresianische Steuerrectification (1750 ff.) gab das Beispiel einer Besteuerung der Häuser nach ihrem Ertrage. Für das Land ordnete man 6 Classen an, in Wien wurde $\frac{1}{4}$ des Miethertrages gefordert, in den anderen Städten und Märkten der mutmaßliche Kaufpreis angeschlagen, v. Kremer, II, 22. Linden, I, 11.

Auch die Josephinische Steuerverfassung enthielt eine besondere Haussteuer, welcher Name erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland häufiger gebraucht wurde. Die französische Haussteuer, gleichzeitig mit der Grundsteuer angelegt, trug bei, zur Einführung jener Auflage aufzumuntern.

- (b) In Frankreich wird der Bauplatz (*superficie*) durchgehends als besessenes Ackerland besteuert, das Gebäude besonders nach seinem Miethertrage, nach Abzug des Platzes; Rec. Art. 391. Ebenso Rheinpreuß. allg. Instr. §. 95. 100. Oesterr. Patent v. 23. Dec. 1817. §. 13: die Area wird wie das zunächst liegende Grundstück angeschlagen.
- (c) Da jedoch die Haus- und Grundsteuer auch Manches mit einander gemein haben, so ist es zulässig, die auf beide sich beziehenden Gesetze und Verordnungen mit einander zu verbinden, wie dies nach dem Vorgange von Mailand in Frankreich, Rheinpreußen, Sachsen etc. geschehen ist.
- (d) Kirchen, Schulhäuser, Armen-, Krankenhäuser, Gebäude für Sammlungen von Hülfsmitteln der Wissenschaft oder Kunst, — nicht bewohnbare Lusthäuser in Gärten, — Gebäude für Gemeindegewerke, z. B. Geschäftszimmer, Spriehenhäuser und dgl. Die Gesetze verschiedener Länder weichen in Bezug auf die Befreiungen von der Haussteuer von einander ab und lassen bisweilen feste Grundsätze vermissen. Die Rathhäuser der Gemeinden sind z. B. in Oesterreich und Baden frei, in Sachsen bezahlen sie die Grundsteuer von dem Bauplatze.

§. 343.

Bei den steuerpflichtigen Häusern sind zunächst die Wohn- und Gewerbsgebäude zu unterscheiden.

I. Wohnhäuser sind wegen der Größe des in ihnen enthaltenen Vermögens ein einträglicher Steuergegenstand, den man schon vor Alters belegt hat, ehe man den volkswirtschaftlichen Grund dieses Verfahrens erkannte (a). Derselbe ist in dem Falle am einleuchtendsten, wo ein Haus vermietet wird, denn dann wirft es einen Ertrag ab, welcher nach Abzug einiger Kosten ein reines Einkommen übrig läßt. Obgleich nun im volkswirtschaftlichen Sinne nur die Wohnungen hervorbringender Arbeiter ein wahres Capital sind, welches zu den Unterhaltungsmitteln gehört (I, §. 126) und sich vor den anderen Arten derselben lediglich durch seine Dauer auszeichnet, so bilden doch alle Miethwohnungen für den Eigenthümer ein werbendes Vermögen, also Capitale im privatwirtschaftlichen Sinne (I, §. 223), deren Rente in der Besteuerung der wahren Capitalrente völlig gleich zu setzen ist, §. 261.

- (a) Die Haussteuer war in den alten Weeden, Landsteuern, Schatzungen etc. begriffen. Rauchgeld, Heerdgeld u. dgl.; vgl. Lang, S. 60.

muthmaßlichen Dauer der Gebäude gewisse Classen, z. B. 25- bis 50jährige, — 50- bis 100jährige, — und noch längere Dauer zu unterscheiden, und für jede einen bestimmten, von der Miete abzuziehenden Reäificationsbetrag anzunehmen (d). Insgemein hat man für alle Häuser einen gleichmäßigen Ansat für alle dieser Ausgaben 1 — 3, oder irgend eine gleiche Berücksichtigung derselben angewendet (e); 4) die auf einem Hause ruhenden Reallasten (f).

- (a) Oesterr. Patent v. 23. Dec. 1817, §. 6: Vom Miethertrage soll ein Abschlag vorgenommen werden für die Unterhaltungskosten und für den, im Verlaufe einer bestimmten Zeit ganz oder zum Theil zu Grunde gehenden Capitalwerth.
- (b) Unter Annahme eines Zinsfußes von 4 pSt. ist ein Haus, welches noch 50 Jahre lang gleiche Einnahme abwirft, jetzt die 21,⁴⁸²fache Rente oder 0,⁰⁰⁰ des Baucapitales werth; 15,000 fl. z. B. geben also 12,889 fl. jetzigen Werth.
- (c) Der Käufer bietet zwar für ein festes gebautes Haus mehr, als für ein minder dauerhaftes, achtet aber hiebei oft nur auf den Unterschied der Baukosten, ohne zu bedenken, daß von dem vergänglichern Gebäude bei gleichem Alter schon ein größerer Theil zerstört ist. Am sorgfältigsten hat man bei der Berechnung der Baukosten, z. B. des Zehntherrn (§. 341), den Einfluß der Dauerhaftigkeit auf die jährliche Ausgabe in Betracht gezogen.
- (d) Die Zeitrente, welche mit Zins und Zinseszins das erforderliche Neubaucapital gibt, beträgt in Procenten dieses Capitaless bei einem Zinsfuße von

	2 pSt.	3 pSt.	4 pSt.
und 25 jähriger Dauer	3 pSt.	2, ⁸ pSt.	2, ³ pSt.
50 " " "	1, ³ " "	0, ⁸⁸ " "	0, ⁸¹ " "
75 " " "	0, ⁷⁵ " "	0, ³³ " "	0, ²¹ " "
100 " " "	0, ³¹ " "	0, ¹⁸ " "	0, ⁰⁷ " "

Wollte man, mit v. Jakob (I. §. 625.), keine Zinsen einrechnen, so würden für die Abnützung in vorstehenden Fristen 4 — 2 — 1½ — 1 pSt. des Capitaless vom Miethertrage abzuziehen sein. — Die verschiedenen Theile eines Gebäudes sind von ungleicher Dauer. Stock, Landwirthsch. Mittheil., III, 30, schlägt Reparatur, Verschlechterung und Assurance massiver Gebäude jährlich zu ¾ — ¾ pSt., nicht massiver zu 1½ — 2½ pSt., und beider im Durchschnitt zu 1¼ — 1½ pSt. an.

- (e) In Frankreich (Rec. Art. 392) wird von der Miete ¼ abgezogen, wie schon seit 1775 in der *taille personnelle*, nach dem preuß. Grundsteuerges. §. 17 ¼ — ½ derselben, in Oesterreich 15 pSt. (gegen ¼), in Nassau wird die Miete nur mit 14¾ capitalisirt, was, gegen die Vervielfachung mit 20 gehalten, einem Abzuge von 28 pSt. gleich kommt. Nach dem westfäl. Ges. v. 2. Aug. 1808 §. 49 sollte die Hälfte des Miethertrages abgezogen werden. In Mailand zog man ¼ ab, aber zugleich darum, weil die Häuser später katastrirt wurden oder sonst gegen die Ländereien zu hoch geschätzt worden wären. Sachsen: der Abzug für Unterhaltung und allmälige Ver-

schlechterung beträgt in 18 Abstufungen von 1—300 *rl.*, in keinem Falle aber die Hälfte der rohen Mieteinnahme; Geschäftsanweis. §. 117—119. — Hess. Cass. Taxat. Ordn. v. 1700: wegen der Feuergefährde und anderer Lasten wird nur $\frac{1}{12}$ des Werthes als Anschlag genommen, bei Ländereien $\frac{1}{4}$ desselben.

- (f) Die bad. Häusersteuer-D. S. 7. verbietet den Abzug von Güllen, Zinsen u. a. Grundabgaben, mit Ausnahme der Mühlgülden, aber die B. v. 21. Februar 1811 gestattet auch andere Realkaften abzuziehen. Zinsen werden mit dem 20., Erbpachtsabgaben mit dem 25fachen Betrage vom Steuercapital abgezogen.

§. 345.

Die nach diesen Abzügen übrigbleibende reine Hausrente besteht aus zwei Theilen (a), nämlich 1) dem Zinse des Baucapitalles oder des bei einem älteren, verschlechterten Hause noch vorhandenen Theiles desselben; Baurente (building rent); 2) der Rente des überbauten Places, einer wahren Grundrente (b). Zwischen diesen beiden Bestandtheilen findet eine erhebliche Verschiedenheit Statt. Die Baurente ist gleichförmiger, die Grundrente veränderlicher. Bei zerstreuten Wohnungen ist zwar die Lage insgemein nicht von solcher Wichtigkeit, daß man für einen Bauplatz beträchtlich mehr bezahlt, als seine landwirthschaftliche Nutzbarkeit mit sich bringt. Je größer dagegen eine Ortschaft wird, desto mehr Werth hat die Lage eines Places im schönsten oder lebhaftesten Theile, die Miete und der Preis der Häuser können hier weit über das Verhältniß der Baurente hinaussteigen, und dieser an den Bauplatz geknüpfte Vortheil (I, §. 229 (a)) drückt sich in einer hohen Grundrente und in einem hohen Preise des Places aus (c). Ein verringerter Begehr oder ein übergroßes Angebot von Wohnungen drückt zunächst den Preis der Bauplätze herunter. Eine Zeit lang könnten zwar die Kaufpreise und Mieten der Häuser so niedrig sein, daß sie auch die Baurente nicht mehr vollständig vergüten, allein dieß würde von neuen Bauten abhalten, und es gehören außerordentliche Umstände dazu, wenn dieser Stand der Preise von längerer Dauer sein soll (d).

- (a) A. Smith, III, 239 (IV, 189 Bas.). Ricardo, Cap. 14, folgt Smith in diesem Gegenstande. — In England sind oft Grundeigner und Bauherr zweierlei Personen, und das Haus fällt nach gewisser Zeit dem Grundeigner anheim.

- (b) Auch in England wird für diese Einnahme das Wort *ground-rent* gebraucht, während man sonst die Rente von Ländereien *land-rent* nennt.
- (c) Doch wirkt die vollständigere Benutzung der schon bebauten Plätze einer Vertheuerung der Miethen und der Bauplätze entgegen, indem man Höfe, Gärten &c. überbaut, höhere Gebäude auführt oder neue Stockwerke aufsetzt, wodurch mit geringeren Kosten neue Räume gewonnen werden, da man Fundament, Keller, Bedachung, area &c. erspart.
- (d) In alten, sehr gesunkenen Städten, z. B. Venedig, sind solche Verhältnisse möglich, denn wenn auch der Preis eines Hauses sehr niedrig geworden ist, so findet der Eigenthümer noch immer seinen Vortheil dabei, durch Ausbesserungen wenigstens den jetzigen Ertrag sich zu erhalten. Deshalb kann es Jahrhunderte dauern, bis Neubauten wieder vortheilhaft werden.

§. 346.

Eine neue auf die Hauseigenthümer gelegte Steuer (a) muß zunächst aus der Hausrente bestritten werden, weil das Angebot von Wohnungen nicht verringert und also die Auflage nicht auf die Miethbewohner überwältzt werden kann. Die Verminderung des reinen Ertrags der Häuser drückt die Rente und den Preis der Bauplätze herab. So lange aber diese noch so viel eintragen, als etwa Acker- oder Gartenland gleicher Art, und das Baucapital daneben sich verzinsset, so kann man noch ohne Verlust neue Bauten vornehmen, um dem jedesmaligen Begehr von Wohnungen zu entsprechen. Erst dann würde dieß unterbleiben, wenn die Rente der Bauplätze unter jenes Maaß herabsänke und die Baurente so gering würde, daß man die Lust verlöre, Capitale auf kostbare Ausbesserungen, Vergrößerungen oder Neubauten zu wenden. So könnte folglich eine zu hohe Haussteuer die Ueberwälzung auf die Miethleute bewirken, jedoch erst nach langer Zeit, und wenn nicht in der Zwischenzeit schon andere Umstände die Miethen erhöht und die Neigung zum Bauen wieder belebt haben. Auf dem Lande, wo die Bauplätze die niedrigste Rente abwerfen, wäre jene Verringerung derselben unter die Rente von Gartenland am leichtesten möglich, hier aber kommen überhaupt wenige Miethen vor, denn die Eigenthümer bauen meistens für eigenen Bedarf. Es läßt sich demnach annehmen, daß die Steuer, so lange sie mäßig ist, von den Hauseigenthümern getragen werden muß.

mäßig vermiethet werden, welches dann unter die Gewerbesteuer fällt, da eignen sie sich nicht zu Gegenständen einer Einkommenssteuer.

- (a) Nur dann könnte man das Gegentheil behaupten, wenn man auch den persönlichen Vortheil des Gütergebrauches zu dem Einkommen rechnen wollte. Der Sprachgebrauch ist dieser Erweiterung des Begriffs von Einkommen, *revenu, reditus*, nicht günstig; aber selbst wenn man ihn zugiebt, muß doch wieder das Einkommen an Sachgütern von dem aus dem Gebrauchsnutzen unterschieden werden.
- (b) Dieser Ansicht ist L o g, III, 315, welcher die vom Eigenthümer benutzten Häuser nur nach Maaßgabe der auf sie verwendeten Ausgaben einer Consumtionssteuer unterworfen sehen will.

§. 348.

Die von den Eigenthümern benützten Wohnungen dürfen jedoch in manchen Fällen nicht ganz so wie die vermietheten behandelt werden. Die Gleichstellung beider beruht auf der Voraussetzung, daß der Eigenthümer bei jedem Theile seines Hauses die freie Wahl hat, ihn zu vermiethen oder selbst zu gebrauchen, und diese Annahme ist nicht in allen Fällen zulässig. Auf dem Lande und in kleinen Städten ist oft ein Haus für das Bedürfniß des Besitzers zu groß, kann aber nicht vermiethet werden, weil es an Personen fehlt, die eine Mithwohnung von der gegebenen Beschaffenheit suchen und dem Eigenthümer in Hinsicht auf die nöthige Sicherheit und Schonung des Gebäudes zusagen. Dieß tritt z. B. bei Schlössern, Pfarrhäusern u. dgl. in Dörfern häufig ein, auch ist das Bedürfniß einer schonenden Behandlung solcher Wohngebäude schon praktisch anerkannt worden (a). Es ist daher der Billigkeit gemäß, bei solchen Häusern, deren Raum den mittleren Wohnungsbedarf einer Familie übertrifft, den Steueranschlag verhältnißmäßig zu verringern, wofern der Eigenthümer darauf Anspruch macht. Die Schwierigkeit der Ausführung liegt darin, daß man für den durchschnittlichen Raumbedarf einer Familie keinen festen Maaßstab besitzt und daher aus der ganzen Beschaffenheit des Hauses die Vermögensverhältnisse und das Wohnungsbedürfniß der Bewohner, für die es sich eignet, abnehmen muß.

- (a) Mailand: Wohngebäude auf dem Lande, die der Eigenthümer selbst benutzt, nur nach dem Bauplätze, der wie das benachbarte Land geschätzt wird. — Bair. Häusersteuerges. 15. August 1828: Pfarr-

häuser in größeren Orten, wenn sie bloß zur Wohnung des Pfarrers verwendet werden, sollen nur nach dem Nutzen bemessen werden, den sie in dieser Hinsicht geben, §. 17. Pfarrhäuser und nicht vermietete Schlösser auf dem Lande gehören unter die Gebäude, welche man nur nach der Größe des Bauplatzes anschlägt, §. 4, f. §. 350 (b). — Sachsen, Geschäftsanweif. §. 111. Bei Schlössern u. a. großen Wohngebäuden auf dem Lande werden nur 10 Wohnstuben berücksichtigt, falls nicht zur Vermietung oder anderweitigen Benutzung der übrigen Gelegenheit ist, und keine Kammern oder andere Räume. — Mietwohnungen, die längere Zeit leer stehen, verdienen einen Steuernachlaß, den sie z. B. nach dem a. österreichischen Gesetze erhalten, f. auch Verhandl. d. bair. K. d. Abg. 1834. X, 359. Weis. V, 259. — Unbewohnte Lustgebäude sollten bloß nach dem Bauplatze besteuert werden.

§. 349.

Unter die äußeren Hülfsmittel zur Anlegung der Haussteuer gehören vor allen die Miethzinse (a). Die wirkliche Miethsumme für jede einzelne Wohnung ist nicht ganz genau zu erfahren, sie ist ferner veränderlich und zufällig, auch ist ein großer Theil nicht vermietet. Es muß daher der muthmaßliche mittlere Preis (Verkehrswerth) jeder Wohnung abgeschätzt werden (b). Hierbei sind folgende Regeln zu beobachten:

1) Bei einer Anzahl von Häusern jedes Ortes hat man die im Durchschnitt eines gewissen Zeitraumes wirklich entrichteten Miethzinse zu erforschen, zu vergleichen und sich hieraus eine Stufenleiter der Miethpreise für Wohnungen verschiedener Beschaffenheit und Lage in jeder Ortschaft zu bilden (c).

2) Bei jedem Hause ist die Zahl, Größe und Beschaffenheit sowohl der bewohnbaren, als der anderen zugehörigen Räume, z. B. Keller, ferner die Lage in Bezug auf Annehmlichkeit oder gewerblichen Vortheil (d) zu würdigen. Der Zustand derjenigen Theile, welche schon nach wenigen Jahren verschlechiert werden (Tapeten, Anstrich u.), kommt nicht in Betracht.

3) Sodann ist für jedes Gebäude oder jede Classe der nöthige Abzug für die Abnutzung und Ausbesserung (§. 344) sowie für die Schwierigkeit des Vermietens (§. 348) vorzunehmen.

(a) v. Jakob, II, §. 1039 ff. — v. Matsch, I, 232.

(b) Die mäländische Haussteuer folgt dem wirklichen Miethertrage. Derselbe Grundsatz ist für die österreichische definitive Grundsteuer, welche die Gebäude mit umfaßt (Edict v. 1817, §. 5. 13.) aufgestellt. Die provisorische Haussteuer in Oesterreich, welche aber nur einer Revision unterworfen werden soll, um dann als definitiv zu gelten

(angef. Gef. v. 1. März 1820, Instruct. v. 26. Jun. 1820), wird in den größeren Städten nach der vom Eigenthümer ganz ausführlich angegebenen, von den Miethleuten bestätigten und amtlich geprüften wirklichen Größe des Miethzinses erhoben, mit Ausnahme der vom Eigenthümer benutzten Theile, die man durch Vergleichung anderer Wohnungen anschlügt, Linden, I, 493 ff. — In Frankreich dagegen wird die mittlere Miethe (valeur locative) zu Grunde gelegt, ebenso in Rheinpreußen, Baiern und Sachsen.

- (c) Frankreich, Rec. Art. 535. — Baiern, angef. Gef. v. 15. Aug. 1828, §. 14: Zu Mietherhäusern dürfen nur solche genommen werden, deren Miethertrag von den Eigenthümern und Miethbewohnern angegeben und von den Schätzern anerkannt, auch von den sämtlichen Hauseigenthümern nicht bestritten worden ist.

- (d) Rebhastigkeit der Straße.

§. 350.

Die Abschätzung der Miethpreise reicht für sich allein nicht hin, denn sie setzt voraus, daß man in häufigen Vermietungen einen Anhaltspunct finde, dieser fehlt aber an kleinen Orten und besonders bei zerstreut liegenden Häusern. Sowohl dieser Fälle wegen, als auch zur leichteren Ermittlung der Abzüge (§. 344) ist es rathsam, zugleich die Kaufpreise (§. 351) mit in Betracht zu ziehen. Man hat noch verschiedene andere Wege eingeschlagen, um für die Gebäude des platten Landes, bei denen man von der Richtschnur der Miethpreise verlassen wird, zu billigen Ansätzen zu gelangen, allein man ist dabei nicht sicher, ein richtiges Verhältniß solcher Häuser unter sich, oder derselben überhaupt gegen städtische zu treffen. Beispiele solcher anderer Hülfsmittel sind: 1) eine Classeneintheilung nach der Anzahl der benutzten Räume, mit einem gewissen Steueransätze für jede Classe (a); ein Verfahren, welches bei einem niedrigen Betrage der Schätzungen sich wenigstens durch seine Einfachheit empfiehlt; 2) die Veranschlagung nach dem bloßen Bauplätze (b), welche zu niedrige Ansätze giebt; 3) auch die Aufstellung eines, nach dem Bauplätze bemessenen minimum kann hieher gerechnet werden, indem sie eine freie, nach billiger Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse verfahrende Schätzung voraussetzt und derselben eine sehr niedrige Schranke vorschreibt (c).

- (a) Oesterreich, Instruction v. 1820, bei Linden, I, 524. v. Kremer, II, 138. de Tegoborski, I, 176. In den altösterreichischen Provinzen wird nur in Wien sammt den Vorstädten und umliegenden Ortschaften und in 16 anderen Städten die provisorische Haus-

Kau, polit. Deson. 3te Ausg. III. 2. Abth.

Einfluß zufälliger Umstände, weil jedes Haus eine Besonderheit hat, welche von den Kauflustigen nach Bedürfniß, Geschmack und Neigung gewürdigt wird, während der Werth eines landwirthschaftlich benutzten Grundstückes eher eine allgemeine Anerkennung erhält. Auch im Mitwerben finden darum stärkere Veränderungen Statt, weil die meisten Menschen, der mühsamen Verwaltung willen, sich vor der Erwerbung mehrerer Häuser scheuen. Daher sind die Preise sehr ungleichförmig. 3) Am meisten zufällig ist der Preis ganz vereinzelter oder solcher Gebäude, die an ihrem Orte die einzigen ihrer Art sind. Manche Häuser haben kostbare Einrichtungen und solche Zubehörungen, welche nicht gerade den Werth der Wohnung erhöhen und deshalb von einem Miether nicht leicht vergütet werden würden, dennoch aber zu dem Werthe des Hauses gerechnet werden müssen und hin und wieder oder theilweise auch von einem Käufer bezahlt werden. Nach dem Grundsatz, daß nur das Einkommen besteuert werden soll, müßten solche Gegenstände ganz außer Anschlag bleiben (a).

(a) Ad. Smith bemerkt, daß eine nach den Kosten der Erbauung angelegte Haussteuer die meisten reichen und großen Familien von England und vielleicht von allen Ländern zu Grunde richten würde. Die ganze reine Rente ihrer Güter beträgt beinahe nicht mehr, als $6\frac{1}{2}$ oder 7 pSt. der Erbauungskosten ihrer Häuser, an denen mehrere Generationen gearbeitet haben, III, 244 (IV. 195 Waf.). Landgr. Hess. Instr. v. Jun. 1658 §. 9: Die Wohnhäuser und Hofraithen sollen nicht nach der Kostbarkeit der Gebäw, sondern nachdem sich der Besitzer derselbigen entweder vor sich selbst oder durch Verleihung der logiamenter Ruh machen kann, in Anschlag gebracht werden. — Bab. Häusersteuerord. vom 18. Sept. 1810. §. 50: Schösser auf Dörfern, ehemalige Klostergebäude u. dgl. sollen, wenn sie auch groß und kostbar gebaut sind, doch nicht höher geschätzt werden, als simple Wohngebäude, welche in Beziehung auf die Person des Eigenthümers die erforderliche Wohnungsbequemlichkeit enthalten würden."

§. 352.

Demnach müssen, wenn man die Kaufpreise zu Grunde legen will, theils die wegen zufälliger Störungen zu hohen oder zu niedrigen Preise ausgeschieden, theils aber die nicht verkauften Häuser abgeschätzt werden. Die sicher bekannten und als beweisend angenommenen Kaufpreise geben eine Stufenleiter, vermittelt welcher man die übrigen Gebäude durch Schätzung einzureihen

im Stande ist (a). Eine Classeneintheilung der Gebäude ist wegen der großen Verschiedenartigkeit derselben von geringerem Nutzen, als bei der Grundsteuer (b). Zur Prüfung, richtigen Anwendung und Ergänzung der Kaufpreise leistet die Beachtung des Miethertrags, der sich bei den Taxatoren unvermeidlich und selbst unwillkürlich geltend macht, gute Dienste. Es zeigt sich daher auch von dieser Seite, daß es am besten ist, sich an beide Stützpunkte zugleich zu halten und die mittleren Kauf- und Miethpreise in solche Uebereinstimmung zu bringen, daß, nach den nöthigen Abzügen, die letzteren zu den ersteren im Verhältniß des bei Liegenschaften stattfindenden Zinsfußes stehen (c).

- (a) Hierauf beruht die bad. Häusersteuer, s. das angef. Ges. v. 1810 u. Instruct. v. 16. Febr. 1812. Sie soll nach dem reinen Ertrage angesetzt werden (§. 1), der aber aus dem mittleren Localwerthe erschlossen wird (§. 6). Die wirklichen Kaufpreise von 1800 — 1809 werden, nach den nöthigen Modificationen, zum Maßstabe genommen, um die anderen Gebäude darnach einzuschätzen.
- (b) Sie ist in Württemberg eingeführt, s. Instruct. v. 1821 und Handb. S. 67. Für jede Classe, in die ein Gebäude fällt, wird das arithmetische Mittel zum Ansatze genommen, z. B. 7750 fl. für die Classe von 7501—8000 fl.
- (c) Wenn man die Einwohnerzahl eines Ortes in das gesammte Haussteuercapital dividirt und die auf jeden Kopf treffende Summe für verschiedene Orte vergleicht, so zeigt sich eine Stufenfolge, die einigermaßen den Grad von Wohlhabenheit der Städte und Dörfer entspricht, obschon kein solches einzelnes Kennzeichen untrüglich ist. Freilich wird hierbei vorausgesetzt, daß die Steuer in allen Landestheilen gleichmäßig angelegt sei. Die Haussteuercapitale in Baden betrugen im J. 1845: 173,830,000 fl., oder auf den Kopf 130 fl. Dieser Ausschlag auf den Kopf war 1834 nur 126 fl., das max. der einzelnen Steuerbezirke war 222 fl. in der Obereinnahmeviertel Mannheim, worauf die D. & E. Karlsruhe mit 207 fl., Heidelberg mit 172 fl. folgten. Das minimum war 51 fl., D. & E. St. Blasien im Schwarzwald, zunächst daran 69 fl., Thengen, 86 fl. Buchen (Obenwald), 90 fl. Bonndorf (Schwarzwald). Werthwändig ist die ähnliche Stufenfolge der Bevölkerung und der Hauptsteuercapitale jedes Kopfes. In Baden war:

1830	Bevöl.	h. St. Capital	1839	Bevöl.	h. St. Capital
Neckarkreis . .	5532	151 fl.	Unterrheinkreis	5266	140 fl.
Murg	5313	149 :	Mittel : . . .	5604	137 :
Kinzig :	4718	130 :	Ganzes Land . .	4586	127 :
Dreisam : . . .	4487	118 :	Oberheinkreis .	4312	117 :
Main :	3670	106 :	Seckreis	2975	110 :
Eer :	2784	103 :			

f. Verh. d. L. R. v. 1833, Beil. IV, 432 (Bericht über die Steuer-

verw. v. Hau.) — In Württemberg (Memmingen, Beschreib. Beil. D) trifft dieß nicht zu.

§. 353.

In dem regelmäßigen Zustande, wo ein Baucapital sich genügend verzinsset, können zur Prüfung der Steueranschläge auch die Erbauungskosten benutzt werden, soferne sie zweckmäßig, nicht bloß für individuellen Gebrauch angewendet und nicht zufällig vergrößert worden sind. Diese Baukosten mit dem Preise des Bauplazes zusammen müssen dem mittleren Kaufpreise eines vollkommen gut erhaltenen Gebäudes entsprechen, für ein älteres aber nach Maaßgabe der erfolgten Verschlechterung gemindert werden. Diese Ausmittlung ist vorzüglich bei solchen Häusern dienlich, die wegen ihrer Abgelegenheit keine Vergleichung zulassen und fast kein Mitwerben wahrnehmen lassen, dabei aber von gewöhnlicher Beschaffenheit sind (a); nur ist hier die oben (§. 348) erklärte Schwierigkeit des Vermiethens gehörig zu berücksichtigen. Dagegen eignen sich die Anschläge zur Feuerversicherung nicht für die Katastrirung, weil ein Theil des Werthes und Kostensatzes als unverbrennlich und nicht gefährdet ausgeschlossen bleibt.

(a) Bad. Gef. §. 49: bei größeren isolirten Gebäuden soll die Schätzung nicht nach den Baukosten, sondern nur nach dem Werthe für die Bewohnung etc. eingerichtet werden.

§. 354.

In Ansehung der Mittheilung des entworfenen Steuersatzes an den Eigenthümer, der Prüfung erhobener Beschwerden, der Richtigstellung der Anschläge im Ueberblicke ganzer Landestheile, der Katastrirung und öfteren Revision finden die, für die Grundsteuer aufgestellten Regeln (§. 337. 338) auch hier ihre Anwendung. Bauveränderungen, die den Werth und Ertrag erhöhen, erfordern eine neue Schätzung.

§. 355.

II. Gebäude, die zur Betreibung eines Gewerbes dienen und daher für den Unternehmer ein Theil des stehenden Capitals sind (§. 342), lassen sich wieder in zwei Abtheilungen bringen;

Erscheinung mit der Grundrente oder dem Gewerbs Einkommen verknüpft vorkommt z. B. bei Brunnen, Maschinen Werkzeugen. Der Grundeigenthümer (bei landwirthschaftlichen Gebäuden) und der Gewerks- oder Handelsunternehmer wird daher zugleich als Besitzer des Gebäudecapitals betrachtet, und von seinem rohen Ertrage wird nur die Ausgabe für Unterhalt und Sicherheit der Gebäude, sowie deren Abnutzung abgezogen, die wahre Hausrente aber wie ein Bestandtheil der Grundrente oder des reinen Gewerbsgewinnes behandelt und mit diesen zusammen in Anschlag gebracht (b). Es fällt demnach eine besondere Haussteuer der Gewerbsgebäude hinweg und es wird nur die Grund- und Gewerbesteuer der Eigenthümer desto höher angesetzt. Bei landwirthschaftlichen Gebäuden hat man auszumitteln, welcher Capitalwerth und reine Zins von Stallungen, Scheunen u. dgl. in jeder Gegend auf einen Morgen Acker oder Wiese trifft, und darnach solche Grundeigenthümer, die nicht auch im Besitze zugehöriger Gebäude sind, verhältnißmäßig niedriger in die Grundsteuer zu legen, wie denn auch diese ohne Gebäude verpachteten Grundstücke einen geringeren Pachtzins abwerfen würden.

(a) Ausdrücklich in Bezug auf die Haussteuer vorgeschrieben in Mailand, Finken, I, 540.

(b) v. Jacob, I, S. 643. 644.

§. 357.

Das erstgenannte Verfahren ist das übliche. Das zweite aber, obschon nicht von Schwierigkeiten frei, hat mehrere Vorzüge vor jenem.

1) Es ist der viel häufigere Fall, daß die Gebäude mit den Grundstücken oder der Betreibung von Gewerben sich in einer und der nämlichen Hand befinden. Deshalb verursacht es weniger Mühe, für solche Grundeigenthümer oder Gewerbsunternehmer, bei denen diese Verbindung nicht stattfindet, einen Abzug zu berechnen, als wenn man überall die Ausgabe für Gebäudemiethe zu den Betriebskosten zu schlagen und eine eigene Haussteuer anzusetzen hat. Dinehin kann man bei einer sorgfältigen Grundsteuersezung nicht umhin, nach den Erfahrungen

den den Preisanschlag zu $\frac{1}{5}$ des Rohertrages vom Acker- und Wiesland. Setzt man diesen z. B. auf 10 Scheffel Roggen, so wäre das Gebäudecapital auf den pr. Morgen 16 fl.

- (b) In Frankreich wird von Scheunen, Ställen, Kellern, Kellern 2c. bloß die area nach dem Anschlage des besten Ackerlandes besteuert, Rec. 396. — Ebenso Rheinpreußen, Allg. Instr. §. 109. — Sachsen Landw. Gebäude nur nach der Grundfläche, Gewerksgebäude, Gasthäuser 2c. nur nach dem mittleren muthmaßlichen Miethertrage, und wenn dieser nicht zu ermitteln ist, nach dem Ertrage des Raums, wenn man denselben als Wohnung vermietthen würde, mit Abzug von 50 pCt., bei Schuppen, Kalköfen 2c. bis 70 pCt. §. 127. — Die österr. Haussteuer trifft nur die Wohngebäude.

4. Absatz.

Gewerbsteuer.

§. 358.

Die Schatzungen konnten bei ihrer ersten Einführung nicht nach einem volkswirthschaftlichen Systeme der verschiedenen Einkünfte, sondern nur nach gewissen leicht kenntlichen Arten und Gruppen derselben angelegt werden. Man behandelte daher das Einkommen der Gewerbsunternehmer (Gewerbsleute) als ein Ganzes. Dasselbe wurde zuerst in den alten Vermögenssteuern (Schoß) nach dem in einem Gewerbe enthaltenen Capitale angelegt (a). Kleinere Gewerbsleute und bloße Lohnarbeiter erhielten niedrige feste Anschläge (b). Als diese allgemeine Schatzung außer Gebrauch kam und durch mehrere besondere Schatzungen, in den Städten auch zum Theil durch die Accise ersetzt wurde, begnügte man sich meistens mit geringen festen Ansätzen, außer bei einigen Gewerben, die einen leichtkenntlichen Maaßstab darboten (c). Die heutige sorgfältig abgestufte, alle Gewerbe umfassende Gewerbsteuer gehört aber dem 19. Jahrhundert an. (d).

Unter Gewerbe versteht man im weiteren Sinne jede Beschäftigung, welche die Erlangung von Sachgütern bezweckt, im Gegensatz solcher Verrichtungen, bei denen die Vergütung (Honorar, Besoldung 2c.) einer höheren Bestimmung wegen nicht zum Hauptbeweggrund gemacht werden darf. In einem engeren Sinne werden bloße Lohngeschäfte ausgeschlossen und nur die-

Bölle, S. 157 (verwirft die Gewerbesteuer, weil sie mit der Zeit auf die Zehrer falle und weil der Vf. überhaupt die Steuerpflichtigkeit für ein „wesentliches Phantom“ hält und bloß die Steuerfähigkeit anerkennt). — Schon Sartorius (Ueber die gleiche Besteuerung, S. 310) erklärte sich gegen die Gewerbesteuer.

§. 359.

Diese Bestandtheile sind:

1) Gewerbsverdienst, Gewerbsprofit, von welchem der Unternehmer seinen und seiner Familie nothwendigen Unterhalt zu bestreiten und die bei seinem Geschäfte vorkommende Wagniß zu tragen hat, I, S. 237. Was diese Ausgaben übrig lassen, ist reines, also steuerbares Einkommen und bildet den kleineren Theil des ganzen Profites, I, S. 242. Zwar ist der nothwendige Unterhalt in einem gewissen Gewerbe schwer zu bestimmen und man hat deshalb meistens nur das ganze (rohe) Einkommen des Unternehmers in Betracht gezogen, allein man darf nie vergessen, daß hievon Kosten bestritten werden müssen, die so nothwendig sind, als die Betriebsausgaben (a).

2) Zins des angewendeten Capitals. Er besteht, da die Erhaltungskosten u. schon unter den Betriebsausgaben berechnet werden, aus reinem Einkommen. Hat der Unternehmer einen Theil des Capitals geborgt, so muß er den Zins mit seinen Gläubigern theilen. Diese sehr häufige Theilung der Zinsen zwischen dem Unternehmer und Capitalisten ist schwer zu erforschen, deshalb nimmt man als Regel an, daß beide sich in einer Person vereinigt finden, doch sollte in der Anlegung der Steuer immer auf die Fälle jener Theilung Rücksicht genommen werden, so weit sie bekannt sind, z. B. bei Pächtern einer Fabrik, Mühle u. dgl. (b).

Im kleinen Gewerbsbetriebe, z. B. bei den meisten Handwerksmeistern, kommt noch ein dritter Theil des Gewerbs-einkommens hinzu, indem nämlich der Unternehmer auch an den einzelnen Gewerbsverrichtungen Antheil nimmt, so daß er an der Ausgabe für Gehülfen etwas erspart und folglich auch einigen Lohn bezieht, I, S. 187. Dieser kann zum Zwecke der Besteuerung dem Gewerbsverdienste gleich behandelt werden.

(a) A. Smith nimmt an, der Gewerbsprofit enthalte neben dem Zinse meistens nur eine sehr mäßige Vergütung für die Wagniß und

Mühe der Capitalanwendung. Er folgert hieraus, daß dieser Theil des Profits (der eigentliche Gewerbsverdienst) nicht besteuert werden dürfe, weil sonst der Gewerbsmann die Steuer auf die Käufer der Waaren oder durch Erniedrigung des Zinsfußes auf die Capitalbesitzer wälzen müsse. — J. St. Mill, Princ. of polit. econ. II, 361: Von dem Gewerbeeinkommen mag ungefähr die Hälfte als Zinsrente anzunehmen sein.

- (b) v. Jacob theilt das aus Gewerben fließende Einkommen in eine persönliche und eine Capital-Industrierente, welche letztere nicht allein den Capitalzins, sondern auch einen Mehrbetrag für Gefahr und Mühe enthalten soll (Staatsfinanzwiss. I, S. 676). Nach obiger Darstellung ist dieser Mehrbetrag Bestandtheil des Gewerbsgewinnes.

§. 360.

Die Gewerbe sind schwerer zu veranschlagen, als die Grundstücke und Gebäude, weshalb auch die Gewerbesteuer weniger einzutragen pflegt, als man nach der Ausdehnung und Ergiebigkeit der ihr unterworfenen Nahrungszweige erwarten dürfte (a). Die Schwierigkeiten entspringen 1) aus der Verschiedenartigkeit der zu steuernden Gewerbe, deren jedes seine eigenthümlichen Verhältnisse des Capitaless, der Kosten u. dgl. besitzt, 2) aus dem Mangel an leicht kenntlichen Anhaltspuncten für manche Gewerbe, z. B. Bankgeschäfte; 3) aus dem starken Einfluß, den örtliche und Zeitumstände auf die Einträglichkeit eines Gewerbes üben; 4) aus der Verschiedenheit in dem Ertrage, den ein und dasselbe Gewerbe den einzelnen Unternehmern gewährt, weil ihre Fähigkeiten, ihr Capital und manche zufällige Umstände den einen gegen den anderen in Vortheil setzen.

- (a) v. Malchus, I, 242. — In Baden trug 1844 u. 45 im D. die Gewerbesteuer 663,197 fl. oder 22, ⁸/₁₀ pCt. der Schätzungen, in Baiern 1837 — 41 i. D. 761,981 fl. oder 12, ³/₁₀ pCt. der Schätzungen, in Oesterreich 1847 i. 741,000 fl. oder 6 ¹/₂ pCt. der Sch. — In Württemberg ist das feste Verhältniß angenommen, daß die Grund- und Gefällsteuer $\frac{13}{24}$, die Gebäude $\frac{4}{24}$, die Gewerbe $\frac{3}{24}$ zu der Summe von 2 Mill. fl. tragen sollen. — In Preußen wird die Gewerbesteuer nur als Ergänzung der anderen Steuern, namentlich der Classensteuer, angesehen. Sie trifft die Handwerksmeister nur, wenn sie mehr als 1 erwachsenen Gehülfen haben. Gesetz v. 30. Mai 1820. Hoffmann, Die Lehre u. S. 195. — Großbritannien hat keine Gewerbesteuer. — Im Kirchenstaate wurde durch das Edict v. 14. Oct. 1850 eine Gewerbesteuer angeordnet, die aber nicht durchzuführen war.

§. 361.

Die Gewerbesteuer ist zunächst als die von der sogenannten städtischen Nahrung, (Gewerke und Handel) zu entrichtende Schätzung betrachtet worden. Geht man indeß von dem Begriffe einer Gewerbsunternehmung aus, so findet man einen weiteren Kreis von Steuerpflichtigen, und da es nur auf das Dasein eines reinen Einkommens ankommt, so macht es keinen Unterschied, ob ein Gewerbe productiv ist oder nicht. Die Gränzen, bei denen die Gewerbsunternehmungen einerseits von den höheren und niederen Lohnarbeiten, andererseits von einer bloßen Anlegung eines zinstragenden Capitals sich unterscheiden, müssen durch die Gesetzgebung genau bestimmt werden. In der Ausübung hat man meistens die niedrigeren Zweige der Lohnarbeit mit zu der Gewerbesteuer gezogen, weil dieselben manchen mit ganz geringem Capitale betriebenen Gewerben nahe stehen. Die sämtlichen Unternehmungen, welche einer solchen Steuer unterworfen werden könnten, lassen sich so überblicken:

1) Erdbarbeit; Gewinnung von Mineralstoffen, Landwirthschaft in ihren verschiedenen Zweigen.

2) Gewerke; Handwerke, Fabriken, Bau-Unternehmungen, Kothhäuser;

3) Handel und dessen Hülfsgeschäfte, — Fuhrleute, Knecht, Schiffer, Bankhäuser, Banken, Canal- und Eisenbahngesellschaften (a).

4) Dienstgewerbe und solche, die den Gebrauch von Sachen betreffen, z. B. Lohnkutscher, Unternehmer von Theatern, Kunstreitergesellschaften, Menagerien, Badeanstalten, — Muscanten, Schornsteinfeger, Friseure u. dgl.

5) Gemischte Gewerbe, z. B. Schenk- und Gastwirthschaften, die aus Nr. 2) 3) und 4) zusammengesetzt sind, Apotheker aus 2) und 3) u.

6) Gewerbe, bei denen aus der Uebernahme einer Wagniß (Risiko) Gewinn gezogen wird, Prämien-Assicuranz gegen Feuer- und Seegefahr, Lebensversicherungen u.

(a) Für solche Gesellschaften pflegen in der Verleihungsurkunde schon Bestimmungen wegen der Steuer aufgestellt zu werden.

§. 362.

Unter diesen 6 Abtheilungen der Gewerbe ist nur bei der ersten die Zulässigkeit einer Beziehung zur Gewerbesteuer zweifelhaft.

Bei der Gewinnung der Mineralstoffe sind die Bergwerksunternehmungen gewöhnlich darum von dieser Steuer frei geblieben, weil man ihnen vermöge des Bergwerksregales eine eigene höhere Abgabe auferlegt hatte, deren Ermäßigung nach dem Fuße der Gewerbesteuer jedoch sehr rathsam ist, §. 181. Steinbrüche, Torfstiche, Lehm-, Gypsgruben u. dergl. unterliegen der Grundsteuer und bringen als Gewerbsunternehmungen in der Regel neben der Grundrente nur einen geringen steuerbaren Gewerbsertrag.

Zu der Landwirtschaft gehören: gewöhnliche Landwirthe, welche Feldbau und Viehzucht mit einander verbinden, — Weinbauer (Rebleute), Gemüse-, Obst- und Blumengärtner, — Personen, die ohne eigenen Feldbau Schaafzucht betreiben oder Kühe zur Milchwirtschaft miethen (Holländerei-Pächter), — Teich- und Flußfischer u. dgl. (a) Hierbei ist zuvörderst die Steuerfähigkeit größerer Pächter am wenigsten zu bezweifeln, da diese in Bezug auf Capitalzins und Gewerbsverdienst anderen Unternehmern gleichstehen und ein reines Einkommen erwerben, welches von keiner anderen Schätzung erreicht wird (b). Kleine Pachtungen dagegen bringen wegen des großen Mitverbens unbegüterter Landleute kaum mehr als gemeinen Arbeitslohn ein. Bei welcher Ausdehnung des Betriebes die Gewerbesteuer der Pächter anfangen und nach welcher Regel sie steigen soll, dieß kann nach der Größe des abgeschätzten Pachtzinses und des angewendeten Capitals, insbesondere des Viehstandes festgesetzt werden (c).

(a) Die Waldbesitzer können nicht zu den Gewerbsleuten gerechnet werden.

(b) Vgl. F u l d a, Handb. §. 191. 192. — v. R a t h u s, I, §. 54.

(c) Die französ. *taille personnelle* traf auch die Pächter. *Encyclop. a. a. D. S.* 654. Nach dem Steuer-Regulativ des Generatgouvernem. Sachsen v. 12. Nov. 1813 (bei P a r t, Steuerreg. I, 373) wurden Pächter mit einem Steuercapital angelegt, welches $\frac{1}{4}$ ihres Pachtzinses betrug, in Weimar versteuern Pächter ganzer Landgüter $\frac{1}{4}$ des Pachtzinses, in Sachsen (Bes. v. 24. Dec. 1845, §. 37) zahlen sie von

Pachtungen über 100 bis 1000 rl. $\frac{1}{2}$ pCt., von größeren $\frac{2}{3}$ pCt., von kleinen bis zu 50 rl. 8 Sgr., von 50 — 100 rl. 15 Sgr. — Bei der britischen Einkommensteuer giebt der Pächter halb soviel als der Grundeigner.

§. 363

Die Steuerfähigkeit des selbstwirthschaftenden Grundeigenthümers ist streitiger und schwieriger zu bestimmen. Derselbe zieht neben der Grundrente auch einen Gewerbsverdienst und Capitalzins wie der Pächter (a), bei kleineren Besizungen auch Arbeitslohn, und diese Einkünfte werden von der Grundsteuer nicht erreicht. Solche Landwirthe, die ihren Ländereien viel mehr Ertrag abgewinnen, als man bei der Ansetzung der Grundsteuer auf längere Dauer und nach der üblichen Bewirthschaftung annehmen durfte, z. B. durch eine starke Viehnutzung (§. 333, Nr. 6), könnten offenbar eine Gewerbesteuer tragen, auch sind in mehreren Ländern auch wirklich alle Landwirthe, sowohl Pächter als Eigenthümer, unter die Gewerbesteuerpflichtigen eingerechnet worden (b). Jedoch stellen sich dieser Maaßregel in Bezug auf die Grundeigenthümer mehrere Gründe entgegen, wie denn auch die Erfahrung zeigt, daß diese auf ihrem Eigenthume arbeitenden Landwirthe von den oben genannten anderen Einkünften nur wenig erhalten. 1) Während die Ausdehnung eines Gewerks- oder Handelsgeschäftes sich nach dem Capitale und der Absatzgelegenheit richtet und deshalb zu einem Maaßstabe für das Einkommen der Unternehmer dient, bestimmt sich der Umfang einer landwirthschaftlichen Unternehmung nach der Größe des Gutes, als einem gegebenen Umstande, aus dem sich keinesweges auf eine verhältnißmäßige Einträglichkeit schließen läßt. Die Ländereien müssen auch unter ungünstigen Umständen fortgebaut werden, und der Besizer ist bei ihrer Benutzung durch ihre Lage und Beschaffenheit mehr beschränkt. Naturereignisse und unvortheilhafte Preise schmälern bisweilen das Einkommen der Grundeigenthümer, ohne daß sie ein anderes Erwerbsmittel zu Hülfe nehmen könnten, und sie haben dann wohl Mühe, auch nur die Grundsteuer aufzubringen. 2) Die Grundrente wird zum Theil von den Zinsen der Unterpfandschulden aufgezehrt. 3) Während große Unternehmungen in anderen Gewerben nicht nur

einen größeren Capitalzins, sondern auch einen höheren Procentsatz des Gewerbsverdienstes vermuthen lassen, stehen große Landgüter in der letzteren Hinsicht meistens den mittleren nach und beschäftigen auch gewöhnlich ein verhältnißmäßig geringeres Capital (1, §. 373), weshalb ihre Eigenthümer schon von der Grundsteuer schwerer getroffen werden, §. 305. Kleine Grundeigner befinden sich dagegen nach Abzug der schon besteuerten Grundrente ungefähr in gleicher Lage, wie kleine Pächter, §. 362. (c). 4) Die Betrachtung anderer Schätzungen, namentlich auch der anderen Gegenstände der Gewerbesteuer, zeigt, daß es unmöglich ist, die Capitale vollständig zu besteuern. Dieß rechtfertigt eine Schonung des landwirthschaftlichen Gewerbes, welches sich der Schätzung weniger entziehen kann. Wollte man nun die Steuer nur auf einen ungewöhnlich hohen Ertrag legen, so würde die Katastrirung sehr verwickelt und der Ertrag keineswegs belohnend sein (d).

- (a) Thae r, Landwirth. Gewerbslehre, §. 75. — Daß der Zins von dem stehenden und umlaufenden Capitale ein neben der Grundrente stehendes Einkommen ist, hat man auch bei den Berechnungen der letzteren anerkannt, indem man z. B. den Zins des Viehstandes unter die Culturlasten rechnet, s. §. 333. 8.
- (b) Nach dem nassauischen Gewerbesteuergeſez v. 1841 erhält ein Landwirth für eine volle Fuhr (1 Pferd oder 2 Ochsen) 100 fl., für $\frac{1}{2}$ Fuhr (1 Pf. unter 3 T. od. 1 Ochse od. 2 Kühe) 57 fl., ohne Spannvieh 50 fl. Steuercapital, ein Weingärtner unter $1\frac{1}{2}$ M. 50 fl., von $1\frac{1}{2}$ —3 M. 100 fl., von 3—6 M. 200 fl. und für je 3 M. weiter 100 fl. mehr. Ein Simplum ist $\frac{1}{2}$ des Anschlags. — Großh. Hessen nach dem Geſez v. 2. October 1813. Das Geſ. v. 16. Juni 1826 läßt dagegen die Landwirthse frei. — Die bad. Gewerbst. v. 6. April 1815 besteuert die Landwirthse, aber nicht höher als Tagelöhner. Der Geſezentwurf v. 1847 unterscheidet aber 3 Classen, mit einem Grundsteuercapital unter 5000 fl., von 5—15000 fl. und über 15000 fl. — In Weimar wird der selbstwirthschaftende Grundeigenthümer so behandelt, als wenn er fremdes Land baute.
- (c) Die Viehsteuer kann als eine nach einem Theile des Capitals angelegte landwirthschaftliche Gewerbesteuer angesehen werden. Sie kam schon im 13. Jahrh. vor, Pang, S. 102. In den alten Vermögenssteuern wurde das Vieh mit angesetzt. Im K. Preußen bestand neben dem Hufenschuß ein Horn- und Klauenschuß (Kuh 24—30 Gr., Zuchtthier 15 Gr., Schaaf oder Schwein 3 Gr.). Magdeb. Viehsteuer bis 1716 (Pferd 4 oder 8 Gr., Ochse 3, Kuh 2 Gr. 1c.), Klewih, I, 59. Die alte Schocksteuer traf auch den Viehstand. — Das ang. heſſ. Geſ. v. 1813 ordnete eine Viehsteuer als Bestandteil der Gewerbesteuer an, und setzte als Steuercapital (worunter hier steuerbares Einkommen verstanden ist) von 1 Pferde 2 fl. 30 Kr., von 1 Zugochsen oder Farren 2 fl., 1 Kuh oder 1, 2 — 3jährigem Zug-

- (a) Wenn in dem einen Gewerbe 120, in dem anderen 400 fl. stehendes und umlaufendes Capital dazu gehören, um für 100 fl. Erzeugnisse abzusetzen, so nimmt von diesem Erlöse der Zins (zu 4 pSt.) in dem einen Falle 4^o, in dem andern 16 pSt. hinweg.
- (b) Schuhmacher, Schneider, Weber, Strumpfstriker, Lüncher etc. haben ein geringes stehendes Capital. Ihr umlaufendes wird jedoch bedeutend, wenn sie viele Gehülfen beschäftigen.

§. 365.

2) Welcher Theil (Procentsatz) des Rohertrags dem Unternehmer als Gewerbsverdienst zufalle, dieß wird bedingt theils von der Größe des erforderlichen Capitals, weil mit dieser die Stärke der Wagniß, die Schwierigkeit der Gründung und Leitung des Gewerbes und die geringere Stärke des Mitwerbens einigermaßen zusammenhängt (a), — theils von der Menge und Schwierigkeit der Arbeit, z. B. dem Maasse von Kenntnissen, Geschicklichkeit, Erfahrung u. dgl. Daher muß einem Großhändler, Maschinenfabricanten, Apotheker, Bauunternehmer, Buchhändler, chemischen Fabricanten, Uhrmacher, Juwelier etc. eine größere Quote des Erlöses als Gewerbsverdienst zufallen, als einem Fleischer, Schmied, Müller, Weber, Zimmermeister etc. (b). Wenn der kleine Unternehmer auch gemeinen Arbeitslohn bezieht (§. 359), so kann dieser nur nach dem für die Gehülfen jeder Art von Gewerben bestehenden Satze angeschlagen werden. Diese beiden Einkünfte machen zusammen einen desto größeren Theil des Ertrages aus, je mehr überhaupt der Unternehmer zur Erzielung desselben einwirkt.

- (a) Daß die gefahrvollere Unternehmung einen höheren Gewinnsatz trägt, kommt hier nicht in Betracht, weil die Wagniß wie eine Ausgabe betrachtet werden muß und deshalb kein größerer reiner Gewinn anzusetzen ist.
- (b) Ein Absatz von 100 fl. erfordert vielleicht in dem einen Gewerbe 8 Arbeitstage des Unternehmers zu 2 fl., in dem andern nur $\frac{1}{2}$ Tag zu 5 fl., also resp. 16 und $2\frac{1}{2}$ pSt.

§. 366.

Auch das Verhältniß des reinen Gewinnes zu dem ganzen Gewerbsverdienst ist nicht immer gleich. Bei vielen im Kleinen betriebenen kunstlosen Gewerben steht sich der Unternehmer wenig besser als seine Lohnarbeiter (a). Erweitert sich der Betrieb, so wird er nicht bloß wegen des größeren Capitals, son-

bern auch wegen der Gelegenheit zu Ersparungen, Verbesserungen, neuen Unternehmungen u. dergl. lohnender und wirft einen verhältnißmäßig größeren Gewinn ab. Ebenso verhält es sich mit Gewerben, die mehr Geistesthätigkeit in Anspruch nehmen, und bei denen daher schon der Lohn höher steht. Welchen Theil des Gewerbsverdienstes der Unterhaltsbedarf hinwegnehme und wo dagegen der entbehrliche, dem Wohlleben angehörende Theil des Aufwandes anfangs, dieß läßt sich freilich nicht genau ausrechnen, doch wird sich mit Hülfe der Erfahrung ohne großen Fehler eine Stufenleiter der ungefähren Unterhaltskosten in den verschiedenen Gewerbszweigen für jeden Ort oder Bezirk (b) aufstellen und eine mittlere Quote des reinen Gewerbsverdienstes bezeichnen lassen (c).

- (a) Staatseinrichtungen, welche den Zutritt zu einer Art von Gewerben erschweren, z. B. strenges Zunftwesen, können die Lage solcher Unternehmer verbessern.
- (b) Wegen der ungleichen Kosten der Wohnung, des Holzes, selbst der Lebensmittel etc.
- (c) Fände man z. B. in 4 Gewerben den mittleren Bedarf einer Familie zu 300—400—500—600 fl., und wäre der durchschnittsmäßige Gewerbsverdienst ohne Zinsen 350—500—660—900 fl., so betrüge der reine Gewinn ungefähr $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{4}$ des rohen. Schlägt man aber die Capitalzinsen dazu, so werden die Quoten des reinen Einkommens nicht bloß größer, sondern noch ungleicher.

§. 367.

Die verschiedenen Kennzeichen, aus denen man die wirtschaftlichen Verhältnisse bei einer Gewerbsunternehmung und insbesondere das aus ihr fließende reine Einkommen beurtheilen kann, müssen bei der Anlegung der Gewerbesteuer sorgfältig beachtet werden. Jedes derselben dient dazu, in der einen oder andern Art von Gewerben die Gewinnste mehrerer Unternehmer in ihrem Verhältniß zu einander richtig aufzufassen, allein die Vergleichung von Unternehmungen verschiedener Art kann nur aus der Gesamtheit aller Umstände mit Sicherheit angestellt werden. Bei verschiedenen Gewerben tritt bald das eine, bald das andere Kennzeichen deutlicher hervor. Hieher gehören:

1) Die Größe des stehenden Capitals, woraus sich, mit Rücksicht darauf, ob es ununterbrochen und vollständig im Gebrauche ist (a), die Menge der Erzeugnisse vermuthen läßt.

Stoffe kennen zu lernen, wenn nämlich von denselben eine Aufwandssteuer (Zoll oder Accise) entrichtet wird; Fleischer, Brauereien, Branntweinbrennereien (b), Mühlen, wo eine Mahlsteuer besteht; Weinhandlungen, Fabriken, welche bloß zollpflichtige eingeführte Stoffe verarbeiten. In anderen Nahrungszweigen ist die Menge der bereit zu haltenden Vorräthe von verkäuflichen Dingen in die Augen fallend: Apotheken, Kaufläden etc. Von vorzüglicher Wichtigkeit aber und zugleich leicht wahrzunehmen ist die Zahl der Gehülfen. Mit ihr steigen und fallen auch die anderen Betriebsausgaben, und je mehr dieselben im Verhältniß zum Aufwand für die Arbeit betragen, je mehr namentlich Maschinen und Stoffe kosten, in desto stärkerem Grade wird durch das Hinzutreten jedes neuen Arbeiters der ganze Ertrag und der Antheil des Unternehmers vermehrt (c). Daß es übrigens hierbei nicht allein auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, sondern zugleich auf die Künstlichkeit oder Einfachheit ihrer Verrichtungen und den darnach abgemessenen Lohn ankommt, erkennt man deutlich, wenn man sich z. B. die Abstufung von den Comptoirbedienten eines großen Bankhauses bis zu den Weibern und Kindern, die in einer Tabaks-, Papierfabrik etc. arbeiten, vergegenwärtiget. Mit gehöriger Beachtung aller in einem Gewerbe obwaltenden Verhältnisse läßt sich von dem genannten Merkmal ein sehr nützlicher Gebrauch machen (d).

(a) Auch die Dauer des Umlaufes kommt in Betracht. Wenn ein Krämer sein Capital 4mal im Jahre umsetzt, so braucht er zu dem Jahreserlöse von 12,000 fl. nur 3000 fl., welche 150 fl. Zins tragen, bei einjährigem Umlaufe wird er 600 fl. Zins erhalten müssen.

(b) Preuß. Gewerbesteuergesetz von 1820. Weil. F. G.: Auf je 24 Scheffel jährlichen Verbrauch an Malz oder Branntweinschrot 8 Ggr. Gewerbesteuer. — Niedertande: Bierbrauer und Essigsieder von 14,000 und mehr Pektol. Malzverbrauch in die 1. Classe, von 10 — 14,000 P. in die 2te unter 250 P. in die 14. Cl.

(c) Es sei bei 3 Gewerben A, B, C die Vertheilung des ganzen Erlöses nach Procenten folgende:

	A	B	C
1) Arbeitslohn	60	40	20
2) Materialverbrauch	25	40	50
3) Zins	6	10	14
4) Gewerbsverdienst	9	10	16
	100	100	100

Erweitert sich nun das Geschäft, so daß auf je 100 fl. des Erlöses 10 fl. mehr für Arbeiter ausgegeben werden, so wächst der Lohnauf-

- (c) So z. B. die französische Steuerpatentabgabe, s. S. 374. Jede der 7 Gewerbsclassen hat wieder 7 Stufen, die oberste für Städte von 100,000 Einw. und darüber, die unterste für weniger als 5000 E. Doch erstreckt sich diese Eintheilung nicht auf alle Gewerbe. — Preuß. Gef. v. 30. Mai 1820. Gef. Samml. Nr. 14. (Sinnhold) Die Gewerbesteuerverfassung des Pr. Staats, Piegning, 1831. 4°. Hier werden unterschieden 1) die 10 größten Städte, 2) die 133 (jezt 121) mittleren, 3) die übrigen Orte über 1500 Einw., 4) die kleineren. — Das a. bad. Gesetz nimmt viertheil Orte, nämlich Dörfer — Städte und Märkte unter 3000 E. — solche von 3—6000 — und über 6000 E. an, der Entw. v. 1847 erhöht diese Zahlen auf 4000 und 10,000. — Nassau: nur Städte und Land. — Auch in Oesterreich richten sich bei den verschiedenen Arten der Gewerbe die Sätze zum Theile nach der Größe der Orte.
- (d) Das preuß. Gesetz stellt für jedes Gewerbe in jeder der 4 Abtheilungen einen Mittel- und einen niedrigsten Satz auf. Jener mit der Zahl der Gewerbtreibenden der Stadt oder (in der 4. Abtheilung) des Kreises vervielfacht, zeigt die von denselben im Ganzen aufzubringende Summe. Wer nicht einmal den niedrigsten Satz zu entrichten vermag, muß das Gewerbe niederlegen. Größere Gewerbetreibende müssen das decken, was die kleineren in demselben Nahrungszweige unter dem Mittelsatz bezahlen, und für diese Einreihung sind bestimmte Progressionen vorgeschrieben. So z. B.

	Abth. 1.	2.	3 u. 4.
für Kaufleute			
Mittelsatz	30 rl.	18 rl.	12 rl.
Niedrigster Satz . .	12 „	8 „	6 „
für Handwerker			
Mittelsatz	8 rl.	6 rl.	4 rl.
Niedrigster Satz . .	4 „	2 „	2 „

Die Steigerung ist 4—6—8—12—18—24—30—36—48—60 rl. u. s. f. — Den Kaufleuten, Gast-, Speise- und Schenkwirthen, Bäckern, Schlächtern, ist es gestattet, die Steuer unter sich durch Abgeordnete umlegen zu lassen. Den übrigen Gewerben kann dieß, wo die Verthickheit es ausführbar macht, ebenfalls bewilligt werden. Jede solche Gesellschaft wählt jährlich aus ihrer Mitte 5 Abgeordnete, und zwar 1 aus den größten, 1 aus den geringsten, 2 aus den mittleren Unternehmern, den fünften beliebig; a. Gef. S. 26 bis 59. — Bei Bäckern und Fleischern in Städten der 2 ersten Abtheilungen werden auf jeden Einwohner resp. 8 und 3—6 Pfenn. (den Thlr. zu 14 Groschen) gerechnet, um daraus die Steuerschuldigkeit aller Meister in jedem dieser beiden Gewerbe zu finden; z. B. 14,000 Einw., zu 5 Pf. angesetzt, machen 243 rl., wovon bei 15 Bäckern auf jeden 16½ rl. Mittelsatz kommen. Bemerkungen gegen dieses Gesetz bei v. Jacob, II, S. 1099.

§. 370.

4) Auch der offenkundige Grad von Wohlstand einer Classe von Gewerbtreibenden, sowie Einzelner unter ihnen, kann mit in Erwägung gezogen werden, nur ist im letzteren Falle zu erforschen, ob der Gewerbsmann nicht zugleich andere Ein-

Vergleichung der Steuerläge die nöthige Gleichförmigkeit im ganzen Lande zu erreichen. Es ist deshalb sicherer, durch allgemeine Vorschriften einige Begrenzung des vor den Schätzern liegenden Feldes zu geben. In manchen Staaten ist man sogar in der Aufstellung allgemeiner Regeln zu weit gegangen, so daß für das Ermessen des einzelnen Falles zu wenig Freiheit blieb. Das reine Einkommen der Unternehmer hängt von vielerlei Ursachen ab, die sich nicht an gleichförmige Merkmale und Kennzeichen knüpfen lassen, und wenn dem Gutdünken gar nichts überlassen wird, so kann es nicht ausbleiben, daß die Anschläge bisweilen unrichtig werden.

- (a) S. z. B. der bair. Gesetzentwurf von 1828, dem in diesem Punkte der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beistimmte. Dahin neigt sich auch v. Jacob, II, S. 1092, doch mit einigen Beschränkungen, S. 1095.
- (b) Die bisherigen Gesetze und Instructionen lassen hierin viel zu wünschen übrig.

§. 372.

Aus diesen Sätzen ergeben sich nachstehende Regeln zur Anlegung der Gewerbesteuer:

1) Als Vorarbeit dient die Erforschung der wirthschaftlichen Verhältnisse aller Gewerbe, der zu einem gewissen Erzeugniß erforderlichen Menge von Arbeit und Capital, die Art wie sich der ganze Erlös vertheilt u. dgl. Man kann bei jedem Gewerbe von einem gewissen Lohnsatz als minimum ausgehen und untersuchen wieviel jeder einwirkende Umstand zur Vermehrung dieses kleinsten Einkommens beiträgt.

2) Da sich nicht bei allen steuerpflichtigen Gewerben die nämlichen Anhaltspunkte finden, so werden jene in mehrere Abtheilungen gebracht, deren jede ihre besonderen Hülfsmittel zur Schätzung darbietet. So können die Handwerke mit kleinem und dagegen mit beträchtlichem Capitale, — Fabriken, — Gewerke, welche die gemeinsten Nahrungsmittel bereiten, als Bäcker, Fleischer, Bierbrauer, — der Großhandel nebst dem Bankgeschäfte, — der Kleinhandel, — Gast- und Schenkwirthschaften, — Fuhr- und Schiffergewerbe, — Dienstgewerbe u. in ebensovielen Gruppen getrennt werden (a). Für jede derselben werden die bei ihr

vorzüglich brauchbaren Kennzeichen der Einträglichkeit bezeichnet, bei einigen die Größe des Ortes, bei anderen die stehenden Vorrichtungen *ic.* (§. 367—70).

3) Bei jeder Abtheilung von Gewerben ist die Regel anzugeben, um den Steueranschlag nach der Zahl und Beschaffenheit der Gehülfen zu erhöhen.

4) Es ist zweckmäßig, für jede Abtheilung oder für mehrere derselben eine Anzahl von Classen aufzustellen, deren jeder ein gewisser Steuerfuß oder irgend ein Anschlag beigelegt wird. Die verschiedenen Arten von Unternehmungen können schon im Allgemeinen in diese Classen eingereiht werden, aber dieß darf nicht so unbedingt geschehen, daß auf individuelle Umstände nicht die gehörige Rücksicht genommen werden könnte. Man muß also etwa noch die Wahl zwischen mehreren Haupt- oder Unterclassen freigeben, oder eine Abänderung des aus der Stellung in einer Classe sich ergebenden Anschlages gestatten (b).

5) Einer Commission von achtbaren und unterrichteten Bürgern jedes Ortes, zum Theil aus der Classe der Gewerbetreibenden, wird unter Mitwirkung des Katasterbeamten die Abschätzung aller einzelnen Steuerpflichtigen auf den, in vorstehenden Sätzen enthaltenen Grundlagen übertragen.

6) Läßt sich ein brauchbarer Anschlag für sämtliche Unternehmer eines Gewerbes an einem Orte im Ganzen erlangen, so kann die Vertheilung der Summe unter die Einzelnen dem Vereine der letzteren überlassen werden, weil sie gegenseitig ihre Gewerbsverhältnisse am besten kennen. Freilich entstehen hiebei leicht Streitigkeiten, zu deren Vermittlung der Beisand eines Steuerbeamten nöthig wird (c).

(a) Dester r. Industrials oder Gewerbesteuer, Patent vom 31. Dec. 1812, Decret v. 11. Sept. 1822. 1) Landesfabriken in 8 Classen von 40—1500 fl., 2) Großhandlungen in 9 Abtheilungen von Orten, für jede mit 3—8 Classen, 3) Künste und Gewerbe ebenso, von 1—300 fl. 4) Dienstgewerbe ebenfalls in verschiedenen Abtheilungen für Wien, Provinzialhauptstädte, kleinere Städte *ic.*, überall mit mehreren Classen nach Art des Gewerbes, Ort, Gehülfenzahl, Capital und Geschicklichkeit des Unternehmers. — Würtemberg: 1) Handwerker und Kleinhändler (unter 200 fl. Gewerbscapital), 2) Handlungen und Fabriken, 3) Mühlen und andere Werke, die von mehreren Kunden gegen Lohn benutzt werden, 4) Wirtschaftsgewerbe, a) im engeren Sinne, b) Getränkefabriken. Zu 1) s. §. 368 (d). —

§. 375.

Weitere Bemerkungen zur Gewerbesteuer.

1) Man darf nicht hoffen, daß in den Gewerben beschäftigte Capital in einer, seiner wirklichen Größe nahe kommenden Schätzung mit der Besteuerung zu erreichen. Gleichwohl wäre es nicht zu rechtfertigen, wenn man deshalb die Gewerbesteuer ganz hinweglassen wollte. Da aber die unvermeidlichen Fehler in der Anlegung hier schon größer sind als bei den früher erklärten Schätzungen, so ist eine etwas schwächere Belegung rathsam.

2) Die steuerpflichtigen Gewerbe müssen im Gesetze einerseits gegen die höheren Dienste, andererseits gegen die Einnahme aus Renten ohne Gewerbsbetrieb und gegen die einfache Lohnarbeit genau abgegränzt werden (a).

3) Gewerbsleute, die ihr Geschäft ganz im Kleinen, mit einem geringen Capitale, ohne Gehülfen betreiben, behandelt man am besten wie Lohnarbeiter, und unter Umständen, welche die Dürftigkeit der Unternehmer beweisen, sollten diese ganz befreit werden (b).

4) Wenn ein Unternehmer mehrere Gewerbe zugleich betreibt, so sind 2 Fälle zu unterscheiden; a) stehen die Gewerbe in einem inneren Zusammenhange, so daß sie einander gegenseitig unterstützen, und bedingen, so sind sie zusammengenommen als ein einziges Ganzes zu betrachten. Man kann zum Behufe des Anschlages das vorherrschende, oder, wenn dieß nicht auszumitteln ist, das höher besteuerte Gewerbe zu Grunde legen und für das andere einen Zuschlag festsetzen, mit Rücksicht auf die Summe der Capitale, Arbeiter etc. — b) Sind sie einander fremd, so steht der Forderung der vollen Gewerbesteuer für jedes einzelne nichts im Wege (c). Eine gute Gesetzgebung über Zunftwesen oder Gewerbsberechtigung muß dazu dienen, nahe verwandte Gewerbe in Beziehung auf die Befugniß zu ihrem Betriebe zusammenzuwerfen (d).

(a) Der Verkauf eigener Erzeugnisse ist kein besonderes Handelsgewerbe, wenn er nur durch Feilbieten zu Hause oder durch Besuchen eines Wochenmarktes bewirkt wird. Es muß auch bestimmt werden, welche Veränderungen der gewonnenen Rohstoffe den Landwirthten ohne Entrichtung einer Gewerbesteuer gestattet sind.

- (b) In Baden (Gew. = St. = D. §. 9) sind befreit von der Besteuerung des persönlichen Verdienstes: Personen über 65 Jahre — wer einen Invalidengehalt bezieht, oder 15 Jahre im Militär gedient hat — wer aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird, oder dazu geeigenschaftet ist; ferner (§. 16. Nr. 12) Wittwen und ledige Weibspersonen, die ein nur zur 1. Classe gehörendes Gewerbe treiben. — In Preußen sind solche Handwerker frei, „die in der Regel nur um Lohn oder auf Bestellung arbeiten, ohne auch außer den Jahrmärkten ein offenes Lager von fertigen Waaren zu halten, so lange sie das Gewerbe nur für ihre Person oder mit 1 erwachsenen Gehülfe und mit 1 Lehrling betreiben.“ U. Ges. §. 12, vgl. §. 360 (a). — Sachsen: Handwerker ohne Gehülfe geben nur $\frac{3}{5}$ des Tariffages, und wenn sie nur mit Ausbesserungen beschäftigt sind, $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{5}$ desselben, Ges. §. 39. — Bei alten oder kranken Meistern ist 1 Geselle frei.
- (c) Das preuß. Ges. von 1820 §. 18 drückt dieß undeutlich so aus: „wenn sie absichtlich mit einander in Verbindung gesetzt sind“ — und „wenn sie zufällig von einer Person betrieben werden.“ Im 1ten Falle sollen sie nach dem gemeinschaftlichen Umfange nur 1mal besteuert werden, im 2ten jedes Gewerbe besonders. Französl. Ges. v. 1844 §. 7: nur die Steuer des am höchsten belegten Gewerbes.

§. 376.

5) Die eigene Angabe des Steuerpflichtigen, zumal wenn er, ohne eine bestimmte Summe auszusprechen, sich nur in eine der aufgestellten Classen zu setzen hat, kann zwar benutzt werden, darf aber nicht von der sorgfältigen Untersuchung von Seite der Schätzer abhalten.

6) Zu der Prüfung und Entscheidung der gegen die vorläufigen Anschläge erhobenen Beschwerden (Reclamationen) ist örtliche Kenntniß so nothwendig, daß wenigstens in jeder mittleren und größeren Stadt eine besondere Versammlung von achtbaren und unterrichteten Bürgern aus den verschiedenen Gattungen von Gewerbtreibenden gebildet werden muß (a). Für Dörfer und kleine Städte ist es, um den Prüfungsausschuß zahlreicher und besser zu besetzen, angemessen, denselben einem ganzen Bezirke vorzusetzen.

7) Eine Vergleichung der Anschläge in einem größeren Landestheil in Hinsicht auf Gleichförmigkeit, obgleich schwieriger, als bei der Grundsteuer, ist doch immer ausführbar und nützlich.

8) Die Gewerbesteuerkataster behalten ihre Brauchbarkeit nicht lange und erfordern daher a) eine jährliche Berichtigung, wobei die Veränderungen in den Personen nachgetragen, auch einzelne neue Einschätzungen vorgenommen werden, wenn ein

Gewerbemann auf Herabsetzung anträgt, oder eine Erhöhung den Beamten angemessen scheint, b) eine allgemeine Revision nach nicht langen Zwischenzeiten.

(a) Baden, §. 48: An jedem Orte besteht sowohl zur Einschätzung als zur Untersuchung der Beschwerden eine Gewerbesteuer-Deputation. Württemberg, Instruct. §. 3 a. 4 a: Die Schätzungscommission (bestehend aus 1 Oberamts-Steuercommissär, 1 Bezirksschätzer, 2 Schätzern aus der Gemeinde und 2 aus benachbarten Orten) wird zum Behufe der neuen Einschätzung in Folge erhobener Beschwerden um 2 Personen verstärkt. Nach Erledigung der Reclamationen erfolgt die Vergleichung aller in einem Oberamte erhaltenen Anschläge durch eine Prüfungs-Commission.

5. Absatz.

Zinsrenten = oder Capitalsteuer.

§. 377.

Während die Rente der Gewerbscapitale in dem Einkommen der Unternehmer mit dem Gewerbsverdienst vermischt vorkommt (§. 359), giebt es auch eine vereinzelt stehende Zinsrente, welche theils als Leihzins von ausgeliehenen Geldsummen, theils als Gewinntheil (Dividende) von den Actieneinlagen herrührt. Die Empfänger solcher Zinsrenten pflegt man vorzugsweise Capitalisten zu nennen, weil sie größtentheils ohne Beschäftigung von ihren Renten leben und dann als eine besondere Classe in der Gesellschaft erscheinen. Diese im Sinne des gewöhnlichen Lebens ausschließlich sogenannten Capitale bilden keinen eigenen Theil des Volksvermögens, ausgenommen wenn sie von Anleihen in das Ausland herrühren (I, §. 54), oder so lange sie zwischen der Rückzahlung und der neuen Anlage in der Gestalt von Geldsummen bei dem Capitalisten vorhanden sind. Das in Geldform ausgeliehene Vermögen kann von dem Schuldner als Hülfsmittel zur Gütererzeugung, d. h. als wahres Capital verwendet werden, und in diesem Falle ist der Zins ein ursprüngliches Einkommen (I, §. 251), dieß geschieht aber nicht immer und die Forderung des Gläubigers oder Actienbesizers ist nur ein Anspruch an Andere, die oft nicht ein-

mal einen gleichen Betrag von beweglichem Vermögen in den Händen haben. Eine Besteuerung, die den Güterquellen in der Volkswirtschaft folgte (§. 263), würde daher das Einkommen aus Zinsen ganz unberücksichtigt lassen, weil dieses von den Schuldnern aus ihrem Gewerbsverdienst oder ihren Renten entrichtet wird. Ein Steuersystem aber, welches sich an alle Zweige des Einkommens anschließt, muß auch diese abgesonderte Zinsrente treffen, weil sie, wie die Grund- und Hausrente, ein kostenfreies, reines Einkommen ist. Die Zinsrentensteuer wird gewöhnlich Capitalsteuer genannt, — eine Bezeichnung, welche sich nur nach der im Privatleben üblichen Bedeutung des Wortes Capital rechtfertigen läßt. Eine solche Abgabe war in der älteren Vermögenssteuer vieler Städte und Länder begriffen (a), wurde aber später, als jene sich in mehrere abgesonderte Steuern auflöste, insgemein aufgegeben. Auch in neuerer Zeit hat man sich meistens vor ihrer Einführung gescheut, und ob es schon nicht an einzelnen Beispielen derselben fehlte (b), so sind ihr doch viele Stimmen ungünstig. Dieß kann zum Theil aus der Ungewohntheit einer Zinsbesteuerung und der natürlichen Abneigung vor jeder neuen Art der Belastung, ferner aus der Verkenntung der Grundzüge des Steuerwesens und aus dem Widerstreben der Zinsgläubiger erklärt werden, und insoferne hat diese Stimmung als vorübergehend kein Gewicht. Doch sind auch bedeutendere, aus der Natur dieser Abgabe hergenommene Gründe gegen sie aufgestellt worden, welche eine sorgfältige Beleuchtung erfordern (c).

- (a) Sie kam in dem altdeutschen Schoß vor (§. 402), so auch in der französischen taille personnelle, wo Renten und andere Einkünfte zuletzt mit 5 Proc. belegt waren, Patent v. 1775. — Hessen-Darmst. Steuer-Instruct. v. 1658 Art. 10: „capitalia, davon die pensiones noch im Gang und genossen werden können“. — Koburg. Ausschreiben v. 1589 Art. 15: von ausgeliehenem Gelde. — Steuer-D. einer bair. Stadt v. 1606 bei Part I, 1, 177: von 1 fl. Zins 8 Pf., von Hauszins 5 Pf., von barem Vorrath und Ausständen in Gewerben nur 1 Pf. Die bayerische Zinssteuer, bei welcher das Simptum 5 Proc. der Zinsen betrug, bestand noch bis in das 19. Jahrh.
- (b) Würtemb. Gef. v. 22. Jan 1820. — Weimar. Gef. v. 29. Apr. 1821 über die allg. Einkommenssteuer, Gef. v. 24. Jun. 1840, die Best. des Eink. an Capitalrenten betr. — Pennsylvanische Schatzung v. 1840, welche die ausgeliehenen oder in öffentl. Unternehmungen gewendeten Capitale zu $\frac{1}{2}$ p. m., das Grund- und bewegliche Eigen-

thum zu 1 p. m. trifft. — Englisches Einkommenssteuergesetz v. 22. Juni 1842. = 5 u. 6 Victor. Cap. 35. — Die sächsische Gewerbesteuer (Ges. v. 24. Dec. 1845 §. 50, 51) und die Vermögenssteuer mehrerer Cantone der Schweiz treffen auch die Zinsforderungen. In mehreren Staaten hat man eine solche Steuer zur Deckung vermehrter Staatsausgaben eine Zeit lang zu Hülfe genommen, bis die Abnahme des Bedarfs eine Steuerverminderung zuließ, z. B. die österr. Classensteuer, Patente v. 1. Nov. 1799 u. 20. Aug. 1806, aufgehoben 1829; — kurhess. Classensteuerges. v. 31. Dec. 1833, aufgehoben 1840; — badische Capitalsteuer, B. v. 19. Apr. 1815, in dem nämlichen Jahre wieder aufgehoben, als der Friede die außerordentliche Hülfe unnöthig machte; — außerord. Besteuerung im Grh. Hessen, Ges. v. 17. Nov. 1824. — In den letzten Jahren haben übrigens in mehreren Ländern die Finanzverlegenheiten der Regierungen zur Ueberwindung jener Bedenken und zur Anordnung der Zinsrentensteuer geführt; z. B. bair. Ges. v. 4. Jun. 1848 und 11. Jul. 1850. — Bad. Ges. v. 4. Jul. 1848. Vollzugss-B. v. 19. Jul. 1849.

- (c) Für die Capitalsteuer: v. Jakob, I, §. 645 ff. — Fuld a, Handb. §. 180. — Krause, National- und Staatsökon. II, 311. — v. Rottsch, in Verh. der bad. 2. K. v. 1831. Beil. VIII. 1. Dett. Ökon. Polit. S. 322. — v. Bengel-Sternau, Commissionsbericht der 2. Kamm. über den Entwurf des Gewerbsgesetzes in Baiern, 1828. — Duchesne, Essai sur les finances, Par. 1831. — Motion v. Wassermann, Verh. d. bad. 2. K. 1842, Beil. II, 63 1843. 44. Beil. X, 109. Bericht v. Mathy, Beil. XIII, 115. — Unter gewissen Einschränkungen wird die Capitalsteuer zugegeben v. Ad. Smith, III, 253. (IV, 203 Bas.). — Gegen sie u. A. v. Kremer, I, 197. — v. Malchus, I, §. 58. — Motive zu dem Entwurf des Gewerbssteuergesetzes in Baiern, 1828. — Murhard, Best. S. 396 — 421. — Arndt, Die materiellen Grundlagen, S. 414. — (Berger) Rapport au Grand Conseil (Canton Vaud) sur la motion de Mr. Mercier, tendante à soumettre les créances à un impôt. Lausanne 1837. — v. Prittwitz, Theorie d. Steuern u. Zölle, S. 100, vgl. dessen Kunst reich zu werden, S. 635 — 655. — Helferich, Ueber die Einführung einer Capitalst. in Baden, Ldb. 1846. — Gr. Moltke, S. 219 (hält sie für eine Steuer vom Gelde). — Verschiedene Meinungen gesammelt bei Murhard, S. 405 ff. — Verhandl. der bair. Deputirtenkammer v. 1828. XI. Bd.

§. 378.

Der Hauptgrund für die Zinsrentensteuer ist die Forderung der Gerechtigkeit, daß kein Theil des reinen Einkommens, besonders kein ansehnlich großer, und keine unzweifelhaft steuerfähige Classe des Volkes von der Beiziehung zu den Staatslasten befreit bleiben dürfe (a). Wo dieß geschieht, da genießen die Zinsgläubiger eine unverdiente Schonung, während die anderen Einwohner in unbilligem Maaße belastet werden. Diesen Nachtheil vermögen die Aufwandssteuern nicht zu beseitigen, weil sie auch die anderen,

schon mit Schenkungen belegten Einkünfte und Stände treffen. Es ist öfter behauptet worden, die Zinsgläubiger würden durch die Schenkungen, welche ihren Schuldner aufgelegt sind, schon mittelbar getroffen. Dieß wäre nur dann richtig, wenn die Capitalisten erweislich darum niedrigere Leihzinsen erhielten, weil ihre Schuldner der Grund-, Haus- und Gewerbesteuer unterworfen sind. Allein da der Verschuldete nicht mehr Auflagen entrichtet als der Schuldenfreie, so kann das Dasein dieser Steuern nicht von dem Vorgen einer Geldsumme abhalten, wofern damit ein gewerblicher Vortheil erreicht wird oder eine dringende Ausgabe zu bestreiten ist. Eine doppelte Besteuerung der nämlichen Einkünfte findet nicht Statt, weil die Zinsrente ein besonderes, durch das beiderseitige Mitwerben bestimmtes, nach eigenthümlichen Gesetzen sich richtendes Einkommen ist. Die Zinssteuer darf daher in einem vollkommenen System der Schenkungen nicht fehlen. Hierzu kommt, daß da, wo die Rente der Gewerbscapitale ihre Abgabe trägt, das müßige Verzehren von Capitalzinsen nicht begünstigt werden sollte.

Die gegen diese Steuer aufgeführten Gründe betreffen

1) die Wirkungen derselben, und zwar

a) auf die Schuldner und auf die ganze Production,
§. 379—382,

b) auf die Staatseinkünfte, §. 383,

c) auf den Staatscredit, §. 384 — oder

2) die Ausführungsart, nämlich die mit der Katastrirung der Zinsforderungen verbundenen Schwierigkeiten, §. 385.

(a) Krause a. a. D. rechnet für den preuß. Staat 1206 Mill. rl. Schulden auf dem Grundeigenthum, 262 auf den Häusern, 646 in den bürgerlichen Gewerben, 95 Mill. andere, zusammen 2212 Mill. rl. — Für Baiern schlug Seier (Verhandlung. 1828. XI, 144) die ausstehenden Forderungen auf 400 Mill. fl. an, wovon aber die Hälfte als schlecht stehend oder im Handel enthalten abgehen sollten. Die Steuererhebung nach dem Ges. v. 1848 zeigte einen versteuerten Betrag von 313 Mill. fl. — Die würtemb. Steuer ließ 1843/44 auf 191 Mill. fl. schließen. Der Anschlag für 1849/50 deutet auf 226 Mill., der badische Voranschlag für 1850/51 (1 p. m. oder 192 000 fl.) zeigt 192 Mill. fl. an. — In Frankreich waren am 1. Juli 1840 12 544 Mill. Fr. Hypothekeneinträge, wovon 1250 Mill. als Bürgschaften an den Staat, die Gemeinden &c, also 11 294 Mill. (rund 11 300) wahre Schulden, unter denen 3767 Mill. aus Darleihen, 7533 Mill. beim Kaufe von Liegenschaften übernommen; Finanz-

minister Goudchaux, Assembl. nat. 10. Oct. 1848. Unter dieser Summe sind viele schon getilgte aber noch nicht gelöschte Schulden begriffen, weshalb *Thiers* nur 4500 Mill. annahm (wohl zu niedrig). — In Belgien sollen gegen 600 Mill. Fr. Hypothekenanleihen sein. Demnach wären diese Schulden auf den Kopf

in Preußen (unsicher)	fl.	231
„ Frankreich, bloße Hypoth.-Schulden	„	155
„ Baden, steuerbare Zinsforderungen.	„	161
„ Württemberg „ „ „ .	„	128
„ Baiern „ „ „ .	„	82, ⁵

§. 379.

In Bezug auf die Wirkungen einer Zinssteuer ist vor Allem zu erforschen, wer dieselbe eigentlich zu tragen habe. Wenn dem besteuerten Zinsgläubiger (Capitalisten) eine Ueberwälzung auf den Schuldner durch Steigerung des Zinsfußes gelänge, so wäre die Verwerflichkeit dieser Steuer sogleich erwiesen. Der Wunsch und das Bestreben der Capitalisten vermögen offenbar eine solche Ueberwälzung nicht zu bewirken, wenn ihnen nicht das Mitwerben dabei günstig ist. Dieß wäre auf doppelte Weise denkbar, theils durch eine Abnahme der zum Ausleihen angebotenen Capitale, theils durch eine Vermehrung des Begehres von solchen.

Das Angebot verleiibar Capitalen könnte dann verringert werden, wenn die Eigenthümer, um der Steuer auszuweichen, eine andere Anwendung vorzögen, wozu sich folgende mögliche Wege darbieten (a):

1) Eigene Betreibung von Gewerben, wobei man im Gewerbsverdienste Ersatz für die Gewerbesteuer erhält. Dieß ist in anderer Hinsicht zuträglich, weil es die Capitalbesitzer in der Production beschäftigt, und hat auf den Zinsfuß keinen Einfluß, weil in dem nämlichen Maasse auch der Begehr von Capitalen abnehmen muß, denn so lange die Gelegenheiten dieselben nützlich anzuwenden sich nicht vermehren, werden die eigenen Unternehmungen der Capitalbesitzer nur die Stelle der mit geborgten Summen betriebenen einnehmen.

2) Ankauf von Ländereien oder Gebäuden, die jedoch ebenfalls mit Steuern belegt und nicht so wohlfeil zu erlangen sind, daß man die Abgabe nicht empfände (§. 313); überdieß wür-

c) der Bezug von Zinsen aus einem anderen Lande verursacht größere Bemühungen und Kosten;

d) Wenn der Zinsfuß bei der Zunahme der Wohlstandes sinkt, so müssen die Capitalisten größere Verluste ertragen, als ihnen die Steuer zufügt, sie empfinden hierin, daß ihr Einkommen ein reines ist, welches ohne Nachtheil für die Gütererzeugung durch gebieterische Umstände verringert werden kann, und werden sich also einer kleineren Verkürzung um so eher unterwerfen;

e) die Capitalisten können gesetzlich verpflichtet werden, die im Auslande ausgeliehenen Summen gleichfalls zu versteuern, während man die inländischen Darlehen auswärtiger Gläubiger von der Steuer befreit, weshalb dieselbe kein Abhaltungsgrund ist, Summen ins Land zu senden. Das unbewegliche Vermögen besteuert man zwar der Leichtigkeit wegen an dem Orte wo es sich befindet, bei der Zinssteuer aber, deren Gegenstände zerstreut sind, muß man die Belegung, die ohnehin immer zunächst auf die Person gerichtet ist (§. 262), am Wohnsitz des Rentenempfängers vornehmen, wie dieß bei den Aufwandsteuern von selbst geschieht. Nur wenn man die Steuerpflicht nicht aus der gesamten Staatsbürgereigenschaft, sondern allein aus der Beschützung des Eigenthums herleiten wollte (§. 352), könnte man die Besteuerung solcher Forderungen, die der Staat nicht schützt, mißbilligen und müßte dagegen das Vermögen Fremder ebenfalls besteuern. Beide Methoden sind übrigens, wenn man sie in allen Ländern zugleich und gleichförmig befolgt denkt, im Erfolge für die Steuerpflichtigen, wenigstens bei einerlei Steuerfuß, ziemlich gleich, nur daß der Regierung des leihenden Volkes (I, §. 80) die erste, der des borgenden die zweite mehr Einnahmen verschafft (b).

(a) Viele denken sich das Capital als ein in keinem Lande gebundenes, wie auf Flügeln hinschwebendes Gut, welches, wenn es sich hie und da befruchtend niederläßt, die größte Schonung fordert. A. Smith: „Der Eigenthümer von Grundstücken ist nothwendig ein Bürger des Landes, in welchem seine Besizung liegt; aber der Capitalist ist eigentlich ein Weltbürger und nicht nothwendig an ein besonderes Land geknüpft. — Eine Steuer, welche das Capital aus einem besonderen Lande treiben würde, müßte, soweit sie dieß thäte, jede

§. 382.

Diese Wirkung ist nicht wahrscheinlich, weil a) ein Abzug zu Gunsten der verschuldeten Steuerpflichtigen an ihren Schenkungen sich nicht vollständig ausführen läßt, s. §. 384; b) nur ein Theil der Schulden zu gewerblichen Zwecken gemacht wird, während viele andere aus dem Ankaufe von Liegenschaften (Immobilien) oder aus Verlusten und Unfällen herrühren und dann, wenn der Schuldner sich in einer besseren Lage steht, sogar häufiger abgetragen, als vermehrt werden; c) die Gelegenheiten, Capitale in Unternehmungen zu verwenden, in dem vorausgesetzten Falle sich nicht erweitern (a); d) wenn ferner die geringere Ausgabe, welche aufgenommene Capitale dem Schuldner verursachen, sogleich eine Zunahme der Nachfrage bewirkte, so müßte dasselbe auch bei einer Erniedrigung des Zinsfußes geschehen, und es müßte diese hiedurch in Kurzem wieder aufgehoben werden; dieß ist aber gegen die Erfahrung. Capitalsteuern haben auch, wo sie Statt finden, das Sinken des Zinsfußes nicht verhindert, und es ist nicht bekannt, daß sie denselben höher erhalten hätten, als anderswo.

(a) Smith, III, 252.

§. 383.

Durch die vorstehenden Sätze wird die Besorgniß einer Steigerung des Zinsfußes sehr gemindert, doch kommt es hiebei auch auf die Höhe der Steuer an. Wäre diese gering, z. B. nur $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{15}$ der Zinsen, so dürfte man weder das Hinausgehen von Capitalen befürchten, noch die Zunahme des Begehres erwarten, und die Capitalisten könnten schwerlich ihre Schuldner mit der Drohung des Kündigens zur Bewilligung eines höheren Zinses bewegen, weil sie keine Aussicht hätten, im Falle der Heimzahlung die Summen anderswo besser unterzubringen. Bei den meisten Darleihen vermag der Capitalist keinesweges, nach Gutdünken zu fordern und zu gebieten, vielmehr steht er unter der Macht des Mitwervens. Nur Darleihen auf persönlichen Credit mit stärkerer Wagniß machen eine Ausnahme, bei diesen aber ändert sich durch die Zinssteuer am wenigsten, weil sie keinen

Abzug bei dem Schuldner zulassen. Um die Ueberwälzung noch mehr zu erschweren, könnte man die Steuererleichterung der Schuldner erst einige Zeit nach der Einführung der Steuer beginnen lassen, auch ist es dienlich, die Capitalisten nach einer gewissen Abstufung in Classen zu setzen, so daß das Verhältniß der Abgabe zu dem Capital nicht buchstäblich überall dasselbe ist. Je mehr man ferner diese Steuer anderen Schatzungen ähnlich zu machen weiß, ohne dadurch die Besteuerungsgrundsätze zu verletzen, desto deutlicher wird auch die Ueberzeugung hervortreten, daß man jene auf sich nehmen müsse, ohne eine Ueberwälzung zu versuchen. Von dem gesetzlichen Verbote einer solchen ist wenig Erfolg vorauszusehen (a).

(a) Z. B. bei der, in der ehemaligen englischen income-tax enthaltenen Zinssteuer (v. Raumer, Brit. Best., S. 164), sowie in der jetzigen Einkommensteuer. — Ebenso würtemb. Abgabengesetz v. 22. Juni 1820, §. 14: Kein Capitalbesitzer ist berechtigt, sich die Steuer vom Schuldner vergüten zu lassen, bei Strafe des 15fachen. — Bair. Zinssteuer, Verordn. v. 1794, Ges. v. 1848 §. 1, Ges. v. 11. Jul. 1850 Art. 1.

§. 384.

Wenn man den Schuldnern der Zinsgläubiger bei der Besteuerung ihrer Einkünfte den Abzug der zu entrichtenden Zinsen gestattet (§. 401), so wird hierdurch der Vortheil, den die Zinsrentensteuer der Staatscasse gewährt, bedeutend vermindert, jedoch nicht ganz zerstört, weil es viele Zinsforderungen gibt, bei denen kein Schuldner eine Minderung seines Steueranschlages in Anspruch nehmen kann, z. B. die Staatsschulden und die Forderungen an Auswärtige. Uebrigens ist auch der Mehrertrag, den die Zinssteuer abwirft, nicht der einzige Grund für ihre Empfehlung, sondern zugleich die gleichmäßigere Vertheilung der Staatslasten. Die Beiziehung einer bisher zu wenig besteuerten Classe von Bürgern würde aus Gründen der Gerechtigkeit und Staatsklugheit selbst dann rathsam sein, wenn sie gar keine Vermehrung der Staatseinkünfte zu Wege brächte. Ist es später einmal nöthig, zur Deckung vermehrter Staatsbedürfnisse die Steuern zu erhöhen, so läßt sich dieß dann um so leichter ausführen, in je richtigerem Verhältnisse alle Einkünfte und alle Stände der Gesellschaft belegt sind.

ständig katastrirt wird. Wenn jedoch eine Steuer als gerecht und volkswirthschaftlich unschädlich anerkannt wird, so darf man sich durch äußere Schwierigkeiten nicht abhalten lassen, die sich ohnehin mit der Zeit vermindern, indem sowohl die Geschicklichkeit der Beamten und Schätzer mit ihrer Erfahrung zunimmt, als auch der Gesetzgebung sich neue Hülfsmittel zur Veranschlagung darbieten.

Zwischen den einzelnen Arten von Forderungen findet in Absicht auf die leichte oder schwere Erforschung eine große Verschiedenheit statt. Die Schulden des Staates sind genau bekannt, hypothekarische Forderungen lassen sich aus den Pfandbüchern leicht abnehmen, ebenso auch das Vermögen der Stiftungen, Corporationen und Minderjährigen aus den obervormundschaftlichen Berichten der Staatsbehörden. Dagegen ist man bei den im Auslande angelegten und den bloß auf persönlichen Credit im Inlande dargeliehenen Summen von Stützpunkten jener Art gänzlich verlassen. Gleichwohl dürfte man nicht nur gerade die Arten von Capitalforderungen besteuern, die man genau zu erforschen vermag, weil dieß, abgesehen von der rechtlichen Ungleichheit, die Capitalisten ermuntern würde, ihre Capitale den steuerfreien Darlehen zuzuwenden, wodurch dann die Pfandschuldner zu etwas höherem Zinse genöthiget werden könnten.

§. 387.

Die zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten gemachten Vorschläge sind mit anderen Nachtheilen verknüpft, namentlich folgende beide: 1) Indirecte Besteuerung des Capitalisten, indem der Schuldner ermächtigt wird, jenem einen bestimmten Theil der Zinsen abzuziehen, während er selbst in der Schätzung als schuldenfrei behandelt wird. Hierbei würde die Staatscasse bloß den Ertrag der Steuer von den Staatsgläubigern erhalten (a). Dagegen ist zu erinnern, daß bei Schulden, die mit dem Erwerbe nicht zusammenhängen (§. 401 a), der Schuldner keinen Anspruch auf eine Steuerermäßigung hat, und daß hier, wo derselbe zum Werkzeuge der Besteuerung für den

leihen, die mit geringer Sicherheit angelegt sind, dürfte ohnehin keine stärkere Belegung solcher Forderungen zur Folge haben, weil sie zum Theile nur Affecuranzprämie ist. 4) Auch die in der leichten Verheimlichung der Capitale liegende Versuchung kann hiebei in Betracht kommen (b).

(a) Vgl. F u l d a, Handb. S. 181. — Die würtemb. Capitalsteuer war anfangs $\frac{1}{2}$ pSt. (20 kr. von 100 fl.), dann seit 1830 $\frac{1}{6}$, seit 1833 $\frac{1}{2}$ pSt. Das Finanzgesetz vom 22. Zul. 1836 setzt sie für 18³⁶/₃₇ — 18³⁸/₃₉ auf $\frac{1}{12}$ pSt. herab, gleichzeitig mit anderen Steuerreduktionen. 1849 Erhöhung auf $\frac{1}{4}$ Proc. — In Sachsen werden die Capitalisten nach dem Tarif D zum Gewerbesteuergezet getroffen; 60 — 100 rl. Zins geben $\frac{1}{2}$ rl., 100 — 200 rl. 25 Sgr. u. s. f.; also ungefähr von $\frac{2}{3}$ Proc. bis 1, ⁸⁸ Proc. Von mehr als 4500 rl. werden 100 rl. entrichtet. — Baiern: $\frac{1}{100}$ der Zinseinnahme. — Baden: 1 p. mille des Capitals.

(b) Es ist rathsam, überall den niedrigsten in einem gewissen Zeitpunkte vorkommenden Zinsfuß anzunehmen. Zeitrenten dürfen nicht nach ihrem vollen Betrage belegt, sondern es muß der Zins ihres jetzigen Werthes ermittelt werden; z. B. eine 20jährige Rente von 100 fl. ist zu 3 Proc. 1487, ² fl. werth und der Zins hiervon beträgt 44, ⁸² fl., die zu 100 fl. noch fehlenden 55, ²⁸ bleiben als zur Tilgung gehörend außer Ansatz. So bestimmt auch das bad. Ges. Art. 11. Leibrenten sollen nach demselben 8fach zu Capital angeschlagen werden, ewige Renten 25fach. — Lotteriebobligationen dürfen besteuert werden, wie wenn der Zins ausbezahlt würde. Aktien und Schuldbriefe, bei denen es offenkundig ist, daß die Dividenden und Zinsen stocken, müssen so lange befreit bleiben u.

§. 390.

Eine besondere Berücksichtigung erfordern solche Personen, die von den Zinsen eines kleinen Capitals nur gerade noch leben können und außer Stand sind, durch Arbeit etwas zu erwerben, denen also der Vortheil, über ihre Zeit frei verfügen zu können (§. 259), nichts hilft, z. B. Wittwen, Waisen in frühem Alter, Greise u. Die Gränze des aus diesem Grunde steuerfrei zu lassenden Zinseinkommens muß jedoch so gezogen werden, daß die künstlichen Bedürfnisse der höheren Stände ausgeschlossen bleiben. Ein ganz geringer Betrag von Zinseinnahmen sollte überhaupt billiger Weise unbesteuert bleiben, sowohl wegen der Mühe der Katastrirung, als um der arbeitenden Classe die Neigung zum Uebersparen nicht zu verringern; namentlich gilt dieß von den in Sparcassen angelegten Summen (a).

(a) In Württemberg sind (a. Gesetz von 1821, §. 5) befreit: die Zinsen der Zucht-, Waisen-, Irrenhäuser, der Universität, der Wittwen-Kau, polit. Dezon. 3te Ausg. III. 2. Abth.

zulässig, wofern man nur den Steuerfuß in solcher Fortschreitung steigen läßt, daß er immer ungefähr eine gleiche Quote des muthmaßlichen (reinen) Lohneinkommens bildet (a). Dagegen ist die kürzere Dauer des letzteren kein Grund, dasselbe schwächer zu besteuern, als ein immerwährendes Einkommen, weil auch die Steuer selbst von jedem Arbeiter nur so lange erhoben wird, als er im Bezug des Lohnes ist (b). Die bei künstlicheren Beschäftigungen im Lohne mitbegriffene Vergütung der Vorbereitungs-kosten (I, S. 194) sollte, weil in ihr ein Kostenersatz enthalten ist, geringer belegt werden, und obschon ein genauer Ueberschlag dieser Summen nicht möglich ist (I, S. 191), muß man doch bei der Festsetzung des Steuerfußes auf diesen Umstand Rücksicht nehmen.

- (a) Wenn man z. B. fände, daß das reine Einkommen in folgendem Verhältniß zur ganzen Lohneinnahme stünde:

bei	300 fl. Lohn	30 fl. rein	oder	10 pCt.	
"	500 "	75 "	"	"	15 "
"	1000 "	200 "	"	"	20 "
"	1500 "	375 "	"	"	25 "
"	2000 "	600 "	"	"	30 "

und wenn die Steuer $\frac{1}{10}$ des Reinertrages sein sollte, so könnte man sie bei diesen 5 Fällen des rohen Einkommens auf 3 — 7,^s — 20 — 37,^s und 60 fl., d. h. auf 1 — 1,^s — 2 — 2^s und 3 pCt der Einnahme setzen.

- (b) Nach der, früher im Großh. Hessen angewendeten, von Arö n d e (Ausführl. Anleitung S. 93) angegebenen Methode sollte der Arbeitsverdienst wie eine Leibrente behandelt werden. Man nahm in der Voraussetzung, daß der Erwerb mit dem 20. Jahre anfangt, eine 15jährige weitere Lebensdauer an, zog hievon 6 Jahre für Krankheiten zc. ab und erhielt so eine 9jährige Rente, deren anfänglicher Werth (bei 5 Proc. Zins) dem 7fachen Jahresbetrage gleich ist. So würden also 800 fl. Arbeitsverdienst einen Capitalanschlag von 5600 fl. geben. Hierbei ist sowohl die Lebensdauer zu kurz (sie beläuft sich im 20 Jahre auf etwa 35 Jahre), als die Zeit der Unterbrechungen zu lang angenommen, überhaupt aber ist der Lohn eines Arbeiters nicht wie eine Leibrente anzusehen, er enthält (den Ersatz der Vorbereitungskosten ausgenommen) nicht die allmälige Rückzahlung eines Capitals neben einem Zinse, sondern ein für die persönlichen Bedürfnisse des Arbeiters bestimmtes Einkommen, und so lange dasselbe dauert, so lange kann es auch besteuert werden. Die Steuer hört ja ebenfalls mit dem Tode des Arbeiters auf! Die durch die Natur des Lohnes gebotene schonende Behandlung desselben wird in höherem Grade erreicht, wenn man die Verschiedenheit des rohen und reinen Arbeitslohns beachtet. Allerdings sollte der Arbeiter etwas von seinem Lohne für sein Alter, seine Familie zc. zurücklegen, was beim Empfänger einer Capitalrente nicht so nothwendig ist, allein dieß ist auch möglich, weil von der Steuer

immer nur eine Quote des muthmaßlichen reinen Einkommens in Anspruch genommen wird. — Die Betrachtung des Lohneinkommens als einer Leibrente findet sich auch bei Mac Culloch, Taxation, S. 127., dagegen hat nun auch Mill, Princ. of Polit. Econ. II, 358 (1849) die richtige Ansicht ausgesprochen. Indesß will der Vf. bei der Besteuerung des Lohns nicht den Unterhalt abziehen lassen, sondern nur das, was der Arbeiter für seine alten Tage, für seine Kinder u. zurücklegen sollte. Er will daher nur etwa $\frac{1}{4}$ vom Lohneinkommen abziehen, um den Rest wie eine Rente zu behandeln.

§. 392.

Unter die Lohnsteuer fallen alle Personen, die ein bloßes Lohneinkommen ohne Beimischung von Gewerbsverdienst und Capitalzins genießen, und zwar aus den mannichfaltigen Zweigen der Lohnarbeit, von den einfachen Verrichtungen der Tagelöhner an bis zu den höchsten Diensten der Lehrer, Künstler, Geistlichen, Aerzte, Beamten u. Doch kann man sogleich solche Classen von Arbeitern ausschließen, die in der Regel nur den nöthigsten Unterhalt beziehen und daher nicht als steuerfähig anzusehen sind, wie das Hausgesinde beiderlei Geschlechts, die Handwerksgehilfen und überhaupt solche Gehülfen, deren Besteuerung auf die Lohnherren zurückfallen würde, zumal da diese Arbeiter doch Aufwandssteuern entrichten müssen (a). Es macht in Hinsicht auf die Steuerpflichtigkeit keinen Unterschied, 1) ob die Arbeit unmittelbar zur Production, oder zum Handel, zum Gütergebrauch, oder zu persönlichem Vortheil dient; 2) ob die Bezahlung nach der Zeit erfolgt (Tag- und Wochenlohn, Jahresgehalt), oder stückweise für die einzelnen Arbeitsleistungen, wie z. B. die mit dem Namen Honorar (Ehrensold) belegte Vergütung höherer Beschäftigungen; 3) ob die Vergütung für eine gleichzeitige, oder wie bei Ruhegehalten für eine beendigte Thätigkeit, oder auch, wie z. B. bei geistlichen Pfründen, nur wegen der Annahme einer nützlichen Wirksamkeit im Allgemeinen gegeben wird; 4) von wem und in welcher Form der Lohn bezahlt wird, z. B. von Privaten oder Corporationen, — in Geld oder zum Theil in Naturalien.

(a) Am weitesten geht das sächs. Gesetz v. 24. Dec. 1845, nach welchem auch Maurerlehrlinge, Kinder mädchen, Ammen, Spinnerinnen und Spulerinnen Schatzung geben müssen, die beiden letztgenannten 2 Sgr. jährlich.

§. 393.

Die streitige Frage, ob insbesondere die Staatsdiener besteuert werden dürfen (a), ist zu bejahen, weil die Steuerpflicht lediglich von dem Dasein eines reinen Einkommens bedingt wird, und, wenn dieses vorhanden ist, die von dem Staate besoldeten Dienstleistenden in Absicht auf die Besteuerung denjenigen, welche ihre Bezahlung von einem anderen Dienstherrn, z. B. der Kirche, der Gemeinde, einer Gesellschaft u., beziehen, ganz gleich stehen. Die Regierung befindet sich in einer zweifachen Beziehung zu dem Beamten, nämlich theils als Besteller, Bezahler und Anordner seiner Dienstgeschäfte, theils als Besteuerungsgewalt. In dieser Hinsicht ist der Staatsdiener wie jeder andere Angehörige des Staates den allgemeinen Bürgerpflichten unterworfen (b). Man muß jedoch in jedem gegebenen Lande und Zeitpunkte erst noch untersuchen, ob jene thatsächliche Voraussetzung wirklich eintrete, d. h. ob die Besoldungen und Gehalte u. der Staatsbeamten, in Vergleich mit der Bezahlung anderer Arbeiten und mit dem standesmäßigen Bedürfniß der Dienstleistenden so groß seien, daß eine Steuerfähigkeit (ein reines Einkommen) vorhanden ist, vergl. §. 57.

- (a) Die Literatur dieser Streitfrage bei v. Malchus, I, 269. Für die Besteuerung der Staatsbeamten stimmen v. Jakob, Fulda, Krehl u. A., ferner Murhard, Besteuerung, S. 479, — gegen dieselbe Krönke, Sartorius, Log, v. Malchus, ferner Gr. Moltke, S. 290. — Das Für und Wider, ohne Entscheidung, doch, wie es scheint, mit einer Hinneigung zu dem letzteren, in Zacharia, Abhandlungen aus dem Gebiete der Staatswirthschaft, 1835, S. 21.
- (b) Vgl. §. 385. — Quo facilius etiam tributa tolerant privati, ab iis praestandis excipi non debent magistratus, nam rem per se ingratam populo gratissimam reddit imperantium exemplum. Boxhorn, Institut. politicae. L. I. B. 10. §. 18. N. XV.

§. 394.

Gegen die Zulässigkeit der Besoldungssteuer sind hauptsächlich folgende Gründe geltend gemacht worden: 1) Die Anstellung sei ein Vertrag, es dürfe daher die Besoldung nicht verkürzt werden. — Dieß widerlegt sich durch die Unterscheidung des allgemeinen staatsbürgerlichen Verhältnisses von dem besonderen des Beamten. 2) Die Einnahme aus Staatsdiensten

den; Dienstleistende, bis zu den Scribenten, Zollgardisten, Amtsboten, ferner Lehrer aller Art, Aerzte, Hebammen *ıc.* werden von der Classensteuer getroffen. — In Württemberg sind neben den Staatsbeamten auch die Aerzte, Advocaten, Handlungsgehülften, gutherrschafft. Beamten *ıc.* zur Besoldungssteuer pflichtig; Tagelöhner u. dgl. zahlen keine Schatzung. — Die bair. Familiensteuer beträgt in der 4. Classe für unbesoldete Lehrer, Schreiber, Schriftsteller und Künstler jährlich 1 fl. 30 kr. *ıc.*, in der 1. Classe für Tagelöhner ohne Grundeigenthum 40 kr., Wittwen und ledige Weibspersonen 20 kr., in der 2. Classe für Dienstboten und Gehülften, die nicht in Kost und Wohnung des Dienstherrn stehen, m. 40 kr., w. 20 kr., vgl. §. 395 (a). — In Preußen fallen alle höheren Dienste unter die Classensteuer, im Großh. Hessen unter die Personalsteuer, ebenso in Sachsen, wo die Personalsteuer mit der Gewerbesteuer verbunden ist.

§. 397.

Die Kopfsteuer, welche ohne Rücksicht auf Vermögen und Einkommen bloß nach der Zahl der Personen aufgelegt wird, entsprach dem Kindesalter des Steuerwesens, in dem sie sich durch die Leichtigkeit der Anlegung und Erhebung empfahl (a). Nachdem längst andere, ergiebigere und gerechtere Steuern eingeführt worden sind, hat sich doch neben ihnen in einigen Staaten eine der Kopfsteuer ähnliche Abgabe erhalten, die unter dem Namen Personalsteuer alle Familienväter und einzeln lebenden Personen (b) oder sogar alle Erwachsenen (c) in ganz gleichem Betrage trifft. Sie muß sehr niedrig sein, um von Allen ertragen werden zu können. Ihr Nutzen kann nur darin gefunden werden, daß sie von den keiner anderen Schatzung unterworfenen Staatsbürgern, also namentlich den Lohnarbeitern, einen billigen Beitrag liefert, indeß bleibt die rücksichtslose Gleichheit der Steuersumme und die mühsame Einforderung derselben auch von denjenigen Staatsangehörigen, welche schon auf andere Weise besteuert sind, immer eine wesentliche Unvollkommenheit dieser Steuer, welche deßhalb besser durch eine geregelte Lohnsteuer ersetzt wird (d).

(a) Kopfsteuer in Persien, in Rom unter den Königen, sodann auch wieder unter den Kaisern; doch waren nur Plebejer ohne Grundeigenthum dieser *Capitatio* unterworfen, die zur Unterscheidung von der Grundsteuer bisweilen den Namen *humana* trug; s. Savigny, a. a. D., und Gr e u z e r, Röm. Antiquitäten, S. 367. — Der türkische Charadsch von den erwachsenen männlichen Nicht-Moslims ist kein einfaches Kopfgeld, da er 3 Abstufungen von 10, 6 und 3 Piaſtern

Hauptsumme zusammengezogen darstellt. Man unterläßt hiebei die umständliche und sorgfältige Erforschung der einzelnen Einkünfte, theils weil sie langwierig, mühsam und kostbar ist, theils weil in der Anlegungsart zwischen den verschiedenen Zweigen des Einkommens kein Unterschied gemacht werden soll; dagegen sucht man sich auf einem kürzeren Wege einen ungefähren Ueberschlag des steuerbaren Einkommens zu verschaffen. Die Vortheile, welche eine solche Steuer gewähren kann, liegen 1) in der Leichtigkeit und Einfachheit der Anlegung, weshalb diese Steuer ein brauchbares Mittel ist, um in Zeiten vermehrter Bedürfnisse schnell eine beträchtliche Hülfe zu gewähren (b), 2) in der Allgemeinheit, indem keine Classe von Staatsbürgern befreit bleibt und namentlich auch die Capitalisten beigezogen werden. Dieß gereicht dieser Steuer besonders zur Empfehlung; 3) in der Berücksichtigung der Schulden, deren Zinsen von dem steuerbaren Einkommen abgezogen werden können.

(a) Lips, Ueber die allein wahre und einzige Steuer, Erlangen 1812. — Hermes, 15. Heft. — Zacharia, Staatsw., S. 425 — 433. — Murhard, Besteuerung, S. 506 (hier zugleich viele Autoritäten pro et contra). — Ein Aufsatz im New Monthly Review, übersetzt in Buchholz, R. Monatsschrift, Sept. 1834. — Ueber verhältnißmäßige Besteuerung, Leip. 1834. Cap. 1. — Wenda, R. Peel's Finanzsystem, oder über die Vorzüge der Einkommensteuer, Berlin. 1842. (Geht nicht in die Steuertheorie ein, sondern sucht nur die Staatsanleihen zu tabeln.) — Gr. Roltke, S. 254. — v. Sparr, Die allg. Einkommensteuer als einzige, directe Abgabe, Gießen, 1848. — v. Groß, Allgem. progressive Grund- und Einkommensteuer, Jena, 1848. — Biegler, Zur socialen Reform, 1850. — J. St. Mill. Princ. of. pol. II, 378. Dagegen von Malchus, I, 175 und die dort angeführten Schriftsteller Sartorius, Vog, Fulda, Sismondi. — Edinb. Rev. Apr. 1833. S. 143. — Mac Culloch, Taxat. S. 113. — David in Journ. des Econ. XXI, 368. — Cochet in Revue des 2 mondes, 1849. I, 115. — Baumstark, Zur Einkommenssteuer-Frage. Greifswald, 1850.

(b) Sie ist aus diesem Grunde auch zu einer außerordentlichen Auflage wohl geeignet. Die ziemlich gangbare Eintheilung der Steuern in ordentliche und außerordentliche kann in der Wissenschaft nur insofern anerkannt werden, als manche Arten von Steuern, die zwar einträglich aber sonst unvollkommen sind, eher auf ein oder einige Jahre, als dauernd angewendet werden dürfen.

§. 399.

Einer die Stelle aller anderen Schätzungen vertretenden Einkommenssteuer steht die Ungenauigkeit der Anschläge

entgegen, welche wegen des gewählten, für alle Arten von Einkünften gleichen Verfahrens unvermeidlich ist. Die Mittel, welche zur Ausführung dieser Steuer allein übrig bleiben, sind 1) die eigene Angabe der Steuerpflichtigen, auf die man sich hier um so weniger verlassen kann, da es meistens an Gelegenheit fehlt, unwahre Erklärungen zu berichtigen und zu bestrafen (a); 2) die Prüfung dieser Angabe und die Schätzung durch einen Ausschuss von Mitbürgern, welche auf die ihnen bekannt gewordenen Einkünfte, die Vermögensumstände und auf die Lebensweise jedes Steuerpflichtigen zu achten haben. Auch hier sind große Fehler nicht zu vermeiden, weil z. B. das werbende Vermögen einer Person sich zum Theile nicht in der Nähe ihres Wohnortes befindet, weil man sich bei oberflächlicher Betrachtung leicht über die Einträglichkeit eines Erwerbszweiges täuscht u. dgl. (b). 3) Der Vorschlag, die Steuern durch Abgeordnete erst im ganzen Staate auf die Provinzen, dann in diesen auf Bezirke u. s. w. vertheilen zu lassen, und endlich in jedem Orte die auf denselben treffende Summe durch einen Schätzungsausschuss im Verhältniß des muthmaßlichen reinen Einkommens umzulegen (c), ist ebenfalls nicht befriedigend, weil man ohne Kataster der steuerbaren Erwerbsquellen die Austheilung auf die einzelnen Landestheile nicht mit der erforderlichen Genauigkeit bewirken kann, und weder der gute Wille, noch die Einsicht der Abgeordneten den Mangel sicherer statistischer Anhaltspunkte ersetzt.

(a) S. die bei *Murhard* S. 523 ff. mitgetheilten Stellen mehrerer Schriftsteller.

(b) *Murhard*, S. 531, sowie *Schön* und der Ungenannte im *Hermes* legen auf die Verbindung dieser Schätzung mit der eigenen Angabe besonderes Gewicht.

(c) Der a. Aufsatz im *Hermes* und *Murhard*, S. 534.

§. 400.

Eine Einkommenssteuer neben den anderen Schätzungen einführen, heißt dem bisher angenommenen noch ein zweites neues Schätzungssystem beigesellen. Ein solcher Zustand ist offenbar unvollkommen, weil man mehr Arten von Steuern hat, als es nöthig und nützlich ist, weil ferner die neu hinzugekommene Steuer wesentliche Mängel an sich trägt (§. 399)

600 fl., Renten bis 300 fl., Gewerbsleute in der untersten Classe der Gewerbesteuer.

- (c) Vgl. §. 391. Nach dem preuß. Entwurfe v. 1847 sollte das sog. nicht fundirte Eink. (Lohn u. Gewerbs Eink.) nur zu $\frac{2}{3}$ belegt werden. Diese Erleichterung ist noch sehr mäßig, da der Unterhaltsbedarf weniger als $\frac{2}{3}$ übrig läßt. Ueberhaupt ist eine u. dieselbe Quote nicht bei jeder Größe eines Arbeitsertrages anwendbar. — Oesterreich: Renten u. Gewerbsverdienst 5 Proc., Besoldungen von 600 — 1000 fl. 1 Proc., für das 2te Tausend 2 Proc. u. s. f. — Baiern: kein Unterschied. — Sachsen: Arbeits- und Gewerbsverdienst wird zu $\frac{2}{10}$, Besoldung, Gehalt zu $\frac{1}{10}$, Grundrente zu $\frac{1}{10}$, Capitalzins voll angeschlagen, B. v. 12. Aug. 1848. §. 6.

§. 400 a.

Ein Steigen des Steuerfußes mit der Höhe des steuerbaren Einkommens ist bei dieser Steuer theils vorgeschlagen (a), theils wirklich angeordnet worden (b). Abgesehen von fremdartigen oder verwerflichen Beweggründen, kann für diese sog. progressive Steuer die Erwägung geltend gemacht werden, daß, je größer das Einkommen einer Person ist, desto entbehrlichere, dem Luxus angehörende Verwendungszwecke bei einem Theile der Ausgaben vorkommen und daher, wenn man das Einkommen in eine Anzahl gleicher Summen zerlegt, der concrete Werth der letzten, entbehrlichsten Summe desto niedriger ist, je mehr solche Summen vorhanden sind, §. 253. Außer einer Betrachtung dieser Art hat vermuthlich auch die Hinsicht auf das Arbeitseinkommen, bei welchem allerdings das Steigen des Steuerfußes ganz angemessen ist (§. 391), zu der Empfehlung der progressiven Steuer beigetragen. Gegen dieselbe sprechen aber folgende sehr erhebliche Gründe: 1) Die Abnahme des concreten Werthes der Theilsummen findet nur bei dem Aufwande für persönliche Zwecke in vollem Maße statt, nicht bei der Ersparung neuer Capitale oder bei der Verwendung für gemeinnützige Zwecke, sie hängt auch zu sehr von individuellen Umständen ab und ist zu ungleichförmig, um bei der Besteuerung berücksichtigt werden zu können. 2) Es läßt sich keine Zahlenregel für die Fortschreitung des Steuerfußes als die allein richtige oder als die beste aufstellen. Daher würde eine gewisse Willkür herrschen und man könnte leicht zu einer stärkeren Fortschreitung, als man für gut hält, fortgerissen werden.

II. Als Inbegriff der einzelnen Schenkungen.

§. 401.

Wenn die sämtlichen einzelnen Schenkungen vollständig ausgeführt, nach gleichmäßigem Grundsatz dem reinen Einkommen angepasst und mit aller Sorgfalt eingerichtet, wenn sie endlich unter einander in ein richtiges Verhältniß gebracht sind, wie es der Größe der verschiedenen Theile des Volkseinkommens entspricht (a), so bilden diese Steuern ein wohlgefügtes Ganzes und machen dann eine besondere Einkommenssteuer überflüssig. Dieß Ganze ist nicht sowohl eine einzige Steuer, als vielmehr eine Verbindung mehrerer einzelnen Steuern, deren jede in der Beschaffenheit der Steuerquelle und der darauf gebauten Anlegungsweise ihre Eigenthümlichkeit hat. Eine solche Gestaltung des Schenkungswesens ist ein Ziel, dem man allmählig näher zu kommen trachten soll. Eine schnelle Erreichung desselben ist schon wegen der dazu erforderlichen Vorarbeiten und Erfahrungen unmöglich; hiezu kommt aber, daß man Änderungen in der Besteuerung, weil sie mancherlei Störungen im Verkehr bewirken, nicht gerne oft vornimmt (§. 270) und durchgreifende Verbesserungen meistens bis auf das Eintreten eines dringenden Bedürfnisses verschiebt.

(a) Und etwa den bei der Besteuerung der Zinsrente zu nehmenden Rücksichten, S. 390.

§. 401 a.

Wenn man alle Einkünfte eines Steuerpflichtigen zum Behufe der Belegung mit Schenkungen zusammenfaßt, so entsteht auch die Frage, ob und wie die schuldigen Leihzinsen zu berücksichtigen seien. Ein Abzug dieser Leihzinsen von dem ausgemittelten reinen Einkommen kann bei der Grund- und Hausrente, wenn man beide abgesondert für sich betrachtet, nicht in Anspruch genommen werden, denn jene Ausgaben sind nicht mit dem Ertrage der Grundstücke und Häuser wesentlich verbunden, wie etwa die Kosten der Reallasten, sie nehmen nicht gerade einen Theil der genannten Renten als solcher hinweg, sondern des Einkommens der Schuldner im Allgemeinen. Bei der Ge-

die Einnahmen künftiger Jahre zu betrachten sind, mögen nun die Ausgaben, für welche man borgt, vermeidlich oder nothwendig sein.

Ein Abzug dieser zweiten Gattung der Schuldzinsen von den Einkünften ist nicht zu verlangen, weil der Staat sich nicht um die wirkliche Verwendung des Einkommens bekümmern kann und nur dessen Größe in Vergleich mit dem mittleren standesmäßigen Bedarf der Steuerforderung zu Grunde legt. Unter den Erwerbsschulden wäre hauptsächlich bei denjenigen der Abzug der Schulden billig, welche dem Schuldner den Schein einer größeren Steuerfähigkeit geben, wie z. B. Ankäufe von Liegenschaften oder Neubauten, welche alsbald zu der Haussteuer angeschlagen werden. Bei Grundverbesserungen dagegen ist dieß nicht der Fall, weil die Grundsteueranschlätze nur nach langen Zwischenzeiten erneuert und berichtigt zu werden pflegen. Nun läßt sich aber nicht mehr ermitteln, wie der Schuldner die geborgte Summe verwendet hat, und man muß überhaupt in dieser Angelegenheit auf volle Genauigkeit verzichten. Es würde zur Erleichterung der Schuldner hinreichen, wenn man die sämtlichen Unterpfands- und die Schulden derjenigen Gewerbsleute, welche der Gewerbesteuer unterworfen sind, in Abrechnung bringen ließe, die letztgenannte Art der Schulden nur insoweit, als sie regelmäßig verzinsset werden und höchstens bis zum Belaufe des werbenden Vermögens dieser Gewerbsunternehmer (b), und die Hypothekenschulden, soweit sie nicht offenkundig zu Meliorationen verwendet wurden, für die noch keine Grundsteuererhöhung Statt gefunden hat. Dieser Abzug darf nur auf Antrag des Schuldners, nicht von Amts wegen vorgenommen werden.

(a) Ein Gewerbsmann, der mit geborgtem Capitale wirthschaftet, kann mit einem Landwirth auf einem gepachteten Gute verglichen werden; wie diesem der Pachtzins, so ist jenem der Leihzins als Kostenaufwand abzurechnen. Ein Haus- oder Grundbesitzer, dessen Rente fast ganz von seinen Leihzinsen verschlungen wird, ist offenbar überbürdet, wenn er soviel abgeben muß, als ein schuldenfreier von gleichem Liegenschaftsbesitze.

(b) Vgl. Hoffmann in der staatswiss. Zeitschrift, J. 1845, S. 294. Der Verf. ist mehr für den Abzug aller Schuldzinsen.

3. Absatz.

Allgemeine Vermögenssteuer.

§. 402.

Die größte Einfachheit und Gleichförmigkeit im Steuerwesen hat man bisweilen vermittelst einer Auflage zu erreichen gesucht, welche jeden Bürger im Verhältniß seines ganzen Vermögens ohne alle Rücksicht auf die Beschaffenheit seiner Bestandtheile treffen sollte. Diese von mehreren neueren Schriftstellern (a) wieder empfohlene Vermögenssteuer war schon im Alterthum (b), sodann in vielen Ländern und Reichsstädten unter dem Namen Schoß, Losung häufig zu finden (c), und besteht noch jetzt in einigen Staaten neben anderen Steuern (d). Man hat sie aus einem staatsrechtlichen Grunde vertheidigt, weil man nämlich die Steuerpflicht und das Besteuerungsrecht aus dem Schutze ableitete, den der Staat den Bürgern gewährt, und daraus folgerte, Jeder müsse nach der Größe seines ganzen schutzbedürftigen Besizthums getroffen werden. Dieser Grund ist nicht befriedigend, denn die Beschüzung des Eigenthums ist nicht die einzige Grundlage der Besteuerung (§. 250). Zudem würde der Staat seiner Bestimmung sogar entgegen handeln, wenn er von dem Vermögen, welches er beschirmen soll, einen solchen Steuerbeitrag forderte, der dasselbe mit der Zeit aufzehrte. Das Staatsrecht kann zwar einige Erfordernisse eines guten Steuersystems angeben, aber die Grundzüge desselben müssen aus den Sätzen der Volkswirthschaftslehre abgeleitet werden.

- (a) *Parl. Handb.*, I, 515 (später hat sich der Verf. für eine allgem. Erwerbs- und Einkommenssteuer ausgesprochen, s. dessen *Allgem. Archiv*, 1827. S. III.). — *Krönke*, *Anleitung*, S. 21. — *Derf.*, *Ueber die Grundsätze einer gerechten Best.*, I. Abhbl. — *Mathy*, *Vorschläge über die Einführung einer gerechten Vermögenssteuer in Baden*, *Karlsru.* 1831. — *Pebrer Histoire financ.* II, 342 u. mehrere englische, ebend. S. 335 genannte Aufsätze. — Dagegen u. *A. Mac. Culloch*, *Taxation*, S. 114.
- (b) *3. B.* die Classeneintheilung des *Servius Tullius*. Auch die athenische außerordentliche Vermögenssteuer (*Eisphora*), welche nur in Zeiten eines erhöhten Staatsbedarfes und in einem Fuße von 1—5 pCt. erhoben wurde, war nach Classen angelegt.

- (c) **Schoß, Schatzung, ordentliche Jahressteuer** der deutschen Reichsstädte, schon im 14. Jahrh. vorkommend, in Nürnberg und einigen anderen Städten *Losung* genannt, s. Knipschild, *De jurib. et privileg. civitatum imperial.* 1687. S. 418. Nach dem nürnbergischen *Losungszettel* von 1702 (in Schölzer, *Staatsanzeigen* X, 187) mußte man bei der vollen Steuer von allen beweglichen werbenden Gütern und Vorräthen 1 pSt., mit Freilassung von 100 Simra Getreide, und 3 Fuder Wein, — von Hausmieten, Renten und Zinsen aus fremdem Eigenthum $\frac{1}{8}$, vom Ertrag eigener Ländereien und von den Einkünften aus dem Obereigenthum $\frac{1}{12}$ abgeben („verlosungen“). Befreit waren Zierrathen, Kleider, Hausrath. Diese Mischung von Vermögens- und Einkommenssteuern wurde nach der eigenen Angabe der Bürger ohne andere Sicherung als durch den Eid erhoben. Bei Ländereien in eigener Verwaltung wurden die Baukosten, überall aber die Schulden abgezogen; vgl. auch Schölzer, IV, 85. VII, 464. — Lang, S. 162. — *Steuerverordn. v. Ulm* von 1709 (aus Ländereien $\frac{1}{4}$ pSt., aus verliehenem Vermögen $\frac{1}{2}$, aus Vorräthen, Baarschaft etc. $\frac{1}{2}$ pSt.), v. Ravensburg, 1795 (Ländereien $\frac{1}{8}$, fahrendes und ausgeliehenes Vermögen $\frac{1}{8}$ pSt.). *Parl. Handb.* II, 29 u. 53. — Der **gemeine Pfennig** war eine außerordentliche deutsche Reichsteuer, die jedoch außer Gebrauch kam, weil man zu gleichem Zwecke die Besteuerung nach *Römermonaten*, nach einer feststehenden Matrikel der einzelnen Gebiete, wegen des größeren Spielraums, den sie den Landesfürsten gewährte, vorzog. Der gemeine Pfennig wurde 1411 eingeführt. Er bestand z. B. 1542 in $\frac{1}{2}$ pSt. des Vermögens, was auch in den vereinigten Niederlanden als zweihundertster Pfennig vorkam. Pfeffinger, *Vitriar. illustrat.* III, 384. — Klock, *De aerario*, S. 712. — Lang, S. 182. — **Fünfzehnter Pfennig** 1402 im Bisthum Bamberg, s. Mayer, S. 161. — Koburg, 1589 vom Gulden 4 Pfennig, bei *Parl.* I, 155. — **Sächsische Vermögensst.** seit 1454, später unter dem Namen *Schoßsteuer*, *Schimelfennig*, I, 390. — *Hess. B.* v. 19. Dec. 1576 über die Aufbringung der *Türkensteuer*, von 100 fl. 1 *Schreckenberger* nach „handgebender Gelübnuß und Treu“ erhoben, die Ritterschaft frei. — In den niederländischen Provinzen war der *Schoß*, *Schot*, sehr häufig; s. die für die holländische Finanzgeschichte lehrreiche Schrift: *Over de belastingen, het beheer der geldmiddelen... staande de republiek der vereenigte nederlande*, Amst. 1837. S. 86.
- (d) Mehrere Schweizercantone, z. B. Zürich, *Ges.* v. 21. Jun. 1832, 1 per mille des reinen Vermögens. — Schaffhausen, 23. Febr. 1834 (alle nicht zum Gewerbsbetriebe dienenden Hausgeräthschaften frei, Steuerinheit 1 p. m.) — Glarus (gewöhnlich 2 p. m.), — St. Gallen, (1 p. m., Ertrag g. 60 000 fl.) — Genf, *taxe des gardes*, im 16. Jahrh. eingeführt, 1798 aufgehoben, 1816 wiederhergestellt. Die ersten oder einzigen 5000 Fr. sind frei, von 15 000 bis 50 000 Fr. zahlt man $\frac{1}{2}$ per mille, von dem Mehrbetrage 1 p. m. Werk- und Hausgeräte, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, endlich Grundstücke im Canton sind frei, nicht aber die auswärts besessenen. Ertrag 1831: 166 700 fl. (zu 13 Kr.) 1835—44 D. 108 000 Fr., s. J. Vuy, *Essai sur la taxe des gardes Genève*. 1838 und Hoftinger, *Staatsh. d. Schweiz. Eidgen.* S. 113.

§. 403.

Die Vermögenssteuer, wenn sie streng durchgeführt wird, unterscheidet sich von der Besteuerung der Einkommenszweige hauptsächlich in folgenden Stücken:

1) Sie trifft das nicht werbende Vermögen gleich stark wie das werbende. Eine solche Belegung der Genußmittel ist nicht nachhaltig und zum Theile mit sehr lästigen und gemeinschädlichen Folgen verknüpft, §. 256. Wer im Verhältniß zu seinem Einkommen ein ungewöhnlich großes Mobiliar hat, erleidet Verluste, bis er dasselbe so weit erniedrigt hat, daß er die Steuer aus seinen Einnahmen zu tragen im Stande ist, und er muß hiebei neben den überflüssigen auch sehr werthvolle Dinge der Steuer willen aufgeben. Hiezu gesellt sich die große Schwierigkeit der Erforschung solcher Vermögenstheile. Will man gehässige Nachsuchungen des Mobiliars vermeiden, so ist man auf die eigene Angabe der Steuerpflichtigen beschränkt, die nur da, wo strenge sittliche und religiöse Grundsätze herrschen, die erforderliche Zulässigkeit hat (a), zumal da auch der Geldanschlag der Gegenstände vieler Willkür und Ungewißheit Raum giebt. Allgemeine Ueberschläge des Mobiliars, z. B. nach dem Verhältniß zum Haussteuercapital (b), wenn sie auch im Ganzen der Erfahrung entsprechen mögen, fallen doch auf die einzelnen Steuerpflichtigen in sehr ungleichem Verhältniß zu ihrem wirklichen Besitze. Deshalb hat man hie und da Theile des Gebrauchsvorrathes ganz von der Steuer befreit (c).

2) Sie belegt die werbenden Güter nicht nach ihrer Ertragsfähigkeit, sondern nach ihrem Preis- oder Kostenanschlage, was bei vielen Dingen, deren Anschaffung keinen verhältnißmäßigen Vortheil bringt, z. B. bei wenig benutzten Maschinen, unnöthig kostbaren Geräthen u., ferner bei Capitalen, die verschiedene Zinsen abwerfen, die Eigenthümer sehr beschwert. Mit Ausnahme dieses Punctes trifft hinsichtlich der werbenden Vermögenstheile die Vermögenssteuer mit der Einkommenssteuer überein.

3) Der Grundsatz der Vermögensbesteuerung ist auf die aus der Arbeit herfließenden Einkünfte nicht anwendbar. Man

Staatscasse nichts ein (c). 4) Wollte man die Erbschaftssteuer als Ersatzmittel einer einzelnen Art der Schenkungen, z. B. der Zinssteuer, ansehen, so wäre sie, während sie diese Bestimmung nur unvollkommen erreichte (Nr. 1—3), noch darin fehlerhaft, daß sie auch die anderen Vermögenstheile mit beträfe, deren Ertrag schon sonst besteuert ist. Man müßte folglich das unbewegliche und das von dem Eigenthümer selbst in ein Gewerbe verwendete Capitalvermögen von der Erbschaftsabgabe befreien, was jedoch die anderen Mängel nicht beseitigte.

(a) Diesem Mangel ist nicht abzuhelfen, denn es wäre allzu umständlich, die Steuer in jedem Falle nach der Dauer des Vermögensbesitzes abzumessen.

(b) Preuß. Sätze des Erbschaftsstempels, s. §. 231 (b). — Französische Registergebühr, §. 236 (a). Das bewegliche Vermögen giebt weniger als das unbewegliche. — Oesterreich. Erbsteuer, seit 1759. Patent v. 8. Sept. 1810. Blutsverwandte sind frei, auch Erbschaften bis zu 100 fl., ferner Lotterieloose, Bergwerkstaxe, Geräthe, Wäsche, Kleider, Vorräthe in der Landwirthschaft: c. Schulden werden abgezogen. Der Fuß der Steuer ist 10 Proc.

(c) In der neuesten Zeit ist öfters der Vorschlag gemacht worden, die Erbfolge der Seitenverwandten auf die näheren Grade zu beschränken und die hiedurch erblos werdenden Verlassenschaften zum Besten der Armen zu verwenden, wozu in den Gemeinden oder Amtsbezirken ein besonderes Armengut angesammelt werden könnte, auch könnte dieß wenigstens mit einem gewissen Theil der Erbschaftssummen geschehen. Die Hauptschwierigkeit würde in der Gefahr einer unzwedmäßigen Verwendung bestehen; s. Hilgard, Zwölf Paragraphen über Pauperismus, 1847. — de Maurocordato, Essai historique sur les divers ordres de succession ab intestat. Par. 1847, S. 7. 100. — Brater, Die Reform des Erbrechts zu Gunsten der Nothleidenden, München, 1848.

2. Hauptstück.

Aufwandssteuern.

1. Absatz.

Allgemeine Betrachtung der Aufwandssteuern.

§. 406.

Bei den Aufwands-, Verbrauchs-, Verzehrungs- oder Consumtionssteuern (§. 292) wird die Steuerfähigkeit der Bürger nicht im Einzelnen erforscht, sondern es wird vorausgesetzt, dieselbe lasse sich aus dem Aufwande erkennen, den Jeder für gewisse Zwecke macht, so daß man durch eine an diesen Aufwand geknüpfte Steuererhebung alle Bürger ungefähr in gleichem Verhältniß zu ihrem reinen Einkommen treffen könne. Diese Steuern hängen also nicht unmittelbar mit den Einnahmen, sondern mit den Ausgaben zusammen. Obschon sie allgemein im Gebrauch sind und in mehreren Staaten sogar dem Ertrage nach die Schatzungen übertreffen (§. 416), auch viele Erfahrungen zu ihren Gunsten sprechen, so ist doch ihre Zweckmäßigkeit und Verträglichkeit mit den allgemeinen Grundsätzen der Besteuerung in neuerer Zeit öfters in Zweifel gezogen worden (a). Mit der Abwägung der Vorzüge der Schatzungen und der Aufwandssteuern steht zugleich die Vergleichung der directen und indirecten Erhebungsweise in Zusammenhang (§. 294), weil die erstgenannte Art von Steuern gewöhnlich unmittelbar, die zweite aber größtentheils mittelbar erhoben wird.

a)) Gegen die Aufwandssteuern: Eschenmaier, Ueber die Consumtionssteuer, Heidelb. 1813. — Kröncke, Grundsätze, Nr. 3. — Foh, Handb. III, 175. — v. Lichtenstern, Aphorismen und Notizen über wichtige Zweige des Finanzwesens, Altenb. 1821. S. 31. — Behr, Wirthsch. des St., S. 142. — v. Ulmenstein, Ueber die Vorzüge und Mängel der indirecten Besteuerung, Düsseldorf. 1831. — Revue encyclopédique, Oct. 1831. S. 46. — v. Rottet, Dek. Pol., S. 345 ff. — Für dieselben: v. Sonnenfels, Grundsätze, III, S. 165 ff. — v. Raumer, Das britische Besteuerungs-

system, S. 229. — Monthion, S. 123. — v. Jakob, I, 563. — Fulda, S. 202 ff. — v. Malchus, I, S. 60. — de Hogendorp, a. Schrift. — Mac Culloch, Taxation, S. 148. — J. St. Mill, Princ. II, 420. — In der Schrift: Ueber die billigste Vertheilungsregel der Steuern, Berl. 1850, wird vorgeschlagen, die St. nur nach den Ausgaben der Bürger anzulegen und diese in Steuereinheiten auszudrücken, welche aus dem geringsten Einkommen einer Familie, auf den Kopf ausgeschlagen, bestehen. — Aehnlich der Vorschlag von Revans, 1847, s. Mill, II, 380.

§. 407.

I. Verhältniß der Steuer zu den Einkünften. Die Aufwandssteuern beruhen auf der Annahme, daß die Menschen in der Regel sich so viel persönlichen Nutzen und Genuß durch sachliche Güter zu verschaffen suchen, als es ihre Vermögensumstände gestatten, und daß darum den verschiedenen Abstufungen der letzteren in jedem Stande auch ein verschiedenes Maaß von Aufwand entspreche. Dieß ist auch im Allgemeinen wahr, nur gestattet die Natur dieser Steuern, mit Ausnahme ganz unentbehrlicher Dinge, keine genaue Berechnung über das Verhältniß der Steuerbeiträge jedes Einzelnen zu seinem Einkommen, und man vermag nur die durchschnittsmäßigen Ausgaben verschiedener Stände zu beobachten, um darnach den Fuß der Steuern in einem richtigen Verhältniß anzuordnen. Im Einzelnen kann es nicht ausbleiben, daß bei gleichem Einkommen Einige mehr, Andere dagegen weniger ausgeben. Wer in Folge eines unverhältnißmäßig großen Aufwandes stärker von der Steuer getroffen wird, als Andere, der kann sich nicht beklagen, da es nur bei ihm steht, sich einzuschränken, wozu die Steuer eine nützliche Warnung giebt. Wer dagegen ungewöhnlich sparsam lebt, giebt in der schnelleren Anhäufung von Capital der Gesellschaft und mittelbar auch der Staatscasse einen Ersatz für die zu geringe Steuer, die er entrichtet. Uebrigens dürften doch schon wegen dieser unvermeidlichen Ungleichheiten die Aufwandssteuern nicht die einzigen sein, vielmehr sollten sie nur neben den Schatzungen bestehen, was auch daraus erhellt, daß sie, insofern sie auf Lebensmittel gelegt sind, die Arbeiter und Gewerbsunternehmer, im Vergleich mit den Grund-, Haus- und Capitalbesitzern zu schwer belasten. Könnte man

allen Aufwand besteuern, so würde es noch leichter sein, die Belastung der Steuerfähigkeit anzupassen. Allein da dieß das Steuerwesen allzu verwickelt machen und das Privatleben allzusehr beengen würde, muß man gewisse Steuergegenstände auswählen, welche als gute Kennzeichen der Steuerfähigkeit gelten können und auch in anderen Hinsichten zweckmäßig sind. Hierdurch wird ebenfalls die Gleichförmigkeit in der Besteuerung verhindert; da jedoch die Erfahrung zu dieser Auswahl manche nützliche Lehren dargeboten hat, so ist man im Stande, wenigstens gröbere Fehler zu vermeiden.

§. 408.

II. Volkswirthschaftliche Wirkungen. Wird eine Aufwandsteuer von dem Verkäufer einer Waare oder Leistung vorgeschossen, so empfindet dieser eine dringende Aufforderung, die Steuer auf die Käufer zu überwälzen, was auch in der Regel (§. 273) bald erfolgen muß, indem einige Verkäufer ihr Angebot verringern, andere dasselbe ganz aufgeben würden, wenn der Preis nicht alsbald in die Höhe gieng. Die Käufer können sich bei einem nicht ganz unentbehrlichen Gegenstand dadurch helfen, daß sie eine etwas kleinere Menge desselben anschaffen, also im Ganzen dafür nicht mehr ausgeben, als zuvor; sie können sich auch eine andere Ausgabe versagen, um den besteuerten Genuß unvermindert fortzusetzen. Die Wirkung einer solchen Steuer ist also keine andere, als die Entbehrung, welche in der Regel (a) von einer jeden Steuer verursacht werden muß. Nur dann wäre dieß volkswirthschaftlich schädlich, wenn es vom Uebersparen abhielte oder zum Angreifen des Capitals antriebe, oder eine Entbehrung an den nöthigsten Dingen veranlaßte; diese Folgen können aber durch gute Anlegung eben so gut verhütet werden, als bei den Schenkungen. Hat eine Aufwandsteuer schon längere Zeit bestanden, so hat sich die Lebensweise nach ihr eingerichtet, und man ist daran gewöhnt, sie als einen wesentlichen Bestandtheil des Preises zu betrachten. Auch die verminderte Hervorbringung jener Gegenstände ist keine den Aufwandsteuern allein anhängende Wirkung, und vergütet sich durch stär-

fere Erzeugung derjenigen anderen Güter, welche vermittelt der Verwendung der Staatseinkünfte stärkeren Begehr erhalten (b).

(a) Mit Ausnahme des in § 268 erklärten Falles.

(b) Es wird von den Aufwandssteuern gerühmt, daß sie theils die Zehrer, theils die Erzeuger der besteuerten Gegenstände zu größerem Fleiß und Kunstfleiß anspornen; Mac Culloch, S. 149 und die dort angeführte Stelle von Garnier. Indes haben sie in dieser Hinsicht keinen erheblichen Vorzug vor den Schatzungen.

§. 409.

Man hat es als einen Nachtheil der Aufwandssteuern angesehen, daß sie den Gütergenuß der Bürger schmälern, weil mit den Ausgaben die Steuer anwächst, während die Schatzungen gleich bleiben, der Steuerpflichtige mag einkaufen, so viel er will. Allerdings, liegt hierin eine Unannehmlichkeit, die aber mit einer vortheilhaften Seite der Aufwandssteuern in Verbindung steht. Jeder Einzelne ist gleichsam selbst zu Hülfe gerufen, um an der guten Anlegung der Steuer mitzuwirken; er darf nur seine Ausgaben beschränken, um auch seinen Steuerbeitrag zu vermindern. Diese Freiheit, welche nur bei den Auflagen auf die nöthigsten Dinge ganz hinwegfällt, ist ein wohlthätiges Schutzmittel gegen den Druck der Steuern, denn man entbehrt leichter einen Genuß, als man sich der strengen Eintreibung aussetzt, wie sie bei den Schatzungen vorkommt, und in einer vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit kann man sich viel leichter helfen, (a). Dieser Umstand und die Besorgniß vor der Willkür in der Anlegung der Schatzungen haben beigetragen, die Aufwandssteuern bei Völkern beliebt zu machen, die den Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit am meisten abgeneigt sind. Daher wurden schon in früheren Zeiten, als die Schatzungen noch sehr mangelhaft waren, Aufwandssteuern bereitwillig übernommen. Sind die besteuerten Genüsse von einer allgemein beliebten Art, so hat die Möglichkeit, sich der Steuer zu entziehen, wenig Nachtheil, (b).

(a) Die Aufwandssteuern sind darum getadelt worden, weil sie bezahlt werden müßten, wenn der Besteuerte ein Bedürfniß empfindet. Allein man kann auch sagen: — wenn er bei Geld ist, um ein Bedürfniß zu befriedigen.

(b) Die Behauptung Eschenmaier's (S. 54): „Der Beitrag zum Staatsaufwande soll niemals in der Willkür des Beitragenden liegen dürfen,“ — geht daher zu weit.

§. 410.

Bei den Untersuchungen über Vortheile und Nachtheile der Aufwandssteuern kommt viel darauf an, welche Gegenstände der Besteuerung man voraussetzt. Sind diese ganz unentbehrliche Dinge, so üben die Steuern in der That einen Druck aus, der um so schwerer lastet, weil diese Steuern eine schonende Rücksicht auf Personen und Zeitumstände, z. B. Mißwachs, nicht leicht zulassen. Sie könnten daher ein Volk bis zur Erschöpfung aussaugen, ohne daß man durch ihren abnehmenden Ertrag über ihre Verderblichkeit belehrt würde (a). Wenn dagegen nur Gegenstände des Luxus belegt sind, so besitzt die Regierung in dem veränderlichen Ertrage dieser Steuern ein Kennzeichen für die Wirkungen derselben. Vermehrt sich die Einnahme eben so stark oder sogar noch stärker, als die Volksmenge, so beweist dieß, daß das richtige Verhältniß zur Steuerfähigkeit nicht überschritten worden ist (b). Eine fortwährende Abnahme würde dagegen anzeigen, daß die Steuer schwer empfunden wird und der Volkswohlstand gefährdet ist (c). Doch ist es noch kein schlimmes Zeichen, wenn der Verbrauch eines Gegenstandes um so viel geringer wird, als die auf ihn gelegte Steuer beträgt. Auch die Folgen einzelner Ereignisse, z. B. einer Veränderung in der volkswirthschaftlichen Gesetzgebung, einer guten und schlechten Ernte und dergl., drücken sich deutlich in dem Ertrage der Aufwandssteuern aus. Die Einnahme aus Schakungen ist viel weniger veränderlich. Zu den nützlichen Seiten jener Steuern pflegt man die von selbst erfolgende Beiziehung von Fremden, die sich im Lande aufhalten, zu rechnen, während man dieselben gewöhnlich nicht mit Schakungen belegt, weil dieß von der Regierung ihres Vaterlandes geschieht. Da jedoch umgekehrt die Aufwandssteuern der im Auslande verweilenden Bürger der Staatscasse entgehen, so haben in dieser Hinsicht nur solche Länder Gewinn, in denen die Fremden mehr verzehren, als den abwesenden Staatsbürgern in's Ausland gesendet werden muß (d), und je drückender in einem Staate diese Gattung der Steuern ist, desto mehr geben sie Reiz, im Auslande zu leben (e).

- (a) Vergl. von Ulmenstein, S. 19. 32.
- (b) In Frankreich hat von 1820 — 1826 die Volksmenge jährlich um $\frac{2}{3}$ Proc., der Ertrag der dort sogenannten *droits indirects* (größtentheils Tranksteuern) 3 Proc., der Patentsteuer $3\frac{2}{3}$ Proc., der Zölle um 4 Proc. zugenommen, s. Dupin, *Forces product. et commerc.* I, S. XVI. Im D. von 1836 — 38 und 1843 — 45 haben die Tranksteuern sich von 82·964 000 auf 98·346 000 Fr. erhoben, d. i. um $16\frac{2}{3}$ Proc. oder jährlich $2\frac{1}{4}$ Proc.
- (c) Z. B. der Betrag der Malzsteuer auf den Kopf der Einwohner war in Großbritannien und Irland: 1831 4 Sch. 2 P., 1838 4 Sch., 1841 3 Sch. $3\frac{3}{4}$ P.
- (d) Dieß ist besonders für kleine Staaten von Gewicht, wenn sie durch Bäder, Naturschönheiten u. Fremde anziehen.
- (e) Dieß zeigt das Beispiel von Großbritannien deutlich.

§. 411.

III. Was die Entrichtung der Aufwandssteuern betrifft, so ist dieselbe bei der mittelbaren (indirecten) Erhebung für den Verkäufer, der die Abgabe vorschießen muß, allerdings unbequem, er entschädigt sich aber, indem er die Auslage sammt den Zinsen für die mittlere Dauer der Zwischenzeit bis zum Wiedererfasse und sammt Nebenverlusten auf den Preis seiner Verkaufsartikel schlägt. Die Steuerpflichtigen dagegen können die Steuern in beliebig kleinen Abtheilungen entrichten und dieß ist ein unverkennbarer Vortheil, weil man nun nicht längere Zeit hindurch auf die Steuerzahlung zu sparen braucht. Es gehört Ueberlegung und beharrlicher Wille dazu, um sich trotz der häufigen Versuchung zum Ausgeben des Zurückgelegten stets auf den bevorstehenden Steuertermin gefaßt zu halten. Eine an gewisse Ausgaben sich von selbst anschließende Steuer fordert den Besteuernten sogleich von selbst zu der nöthigen Einschränkung auf. Sie wird bisweilen bezahlt, ohne daß der Steuerpflichtige es weiß, ein Fall, der, da eine Verheimlichung von der Staatsgewalt nicht beabsichtigt wird und Jeder die Steuergesetze kennen lernen kann, nichts Tadelnswerthes in sich schließt und nur die leichtere Entrichtung andeutet (a). Directe Zahlungen in die Staatscasse erregen mehr unangenehme Empfindungen. Demnach wirken jene Steuern in höherem Grade ebenso, wie eine absichtliche Vervielfältigung der Erhebungstermine, §. 285 (b).

(a) Gaudin, *Mém.* I, 215.

Rau, *polit. Oekon.* 3te Ausg. III. 2. Abth.

- (b) „Die Accise muß große Summen Geldes aufbringen und doch die Unterthanen nicht enerviren, indem sie das Contingent bei lauter Pfennig und Groschen zusammenträgt.“ Entdeckte Goldgrube in der Accise, s. S. 428. — Uebrigens hat obiger Vortheil seine Gränze, welche hauptsächlich dadurch bestimmt wird, in welchen Terminen die Einnahmen der Besteueren eingehen.

§. 412.

IV. Ertrag für die Staatcasse. A. Ungewißheit. Daß die Regierung bei diesen Steuern auf keine gewisse Summe rechnen könne und daß dieselben deßhalb zur sicheren Bedeckung des Staatsaufwandes untauglich seien (a), ist eine der Erfahrung widersprechende Behauptung. Nur bei der ersten Anlegung ist oft der Ertrag ziemlich ungewiß, besteht aber eine solche Steuer einige Zeit, so kann man sich an den Durchschnitt halten, die Schwankungen von Jahr zu Jahr bleiben in gewissen Gränzen und heben sich zum Theil bei verschiedenen Steuern gegenseitig auf (b). Starke Ausfälle treten nur bei außerordentlichen Ereignissen ein, wie Kriege, innere Unruhen, schwere Seuchen, Mißwachs, bei denen man auch in den Schatzungen viele Rückstände findet und häufige Nachlässe bewilligen muß. Jedoch bleibt die Veränderlichkeit im Ertrage der Aufwandssteuern unbestreitbar eine Eigenthümlichkeit derselben, deren Nachtheile übrigens durch die Möglichkeit eines starken Anwachs bei der Zunahme des allgemeinen Wohlstandes (§. 410) vergütet wird. Auch fallen die beschwerlichen Ausfälle (Keste) hier ganz weg und die schuldig (fällig) gewordene Summe geht sogleich auch wirklich ein, wenn man sie nicht freiwillig stundet.

(a) Eschenmaier, S. 39 ff.

(b) In den 10 Jahren 1821 — 1830 entfernte sich sowohl der höchste als der niedrigste Jahresertrag der französischen Tranksteuern nicht mehr als 6 Proc. von dem Durchschnitte.

§. 413.

B. Gefahr des Betruges. Da die Zahlungsverbindlichkeit bei den Aufwandssteuern von einer besonderen Thatsache, z. B. von einem Einkaufe oder einer Production, bestimmt wird, so kann man die Entrichtung umgehen, wenn man jene Hand-

die Erhebung der Aufwandssteuern nur eine gesetzliche Feststellung des Steuerfußes, während die Schätzungen kostspielige Vorarbeiten nöthig machen.

3) Um den Steuerbetrug zu verhüten, müssen mancherlei Förmlichkeiten vorgeschrieben werden, in denen eine Quelle von Zeitverlusten und Unannehmlichkeiten, und eine Gefahr liegt, durch Unachtsamkeit in Strafen oder Verzögerungen verwickelt zu werden. Es ist eine Menge von obrigkeitlichen Geboten und Verboten nothwendig, welche theils den Steuerbetrug selbst betreffen, theils aber nur auf die Erschwerung desselben hinzielen und daher als Verhütungsmittel von Rechtsverletzungen einen polizeilichen Charakter haben. Indes erscheint dieser Umstand bei näherer Erwägung minder erheblich, weil diese Anordnungen größtentheils für Gewerks-, Handelsleute, Fuhrleute und Schiffer bestehen, die sich wegen der täglichen Uebung leicht mit allem dem, was von ihnen gefordert wird, bekannt machen und sich, wenn sie nicht auf Betrug ausgehen, leicht straflos erhalten, daher wird diese Folge der Aufwandssteuern bei guter Einrichtung mit der Zeit immer leichter ertragen.

- (a) Diese „Finanzwache“ kostete in Oesterreich 1847 5.721 000 fl. oder über 7 Proc. der entsprechenden Einkünfte (Zoll, Salz-, Tabaksregal u. Verzehrungssteuer), welche zusammen auf 77 $\frac{1}{2}$ Mill. fl. betrugen.
- (b) Baden, A. für 1848 — 49: besondere Kosten der directen St. 6,¹ Proc., der indirecten 6,⁹, des Aufsichtspersonals 5 Proc. vom Ertrage der wahren Aufwandsst., allg. Kosten 2 Proc. (ohne Zölle). — In Württemberg kosten die Aufwandssteuern (ohne Zoll) 15,⁸ Proc. — Frankreich, Anschlag für 1849: directe St. (ohne die Kosten der Untererhebung) 4 Proc., Zölle 16,⁴, andere indir. St. 13,⁴ Proc. — Die österr. Aufwandssteuern kosten gegen 10 Proc. ohne die Finanzwache. — Preußen, A. 1849, Schätzungen 5 Proc., Aufw. St. mit Stempel, Weggeld etc. 13,⁶ Proc.

§. 415.

Um über die Zulässigkeit der Aufwandssteuern ein Urtheil zu fällen, muß man noch Folgendes erwägen: 1) Die Nachtheile, besonders die in §. 413. 414. geschilderten, werden sehr von der Höhe des Steuerfußes, so wie von der Auswahl der Gegenstände und Erhebungsformen bedingt und können daher bedeutend gemildert werden. 2) Auch die Schätzungen sind nicht

britischen Reiche wurden i. D. 1785—97 17·736 000 Pf. Tabak eingeführt bei 1 Sch. 7 P. Zoll, aber 1832 nur 20·313 000 bei 3 Sch. Zoll, obschon die Volksmenge sich unterdeß verdoppelt hatte. Man vermuthet, daß in Irland die Hälfte, in Großbritannien $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ des verbrauchten Tabaks eingeschmuggt wird — Bei dem Zolltarif von 1842 erwartete man wegen der vielen Ermäßigungen einen Minderertrag von 1·450 000 £., aber die Einnahme war 1840—41 i. D. 23·581 000 £., 1842 22·771 000 £., 1843 22·850 000 £. — 1784 wurde in Preußen die Kaffee-Actise von 6 auf 3 Gr. vom Pf. gesetzt, wodurch die Einnahme von 3 auf 500 000 Rl. anwuchs, Biederhold, S. 167.

- (c) Die brit. Steuer auf Seife trug am meisten, nämlich 1 Sch. 7 $\frac{1}{4}$ P. vom Kopf der Einwohner, als der Fuß 3 P. vom Pfund harter und 1 $\frac{3}{4}$ P. von weicher Seife war, die Herabsetzung auf resp. 1 $\frac{1}{2}$ und 1 P. erhöhte den Verbrauch des Kopfes von 6,²² auf 9,² Pf., der Steuerbeitrag fiel aber auf 1 Sch. 1 $\frac{3}{4}$ P. Porter, Progress of the nation, II, 76.
- (d) Das Wort Octroi bezeichnet sowohl eine landesherrliche Bewilligung im Allgemeinen, als eine städtische Aufwandssteuer insbesondere. In Paris kam schon 1323 eine solche von 1 den. p. livre der eingehenden Waaren vor, wovon der König aber $\frac{1}{2}$ zog, wie denn 1563 die Hälfte aller Octrois für den Staat bestimmt und 1681 die Fortdauer der meisten Octrois verordnet wurde, s. Encycl. méth. Abth. Finances, III. Art. Octroi. — Die starken Octrois im heutigen Frankreich sind ein Gegenstand vieler Beschwerden und haben im Vergleich mit den Steuern des Staates noch den besondern Nachtheil, ausschließlich auf die Städte zu fallen. Nach Barrillon (Suppression des O. Lyon, 1841) sind 1420 Ortschaften, welche 75 Mill. Fr. auf diesem Wege in die Gemeindecassen bezahlen.

§. 418.

2) Aus den einzelnen Aufwandssteuern läßt sich nicht wohl ein solches vollständige Ganzes mit einem guten Ebenmaße der Theile machen, wie es bei den Schatzungen erstrebt werden kann, doch muß auch die Besteuerung des Aufwandes auf eine genaue Statistik der Erzeugung, Vertheilung und Verzehrung der Güter in einem Volke gestützt werden. Hieraus muß man ermessen, welche Wirkung eine gewisse Steuer auf die verschiedenen Volksklassen nach dem Umfange ihrer Ausgaben äußern werde. Stützpunkte hiezu liefern die Erfahrungen über den Ertrag der schon bestehenden Steuern und über ihre Veränderungen im Vergleich mit der Zunahme der Volksmenge (§. 410). Wo es an anderen statistischen Erkenntnissen fehlte, da hat man gewöhnlich nur aus dieser Gesamtwirkung jeder Aufwandssteuer abzunehmen gesucht, ob man sie noch erhöhen

dürfe, oder sie vielmehr erniedrigen müsse. Man kann sich hiebei täuschen, wenn man nicht zugleich auf den wirthschaftlichen Zustand der verschiedenen Volksclassen achtet.

3) Unter übrigens gleichen Umständen sind diejenigen Gegenstände vorzuziehen, bei denen am wenigsten Betrug zu befürchten ist, was von der Offenkundigkeit der Hervorbringung, der Versendung, des Ankaufs u. dgl. herrührt. Dagegen werden solche Artikel mit Recht ausgeschlossen, die, wenn sie auch sonst angemessen sein möchten, im Verhältniß zu den Kosten der Erhebung, Ueberwachung und Verrechnung zu wenig eintragen würden.

§. 419.

4) Die Aufwandssteuern sollen ihrer Bestimmung nach auf die entbehrlichen Ausgaben für Genußmittel fallen. Würde die Gütererzeugung noch weiter geschmälert, als es durch Einschränkung der Käufer geschehen muß, so wäre dieß ein nicht beabsichtigtes und durch nichts vergütetes Uebel. Steuern auf Dinge, die als Bestandtheile des Capitalaufwandes die Hervorbringung anderer Güter unterstützen, z. B. den Stoff zu Werkzeugen und Schiffsbau und dgl., widerstreiten dieser Regel. Ihre Wirkung läßt sich nicht ganz verfolgen, weil sie sich auf die Preise einer Menge von anderen Erzeugnissen fortsetzen; es ist daher ungewiß, von welchen Classen des Volkes und in welchem Maaße sie getragen werden, gewiß aber ist mehrfacher Nachtheil; es wird die Anwendung nützlicher Hülfsmittel der Hervorbringung verhindert oder erschwert und der inländische Gewerbsmann durch Vertheuerung der Erzeugnisse bei dem Mitwerben mit Ausländern, insbesondere bei der Ausfuhr, in eine ungünstigere Stellung gesetzt. Eine solche Steuer schadet der Volkswirthschaft mehr, als ihr Ertrag anzeigt, weil sie manche einträgliche Unternehmung oder Verbesserung gar nicht zu Stande kommen läßt (a).

(a) Parnell, a. a. O., S. 22.

§. 420.

5) Zu der Sicherheit der Ueberwälzung wie zur Erleichterung der Steuerlast trägt es bei, wenn die Steuer kurz vor dem

Uebergang eines Gegenstandes an den Zehrer erhoben wird. Dieß läßt sich so darthun: a) der Zins für den bei der indirecten Erhebung zu leistenden Steuervorschuß muß im Preise des besteuerten Gegenstandes neben dem Betrage der Steuer selbst ersetzt werden, und da die Umlaufszeit des Capitals nicht genau bekannt ist, so rechnen die Verkäufer wohl auch auf den ungünstigen Fall und fordern mehr Zinsen, als sie im Durchschnitt nöthig hätten, so wie sie schon des Gewerbsgewinnes wegen mehr als den üblichen Zins ansetzen. Je eher dieser Vorschuß erstattet wird, desto geringer ist die Wertheuerung durch den Zins (a). b) Es werden verschiedene Verluste verhütet, die sonst zuletzt wieder von den Käufern ersetzt werden müssen, z. B. durch Schwinden, Eintrocknen, Auslaufen, Verderben der Vorräthe, unverkaufte Reste u. dgl. (b). c) Steuern, die in einem früheren Zustande eines Gutes, etwa von dem Rohstoffe, erhoben werden, können auch andere Verwendungen desselben treffen, die man nicht zu besteuern beabsichtigt (c); sie können ferner durch die Wertheuerung den Absatz auf ausländischen Märkten verringern. Läßt sich aus anderen Gründen eine Abgabe dieser Art nicht vermeiden, so muß bei der Ausfuhr die bezahlte Steuer vergütet werden, was jedoch nicht ohne verschiedene Unbequemlichkeit ist.

(a) Jedoch erfolgt diese Wertheuerung darum nicht vollständig, weil gewöhnlich schon anfangs, wenn letztere eingeführt wird, ein Preisaufschlag der Kunstwaaren versucht und durchgesetzt wird. Ricarda (Cap. 29) wendet gegen Say Folgendes ein: Wenn der Fabricant die Steuer von 1000 Fr. erst nach einem Jahre ersetzt erhält und daher 100 Fr. Zinsen darauf schlägt, so hat dagegen der Consument den Nutzen, die 1000 Fr. ein Jahr später zu bezahlen, so daß ihm, wenn er sie unterdeß ausleiht, die Zinsen zu Gute kommen (hier ist die franz. Uebersetzung II. 283 fehlerhaft). Allein, wenn im ersten Jahre die Steuer noch keine Wirkung auf den Preis der Kunstwaare hätte, so wüßte der Consument gar nicht, daß er diese künftig höher bezahlen muß, und an das Ausleihen dieser ganzen, bei vielen Menschen in kleinen Summen zerstreuten Zinssparniß wäre wenig zu denken.

(b) Nachtheile der englischen Glasaccise, die man von der flüssigen Glasmasse im Ofen erheben durfte, Mac Gulloch, Handb. I, 717.

(c) z. B. eine Auflage auf Backsteine und Ziegel, statt auf Wohnungen.

§. 421.

6) Eine Steuer auf die nöthigen Lebensmittel, als Kartoffeln, Brotgetreide, Brennholz, Leinwand u. dgl., ist sehr einträglich und wirkt ungefähr wie eine Kopfsteuer, weil der Beitrag eines Jeden hauptsächlich von der Zahl seiner Hausgenossen bestimmt wird, aber eben darum verletzt sie den Grundsatz, daß die Steuerfähigkeit den Maassstab der Belegung bilden solle (a). Man hat solche Steuern in der Hoffnung in Schutz genommen, daß sie auf die Lohnherren übergewälzt werden, weil der Lohn zu jeder Zeit den nöthigen Unterhalt vergüten müsse (I, §. 192). Allein diese Ueberwälzung ist nicht mit Sicherheit zu erwarten. Der Lohn entspricht nur dem mittleren Bedarfe und die Vertheuerung der Lebensmittel wird wenigstens dem Vater einer zahlreichen Familie nicht vergütet. Der Lohn zeigt überhaupt eine geringere Beweglichkeit, als die Preise der Waaren. Obgleich für ihn der Preis der Lebensmittel immer einen Anhaltspunct giebt, so übt doch das Verhältniß des Angebotes zu dem Begehre von Arbeit einen mächtigen Einfluß auf die Lage der Lohnarbeiter. So lange der Lohn noch oberhalb der durch den unabwieslichen Lebensbedarf bestimmten Gränze steht, kann er bei ungünstigem Witterben erniedrigt werden, und die Vertheuerung der Lebensmittel vermag ihn nicht sogleich zu erhöhen. Ist das Capital des Volkes nicht stärker im Zunehmen, als die Volksmenge, so bleiben die erwähnten Steuern ganz oder zum Theile auf den Arbeitern liegen, bis etwa später eine Verzögerung in der Volksvermehrung einen höheren Lohnsatz bewirkt. In diesem Falle sind also die Steuern der genannten Art sehr nachtheilig.

(a) van Hogendorp vermuthet, daß auch die bloßen Tagelöhner bei einem Jahresinkommen von 150 fl. etwa 16 Proc. desselben abgeben können und will, daß durch passende Auswahl der Steuerobjecte jeder begüterten Classe noch eine weitere Last auferlegt werde. *Lettres sur la prospér. nat.* II. 52.

§. 422.

Jene Ueberwälzung ist aber auch da, wo sie gelingt, nicht ohne bedenkliche Folgen (a). Der Lohnherr muß suchen, den auf ihn überwälzten Theil der Steuer durch eine Preiserhöhung seiner Erzeugnisse ersetzt zu erhalten (a), und zwar nach dem

Maasse der zur Erzeugung erforderlichen Menge von Arbeit, I, §. 203. Erlangt der Unternehmer nicht den vollen Ersatz der Mehrausgaben, die ihm der höhere Lohn und die vertheuerten Einkäufe von Gewerbsbedarfsmitteln verursachen, so wird sein Gewerbsverdienst geschmälert und die Fortdauer des Gewerbes bedroht. Wird dagegen die Preiserhöhung der Waaren durchgesetzt, so kann hiedurch ein Theil des auswärtigen Absatzes verloren gehen. Was die im Lande verzehrten Gegenstände betrifft, so bleibt ihre Preiserhöhung auf allen denjenigen Bürgern lastend, welche sich nicht wieder eine Vergütung im Preise anderer Leistungen verschaffen können, also z. B. auf den Rentnern, den Unternehmern in Ansehung ihres persönlichen Verbrauches und den Besoldeten. Man sieht, daß eine solche Steuer, wie die in dem oben betrachteten Falle (§. 419), weit eingreifende, schwer genau zu überblickende Wirkungen hervorbringt, die nur darum gewöhnlich nicht als sehr nachtheilig erscheinen, weil der auf solche Weise sich vertheilende Steuerbetrag nicht groß war.

Aus allen diesen Erwägungen folgt die Unrathlichkeit einer Besteuerung der unentbehrlichsten Dinge (b).

- (a) Ueber diese Ueberwälzung s. A. Smith, III, 292. — Ricardo, Cap. 16. — Smith tritt hier der Ansicht von M. Decker bei, „daß gewisse Steuern im Preise gewisser Güter bisweilen 4 — 5fach gehäuft vorkommen,“ daß man z. B. im Preise des Leders nicht nur die Steuer vom Leder der eigenen Schuhe, sondern auch von denen des Schuhmachers und Gerbers bezahlen müsse und daß mithin der Consument für alle Ledererzeugnisse etwas mehr auszugeben habe, um den auf die arbeitende Classe fallenden Theil der Ledersteuer zu vergüten. Schon Ricardo hat die hierin liegende Uebertreibung widerlegt. Da die Ausgabe für diesen Artikel nur ein kleiner Theil aller Unterhaltskosten des Arbeiters ist, so könnte selbst im Falle einer vollständigen Ueberwälzung der Zuschlag, der noch aus dieser Ursache zu dem Lederpreise kommt, nur unmerklich gering sein, es ist aber überhaupt nicht anzunehmen, daß Veränderungen in einem der vielen kleinen Bestandtheile der Jahresausgabe auf den Lohn wirken. — Man hat die hohe Accise in Holland und den dadurch bewirkten hohen Lohn als eine der Ursachen vom Verfall dieses Landes angesehen (Euzac, Betrachtungen über den Ursprung des Handels und der Macht der Holländer, Greifswald 1790. IV, 91), und die britischen Fabrikherren drangen aus diesem Grunde auf die Beseitigung der Einfuhrzölle von Getreide. Dagegen hat man in Großbritannien und Frankreich vielfältig aus der Höhe der Aufwandssteuern und folglich des Lohnes die Nothwendigkeit eines Zollschutzes abzuleiten versucht. Das bisherige Steuersystem Großbritanniens ist offenbar in dieser Hinsicht fehlerhaft.

- (b) Nec imponi debent tributa iis rebus, quae ad vitam praecise sustentandam sunt necessariae, sed iis potius, quae deliciis deserviunt, aut curiositati, aut ostentationi et pompae. Sic enim fiet, ut correcto immodico luxu major oneris pars incumbat in ditiores et magis potentes, et sublevantur agricolae et opifices, quae communitatis pars vel maxime fovenda et conservanda est in rep. D. Saavedra Faxardo, Idea principis Christiani, Symb. 67. (scharfsichtiger spanischer Politiker des 17. Jahrh., f. 1, S. 37 (c)). — Mit obigen Sätzen stimmt Mac Culloch überein, Taxation, S. 98 ff.

§. 423.

7) Bei den entbehrlichsten, einem verfeinerten Luxus angehörenden, hauptsächlich nur den Reichen zugänglichen Genüssen würden sehr hohe Steuersätze gerecht sein. Diese sind daher öfters angerathen worden (a). Es stehen ihnen jedoch andere Rücksichten entgegen, denn theils trägt eine solche Steuer wenig ein, weshalb auch die Erhebung zu kostbar wird, — theils bewirkt die starke Vertheuerung von Dingen dieser Art bei der bekannten Veränderlichkeit der Mode leicht, daß man ihren Verbrauch aufgibt und auf eine andere Ausgabe verfällt, §. 417. Daher dürfte der Steuerfuß bei den erwähnten Gegenständen nur sehr mäßig sein, wobei aber vollends der Ertrag für die Staatscasse gering wird. Die Besteuerung solcher Genußmittel ist deßhalb nur rathsam, wo sich Gelegenheit zu einer leichten Erhebung darbietet, wie bei den Zöllen. Am einträglichsten sind die Steuern von Waaren, welche, ohne zu dem dringendsten Bedarfe zu gehören, doch allgemein geschätzt sind und in großer Menge verbraucht werden, namentlich auch von den besser bezahlten Lohnarbeitern. Wird auf diese Weise auch das geringe reine Einkommen der Arbeiter schon einigermaßen belegt, so werden wenigstens die Begüterteren verhältnißmäßig stärker getroffen. Auch läßt sich den Lohnarbeitern dafür, daß sie vielleicht schon zu den Aufwandssteuern nach dem ganzen Maaße ihrer Steuerfähigkeit beitragen, bei den Schenkungen die gehörige Schonung bewilligen, §. 396. Eine Steigerung des Lohnes ist von solchen Steuern nicht zu erwarten, weil sie die in der ungünstigsten Lage stehenden Arbeiter nicht betreffen.

8) Die Steuer sollte nicht zugleich noch andere Preiserhöhungen verursachen, die nicht der Staatscasse, sondern einzel-

nen Gewerbtreibenden u. auf Kosten ihrer Mitbürger zu Gute kommen. Dieß könnte dann geschehen, wenn ein nicht besteufter Gegenstand zu gleicher Verwendung tauglich ist, wie ein mit der Steuer belegter, und jener deshalb stärkeren Begehr erhält (b).

(a) J. B. von Rousseau, Discours sur l'ec. pol.

(b) Diese Wirkung findet am häufigsten bei der Besteuerung von Einfuhrgegenständen statt, wenn die im Lande erzeugten Güter gleicher Art keiner Abgabe unterliegen. Die Zulässigkeit einer solchen Steuer hängt von dem Bedürfnis des Schutzes für die inländischen Gewerbe ab, S. 446.

§. 424.

Die mannfaltigen, in den einzelnen Staaten eingeführten Aufwandsteuern (a) können nach der Art ihrer Erhebung in folgende Abtheilungen gebracht werden:

1) unmittelbar erhobene oder directe, 2. Absatz;

2) mittelbar erhobene oder indirecte, und zwar

a) von Waaren, die im Inneren des Landes im Verkehre sind: Accise oder Aufschlag, 3. Absatz;

b) von Waaren, welche die Gränze des Staatsgebietes überschreiten, Gränzzölle oder Zölle im eigentlichen Sinne, 4. Absatz.

(a) Ueber die Einrichtung dieser Steuern in verschiedenen Ländern s. Wiederhold, Handbuch der Literatur und Geschichte der indirecten Steuern, Marburg, 1820. — (Heß) Vollst. Sammlung aller Gesetze und Verordnungen über Zoll, Accis, Ohmgeld, Klassensteuer und Straßengeld im Gr. Baden. Karlsruhe, 1827. Sammlung aller noch gültigen Gesetze und Verordnungen über die indirecten Steuern im Gr. Baden. Karlsruhe, 1839. — Philippi, Sammlung sämmtlicher neuer preuß. Gesetze über die indirecten St. Köln, 1830. Nachtrag 1836. — Villame, Handbuch der preuß. Steuer- und Zollgesetzgebung, B. 1844. — Berger, Die im K. Sachsen erschie- nenen Gesetze und Verordn. über indirecte Abgaben. Leipz. 1835. 4^o.

2. Absatz.

Unmittelbar erhobene Aufwandsteuern.

§. 425.

Einige Aufwandsteuern können der Natur ihrer Gegenstände zufolge nicht wohl von einem Verkäufer vorschußweise erhoben,

Niederländ. Gesindesteuer, 7 fl. jährlich von jedem Dienstboten, von einer einzigen Magd bloß 4 fl.; Gewerbsgehülften werden nicht eingerechnet. Ges. v. 28. Jun. 1822. N. 34 ff. Ertrag in Belgien g. 470 000 Fr.

- (d) Großbritannien hat mehrere Sätze für verschiedene Fuhrwerke, auch steigt die Abgabe mit der Zahl der Fuhrwerke und Pferde, die Jemand besitzt, z. B. eine einzelne 4rädrige Kutsche giebt 6 £., eine von zweien 6 £. 10 Sch. 2c., eine Miethkutsche 5 £. 5 Sch. — 6 £., ein Reitpferd 1 £. 8 $\frac{3}{4}$ Sch., eines von zweien 4 £. 14 $\frac{1}{2}$ Sch. 2c. Ackerpferde sind seit 1822 frei, seit 1823 auch die carts, Wagen ohne Federn. 1833 wurden versteuert 96 830 verschiedene Wagen für 418 396 £. (1845 421 127 £.) und 335 800 Pferde für 428 378 £. (1845 373 966 £.) Eine Kutsche mit Pferden, Bedienten, Abgaben, wird auf mindestens 250 £. jährliche Kosten angeschlagen. Bibl. univ. Oct. 1835. Porter, Progress of the nation, II, 18. — Hierzu kommen noch 2 sonderbare Steuern, nämlich 1) von Personen, die ein Wappen führen, wofür der Besizer eines Wagens 2 £. 8 Sch., wer wenigstens Fenstersteuer giebt, 1 £. 4 Sch., jeder Andere 12 Sch. entrichtet; 1833 29 749 Personen und 60 845 £. (1845 69 144 £.) 2) von dem Gebrauch des Haarpuders! Diese Abgabe, 1 £. 3 $\frac{1}{2}$ Sch. von der Person, ist sehr im Abnehmen: es waren 1820 noch 29 000, 1833 nur 9472 Personen, welche 11 129 £. entrichteten, 1845 noch 3539 £. — Niederländ. Pferdesteuer, a. Ges. Art. 42; von jedem Luxuspferd 20 fl. jährlich, von einem Pferde der Posthalter, Pferdeverleiher 2c. 5 fl. Ertrag in Belgien g. 290 000 Fr. — Basel, Ges. v. 7. April 1818: von 1 Reitpferd 16 Fr., 1 Wagen mit 1 Pferd 10 — 16 Fr. (offen oder gedeckt), Wagen mit 2 Pferden 30 Fr., mit 3 Pf. 40 Fr., mit 4 Pf. 50 Fr. — Bremen, B. v. 28. Dec. 1816: von 1 Kutsche mit 2 Pferden jährlich 25 rl., von jedem anderen zum Vergnügen gehaltenen Pferde 5 rl., von einem Gewerbspferde 2 $\frac{1}{2}$ rl.
- (e) N. niederl. Ges. v. 1822 Art. 25 ff. 1 Proc. des Mobiliars; Kleider, Schmucksachen, Gewerbsgeräthe, Hülfsmittel für Wissenschaft und Kunst sind frei, ebenso Personen, die unter 20 fl. Miethe zahlen. Statt der eigenen Angabe kann jeder Steuerpflichtige sein Mobiliar schätzen lassen (ohne Kosten für ihn), sonst wird es als das 5fache der Jahresmiethe angeschlagen; s. Recueil de lois ... concernant les contributions directes, douanes et accises ... Brux. 1837. S. 25. 33. — Ertrag in Belgien g. 1 $\frac{1}{2}$ Mill. Fr.

3. Absatz.

Accise oder Aufschlag.

§. 428.

Das Unterscheidende der Accise (a) oder, wie diese Steuerart im Deutschen am besten benannt werden kann, des Aufschlages (b) besteht darin, daß die Steuer von gewissen Waaren, sie mögen in- oder ausländischen Ursprungs sein, im Innern

- (b) Noch heutiges Tages in Oesterreich und Baiern in diesem Sinne üblich. Carolinische Wahlcapitulation von 1711, Cap. 8: „Wann auch einige . . . sich unterstanden haben . . . , die ein-, auß- und durchgehende Wahren mit gewissen Aufschlag unter dem Namen Accis, Umgeld, Niederlag, Stand- und Markrecht, Pforten-, Brücken- und Weg-, Kaufhaus-, Rent-, Stein-, Pflaster-, Stein-Führen- und Gento-Gelder, Multer-Steuer und andern dergleichen imposten zu beschweren.“
- (c) Großes Lob in der Schrift: Christ. Tentophilus (Tenzel), Entdeckte Goldgrube in der Accise. Zerbst, 1686. 4. 5te Aufl. 1719. Diese Abhandlung rief mehrere Streitschriften hervor.
- (d) Die Accise ist nicht selten zu einer großen Beschwerde geworden, z. B. Friedrichs II. Einrichtung, zu welcher eine Menge französischer Accisebedienten herbeigerufen wurde; s. Benzenberg, Preussens Geldhaushalt, S. 270. — Die älteren Finanzmänner unterschieden zwischen der Universal- und Particular-Accise. Jene, die von allen verkauften Dingen entrichtet würde, erscheint als so fehlerhaft, daß hier nur die letztere, d. i. die Accise von einzelnen Waarengattungen, in Betracht kommen kann; s. z. B. v. Sonnenfels, III, S. 165.

§. 429.

Es ist nicht leicht, die Erhebung des Aufschlages von gewissen Gegenständen so einzurichten, daß weder der Betrug erleichtert, noch auch der Verkehr zu sehr belästigt wird. Nach den bei jeder einzelnen Waare obwaltenden Umständen kann die Entrichtung bald bei einem Abschnitte der Erzeugung (a), bald bei dem Uebergange eines Erzeugnisses in andere Hände angeordnet werden (b). Die früher beliebt gewesene und noch jetzt vorkommende Thoraccise, welche beim Eintritt einer Waare in die Städte bezahlt wird (c), und welche öfters vorzugsweise den Namen Accise trug, hat mehrere Nachtheile. 1) Da sie nicht in Dörfern, Flecken und offenen Städten, sondern nur in geschlossenen Orten anwendbar ist, so entsteht eine ungerechte Belastung der letzteren, die um so mehr dabei leiden, je häufiger neuerdings Gewerksgeschäfte auch auf dem Lande betrieben werden. Man müßte daher wenigstens durch Schakungen, die den offenen Orten in höherem Maaße oder ausschließlich auferlegt werden, das Gleichgewicht wieder herzustellen suchen (d). 2) Die Thoraccise kann nicht von solchen Waaren erhoben werden, welche in den Städten verfertigt werden; man könnte sie höchstens bei dem Eingange der erforderlichen Rohstoffe belegen (e). 3) Das Anhalten und Besichtigen aller in die Städte eingehenden Waaren-

sendungen, um sich zu überzeugen, ob sie accisbare Dinge in sich schließen, ist sehr mühsam, beschwerlich für die Einbringenden, giebt zu mancherlei Willkür und Bedrückungen Anlaß und legt dem Verkehre zwischen Stadt und Land so große Hindernisse in den Weg, daß schon deshalb diese Form der Accise als verwerflich erscheint. 4) Hierzu kommt der Anreiz zum heimlichen Einführen.

- (a) Solche Steuern hat man bisweilen mit dem Namen *Productionssteuern* belegt, z. B. die Steuer von Runkelrübenzucker. Allein sie sind dennoch Aufwandssteuern, nicht Schagungen.
- (b) Marktaccise in Athen.
- (c) Diese wird bisweilen auch benutzt, um städtische Auflagen in der nämlichen Weise mit zu erheben.
- (d) Wie z. B. durch die preuß. Classensteuer geschieht, S. 400. In Mecklenburg wird in den Domanial-Flecken wie in den Landstädten Fleisch und Mehl besteuert.
- (e) Z. B. die zum Branntweinbrennen dienlichen Materialien, die jedoch auch zu anderen Zwecken gebraucht werden.

§. 430.

Die Umwandlung des Aufschlages in eine feste Summe, die der Verkäufer einer Waare jährlich in die Staatscasse entrichtete (*aversum, Pauschsumme*), würde zwar die Erhebung sehr erleichtern, alle lästigen Aufsichtsmittel und allen Betrug beseitigen (a), aber dennoch überwiegende Nachtheile mit sich führen.

Es gehört wesentlich zur Güte einer indirecten Aufwandssteuer, daß jeder Verkäufer eben soviel an den Staat entrichtet, als die Käufer im Preise der Waare mehr ausgeben müssen. Dieß findet aber bei der Einführung einer Pauschsumme nicht statt, denn 1) wenn man auch dieselbe wegen der Vermehrung der Einwohnerzahl jährlich regelmäßig steigen lassen will, so geht doch der Nutzen verloren, den die Erhöhung des Verbrauches und des Steuerertrages bei der Zunahme des Wohlstandes hervorbringt. Dieser Verlust ließe sich nur dann vermeiden, wenn man die jährliche Verzehrung genau erfahren könnte, was aber gerade von der Aufhebung der Controlanstalten verhindert wird. 2) Es treten öfters starke Veränderungen in dem Verbrauche ein, es wird z. B. nach schlechten Weinjahren mehr Bier getrunken und umgekehrt. Bei einer genau nach den verbrauchten Mengen erhobenen Accise gleicht sich die Zunahme der einen Steuer mit

§. 431.

Der Aufschlag von dem zu menschlicher Nahrung verwendeten Getreide (a) trägt den Namen Mahlaccise, Mahlsteuer, weil er entrichtet werden muß, ehe man das Getreide auf die Mühle bringt und weil der Müller deshalb überwacht wird. Diese Abgabe hat zufolge obiger Betrachtungen (§. 421.) den erheblichen Grund gegen sich, daß sie zu schwer auf die arbeitende Classe drückt und mit der Kopfzahl der Familienglieder wächst; sie muß sogar von den aus Selbalmosen lebenden Armen bezahlt werden (b). Zudem ist auf dem platten Lande die Entrichtung an den entfernt wohnenden Accise-Einnehmer beschwerlich, abgelegene Mühlen sind schwieriger und kostbarer zu beaufsichtigen, als städtische, endlich lassen viele Familien auf dem Lande ihr Getreide selbst mahlen und werden daher von den vorgeschriebenen Förmlichkeiten belästigt (c). Diese Nachtheile werden gemildert, aber keinesweges ganz beseitigt, wenn man da, wo die unteren Arbeiterclassen sich von einer anderen Getreideart nähren, als die wohlhabenderen Einwohner, jene Frucht niedriger besteuert, wie dieß in Preußen mit dem Roggen geschieht (d), — und wenn man die Mahlsteuer auf die Städte beschränkt, was freilich eine Bewachung des Verkehrs an den Thoren nöthig macht. Zur Ausführung dieser Steuer gehört 1) das Verbot der Handmühlen (e), 2) die Verpflichtung der Müller, Getreide nicht ohne die begleitende Quittung für die bezahlte Accise anzunehmen und genaue Verzeichnisse aller Mahlfrüchte und ihrer Eigenthümer zu halten, die eigenen Früchte abgesondert zu verwahren u. s. w., 3) verschiedene Sicherungsmittel, z. B. Verbot des Verbringens auf die Mühle bei Nacht, Bezeichnung der Säcke eines jeden Eigenthümers von Getreide, häufige Besichtigung durch Accisebeamte u. dgl.

(a) v. Jakob, II, §. 12—16. — v. Malchus, I, 325. 337. — Prince-Smith, Ueber die Frage: Wer trägt die Schlacht- u. Mahlsteuer? Elbing, 1845.

(b) Es ist hierbei vorausgesetzt, daß diese Steuer nicht auf den Landwirth überwälzt wird. Sie könnte nur dann eine Erniedrigung des Getreidepreises verursachen, wenn eine starke Abnahme des inländischen Getreideverbrauches einträte und der Landwirth weder ein anderes Absatzgebiet fände, noch den Getreidebau einschränken und dafür

§. 432.

Der Fleischausschlag ist mit geringer Schwierigkeit zu erheben, auch kann die Größe des Fleischverbrauches ohne Zweifel als ein gutes Zeichen der Wohlhabenheit angesehen werden (a). Daß für die Dürftigen das Fleisch, eine vorzüglich stärkende Speise, vertheuert wird, ist der Hauptnachtheil der Steuer, die deßhalb, wenn sie überhaupt nicht zu entbehren ist (b), wenigstens in mäßigem Betrage gehalten werden und die geringeren Sorten noch schwächer belegen muß (c). Wo öffentliche Schlachthäuser sind, da kann die Entrichtung am leichtesten, überhaupt aber in den Städten leichter als auf dem Lande überwacht werden (d). Daß Schlachten zum Hausgebrauche ist am schwersten zur Steuer beizuziehen, besonders bei Thieren, die der Schlachtende selbst aufgezogen hat, überdies ist es den Zehrern beschwerlich, einen vielleicht für mehrere Monate bestimmten Fleischvorrath sogleich beim Schlachten versteuern müssen. Das Hauschlachten kommt jedoch bei größerem Vieh selten vor, es ist daher hinreichend, wenn dasselbe nur bei Schweinen, Schaafen und Ziegen unbesteuert bleibt (e). Die Entrichtung kann geschehen 1) nach dem Gewichte, mit Hingewlassung aller derjenigen Theile, die nicht gegessen oder doch nicht pfundweise ausgewogen werden, wie Haut, Füße, Kopf, Eingeweide, Darmfett. Hierbei ist eine Abwägung nach dem Schlachten, aber vor dem Zerhauen in die 4 Viertel im Beisein eines verpflichteten Waagemeisters, am besten auf einer öffentlichen Waage nothwendig, worauf erst die Steuer bezahlt werden kann (f). Dieß ist umständlich, aber die Steuer vertheilt sich hiernach am gerechtesten unter alle Verkäufer; 2) bloß nach der Stückzahl, wobei die Steuerzahlung noch vor dem Schlachten geschieht und die Erhebung höchst erleichtert ist (g). Dagegen tritt der Uebelstand ein, daß von schweren Viehstücken auf jedes Pfund eine geringere Steuer kommt, als von leichten, mithin der begüterte Unternehmer einen Gewinn zieht, während die Zehrer gleichen Fleischpreis bezahlen müssen. Durch den Begehr des schwereren Viehes wird dessen Einkaufspreis selbst wieder erhöht, und wenn man hierin auch eine billige

Belohnung für den Gewerbleiß des Viehzüchters erblicken kann, so leiden doch diejenigen Gegenden, in denen die herrschende Rindviehrasse kleiner ist, und die kleinen Landwirth, die ihr Vieh ungemästet zu verkaufen gezwungen sind, eine (allerdings geringe) Benachtheiligung (*h*). 3) Die Unterscheidung mehrerer nach dem Gewichte abgestufter Classen von Thieren jeder Art steht zwischen der ersten und zweiten Methode in der Mitte. So oft sich zwischen dem Acciseeinnehmer und dem Fleischer über die Classe eines Stückes ein Streit erhebt, muß das Abwägen zu Hülfe genommen werden, und da man in den meisten Fällen hierauf zurückkommt, so ist mit dieser Classeneinrichtung nichts gewonnen (*i*).

- (a) Daher ist auch die Fleischverzehrung verschiedener Gegenden und Orte sehr ungleich, wie z. B. Städte auf den Kopf mehr Fleisch verbrauchen als das platte Land. In den preussischen schlachtsteuerpflichtigen Städten treffen 80 Pfd. jährlich auf den Kopf der Gew., der Beitrag zur Mahl- und Schlachtsteuer ist j. 51 Sgr., während die classensteuerpflichtigen Orte nur 16½ Sgr. auf den Kopf entrichten. In Baden zahlt der Kopf i. D. g. 13 fr. Fleischsteuer. In den 32 Obergemeinden schwankte 1833/34 der Betrag zwischen 31 fr. (Mannheim) und 6 fr. (Borberg), welchem minimum Buchen (im Odenwald), Hornberg und St. Blasien (im Schwarzwald) zunächst stehen. Holz, Gewerkskal. 1835, S. 9. Der Kopf zahlt in Karlsruhe 60, Mannheim 53, Heidelberg 51, Freiburg 41 fr.
- (b) Großbritannien, Frankreich, Baiern, Württemberg (seit dem Finanzges. v. 1. Juli 1839) und manche andere Staaten haben diese Steuer nicht. In Frankreich ist aber in einem Theile der Städte eine städtische Fleischabgabe, die in Paris von einem Ochsen 26 fr. 40 C. beträgt. — In Baden war die Fleischaccise (durch Ges. v. 17. Jul. 1848) vom 1. Jan. 1849 an aufgehoben, aber durch Ges. v. 30. März 1850 wurde sie wieder eingeführt. In der Zwischenzeit war keine Preiserniedrigung des Fleisches wahrzunehmen, die erst nach einiger Zeit bei einer vermehrten Viehzucht hätte eintreten können. — Mecklenburg-Schwerin, A. 1850/51, 14 000 rl.
- (c) In Baden wurde 1828 der Aufschlag von Ziegen und Milchschweinen, 1832 überhaupt von Schweinen und Schaafen aufgehoben. Letztere Erleichterung wurde auf ungefähr 50 000 fl. angeschlagen. Der mittlere jährliche Fleischverbrauch eines Kopfes ist 30 Pfd. Schweine-, 1 Pfd. Schaaf-, 31 Pfd. Ochsen-, Rind- und Kalbfleisch.
- (d) In Preußen ist die Schlacht- wie die Mahlsteuer auf die größern Städte beschränkt, S. 431.
- (e) In Württemberg war nur das zum Verkaufe bestimmte Vieh steuerbar, so ist es auch in Oesterreich. — Die Steuer von dem zum Hausverbrauche geschlachteten Vieh ist eine directe.
- (f) Preuß. Schlachtsteuer, Ges. v. 30. Mai 1820, 1 rl. vom Centner; jedes geschlachtete Stück kommt unzerschnitten auf die Waage, nur Füße, Eingeweide und Darmfett werden nicht mitgewogen. — Nach

brauch und werfen beträchtliche Einnahmen ab. In Ansehung der Gegenstände dieser Steuern finden von Land zu Land Verschiedenheiten statt, indem Bier und Branntwein in kälteren Ländern mehr einbringen, als in warmen. Wo kein Rebbaue stattfindet, da wird der Wein bequem durch einen Gränzzoll getroffen (a).

Die Besteuerung geistiger Getränke dient zugleich den übermäßigen Genuß derselben einigermaßen zu vermindern; dagegen ist es wünschenswerth, daß die zur Stärkung dienende Verzehrung der arbeitenden Classe schonend belastet werde. Man könnte daher eine solche Höhe der Tranksteuern nicht billigen, welche ungeachtet des Anwachsens der Volksmenge den Verbrauch dieser Getränke im Ganzen verminderte oder auch nur auf gleicher Höhe erhielt.

(a) Frankreich, 1825—1829 i. D. 105·980 000 Fr., nach der Reduction von 1831 und 1832 64·226 000 Fr., 1835 70·809 000 Fr., oder gegen 1 fl. auf den Kopf. U. für 1844: 97·719 000 Fr., 1845 R. 101 Mill. Fr. U. für 1852 ebenso. — Großbritannien, 1849 10·469 000 £. St. von Malz, Hopfen und Branntwein, ohne den Einfuhrzoll (1·835 000 £. von Wein, 2·803 000 £. von Branntwein). — Belgien 1846 12·700 000 Fr. — Oesterreich 1847 R. 1·851 862 fl. Branntwein, 2·472 191 fl. Wein, 5·659 428 fl. Bier, zus. 9·983,481 fl. — Großh. Hessen, U. 1850: 600 000 fl. — In Baden trugen die Tranksteuern im Durchschnitt von 1830—1832 jährlich 693 648 fl. oder 34¼ fr. auf den Kopf der Einwohner, im D. von 1844—1845 1·074 672 fl. oder 47,¼ fr. auf den Kopf.

§. 433. a.

Der Weinausschlag ist als Belastung der Zehrer ganz zweckmäßig, wenn er aber den Weinverbrauch vermindert und den Preis der Weine erniedriget, so drückt er die Rente und den Preis des Neblandes herab und beeinträchtigt zugleich die zahlreiche Classe der vom Rebbaue lebenden Arbeiter in ihrem Unterhalte. Aus diesem Grunde kann ein beträchtlicher neuer Weinausschlag eine Herabsetzung der Grundsteuer von Nebland nöthig machen, besonders da dieses häufig wegen seiner abhängigen Lage nicht auf andere Weise gleich vortheilhaft zu benutzen ist. Bei einer älteren Weinsteuer hat sich der Preis des Weines und der Anbau der Neben nach derselben eingerichtet, und man kann sie dann für unschädlich halten, wenn die Lohnarbeiter in Wein-

Beschwerden gänzlich, und läßt auch den Weinhandel im Großen von den meisten Beschränkungen frei. Hierzu gehören folgende Anordnungen: a) Die Schenkwirthe müssen ihren zum Kleinverkaufe bestimmten Vorrath vor der Einkellerung versteuern, ebenso diejenigen Behrer, welche sich einen Vorrath im Großen erkaufen. b) Die Keller der Schenkwirthe werden öfteren Besichtigungen durch Steuerbediente unterworfen (h) und der Weintransport innerhalb des Landes wird unter einige Aufsicht gestellt, durch Forderung eines begleitenden Frachtbriefes und Preißscheines u. dgl.

- (a) Frühere preuß. Moststeuer, Ges. v. 8. Febr. 1819. Jetztige Weinsteuer, Ges. v. 25. Sept. 1820. Instruction v. 8. Febr. 1826 bei Philippi, S. 389. Aehnlich Sachsen, Kurhessen und die thüringischen Staaten. — Ueber die Nachtheile dieses système de l'inventaire, welches, jedoch in lästigerer Form, in Frankreich nach 5 jähriger Dauer wieder aufgehoben worden ist, s. Rapport au Roi, S. 103 ff.
- (b) Jeder, der Trauben gekeltert hat, muß das gekelterte Quantum schriftlich anzeigen. Die Nachsuehung (Revision) geschieht nicht bloß in den angemeldeten Räumen. Preuß. Instr. S. 1. ff. 11.
- (c) Von dem gekelterten Moste werden in Preußen 15 Proc. als Abgang abgezogen. Die wirkliche Versteuerung des in einem Jahre erzeugten Weins wurde bisher bis zum 1. August des nächsten Jahres verschoben. Wird unterdessen der Wein verkauft, so hat der Käufer die Accise zu bezahlen und dem Weinbauenden die Quittung zu übergeben, der sie bei Entrichtung seiner Steuer statt baar mit abliefern. Nach Cabinetsordre v. 28. Sept. 1834 werden die noch unverzehrten und unverkauften Vorräthe des Weinbauenden gar nicht versteuert, sondern nur in das Register des folgenden Jahres eingetragen. Die frühere Einrichtung besteht noch in Sachsen und Kurhessen.
- (d) Es ist Gegenwart des Steuerbeamten nöthig, wenn älterer Wein mit dem neuen vor der Revision gemischt werden soll, Pr. Instr., S. 4.
- (e) Die Steuer beträgt in Preußen in 6 Classen vom Eimer ($\frac{1}{2}$ Ohm) $1\frac{1}{6}$ — $\frac{5}{6}$ — $\frac{7}{12}$ — $\frac{5}{12}$ — $\frac{1}{3}$ u. $\frac{1}{4}$ rl., wobei jeder Weinberg seine feste Classe erhält. Da übrigens im preuß. Staat der Rebbauplan nicht erheblich ist, (1835 $\frac{1}{1710}$ der Oberfläche), so ist jene Erhebungsform eher zu billigen, während die unter 2) genannte dort bei der viel größeren Zahl von Weinwirthen mehr Beschwerde verursachen würde. In schlechten Weinjahren hilft man durch Nachlaß. Die Moststeuer brachte 1829 — 1838 i. D. nur 116 394 rl. ein, wovon 104 375 aus der Rheinprovinz. U. 1847 90 855 rl. Hoffmann, Steuern, S. 297 ff.
- (f) Droit de détail in Frankreich, früher 15 Proc., nun 9 Proc. vom Preise des ausgesenkten Weins; Betrag gegen 49 Mill. Fr., mit Einschluß der Branntweinsteuer; — dazu das in S. 433 (a) erwähnte droit d'entrée und das droit de circulation von den zu

272 384 £., 1848 145 693 £., 1850 426 194 £. je nach dem Hopfen-
ertrage.

- (c) Baiern, ältester Bierausschlag 1542, sodann 1612 auf 1 Pfennig von der Maas erhöht. 1634 kam der zweite, 1672 der dritte, 1706 der vierte Bierpfennig hinzu. Der Erhebungsfuß ist 5 fl. vom Scheffel (50 fr. von der bair. Mese) eingesprengtes Malz (resp. 1 fl. 14 fr. vom pr. Scheff. = 3 fl. 21 fr. vom bad. Malter), mit der Annahme, daß 6 Raumtheile trockenes Malz durch das Benetzen (Einsprengen) sich auf 7 vermehren. Der bair. Malzausschlag (nur in den 7 Kreisen diesseits des Rheins) trug i. D. 18¹⁹/₂₀ — 18³⁰/₃₁ roh 5 045 083 fl. rein 4 729 035 fl. 18³⁷/₃₈ — ⁴⁰/₄₁ roh 5 556 200 fl., rein 5 379 149 fl., A. 1849 — 55 rein 5 ¹/₂ Mill. fl. Die Kosten sind an 5 Proc. Die Entrichtung geschieht in bestimmten Fristen nach dem Schroten, dieses aber darf erst beginnen, wenn der Eigenthümer dem Steuereinnehmer Anzeige erstattet, das Malz gemessen und den Erlaubnißschein (Pollete) erhalten, der Müller das Malz sammt der Pollete in Empfang genommen und jenes nochmals gemessen hat. Findet sich eine größere Menge, so muß dem Einnehmer Nachricht gegeben werden. Der Müller bescheinigt den Befund des Messens auf der Pollete, führt ein Brechregister und theilt vierteljährig dem Einnehmer einen Auszug aus demselben mit. Die Brauereien und Mühlen werden häufig besichtigt. Das für diese Steuer bestellte Personal besteht aus 35 Aufsehern, 609 Einnehmern, 14 Beamten an 7 Oberausschlagsämtern in den 7 Kreisen und einigen Oberinspectoren. Rivet, in Rau, Archiv, V, 42 — 51. Dessen Handbuch der Malzausschlagsverwaltung im Königr. Baiern. Heidelberg, 1842. — Rudhart, IV, 154. — In Württemberg ist 1827 der Malzausschlag nach dem Vorbilde Baierns eingeführt worden, s. Handb., S. 282 ff. Er beträgt 20 fr. vom Simra Malz (49, ⁸/₁₀ fr. vom preuß. Scheff. = 2 fl. 15 fr. vom bad. Malt.). Ertrag 1835 — 1837 i. D. 526 336 fl., 1841 — 1843 i. D. 777 322 fl., also Zunahme von 38 Pr. in 6 Jahren!
- (d) In Baiern ist nur solchen Brauern das Brechen (Schroten) auf eigenen Mühlen gestattet, welche diese letzteren schon bei der Einführung des Ausschlags besaßen. — In Württemberg werden solche Privatschrotmühlen, wo man überhaupt ihre Beibehaltung gestattet, unter Verschuß des Accisebeamten gehalten.
- (e) Die Annahme ist in Baiern 6 — 7 Eimer (resp. Winter- und Sommerbier) auf 1 Scheff. trocknes Malz, also 1, ⁸⁴/₁₀₀ — 2, ¹⁵/₁₀₀ Raumtheile Bier auf 1 Theil trocknes Malz.
- (f) Man glaubt, daß in Baiern jährlich ¹/₂ Mill., wo nicht gar 1 ¹/₂ Mill. fl. defraudirt werden, Verh. d. 2. R. v. 1828. III, 139. Rivet, a. a. D., S. 77 nimmt an, daß i. D. auf den Scheffel trockenes Malz 2 Eimer Bier mehr gebraut werden, was (auf 964 630 Sch.) unter der Voraussetzung von 54 fr. Ausschlag für den Eimer schon 1 736 324 fl. jährlich ausmacht. Die Zehrer müssen aber diese 1 929 000 Eimer um den obrigkeitlich bestimmten Preis bezahlen, i. D. zu 4 fl. 48 fr. den Eimer, obgleich die Brauer dieses Mehrerzeugniß umsonst haben. Ein in jenem Jahre den Kammern vorgelegter Gesetzentwurf, in dem namentlich Kellervisitationen vorgeschrieben waren, kam, als zu belästigend, nicht zu Stande.
- (g) Preuß. Ges. v. 8. Febr. 1819. §. 18 — 21. Ordnung von dems. Tage, §. 27 — 35. Tab.: D. v. 10. Jan. 1824. Fin. Resc. v. 27. Apr. 1824.

erzeugen, aber das mehrmalige Brauen nicht zuläßt (e). Ueberdies muß fleißig nachgesehn werden, vorzüglich während des Brauens. Man könnte auch versuchen, noch ein anderes Controlmittel, z. B. die Erforschung der verbrauchten Menge Schrottes (f) oder die gewonnene Quantität Bier, zu Hülfe zu nehmen.

3) Die Erhebung von dem gebrauten Vorrathe, wie er sich nach der Vollendung des Siedens zeigt, hat gegen sich, daß hierbei die verschiedene Stärke, z. B. des Sommer- und Winterbieres, unbeachtet bleibt, und daß ohne vorausgegangene Beobachtung des Brauverfahrens leicht ein Theil des Erzeugnisses auf die Seite geschafft werden kann. Doch ist die Vergleichung des auf dem Kühlschiffe, in Bottichen und Fässern enthaltenen Biervorrathes ein gutes Ueberwachungsmittel für andere Erhebungsarten.

(a) Baden, Ges. v. 4. Mai 1825. Bei der Berathung mit 10 eingerufenen Brauern im J. 1843 hat man die Zweckmäßigkeit der bestehenden Einrichtung im Allgemeinen anerkannt und nur einzelne Mängel bemerkt, welche in dem Ges. v. 28. Febr. 1845 abgeändert worden sind; s. Verhandlungen der 2. K. v. 1843 — 1844. XIII. Beil. Heft S. 1. — Nau, in dessen Archiv, IX, 51. (Neue Folge IV.) — Vollzugsv. v. 30. Apr. 1845. Zugehörige Dienstanweisungen v. 10. Mai 1845. — Der Fuß der Abgabe ist 50 kr. von der Dhm oder 8 fl. 20 kr. von dem Fuder des Kesselgehaltes (vorher 10 fl. mit Abzug von 2 Sollen für den Rand des Kessels). Es wird angenommen, daß auf das Fuder von vollendetem Biere 13 fl. Steuer kommen sollen, also auf die Maas 0,⁷⁸ kr. Die genauen Erforschungen im J. 1843 haben gezeigt, daß der Abgang beim Sieden, Abkühlen, Gähren und Lagern bei Sommer- (Lager-) Bier 36,²¹ Proc., bei Winter- (Jung-) Bier 25,⁴⁸ Proc. des Braugesäßes beträgt, also i. D. 30 — 31 Proc., während jenes Verhältniß (13 und 8½ fl.) 35 Proc. Abgang voraussetzt. Die bad. Bieraccise stieg wegen des zunehmenden Bierverbrauches bedeutend. Sie trug ein

1831 — 1835 i. D. 191 726 fl. oder 9,⁴ kr. auf den Kopf.

1836 — 1840 „ 243 444 „ „ 11,⁶ „ „ „ „

1842 — 1844 „ 366 775 „ „ 16,⁵ „ „ „ „

1845 erreichte sie die Summe von 412 664 fl. 1847 (Getreidetheuerung) sank sie auf 273 643 fl. — Kurhessen, Ges. v. 6. März 1831; 24 Stunden Brauzeit, 5 Sgr. von d. Dhm (= 0,⁷⁵ bad.). Großh. Hessen, Ges. v. 12. Sept. 1827, 40 kr. von der Dhm des Kessels (= 1,⁰⁶ bad. D.). Aehnlich ist die österreichische Einrichtung. Eine bestimmte Brauzeit ist nicht vorgeschrieben, dagegen aber das ganze Verfahren vom Einmaischen bis zum Ablassen von der Kühle unter Aufsicht gestellt. Alle Gefäße, auch die Kühle und die Fässer, sind geeicht und mit Nummern bezeichnet, und die Beamten haben sich zu überzeugen, daß nur die angezeigte Menge gebraut wird. Von

réunis, II, 128 (A. XIII). Die Steuer war 40 Cent. vom Kilogramm Blätter (9. fl. 20 fr. vom Centn.).

- (e) In Württemberg versuchte man 1812 nach der Aufhebung der Tabaksregie, den Fabricanten und Händlern nach Cassionen über die von ihnen abgesetzte Menge, nachher in Gemäßheit einer Classeneinschätzung in Bezug auf muthmaßlichen Absatz, eine Tabakssteuer aufzulegen, die im Ganzen auf 40 000 fl. bestimmt und unter die steuerpflichtigen Gewerbsleute repartirt wurde. Aufgehoben 1828. — In Rußland besteht die oben bezeichnete Einrichtung mit gestempelten Umschlägen (Banderollen). Der Urheber dieser Anordnung, Graf Cancrin, sagt: „Das Mittel der Banderolle, auch bei Karten gebräuchlich, führt sich gut durch“. Dekon. d. menschl. Gesellsch. S. 252.

§. 441.

Spiellkarten und Calender sind in vielen, Zeitungen in mehreren Ländern mit einem Aufschlage belegt worden, zu dessen Sicherung man sich der Stempelung bedient, §. 231. Eine Besteuerung der Spielkarten ist volkswirthschaftlich ohne Nachtheil, nur trägt sie wenig ein und verleitet zu vielen Umgehungen. Die Einfuhr von Spielkarten vom Auslande sowie der Verkauf und Gebrauch ungestempelter Karten muß bei Strafe untersagt werden, wenn man aber alle Steuerbetrugsfälle verhüten wollte, so würde eine sehr kostbare und umständliche Beauffichtigung, namentlich der Kartenfabriken, nothwendig werden (a). Bei ihrer übrigen Zweckmäßigkeit kann diese Abgabe in mäßigen Sätzen und mit einer auf Fabriken, Kaufleute und Wirthshäuser zc. beschränkten Controle beibehalten werden. — Der Calenderstempel ist fehlerhaft, weil viele Calender als ein Mittel der Belehrung eher Begünstigung als Belastung verdienen, die Gränze zwischen diesen und den Luxuscalendern nicht scharf angegeben werden kann, auch nicht abzusehen ist, warum diese von allen Druckschriften und Kunstwerken allein eine Steuer tragen sollen. Auch der Zeitungstempel ist in Hinsicht auf die Wichtigkeit der Zeitungen als eines allgemeinen Bildungsmitfels nicht zu billigen, und wenn man ihn als ein Mittel angesehen hat, den Mißbrauch der Tageblätter für unlautere Zwecke zu erschweren, so steht ihm entgegen, daß er ohne Unterschied die besseren wie die schlechteren Blätter trifft (b).

- (a) In Frankreich muß das Papier zu den Karten dem Staate abgekauft werden. L'impôt sur les cartes, qui ne produit annuellement que 500 000 fr. environ, est le moins important de tous ceux que

perçoit la régie et celui qui est le plus exposé à la fraude. Rapport au Roi de 1830, S. 113. — In Großbritannien trug der Kartensempel 20 — 22 000 £. St., seit der Reduction von 1828 nur noch 14 — 15 000; die Abgabe ist 1 Sch. vom Pfund. — In Preußen hat sich die Regierung den Verkauf der Spielkarten vorbehalten und bezieht im Preise sogleich die Steuer. Französ. Karten werden in 3 Sorten zu 15 — 10 — 5 Sgr., deutsche zu 10 und 5 Sgr. verkauft. — In Baden ist seit 1831 der Kartensempel aufgehoben.

- (b) In Großbritannien ist 1835 der Stempel von 4 auf 1 P. (3 fr.) vom Stück herabgesetzt worden. Vorher war der Ertrag bis $\frac{1}{2}$ Mill. £. St. gestiegen.

§. 442.

Man hat noch manche andere Gegenstände des Verbrauches mit einer Accise belegen versucht, vorzüglich in Großbritannien (a). Indes haben sich die meisten dieser Aufwandssteuern in der einen oder anderen Hinsicht den allgemeinen Besteuerungsgrundsätzen widerstreitend gezeigt. Bald war der Gegenstand von der Art, daß seine Werthierung für die Gewerbe oder für andere Zwecke, z. B. die Gesundheit (b) nachtheilig wirkte; bald waren die Veranstellungen und Ueberwachungsmittel sowohl für die Behrer als für die Erzeuger und Verkäufer zu lästig und erschienen dann als doppelt verwerflich, wenn nur eine geringe Einnahme erzielt werden konnte. Daher ist man von den meisten Steuern dieser Art nach und nach zurückgekommen. Dennoch ist es denkbar, daß sich noch Ausgaben auffinden lassen, von denen man auf unschädliche Weise Aufschläge erheben könnte. Eine solche der neuesten Zeit angehörende Steuer ist die auf Runkelrübenzucker gelegte, zu welcher man sich darum entschloß, weil die rasche Zunahme der inländischen Fabriken den Einfuhrzoll von Colonialzucker beträchtlich schmälerte, weil die Besteuerung des Zuckerverbrauches zweckmäßig ist und die Befreiung des Rübenzuckers als eine übermäßige Begünstigung eines Gewerkszweiges von noch zweifelhafter Gemeinnützigkeit angesehen werden mußte, vgl. II, S. 214 (a). Da der Rohstoff am schwersten zu verbergen ist, so wird die Steuer am besten von den verwendeten Runkelrüben erhoben, und zwar beim Einbringen derselben in die Zuckerfabrik oder bei ihrer Verkleinerung (b), und nach einem Anschlage über die zu einem Centner Rohzucker erforderliche Rübenmenge (c).

Auß Gründen des Steuerwesens mußte man den Rübenzucker eben so hoch belegen, als den Rohrzucker; nur die Rücksicht auf die inländischen Fabriken, welche seither in der gänzlichen Steuerfreiheit einen großen Schutz genossen hatten und bei der plötzlichen Gleichstellung beider Zuckerarten zum Theile mit großen Verlusten für die Eigenthümer zu Grunde gehen könnten, mag eine Schonung des Rübenzuckers anrathen (a).

- (a) In Baden gab es nach der Accisordnung von 1812 eine Abgabe von Del, nach den gestampften Rohstoffen erhoben, und von Brennholz (2 — 6 kr. von der Klafter, vor der Abfuhr aus dem Walde zu entrichten). Beide Abgaben hörten 1820 auf. — Ehemalige Abgabe von Gold- und Silberwaaren in Oesterreich, durch vorgeschriebene Stempelung überwacht. — In den österreichischen größeren Städten werden Steuern von Brennholz und Baustoffen, Milch, Eiern, Wachs, Del, Käse &c. erhoben.

Im brit. Reiche sind neben Malz, Hopfen und Branntwein noch besteuert:

	Ertrag 1849
Ziegel u. Backsteine, 5 Sch. 10 P. u. 10 Sch. pr. 1000	456 452 £.
Papier, 1½ P. pr. Pfd.	810 554 „
Seife, 1½ u. 1 P. pr. Pfd.	1 026 080 „

durchgängig mit 5 Proc. Zuschlag zu den angegebenen Sätzen. Hierzu kommen mancherlei unter die Accise gerechnete Gebühren (licenses) von Gewerbetreibenden, besonders solchen, welche besteuerte Waaren verkaufen, ferner von Miethkutschen, Postpferden, Eisenbahnen &c. Diese Abgaben sind nicht sowohl Gewerbesteuern, als fixirte Accisezuschläge und Mittel, die Zahl der Accisepflichtigen zu beschränken. Bei der Ausfuhr der Seife wird eine Rückvergütung gegeben, 1849 von 85 286 £. Die bedeutenderen Erleichterungen in der neuesten Zeit sind folgende: 1830 Bierausschlag aufgehoben, gegen 3 Mill. £. — Leder, 340 000 £. — Eider, gegen 30 000 £. St. — 1831 Kattune und bedrucktes Papier, 550 000 £. (nach Abzug des starken Ersasses bei der Ausfuhr). — Lichter, 500 000 £. St. — 1833 Seife, auf die Hälfte gesetzt. — Ziegel herabgesetzt um ungefähr 37 000. — Spielkarten, 30 000 u. m. a. Stempelsage. 1834 Stärke, 75 000 £., Reduction der Branntweinsteuer. 1835 Glasaccise um ½ vermindert. 1836 Papier auf die Hälfte. Die Acciseeinnahme von 1834 war um ungefähr 1½ Mill. £. St. höher, als man dieser Erleichterung zufolge hätte vermuthen sollen. — 1845: Auktions- und Glasaccise aufgehoben, zus. 642,000 £.

- (b) Die Uebereinkunft der Zollvereinsstaaten v. 8. Mai 1841 gestattete einstweilen die Wahl, ob man die Steuer von dem fertigen Erzeugniß, oder von den Rüben, und zwar beim Einbringen oder erst vor dem Zerkleinern erheben wolle. Man hat jedoch später die letztere Methode vorgezogen, wie schon die preuß. B. v. 21. März 1840, welche als Vorbereitung für die künftige Besteuerung eine sogenannte Controlabgabe von ⅙ rl auf den Centner Rohzucker eingeführt hatte, unbedingt das Abwägen vor dem Zerkleinern vorschrieb. Der Fabrikherr muß vor dem Anfang der Verarbeitung Anzeige machen, worauf das Verwiegen unter Aufsicht eines Steuerbedienten geschieht. In Frankreich hält man sich an die Zufuhr in die Fabrik.

seine eigene Zolleinrichtung hatte und die Gränze gegen die anderen Theile des Kaiserstaates mit einer doppelten Reihe von Zollstellen besetzt war, die auf ungarischer Seite Dreißigstädter hießen, wie der ungarische Zoll die Dreißigstgebühr. — Auch Mecklenburg hat noch Binnenzölle, von denen die Ritterschaft für ihre landwirthschaftlichen Erzeugnisse befreit ist, Erbvergleich v. 1755 S. 280 ff. Indessen sind die Abgaben sehr mäßig. Die 25 Landzollämter in M. Schwerin tragen nur 32 650 rl. (M. 18⁵⁰/₆₁), also weniger als das Weggeld, am erheblichsten ist der Transitzoll auf der Eisenbahn und an den 2 Elbzollstellen, zusammen 246 220 rl.

§. 444.

Die Eigenthümlichkeiten der Zölle von formeller Seite entspringen daraus, daß die Erhebung an den Landesgränzen geschieht. Vergleicht man sie in dieser Hinsicht mit den Aufschlägen, so ergiebt sich Folgendes: 1) Der innere Verkehr eines Landes wird von den Zöllen sehr wenig belästigt. Zwar hat man zur Sicherung der Zollgefälle einige Beaufsichtigung der Waarensendungen im Innern nöthig gefunden, indeß sind die üblichen Beschränkungen nicht erheblich, beziehen sich größtentheils nur auf wenige hochverzollte Artikel und lassen die meisten Gewerbe ganz ungestört. 2) Der Verkehr mit dem Auslande durch Reisen und Waarentransporte wird gewissen Aufsichtsmaaßregeln und Förmlichkeiten unterworfen, — ein Uebel, unter welchem sowohl die Kaufleute, Fabrikherren, Schiffer, Fuhrleute u., als die Gränzbewohner zu leiden haben. Für diese ist der Nachtheil da am größten, wo die Staatsgränze nicht durch die Naturbeschaffenheit eines Landes angedeutet ist, sondern durch stark bevölkerte, in vielfachem Verkehre stehende Landschaften hinzieht. Die erstgenannten Personen lernen zwar bald sich mit den Vorschriften des Zollwesens vertraut zu machen und sich nach ihnen zu bequemen (§. 413), auch kann man dem kleinen Gränzverkehre viele Erleichterungen geben, ohne den Zwecken des Zollwesens zuwider zu handeln. Gleichwohl bleibt in beiden Rücksichten immer eine Beschwerlichkeit übrig. 3) Ein erheblicher Vortheil ist es, daß man mit fast gleicher Mühe den Zoll von vielerlei, statt von wenigen Waarengattungen einziehen kann, und diese Leichtigkeit hat vielfältig sogar dazu verleitet, daß man mehrere und höhere Zölle anlegte, als es zu rechtfertigen ist.

II. Einzelne Arten der Zölle.

A. Einfuhrzölle.

§. 446. 447.

In dem Zollwesen der europäischen Staaten bildet die Einfuhr den ergiebigsten Gegenstand der Zollbelegung (a). Was den erwähnten volkswirtschaftlichen Grund der Einfuhrzölle betrifft, so hat man sich größtentheils darüber vereinigt, daß eine gänzliche Ausschließung fremder Erzeugnisse durch Verbote (Prohibitivsystem) eben so unausführbar, als, wenn sie gelänge, unzweckmäßig sein würde, und daß dagegen die volle Handelsfreiheit, obschon an und für sich das Vollkommenste, doch bei den gegebenen Verhältnissen, bei einem unter der Begünstigung vieler Zölle entwickelten Gewerbewesen, zumal von einem einzelnen Staate ohne gleichzeitige Nachahmung in anderen, nicht sogleich eingeführt werden könne und nur als Ziel zur allmählichen Annäherung anzusehen sei. Das Feld der Meinungsverschiedenheit hat sich hiedurch verengert, und wenn noch lebhaft darüber gestritten wird, ob die Begünstigung der Handelsfreiheit oder das Schutzsystem den Vorzug verdiene, so führen die tieferen Forschungen über die Natur des auswärtigen Verkehrs, sowie viele Erfahrungen über die vortheilhaften Folgen einer Verminderung des Zollschutzes nothwendig zu der ersten Ansicht, II, §. 205 ff. 297 ff. Die Beibehaltung, die neue Einführung oder die Erhöhung dieser Zölle muß daher in jedem einzelnen Falle aus den gegebenen Gewerbsverhältnissen eines Landes als Bedürfnis nachgewiesen werden, um gerechtfertigt zu sein, und dieß ist nur bei Zöllen auf bestimmte Dauer möglich.

(a) Der Einfuhrzoll machte im d. Zollverein 1847 — 49 96 Proc., in Frankreich u. 1849 94 Proc. der Zolleinnahme aus.

§. 448.

In der Regel kann ein Einfuhrzoll nicht auf die auswärtigen Verkäufer übergewälzt werden, weil diese vermöge des Mit-

um nicht die hervorbringenden Kräfte in eine unvortheilhafte Richtung zu leiten (f).

- (a) In den folgenden Beispielen aus mehreren neuen Zolltarifen sind die auf Gewicht sich beziehenden Sätze in dem deutschen Zollcentner und dem $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß ausgedrückt. Es sind hiebei zu Grunde gelegt: Der britische Tarif v. 9. Jul. 1842 mit den Abänderungen von 1845 und v. 26. Juni 1846 nach Peels Vorschlägen (Gr.) — Der russ. Z.-Tarif v. $13\frac{1}{2}$ Oct. 1850. (R.) — Der bisherige österreichische Z. (De.) s. Wagner, Der österr. Zoll- und ungar. Dreißigsttarif, Wien 1845. — Der Zollvereins-Z. für 1846 u. ff. (ZB.)
- (b) Dieser Regel widerstreitet die hohe Verzollung des Opiums; R. 103 fl. — Gr. 66 fl. — Z. B. 5^{83} fl. — De. 120 fl. — Auch Reis kann hierher gezählt werden, De. 57 fr. — R. 2^{57} — 3^{42} fl. — ZB. 3^{5} fl. — Gr. 3^{53} fl.
- (c) Austern. De. 2^{71} fl. — ZB. 7 fl. — Gr. 75 fl. — R. in kleinen Kässern 5^{72} fl. — Pomeranzen. De. 3^{78} fl. — ZB. 3^{5} fl. — Gr., nach Wahl 75 Proc. oder von 1000 Stück 9 fl. — R. 300 Stück 1^{5} fl. — Citronen ebenso, nur in De. 1^{81} fl.
Trockne Südfrüchte. ZB. 7 fl. — De. Datteln, Weinbeeren, Rosinen 4^{86} fl., Mandeln, Pistazien 6^{55} fl., Feigen 1^{31} fl. — R. 7^{98} fl. — Gr. Feigen, Rosinen, Corinthen 9 fl.
Wein. ZB. 14 fl. — De. meistens 9^{9} fl. — R. die meisten 48 R. vom Orhoft (221 Liter). — Gr. $5\frac{1}{2}$ Sch. vom Gallon (3 bad. Maass).
Branntwein. ZB. 14 fl. — De. 8^{06} fl. — Gr. fremder Br. 15 Sch., aus Ostindien und brit. America 9 Sch. vom Gall. — R. Rum und Franzbr. 34^{08} fl. vom Anker (36^{007} Lit.), anderer verboten.
Trüffeln. Gr. 66 fl. — De. 16^{35} fl. — R. 11^{4} fl. zu Land.
Caviar. De. 5^{45} fl. — Gr. 2^{05} fl. — R. 11^{4} fl.
Eisbunnen. De. 109^{3} fl. — Gr. bisher 82^{5} fl., jetzt frei.
- (d) So sind mancherlei Schmuckgegenstände, wenn sie roh eingehen, auffallend schwach besteuert, Perlmutter, Schildkrot, Elfenbein, Granaten, Korallen, ic. im ZB. $54\frac{1}{2}$ fr., aber Waaren daraus als kurze B. 87^{5} fl. — Perlenmutter, roh, De. 2^{71} fl. — R. 11^{4} fl. — Gr. 5 Proc. — Schildkrot Gr. 66 fl. — Granaten, ungeschliffen R. frei. — De. 131^{15} fl. — Korallen, roh, R. frei. — De. 21^{85} fl. — Felle zu Pelzwerk ZB. 1^{16} fl. — De. bis 27^{31} fl. — R. bis 80 fl. Gr. 5 Proc. mit vielen Sätzen für einzelne Arten von Pelzen, nach der Stückzahl — Rohseide. ZB. $52\frac{1}{2}$ fr. — De. 44 fr. — Gr. 5^{5} fl. — R. 5^{2} fl.
- (e) Die genannten Stoffe haben sich trotz der Ungunst, mit der man anfänglich ihre Einführung betrachtete, unaufhaltsam eingebrängt und ihr Verbrauch ist noch im Steigen. Dürftige helfen sich unter andern durch geringere Sorten und Beifügung von Ersatzmitteln, namentlich des Kaffees.
Rohzucker für Siedereien De. 8^{18} fl. — ZB. 8^{75} fl. — Frankreich 15^{33} bis 20 fl. — R. 21^{68} fl. — Gr. nach Ges. v. 4. Sept. 1848 von 1851 an, fremder gelber oder brauner Rohz. 5^{91} fl., britischer von 1854 an ebenso.
Kaffee ZB. 11^{37} fl. — De. 13^{33} fl. — R. 21 fl. — Gr. 22 und 23 fl.
Thee ZB. 19^{75} fl. — De. 98^{37} fl. — Gr. 137 fl.

Zimmt 3B. 11,³⁷ fl. — Gr. 33 und 66 fl. — R. 17,¹ fl. Sand, 28,⁵ Wasser. — De. 133,⁹² fl.

Gewürznelken 3B. 11,³⁷ fl. — De. 21,⁶⁵ fl. — Gr. 33. — R. 28,⁵ und 42,⁷⁵ fl.

Kakao Gr. 5,⁹ fl. aus brit. Besig., 11 fl. fremd. — De. 10,⁹¹ fl. — 3B. 11,³⁷ fl. — R. 11,⁴ und 17,¹ fl.

(f) Tabaksblätter De. 16,³⁸ fl. — 3B. 9,⁶² fl. — R. 34,² fl. — Gr. 198 fl.

§. 452.

2) Halbfertige Waaren, sogenannte Halbfabricate, bei denen in Hinsicht auf den Schutz der Gewerbe ganz entgegengesetzte Zwecke zusammentreffen, indem für die weitere Verarbeitung jener Waaren eine geringe, für ihre Erzeugung aber eine hohe Auflage in Anspruch genommen wird, II. §. 213 (a).

3) Bei den Kunstwaaren hat man die fremden Waaren nicht selten ohne klares Bewußtsein der Gründe bald ohne Regel, bald gleichmäßig, etwa nach einem gleichen Theile eines mittlere[n] Preises, oder nach Verhältniß der zu ihrer Hervorbringung erforderlichen Menge von Arbeit belegt, §. 449. Die Unterscheidung der beiden Zwecke der Zölle führt zu folgenden Vorschriften: a) Die dem höheren Luxus, hauptsächlich dem Prunke angehörenden Waaren sollen höher besteuert werden, als solche, die ein Bedürfniß befriedigen, und diese können, wenn sie sehr schwer zu entbehren sind und einen Schutz entweder nicht brauchen oder nicht verdienen, ganz frei zugelassen werden. Kostbare Zeuche, Modewaaren, große Spiegel, Spitzen, Tappiche, feine Irden- und Glaswaaren, viele Arten von sogenannten kurzen Waaren, Mittel zum Wohlgeruch u. dgl. sind vorzüglich passende Steuergegenstände, zumal in Ländern, wo die höheren Volksklassen sich gerne durch den Gebrauch ausländischer Erzeugnisse hervorthun; b) Der Zollsatz soll jedoch auch bei diesen Gütern nicht so hoch sein, daß er, vornehmlich bei kostbaren Waaren, einen großen Reiz zum Betrüge giebt (§. 453), oder zur Betreibung eines nach den gegebenen Umständen nicht vortheilhaften Gewerkszweiges zu stark ermuntert (a).

(a) Zollverein. Kleider 192,⁵ fl. — Kurze Waaren 87,⁵ fl. — Pelzwaaren 38,⁵ fl. — Cigarren und Schnupstabaß 26,²⁵ fl.

De ſterreich. Stickerien, Schminke, gepolſterte Möbeln, feines Porzellan, goldne Doſen, Seidenbordüren 2c. 36 kr. vom fl. oder 60 Proc. — Vergoldete Kronleuchter 3665 fl. — Leinene Schleier 1967 fl. — Seidenwaaren 1093 fl. — Leinenbatift 655,⁸ fl. — Edle, wohlriechende Oele 229,¹ fl. — Wollenzeuge 203,⁸ fl. — Pelzwaaren, lederne Handschuhe, Seidenwaaren, 109,³ fl. — Riechſtoffe 87,¹³ fl. — 1 Taſchenuhr 1,²² fl. — 1 Kleidungsſtück, Armband, Tuchnadel 44 kr.

Rußland. Seidenſpißen 2290 fl. — Wollen- und Seidenshawls, Kunſt Blumen 1832 fl. — Strauß- und a. Pierfedern 1135 fl. — Spißen 1374 fl. — Galanteriewaaren 458 fl.

England. Zugerichtete Straußfedern 1984 fl. — Riechſtoffe, Pelzwaaren, 20 Proc. — vgl. ſonſt II. S. 215.

§. 453.

Eine nachtheilige Folge hoher Zölle iſt der **Schleichhandel** (Smuggel), welcher der Staatscaſſe einen Theil der Zolleinnahme entzieht, §. 413. Der Antrieb zu ihm liegt neben dem Gewinn, den er verſpricht, zugleich in dem Reize einer gefährlichen Lebensweiſe, welche, dem Kriege oder der Jagd vergleichbar, ſowohl Liſt als Kraft erfordert und entwickelt und eine Abwechſlung von Anſtrengung und Ruhe darbietet. Die ſtets ſich erneuernden Kunſtgriffe der Schleichhändler machen koſtbare und beſchwerliche Gegenanſtalten nothwendig (a). Die Gefahr des Schleichhandels iſt geringer an Meeres- oder Stromgränzen, am größten in Gebirgs- und Waldgegenden, und die Koſten der Bewachung ſind verhältnißmäßig beſto kleiner, je größer der mit Zöllen umgränzte Flächenraum und je kürzer bei gleicher Größe des Gebietes die Länge der Gränze iſt (b). Zwar dürfte man auch bei niedrigen Zollsätzen nicht auf die Abweſenheit des Schleichhandels rechnen, wofern die Gränzbewachung nachläſſig eingerichtet wäre, allein er iſt doch minder häufig und leichter zu verhüten, daher auch die verzollte Menge von Waaren größer, ſo wie ſchon darum die Zölle mehr eintragen, weil man von den weniger vertheuerten ausländiſchen Waaren mehr verbraucht. Deßhalb hat hier, wie bei der Acciſe, oft nach einer Ermäßigung der Sätze die Einnahme ſich erhöht, oder wenigſtens nicht um ſo viel abgenommen, als man hätte ſchließen ſollen (§. 417). Selbſt bei gleichem Ertrage für die Staatscaſſe wären die niedrigeren Zollsätze vorzüglicher, weil ſie den Bekehrern weniger ent-

Ausländer werden leicht durch ihn angereizt, sich die Waare auf anderem Wege zu verschaffen oder ein Ersatzmittel aufzusuchen. Gelingt dieß, so geht ein einträglicher Zweig der Ausfuhr verloren (a). Je leichter und ausgebreiteter der Handelsverkehr zwischen den Völkern, je kunstreicher das Gewerbewesen wird, desto weniger ist es rathsam, daß man in allzu festem Vertrauen auf einen Vorsprung im Mitwerben die Ausfuhr mit Zöllen beschwere.

(a) Der Ausfuhrzoll von ungefähr 3 Sch., den die Engländer 1833 auf das Pf. Zimmt in Ceylon legten, wurde dem Absage äußerst nachtheilig. Mac Culloch, Tax. S. 197.

§. 455.

Gelingt den Verkäufern die Ueberwälzung des Zolles nicht, so muß er von ihnen getragen werden. Er verliert dann das Wesen einer Aufwandssteuer und bildet eine Abgabe von gewissen Gewerbsunternehmungen, die man als eine Gebühr für die Ausfuhrerlaubnis, etwa an der Stelle des ehemals öfter verhängten Verbotes, ansehen kann, §. 445. Der inländische Preis der Waare wird in diesem Falle zu Gunsten der einheimischen Käufer herabgedrückt. Dieß ist auch bei den Ausfuhrzöllen insgemein beabsichtigt worden, denn man wollte bald die inländische Verarbeitung eines einheimischen Rohstoffes und die Ausfuhr der daraus gefertigten Gewerkswaaren befördern, bald wenigstens den Zehrern die Anschaffung eines unentbehrlichen Gutes, wie Getreide und Holz, erleichtern; es ist ein Schutz Zoll, nur in entgegengesetzter Richtung, als bei der Einfuhr. Die Preiserniedrigung schmälert den Gewinn der Erzeuger, es entsteht daher ein Bestreben, den belasteten Productionszweig aufzugeben und das Angebot so lange zu verringern, bis die Preise wieder höher geworden sind. Geschieht dieß, so wird die Bestimmung des Zolles verfehlt und nur die Größe der Ausfuhr ohne Nutzen verringert. Dauert aber wegen der Schwierigkeit, einen Zweig der Hervorbringung zu verlassen, der niedrige Preis noch fort, so fällt er hauptsächlich auf die Grundrente, weil solche Zölle vorzüglich bei Rohstoffen vorkommen und die Grundeigenthümer jener Wirkung am wenigsten ausweichen können; es

entsteht also eine unverhältnißmäßig schwere Belästigung dieser Classe, die schon Schatzungen und Aufwandssteuern zu tragen hat (a).

(a) In Großbritannien wurde der 1842 aufgelegte Ausfuhrzoll von Steinkohlen (2 u. 4 Schill. von der Tonne in brit. und fremden Schiffen) schon 1845 wieder aufgehoben. Er hatte im ersten Jahr statt der gehofften 140 000 nur 48 000 £. eingebracht.

§. 456.

Die Begünstigung der Gewerke erfordert dieses einem anderen Zweige der Hervorbringung zugemuthete Opfer so wenig, als die Behrer im Allgemeinen einen Anspruch auf die künstliche Erniedrigung des Preises ihrer Bedürfnismittel haben. Nur bei den nöthigsten Dingen, oder bei Stoffen, deren Erzeugung nicht beliebig erweitert werden kann, wenn zugleich die inländische Nachfrage einen belohnenden Preis bewirkt, ließe sich ein solcher Zoll noch etwa billigen. Dahin gehört vorzüglich der mit den Preisen steigende Ausfuhrzoll von Getreide (II, §. 127), ferner der Ausfuhrzoll von Holz, wenigstens soferne er schon besteht und seine plötzliche Aufhebung den Consumenten sehr beschwerlich sein würde. Dieß schließt jedoch eine allmähliche Verminderung und eine spätere Abschaffung nicht aus, welche rathsam ist, damit die Waldbesitzer nicht gegen andere Grundeigenthümer zurückgesetzt und vielmehr zur Holzzucht ermuntert werden. Der Zoll von verschiedenen anderen, nicht nach Bedürfniß vermehrbaren Stoffen, z. B. von Nebenproducten, wie Häute, Thierhaare, Knochen, — oder von Erzeugnissen der Jagd ist zwar der inländischen Gewerbsthätigkeit nicht nachtheilig, enthält aber immer eine unnöthige Beeinträchtigung Einzelner. Der Hauptgrund zur Beibehaltung solcher Zölle ist ihr Bestehen in anderen Ländern, aus denen deshalb die Zufuhr zum Ersatz der hinausgehenden Vorräthe erschwert ist. Von mancherlei Dingen sind jedoch diese Zölle schon ohne Nachtheil aufgehoben worden und man kann in ihrer Abschaffung unbedenklich noch weiter gehen. Am schwersten ist diese bei dem Ausfuhrzoll von Lumpen (Sadern), weil die vorhandenen Papierfabriken im Schutze des Ausfuhrverbotes oder eines starken Zolles entstanden sind. Hier,

wie bei anderen Ueberresten der Verzehrung, z. B. Glascherben, Holzasche etc., ist auch der Zoll am wenigsten schädlich, da er nur den Aufkäufern solcher Gegenstände einen höheren Gewinn entzieht. Vgl. II. §. 128. 302 (a). — Diese Betrachtungen zeigen, daß die Ausfuhrzölle, mit wenigen und unerheblichen Ausnahmen, aufgehoben zu werden verdienen, wohin auch unverkennbar das Streben vieler Regierungen in der neuesten Zeit gerichtet ist (a).

(a) Der Ausfuhrzoll trug in Frankreich 1831 1·180 000 Fr., 1849 kl. 2·066 000 Fr., im deutschen Zollverein 1849 368 349 rl., wozu die rohe Wolle am meisten beitrug.

C. Durchgangszölle.

§. 457.

Ein Zoll von Waaren, welche ohne Aufenthalt durch das Staatsgebiet gehen, fällt lediglich auf die Ausländer. Er ist als eine für den Schutz der Waaren während ihres Transports entrichtete Gebühr anzusehen, die man wenigstens sehr mäßig ansetzen muß, weil man sonst statt der beabsichtigten Begünstigung der inländischen Handelsunternehmungen leicht eine entgegengesetzte Wirkung, nämlich die Verscheuchung des Waarenzuges auf andere Handelsstraßen, verursachen kann, II, §. 315. Wird der Durchgangs- (Transito-) Zoll von den aus öffentlichen oder Privat-Niederlagen wieder ausgeführten Waaren erhoben, so ist er eine Belastung des Zwischenhandels und sollte wegen der Schwierigkeit der Ueberwälzung den Betrag einer Gebühr für die Geschäfte der Zollbeamten nicht übersteigen. Man darf daher den Durchgangszoll nicht aus einem bloß finanziellen Standpunkte betrachten, sondern muß vielmehr aus Gründen der Volkswirthschaftspolitik seine Ermäßigung oder gänzliche Aufhebung für vortheilhaft halten (a).

(a) Im Tarif des großen deutschen Zollvereins ist in der Regel der Durchgangszoll $\frac{1}{2}$ rl. = 52 $\frac{1}{2}$ kr. vom Zollcentner, bei Waaren aber, deren Ein- und Ausfuhrzoll zusammen weniger ausmacht (wie bei sehr vielen Rohstoffen) beträgt er nur soviel als jene beide, auch ist er auf manchen kürzeren Straßenstrecken noch viel niedriger bestimmt (z. B. auf $\frac{1}{2}$ kr. vom Centner) oder ganz aufgehoben worden. Dagegen ist er auf Straßen, welche die russische oder polnische

Das Vereinsgebiet hat ungefähr auf je $4\frac{1}{2}$ Meilen Gränze 1 Haupt- oder Nebenzollamt 1r Classe. — Die bad. Gränze gegen die Schweiz und Frankreich hat 10 Haupt-, 17 Neben-Z. = A. erster und 34 dgl. zweiter Classe, nebst 8 Anmeldeposten, welche gleichfalls die Befugnisse der Neben-Z. = A. 2r Classe haben. Rechnet man ohne die kleineren Krümmungen diese Gränze zu $60\frac{1}{2}$ Meilen, so kommt ungefähr auf jede Meile 1 Zollamt, ohne die Anmeldeposten. An einem Haupt-Z. = A. ist 1 Oberinspector, 1 Hauptverwalter als Rechnungsführer und Cassenführer, 1 Hauptcontroleur angestellt, nebst mehreren Assistenten.

§. 460.

3) Der Schleichhandel würde sehr erleichtert sein, wenn man nach der Ueberschreitung der Gränze sogleich von allen weiteren Nachforschungen frei wäre. Um aber diese nicht auf den ganzen inneren Verkehr ausdehnen zu müssen, hat man den Mittelweg gewählt, einen schmalen Streifen längs der Gränze hin (Gränzbezirk) den Aufsichtsmaßregeln zu unterwerfen (a). In diesem Bezirke, dessen Begränzung gegen das Binnenland auf allen Straßen auf eine deutliche Weise bezeichnet werden muß, wird das Verführen zollpflichtiger Waaren an gewisse Förmlichkeiten geknüpft (b), auch müssen die hier ansässigen Fabricanten und Kaufleute unter einige Aufsicht gestellt werden, weil man oft wahrgenommen hat, daß solche Gewerbsunternehmungen den Schleichhandel vorzüglich begünstigen (c).

4) Das bei der Ankunft einer Waarensendung an einer Zollstätte eintretende Verfahren begreift im Allgemeinen in sich:

a) die Uebergabe eines schriftlichen ausführlichen Verzeichnisses der Waaren durch den Führer derselben, Waarenanzeige, Declaration. Für Reisende sind erleichternde Vorschriften nöthig (d);

b) die Besichtigung der Waaren durch die Zollbeamten, so weit sie unumgänglich ist, um sich von der Richtigkeit der Angabe zu überzeugen, oder soweit nicht andere Einrichtungen jenes Mittel entbehrlich machen; Revision. Hierbei, wie bei der ganzen Zollbehandlung, müssen die Beamten verpflichtet werden, gegen die Eigenthümer und Führer der Waaren schonend und gefällig zu Werke zu gehen (e).

c) die Berechnung des schuldigen Zollbetrages nach dem Tarif;

§. 461.

5) Die Zollentrichtung, welche eigentlich sogleich bei der Einfuhr geschehen müßte, kann in gewissen Fällen zur Erleichterung des Verkehrs hinausgeschoben oder ganz beseitigt werden.

- a) Man gestattet, daß der Einfuhrzoll nach erfolgter Anzeige, Untersuchung und Berechnung an der Gränze erst bei einem Zollamte in der Nähe des Wohnortes der Waarenempfänger bezahlt werde, wobei dafür gesorgt werden muß, daß diese Erlaubniß nicht zum Zollbetruge gemißbraucht werde (a).
- b) Die genaue Besichtigung und die Verzollung kann in öffentlichen Niederlagen (Lagerhäusern, Packhöfen, Hallen) geschehen, in welche die Einfuhrgegenstände von der Gränze aus gebracht werden. Ohne diese Einrichtung müßte der Waarenempfänger entweder an der Gränze einen Bevollmächtigten aufstellen, oder die Waaren bei der Eröffnung der Frachtstücke bloß dem Fuhrmann oder Schiffer anvertrauen. Was durch solche innere Niederlagen den Gränzorten wegen der geringeren Lebhaftigkeit des Expeditionsgeschäftes entgeht, das gewinnen reichlich die Einwohner der inneren Landesgegenden, nur daß man der Kosten willen bloß an den lebhafteren Handelsplätzen solche Niederlagen errichten kann (b).
- c) Die Niederlagen, sowohl an Gränzorten als im Innern, gewähren den Kaufleuten auch den Vortheil, die Waaren so lange unverzollt aufbewahren zu können, bis sie verkauft werden und in den Verbrauch übergehen.
- d) Die Niederlagen dienen auch zur Beförderung des Zwischenhandels, indem in ihnen die mit höheren Zollsätzen belegten Waaren (c) unverzollt gelagert, sortirt, umgepackt und wieder ins Ausland, gegen bloße Bezahlung des Durchgangszolles, versendet werden können, II, §. 312. 313. Sie stellen ein im Innern des Landes befindliches ausländisches Gebiet vor. Zur Sicherung der Zolleinkünfte dient a) daß man die Frachtstücke unterwegs mit einer Um-

theilt. Die Zollbehörde kann für die creditirten Zollgefälle Sicherheit fordern. — Zollcredit für die Zuckersiedereien in Oesterreich, auf 1 Jahr Z. D. S. 218. K r a p f, I, 371.

§. 462.

6) Sowohl die Billigkeit, als die Rücksicht auf die Betrieb- samkeit und die Bequemlichkeit der Staatsbürger, besonders zur Erleichterung des Gränzverkehrs, gebieten verschiedene schonende Bestimmungen für solche Fälle, wo der Zweck der Zollerhebung wegfällt. Gegenstände solcher Ausnahmen sind u. a. kleine Quantitäten zollbarer Waaren (a), ferner solche Dinge, welche keine wahre Einfuhr bilden, sondern bloß der Verarbeitung wil- len hin- und hergesendet werden (b), sodann die schon verzollten Waaren, welche auf dem Wege von einem inländischen Orte zum anderen das Ausland berühren (c), auch Waaren, welche inländische Kaufleute von ausländischen Messen und Märkten unverkauft zurückbringen, oder welche fremde Besucher inländi- scher Märkte unverkauft wieder ausführen, in welchem Falle der entrichtete Einfuhrzoll zurückgegeben wird (d).

7) Zur größeren Erschwerung des Schleichhandels ist eine Fortsetzung gewisser Aufsichtsmaaßregeln im Innern des Landes nöthig gefunden worden. Diese Binnencontrole sollte we- nigstens auf diejenigen Waaren, Fälle, Zeiten und Gegenden eingeschränkt werden, bei denen sie für den angegebenen Zweck durchaus unerläßlich erscheint, weil sie immer die leichte Waaren- bewegung im Lande hindert. Das Hauptmittel dieser inneren Beauffichtigung ist die Vorschrift, daß gewisse hochbelegte Waa- ren in größeren Quantitäten nicht versendet werden dürfen, ohne daß der Versender ihnen einen Frachtbrief mitgiebt, den er vor- her dem Steueramte zur Einsicht und Stempelung vorgelegt hat, den dann auch der Waarenempfänger bei dem nächsten Steueramte stempeln lassen muß (e). Diese Maaßregel wird hauptsächlich wegen des zur Entdeckung vorschriftswidriger Sen- dungen zulässigen Anhaltens und Untersuchens der Ladungen lästig (f).

8) Bei dem Eintritt von Durchgangsgütern muß dafür ge- sorgt werden, daß nicht unter dem Vorwande der Durchfuhr die

die Gegenstände ihres Gewerbes auch bloß bei der Ortsbehörde beglaubigen lassen. — In Oesterreich bestehen ähnliche Vorschriften für alle Waaren; ferner sind die Zuckerraffinerien und Baumwollenspinnereien besonders überwacht und die Steuerbeamten befugt, die Läden und Vorrathsräume der Gewerks- und Handelsleute zu durchsuchen.

- (f) Ebend. S. 177. Waarenführer, welche nach dem äußeren Anscheine controlpflichtige Waaren führen, können aufgefordert werden, Auskunft zu geben und die Transportzettel zc. vorzuzeigen, auch die Ladung zur näheren Besichtigung an eine Zoll- oder Polizeistelle führen zu lassen.
- (g) B. Z. D. S. 84 ff. Der Vorschuß des Einfuhrzolles fällt weg, wenn ein Unterpfand oder ein Bürge gestellt wird, oder der Führer als zuverlässig bekannt ist.
- (h) Vergl. II, S. 311. — Im Gebiete des deutschen Z. B. kommen Rückzölle bei der Ausfuhr des Tabaks für die dazu verbrauchten ausländischen Blätter vor, aber bloß bei dem Ausgange in die Schweiz, mit der Annahme, daß der Rohstoff beim Rauchtabak 5, beim Schnupftabak 25 Proc. weniger wiege, als die fertige Waare, — ferner von dem Zolle auf Rohzucker bei der Ausfuhr von raffinirtem. — Frankreich: Ersatz des Zolles auf nicht weißen Rohzucker (*autre que blanc*), nach dem Ges. v. 1836. Bei der Ausfuhr von 75 Kil. gutem Melis oder *quatre cassons*, oder Candis, oder von 78 Kilogr. Lumps wird der Einfuhrzoll von 100 Kilogr. Rohzucker vergütet. Betrag der Rückzölle A. 1849 8½ Mill. Fr. — In Großbritannien ist ebenfalls der stärkste drawback von Zucker, welcher 1822—1831 i. D. 923 820 £. ausmachte. 1849 beliefen sich sämmtliche Rückzölle nur noch auf 84 860 £. — Rückzölle von Waaren, welche unverändert wieder hinausgesendet werden, sind entbehrlich, wenn man das System der unversteuerten Niederlagen annimmt.

Drittes Buch.

Verhältniß der Einkünfte zu den Ausgaben des Staats.

I. Abschnitt.

Gleichgewicht der Einkünfte und Ausgaben.

§. 463.

Die Ordnung und der gute Fortgang des Finanzwesens, wie einer jeden Wirthschaft, erfordert nothwendig, daß die Einnahmen nicht hinter dem Betrage der Ausgaben zurückbleiben. Sind hiezu die Einkünfte, d. h. diejenigen Vermögenszuflüsse, auf die man fortbauend bauen kann, ohne eine Verschlimmerung des ganzen Vermögenszustandes befürchten zu müssen (I, 70. 70 a.), nicht ausreichend, so muß man zur Ergänzung der Einnahmen andere Mittel aufzusuchen. Dahin gehört

1) die Benützung außerordentlicher, vorübergehender Einnahmen, auf die man aber nicht regelmäßig rechnen kann ;

2) die allmälige Aufzehrung des Stammvermögens, indem man Theile desselben in Geld umsetzt und dasselbe aufwendet. Dieß Verfahren darf nicht fortgesetzt werden, weil es die Quellen des Staatseinkommens allmälig zerstört (a). Nur soweit wäre es unschädlich, als bei einem Theile des Stammvermögens die Veräußerung für zweckmäßig zu halten ist und nach derselben leicht vermittelt der Besteuerung die Einkünfte auf die Höhe der Ausgaben erhoben werden können ;

3) das Schuldenmachen, eine augenblickliche, bisweilen unentbehrliche Aushülfe, die jedoch so wenig als die vorige Maaßregel zur fortbauernenden Benutzung tauglich ist, und, wenn sie im Uebermaasse angewendet wird, den ganzen Staatshaushalt zu zerrütten droht. Auch vor der näheren Beleuchtung der Staatsschulden (2. Abschnitt) ergiebt sich schon aus dem Wesen der hier unter 1—3 angeführten Einnahmen, daß eine wohlgeordnete und nachhaltige Wirthschaft sich nicht auf sie stützen darf und daß man daher eifrig streben soll, die Ausgaben der Regierung nicht über die Einkünfte hinaus gehen zu lassen.

(a) In Frankreich wurde 1831 unter Casitte's Ministerium zur Aufbringung von 200 Mill. Fr., die man zu außerordentlichen Ausgaben nöthig hatte, ein Verkauf von ungefähr 300 000 Hektaren Staatsforsten beschlossen, S. 138 (a).

§. 464.

Wenn dagegen die Einkünfte eines Staates fortwährend größer wären, als die Ausgaben, so würde sich ein Ueberschuß bilden, den man benutzen könnte

1) um eine Aushülfe für solche Zeitumstände zu geben, in denen man zu außerordentlich erhöhten Ausgaben gezwungen ist. Das Sammeln eines solchen Staatsschatzes (a) war in früheren Zeiten, bei geringer Lebhaftigkeit des Verkehrs und bei dem Mangel an Credit, eine wesentliche Maaßregel der Staatsklugheit; es ist dagegen unter den heutigen Verhältnissen in Ländern, wo Gewerke und Handel viele Capitale in raschem Umlaufe beschäftigen, die oft in Geldform umgesetzt werden, und wo sowohl Regierungen als Privatpersonen das nöthige Vertrauen bei den Capitalbesitzern finden, unnöthig, weil man in Nothfällen sich leicht durch Anleihen helfen kann, und es ist unrathsam, weil das Todtliegen bedeutender Geldsummen einen Verlust für die Gewerbsthätigkeit und das Einkommen des Volkes bewirkt, — weil ferner das Vorhandensein so großer Summen leicht zu überflüssigen Ausgaben verleitet, die dann die angesammelten Schätze bald erschöpfen (b);

2) um werbend angelegt zu werden und ein Einkommen abzuwerfen (c). Mag auch ein solches Vermögen für die Regierung be-

schließung hemmende Rücksichten ein. Dahin gehören hauptsächlich folgende:

1) Ein Theil der Staatsausgaben ist ihrer Bestimmung nach nothwendig; namentlich gilt dieß von der Civilliste, — von dem Aufwande für die äußere und innere Sicherheit, — von den Kosten der unentbehrlichen Anstalten, — und von der Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten, z. B. Besoldungen der Staatsdiener und Zins der Staatsschulden. Es ergiebt sich indeß manche Gelegenheit, ohne Verletzung der Gerechtigkeit und ohne Gefährdung des Staatswohles an der Größe dieses Aufwandes etwas zu ersparen. Man darf annehmen, daß, wo nicht etwa frühere große Fehler die Verbindlichkeiten übermäßig erhöht haben, ein Volk in der Regel im Stande ist, die zu den fortlaufenden Ausgaben dieser Art erforderlichen Mittel aus seinem Einkommen aufzubringen.

2) In Hinsicht der Einkünfte ist a) der Ertrag des werbenden Staatsvermögens und zum Theile auch der Hoheitsrechte durch die gegebene Größe und Beschaffenheit dieser Einnahmequellen beschränkt und nur insoferne, als die Benützung sparsamer oder einträglicher gemacht werden kann, einer Steigerung fähig. b) Die Steuern und Gebühren lassen sich zwar durch Erhöhung des Entrichtungsfußes oder durch Einführung neuer Auflagen steigern, indeß ergiebt sich auch hierin aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ein Maaß und Ziel, dessen Beachtung höchst nothwendig ist.

§. 467.

Untersucht man, bis zu welcher Höhe die Staatseinkünfte vermittelt einer Vermehrung der Auflagen gebracht werden können und dürfen, so ist zu unterscheiden:

1) eine unbedingte (absolute) Gränze, bis zu welcher man mit Hülfe von Zwangsmitteln gelangen könnte, ohne auf einen im Drange der Noth entstehenden Widerstand zu stoßen oder die Bürger des Unentbehrlichen zu berauben. Eine solche Ausdehnung der Auflagen würde so drückend und für den Wohlstand des Volkes verderblich sein, daß nur die schlimmsten Lagen,

die Summe der Staatsausgaben beschließen soll, ohne auf die Leichtigkeit oder Schwierigkeit ihrer Deckung durch Einkünfte Rücksicht zu nehmen, noch auch die letzteren für sich allein festsetzen darf, ohne zugleich zu überlegen, ob sie für den jetzigen Bedarf zureichend sein werden; vielmehr hat man beim Abschließen des Voranschlags beide Seiten des Gegenstandes zugleich ins Auge zu fassen. Neben den dringendsten Ausgaben pflegen immer auch andere in Vorschlag zu kommen, die eher verschieblich sind. Da man nun in keinem Zeitpuncte alle überhaupt nützlichen Ausgaben bestreiten kann, so ist es nöthig, den Aufwand soweit zu beschränken, als es die Schonung der Volkswirtschaft erfordert.

§. 469.

Die Privat- und die Regierungswirtschaft sind in Hinsicht auf die Entwerfung eines Voranschlags verschieden, indem letztere in dem Beschlusse über die Höhe der Einkünfte weit freier ist, als jene, §. 9. Der Einzelne sieht sich durch das Maaß des Einkommens, wie es sich nach seinen Vermögens- und Erwerbsverhältnissen gestaltet, gebunden und muß sich mit seinen Ausgaben darnach richten, so lange er irgend im Stande ist, damit auszukommen. Die Staatseinkünfte dagegen hängen größtentheils von dem Fuße der Auflagen ab, und mit dem Voranschlage steht zugleich der Beschluß über die Beibehaltung des bisherigen oder die Aufstellung eines neuen solchen Fußes in Verbindung. Sieht man die Möglichkeit unschädlicher Ersparungen, so ordnet man eine Herabsetzung der Auflagen an, während in der Privatwirtschaft nichts Aehnliches anzutreffen ist. Indes stellt man doch die Verschiedenheit zwischen beiden Arten der Wirtschaft zu groß dar, wenn man behauptet, im Finanzwesen müßten die Einnahmen gänzlich nach den Ausgaben eingerichtet werden. Dieß geschieht nur etwa in solchen Fällen, wo man wegen des geringen Staatsbedarfes weniger Einkünfte erhebt, als man nach volkswirtschaftlichen Rücksichten könnte. Wo aber die Staatsbedürfnisse über einen so geringen Umfang hinausgehen, da ist es nur von den ganz nothwendigen Ausgaben wahr, daß sie ohne Hinblick auf die Deckungsmittel beschlossen werden

müssen, und jene Meinung konnte nur dadurch entstehen, daß man sich den Bedarf einer Regierung in jedem Augenblicke als eine scharfbestimmte GröÙe dachte, waÙ er nicht ist (a).

(a) Die verschiedenen Ansichten über diesen Punct sind bei v. Malchus, II. 8 ff., Behr, S. 28, und Schön, Grundr. S. 20 ff. nachzusehen. Nach Gr. Soden, Loß u. A., sollen die Einnahmen von den Ausgaben, nach Schön diese von jenen bestimmt werden.

§. 470.

Der Voranschlag, wenn auch mit reifster Ueberlegung entworfen, kann doch nicht unbedingt wie ein Gesetz beobachtet werden; vielmehr wird unvermeidlich bisweilen daÙ EbenmaaÙ der Einkünfte und Ausgaben zerstört; denn 1) hängt der Ertrag der Einkünfte nicht ganz von dem Beschlusse der Staatsgewalt ab, vielmehr sind die meisten derselben veränderlich, daher läÙt sich nur nach dem Durchschnittsbetrage der letzten Jahre und mit Rücksicht auf Umstände, welche eine Aenderung vermuthen lassen, der wahrscheinliche Belauf ausmitteln; 2) Bei den Ausgaben enthält zwar der Voranschlag einen BeschluÙ, die sogenannte Bewilligung der Credite, allein der Bedarf kann die vermuthete GröÙe übersteigen, und es können neue, nicht vorgesehene Ausgaben nöthig werden. Diese unvermeidlichen Ueberschreitungen deÙ Ausgabeanschlaga müssen übrigens durch die Dringlichkeit der Verwendung gerechtfertigt werden, während der Minderbetrag der Einkünfte, soferne er nicht von der Verwaltungsweise herrührt, eine Thatsache ist, die bloÙ als solche erwiesen zu werden braucht.

Die beiden genannten Fälle der Abweichung vom Voranschlage sind ungünstiger Art. Es sind jedoch auch andere möglich, nämlich ein Mehrbetrag der Einkünfte und eine ErsparniÙ an den für unständige und außerordentliche Ausgaben angenommenen Summen, und es ist wahrscheinlich, daÙ die günstigen und ungünstigen Aenderungen sich zum Theile aufheben werden. In jedem Falle hört jedoch der Voranschlag, obgleich er keine unabweichliche Richtschnur bildet, nicht auf, höchst nützlich und nothwendig zu sein.

II. Abschnitt.

Staatsschulden.

1. Abtheilung.

Wesen und Wirkungen der Staatsschulden.

§. 471.

Wenn die Staatseinkünfte ohne Gefahr für die Volkswirtschaft für den Augenblick nicht erhöht werden können und dringende Bedürfnisse einen größeren Staatsaufwand gebieterisch fordern, während man keinen früher gesammelten Hülfsvorrath zur Verfügung hat (§. 463), so ist man gezwungen, Schulden zu machen (a). Diese Ausbülfe hat die Stelle jener vielen ungerechten, theils listigen, theils gewaltthätigen Mittel eingenommen, deren man sich ehemals in solchen Fällen bediente, §. 12. In den letzten Jahrhunderten hat das Schuldenwesen der meisten Staaten solche Ausdehnung erhalten, daß es zu einem der wichtigsten Gegenstände des Finanzwesens geworden ist (b). Sowohl die Aufnahme als die Abtragung der Staatsschulden wurde durch vielfaches Nachdenken und Versuchen unter Regeln gebracht und die Befestigung des Staatscredits erleichterte das Borgen so sehr, daß man davon sogar zu oft Gebrauch machte. Dieses eben so ausgedehnte als vielgestaltige Schuldenwesen der europäischen Staaten ist zwar als Zeichen des wohlverdienten Vertrauens gegen die Regierungen, sowie als Beweis eines großen Vorraths angesammelter Capitale eine erfreuliche Erscheinung, indeß lassen sich auch seine großen Nachtheile nicht verkennen. Die Betrachtung des Schuldenwesens muß daher mit der Untersuchung seiner volkswirtschaftlichen Wirkungen beginnen, in Ansehung deren noch manche schädliche Vorurtheile angetroffen werden.

sich nur durch den aus ihnen erwachsenden Vortheil, der bald in der Abwendung einer Gefahr, bald in einer Förderung des Gemeinwohles liegen kann, rechtfertigen. Es wäre daher eine weitere Betrachtung der Zwecke, für welche man Staatsschulden macht, nicht an ihrer Stelle und es ist nur zu untersuchen, welche Wirkungen dieses eigenthümliche Mittel, die Ausgaben zu bestreiten, hervorbringt, und zwar

- I. auf die ganze Volkswirtschaft,
 - a) die Gütererzeugung, S. 474 ff.,
 - b) die Vertheilung des Einkommens und der damit zusammenhängenden Verzehrung, S. 476,
- II. auf die Staatsgläubiger, S. 479,
- III. auf die Lage der Regierung, S. 480.

§. 474.

I. a. Wird der Staatsbedarf bei der Unzulänglichkeit des eigenen Erwerbes der Regierung durch Auflagen gedeckt, so suchen die Steuerpflichtigen so lange als möglich jene aus ihren Einkünften zu bestreiten, ohne ihr Stammvermögen anzugreifen, so daß folglich bis zu einer gewissen Gränze hin die Gütererzeugung nicht vermindert wird. Schulden dagegen, und insbesondere die häufigste und beste Art derselben, die Anleihen, entziehen die Capitale einer hervorbringenden Anlegung und zehren sie auf (a), ausgenommen wenn die geborgten Summen für Eisenbahnen, Canäle, Straßen u. dgl. verwendet werden (b). Jene Wirkung erfolgt

1) wenn die Anleihen innerhalb des Landes gemacht werden, sogleich anfangs, während erst bei der Heimzahlung allmählig die Capitale der Betriebsamkeit zurückgegeben werden. Es geht also einstweilen die productive Wirkung verloren, wenn auch die Ausgabe, die man mit den geliehenen Summen vornimmt, vielleicht ebensoviel inländische Arbeiter beschäftigt, als die hervorbringende Anlegung. Die später zur Tilgung gesammelten Capitale können nicht als vollständiger Ersatz der anfänglich verzehrten gelten, weil sie aus den Steuerbeiträgen der Bürger herkommen, und diese bei niedrigeren Steuern zum Theile selbst

§. 475.

2) Hat man außwärts geborgt, so bleiben zwar anfänglich die Gewerbscapitale ungestört, aber es müssen bei der späteren Abtragung Capitale in's Ausland gesendet werden, die aus dem Ertrage der Steuern angesammelt sind, und für immer dem inländischen Gewerbesfleiß entgehen (a). Hierbei ist also der Nachtheil nur hinausgeschoben. Gehen die geborgten Capitale in Geldform ein, so bringen sie die Wirkung einer Geldvermehrung hervor (I, §. 272), ihre Verwendung setzt die Gewerbe in stärkere Nahrung und vermag bei einer beträchtlichen Summe sogar die Preise der Dinge zu erhöhen, aber es bleibt immer der Nachtheil einer größeren unproductiven Verzehrung und wenn man solche Anleihen als ein Mittel betrachten wollte, dem Capital eines Landes einen Zuwachs aus dem Auslande zu verschaffen, so müßten die geliehenen Summen auch wirklich als Capitale angelegt werden, welches jedoch von der Regierung nicht so gut geschehen kann, als von Privatpersonen.

In beiden Fällen wird demnach durch die Verringerung des Capitaless eine Schmälerung der Gütererzeugung und des Volkseinkommens verursacht, nur im zweiten Falle später und allmählig (b). Hierbei ist jedoch zu erwägen, daß Capitale leicht von einem Lande in ein anderes gehen, wofern der Zinsfuß beträchtlich verschieden ist und die Anlegung gleich sicher geschehen kann. Daher werden oft inländische Anleihen durch einströmende fremde Capitale wieder ersetzt und umgekehrt gehen auch wohl, wenn die Regierung von Fremden borgen wollte, die Schuldbriefe in die Hände inländischer Capitalisten über. Die Bankherren insbesondere senden ihre Capitale dahin, wo sie am meisten eintragen. Deshalb macht es in Ansehung der hier betrachteten Wirkungen wenig Unterschied, wo die Anleihen aufgenommen werden, und man kann dieß unbedenklich da thun, wo man die günstigsten Bedingungen erlangt (c).

(a) Die Bürger werden bei einer Verringerung der Steuern einen Theil der Ersparniß anwenden, um besser zu leben (unproductiv) oder sich weniger anzustrengen; ein anderer Theil wird als Capital zurückgelegt werden, §. 474. Wie diese beiden Verwendungen sich zu einander verhalten, dieß läßt sich im Allgemeinen nicht angeben. Je

kommen noch nicht übermäßig wäre, so bliebe es doch ein Nachtheil, daß mit jenen größtentheils nur eine frühere Verwendung für öffentliche Zwecke vergütet wird, während sonst eine Fülle gemeinnütziger Einrichtungen damit unterhalten werden könnte (b).

(a) Der Irrthum, daß die Staatsobligationen ein neu erschaffenes Vermögen seien, welches die Consumtion der geborgten Gütervorräthe wieder ersetze, ist bei dem heutigen Stande der volkswirtschaftlichen Erkenntniß nicht mehr zu befürchten. — A. Smith, III, 384. — „Die Activcapitalien sind keine neuen Werthe, sondern nur traurige und schmerzhaftes Erinnerungen an die vernichteten,“ Nebelius, I, 669. — Vergl. oben I, S. 279. — Dennoch findet jene Vorstellung noch immer ihre Anhänger, z. B. in der Schrift: Ueber den Staatscredit, S. 33, nach welcher die Staatsschuldbriefe bis zu einem gewissen Grade die Stelle der klingenben Münze vertreten und also die Capitale der Nation vermehren sollen; ferner in der Schrift: De Schuld van den Staat, als aanwinst van het National-Vermogen, 's Gravenhage, 1839, f. den Text in Nederlandsche Jaarboeken voor Regtsgeleerdheit en Wetgeving, II, 352. — Mortimer a. a. D. sucht Hume's Schilderung von den Nachtheilen der Staatsschuld u. a. durch die Darstellung des (vermeintlichen) großen Nutzens zu widerlegen, der aus dem öfteren Umsatze der Schuldbriefe entstehe, S. 528.

(b) Zur Erläuterung dient die Angabe des jährlichen Aufwandes für die Staatsschuld in mehreren europäischen Staaten, nach Abzug der Eisenbahnschulden.

	Ganze Ausgabe für die Staats- schuld.	Betrag auf den Kopf der Ein- wohner.
Großbritannien, M. 1849	fl.	fl.
28·323 960 £.	339 887 520	11, ³⁷
Niederlande, M. 1848 49. i. D.	36·281 000	11, ²²
Frankreich, M. 1851 391 Mill. Fr.	184·448 000	5, ¹²
Belgien, M. 1850 35·762 000 Fr., wovon aber g. 8 Mill. für die Ei- senbahn; Rest	13 Mill.	2, ⁹⁹
Dänem., M. 1848 5·100 000 Rbthlr.	6·375 000	2, ⁸
Oesterreich, M. 1849 55·446 000 fl.	67·921 000	1, ⁸⁸
Baiern, M. 1849—55, nach Abzug der Pensions-Eilgecasse . . .	6·660 000	1, ⁴⁴
Mecklenburg = Schwerin, M. 1850—51 411 689 rl.	720 456	1, ⁸⁶
Württemberg, M. 1848—49 . .	2·000 000	1, ¹²
Baden, M. 1850—51	1·186 000	0, ⁸⁷
Preußen, M. 1850 7·500 000 rl.	13·125 000	0, ⁸³
Sachsen, M. 1846—48 660 810 rl. .	1·156 417	0, ⁶¹

§. 478.

Wenn indeß große Staatsausgaben unvermeidlich sind, so muß man auch die große augenblickliche Erleichterung in Anschlag bringen, welche in dem Aufnehmen von Schulden liegt. Eine Ausgabe, die sonst vielen Gewerben die nöthigen Capitale rauben und einen Theil der Steuerpflichtigen zu Grunde richten würde, vertheilt sich nun auf einen langen Zeitraum und wird mit den schon zum Anleihen bestimmten oder doch leichter aus den Gewerben zurückziehenden Capitalen, zum Theile vom Auslande gedeckt. Man braucht einstweilen nur etwa den Belauf der Zinsen jährlich durch Besteuerung einzuziehen und kann daher mit einem gewissen verfügbaren Theile der Staatseinkünfte für den Augenblick eine weit größere Wirkung hervorbringen, als wenn man ihn unmittelbar zur Bestreitung eines Bedürfnisses verwenden wollte (a). Die große Zunahme des Staatsbedarfes in Zeiten des Krieges oder anderer außerordentlicher Verhältnisse macht Anleihen unvermeidlich, weil eine starke Veränderung des Steuerfußes von Jahr zu Jahr überaus störend und zerrütend für die Wirthschaften der Staatsbürger sein müßte (b). Auch die Annahme, daß die Staatsbürger eine unerschwingliche Steuerlast durch Privatanleihen erträglich machen könnten (c), ist unhaltbar, denn wenn es auch Allen gelänge, Darlehen zu finden, so würden Viele wegen der Ungleichheit des Credites, der Zersplitterung der gesuchten Capitale und der Abneigung ausländischer Capitalisten, schwerere Zinsen zu entrichten haben, überdieß bleibt auch die Anlegung der Schatzungen, an die man sich in einem solchen Falle vorzüglich halten müßte, immer unvollkommen und bei einem so hohen Fuße würden die Ungleichheiten der Kataster höchst empfindlich werden. Wenn man daher eine Ausgabe als nothwendig voraussetzt, so erscheint es bei einer gewissen Höhe der Steuern wohlthätig, daß die Regierung mit ihrem Credite ins Mittel tritt. Ob aber das Aufnehmen einer Schuld oder die augenblickliche Steuererhöhung den Vorzug verdiene, dieß läßt sich nur unter gegebenen Verhältnissen, aus der Vergleichung der bisherigen Auflagen mit

der Steuerfähigkeit des Volks und der Größe der erforderlichen Summe beurtheilen.

- (a) Ricardo, S. 260, bemerkt darum sogar gegen die Anleihen, daß sie die Bürger der Nothwendigkeit des Sparens allzusehr überhöben, was auch in dem Falle richtig wäre, wenn man schon borgte, während die Steuerfähigkeit des Volkes noch höhere Auflagen zu tragen vermöchte.
- (b) de Gasparin et Reboul, S. 13: L'impôt variable c'est pis encore que l'impôt excessif.
- (c) Ein von Ricardo S. 257 hingeworfener Gedanke.

§. 479.

II. Das Dasein der Staatsschuld bei einer Regierung, die sich Vertrauen erworben hat, ist für Capitalbesitzer erwünscht, weil sie dadurch ihr Vermögen auf die leichteste Weise anlegen können (a). Zinstragende Staatsschuldbriefe sind zu jeder Zeit zu erkaufen und eben so leicht wieder zu verkaufen, wenn man die Summe zurückziehen will. Dagegen gereichen die in dem Handel mit Staatspapieren gemachten Gewinnste von volkswirtschaftlichem Standpunkte aus nicht zur Empfehlung des Schuldenwesens, und überhaupt ist der erwähnte Nutzen desselben in Vergleich mit den dargestellten Nachtheilen nicht hoch anzuschlagen. Die aus der bequemen Unterbringung der Geldsummen entspringende Ermunterung zum Uebersparen kann auch auf andere Weise, im Kleinen mit Sparcassen, im Großen mit Creditvereinen, guten Leihbanken u. dgl., zu Wege gebracht werden und der Erfindungsgeist würde da, wo keine Staatsschulden sind, unfehlbar solche Creditanstalten hervorrufen (b).

(a) Nebenius, I, 664.

(b) In dem a. Buche: Influence of the p. d. etc., wird die Staatsschuld als ein wichtiges Belebungsmittel der Circulation und des Unternehmungsgesteses geschildert; Schweden habe darum zu wenig Capital und zu hohen Zins, auch in Toscana fehle es deshalb an Gelegenheit, Capitale gut anzulegen. — Hier ist Ursache und Wirkung verwechselt. Gewerke und Handel erzeugen die Capitale, welche dann dem Staate geliehen werden.

§. 480.

III. Untersucht man die Wirkungen der Schulden auf die Lage einer Regierung, so hat man Folgendes zu bedenken:

1) Die Staatsgläubiger haben bei einem Wechsel der Verfas-

	1833	1848
bis zu 5 £. St.	85 142	96 415
über 5 — 50 "	141 021	140 962
50 — 100 "	25 446	24 462
100 — 500 "	21 941	20 561
500 — 2000 "	1 799	1 550
über 2000 "	183	177
zusammen	275 532	284 127

Nur die kleinen Posten bis 5 £. haben sich folglich in dieser Zeit vermehrt. — In Frankreich waren 1825 162 833 eingeschriebene Schuldposten (*parties inscrites*), — i. J. 1830 schon 195 570, 1834 aber 213 168, wobei indeß eine Person mehrmals vorkommen kann, wenn sie Papiere von verschiedenem Zinsfuß besitzt. *Documents statistiques*, 1835. S. 166. 1845 zählte man in den 5 proc. Schuldbriefen bei Privatpersonen 36 833 Posten unter 100 Fr. Renten (Durchschnitt 55), 40 186 von 100 — 500 (D. 260), 13 424 von 5 — 1000 Fr. (D. 740), 9710 von 1 — 2000 (D. 1440) u. 9009 von 2000 Fr. an.

- (b) Dieß ist von Zachariaä a. a. D. vorzüglich herausgehoben worden. „Wenn . . . , so darf man wohl behaupten, daß kein (größerer) Staat ohne Schulden sein darf, wenn seine Angelegenheiten mit Stetigkeit und Besonnenheit verwaltet werden sollen. — Für die altgriechischen Freistaaten, für den römischen Freistaat, für das alt-römische Reich, war es ein großes Unglück, daß sie keine Schulden hatten.“
- (c) Die große Schuldenmasse der neueren Staaten hat jene riesenmäßigen Reichthümer in einzelnen Händen erzeugt, die zu einer wahren Macht geworden sind.

Who hold the balance of the world? Who reign
O'er Congress, whether royalist or liberal?
— Who keep the world, both old and new, in pain
Or pleasure? Who make politics run glibber all?
The shade of Bonaparte's noble daring?
Jew Rothschild and his fellow *Christian Baring*.

Lord Byron, *Don Juan*, XII, 5.

§. 481.

Das Ergebniß der vorstehenden Erörterung ist dieses: Die Staatsschulden sind von volkswirtschaftlicher und politischer Seite mit überwiegenden Nachtheilen verbunden. Man soll also nur unter solchen Umständen Schulden machen, welche überhaupt eine gewisse Ausgabe bei einem schon ohnehin hoch gestiegenen Staatsaufwande rechtfertigen, folglich zur Abwendung schwerer Gefahren, oder zur Erreichung eines dauernden und großen Nutzens, auch nur dann, wenn nicht Ersparnisse an anderen Ausgaben ausführbar sind und wenn die erforderlichen Summen durch

Einkünften zu decken, und zur Einziehung jener Scheine wurden 1842 und 1843 Anleihen von beinahe 15 Mill. Doll. gemacht. Im April 1846 war die Schuld $17\frac{3}{4}$ Mill., durch den Krieg mit Mexiko ist sie (Anfang 1849) auf $65\frac{3}{4}$ Mill. erhöht worden.

2. A b t h e i l u n g.

Verschiedene Arten der Staatsschulden.

§. 485.

Man hat sehr mannichfaltige Wege eingeschlagen, um bei einer Unzulänglichkeit der Staatseinkünfte fremdes Vermögen zu Hülfe zu nehmen. Manche dieser Versuche entstanden aus der Unkenntniß der wahren Grundsätze und der Hoffnung, durch neue künstliche Veranstellungen allen Nachtheilen zu begegnen, andere aus dem Bestreben, das Schuldenmachen zu verdecken, oder der Absicht, durch andere Formen, Namen und Bedingungen die Capitalisten geneigter zu machen und anzureizen (a). Ein Theil dieser Maaßregeln erscheint bei genauer Prüfung als verwerflich, da sie mit der Würde einer von sittlichen Grundsätzen geleiteten Regierung und der Schonung der Volkswirthschaft unverträglich sind. Die Arten der Schulden zerfallen zuvörderst in zwei Hauptclassen, erzwungene und vertragmäßige. Nur diese beruhen auf dem Staatscredite, bei jenen tritt der Zwang an dessen Stelle. Man hat sich öfters zu der letzteren Art gewendet, wenn man nicht auf einen hinreichenden Credit zu bauen wagte, sie haben jedoch größtentheils neben dem in jeder Staatsschuld liegenden Uebel noch andere Nachtheile bei sich.

(a) Belege finden sich in der Finanzgeschichte vieler Staaten, z. B. in v. Hauer, Beiträge z. Gesch. der österr. Fin. S. 125 ff. — Viele statistische Angaben über die Schuldbriefe u. d. einzelnen Staaten enthält das sorgfältig ausgearbeitete Werk: Ch. u. Fr. Noback, Vollst. Taschenbuch der Münz-, Maaß- u. Gewichtsverhältnisse u. Leipzig. 1851. II B.

§. 486.

Zu den erzwungenen Staatsschulden sind zu rechnen:

I. Rückstände der Ausgaben. Nichts kann das Vertrauen zu einer Finanzverwaltung mehr zerstören, als wenn sie





für sich allein bei einer großen Menge des Papiergeldes nicht hinreicht, zumal da das Wiederausgeben nicht verhindert ist. Das Staatspapiergeld ist daher als eine Staatsschuld ganz eigenthümlicher Art anzusehen, sie ist nämlich

- 1) unverzinslich,
 - 2) die Personen der Gläubiger wechseln unaufhörlich,
 - 3) die etwa den Besitzern zugesicherte Tilgung der Schuld wird durch den freien Entschluß derselben, die Papiere im Verkehre fernerhin umlaufen zu lassen, hinausgeschoben, und
 - 4) es wird durch Wiederausgabe der eingelösten Papiere die Schuld stets von Neuem eingegangen.
- (a) In Oesterreich ist Kupfermünze ausgeprägt worden, welche den Wiener Bankzetteln gleich galt und so sehr über seinen Metallwerth erhöht wurde, daß es mehr ein Zeichen- als ein selbstständiges Geld darstellte; es waren Stücke von 1, 3, 15 und 30 kr., die aber zugleich mit dem Papiergelde auf $\frac{1}{2}$ herabgesetzt wurden.

§. 488.

Diese Eigenschaften, insbesondere die Unverzinslichkeit, haben dem Staatspapiergelde bei vielen Staatsmännern eine große Empfehlung gegeben. Eine mäßige Menge Papiergeldes, die nur einen Theil der umlaufenden größeren Münzsorten ersetzt, in Verbindung mit unweigerlicher Einlösung und Annahme bei den Staatscassen, ist unschädlich, so lange der gute Zustand des Finanzwesens währt. Allein in unglücklichen Kriegen und anderen Bedrängnissen zeigen sich ernstliche Gefahren. Selbst jene mäßige Menge des Papiergeldes würde dann nicht im Pari mit der Münze erhalten werden können, noch schlimmer aber ist die große Versuchung, sich durch die Ausgabe von neuem Papiergelde zu helfen. Da hierbei die Unmöglichkeit der Einlösung sich bald fühlbar macht, so bleibt das Sinken des Curses nicht aus, die in dem gesunkenen Papiere eingehenden Staatseinkünfte reichen immer weniger zu, weil die Preise aller Dinge in die Höhe gehen, und man sieht sich stets zu einer neuen Vermehrung des Papiergeldes hingedrängt II, S. 266—268. Dieser Zustand mußte bis zur gänzlichen Preislosigkeit des Papiergeldes hinführen, wenn man nicht Mittel fände, früher der Anhäufung





§. 490.

Die Vorzüge der freiwilligen Anleihen (§. 485) erhellen aus der vorstehenden Betrachtung der erzwungenen Staatsschulden. Der Gläubiger leiht unter Bedingungen, die er genehmiget, und die sämmtlichen Staatsbürger tragen zu den hieraus erwachsenden Lasten durch Steuern gleichförmig bei. Während der allmäligen Vermehrung der Staatsschulden ist man auch bei den Anleihen auf mancherlei Einrichtungen verfallen, die sich nach folgender Eintheilung ordnen lassen (a). Die Anleihen dienen

I. zu einer bloß augenblicklichen Aushülfe (schwebende Schuld), oder sie werden

II. auf längere Zeit gemacht;

A. Einfache verzinsliche Anleihen. Hier treten Verschiedenheiten in den über die Heimzahlung getroffenen Verabredungen ein, indem nämlich

1) eine gewisse Frist zur Abtragung festgesetzt, oder

2) dem Gläubiger die Kündigung gestattet, oder

3) demselben lediglich der Zinsbezug ohne das Versprechen einer Zurückzahlung der Forderung selbst zugesichert wird; Renten. Bei diesen giebt es wieder eine doppelte Art, die Verzinsung des Capitals zu bezeichnen, es wird entweder

a) der Zinsfuß im Verhältniß zur geliehenen Summe ausgedrückt, oder

b) im Verhältniß zu einem von dieser verschiedenen Nenn- (Nominal-) Betrage.

B. Anleihen mit einer die Verzinsung und allmälige Tilgung enthaltenden Rente; Zeit- und Leibrenten.

C. Anleihen mit einem Tilgungsplane, wobei die aufgeschobenen Zinsen nachbezahlt und Gewinnste verloost werden; Lotterieanleihen.

(a) Vergl. Nevenius, S. 329 ff. — Baumstark, S. 228.

§. 491.

I. Es giebt Anleihen, welche nur dazu bestimmt sind, ein augenblickliches Mißverhältniß zwischen den Einkünften und

50—70 Sch., im Nov. 1840 aber kaufte man die Scheine um 2 Sch. unter Pari ein.

Die österreichischen Cassenanweisungen seit 1842 sind von ähnlicher Art, zu 3 Pr. verzinslich, auf je 3 Monate lautend und auf den Inhaber gestellt, in der Form von Wechseln der Hauptstaatscasse an die Bank. Später wurden diese „Central-Cassen-Anw.“ sehr vermehrt, es wurden auch 1848 u. 49 solche von 5 Proc. ausgegeben. 1850 wurde die Umwechslung der C.-Anw. in Reichsschatzscheine beschlossen.

§. 492.

II. A. Unter den Anleihen, welche längere Zeit fortbestehen sollen, sind diejenigen die ältesten und häufigsten, bei welchen, wie im Privatverkehre, ein Capital geborgt und bis zur Tilgung nach einem festgesetzten Fuße verzinsset wird, so daß Zins und Abtragung ganz von einander getrennt sind. In Bezug auf die Rückzahlung findet folgende Verschiedenheit Statt:

1) Viele ältere Staatsanleihen wurden auf bestimmte Zeit abgeschlossen. Dieß kann jedoch große Verlegenheiten verursachen, wenn in dem festgesetzten Zeitpunkte die Zurückzahlung durch die Umstände erschwert wird, so daß man entweder andere Anleihen unter lästigeren Bedingungen zu Stande bringen oder eine Verlängerung des Termins von den Gläubigern zu erlangen suchen muß. Zugleich wird man, wenn dieß nicht besonders vorbehalten wird, durch jene Bestimmung verhindert, bei günstigen Verhältnissen die Schulden früher abzutragen. In einem gut verwalteten und vollen Credit besitzenden Staate ist auch die Zusicherung eines Heimzahlungstermines durchaus unnöthig. Indessen sind solche Vertragsbestimmungen noch neuerlich vorgekommen, und bei einigen Anleihen hat man auch die jährliche Fortschreitung der Tilgung genau im Vertrage ausbedungen, wobei das Loos die Reihenfolge in der Rückzahlung der einzelnen Theil-Schuldbriefe bestimmen muß (a). Diese Einrichtung dürfte aus obigen Gründen wenigstens nur bei einem kleinen Theile der Staatsschuld eingeführt werden.

(a) 3. B. Preuß. Anleihe bei R. M. Rothschild in London im J. 1818, 5 Mill. R. St. zu 5 Proc. (wofür aber nicht der volle Betrag eingenommen wurde), mit der Bestimmung, daß im 1. Jahr 3 Proc., im 2. 2½, im 3. 2, im 4. 1½ und vom 5. an jährlich 1 Proc. abgezahlt werden sollte. 1830 wurde der Rest dieser Anleihe in eine 4procentige umgewandelt, bei der ebenfalls 1 Proc. und die Zinsen der eingelösten

Obligationen von 1835 an zur Tilgung verwendet werden sollen. — Auch die preussisch-englische Anleihe von 1822, $3\frac{1}{2}$ Mill. £. St. zu 5 Proc. Zinsen, ist jährlich mit 1 Proc. zu tilgen.

§. 493.

2) Schulden mit freier Kündbarkeit für beide Theile sind zwar den Capitalisten erwünscht, um zu jeder Zeit über ihr Vermögen beliebig verfügen zu können, jedoch für die Regierung sehr unbequem, weil die Kündigungen gerade in einen Zeitpunkt fallen können, wo das Aufbringen der erforderlichen Summe schwierig ist und wo die Gläubiger neue sehr vortheilhafte Bedingungen erzwingen könnten.

3) Anleihen, die von Seite des Gläubigers unkündbar sind und demselben nur ein Recht auf Verzinsung geben, sind in neuerer Zeit die häufigsten geworden. Solche Schuldzinsen werden in Frankreich Renten im engsten Sinne genannt, *rentes perpetuelles*, engl. *perpetual annuities* (a). Die Regierung ihrerseits muß sich das Recht vorbehalten, die Summen nach vorausgegangener Kündigung zurückzuzahlen, damit es in ihrer Macht stehe, die Schuld zu vermindern, wenn sie die Mittel hiezu besitzt. Ein solcher, auf unbestimmte Zeit bewilligter Credit ist dem Wesen des Staates als eines fortdauernden Vereines vollkommen angemessen und die Gläubiger können doch ihr Capital beliebig aus solchen Anleihen zurückziehen, weil die Schuldbriefe bei gutem Credite des Staates stets verkäuflich sind. Sie bilden sogar einen beliebigen Handelsgegenstand, indem sie nicht bloß von Capitalisten zur bequemen Anlegung ihres Vermögens, sondern auch von Speculanten des Gewinnes willen erkaufte werden, I, §. 439.

(a) Vergl. §. 494 (c).

§. 494.

3. a) Die natürlichste Art, eine solche Anleihe auf Renten aufzunehmen, besteht darin, daß man nach einer Vereinbarung über den Zinsfuß den Capitalisten Schuldbriefe über die vorgeschossene Summe ausstellt. So hat man es lange Zeit hindurch gehalten. Es war unvermeidlich, daß die Staatsobligationen (Staatsschuldbriefe) einen veränderlichen Preis (Curs) annah-

Beiträge S. 43. — Parnell, S. 274. — Mac Culloch, Taxat. S. 435.

- (c) In Frankreich war lange Zeit von gar keinem Schuldcapitale und Zinsfuße die Rede, man verkaufte bloß Renten, wie dieß auch von Privaten geschah. Das „große Buch der Staatsschuld“ nach dem Ges. v. 24. Aug. 1793 erwähnt keine Capitalsumme, daher ist man noch jetzt gewohnt, sich die Schuld nicht als ein gewisses geborgtes Capital, sondern als eine Masse schuldig gewordener Renten vorzustellen, deren Preis veränderlich ist. Solche *rentes constituées à perpétuité* kamen seit Franz I. vor. Hierbei war aber die Ablösung für den Betrag, der dem gesetzlichen Zinse entspricht, immer als erlaubt angesehen, und von Sully und Colbert waren solche Abzahlungen wirklich ausgeführt worden. Das Ges. vom 1. Mai 1825 sprach diesem Grundsatz gemäß aus, daß die Tilgung durch Ankauf nach dem Kurse nicht über dem 20fachen der Rente geschehen dürfe und stellte also diese als den 5procentigen Zins eines Nominalbetrages dar. Indes wirkt die frühere Ansicht noch immer fort.

§. 495.

Zum Ausgeben von Staatsschuldbriefen um einen Preis, der unter ihrem Nennbetrage steht, hat man sich hauptsächlich durch nachstehende Gründe bewegen lassen:

1) In schwierigen Zeiten bekommt man nicht immer um den landüblichen Zins geliehen, also muß man den Gläubigern mehr versprechen. Statt aber geradezu z. B. 7 oder 8 Proc. zu bewilligen, bedient man sich jenes Mittels, theils um nicht das im Privatrechte bestehende Verbot höherer Zinsen offen zu verletzen, theils um zu vermeiden, daß die einzelnen Theile der Staatsschuld von sehr verschiedenem Zinsfuße sind und daß etwa die Zinsen in unbequemen Bruchtheilen ausgedrückt werden müßten (a).

2) Man hofft, daß wegen der Beliebtheit solcher Anleihen die Capitalisten sich mit einer niedrigeren Verzinsung begnügen. Die Vorliebe der Gläubiger für diese Einrichtung entspringt aus der Hoffnung, am Stamme ihrer Forderungen zu gewinnen, wenn der Kurs der Schuldbriefe steigt. Je weiter nämlich ein Staatspapier unter *Pari* steht, ein desto ausgedehnterer Spielraum ist für die Erhöhung des Kurses geöffnet, während dieser nur wenig über das *Pari* hinausgehen kann, wenn die Ablösung um den Nominalbetrag nahe bevorsteht. Die Unwahrscheinlichkeit, daß die Reihe der Tilgung sobald an eine einzelne Obligation kommen werde, ermuntert bisweilen, noch einige

5 Pr. den 17,⁹⁵fachen Betrag jetzt werth ist, auf 5 L. 18 Sch. 7³/₄ P. anzuschlagen waren. Die 3 scrips machten also 103 L. 3 Sch. 7³/₄ P. aus und brachten den Unterzeichnern sogleich 3¹/₆ Proc. Gewinn.

(d) Beispiele. Am 21. Febr. 1848 (vor der Umwälzung) standen in Paris die Renten

	5 Proc.	4 ¹ / ₂ Proc.	4 Proc.	3 Proc.
	zu 116, ⁵⁵	104	99, ²⁵	73, ⁹⁵
Die Verzinsung ist also	4, ²⁹ Pr.	4, ³² Pr.	4, ⁰² Pr.	4, ⁰⁵ Pr.
Großh. Hess. Schuldbriefe am 1. März 1851 in Frankfurt				
	5 Proc.	4 ¹ / ₂ Proc.	4 Proc.	3 ¹ / ₂ Proc.
Curs	102 ¹ / ₈	98 ¹ / ₂	94	87 ³ / ₄
also Verzinsung	4, ⁸⁰ Pr.	4, ⁵⁶ Pr.	4, ²⁴ Pr.	3, ⁹⁸

§. 496.

Der nämliche Grund, welcher die Anleihen mit einem höheren Nominalbetrage den Capitalisten und Speculanten angenehm macht, deutet auf ihre nachtheilige Seite für die Regierung hin, nämlich auf die Vergrößerung des Schuldenstammes in Folge des Steigens der Curse. Hat man z. B. Obligationen zu 60 hingegeben, und gehen sie in der Folge bis auf 90 in die Höhe, so kostet die Tilgung um die Hälfte mehr, als die baar erhaltene Summe war. Friede, Ruhe und Fortgang des Volkswohlstandes führen diese Erhöhung des Curses der Staatspapiere herbei, die mit dem Sinken des Zinsfußes zusammenhängt. Wenn z. B. dieser von 5 auf 4 Proc. fällt, so wird eine gewisse Rente bei gutem Credite statt des 20fachen nun mit dem 25fachen Betrage erkaufte, und wenn 3procentige Papiere bisher zu 60 standen, so müssen sie nun auf 75 kommen, wobei noch zu erwägen ist, daß man bei den Obligationen solcher Staaten, die vollen Credit genießen, sich mit einer geringeren Verzinsung begnügt, als in Privatdarleihen. Die beschriebene Art der Anleihen hat in neuerer Zeit bei dem Uebergange vom Krieg zum Frieden und von innerer Zerrüttung zu befestigter gesetzlicher Ordnung die Schuldenmasse mehrerer Staaten sehr vergrößert und dadurch die Gläubiger überaus bereichert (a). So lange der Kurs noch unter Pari steht, läßt sich die wirkliche Größe der Schuld oder die zur Tilgung derselben erforderliche Summe nur nach dem jedesmaligen Preise der Staatspapiere bezeichnen, sie ist daher wechselnd, nähert sich aber im Ganzen genommen mit der Zeit dem Nominalbetrage. Es bleibt hiebei nur noch zu

untersuchen, ob, wie man behauptet hat, die Ersparung an den Zinsen jenen großen Schaden, der in der Vergrößerung des Stammes liegt, zu verhüten vermag.

(a) Die neuere Finanzgeschichte ist voll von Beispielen dieser Anleihen. In Großbritannien wurden von 1793—1817 897·289 943 £. St. verschrieben, für die man nur 584·874 557 £. baar erhielt, so daß man, wenn die Einlösung im Pari geschehen müßte, 294 Mill. oder 50 Proc. mehr aufzuwenden hätte. Der Zins stellt sich im D. auf 5, ¹/₂ Proc. Mac Culloch, Tax. S. 445. Die neue britische Anleihe von 15 Mill. £. St. zur Entschädigung der westindischen Pflanze wurde 1835 dem Hause Rothschild wegen des damals niedrigen Zinsfußes in 3 Proc. ohne größern Nennbetrag zugeschlagen, doch mit einer beträchtlichen Zulage in Zeitrenten. Man gab nämlich für je 100 £. baar 75 £. in 3proc. consols, 25 £. in 3proc. reduced, nebst 13 Sch. 7 P. langen Zeitrenten, die bis 1860 laufen und deren jetziger Werth, zu 4 Proc. berechnet, auf 10 £. 11 Sch. anzuschlagen ist.

Beispiele von solchen Anleihen in 5procentigen Obligationen, welche um nachstehende Kurse übernommen wurden:

- 47 in Portugal für Donna Maria 1832, 2 Mill. £. St., wovon aber nur ein kleiner Theil sogleich ausbezahlt wurde.
 - 51 für dieselbe 1833, 1·200 000 £. St.
 - 55 ¹/₂ zweite griechische Anleihe, 1825, 2 Mill. £. St., Ricardo.
 - 59 erste 1824, 800 000 £. St.
 - 60 Neapel, 1821, 16 Mill. Ducati.
 - Spanien 1823, Gebhardt, 16·700 000 Piafter, aber es giengen von den 60 sogleich 5 Proc. Provision ab, also eigentlich nur 55.
 - 70 Oesterreich 1818, 50 Mill. fl. Metalliques (weil in Silbermünze verzinslich).
 - Preußen 1818, die ersten 2 ¹/₂ Mill. £. St. der Anleihe von 5 Mill. £. bei Rothschild, die andere Hälfte in zwei gleichen Theilen zu 72 ¹/₂ und 75.
 - 72 Rußland 1820, 40 Mill. Rub. bei Baring u. Hope.
 - 73. 75 Neapel 1822, 20 Mill. Ducati.
 - 75 Brasilien 1824, 3·200 000 £. St., aber nur 1 Mill. ausbezahlt, die andern 2·200 000 £. zu 85 abgegeben.
 - 81 Oesterreich 1823, 23 Mill. fl.
 - 85 Buenos Ayres 1824, 1 Mill. £. St.
 - 87 Oesterreich 1826, 15 Mill. fl.
 - 89 ¹/₂ Großbritannien 1847, 8 Mill. £. zu 3 ¹/₂ Proc.
 - 90 Rußland 1828, erste Anleihe bei Hope, 18 Mill. fl., die vierte Serie 1833, 20 Mill. Rubel Silber, zu 84 ¹/₂.
 - 92 Baden 1842, 9·572 000 fl. 3 ¹/₂ Proc.
 - 94 Griechische garantirte Anleihe 1833, 60 Mill. Fr. in 3 Abtheilungen; Rothschild.
 - 97 ¹/₂ Württemberg 1847, 12 ¹/₂ Mill. 4 ¹/₂ Proc.
- Oesterreich borgte 1841 40 Mill. fl. gegen 5 Proc., welche sogar zu 104 ausgegeben wurden, also 4 Proc. über Pari, aber mit der Zusicherung, daß 15 Jahre lang der Zins nicht herabgesetzt werden dürfe. Eine 15jährige Rente von 1 fl. zu 4 Proc. ist 11, ¹¹/₈ fl. werth. Legt man also diesen Zinsfuß zu Grunde, so hat der Gläubiger

Nutzen, weil er nur 4 fl. mehr bezahlt. — Oesterr. Anl. von 72 Mill. fl. $4\frac{1}{2}$ Proc. zu 86, 1850.

Anleihen zu 5 Proc. in Frankreich:

	Geborgte Summe.	Verschriebener Nominalbetrag.	Renten 5 Procent.	Angenomm. Curs.	Der Zinsfuß ist
1815	35·863 200 ₣	70 Mill.	$3\frac{1}{2}$ Mill.	51, ²³	9, ⁷⁵ Proc.
1816—17	69·763 000	120 "	6 "	57, ²⁴	8, ⁶⁰
1817	7·924 035	13·395 100	669 755	59, ¹⁶	8, ⁴⁵
1817—18	345·665 000	600·000 000	30 Mill.	57, ⁵¹	8, ⁶⁷
1818	197·909 400	298·510 000	14·925 500	66, ⁵⁰	7, ⁵⁴
1818	165 Mill.	246·268 660	12·313 433	67	7, ⁴⁶
1821	7 "	8·038 840	401 942	87, ⁰⁷	5, ⁷⁴
1821	214·118 304	250·284 400	12·514 720	85, ⁵⁵	5, ⁸⁴
1823	413·980 981	462·290 320	23·114 516	89, ⁵⁵	5, ⁵⁸
Summe: 1457·223 920		2068·787 320	103·439 366	70, ⁴³	7, ⁰⁹ Proc.

also im Nominalbetrage 611 Mill. Fr. mehr, als man baar empfangen hatte. Documents statistiques, S. 167. Von 1814—1847 wurden 2629 Mill. aufgenommen und 3424 Mill. verschrieben. Die 3 Proc. wurden bei der Zinserniedrigung unter Billele im Jahr 1825 zu 75 ausgegeben, bei der Anleihe von 1841 (150 Mill.) zu 78,⁵², aber wegen der bewilligten Termine wirklich nur 76,⁷⁵, — 1844 (200 Mill.) zu 75 Fr., 1847 (250 Mill.) zu 75,²⁵. 1848: 197 Mill. 5 Proc. zu 75,²⁵, 1850 30·872 000 Fr. 5 Proc. zu 94,⁶⁶, 16·440 000 3 Proc. zu 56,⁶⁰. — Holland verkaufte den Antheil seiner $2\frac{1}{2}$ proc. Schuld, welchen Belgien übernehmen mußte, nämlich 80 Mill. fl., 1845 i. D. zu 63,³⁰ für 100, den größten Theil zu 60 an Rothschild.

§. 497.

Eine Ersparung an den Zinsen ist in der ersten Zeit einer Anleihe mit höherem Nennbetrage aus dem obigen Grunde (§. 495) allerdings vorhanden. Um diesen anfänglichen Nutzen genau bemessen zu können, müßte man mit den Unternehmern einer Anleihe zugleich darüber unterhandeln, wieviel Zins sie in dem Falle verlangten, wenn ihnen keine höhere Nominalsumme bewilligt würde. Wäre z. B. unter dieser Bedingung der geforderte Zins 5 Proc., und wollte man statt dessen 4procentige Obligationen ausgeben, so wäre es kein Vortheil, wenn man für dieselben nur 80 (für 100 Nennbetrag) erhielte, weil man dann auch wieder 5 Proc. zu geben hätte. Könnte man aber die Obligationen zu $88\frac{8}{9}$ anbringen, so brauchte man für je 100 nur $112\frac{1}{2}$ in Schuldbriefen hinzugeben und der Zins wäre nur

$4\frac{1}{2}$ Proc. (a): Bei 3procentigen Schuldbriefen wäre erst Nutzen, wenn sie über 60 verkauft würden; ein Uebernahmspreis von 75 z. B. kostete nur 4 Proc. Zinsen, wobei man $133\frac{1}{3}$ fl. für 100 verschreiben mußte. Kann man 1 oder $\frac{1}{2}$ Proc. einer Schuld jährlich zur Tilgung verwenden, so erfolgt diese bei einem Zinsfuße von 5 Proc. in 36 oder 49 Jahren. Jene Ersparniß an den Zinsen kann also dazu dienen, mit der Zeit die ganze Schuld zu tilgen, und aus diesem Grunde hat man öfter das Verschreiben einer größeren Nominalsumme für ganz unschädlich erachtet. Selbst wenn man im Pari tilgen mußte, so würde man die obigen $112\frac{1}{2}$ fl. mit $\frac{1}{2}$ Proc. jährlich in 50 Jahren, die $133\frac{1}{3}$ fl. mit 1 Proc. Jahresausgabe in 38 Jahren heimbezahlen (a).

(a) Denn es ist $88\% : 100 = 100 : 112\frac{1}{2} = 4 : 4\frac{1}{2}$.

(b) Offenbar ist der Vortheil desto größer, je langsamer die Tilgung erfolgt, weil man dann die Zinnersparung desto länger genießt. Es seien z. B. für 1 Mill. in Pari $4\frac{1}{4}$ Proc. zu geben, während man $3\frac{1}{2}$ Procents zu 92 anbringen könnte. In diesem Falle erfordert die Million einen Nennbetrag von 1 086 956 fl., welcher 38 043 fl. oder 3,8 Proc. Zinsen kostet und man erspart hiebei 4457 fl. Will man die Schuld durch eine 15jährige Zeitrente tilgen, so ist die jährliche Ausgabe in beiden Fällen

1) für 1 Mill. zu $4\frac{1}{4}$ Proc. . . . Zins 42 500 fl.
Tilgung 49 019

zusammen 91 519 fl.

2) für 1 086 956 in $3\frac{1}{2}$ Proc. . . . Zins 38 043 fl.
Tilgung 56 333

zusammen 94 376 fl.

Hier ist also die 2te Methode kostbarer. Bei einer Tilgung in 30 Jahren würde sie jährlich 491 fl. weniger kosten.

§. 498.

Es läßt sich keine Regel darüber aufstellen, wie viel die Capitalisten bei einer Anleihe dieser Art an den Zinsen nachlassen, um einen gewissen höheren Nennbetrag zu erkaufen, jedoch läßt sich voraussetzen, daß sie auf minder günstige Fälle Rücksicht nehmen und einen Zinsfuß verlangen, bei dem sie nicht verlieren (a). Aus dem Vertrage allein läßt sich jedoch nicht berechnen, ob der Staat gewinnt oder verliert, denn es kommt zugleich auf die nachfolgenden Kurse der Staatsschuldbriefe an, wobei mehrere Fälle möglich sind. 1) Wenn einige Zeit hindurch

kann von günstigeren Verhältnissen keinen Nutzen mehr ziehen (b).

- (a) Lafitte fragt, ob es besser sei, 100 Mill. geradezu gegen 5 Mill. Zinsen aufzunehmen, oder 133 $\frac{1}{3}$ Mill. gegen 3 Proc. zu verschreiben und also nur 4 Mill. Zins zu geben. Später setzt er folgende Bedingungen als wahrscheinlich. Man will 80 Mill. borgen. Wenn man nun bloß 80 Mill. verschreibt, so muß man 4 Mill. Zins zahlen; giebt man aber aus

86, ⁴	Mill.	in	4 $\frac{1}{2}$	Proc.	zu	92, ⁴⁹	so	braucht	man	3·890 000	Zins
94, ⁵	"	"	4	"	"	84, ²¹	"	"	"	3·780 000	"
103, ³⁹	"	"	3 $\frac{1}{2}$	"	"	77, ³⁹	"	"	"	3·620 000	"
115, ³³	"	"	3	"	"	69, ⁴²	"	"	"	3·460 000	"

In der letzteren Annahme ist die Ersparniß 540 000 oder zwischen $\frac{1}{7}$ und $\frac{1}{6}$ der Zinsen.

- (b) Hiermit stimmt die neuerliche Aeußerung von Coquelin (*Revue des deux mondes*, X, 132. Avril 1845) überein: Offrir aux créanciers de l'état une augmentation future de capital, en échange d'une perte d'intérêt présente, c'est en quelque sorte déplacer les rôles; c'est mettre la prévoyance de l'avenir du côté des hommes qui meurent, et ne laisser à l'état, qui doit vivre, que le souci du présent.

§. 499.

II. B. Man hat Anleihen mit einer den üblichen Zinsfuß übersteigenden Rente versucht, wobei eine allmälige Tilgung erfolgt, so daß nach einer Reihe von Jahren die ganze Schuld erlischt. Von solchen temporären oder Zeitrenten im weiteren Sinne ist im Allgemeinen Folgendes zu bemerken (a): 1) Die Capitalisten erhalten von einer gewissen Summe eine größere Einnahme, als bei einfachen Zinsdarlehen. Hieraus entsteht ein Reiz für arbeitscheue oder arbeitsunfähige Personen, ihr Vermögen, welches sie in vielen Jahreszahlungen mit den Zinsen vermischt zurück erhalten, für ihren Unterhalt aufzuzehren und es wird hiedurch die Zerstörung von Capitalen begünstigt (b). Die meisten Begüterten sind jedoch bedacht, ihr Capital den Erben zu erhalten, weshalb die Zahl derer, die auf jene Bedingung einer tilgenden Rente eingehen wollen, nicht groß ist und für den Staat keine besonders günstigen Bedingungen zu erwarten sind. Auch hat man überall nur einen kleinen Theil der Staatsschuld in solche Renten aufgelöst. 2) Wenn man solche Rentenverträge zu einer Zeit eingeht, wo der Zinsfuß niedrig steht, so ist die Regierung sicher, nichts zu verlieren; geschieht es aber

bei einem höheren Zinse, so begiebt sie sich der Gelegenheit, von einem späteren Sinken desselben Nutzen zu ziehen, weil die einmal festgesetzten Zeitrenten keine Abänderung mehr zulassen. 3) Bei einer großen Summe von Zeitrenten könnte es lästig werden, daß man zu einer unausgesetzten Tilgung gezwungen ist, auch wenn die Staatsausgaben keinen verfügbaren Ueberschuß lassen.

Hieraus ergibt sich, daß solche Zeitrenten keine Empfehlung verdienen, obschon sie auch keine erheblichen Nachtheile an sich tragen.

(a) Vgl. Nebenius, I, 336 ff. — v. Malchus, I, 433. — Bernoulli, Beitr. S. 77.

(b) Freilich giebt es auch Menschen, die ohne das Zusehen ihres Vermögens nicht auskommen können und die, wenn der Staat keine Zeitrenten errichtet, sich an Privat-Versorgungscassen ähnlicher Art wenden müssen. I, S. 234.

§. 500.

Die Zeitrenten im weiteren Sinne zerfallen in folgende Arten:

1) Eigentliche Zeitrenten, *annuities for terms of years*, auf eine bestimmte Zahl von Jahren. Sie lassen eine genaue Berechnung zu (a), entsprechen aber am wenigsten den persönlichen Verhältnissen der Capitalisten (§. 499), sind weniger beliebt und nicht so leicht ohne Verlust zu verkaufen, als eine einfache Obligation. In England sind sie öfter als in andern Ländern, theils als Zugabe zu andern Staatspapieren, §. 495. (c). 496 (a), theils abgesondert ausgegeben worden, und zwar bisweilen auf einen langen Zeitraum (b).

2) Leibrenten, *rentes viagères, annuities for life*, auf Lebenszeit des Gläubigers laufend und daher mit Rücksicht auf die mittlere Lebensdauer desselben bestimmt. Der Capitalist ist hiebei für seine Person ganz sicher gestellt. Der Staat hat desto weniger Wagniß, je zuverlässigere Erfahrungen er über die Lebensdauer der Rentner in jedem Alter besitzt (c) und eine je größere Anzahl von Leibrentengläubigern vorhanden ist, weil bei einer größeren Menge von Fällen die Gesetze der Wahrscheinlichkeit überhaupt deutlicher zum Vorschein kommen. Will man nicht für jeden eintretenden Capitalisten eine besondere Renten-





auf die letzten Jahre fallen, was zugleich ein fortbauernb steigendes Interesse an der Verloosung unterhält; z. B. österr. Anleihe von 1834, größter Gewinn 320,000 fl., welcher 3mal, nämlich in der ersten, vorletzten und letzten Ziehung vorkommt. Preuß. maximum 100 000 rl., in der ersten und in der letzten Ziehung zu gewinnen.

- (i) Gewöhnlich einige Monate nach der Verloosung.
- (k) Von der Ausstellung der Obligationen (die meistens 1 — 2 Jahre vor der ersten Ziehung geschah) bis zur letzten Ziehung verfließen
 - 15 Jahre, hannöb. Anleihe,
 - 20 " österr. A. v. 1820 und 1821,
 - 24 " sardinische,
 - 25 " preussische, polnische, 1829, bad. v. 1840,
 - 26 " österreichische von 1834,
 - 39 " " " 1839,
 - 40 " bad. von 1845,
 - 45 " großh. hess. v. 1834,
 - 50 " " " 1825, nassauische A.
 - 52 " hamburg. A.

Bestere Zeiträume sind zu lang. Den Capitalisten ist die Möglichkeit einer so späten Nachzahlung der Zinsen nicht angenehm, und dieser Umstand mag, mit dem unter (g) bemerkten dazu beigetragen haben, daß die Loose des hess. Anleihe in den ersten Jahren wenig beliebt waren und beträchtlich unter 50, ihrem Nominalbetrage, verkauft wurden; ihr Cours war z. B. im Mai 1826 $36\frac{1}{4}$, im Jan. 1827 $34\frac{1}{4}$, und im März 1829 erst $48\frac{3}{8}$. 1827 wurde der Umtausch jedes Loose gegen gleiche Summe in 3proc. Obligationen oder 42 fl. in 4procentigen von der Regierung angeboten. Cours am 1. März 1851 $75\frac{3}{8}$.

§. 502.

Der Entwurf einer Lotterieranleihe wird so gemacht:

1. Es wird die Größe des aufzubringenden Capitals und der Zeitraum bis zur völligen Abtragung festgesetzt.
2. Man bestimmt, was die Staatscasse im Ganzen für die Anleihe zu leisten habe, indem man die Theilnehmer an derselben wie eine Gesellschaft betrachtet, welche mit der Regierung in Vertragsverhältniß steht (a). Es muß nämlich die geborgte Summe nach einem gewissen Zinsfuße (b) verzinst und allmählig durch jährliche Zahlungen abgetragen werden. Jedes Jahr ist daher ein bestimmter Betrag an Tilgung und an Verzinsung des noch nicht getilgten Theiles auszubezahlen. Je weniger man in den ersten Jahren abträgt, desto größer bleibt die Zinssumme und desto stärkere Tilgungen müssen später vorgenommen werden (c). Bei einigen Anleihen leistete die Staatscasse anfangs nicht einmal die volle Verzinsung, so daß durch den





Summe zugleich der nämliche Betrag in älteren $3\frac{1}{2}$ proc. Schuldbriefen auf 4 Proc. erhöht werden sollte.

- (d) Man könnte auch, ohne einen festen Kurs der Uebernahme auszubedingen, dem Bankhause gegen eine Provision die Schuldbriefe in Commission geben, um sie so hoch als möglich auf Rechnung des Staats zu verkaufen, v. Cancrin, S. 288.
- (e) Namentlich bei den österreich. Lotterieleihen von 1820 und 1821.

§. 505.

Der Vertrag über eine Anleihe wird geschlossen:

a) durch Unterhandlung mit einem Bankhause ohne Oeffentlichkeit, obschon es rathsam ist, auf mehreren Seiten Erkundigungen einzuziehen, um sich nicht völlig in die Hände eines einzigen Hauses zu geben:

b) durch offenes Mitwerben, indem man die Größe und einige Bedingungen der beabsichtigten Anleihe bekannt macht, die Bankherren zur Uebergabe schriftlicher Anerbietungen (Submissionen), mit beizufügender Bürgschaft in Staatspapieren, auffordert und sodann bei der Eröffnung der eingelaufenen Erklärungen demjenigen die Anleihe zuschlägt, dessen Anträge die vortheilhaftesten sind. Dies in England und Frankreich übliche Verfahren hat den Vorzug der Oeffentlichkeit und liefert den Beweis, daß man unter den günstigsten in einem gewissen Augenblicke zu erlangenden Bedingungen borgt, aber es setzt voraus, daß man schon eines gewissen Credits sicher sei, um mehrseitige annehmbare Anerbietungen erwarten zu können. Unter schwierigen Verhältnissen oder in kleineren Ländern ist es sicherer, den ersten Weg einzuschlagen, bei dem man doch ebenfalls einigermaßen das Mitwerben benutzen kann.

§. 506.

Die Staatsschuldbriefe, Staatsobligationen, stocks (a), wurden sonst allgemein so wie die Schuldbriefe eines Privatmannes eingerichtet, so daß sie den Namen des Gläubigers enthielten, für den sie ausgestellt wurden. Neuerlich hat man sie in vielen Staaten so abgefaßt, daß, wie bei dem Papiergelde, jeder Besitzer sogleich als Eigenthümer gelten kann, weil sie keinen Namen enthalten und deshalb kein Beweis der gehörig erfolgten Abtretung nöthig ist. Solche Schuldbriefe

auf den Inhaber (au porteur) oder Certificate sind vortheilhaft

- 1) für die Regierung, weil die beschwerliche Buchführung über die Eigenthümer jeder Obligation und den Uebergang derselben in andere Hände ganz beseitigt wird;
- 2) für den Eigenthümer, weil sie leichter zu verkaufen sind, da man von den Förmlichkeiten des Anmeldeus bei der Staatsbehörde völlig befreit ist.

Die Schuldbriefe auf Namen, die sogenannten Inscripti-
tionen, welche bei jeder Veräußerung einer Umschreibung in
dem Schuldverzeichniß der Regierung und einer neuen Ausfertigung
für den Käufer bedürfen, sind deshalb minder beliebt, als
die auf den Inhaber gestellten, und da die Mühe und die Kosten
bei der Uebertragung noch größer sind, wenn der Verkauf im
Auslande geschieht, so verbreiten sich solche Schuldbriefe nicht so
weit, als die der anderen Art (b). Man hat zwar die Erschwe-
rung der Uebertragung darum für zuträglich erachtet, weil die-
selbe mehr von dem Speculanten in Staatspapieren gescheut
wird, als von dem Capitalisten, der dieselben kauft, um sie zu
behalten, und weil der Stockshandel keine Erleichterung ver-
dient. Allerdings ist dieser vielfältig mit Leidenschaft getriebene,
viele Menschen zu Grunde richtende Handel eine ungünstige
Folge des heutigen Schuldenwesens, besonders der häufigen
Curschwankungen, I, S. 440, 441. Da jedoch bei dem Umsage
der Stock die verschiedenen Zwecke der Käufer nicht zu unter-
scheiden sind, so ist es nicht rathsam, alle Geschäfte zu erschwe-
ren, wobei der Begehr und folglich der Curs einer Art von Pa-
piere doch immer einigermaßen erniedrigt werden könnte. Die
Unternehmer einer Anleihe ziehen des leichteren Absatzes wegen
die Obligationen auf den Inhaber entschieden vor. Staatsob-
ligationen, deren Curs hoch und fest steht, haben, wenn sie gleich
leicht übertragbar sind, doch wenig Reiz für die Stockhändler
und pflegen größtentheils in fester Hand zu bleiben. In der
neuesten Zeit hat man es öfters in die Wahl der Gläubiger ge-
stellt, Schuldbriefe auf den Inhaber oder auf Namen zu er-
halten:

3. Abtheilung.

Verwaltung der Staatsschulden.

1. Hauptstück.

Vorbereitende Maaßregeln.

§. 507

Ist eine Staatsschuld vorhanden, so wird die Besorgung verschiedener auf dieselbe sich beziehender Geschäfte nothwendig, deren Inbegriff die Verwaltung der Staatsschulden genannt werden kann, und für welche ein geregelter Gang fühlbares Bedürfnis ist. Wenn man den Staatshaushalt aus einem verworrenen Zustande in einen wohlgeordneten hinüberzuführen und namentlich mit vielen Rückständen (§. 486) zu thun hat, so muß man mit der Richtigstellung (Liquidirung) der Staatsschuld beginnen, nämlich mit der Untersuchung aller einzelnen Forderungen an den Staat nach ihrem Betrage, ihren Bedingungen und ihrer Rechtsgültigkeit, und eine Zusammenstellung des ganzen Schuldenstandes, allenfalls mit Unterscheidung von Classen und Unterabtheilungen. Diese Vorarbeit dient die Größe der Schuld genau kennen zu lernen und unbegründete Ansprüche zurück zu weisen. Die Untersuchung soll jedoch nicht in eine willkürliche Verkürzung der Staatsgläubiger ausarten, sondern vielmehr mit sorgfältiger Beachtung aller Rechte geführt werden, so daß jedem die Gelegenheit offen bleibt, seine Forderungen auf gerichtlichem Wege geltend zu machen. Nach der Beendigung dieses Geschäftes können den Staatsgläubigern Schuldbriefe gleicher Art zugestellt werden. Auch im Fortgange der Schuldverwaltung, so oft die Schuld durch Entschädigungen und Einverleibung alter oder neuer Forderungen vergrößert



fällen werden für den Präsidenten und die Mitglieder von den künftigen Reichständen und für jetzt vom Staatsrath 3 Personen vorgeschlagen. — In Frankreich wurde zur Ueberwachung der Amortisationscasse ein Aufsichtsrath bestellt, bestehend aus 1 Pair, 2 Mitgliedern der Deputirtenkammer, 1 Präsidenten des Rechnungshofes, dem Gouverneur der Pariser Bank und dem Präsidenten der Pariser Handelskammer.

2. Hauptstück.

Verzinsung der Staatsschulden.

§. 509.

Die pünctliche Entrichtung der Zinsen muß aus allen Kräften aufrecht erhalten werden, weil ihre Unterbrechung sowohl eine Rechtswidrigkeit als eine Härte gegen die Gläubiger enthält und dem Staatscredite eine tiefe Wunde schlägt. Sind die erforderlichen Summen für jedes Jahr ausgemittelt und der Schulverwaltung zugewiesen, so ist die wirkliche fortlaufende Ausbezahlung ein einfaches Geschäft, über welches nur wenige Bemerkungen nöthig sind.

1) Zur Beschleunigung des Geldumlaufes ist es dienlich, wenn die Zinszahlungen zu verschiedenen Zeiten im Jahre geschehen, welches man theils durch halbjährige Zinsentrichtung, theils so bewirken kann, daß die Obligationen verschiedene Verzinsungstermine haben (a).

2) Es gereicht sehr zur Bequemlichkeit der Stockbesitzer, wenn die Zinsen nicht allein bei der Schuldentilgungscasse in der Hauptstadt, sondern auch bei jeder öffentlichen Casse zu erheben sind. Diese Cassen senden dann bei ihren Ablieferungen an höhere Cassen die eingelösten Zinsquittungen statt baar ein und die Hauptstaatscasse rechnet dieselben der Amortisationscasse bei ihrer Ausstattung mit an (b).

3) Zur Verhütung von Betrügereien hat man die gedruckten Zinsquittungen, Zinsabschnitte, Zinsbögen, Coupons (c), allgemein eingeführt. Mit jeder Obligation wird ein Vorrath solcher Quittungen auf eine gewisse Zahl von Jahren ausgegeben, jede mit der Nummer der Obligation und dem

Tage, an dem sie fällig ist, versehen, so daß nie 2 Quittungen ganz gleichlautend sind und jede ohne einen schriftlichen Befehl bei der Erhebung der Zinsen abgeliefert werden kann. Sind diese Coupons zu Ende, so muß man sich einen neuen Vorrath einhändigen lassen, wozu entweder die Vorlegung der Obligationen selbst, oder eines auf dieselben hinweisenden mit ihnen zugleich ausgegebenen Legitimationsscheines (talon) erforderlich ist.

- (a) Frankreich: Die 5 Proc. am 22. März und Sept., die 3 Proc. am 22. Jun. und Dec.
- (b) Manche Staatsobligationen sind in ausländischen Handelsstädten verzinslich gemacht worden.
- (c) Bon-couper, weil mehrere auf einem Bogen stehen und zur Verfallzeit immer der nächste abgeschnitten wird.

§. 510.

Die wichtigste, auf die Zinszahlung sich beziehende Maaßregel ist die Herabsetzung (Reduction) der Zinsen, Conversion der Renten (a). Sie bringt eine große Ersparniß an den jährlichen Ausgaben zu Wege, die man am natürlichsten zur schnelleren Abzahlung der Schulden benutzen kann (b), und sie geschieht bei denjenigen Schulden, in Ansehung deren die Regierung zur Kündigung befugt ist, ohne Rechtsverletzung gegen die Gläubiger, wenn man nur diesen die freie Wahl anbietet, ob sie ihre Forderungen nach einer bestimmten Zeit, z. B. einem Vierteljahre, zurück empfangen, oder sie für niedrigeren Zins stehen lassen wollen. Auch enthält diese Maaßregel nichts Unbilliges, wenn sie nur auf einer Benutzung der gegebenen volkswirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich der Vermehrung der Capitale, der zunehmenden Schwierigkeit ihrer Anlegung, des niedrigeren Zinsfußes, sowie des mehr befestigten Staatscreditcs beruht. Der steigende Cours der Staatspapiere, insbesondere die Ueberschreitung des Pari durch diejenigen, welche die höchsten Zinsen tragen, deutet an, daß die Herabsetzung ausführbar sei, und da der Cours in der Regel nicht weit über Pari steigt (§. 495. 2.), so genügt es schon, wenn dieß um mehrere Procente überschritten ist, ja es ist rathsam, nicht lange zu zögern, denn je höher der Cours hinaufgeht, desto

man muß daher für eine solche Summe sorgen, die wahrscheinlich mehr als hinreichend ist. Eine sehr große Schuldenmasse könnte freilich nicht plötzlich heimgezahlt werden, indeß muß den Capitalisten für den Fall, daß sie die Herabsetzung nicht annehmen wollen, wenigstens die Gewißheit einer stark fortschreitenden Rückzahlung gezeigt werden (a).

2) Die Einwilligung der Staatsgläubiger muß wahrscheinlich sein, indem sie keine andere einträglichere Anwendung ihres Vermögens finden. Hierzu tragen vorzüglich bei a) die gute Wahl eines Zeitpunctes, in welchem man bei anderen Anstalten, z. B. Creditvereinen, und bei Privaten sowie in Nachbarländern eine Erniedrigung des Zinsfußes wahrnimmt; b) die angebotenen Bedingungen, indem z. B. bloß eine Verringerung um $\frac{1}{2}$ Procent vorgenommen, oder der höhere Zins noch einige Zeit fortentrichtet, oder ein anderer Vortheil, z. B. die Sicherung vor der Heimzahlung während eines bestimmten Zeitraums, bewilligt wird (b).

Es erleichtert den Erfolg einer beabsichtigten Herabsetzung sehr, wenn die Mehrzahl der Staatsgläubiger aus Inländern besteht, weil diese weniger Neigung haben, ihre Capitale ins Ausland hinüberzuziehen, als Fremde (c).

(a) Bei Willele's Reductionsplan in Frankreich im Jahre 1825 war dieß nicht der Fall. Es war nicht ausgesprochen, was die Capitalisten zu erwarten hätten, wenn sie nicht zustimmten. Die Herabsetzung wurde so angeordnet, daß die Besitzer von 4 Procents vom 1. Mai bis 22. Juni 1826 die Wahl hatten, sich 3proc. Papiere zu 75 geben zu lassen, also für 100 in 5 Proc. 133 $\frac{1}{2}$ in 3 Proc. (§. 498 (c)), und noch weiter bis zum 22. Sept. die Wahl, 4 $\frac{1}{2}$ Proc. anzunehmen mit dem Versprechen, daß diese bis 1835 nicht abgetragen werden sollten. Von den 4 $\frac{1}{2}$ Proc. wurden nur etwa über 1 Mill. Fr. Renten ausgegeben. Zur Umwandlung in 3 Proc. wurden 30 $\frac{1}{2}$ Mill. Fr. Renten angemeldet, bei denen 6·114 638 Fr. Renten erspart und dagegen 203·825 000 Fr. mehr im Rennbetrage verschrieben wurden. Die vor dieser Maaßregel in Privathänden befindlichen Renten betrugen gegen 140 Mill. Fr., die Umwandlung geschah also nur bei $\frac{3}{4}$, oder 21,25 Proc. derselben.

(b) Bei der Reduction der preuß. engl. Anleihe von 1818 auf 4 Proc. im Jahr 1840 wurde zugesichert, daß 15 Jahre lang keine Zurückzahlung erfolgen sollte, was jedoch einen Rückkauf nach dem Kurse nicht ausschließt. Aehnliches, und zwar bis 1849, wurde 1830 bei der Herabsetzung der englischen 4 Proc. versprochen. — Reductionsplane für die französische Staatsschuld, in Lefevre's Budgetsbericht von 1833 angeregt, sodann von Humann (14. Jan. 1836)







§. 517.

In Bezug auf widerrechtliche Erleichterungsmittel der eben erwähnten Art gelten folgende Hauptregeln:

1) Wenn man im Staatsaufwand weise Sparsamkeit beobachtet, die Quellen der Staatseinkünfte gut benutzt und sich sorgfältig den Credit erhält, so kommt man nicht leicht in eine Lage, die zum Staatsbankerott hindrängt. Dieser ist gewöhnlich die traurige Nachwirkung früherer Fehler gewesen.

2) Wären die Umstände so schwierig, daß die Regierung für den Augenblick unmöglich ihre Verpflichtungen vollständig erfüllen kann und daß auch auf dem Wege des Credits keine Hülfe zu erlangen ist, so bliebe nichts übrig, als zu sorgen, daß das Uebel, welches man im Drange der Noth nicht ganz verhüten kann, wenigstens so klein als möglich werde, namentlich daß die Gläubiger unter der Stockung in den Zahlungen am wenigsten leiden, daß der gegenwärtige Nachtheil sich gleichmäßig vertheile, und daß gerade die, welche für jetzt verkürzt werden, später volle Entschädigung dafür erhalten; man müßte ferner mit allen Kräften auf die Beendigung der Bedrängniß hinarbeiten, theils durch Einschränkung der Ausgaben, theils durch Vermehrung der Einkünfte, theils durch Befestigung des Credits.

3) Ist die Bedrängniß vorüber, so muß man eilen, ihre Folgen zu entfernen und die Ordnung wieder herzustellen. Ein redlicher Privatmann ersetzt, wenn er in bessere Umstände kommt, seinen Gläubigern die Verluste, die sie bei seiner Zahlungsunfähigkeit erlitten. Unter diesem Gebote der Gerechtigkeit steht ohne Zweifel auch die Regierung, allein es ist zugleich nach den Umständen zu untersuchen, ob ein Ersatz möglich ist; der öftere Uebergang von Schuldbriefen auf den Inhaber in andere Hände macht dieß bei einem Theile der Gläubiger (die nicht etwa Corporationen sind) zweifelhaft, wenn man nicht (nach Nr. 2) schon bei dem Eintritt der Verlegenheit hierauf Rücksicht genommen hat. Aus den Mitteln der Steuerpflichtigen einzelnen Gläubigern, welche Schuldburkunden um niedrige Curse erkaufte haben, unverdiente Gewinnste zu geben, während doch andere das, was sie eingebüßt haben, nicht zurückerhalten, dieß läßt sich weder



amortissement genannt. Vgl. Ganilh, Dictionn. analyt. unter diesem Worte.

- (b) In den obigen Beispielen von Price (§. 519) ist es klar, daß die Steuerpflichtigen um soviel weniger zu bezahlen haben, als der Vortheil der Tilgencasse niedriger dargestellt ist. Das scheinbare Paradoxon, daß man jährlich 3 Mill. borgen könne und doch nur 200 000 £. zu tilgen brauche, erklärt sich aus den stark anwachsenden Zinsen dieser Anleihen, die man neben den 200 000 £. bezahlen muß. Jährlich kommen 150 000 £. Zinsen hinzu. Im letzten Jahre wäre die geborgte Summe 255 Mill., der Zins 12 750 000 £. und die ganze bezahlte Zinsenmasse 332 Mill. £., woraus neben dem Tilgungsbetrage von 17 Mill. (85mal 200 000 fl.) die Mittel zur Abtragung hergenommen werden müßten.
- (e) Pitt wollte die Schuldentilgungscommission so unabhängig und sicher stellen, daß sie wie auf ihren eigenen Namen Stocke einkaufen könnte und „die Heiligkeit des Privateigenthums sich zu den andern Gründen gesellte, welche Krone und Parlament von einem Eingriff in den Gang der Tilgung abhalten“, Rede am 29. März 1786. Fox zeigte dagegen, wie wenig auf die unverrückte Befolgung eines solchen Planes zu zählen sei; s. *Debate upon the establishing a fund for the discharge of the national debt*, 1786. — In Preußen sollen nach dem Ges. v. Jan. 1820 Art. V. die ersparten Zinsen immer nur innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren der Tilgencasse verbleiben. Daher wurde 1842 wegen der bis dahin bewirkten Schuldverminderung und der aus der Zinsherabsetzung entstandenen Ersparung von jährlich $\frac{1}{2}$ Mill. eine Steuerermäßigung von 1 920 000 rl. beschlossen, vgl. §. 186 (b).
- (d) Beispiele. Die französ. Tilgencasse wurde 1816 errichtet mit einer jährlichen Ausstattung von 40 Mill. Fr. Hierzu kam noch nach dem Ges. v. 25. März 1817 der Erlös aus Waldverkäufen, welche (1818 — 1829) 88 Mill. einbrachten. Es sollte genau das System des Tilgestammes befolgt werden. Aber man wich mehrmals ab: 1) Als Willele die Schuld durch die 1000 Mill. in 3 Proc. zur Entschädigung der Ausgewanderten vermehrte, wurde dafür im Ges. v. 1. Mai 1825 angeordnet, daß die vom 22. Juni 1825 bis 1830 zu tilgenden Renten annullirt werden sollten, welche sich auf 16 020 094 Fr. beliefen, fast ganz in 3 Procenten. 2) Nach dem Gesetz vom 27. und 28. Juni 1833 wurden 32 Millionen Renten annullirt, also im Ganzen 48 020 094 Frs. Vom 1. Juni 1816 bis 14. Juli 1848 hat die Tilgencasse 80 950 700 Fr. Renten eingelöst, wofür sie 1633 474 090 Fr. beim Ankaufe hingab. Hiervon gehen die annullirten Renten ab, also besaß die Casse 32 930 606 Fr. eigene Renten, welche ein Nominalcapital von ungefähr 860 Mill. ausmachten, ferner 42 $\frac{1}{2}$ Mill. Fr. in 4 und 3proc. Renten aus denjenigen Tilgesummen, welche zum Ankaufe der 5, 4 $\frac{1}{2}$, und 4 Proc. bestimmt sind und wegen des Cursets derselben über Pari nicht hierzu verwendet werden konnten (Reserve). Diese eigenen Einkünfte der Tilgencasse wuchsen bis auf 75 400 000 Fr. an und daneben beträgt der budgetmäßige Zuschuß aus der Staatscasse für 1851 64 818 000 Fr. Das ganze Einkommen der Tilgencasse wurde unter die verschiedenen Theile der Schuld nach dem Rennbetrage vertheilt. Nach der Umwälzung im Febr. 1848 hörte die Tilgung größtentheils auf und durch Beschluß der Nation. Vers. v. 14. Juli 1848 wurde sie gänzlich eingestellt und die dazu



der Fortsetzung der Tilgung, die doch immer langsam von Statuten geht, ihr Beunruhigendes nicht verlieren. Daher ist die erwähnte Einrichtung, ohne übrigens verwerflich zu sein, minder wesentlich, wenn nur die Staatsgewalt überhaupt beharrlich den Grundsatz im Auge hält, jede unnöthige Vermehrung der Schuld zu meiden und deren Verminderung eifrig zu erstreben.

3) Daß die Tilgencasse die Verfügung über ein großes Vermögen in eingelösten Obligationen und über ein beträchtliches jährliches Einkommen erhält, ist nur dem Scheine nach ein Nachtheil, weil durch Gesetze und Aufsicht jeder Mißbrauch verhütet werden kann. Namentlich wird dem Wiederverkaufe der eingezogenen Schuldbriefe durch deren baldige Vernichtung oder einen Verkauf verhindernde Bezeichnung (Stempeln, Durchschneiden etc.), Prüfung der Rechnungen und Vergleichung der vorräthigen Urkunden entgegen gewirkt. Ueberhaupt ist die Fiction, als sei die Tilgencasse Besitzerin eines eigenen werbenden Vermögens, nicht nothwendig, und dieselbe Sache könnte in anderer Form eingerichtet werden, wobei man die abgezahlten Schuldbriefe jedesmal jährlich sogleich von der Staatsschuld abzöge. Nur die Widmung der nämlichen Summe für Zins und Tilgung im Ganzen ist das Wesentliche.

(a) Dieß geschah in England lange Zeit hindurch. Von 1793 — 1816 waren 284 Mill. mit einem baaren Aufwande von 175 Mill. getilgt worden, die Schuld stieg aber dennoch, weil 870 Mill. neu geborgt wurden. Nach Abzug des getilgten Betrages war die consolidirte Schuld:

1793	229 Mill. £.
1816	816 „ „
also mehr	586 Mill. £.

f. Pebrer, I, 294. — Nebenius, I. Ausg. Anh. S. 53. — Nach einer andern Berechnung (Marshall, I, 211) sind in dem genannten Zeitraume 883 Mill. £. neu fundirt worden, was nach Abzug der getilgten Summe einen Anwachs von 599 Mill. £. anzeigt. — Mit Einschluß der schwebenden Schuld und nach Abzug des getilgten Theiles war die ganze Staatsschuld

1793	233·733 609 £.
Anwachs im Kriege bis 1801	295·105 668 „
Anwachs von 1802 — 1816	335·983 164 „
Stand vom 1. Febr. 1816	864·822 441 £.

Bis 1827 wurde die von der Tilgencasse eingelöste Summe von Staatspapieren noch als ein Theil der gesammten Schuld aufgeführt, weshalb man die ganze und die noch nicht getilgte Schuld

(unredeemed debt) sorgfältig unterscheiden mußte. Von 1828 an wird nur noch die nicht getilgte eigentliche Schuld in den Rechnungen aufgeführt.

- (b) Dieß zeigt sich besonders, wenn man Obligationen nach dem Kurse einlöst und ausgiebt. In Großbritannien wurden 1793 — 1813 für 14 Mill. £. weniger Obligationen eingelöst, als man, nach dem Preise der contrahirten Anleihen, für gleichen Betrag zu verschreiben genöthigt war. In Frankreich entstand ein Verlust von 105 Mill. Fr. am Schuldstamme daraus, daß man im Durchschnitte jeden Franken Rente für $18\frac{3}{4}$ Fr. zurückkaufte und zugleich bei den neuen Rentenverkäufen nur $15\frac{3}{4}$ Fr. dafür erhielt. Marshall, II, 212. — de Gasparin et Reboul, S. 45.

§. 522.

Demnach erscheint eine freiere Tilgungsweise im Gegensatz des strengen Tilgplanes als zweckmäßiger. Sie kann nach folgenden Regeln angeordnet werden.

1) Alle getilgten Obligationen werden sogleich als erloschene Forderungen behandelt und in der Berechnung des Zinsbedarfes nicht mehr berücksichtigt.

2) Nur die Summe, welche jährlich aus den Staatseinkünften neben der Bestreitung der anderen nöthigen Ausgaben zur Tilgung übrig bleibt, wird für dieselbe verwendet. Kann man auch bei sorgfältiger Sparsamkeit nichts für diesen Zweck erübrigen, oder wird es sogar nothwendig, noch zu borgen, so steht die Tilgung still. Man muß aber diese Unterbrechung zu vermeiden suchen und nur gebieterischen Umständen nachgeben.

3) Die Festsetzung eines gewissen Tilgebetrages im Voranschlage wird hierdurch nicht ausgeschlossen, sie ist vielmehr rathsam, wenn man vermuthen kann, daß kein Ausfall eintreten werde. Man thut daher wohl, eine gewisse Regel für die Tilgung aufzustellen und ohne Noth nicht von ihr abzuweichen. Für jede Statsperiode wird hierdurch der Gang der Tilgung vorgezeichnet und bestimmt, wie die ersparten Zinsen zu verwenden seien, nämlich zum rascheren Tilgen oder zu anderen Ausgaben oder zum Nachlaß von Auflagen. Erscheint beim Abschlusse der Rechnungen noch ein weiterer verwendbarer Ueberschuß, so kann er zur Beschleunigung des Tilgeschäfts beigezogen werden (a).

- (a) In Baden wird auf je 2 Jahre der Tilgungsplan festgesetzt. Man hat seit 1820 die Regel anhaltend befolgt, 1) den jährlichen Tilgebetrag um 5 Proc. der im vorhergehenden Jahre getilgten Summe

zu vermehren, was seit der Erniedrigung des Zinsfußes sogar mehr ausmacht als die ersparten Zinsen, 2) für jede Vermehrung der Schuld sogleich jährlich $\frac{1}{2}$ Proc. ihres Betrages zur Tilgung anzuweisen. $\frac{1}{2}$ Proc. bei einem Zinsfuße von 5 Proc. tilgt in etwas mehr als 48 Jahren den Stamm. Alle älteren und neueren Schultheile werden jedoch zusammengeworfen. Beispiele aus dem Voranschlage für 1846 u. 1847.

1845 waren budgetmäßig getilgt worden	478 695 fl.
Hierzu $\frac{1}{2}$ Proc. für 50 470 fl. neu überwiesene Schulden	252 fl. 21 fr.
also ganze Tilgung	478 947 fl. 21 fr.
Hierzu 5 Proc. geschlagen	23 947 „ 22 „
also Tilgebetrag für 1846	502 894 fl. 43 fr.
Hierzu abermals 5 Proc.	25 144 „ 44 „
folgt Tilgung für 1847	528 039 fl. 27 fr.

Für die Eisenbahnschuld wird im Anfange auch $\frac{1}{2}$ Proc. jeder Anleihe ausgesetzt, dann aber jährlich 6 Proc. der vorjährigen beigelegt. — In Baiern wurde 1831 — 1837 der Tilgebetrag auf $\frac{1}{2}$ Proc. der Schuld gesetzt, welches 878 000 fl. ausmachte.

§. 523.

Welcher Theil der ganzen Schuld bei der Entwerfung eines Tilgeplanes als jährlicher Tilgungsbetrag anzusetzen sei, darüber kann keine allgemeine Regel aufgestellt werden (a), vielmehr hat man sich nach den Umständen zu richten, und zwar vorzüglich 1) nach der Steuerefähigkeit der Bürger und dem jedesmaligen Bedarfe für die Ausgaben der Staatsverwaltung, 2) nach der Größe der Schuld, weil, je höher dieselbe ist, und je später daher auch bei günstigen Zeitverhältnissen ihre gänzliche Abtragung zu erwarten ist, desto nachdrücklicher auf ihre Verminderung hingewirkt werden sollte.

So lange als im Plane keine Veränderung eintritt, muß bei dem Fortrücken der Tilgung die jährlich dazu verwendete Summe, selbst wenn sie nicht durch Zinssparungen verstärkt wird, eine immer größere Quote werden (b). Schon die Schwierigkeit, die es den Gläubigern verursacht, die großen jährlichen Tilgungssummen unterzubringen, giebt aber einen Beweggrund, die Fortschreitung in den jährlichen Abzahlungen langsamer zu machen oder ganz zu hemmen (c).

(a) v. Gönner a. a. O. S. 67 glaubt, man brauche nicht über 1 Proc. jährlich zu verwenden und es könnte auch schon $\frac{1}{2}$ Proc. hinreichend sein. Preuß. Ges. v. 21. Jan. 1820: 1 Proc. jährlich.

(b) Wenn bei neu hinzukommenden Schulden nur die anfängliche Quote zur Tilgung angewiesen wird, so entsteht hieraus eine Verzögerung

capitale von Pfarrstellen und Zuschuß an Pfarr- und Schuldienste	2 489 222
10) Besondere Schuldposten, bei denen zum Theil der Zins nicht herabgesetzt werden konnte (Passiv- Capitalbuch)	150 316
11) Domanialgrundstockguthaben, verzinslich	1 394 486
12) Zollunterstützungsfond	307 806
13) Freiwill. Anleihe von 1849 zu 5 Proc. (1851 auf- gekündigt oder auf $4\frac{1}{2}$ Proc. herabgesetzt)	776 100
14) Verschiedene andere Posten	449 132
Zusammen	20 798 830
Hievon geht das ausstehende Vermögen und der Cas- senvorrath ab (Activstand) mit	6 819 859

Also reine Schuld . . . 13 978 971 fl.

Die Verzinsung kostete 1850 552 324 fl., die Tilgung 610 676 fl. oder $4\frac{3}{4}$ Proc. Hiezu kommen 12 Millionen, welche aus Domainen-
verkäufen und Ablösungen zur Schuldentilgung verwendet wurden
und in den Rechnungen als unverzinsliche Schuld an den Grund-
stock, d. h. an das Domanialvermögen, aufgeführt werden, s. S. 99
(b). Unter den Activen befanden sich $2\frac{1}{2}$ Mill., welche der Haupt-
staatscasse vorgeschossen waren, als Anticipation. Die reine Schuld
hatte 1841 ihren höchsten Stand mit 18 305 000 fl.

II. Eisenbahnschuld zu Ende 1850 32 816 266 fl., Zinsenbe-
darf 1 201 365 fl., Tilgung 218 779 fl.

Baier. Die abwechselnd gestiegene und durch Abzahlungen
verminderte Schuld des Kurfürstenthums belief sich 1727 auf 26
Mill. fl., die man mit einem jährlichen Aufwande von 840 000 fl. in
36 Jahren zu tilgen beschloß. Die Ausführung gelang aber nicht.
1749 setzte man 722 000 fl. jährlich zur Abtragung der damaligen
34 Mill. neueren und 6 Mill. älteren Schulden aus, und nachdem
der 7jährige Krieg eine Verzögerung bewirkt hatte, wurde bis 1777
die neuere Schuld auf 9 Mill. herabgebracht. 1780 war dieselbe auf
19 Mill. gestiegen, 1793 wieder auf 12 Mill. erniedrigt. Die Wir-
kung der Kriege war eine Erhöhung bis 118 Mill. im Jahre 1811,
worunter 19 Mill. Zahlungsbreste aus dem ordentlichen Staatsdienste.
1818 berechnete man die Schuld auf 98 699 000 fl. Stamm und 2
Mill. fl. Zinsrückstände, 1825 auf 110 337 274 fl. Hiezu traten in
der Periode von 1825—31 nicht bloß an 9 Mill. liquidirte und ein-
gewiesene ältere Schulden, sondern auch 6 400 000 Anleihen zur
Deckung des Ausfalls in der Periode von 1819—25, ferner 11 Mill.
568 910 fl. Anleihen der Pensionscasse, S. 518 (d), da aber auch fort-
währende Abzahlungen geschahen, so bestand die ganze Schuld am
1. Oct. 1832 ohne die Rückstände aus 129 138 518 fl. Dagegen be-
saß die Schuldentilgencasse auch ein Activvermögen von 16 602 773 fl.,
wovon indeß das Guthaben von 12 682 014 fl. an die Pensions-
amortisationscasse abgezogen werden mußte, weil dafür diese Casse
eine gleich große (freilich aus eigenen Mitteln zu tilgende) Schuld
hatte. Nach Abzug der anderen activa mit 3 920 759 fl. bleibt ein
reiner Schuldenstand von 125 217 759 fl. — Tilgebetrag von 1831
—37: 878 000 fl. Material bei v. Mussinan, Geschichtl. Uebers.
und Darstellung des baier. Staatsschuldenwesens, 1831, und Ver-
handlungen der 2. Kammer von 1834. Beil. I, 183—280. II, 78—
194. — 1835 war die reine Schuld g. 126 Mill., 1844 beinahe 121





oder $891\frac{1}{2}$ Mill. fl. = 882,⁶ süddeutsche fl. Hier fehlt der Anschlag der Leibrenten, ferner der zu verschiedenen Bauwerken aufgenommenen Summen, welche 464 000 fl. Zins und Tilgung kosten.

Oesterreich. Erst in den letzten Jahren ist das Schuldenwesen genau bekannt geworden, doch reicht die amtliche Angabe nur bis zum Juni 1848. Damals war die nicht getilgte Schuld 1035·772 622 fl. oder auf 5 Proc. reducirt 913·872 775 fl., wovon aber noch 73·478 920 fl. abzuziehen sind, weil die ältere in W.W. verzinsliche Schuld nur auf $2\frac{1}{2}$ Proc. reducirt ist. Rest 1029·867 000 fl. des 24 fl. Fußes = 27,³ fl. a. d. R. Hierzu kam 1849 die Anleihe von 71 Mill. fl. und die Ausgabe von Cassenanweisungen, Reichsschatzscheinen u. dgl., sowie die italienische Zwangsanleihe, zusammen wenigstens 260 Mill. fl., so daß die Schuld zu Anfang 1851 nicht unter 1100 Mill. = 1347 $\frac{1}{2}$ Mill. des $24\frac{1}{2}$ fl. F. ausmacht. Tilgung u. für 1849 an 17 Mill. — Beiträge zur älteren Geschichte des österr. Schuldenwesens enthält André, Neue Zahlenstatistik, 1823, S. 223.

Portugal hat ein zerrüttetes Finanzwesen, eine große Schuldenlast, ein im Kurse gesunkenes Papiergeld. Die Schuld wurde 1845 im Nennbetrage auf 84 132 Mill. Mil reis angegeben, welches (neuerdings 9000 M. r. auf die köln. Mark gerechnet) 229 Mill. fl. giebt. Dem Kurse nach ist die Sch. weit kleiner, allein ihr Nennbetrag ist seitdem auch noch ansehnlich gewachsen.

Preußen. Die Schuld war
 1797 bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. 48·054 903 rl.
 1806, Schluß des Jahres 53·494 913
 Die schwierigen Verhältnisse von 1806—19 verursachten einen Aufwand von 287 $\frac{1}{2}$ Mill. rl., wovon 122 Mill. durch Vermehrung der Schulden gedeckt wurden. Hierzu kamen die Schulden der neu erworbenen Landestheile, 67·873 000 rl., während 4·407 000 rl. für die 1807 abgetretenen Lande abgehen. So ergibt sich folgende Zahl:
 1820 mit Einrechnung von 25·914 000 rl. Provinzialschulden 217·248 761
 1843 150·103 434

In dem Zeitraum von 1820—1843 sind von der Hauptverwaltung der Schulden 67·872 083 rl., meistens 4 proc. Schuldposten, getilgt worden, in den ersten 12 Jahren im D. um einen Ankaufspreis von $91\frac{1}{2}$, in den letzten 10 Jahren zu 95. Es wurden hiezu 38·610 547 rl. Verkaufs- und Ablösungsgelder von Domänen verwendet, deren Anlegung zur Schuldenverminderung 1·663 256 rl. Zins ersparte. Die gleichzeitige Abnahme der Domäneneinkünfte beträgt nach genauer Berechnung nur 998 180 rl. (Bergius, Zust. S. 100.) Der Schuldenstand zu Anfang 1851 war 182·618 000 rl., außerdem 642 594 rl. jährlicher Leistungen, die zum Theile abnehmen und auf $11\frac{1}{2}$ Mill. Capital angeschlagen sind, ferner ein ungedeckter Ausfall von 34 Mill. rl., und die zum fortbauenden Umlauf bestimmten 10 Mill. rl. Darlehn-Cassenscheine, also zusammen 238 Mill. rl. = 416,⁵ Mill. fl. — Im U. für 1849, welcher erst durch Ges. v. 11. März festgestellt wurde, ist für die Tilgung 2·555 000 rl. bestimmt

= 1,⁵ Proc. der Schuld v. 162 Mill. rl. zu Anfang 1849. Vgl. Die preuß. Staatsschulden, Münster 1842. — Bergius, Preuß. Zustände, 1844, S. 89—110.

Rußland (ohne Polen), dessen Schuld erst unter Katharina II. entstand. Stand zu Anfang des Jahres 1849:

1) Terminschulden, d. h. mit einer bestimmten Frist für die gänzliche Abzahlung	
a. auswärtige, in Holland aufgenommene,	63·821 000 fl. = 36·377 970 R.
b. inländische	55·979 029
2) Rentenschulden	234·318 854
ganze verzinsliche Schuld	326·675 853
3) Papiergeld, R. Creditbilletts, nebst einem Rest von Assignaten und Depositenbilletts .	321·840 740
zusammen Silber-Rubel	648 ¹ / ₂ Mill.

Zieht man die zur Deckung und Einlösung des Papiergeldes dienenden 117 Mill. R. Münze und Barren und 29³/₄ Mill. Staatspapiere ab, so bleiben als reine Schuld 501¹/₂ R. = 947 Mill. fl., = 17,⁵ fl. a. d. R. ohne Polen, Finnland, Sibirien und Transcaucasien. Bei den meisten auswärtigen Anleihen ist 1 Proc. jährlich zur Tilgung bestimmt, bei der ersten engl. Anleihe von 1820 2 Proc., bei der ersten 4 proc. Anleihe von 1840 (Hope) sogar 2¹/₂ Proc.

Sachsen, 1850 22·433 000 rl. nebst 7 Mill. Cassenbilletts.

Sachsen-Altenburg, 1850 1·152 247 rl., Tilgung 12 000 rl. = 1,⁰⁴ Proc.

Sachsen-Koburg, 1850 1·569 000 fl., Tilg. = 2,²² Proc.

Sachsen-Gotha, 1850 2·608 738 rl., Tilgung 38 552 rl. = 1,⁴⁷ Proc.

Sardinien, Anfang 1850:

Ältere Schuld	5·336 393 Fr. Rente
1848 u. 49 hinzugekommen	13·771 680 „ „

Zusammen 19·108 073 Fr. Rente zu 5 Proc, also die Sch. 382 Mill. Fr., wobei die im Besiz der Tilgecasse befindlichen 4²/₃ Mill. Renten schon abgezogen sind.

Spanien gehört unter die am tiefsten verschuldeten Staaten. Hierzu trugen nicht bloß schwere Kriege seit dem Anfange der französischen Revolution und innere Umwälzungen, sondern auch schlechte Verwaltung des Finanzwesens von der Regierung Karls IV. an bei. Verschiedene Versuche, die Verwirrung zu lösen, hatten keinen Bestand. Die Schuld zu Anfang des J. 1850 wird mit Einschluß der unbezahlt gebliebenen Zinsen auf 12 531 Mill. Re. angegeben, ohne 2425 Mill. die noch in der Liquidation begriffen sind, zusammen 14 956 Mill. Realen = 1832 Mill. fl. (nach dem neuen Münzfuß, 10 Piafter auf die köln. Mark). — Eine neue Regulirung des Schuldenwesens wurde 1851 beabsichtigt, aber wieder vereitelt durch die Auflösung der Cortes. Nach Borrego (Der Nationalreichtum, die Finanzen, die Staatsschuld des R. Spanien, deutsch von Kottkamp, 1834. S. 50.) wäre die Sch. zu Ende des J. 1833 gewesen

1) Verzinsset a. liquidirt	12 064 Mill. Realen
b. nicht liquidirt	3 800 „ „
	15 864 Mill. Realen
2) nicht verzinsset a. Rückstände	10 148 „ „
b. schwebende Schuld	1 895 „ „
	27 908 Mill. Realen

Die auf auswärtige Börsen kommenden Schuldbriefe sind: 1) 5 procentige (Ardouins), deren Zinsen stocken, 2) 3 proc. innere Schuld, 3) 3 proc. auswärtige, 4) passive, 5) ausgestellte Schuld, s. S. 517.

Württemberg. Schuld am 30. Juni 1832 27 290 000 fl., 1844 21 846 452 fl., 1850 gegen 49 Mill. fl., wovon gegen 22 Mill. für die Eisenbahn, Rest g. 27 Mill., Tilgung 1848 $\frac{1}{2}$, 420 000 fl.

Die Schuld beträgt auf den Kopf der Einwohner:

350 fl. Großbritannien	35, ²⁹ fl. S. Koburg
277 Niederlande auf 4 Proc.	30 Nordamerica
red.	27, ³ Sachsen
196 Röhren	26 Preußen
136 Spanien	25, ⁸ Mecklenb. = Schwerin
100 Portugal	24, ⁷⁷ Baiern
72 Frankreich	17, ⁷ Hannover
71, ³ Dänemark	17, ⁵ Rußland
42, ⁷ S. Gotha	15, ² S. Altenburg
37, ⁷ Belgien	15 Württemberg
36, ⁷ Sardinien	10, ²⁷ Baden
36 Oesterreich	8, ⁶ Großh. Hessen.

Ähnliche Zusammenstellungen u. a. bei v. Reden, Handels- und Gewerbsgeographie, 1844, S. 578, u. Eikaweg-Oberhauser a. a. O., wo für ganz Europa 25 703 Mill. fl. 20 fl. F. und 98 fl. auf den K. gerechnet sind. Die Zahlen bedürfen jedoch mancher Berichtigung und die Vergleichung mit dem Flächenraume der Länder ist am wenigsten fruchtbar. Der Ausschlag auf den Kopf ist nützlicher, als jeder andere, doch keineswegs so maßgebend, als man bisweilen glaubte, denn es wird derselbe Betrag bei ungleichen Preisen der Münzmetalle, ungleicher Wohlhabenheit und Verzinsung in mehreren Ländern sehr verschiedene Belastung hervorbringen, wozu ferner die obigen Bemerkungen über die Ausmittlung der Schuld selbst zu erwägen sind.

§. 524.

Was die Tilgungsart der Schuld betrifft, so ist

I. bei den Staatsschuldbriefen zwischen der Heimzahlung (remboursement) nach dem vollen (Nenn-) Betrage und dem Einkaufe der Schuldburkunden nach ihrem Börsenpreise (Rückkauf, rachat) zu wählen. Bei Obligationen, die man nach einem niedrigeren Kurse ausgegeben hat, erscheint der Darleiher als Käufer einer Rente, die bloß zur Bezeichnung des Zinsfußes, und um das maximum des Einlöschungspreises auszudrücken, als Zins eines Nennbetrages dargestellt wird, und es ist natürlich, daß die Regierung in gleicher Weise die Schuldbriefe wieder einzieht. Dieselbe hat gegen die Inhaber solcher Obligationen keine Verpflichtung zur Heimzah-



wurde aber durch Gef. v. 20 und 27. Nov. und 4. Dec. 1849 bis auf 3701 141 Fr. in 3 proc. Renten annullirt, nachdem sie schon mehrere Jahre anderweitig verwendet worden war.

§. 525.

Ist man in der Wahl der rückzukaufenden Obligationen ungebunden, so muß man diejenigen vorziehen, deren Einkauf am vortheilhaftesten ist. Dieß hängt zunächst von dem jetzigen Kurse der verschiedenen Obligationen ab (a). Doch muß man auch zugleich die Wahrscheinlichkeit des baldigen Steigens der verschiedenen Arten von Schuldbriefen, wodurch der Einkauf derselben späterhin immer mehr erschwert wird, berücksichtigen. Bei den Papieren von niedriger Verzinsung hat eine solche Curs-erhöhung den weitesten Spielraum, weshalb immer nach den Zeitumständen und nach den Erfahrungen der jüngstvergangenen Jahre zu beurtheilen ist, ob ein solches Steigen wahrscheinlich und daher der Rückkauf einer minder wohlfeilen Art von Schuldbriefen rathsam ist.

(a) Stehen z. B. die 3proc. zu 96, die $3\frac{1}{4}$ proc. zu 98, so ist es für den Augenblick nützlicher, diese zu kaufen, weil dann eine Summe von 10 000 fl. eine Rente von 331,⁰² tilgt, in 3 Proc. angelegt aber nur von 312,⁵, also 19,¹ fl. weniger.

§. 526.

Hat man Anleihen ohne Verschreibung eines höheren Nennbetrages abgeschlossen und die Heimzahlung innerhalb einer bestimmten Zeit versprochen, so versteht es sich, daß die Tilgung nur in der verheißenen Weise zulässig ist. Aber auch in den Fällen, wo kein Zahlungsversprechen vorliegt, ist die Bezahlung des vollen Betrages im Allgemeinen zweckmäßig und empfehlenswerth. Benutzt die Regierung einen niedrigeren Kurs zum Rückkaufe, so bestärkt sie die Gläubiger in deren Besorgnissen, schwächt ihren Credit und erschwert sich künftige Anleihen, tilgt sie aber nach dem Nennbetrage, so bringt sie ein Steigen des Kurses zu Wege. Dieses verdient daher bei einer nicht übergroßen Schuldenlast und bei einem nicht viel gesunkenen Kurse den Vorzug, zumal da man voraussetzen kann, daß ein beträchtlicher Theil der Obligationen, z. B. in den Händen der Stiftungen und Corporationen, noch nicht verkauft worden ist, weshalb

dann die ursprünglichen Gläubiger oder ihre Erben vor dem Verluste bewahrt bleiben, den ihnen der Verkauf um einen geringeren Preis zufügen würde.

§. 527.

Das Schuldenwesen eines Staates kann, wie mehrere Beispiele zeigen, durch unglückliche Verhältnisse und fehlerhaftes Verfahren in eine Lage gerathen, die das Betreten des in §. 526 angegebenen Weges unmöglich macht, wenn nämlich 1) der Kurs so weit herabgegangen und die Schuldenmasse so groß ist, daß man das zur vollen Heimzahlung erforderliche Opfer nicht zu bringen vermag, 2) wenn der niedrige Kurs so lange angehalten hat, daß muthmaßlich die meisten Obligationen an andere Eigenthümer gelangt sind und mehrere Besitzer nach einander einen Theil des aus der Kurserniedrigung entstandenen Verlustes getragen haben. Die Heimzahlung, wenn sie ausführbar wäre, würde den Kurs erhöhen, wobei viele der gegenwärtigen Besitzer einen unverdienten Gewinn machten, weil sie die Schuldbriefe erst kürzlich um geringeren Preis an sich gebracht hätten. Diese beiden Voraussetzungen treten im stärksten Maaße dann ein, wenn auch die Zinszahlungen längere Zeit unterbrochen waren. Der künftige Kurs der Schuldbriefe hängt in einem solchen Falle von dem Verhalten ab, welches man in Hinsicht auf das Wiederanfangen der Zinszahlungen eingeschlagen hat, §. 517. Der Rücklauf verletzt Niemand, weil er auf dem freien Willen des Verkäufers beruht, auch könnte der Schaden, den viele Stocksinhaber erlitten haben, auf keine Weise ersetzt werden (a), und es thut vor Allem Noth, darauf hinzuwirken, daß für die Zukunft die Staatsgläubiger vor ähnlichen Beschädigungen bewahrt werden. Wenn man einen den gegenwärtigen Kurs der Obligationen etwas übersteigenden Preis derselben gesetzlich feststellte, d. h. ihn zum Nennbetrage der Schuld erklärte und die ihm entsprechende Verzinsung in regelmäßigen Gang setzte, so hätte diese Maaßregel eher als der einfache Rücklauf um den jedesmaligen Kurs den Charakter eines Staatsbankerottes (§. 516), allein auch sie ließe sich recht-

fertigen, weil nämlich der eigentliche Bankerott schon früher erfolgt wäre und ein Ersatz für die Verletzten als unmöglich erschiene. Es kommt hierbei soviel auf die gegebenen Umstände an, daß man nur die allgemeine Regel aufstellen kann, es solle wenigstens von jetzt an kein Staatsgläubiger mehr verkürzt und die gestörte Ordnung wieder hergestellt werden.

(a) Ausgenommen etwa Gemeinden und Stiftungen. Schuldbriefe auf Namen geben ebenfalls Gelegenheit, zu erkennen, wer dieselben während der Verwirrung behalten hat.

§. 528.

Bei der Heimzahlung ist noch zu untersuchen, nach welcher Reihenfolge man die einzelnen Obligationen zu tilgen habe.

1) Ist der Zinsfuß derselben ungleich, so macht man mit denen den Anfang, welche die höchsten Zinsen tragen, u. s. f., es wäre denn, daß rechtliche oder politische Gründe es nöthig machten, einzelne höher verzinsliche Schuldposten länger stehen zu lassen.
2) Unter den Obligationen, welche gleichen Zinsfuß haben, kann der Vorzug der früheren Tilgung bestimmt werden a) durch die Anmeldung einzelner Gläubiger, die vor den übrigen heimgezahlt zu werden wünschen; b) sodann, wenn man mehr Tilgungsmittel hat, als die Anmeldungen betragen, durch das Loos, indem jährlich eine gewisse Anzahl von Nummern gezogen und den Besitzern der entsprechenden Schuldbriefe aufgegeben wird, die Zahlung nach einer gewissen Zeit, z. B. nach 3 Monaten, in Empfang zu nehmen; c) nach dem Alter der Obligationen, wobei aber unter denen, die gleiches Datum haben, wieder das Loos entscheiden muß. Der Nutzen dieses Verfahrens besteht hauptsächlich darin, daß nicht, wie bei der allgemeinen Verloosung b) stets alle Stockbesitzer in Besorgniß gesetzt werden, vielleicht an die Reihe der Heimzahlung zu kommen (a).

(a) Mohl in Rau, Archiv I, 43.

§. 529.

II. Auch die Einziehung eines stark gesunkenen Papiergeldes gehört unter die Maaßregeln der Schuldentilgung. Wie groß immerhin die Nachtheile sein mögen, die aus der allmäligen

- (b) Beispiel: Die Umwechslung der Wiener Banknoten gegen Einlösungsscheine im Jahr 1811, wobei jene zu 20 Proc. ihres Nennbetrages angenommen wurden, I, S. 215. Dieß hatte jedoch nicht den erwarteten Erfolg, denn man vermochte das neue Papiergeld (Einlösungsscheine) nicht in Pari zu erhalten. (Ähnlich in China 1288 das Ausgeben der Tschu-juen-tschao, welche der 5fachen Menge der Kiao-tschao von 1260 gleich galten; s. Natalis Rondot in Journ. des Econ. a. a. D.) — Die neueren Maaßregeln von 1816 an gaben den Besitzern von Einlösungsscheinen eine so vortheilhafte Gelegenheit, dieselben anzuwenden, daß ihr Cours, der bis 355 gesunken war, wieder stieg, vorübergehend bis 220 kam und dann zu 250 festgestellt wurde.
- (c) So in Rußland, wo der Cours der Bankassignaten gegen Silber auf 350 stehen geblieben ist, und in Oesterreich bei dem Course der Einlösungsscheine von 250.
- (d) In Oesterreich konnte man gewisse Summen von Papiergeld und älteren Staatsobligationen in einem bestimmten Verhältniß gegen neue Schuldbriefe und Bankactien umwechseln (I, S. 116), z. B. nach dem Ges. v. 29. Oct. 1816 1000 fl. in Einlösungsscheinen (W.W.) welche $310\frac{1}{2}$ fl. in Silber galten, und 1000 fl. in 5proc. Obligationen, deren Zins auf die Hälfte herabgesetzt und in Einlösungsscheinen zahlbar war, gegen 1000 fl. in neuen, zu 5 Proc. in Silber verzinslichen Obligationen, wobei also die Staatsgläubiger sehr gewannen. — Das k. Patent v. 15 Mai 1851 enthält den Anfang der zur Verbesserung des Geldwesens zu ergreifenden Maaßregeln, nachdem seit dem März 1848 die Banknoten und das neue Staatspapiergeld bedeutend, bis unter $\frac{1}{4}$ des Nennpreises, gegen Silber gesunken waren. Das Staatspapiergeld soll nicht über 200 Mill. fl. vermehrt werden (es beträgt noch nicht so viel), und die Bank soll zu Vorschüssen an den Staat keine Vermehrung ihrer Noten vornehmen.

Viertes Buch.

Ueberblick der äußeren Einrichtung des Finanzwesens.

I. Abschnitt.

Behörden und Aemter im Finanzwesen.

§. 530.

Die Finanzorganisation, d. h. die Art und Weise, wie die Finanzgeschäfte unter verschiedene Behörden und Beamte vertheilt, wie die Wirkungskreise und Unterordnungsverhältnisse dieser Dienststellen festgesetzt werden sollen, ist bisher viel weniger zum Ziele wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden, als die in den drei ersten Büchern dargestellten Grundsätze zur Erreichung der einzelnen Zwecke (a). Auch lassen sich für den erstgenannten Gegenstand nicht viele ausführliche und allgemein gültige Regeln aufstellen, weil die Anordnung der Organe zur Vollziehung der Finanzgeschäfte sehr von dem Umfang und der Beschaffenheit derselben in jedem Lande abhängt, weshalb die Vergleichung mehrerer Staaten große Verschiedenheiten erkennen läßt. Man kann in diesem Gebiete nicht leicht die eine Einrichtung für allein zweckmäßig, die andere für ganz verwerflich halten, vielmehr muß man in vielen Fällen sich begnügen, die Vorzüge verschiedener Anordnungen gegen einander abzuwägen, wobei man anzuerkennen hat, daß jede derselben durch Gewöhnung und Geschicklichkeit der Beamten, und in Verbin-



das Postwesen e) für das Steuervwesen (b), und insbesondere noch für das Zollwesen.

3) Provincialbehörden, Finanzkammern, einem größeren Landestheile (Provinz, Regierungsbezirk, Kreis im Sinne der süddeutschen Staaten, Departement 2c.) vorgesetzt und hauptsächlich durch schriftliche Berichte, Anfragen und Verfügungen mit den unteren Stellen in Verbindung stehend;

4) oberste Landesbehörden, und zwar a) besondere, für einzelne Zweige des Finanzwesens, Centralstellen, Generaldirectionen (c), b) eine allgemeine, den ganzen Staatshaushalt überblickende und regelnde Oberbehörde, das Finanzministerium.

(a) Daneben kann es noch Lotto-, Stempel-, Tabaks- 2c. Beamte geben.

(b) Hierbei findet die Verschiedenheit statt, daß hie und da, z. B. in Baiern, die Schatzungen mit den Domänen verbunden den Rentämtern übertragen und daneben Aufschlagsämter für die inneren Aufwandssteuern errichtet sind, dagegen z. B. in Baden beide Steuergattungen von den Obereinnehmereien besorgt werden.

(c) Die Benennungen der Behörden und der in ihnen angestellten Beamten bedürfen in Deutschland noch mancher Verbesserung. Diese Namen und Titel sollen kurz, bestimmt, bezeichnend und wo möglich deutsch sein. Die geschmacklosen fremden Ausdrücke verschwinden allmählig. B. L. von Seckendorf (Deutscher Fürstenstaat) handelt im 4. Cap. des III. Theils „von Bestellung der fürstlichen Kammer“ und versteht darunter die oberste Finanzbehörde. In Dänemark haben sich die Ausdrücke Rentekammer und Zollkammer erhalten.

§. 533.

Die beiden ersten Classen von Finanzstellen sind die ausführenden und vollziehenden, die beiden letzten die aufsehenden und leitenden. Sene sind zwar unter einander in so ferne verschieden, als bei einigen Zweigen von Einkünften dem Beamten eine freiere Bewegung gestattet ist, während er in anderen an bestimmte und unabweichliche Vorschriften gebunden werden muß, indeß ist doch bei ihnen durchgehends die That vorherrschend, bei den oberen dagegen die Prüfung, Ueberlegung und Beschlußfassung. Daher eignen sich die beiden unteren Classen zur Verwaltung durch einzelne Beamte mit den nöthigen untergebenen Gehülfsen (a), die höheren zur Collegialverfassung, §. 70. Gegen diese kann zwar, außer der Umständ-

lichkeit, Verzögerung und größeren Kostbarkeit, noch der Umstand geltend gemacht werden, daß bei jedem Gegenstande nur der denselben vortragende und fortwährend im Auge haltende Rath (Referent, Respicient) ganz eingeweiht ist. Indes trägt die Theilnahme anderer, wenigstens im Allgemeinen unterrichteter Ráthe sehr viel zur Reife und Umsicht in den Entschlüssen bei und es ist leichter möglich, die Geschäfte nach gleichförmigen Grundsätzen zu erledigen, auch ungeachtet des Wechsels der Personen bei jedem Gegenstande gleiche Zwecke zu verfolgen, als bei der Bureauverfassung, zudem läßt sich in den Respiciaten eine Reihenfolge einführen, so daß Jeder in allen Theilen des Geschäftsgebietes einheimisch wird. Am besten ist eine solche Verschmelzung beider Formen, daß einfache Maaßregeln des Vollzuges und Dinge, die nach besonderen Kunst- (technischen) Regeln zu beurtheilen sind, dem Respicienten allein überlassen werden, ohne der gemeinsamen Berathung zu bedürfen.

(a) Eine Abweichung hievon ist im Zollvereine die collegialische Verfassung der Hauptzollämter, deren jedes 3 Beamte hat.

§. 534.

Es ist streitig, ob man wohl thue, mehrere Zweige des Finanzwesens in dem Wirkungskreise von Provincialbehörden (Finanzkammern) zu vereinigen, oder ob es besser sei jedem Hauptzweige sein eigenes Behördensystem anzuweisen und ihn demnach einer besonderen Oberbehörde unterzuordnen (a). Letzteres ist bei einigen Gegenständen, die viel Eigenthümliches und wenig Zusammenhang mit anderen Objecten der Verwaltung haben, wie bei dem Post- und Zollwesen, gemeiniglich geschehen, öfters auch beim Bergwerks-, Hütten- und Forstwesen; dagegen hat man die Domänen- und Steuerverwaltung meistens den Provincialbehörden zugetheilt, die in mehreren Staaten auch mit der Leitung der Forstwirthschaft innerhalb ihres Bezirkes beauftragt wurden (b). Hat ein Staat eine solche Größe, daß des bequemen Geschäftsganges willen zwischen den Bezirksstellen und den Oberbehörden noch Mittelstellen eingeschaltet werden müssen, so ist in denselben die Verbindung der Domänen- und

unterworfen werden. Die letztere Einrichtung, nach welcher das Ministerium eine geringere Zahl von Råthen enthält, ist zwar wegen des schriftlichen Verkehrs mit den Centralstellen etwas umständlicher, befördert aber das reife Durchdenken jeder Entscheidung und erleichtert sowohl die Verständigung als die Durchführung bestimmter allgemeiner Grundsätze in dem Ministerium. Die Zahl der Sectionen oder Centralstellen muß nach dem Umfange der Geschäfte bemessen werden, weil in kleineren Staaten, oder wo gewisse Einnahmequellen einfach zu verwalten sind, mehrere derselben zusammengefaßt werden können, z. B. das Forstwesen mit den landwirthschaftlich benutzten Domänen und den Gefällen. Die obere Postbehörde hat man wegen der häufigen Verhandlungen mit anderen Staaten öfters dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten untergeben. Ein Theil der Finanzgeschäfte, nämlich der Aufwand für verschiedene Zweige der Staatsverwaltung und die mit diesen Ausgaben zusammenhängenden Nebeneinkünfte werden nicht von dem Finanzministerium, sondern von den anderen Ministerien geleitet, denen deshalb ein finanzkundiges Personal beigegeben werden muß.

§. 536.

Es giebt noch einige andere Geschäftsgebiete, für welche nothwendig Oberbehörden unter dem Finanzministerium gebildet werden müssen. Dahin sind hauptsächlich zu rechnen:

- 1) die Schulverwaltung, §. 508;
- 2) die Verwaltung der Hauptstaatscasse, mit welcher alle anderen Cassen in Verbindung stehen;
- 3) die Oberbaubehörde, für die Besorgung der Arbeiten an öffentlichen Gebäuden, oder auch an solchen, zu deren Erhaltung der Staat aus privatrechtlichen Gründen (z. B. wegen des Zehnten) verpflichtet ist;
- 4) die oberste Rechnungsbehörde (Ober-Rechnungskammer, Cour des comptes), welche die Prüfung der Staatsrechnungen in letzter Instanz vornimmt und über die zwischen den Rechnern und der Regierung obwaltenden Rechtsverhältnisse selbstständig entscheidet;

- 5) in großen Staaten die oberste Buchhaltung, welche die Rechnungsergebnisse zur leichteren Uebersicht des ganzen Staatshaushaltes nach verschiedenen Gesichtspuncten zusammenstellt und verarbeitet, auch zu der Entwerfung des Hauptetats (§. 465) gebraucht werden kann, §. 560.

§. 537.

Die im Finanzfache angestellten Personen zerfallen in Hinsicht auf ihre Vorbereitung und den Umfang ihrer Kenntnisse in 3 Classen:

1) **Untere Bediente**, welche zu einfachen Verrichtungen bestimmt sind und hiezu bloß gute Schulkenntnisse, Geschäftsübung und Bekanntschaft mit den in einem einzelnen Theile des Finanzwesens bestehenden Vorschriften nöthig haben, z. B. die Schreiber und neben ihnen auch die Erheber solcher Einkünfte, bei denen die Schuldigkeit schon voraus bestimmt oder leicht zu beurtheilen ist, z. B. der Schatzungen, der Accise, des Weggeldes, der Stempelgebühr, der Lottereeinsätze etc.

2) **Technische Beamte**, die eine eigenthümliche, außer dem Gebiete der Finanzwissenschaft liegende, aus der wissenschaftlichen Betrachtung eines besonderen bürgerlichen Berufs entspringende Vorbildung besitzen müssen (a), z. B. im Landbau, in der Forstwirthschaft, im Bergbau, Salinenwesen, Bauwesen, der Katastermessung u. dgl. Was den Kunstregeln eines solchen Faches gemäß ist, entspricht darum noch nicht immer den finanziellen Zwecken und der vielfältig wahrgenommene Widerstreit zwischen den Technikern und Finanzmännern würde seltener werden, wenn erstere zugleich mit den Grundsätzen der öffentlichen Wirthschaftslehre vertraut wären. Je weniger man dieß voraussetzen kann, desto nöthiger ist, die Techniker mit beigeordneten oder vorgesetzten Beamten von mehrseitiger Ausbildung in Verbindung zu setzen (b).

3) **Wissenschaftliche Finanzmänner**. Der Besitz systematischer Kenntnisse aus dem Gebiete der ganzen bürgerlichen und öffentlichen Wirthschaftslehre, der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Statistik und Rechtswissenschaft ist von aner-

1. A b t h e i l u n g.

Grundzüge des Kameral- oder Rechnungswesens.

§. 539.

Unter einer Rechnung versteht man überhaupt die Verbindung von Zahlen nach arithmetischen Regeln, um daraus irgend ein Ergebniß zu gewinnen, und zwar bedeutet jener Ausdruck theils die Handlung des Verbindens der Zahlen, theils aber die schriftliche Aufzeichnung derselben. Rechnungen in diesem (objectiven) Sinne kommen im wirthschaftlichen Gebiete besonders häufig vor, indem das Vermögen nach seinen Bestandtheilen und Veränderungen leicht nach Zahl und Maaß bestimmt werden kann. Das Kameral- oder Staatsrechnungswesen ist die amtliche Darstellung der Finanzverwaltung in einem zurückgelegten Zeitraume in Zahlen (a). Hierbei erscheinen die arithmetischen Operationen als der leichteste Theil des Rechnungsgeschäftes, dessen Hauptschwierigkeit vielmehr in der deutlichen Anordnung der großen Menge von Zahlenangaben besteht (b). Jede einigermaßen zusammengesetzte Wirthschaft erfordert eine sorgfältige und geordnete Aufzeichnung aller wirthschaftlichen Ereignisse und Verhältnisse mit dem nöthigen Ausdrucke in Zahlen, um dem Gedächtnisse zu Hülfe zu kommen, um dem Eigenthümer des bewirthschafteten Vermögens jederzeit den Stand desselben zu vergegenwärtigen und eine planmäßige, den Wirthschaftsregeln entsprechende Verwaltung zu erleichtern (c). Im Finanzwesen ist die gute Rechnungsführung ein besonders wichtiges Erforderniß, sowohl wegen des großen Umfanges und der Mannfaltigkeit der Vermögenstheile und Ereignisse, als wegen der strengen Verantwortlichkeit, die der Finanzbeamte als Verwalter fremder Güter zu tragen hat. Die Rechnungen dienen daher 1) jede Unredlichkeit oder Nachlässigkeit von Seite der Beamten zu verhüten und die Gewißheit einer guten Verwaltung zu begründen, 2) den Beamten die Anerkennung ihrer Pflichterfüllung zu verschaffen und sie dadurch gegen jeden Vorwurf oder weiteren Anspruch sicher zu stellen (d). Die Kunst

des Staatsrechnungswesens gehört der neueren Zeit an und ist vorzüglich seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts im preussischen Staate, im jetzigen Jahrhundert vorzüglich in Frankreich und Deutschland ausgebildet worden, wozu die landständische Verfassung und die Veröffentlichung der Ergebnisse des Staatshaushaltes beigetragen hat. Theoretisch wurde dieser Gegenstand zuerst von Rechtsgelehrten, in Hinsicht auf das Rechtsverhältniß zwischen dem Rechner und dem Eigenthümer des verrechneten Vermögens (dem Staate) behandelt (e). Erst bei der neuerlichen Vervollkommnung der Finanzwissenschaft wurde auch die gute Einrichtung der Rechnungen im Allgemeinen mehr beachtet (f), und obgleich man sie noch nicht im gleichen Grade, wie den materiellen Theil des Finanzwesens auf feste Grundsätze zurückgeführt, vielmehr gemeiniglich der Praxis überlassen hat, so ist sie doch einer ganz systematischen Behandlung fähig.

- (a) Das Merkmal „amtlich“ dient zur Unterscheidung von Privatarbeiten ähnlicher Art, z. B. den Berechnungen des Statistikers.
- (b) Die Lehre vom Rechnungswesen darf daher nicht mit der politischen oder Staatsrechnenkunst (S. 14.) verwechselt werden, welche sich mit der Lösung eingetretener verwickelter Aufgaben durch arithmetische Kunstmittel beschäftigt.
- (c) Der Einfluß einer guten Verrechnung auf den Vermögenszustand Einzelner wird treffend geschildert von Ch. V. de Bonnstetten, *Pensées sur divers objets de bien public*, Genève, 1815. S. 19 ff. — *La plupart des hommes ne sont ni avares ni prodigues, que parce qu'ils n'ont pas une idée nette de leur fortune et de leurs moyens (et de leurs besoins, sollte man beifügen!). — L'habitude de voir en chiffres ce que l'on dépense et que l'on acquiert, eût empêché le prodigue et l'avare de tomber dans des vices, qui finissent toujours par rendre vil ou coupable.*
- (d) Dieselben Verhältnisse finden bei der Verrechnung des kirchlichen, des Communalvermögens u. dgl. statt, wobei man deshalb die Normen der Staatsrechnungen zum Vorbilde zu nehmen pflegt.
- (e) Schriften von Munoz de Escobar (*De ratiociniis et computationibus administratorum*, 1599 und öfter), Heeser (*De rationibus reddendis earumque revisione*, 1665 u. ö.) und Anderen. Auch bei Claproth (*Grundsätze von der Verfertigung und Abnahme der Rechnungen*, Gött. 1769), Wiedeburg (*Anleitung zur Rechnungswissenschaft*, 1773) und Lange (*Abhandl. vom Rechnungswesen*, Bair. 1776) bildet das eingewebte Rechnungsrecht noch einen beträchtlichen Theil des Inhaltes.
- (f) Ungeachtet der vielen über diesen Gegenstand geschriebenen Bücher ist es doch schwer, sich allein aus denselben zu belehren, weil die meisten Bearbeitungen noch nicht klar, methodisch und vielseitig genug sind. Bemerkenswerth sind:

1. Im Allgemeinen:

- Jung, Anleitung zur Cameral-Rechnungswissenschaft. Leipz. 1786.
 Hornberger, Grundsätze der Kameralrechnungsführung. 1796.
 Eschenmaier, Anleitung zur systematischen Einrichtung des
 Staatsrechnungswesens. Heidelb. 1807. II. B.
 Feder, Handbuch über das Staatsrechnungs- und Cassenwesen.
 Stuttg. 1820. 4. (sehr brauchbar).
 Kiesche, Grundzüge zur zweckmäßigen Einrichtung des Staats-
 Cassen- und Rechnungswesens. Berl. 1821.
 (v. Kleindienst) Ueber Staatsrechnungswesen, München 1823.
 (hauptsächlich schätzbar wegen der angehängten Literatur.)
 Hüffell, Entwurf einer Kameral-Rechnungsordnung. Gießen,
 1834. (Mit besonderer Rücksicht auf standesherrliche Verwaltun-
 gen bearbeitet.)
 Ditmar, Das Staatscassen- und Rechnungswesen. Köln 1844.

2. In Bezug auf einzelne Länder.

- Böhner, Handbuch über das (nämlich preussische) Cassen- und
 Rechnungswesen, 2. Ausg. v. Symanski, Berl. 1824.
 Graaf, Handbuch des Stats-, Cassen- und Rechnungswesens des
 preuß. Staates, Berl. 1831.
 Geret, Materialien z. e. Cassenverwaltungs- und Rechnungsgesetz
 für das Königr. Baiern. München, 1823.
 Reigebauer, Das Cassen- und Rechnungswesen bei der französ-
 ischen Finanz-Verwaltung. 2. Aufl. Hamm, 1826.
 Eine Sammlung aller das französ. Rechnungswesen betreffenden
 Hauptbestimmungen ist aus höherem Auftrage von dem Marquis
 d'Audiffret ausgearbeitet und durch die L. B. v. 31. Mai 1838
 als allgemeine Rechnungsordnung (règlement général sur la
 comptabilité publique) bekannt gemacht worden. Hierzu gehören
 die Aufsätze in d'Audiffret, Système financier I, 275. II, 386.

§. 540.

Der Gegenstand der Staatsrechnungen ist das Staatsver-
 mögen, welches hiebei nach zwei Hinsichten betrachtet werden
 kann:

- 1) nach seinen Bestandtheilen in einem gegebenen Zeitpuncte.
 Viele derselben, insbesondere die unbeweglichen Güter,
 bleiben sich von Jahr zu Jahr meistens gleich, weshalb ihre
 Verzeichnisse und Beschreibungen auf längere Zeit ge-
 braucht werden können, wenn nur jedes Jahr der Zugang
 und Abgang, und zwar dieser mit Einschluß der Werth-
 verringerung (Abnutzung etc.) aufgezeichnet wird. In den
 beweglichen Vermögenstheilen findet ein stärkerer Wechsel
 statt, weshalb eine jährliche Aufnahme und Berechnung
 der vorhandenen Betriebsfonds (§. 88) zur guten Ord-
 nung gehört.

- 2) Nach seinen einzelnen Zu- und Abflüssen, Einnahmen und Ausgaben. Die große Menge der jährlichen wirthschaftlichen Ereignisse bildet den Hauptinhalt der Staatsrechnungen, welche deshalb in Einnahme- und Ausgabe-Rechnungen zerfallen. Nach der Beschaffenheit der eingenommenen und ausgegebenen Dinge unterscheidet man die Geld- und Natural-Rechnungen. Letztere kommen hauptsächlich bei den Staatsgewerben vor, und zwar erscheinen land- und forstwirthschaftliche Erzeugnisse am häufigsten in denselben. Der Zweck, die Ergebnisse der ganzen Finanzverwaltung oder eines gewissen Theils derselben in wenigen Zahlen zusammengedrängt zu sehen, namentlich in die Summe der Einnahmen, der Ausgaben und des Ueberschusses oder Ausfalles, wird da, wo eine Geld- und Naturalien-Rechnung besteht, und wo in dieser verschiedene Arten von Stoffen aufgeführt werden, nicht so vollkommen erreichbar. Man kann zwar, indem man die Naturalien nach einem gewissen mittleren Preissatze in Geld ausdrückt, sich jenen Ueberblick vervollständigen, indeß ist eine solche Zusammenstellung, da sie nichts Thatsächliches ausspricht, kein Bestandtheil der eigentlichen Staatsrechnungen und gehört mehr der Staatsbuchhalterei an, §. 536.

§. 541.

Die Staatsrechnungen sollen die Erkenntniß der wirthschaftlichen Thatsachen (§. 540) durch die Art der Aufzeichnung erleichtern. Die allgemeinsten Erfordernisse dieser Rechnungen sind

- 1) was den Inhalt betrifft, dieselben, welche auch an andere Staatschriften gemacht werden müssen, — Wahrheit, — Vollständigkeit, — gleichmäßige Ausführlichkeit der Angaben, wozu noch eine dem Finanzwesen im höheren Grade eigene Forderung kommt, die Nachweisung, nämlich der zur Rechtfertigung des Rechners dienende urkundliche Beweis von der Richtigkeit solcher Angaben, welche einem Zweifel unterworfen werden könnten.

2) Die formellen Erfordernisse sind aus der Bestimmung des Rechnungswesens abzuleiten, nach welcher mannfaltige Angaben so mit einander in Verbindung gesetzt werden sollen, daß der Leser sowohl jedes Einzelne leicht herausfindet, als auch das Hauptergebniß ohne Mühe überblicken und sich von dessen Richtigkeit überzeugen kann. Dazu dienen

a) in Hinsicht auf innere Form:

α) gute logische Anordnung der einzelnen Thatsachen, nach einem aus der Wissenschaft genommenen und leicht verständlichen Eintheilungsgrunde, so daß jeder überhaupt Sachkundige sich bald damit vertraut machen kann. Aus dieser klaren Auffassung des in einer Rechnung darzustellenden Gegenstandes muß auch beurtheilt werden, was in dieselbe aufzunehmen und was dagegen nur als erläuternder Anhang beizufügen sei;

β) gleichförmige Art der Darstellung, so daß von jedem aufgeführten Gegenstande dasselbe gesagt wird, z. B. einerlei Geldwährung, gleiches Maas und Gewicht, gleicher Zeitraum der Einnahmen und Ausgaben;

γ) Kürze, Einfachheit, Bestimmtheit des Ausdrucks.

b) in Betreff der äußeren Form:

α) gute, reine Schrift, wobei das Verbot des Ausstreichens und Ausstragens zugleich zur Verstärkung der Glaubwürdigkeit dient;

β) eine räumliche Anordnung, welche dem Auge das Durchlaufen des Aufgezeichneten und das Zusammenfassen des Gleichartigen erleichtert. Das Mittel, dem Verstande vermittelt des sinnlichen Eindruckes auf dem kürzesten Wege eine Vielheit von Aufzeichnungen zu vergegenwärtigen, ist die Tabelle.

§. 542.

Die gewöhnliche Schrift kann als eine fortlaufende, nur wegen der Beschränktheit des Raumes in Zeilen abgebrochene Linie angesehen werden. Die Tabelle ist dagegen eine Art der Aufzeichnung, bei welcher nicht bloß wagerechte Zeilen, sondern zugleich senkrechte Reihen gebildet werden, um das aus irgend einem Gesichtspuncte Zusammengehörende dem Auge vorzustellen. Diese senkrechten, mit Linien abgetheilten Reihen heißen Spalten (Columnen). Jede einfache aufgezeichnete Thatsache, Posten, Position, Eintrag (*a*), bildet eine durch die verschiedenen Spalten einer Tabelle sich fortziehende Zeile, und die den Spalten gegebenen Ueberschriften (Columnen-Rubriken) ersparen die Wiederholung der nämlichen Worte bei jedem Eintrage. So bildet die Tabelle eine nach 2 Richtungen (Dimensionen) fortschreitende Aufzeichnung, eine Fläche (*b*). Zur schnellen Auffindung eines jeden Posten dient die gute Aufeinanderfolge der Einträge, welche auf doppelte Weise geschehen kann,

- 1) rein nach der Zeitfolge (chronologische Ordnung), wie es insbesondere bei der ersten Aufzeichnung der Ereignisse nothwendig ist;
 - 2) nach einer Sach- (realen) Ordnung, welche die einzelnen Thatsachen in eine erschöpfende, leicht faßliche und aus der Natur der Sache hergenommene Eintheilung bringt (*c*). Man muß sich bei der Entwerfung eines solchen Systems von Postenrubriken eben sowohl vor einer zu künstlichen, verwickelten, als vor einer solchen Eintheilung hüten, bei welcher man noch viele sehr ungleichartige Dinge in einem Abschnitte zusammenbringt (*d*). Bei einer Menge ähnlicher Gegenstände, die keine zweckmäßige Unterabtheilung gestatten, ist es zulässig, sich eines bequemen äußerlichen Grundes der Anordnung, z. B. der Anfangsbuchstaben der Namen, zu bedienen.
- (*a*) Ein Item nach älterem Ausdrucke. — Unterscheidung zwischen Eintrag und Posten bei Hüffell, S. 147. Dieser soll ein vollständiges Rechnungsfactum sein, jener kann auch aus einem unvollständigen oder einem bloßen arithmetischen Resultate bestehen.

- (b) Ueber die gute sinnliche Einrichtung der Tabellen s. Hüffell a. a. D., S. 136 ff — Da man in der Regel weit mehr Posten hat, als Spalten, und da die Zeilen sehr geringe Breite haben, so würde, wenn man wagerechte Columnen machen wollte, die Tabelle bei sehr geringer Höhe in große Länge gehen und der Raum nicht so gut ausgefüllt sein. Auch ist der Posten zum Fortlesen bestimmt, die Columnen dienen mehr zum Auffuchen und etwa zum Summiren der einzelnen Zahlen, wobei die senkrechte Stellung nützlich ist.
- (c) Hierbei werden die Wörter: Theile, Abschnitte, Titel, Capitel, §§. u. dgl., ferner römische und deutsche Zahlen, große und kleine Buchstaben angewendet.
- (d) Ehemals war die Rubrik *In s gemein* die Aushülfe bei einer nicht erschöpfenden Eintheilung.

§. 543.

Die Spalten einer Rechnung müssen alles dasjenige in sich aufnehmen, was von einem gewissen wirthschaftlichen Ereigniß ausgesagt werden soll. Es können daher folgende Arten vorkommen:

1) **Ordnungsspalten**, in denen das die Aufeinanderfolge Bestimmende angegeben wird, Monat und Tag, oder die Bezeichnung der Abtheilungen und untergeordneten Abschnitte mit Zahlen und Buchstaben. Doch können diese Spalten durch Ueberschriften und Zahlzeichen bei den einzelnen Positionen ersetzt werden.

2) **Benennungsspalten**, worin die Quelle einer Einnahme oder der Gegenstand einer Ausgabe speciell angeführt wird, und zwar bei den Rechnungen der verwaltenden Stellen ausführlich genug, um die *causa debendi* und den Betrag zu erklären.

3) **Zahlenspalten**, welche die vorkommenden Mengen von Gütern gleicher Art, und zwar in einerlei Einheit ausgedrückt enthalten, so daß eine Zusammenzählung möglich ist. In manchen Fällen ist es dienlich, außerhalb der Zahlenspalte eine ähnliche Aufrechnung von Zahlen vorzunehmen, die noch nicht zur Aufnahme in die Spalte selbst, also in die Summe einer ganzen Rechnung reif sind, z. B. weil ein zu verrechnendes Ereigniß noch nicht ganz vollendet ist und nur vorläufig angemerkt wird, oder weil die Zahlen erst in das bei den übrigen angenommene Maaß umgewandelt werden müssen; Zahlen innerhalb

der Linie, innerhalb Falzes, *intra lineam*. Manche Rechnungen haben mehrere Zahlenspalten, damit man die Summen der Abtheilungen besonders überblicken und leicht wieder addiren könne.

4) Verweisungsspalten, um bei jedem Posten andere mit ihm in Verbindung stehende Aufzeichnungen, z. B. die Blattseite eines anderen Rechnungsbuches oder die Nummer der beigelegten Beweisurkunden, angeben zu können.

§. 544.

In der Geldspalte der Rechnungen wurden sonst nur solche Zahlen angegeben, welche die wirklich erfolgte Leistung ausdrücken. In neuerer Zeit hat man es zweckmäßig gefunden, mehrere bei einem und demselben Posten vorkommende, unter verwandte Beziehungen gehörende Zahlen in nebeneinander stehende Spalten einzutragen. Man unterscheidet folgende Größen: a) Die im Voranschlage (Etat, §. 465) für eine gewisse Einnahme oder Ausgabe angenommene Summe, das *Etatssoll*. In ganz ausführlichen Rechnungen kann dieses nicht für jeden einzelnen Posten, sondern nur für jede Abtheilung, Abschnitt *ic.* angegeben werden (*a*). Die *Etatssumme*, da sie nur eine Erwartung oder einen Vorsatz, aber nicht etwas wirklich Eingetretenes ausdrückt, ist hauptsächlich dazu dienlich, um zu prüfen, ob der Rechnungs- und Cassenführer seine Befugnisse nicht überschritten und überhaupt zweckmäßig gehandelt hat. b) Diejenige Summe, zu deren Entrichtung eine Verbindlichkeit eingetreten ist, das *Soll*, *Rechnungssoll*. Dasselbe ist erst dann zum Eintragen reif, wenn die Schuldigkeit der jetzigen Zahlung anerkannt und der Betrag derselben vollständig aufgehellt worden ist. c) Die wirklich erfolgte Leistung von der Cassa oder an dieselbe, das *Hat*, *Haben*, *Ist*. Man muß darauf hinarbeiten, daß die Größe des *Hat* mit dem *Soll* ganz übereinkomme. Indes ist es nicht möglich, diese Forderung ganz zu erfüllen, weil man bei den Zahlungspflichtigen oft auf eine Unfähigkeit oder irgend eine Verhinderung stößt, und selbst die Staatscassen bisweilen in der Vollziehung aller ihnen obliegen-

den Zahlungen gehindert sind. Daher pflegt das Hat hinter dem Soll zurück zu bleiben, doch vermag die Sorgfalt der Finanzbeamten sehr viel zur Verminderung des Unterschiedes. d) Der Unterschied des Soll und Hat oder die Rückstände, Reste, bilden eine auf einen späteren Zeitabschnitt übergehende Forderung. Nach einem älteren Verfahren wurde bei jeder Position nur diejenige Größe angegeben, die man heutiges Tages Soll nennt, sodann aber wurden die Reste unter der entgegengesetzten Rubrik nachgetragen, nämlich die Einnahmreste unter den Ausgaben, die Ausgabreste bei den Einnahmen. Hierbei wurde zwar der Betrag des Hat ebenfalls richtig gefunden, aber die Darstellung war minder naturgemäß als die neuere.

(a) Wo man eine Etatspalte anbringt, da erhält diese gewöhnlich zur Vermeidung von Verwechslungen ihre Stelle links von der Benennungspalte. Manche Rechnungs-Zusammenstellungen erhalten noch eine besondere Vergleichspalte, um das Mehr oder Weniger gegen den Etatsfuß sogleich bemerklich zu machen.

§. 545.

Eine Vorbedingung sowohl zur guten Führung einer Rechnung als zur Prüfung derselben durch eine vorgesezte Stelle ist die genaue Kenntniß des Vermögensstammes, der Einkünfte und Ausgaben, über deren Verwaltung in einer gewissen Rechnung berichtet werden soll. Jeder Rechner muß die Verzeichnisse des ihm anvertrauten Vermögens mit allen seinen Bestandtheilen, Zugehörungen und Eigenthümlichkeiten, ferner der von ihm einzuziehenden Einkünfte mit allen Einzelheiten, die auf die Größe der Summen und die Verbindlichkeit der Zahlpflichtigen Bezug haben, ebenso die Verzeichnisse der von dem Staate zu leistenden Entrichtungen sammeln und seiner Rechnung zu Grunde legen. Wo es an solchen vollständigen Aufzeichnungen noch gebricht, muß der Rechnungsbeamte sie zu Stande zu bringen suchen. Auch ist er verpflichtet, alle Veränderungen im Stamme des Vermögens, in den Verbindlichkeiten der zahlpflichtigen Unterthanen und der Regierung sorgfältig aufzuzeichnen, damit jederzeit der gegenwärtige Zustand dieser Verhältnisse klar erkannt werden könne. Jede Rechnungsstelle bedarf aus diesem Grunde ver-

schiedener Inventarien, Beschreibungen und Verzeichnisse, zu denen bei den mit der Berechnung von Schätzungen beauftragten Beamten auch die Kataster gehören (a).

(a) Alte Flur- und Lagerbücher für die einzelnen Gemeinden, Saalbücher für größere Bezirke. S. Bergius, Magazin, Art. Lager- und Saalbuch.

§. 546.

Der natürliche Zeitabschnitt für die Rechnungen ist das Jahr. Jede, mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigte Finanzverwaltungsstelle hat in der Regel eine Jahresrechnung zu verfassen. Um jedoch derselben die erforderliche Vollständigkeit und Zuverlässigkeit geben zu können, muß auch die während eines Jahres fortschreitende, sogleich auf jedes einzelne Ereigniß folgende Aufzeichnung, die Buchführung gut geregelt sein. Für beide Arten von Rechnungsgeschäften werden den Rechnern in jedem Zweige des Finanzdienstes Vorschriften mit den nöthigen Mustern zur formellen Einrichtung der Rechnungen ertheilt, Geschäftsanweisungen oder Instructionen mit Formularen oder Schematismen. Ein Theil dieser Vorschriften kann für alle Rechner gelten, andere entsprechen den verschiedenen Arten von Geschäften, z. B. Domänen-, Forst-, Bergwerks-, Salinen-, Post-, Schatzungs-, Aufwandssteuer- und insbesondere noch Zoll-, ferner Schuldenverwaltungen u. (a).

(a) Beispiele: Rechnungsinstruction für die unmittelbar unter Großh. Ministerium des Innern, katholische Kirchensection, stehenden Stiftungs-Verwalter. Karlsr. 1836. 4. (Verfaßt von De batti s. Die kirchlichen Verwaltungen sind in Hinsicht auf die meisten Geschäftsregeln den Domänenverwaltungen ähnlich.) — Rechn. Instruction für die bad. Hauptzollämter, 22. Jun. 1838. (Verfaßt von Küh lenth al.)

§. 547.

Zur Buchführung der Finanzämter gehört vor Allem die Eintragung jeder Einnahme und Ausgabe in das Tagebuch, Journal (a), welches den Stoff zur Bildung der anderen Rechnungen in sich schließt. Ueber die Einrichtung desselben lassen sich nachstehende Regeln aufstellen.

1) Verwaltungen, welche Naturalien einnehmen und ausgeben, müssen neben dem Geld- noch ein Naturalien-Tagebuch

halten, welches für jede Art der vorkommenden Güter, z. B. für die verschiedenen Fruchtgattungen, eine eigene Spalte erhält.

2) Zur Verhütung von absichtlichen Verfälschungen durch Verwechseln eines Blattes kann die Anordnung beitragen, daß das noch leere Tagebuch von einem höheren Beamten paginirt wird (b).

3) Das Einschreiben in das Tagebuch muß täglich, nach der Zeitfolge der Ereignisse geschehen.

4) Einnahmen und Ausgaben werden in zwei verschiedene Geldspalten gesetzt, wenn auch, wie es oft geschieht, nur eine einzige Benennungsspalte angelegt ist, in welcher die Veranlassungen von Einnahmen und Ausgaben durch einander, wie es die chronologische Ordnung mit sich bringt, aufgeführt werden (c).

5) Der Tag wird in einer eigenen Spalte angemerkt oder in der Benennungsspalte wie eine Ueberschrift beigefügt.

6) Die Verweisungsspalte bezieht sich auf das Hauptbuch (§. 549) und bemerkt die Seite desselben, in der jeder Posten anzutreffen ist.

- (a) Dasselbe ist von dem kaufmännischen Journale, einem Monatsbuche, ganz verschieden, kommt aber dem Cassenbuche der Kaufleute nahe.
- (b) Ebenso das Ansiegeln der seidenen Festschnur an den Einband, um das Einsetzen eines Blattes noch mehr zu erschweren.
- (c) In Frankreich besteht das Tagebuch aus je zwei einander gegenüberstehenden Blattseiten für Einnahmen und Ausgaben. Eben so das Tagebuch der bad. Obereinnehmerien, B. v. 17. Juni 1835.

§. 548.

7) Findet man im Tagebuche eine irrige Zahl, so darf an ihr nichts verändert, sondern es muß durch einen entgegengesetzten Eintrag der Fehler vergütet werden, so daß z. B. wegen einer um 50 fl. zu groß gesetzten Ausgabe eine besondere Einnahmsposition von gleichem Betrage hinzukommt (Ausgleichungsposition).

8) Wenn die zu einem Ereignisse und Geschäfte gehörenden Zahlungen noch nicht stattgefunden haben oder noch nicht urkundlich bewiesen werden können, so werden sie einstweilen innerhalb der Linie vorgemerkt.

9) Obgleich in der Regel das Tagebuch (a) nur die wirklichen Zahlungen aufnehmen soll, so müssen doch in einem solchen Falle, wo entgegengesetzte Zahlungsverbindlichkeiten durch Abrechnung ganz oder theilweise aufgehoben werden, der Vollständigkeit wegen die beiderseitigen ganzen Leistungen, als wären sie wirklich geschehen, in Aufrechnung kommen (b).

10) Kommen sehr viele kleine Einnahmen vor, wie bei einem Zollamte, so ist es angemessen, ein besonderes Einnahmebuch zu führen, aus welchem nur die Hauptsummen regelmäßig ins Cassen-Tagebuch aufgenommen werden.

11) Am Ende jeder Seite wird die Summe der Einnahmen und Ausgaben gezogen (Seitensumme, *latus*), die man sodann auf dem Anfange der folgenden Seite als Uebertrag (Transport) wieder aufführt.

12) Am Schlusse jedes Monates (oder selbst jedes Tages) wird ebenfalls die Summe der beiderseitigen Posten gezogen und durch Vergleichung der Einnahme und Ausgabe ausgemittelt, wie hoch sich der vorhandene Cassenvorrath belaufen müsse. Mit diesem Abschlusse des Tagebuchs wird zweckmäßig die Untersuchung des wirklichen Cassenstandes durch den Rechner selbst in Verbindung gesetzt, deren Ergebnis dann in dem Tagebuche gleichfalls angemerkt wird (c). Kleine Unterschiede des rechnungsmäßigen und des wirklichen Vorrathes können durch Zuschießen oder Herausnehmen sogleich berichtigt, größere müssen der vorgesezten Stelle angezeigt werden und man muß sich bemühen, die Ursache der Abweichung ausfindig zu machen.

13) Nach dem Schlusse des Jahres wird das Tagebuch an die höhere Behörde eingesendet, doch ist es gestattet, eine Abschrift zurückzubehalten (d).

(a) Form des Tagebuchs s. im Anhang I.

(b) B. B. A. hat 300 fl. Fuhrlohn zu empfangen und 260 fl. für gepachtete Wiesen zu bezahlen, empfängt also nur 40 fl. baar; aber beide Summen werden vollständig in die Einnahms- und Ausgabespalten eingetragen.

(c) Man kann auch an jedem anderen beliebigen Tage mit geringer Mühe das Journal abschließen und so den Cassenbestand ausrechnen.

(d) Es kommt auch vor, daß der Rechner schon für jeden Monat eine Abschrift des Tagebuchs absenden muß. Der französische Bezirkseinknehmer hat sogar alle 10 Tage die Journalabschrift an den General-

(Departements-) Einnahmer, dieser seine Journalabschrift an das Finanzministerium zu schicken, Angef. Règlement Art. 285 u. 286.

§. 549.

Aus dem Tagebuche werden die Posten in das nach einer Sachordnung angelegte Hauptbuch, Manual, grand-livre, übergetragen. Bei ihm zeigt sich der Unterschied zweier Methoden, die wirthschaftlichen Ereignisse mit einander in Verbindung zu setzen, d: h. des Rechnungsstyls.

1) Der Kameralstyl besteht in einer systematischen Anordnung sämtlicher Einnahme- und Ausgabe rubriken, so daß sie ein zusammenhängendes Ganzes mit Haupt- und Unterabtheilungen bilden. Indem man die Summe jeder kleineren und größeren Abtheilung zieht und endlich die Hauptsumme der Einnahmen und Ausgaben sucht, gelangt man zu einem Ueberblicke der Ergebnisse. Die Eintheilung kann bei Rechnungen verschiedener Art, z. B. Bergwerks-, Post-, Steuercassen re. nicht die nämliche sein, doch mit Ausnahme gewisser Hauptabtheilungen, die sich überall anwenden lassen.

2) Der kaufmännische Styl der italienischen oder Doppelbuchhaltung erfordert, daß eine Anzahl von einander getrennter Rechnungen geführt werde, deren jede das Verhältniß zwischen zwei, durch Schulden und Forderungen mit einander in Verbindung stehenden wirklichen oder erdichteten Personen enthält. Jede dieser einzelnen Rechnungen (conti) wird für sich abgeschlossen. Bei jeder Zahlung läßt sich ein Empfänger (Schuldner, debitor) und ein Geber (Gläubiger, creditor) auffinden. Jede Leistung muß zweimal in die Rechnungen eingetragen werden, nämlich erstens in das Guthaben (Haben, credit) des Gebers und sodann in die Schuldigkeit (Soll, debet) des Empfängers, woraus sich ergibt, daß die Summen des credit und debet aller Rechnungen gleich sein müssen. Die einzelnen Rechnungen sind deshalb nicht dazu geeignet, in eine einzige große zusammengefügt zu werden.

§. 550.

Zur Vergleichung dieser beiden Arten der Buchführung können folgende Sätze dienen:

1) Bei dem Kameralstyl werden alle wirthschaftlichen Vorgänge auf eine einzelne Verwaltungsstelle (Casse) bezogen, welche die Einnahmen empfängt und die Ausgaben vornimmt. Beim Styl der Doppelbuchhaltung werden mehrere von einander verschiedene Verhältnisse dargestellt, in denen jene Verwaltung zu anderen Cassen, zu Privatpersonen, zu Gemeinden ic. steht, man kann auch für besondere Zweige der Einnahme und Ausgabe eigene Rechnungen anlegen (a).

2) Der kaufmännische Styl ist zur Darstellung der im Handel vorkommenden Leistungen und Forderungen höchst zweckmäßig. Das Finanzwesen unterscheidet sich jedoch, wenn man die Staatsgewerbe ausnimmt, von den Handelsgeschäften. a) Es besteht nicht aus einer Menge einzelner Unternehmungen, sondern aus regelmäßig wiederkehrenden, zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben, die bei ihrer Verschiedenartigkeit einer systematischen Eintheilung bedürfen, um leicht überblickt werden zu können, während eine solche in den Handelsgeschäften unfruchtbar sein würde. b) Im Handel sind gegenseitige Leistungen, die einander gleichkommen müssen, weshalb es nöthig ist, mit jedem Handelsfreunde abzurechnen. Im Finanzwesen dagegen sind größtentheils einseitige Zahlungen, z. B. Steuerentrichtung, Ausgabe für Besoldungen ic., wobei es hinreicht, Soll, Hat und Rest neben einander zu setzen. c) Die Kaufleute pflegen Waaren- und Geldsendungen, Auslagen und Bemühungen, die eine Vergütung erheischen, auf Credit vorzunehmen und erst von Zeit zu Zeit die Schuldigkeit abzutragen, sie haben daher immer viele Forderungen und Schulden, während man im Finanzwesen beabsichtigen muß, daß das Hat dem Soll so bald und vollständig als möglich gleichkomme. d) Im Handel giebt es keinen Voranschlag, dieser aber erfordert unausweichlich eine systematische Anlegung.

3) Wenn das Hauptbuch im kaufmännischen Style geführt würde, so müßte dennoch am Schluß des Jahres eine nach syste-

matifcher Rubricirung eingerichtete Rechnung entworfen und der höheren Behörde übergeben werden (b). Bedient man sich des Kameralstyls, so hat man die Bequemlichkeit, daß die Jahresrechnung sich aus dem Hauptbuche von selbst bildet.

4) Da nun die Verhältnisse einer Cassé zu anderen, mit denen sie durch gegenseitige Zahlungen in einem häufigen Verkehr steht, leicht vermittelt besonderer Abrechnungen dargestellt werden können, so verdient für die meisten Zweige der Finanzverwaltung der Kameralstyl den Vorzug, wie er auch in den deutschen Staaten in der Regel eingeführt ist (c).

(a) Im Hauptbuche des franzöf. Bezirkseintnehmers kommen für directe und indirecte Steuern zweier Jahrgänge 4 Conti vor.

(b) Reigebauer, S. 118. — B. v. 8. Nov. 1820. und Rapport de 1829, S. 51. d. 3. Abtheilung.

(c) Vgl. Riesche, S. 120. — Feder, S. 47. — v. Malchus. II, 139.

§. 551.

Das Hauptbuch in dem Kameralstyl wird nach einem für alle Verwaltungsstellen der nämlichen Art vorgeschriebenen Rubrikensysteme angelegt. Schon zu Anfang des Jahres werden die Ueberschriften der Abtheilungen (Rubricirung) in dem zum Hauptbuche bestimmten Bande so eingetragen, daß für jeden Abschnitt der muthmaßlich erforderliche Raum leer bleibt, und die einzelnen Einnahms- und Ausgabsposten werden sodann, wie sie sich ereignen, aus dem Tagebuche herüber geschrieben. In der Benennungsspalte werden die Umstände, welche über die Ursache und den Betrag der Leistung Aufschluß geben, kürzlich angegeben, in einer Verweisungsspalte aber die beigelegten beweisenden Urkunden (Belege) mit fortlaufenden Nummern angezeigt, die zu jedem Eintrage gehören. Eine andere Spalte zeigt die entsprechende Blattseite des Tagebuches an. Es ist üblich, auf der Seite, wo sich eine Abtheilung schließt, nicht mehr die folgende anzufangen, und auf jeder Seite unten die Summe der auf ihr stehenden Posten zu ziehen, die jedoch nicht übertragen wird. Am Ende jeder Unterabtheilung werden die Summen aller zugehörigen Seiten zusammengestellt und addirt (Recapitulation), ebenso zu Ende jeder größeren Abtheilung

die Summen der Unterabtheilungen und endlich die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben. Die Vergleichung der beiden Hauptsummen deutet den Cassenrest an, der mit dem Abschlusse des Tagebuches übereinstimmen muß. Wird aber der am Ende des Jahres vorhandene Cassenbetrag unter den Ausgaben (als Ausgabe an die neue Rechnung), so wie der zu Anfang des Jahres vorgefundene unter den Einnahmen verrechnet, so müssen die Summen der Einnahmen und Ausgaben im Hat einander ganz gleich sein. Naturalien erhalten ein besonderes Hauptbuch (a). Führt ein Beamter die Verwaltung mehrerer ganz verschiedenartiger Einkünfte und Ausgabezweige, so müssen von ihm eben so viele getrennte Hauptbücher gehalten werden.

Außer dem Tage- und Hauptbuche werden je nach der Art der Geschäfte noch verschiedene andere Bücher nöthig, um alle Vorfälle und Verhältnisse unter einzelnen Gesichtspuncten zu ordnen und in Verbindung zu setzen. Das häufigste dieser Bücher ist das Abrechnungsbuch, um sämmtliche aus verschiedenen Ursachen herrührende Zahlungsverbindlichkeiten einer Person und die wirklich erfolgten Zahlungen zusammen zu fassen, oder auch die Abrechnungen (*conti correnti*, *comptes courans*) bei gegenseitigen Leistungen, z. B. mit anderen Cassen aufzunehmen. Die zahlreichsten Verzeichnisse kommen im Zollwesen vor. Die den Zahlenden ausgelieferten oder in ihre Quittungsbüchlein eingetragenen Bescheinigungen müssen mit den Einträgen in die Bücher genau übereinstimmen.

(a) Vorschlag, das Tagebuch mit dem Hauptbuche zu verschmelzen, bei Graaf a. a. O. S. 232. — Formulare eines Hauptbuches, s. Anhang II. und III.

§. 552.

Die Jahres- oder Hauptrechnung ist die Abschrift des im Kameralstyle geführten Hauptbuches, mit der einzigen Abkürzung, daß alle Theilzahlungen für eine gewisse Einnahme oder Ausgabe, wie sie im Laufe des Jahres nach einander vorkommen, in eine einzige Summe zusammengezogen werden, weshalb in dieser Rechnung keine Zeitbestimmung angegeben

wird. Sie wird eingebunden und mit einem Titelblatte versehen, auf dem die Benennung des verwalteten Vermögens, des Zeitraums und des Rechnungsführers, ferner die Anzahl der zugehörigen Beilagenbände und der Tag der Einsendung angegeben sein muß. Auch ist es üblich, auf dem ersten Blatte verschiedene allgemeine Nachrichten, z. B. über die Bestandtheile des verrechneten Vermögens und über das angestellte Personal und die von jedem Mitgliede desselben geleistete Dienstcaution hinzufügen zu lassen. Die Rechnung muß in einer festgesetzten Frist (einigen Monaten) nach dem Schlusse des Rechnungsjahres sammt den Belegen zur Prüfung abgegeben werden. Indes hat man es zweckmäßig gefunden, schon in kürzeren Zwischenzeiten von dem Zustande einer Verwaltung Nachricht einzuziehen, weshalb man von den Rechnern monatliche oder vierteljährig Rechnungsauzüge einliefern läßt, in denen auch der Abschluß des Tagebuches angegeben wird. Daß bei den Rechnungen zu Grunde gelegte Jahr beginnt nicht in allen Ländern mit dem 1. Januar, wie es, wegen der vielfachen Beziehungen auf dieses Calendarjahr am angemessensten wäre und z. B. in Preußen, Frankreich, Baden &c. wirklich geschieht (a).

(a) Baiern: 1. Oktober, Würtemberg: 1. Juli, Baden früher 1. Juni, — England: 5. Jan. — Der Hauptgrund zur Abweichung vom 1. Jan. liegt darin, daß man wegen der mit der Landwirthschaft im Zusammenhang stehenden Staatseinkünfte befürchtet, an jenem Zeitpunkte noch zu viele Einnahmerrückstände zu haben.

§. 553.

Die Rechnungsbelege (Beilagen, *pièces justificatives*) dienen theils jede Position zu erläutern, theils aber die Richtigkeit derselben darzuthun. Sie müssen bei den Einnahmen den Beweis liefern, daß dieselben sich nicht höher belaufen haben, als es die Rechnung angiebt, und daß es auch nicht in der Macht des Verwalters gelegen ist, eine größere Summe beizubringen; bei den Ausgaben muß bewiesen werden, daß die Verwaltungsstelle befugt war, sie vorzunehmen, und daß sie wirklich in der angegebenen Größe vorgenommen worden sind. Hierzu sind je nach dem Gegenstande einer Einnahme oder Ausgabe verschiedene Arten von Beweisstücken nöthig, als Verzeichnisse, Zeug-

nisse, Verträge, Befehle höherer Stellen, Protokolle, Bescheinigungen u. dgl. Alle diese Belege müssen in ihrer Form die Bedingungen der Glaubwürdigkeit an sich tragen, z. B. eigenhändige Unterschrift anderer Personen, Anführung der quittirten Summen mit Buchstaben u. dgl. Für jede Art von Belegen sind Vorschriften aufzustellen, welche dahin zielen, jede Unredlichkeit oder Nachlässigkeit durch Ueberwachungsmaaßregeln zu verhindern.

§. 554.

Es ist nicht möglich, die Verwaltung der verschiedenen Zweige von Finanzgeschäften so zu führen, daß mit dem Ablaufe des Jahres alle für dasselbe bestimmten Einnahmen und Ausgaben wirklich statt gefunden haben. Schließt man die Rechnung mit dem Jahre, so ziehen sich unvermeidlich manche Zahlungen in das folgende Jahr hinüber, die dem vorhergehenden angehören. Würde man sie nun mit den Ereignissen dieses nächstfolgenden Jahres zusammenwerfen, so würde eine Verwirrung entstehen, die besonders in solchen Fällen nachtheilig wäre, wo Veränderungen in den Verwaltungsgrundsätzen, im Steuersysteme, in dem Personale der Beamten ic. vorgegangen sind, die es nöthig machen, die wirthschaftlichen Ergebnisse eines jeden Jahres genau von einander zu sondern. Auch die Vergleichung mit dem Voranschlage würde nicht vollständig ausführbar und es ließe sich nicht entscheiden, ob in einem einzelnen Jahre die Finanzverwaltung den Anforderungen, die man an sie zu machen berechtigt ist, vollständig Genüge geleistet habe (*a*). Man kann sich nicht mit der Annahme beruhigen, daß von jedem Jahre ungefähr gleichviele noch unvollzogene Zahlungsverbindlichkeiten in das folgende übergehen, denn dieß ist nicht immer der Fall. Ein Mittel, diese Schwierigkeit zu beseitigen, liegt in der französischen Einrichtung, nach der zwar die Rechnung nach dem Ende eines Jahres vorläufig abgeschlossen, aber doch zugleich gestattet wird alle die Verwaltung (*exercice*) dieses Jahres betreffenden, später vollzogenen Ausgaben noch während des folgenden Jahres in der Rechnung nachzutragen, so daß deren völliger Abschluß erst gegen Ende des zweiten Jahres erfolgt.

Dieser Zeitraum ist lang genug, so daß nur wenige Rückstände übrig bleiben (b).

- (a) Dieß gilt auch von der landständischen Prüfung der Rechnungen, vorzüglich in Bezug auf das Budget.
- (b) Alle Ausgaben eines exercice müssen in den 9 Monaten nach dem Ende desselben liquidirt und angewiesen (ordonnancées), alle Zahlungen von Einkünften und Ausgaben bis zum 1. October bewirkt werden, sonst erlöschen die Bewilligungen. Doch bleiben den Gläubigern ihre Rechtsansprüche B. v. 14. Sept. 1822. 11. Juli 1833. Reglem. Art. 90 ff. Für diese Einrichtung v. Malchus, II, 148.

§. 555.

Eine andere von dieser Betrachtung veranlaßte Anordnung besteht darin, daß zwar der Abschluß der Rechnung nicht hinausgeschoben wird, in derselben aber die dem laufenden Jahre angehörenden Posten von denen, die aus den früheren Jahren herrühren, ganz getrennt werden. Zu diesem Behufe werden wenigstens 2, bei einem beträchtlicheren Umfange des Gegenstandes aber 3 Hauptabtheilungen der Einnahmen und Ausgaben gemacht:

- 1) Etatsrechnung des laufenden Jahres;
- 2) Rückstands- (Arreragen-) Rechnung, deren Soll aus der vorjährigen Rechnung herübergenommen wird, und deren Reste, sammt den in dem laufenden Jahre übrigbleibenden neuen, wieder in die Rückstandsrechnung des nachfolgenden Jahres übertragen werden;
- 3) Etatsrechnung früherer Jahre, d. h. die Aufrechnung solcher Posten, deren Zahlungsverbindlichkeit zwar aus einem Vorjahre entsprang, bei denen jedoch die schuldige Summe erst jetzt ganz bestimmt ausgemittelt wird, so daß sie noch nicht im Soll eines früheren Jahres angelegt werden konnte und daher nicht unter den Rückständen erscheint, z. B. die Kosten eines Baues, deren Betrag erst nach Vollendung desselben, nach der Eingabe und Prüfung der Forderungszettel bekannt ist, — Ersatzposten, die erst nach der Beendigung eines Rechtsstreites flüssig (liquid) werden u. dgl. — Die meisten Posten dieser Art beziehen sich auf das letzte Vorjahr. Wenn in der genannten Rechnungsabtheilung wieder die vorjährigen von den älteren Posten unterschieden werden, so läßt sich ohne bedeutende Ab-

weichung von der Wahrheit das ganze, der Verwaltung eines Jahres angehörende, mit dem Voranschlage zu vergleichende Rechnungssoll erkennen, indem man nämlich, wenn z. B. von den Wirthschaftsergebnissen des Jahres 1850 die Rede ist, die Rechnungsabtheilung des laufenden Jahres von 1850 mit den in der Etatsrechnung früherer Jahre von 1851 enthaltenen Nachträgen zu dem Jahr 1850 in Verbindung setzt (a).

(a) B. der bad. Oberrechnungskammer v. 29. Apr. 1823. Im bad. Finanzwesen wird die Rückstandsrechnung als I. Abtheilung, die Etatsrechnung früherer Jahre als II., die Rechnung des laufenden Jahres als III. Abtheilung bezeichnet. Seit 1834 werden in II. wieder unterschieden a) Posten des zunächst vorhergegangenen Jahres, b) zu früheren Jahren. Das Soll in I. ist schon in den Rechnungen vorhergegangener Jahre enthalten, nur II. und III. begreifen ein neuermitteltes Soll in sich. Wenn alle Jahre eben so viele neue Reste blieben, als alte abgetragen werden, so würde das Hat von Abth. I. — III. mit dem Soll von II. und III. ungefähr übereinstimmen.

Es war z. B. in den Staatseinnahmen von 1844

I. das Soll, und zwar			
1) das ältere, Abth. I.			691 996 fl.
2) das neue, in Abth. II.	a.		84 980 =
	b.		36 425 =
	Abth. III.		16·128 162 =
Summe von II. u. III.			16·249 567 fl.
<hr/>			
II. Das Hat, in Abth. I.			596 064 fl.
	Abth. II.	a.	83 817 =
		b.	32 073 =
	Abth. III.		15·590 070 =
Summe			16·302 024 fl.

Das ganze Hat beträgt folglich um 52 457 fl. mehr, als das neue Soll, weil nämlich in diesem Jahre aus älteren Resten um soviel mehr einging, als von dem obigen neuen Soll des Jahres in Rückstand blieb. — Gegen die Führung einer abgesonderten Rückstandsrechnung Kieffke, S. 209 (der jedoch gerade das räth, was in Baden geschieht, nämlich das Uebertragen des Rückstandssolls in den Anfang der Rechnung des folgenden Jahres). Diese abgesonderte Restenrechnung ist in Preußen im Jahre 1821 abgeschafft worden, Graaf, S. 307. — Uebrigens sind noch besondere Restverzeichnisse unentbehrlich, um die Eintreibung der Rückstände zu erleichtern.

§. 556.

Die Rechnungen einer Finanzverwaltung müssen alle Zu- und Abflüsse von Geld und Naturalien enthalten, ohne daß der Rechner einen Theil derselben hinweg lassen dürfte, weil dieß eine Abweichung von der Wahrheit wäre und Willführ und Unordnungen nach sich ziehen könnte. Gleichwohl giebt es Ein-

nahmen und Ausgaben, die, obschon sie den Cassenstand abändern, doch mit den übrigen nicht vermengt werden dürfen, weil sie auf den wirthschaftlichen Zustand keinen Einfluß haben, indem sie keine wirkliche Mehrung oder Minderung desselben anzeigen. Beispiele hiervon sind 1) eingezogene und wiederangelegte Capitale, ebenso eingehende Kauffchillinge, die wieder irgendwo wendend angewendet werden; es ist sehr verwirrend, wenn solche, im Vermögensstamme vorgehende Bewegungen mit den eigentlichen Einkünften und Ausgaben (I, S. 70 a) zusammengeworfen werden; 2) Vorschüsse und deren Wiederersatz, es mögen nun beide in dem nämlichen Jahre zusammentreffen oder nicht, 3) Zahlungen an andere Staatscassen oder Einnahmen von solchen, wobei zwar das Rechnungsergebniß der einzelnen Verwaltung, namentlich ihr Cassenrest, abgeändert wird, aber wegen der entgegengesetzten Veränderung in der anderen Casse doch im Ganzen die beiderseitigen Wirkungen sich völlig aufheben.

Den Posten dieser Art sollte im Rubrikensysteme der Rechnung eine eigene Stelle gegeben werden, so wie auch dem anfänglichen und dem am Ende des Jahres verbleibenden baaren Vorrathe. Vermöge einer Fiction pflegt man jenen als eine Einnahme, diesen als eine Ausgabe des einzelnen Jahres anzusehen, S. 551 (a).

(a) Auf diesen Sätzen beruht die Abtheilung IV. im bairischen Rechnungswesen „uneigentliche Einnahmen und Ausgaben“, die man z. B. bei der Vergleichung des Solls mit dem Voranschlage ganz unbeachtet läßt, weil sie keine neuen Einkünfte und keine definitive Verwendung derselben enthält. — So wird z. B. jeder Vorschuß erst in Abth. IV. gebucht, dann, wenn die Leistung endgültig ausgemittelt ist, ebendasselbst als erstattet eingetragen und sodann in einer der 3 ersten Abtheilungen in Einnahme oder Ausgabe gesetzt. In den Vorlagen an die Stände ist der Bau der Staatsrechnung neuerlich folgender: Einnahme, A. Betriebsfondrechnung. I. Reste aus voriger Rechnung. 1. Geldvorrath. 2. Naturalvorräthe. 3. Activreste, a. aus den eigentlichen, b. aus den uneigentlichen Einnahmen. II. Uneigentliche Einnahmen vom laufenden Jahre. — B. Etatsrechnung. I. E. vom laufenden Jahre, II. vom vorhergehenden, III. von früheren Jahren, IV. Abgang an Passivresten, V. Vermehrung der Naturalvorräthe. Die Abtheilungen der Ausgabe sind denen der Einnahme entsprechend. — Minder gut ist es, für solche Posten, die keine wahren Einkünfte und Verwendungen anzeigen, besondere Bücher zu führen, wie die Depositen-, Vorschuß- und Creditbücher. Ditmar, Staatscassenwesen, S. 38.

§. 557.

Die Rechnungen werden bei einer höheren Stelle der Prüfung (Revision) unterworfen. Dieß geschieht durch besondere, des Finanzwesens und vorzüglich des Rechnungswesens völlig kundige Beamte (Revisoren, Rechnungscommissare, Rechnungsräthe etc.), welche theils den Mittel- und Oberbehörden in verschiedenen Verwaltungszweigen beigegeben, theils aber zur Prüfung der von den höheren Finanzstellen gefertigten Rechnungen, zur Erledigung der Rechnungsangelegenheiten in letzter Instanz und zur Leitung des gesammten Staatsrechnungswesens in einer Oberbehörde (Oberrechnungskammer, §. 536) vereinigt sind. Diese Collegialbehörde muß in Hinsicht auf ihre Entscheidungen von dem Finanzministerium unabhängig und in derselben Stellung sein, wie ein Gerichtshof (a). Bei der Prüfung der Rechnungen muß man den Gegenstand der Verwaltung, die Obliegenheiten der rechnunglegenden Beamten und die gesetzlichen Vorschriften für den einzelnen Geschäftszweig genau kennen. Die Untersuchung wird vorzüglich auf nachstehende Punkte gelenkt:

1) Richtigkeit der Zahlenergebnisse, ob man z. B. richtig zusammengezählt und abgezogen, die Quantitäten mit den Preisen richtig vervielfacht, die Geldsorten gehörig umgewandelt, die Ergebnisse der vorigen Rechnung ordnungsmäßig übertragen, die wahren Preise zu Grunde gelegt hat, ob die Zahlen mit den Belegen übereinstimmen u. dgl. (b).

2) Beobachtung der vorgeschriebenen Formen, z. B. Numerirung und gehörige Abfassung der Belege, Unterschrift derselben, Aufführung jedes einzelnen Postens in seiner entsprechenden Rubrik, wobei es nicht erlaubt ist, daß ein Posten verschiedenartige, unter mehrere Rubriken gehörige Theile umfasse u. dgl.

3) Die Rechtfertigung für alle in den Rechnungen angegebenen Maaßregeln der Verwaltung, ob z. B. die unständigen Ausgaben angewiesen (decretirt), die Ueberschreitungen des Voranschlages von der höheren Stelle genehmigt, die ständigen

Ausgaben nur innerhalb der Gränze der Bewilligung vorgenommen worden sind.

4) Man pflegt bei der Prüfung der Rechnungen auch darauf zu achten ob die Grundsätze einer guten Wirthschaft von den Verwaltungsstellen sorgfältig beobachtet worden sind. Dieß ist eine materielle, nicht mehr dem Rechnungswesen angehörige Untersuchung, zu welcher jedoch der Revident die beste Gelegenheit hat, da er ohnehin jeden Posten genau zu beleuchten verpflichtet ist. Es wird deshalb erforscht, ob die Ausgaben überall sparsam veranstaltet worden sind, ob man die Einnahmen nicht hätte ergiebiger machen können, ob der Vermögensstamm streng erhalten worden ist *ic.* Die bei diesem Theile der Prüfung gefundenen Mängel oder Zweifel fallen jedoch nicht sowohl in den Wirkungskreis der obersten Rechnungsbehörde, als derjenigen höheren Stellen, welche die Verwaltung selbst zu leiten haben (c).

(a) Bei dem französischen Rechnungshofe ist ein Staatsanwalt (*procureur général*) angestellt. Ueber die Verhältnisse dieser Behörde s. das a. Règlement, Art. 331—396.

(b) Es giebt dafür eigene *Calculatoren*.

(c) Die 1826 aufgehobene Staatscontrole in Preußen war eine selbstständige Oberbehörde, welche nicht bloß das Cassen- und Rechnungswesen, sondern auch das Materielle der Finanzverwaltung beaufsichtigte und ihre Erinnerungen gegen das letztere im Staatsministerium vorzutragen hatte. Diese Stellung mußte viele Reibungen mit dem Finanzministerium nach sich ziehen.

§. 558.

Die einzelnen bei der Prüfung einer Rechnung gemachten, Tadel oder Zweifel aussprechenden Bemerkungen des Revidenten heißen Rechnungsbedenken, Notaten, Revisionserinnerungen, *monita*. Sie werden von dem Revidenten der Revisionsbehörde vorgelegt, aus deren Auftrag er handelte, und von jener dem Rechner zur Beantwortung zugestellt, wobei die Rechnungsbelege ihm auch wieder zu seiner Verantwortung zurückgegeben werden. Hat er sich über jeden beanstandeten Punct geäußert, die in der Form gemachten Fehler nachträglich verbessert und sein Verfahren vertheidigt, so wird hierüber in der vorgesezten Behörde berathen und in Betreff jedes einzelnen

Bedenkens ein Beschluß gefaßt. Wenn es nöthig ist, so wird der Rechner noch zum zweitenmal vernommen (a). Wird von einer höheren Behörde eine nochmalige Untersuchung vorgenommen, so trägt diese den Namen Superrevision (b), und erst nach deren Beendigung und der Beantwortung der Superrevisionserinnerungen wird eine endgültige Entscheidung ausgesprochen (c). Diese Entscheidung ist der Rechnungsbescheid, der sich ebenfalls über alle einzelnen Erinnerungen äußert. Insofern darin die Erklärung enthalten ist, daß der Beamte in Bezug auf das Jahr, dessen Rechnungen geprüft worden sind, alle seine Obliegenheiten erfüllt habe, wird dieser Bescheid auch Absolutorium oder Decharge genannt. Indes ist die Freisprechung häufig nur eine bedingte, indem dem Rechner noch gewisse Verpflichtungen auferlegt werden, z. B. eine Summe nachzuzahlen, um die er sich verrechnet, oder die er unbefugter Weise ausgegeben, oder zu erheben versäumt hat (d), — oder einen gewissen Umstand in der nächsten Rechnung gehörig zu berücksichtigen u.

- (a) In einigen Staaten ist ein mündliches Verfahren eingeführt, wobei der Rechner sich an dem Orte der Revisionsbehörde einfinden muß.
- (b) Wo die Anzahl der Rechnungen zu groß ist, um sie alle jährlich der Superrevision zu unterwerfen, da pflegt man jährlich einige herauszunehmen.
- (c) In Preußen unterscheidet man die Abnahme der Rechnungen, d. h. die erste Prüfung von Seite der nächstvorgesezten Verwaltungsbehörde, und die darauf folgende Revision durch die Oberrechnungskammer. Graaf, S. 505.
- (d) Hierbei steht ihm natürlich der Regreß an denjenigen, der hievon Vortheil gezogen hat, frei.

§. 559.

Allgemeine Bemerkungen in Bezug auf die Revision der Rechnungen.

1) Wenn man die Prüfung unterlassen wollte, so würde dieß die größte Unordnung in dem Finanzwesen nach sich ziehen und selbst die redlichen Beamten wenigstens zur Nachlässigkeit verleiten. Man muß deßhalb eine sorgfältige Revision für eine unentbehrliche Einrichtung ansehen und sich deßhalb den Unbequemlichkeiten unterziehen, die bisweilen aus unbegründeten Erinnerungen entspringen.

2) Es ist eine Härte gegen die verrechnenden Beamten, wenn die Revision ihrer Rechnungen lange verzögert wird, so daß sie vielleicht noch für mehrere zurückgelegte Jahre ihrer Verantwortlichkeit nicht entbunden sind. Es muß deshalb ein hinreichendes Revisionspersonal angestellt und auf Beschleunigung des Geschäftes gesehen werden.

3) Die Revisionserinnerungen sollten nicht von Tadelsucht, Unkenntniß und Geringschätzung gegen die Verwaltungsbeamten zeugen. Indes sind die Revidenten als Wächter des Staatsvermögens zu betrachten und zur Aufrechthaltung der schützenden Formen verpflichtet, in denen der Einzelne kein fränkendes persönliches Mißtrauen erblicken sollte. Die Revision darf daher nicht zu einem Anlasse werden, daß zum Nachtheil für den Staatsdienst zwischen dem Revidenten und den Rechnern leidenschaftliche, der Würde des Geschäftes unangemessene Äußerungen gewechselt werden.

§. 560.

Jede Cassenverwaltung ist nur für die bei ihr selbst eingehenden und von ihr zu bewirkenden Zahlungen verantwortlich. Sie braucht also auch nur zu rechtfertigen und in ihre Rechnung aufzunehmen 1) diejenigen Einnahmen, welche sie als Uberschüsse von untergebenen Cassen abgeliefert empfängt, oder unmittelbar einzieht 2) die Ausgaben, welche sie selbst bestreitet, oder durch Auftrag von anderen Cassen vornehmen läßt.

Es ist jedoch nothwendig, daß die sämmtlichen, in jedem Theile des Finanzwesens vorkommenden Einnahmen und Ausgaben nach der systematischen Rubricirung zusammengestellt werden, um die Ergebnisse des ganzen Staatshaushaltes übersichtlich darzustellen und die Vergleichung mit dem Voranschlage möglich zu machen. Dieß ist ein von der Verwaltung getrenntes, mit keiner Verantwortlichkeit, als für getreue Uebertragung der Zahlen verknüpfted bloßes Rechnungsgeschäft, welches ausgeführt werden kann

1) von den Berrechnern der höheren Cassen, indem sie verpflichtet werden, die Ausgaben und Einnahmen der ihnen untergeordneten Cassen im Auszuge in ihre Rechnungen aufzunehmen, so daß die Rechnung der Hauptstaatscasse von selbst die Hauptstaatsrechnung bildet (a);

2) von einer besonderen Staatsbuchhalterei (§. 536), welche nicht bloß aus den einzelnen geprüften Rechnungen die Hauptstaatsrechnung zusammensetzt, sondern auch schon im Laufe jedes Jahres aus den eingehenden Nachrichten eine zur Controle der Rechner dienende Buchführung besorgt (b).

(a) Wie dieß z. B. in Preußen (Graaf, S. 135) und Baiern (Höck, Grundlinien der Kameralpraxis, S. 42) geschieht.

(b) Riesecke, S. 237. — v. Malchus, Politik, II, 191. Finanz., II, 126. — Graaf, S. 35. 88. — Hüffell, S. 274. — In Preußen ist erst 1826, bei der Aufhebung der Staatscontrole, eine Staatsbuchhalterei als besondere Behörde errichtet worden.

2. Abtheilung.

Grundzüge des Statswesens.

§. 561.

Der Voranschlag, Etat, Budget (§. 465) ist die Berechnung der in einem bevorstehenden Zeitabschnitte (Jahre) zu erwartenden Einnahmen und vorzunehmenden Ausgaben (a). Obgleich diese, über künftige Ereignisse angestellte Berechnung der thatsächlichen Rechnungsführung vorausgeht, so ist es doch zweckmäßig, die Betrachtung des Statswesens von formeller Seite der Lehre von dem Rechnungswesen folgen zu lassen, denn dieses, wie es sich weit früher ausgebildet hat, dient auch in Bezug auf die äußere Einrichtung den Voranschlägen zum Vorbilde, welche sich überdieß auf die in den Rechnungen aus den früheren Jahren enthaltenen Erfahrungen stützen. Dem Inhalte nach ist der Voranschlag von der thatsächlichen Rechnung wesentlich verschieden. Er enthält nämlich 1) bei denjenigen Einnahmen und Ausgaben, deren Größe sich schon voraus festsetzen läßt, den durch den Be-

schluß der höchsten Gewalt im Staate bestimmten Betrag derselben, 2) bei anderen, welche von künftigen Ereignissen bedingt werden, die wahrscheinliche Summe derselben. Hier kann das wirkliche Ergebnis beträchtlich von dem vermutheten Umfange der Einnahmen und Ausgaben abweichen.

(a) Riesecke, S. 3. — v. Malchus, Polit. II, 152. Finanz. II. 93. — Graaf, S. 18, — Der Gründer des Statswesens ist Sully, s. Baumstark, Des Herzog v. Sully Verdienste um das französ. Finanzwesen, Mannheim, 1828, S. 130. v. Malchus, Fin. II, 96.

§. 562.

Ueber Wesen und Verfertigung der Voranschläge sind hauptsächlich folgende Regeln zu bemerken:

1) Man muß den Statsentwurf von dem genehmigten Etat unterscheiden. Jener ist ein mit beigefügten Gründen und Erläuterungen versehener Vorschlag, dieser hat die Befkräftigung des Staatsoberhauptes erhalten und dient als Vorschrift, um, so weit es thunlich ist, von den Finanzbeamten vollzogen zu werden.

2) Die Bearbeitung der Entwürfe geschieht von unten auf, so daß vor dem Anfange des neuen Zeitabschnittes zuvörderst die untersten Verwaltungsstellen den wahrscheinlichen Betrag der Einkünfte angeben und die ihnen nöthig scheinenden Ausgaben namhaft machen, zugleich aber auch die Beamten in anderen Zweigen des Staatsdienstes ihre Ausgabenvorschläge entwerfen, die dann von jedem Ministerium bearbeitet werden.

3) Man bedient sich hiebei des Rubrikensystems der Rechnungen (a) und giebt dem Voranschlage die tabellarische Form derselben. Eine Zahlenpalte kann bei den unständigen Einnahmen und Ausgaben den Durchschnittsbetrag aus einigen jüngstverflossenen Jahren, z. B. 3 oder 6, angeben, dem in einer anderen Spalte die mit diesem Durchschnitte übereinstimmende oder davon abweichende vorgeschlagene Statsumme beigefügt wird.

4) Zur Bildung eines solchen Durchschnitites müssen die Jahresbeträge erst berichtigt werden, wenn nämlich Veränderungen statt gefunden haben, wegen welcher die früheren Zahlen nicht mehr völlig anwendbar sind, z. B. in dem Fuße oder der

Erhebungsart der Einnahmen, in der Ausdehnung einer Staatsanstalt, dem Maaßstabe der vom Staate zu leistenden Bezah- lungen u. dgl. In manchen Fällen läßt sich die Wirkung der vorgegangenen Veränderung genau bestimmen, z. B. bei einer aufgehobenen Steuer, einer verminderten Gebühr; in anderen Fällen, z. B. bei einer Zollermäßigung, kann man nur eine Ver- muthung aufstellen.

5) Eine für Anmerkungen bestimmte Spalte nimmt vorzüg- lich die Gründe auf, aus denen man eine von dem Durchschnitts- betrage abweichende Summe in Antrag bringt. Ausführliche Erläuterungen müssen einem begleitenden Berichte vorbehalten bleiben.

6) Auch Belege werden beigelegt, um die Etatsätze zu begründen, wozu theils Auszüge aus den Rechnungen, theils ausführliche Berechnungen, theils Nachweisungen der angeord- neten Veränderungen in den Einnahms- und Ausgabe-Positio- nen (b) zc. dienlich sind.

7) Man braucht nur diejenigen Etatsätze zu rechtfertigen, welche unständig, oder von denen des vorigen Anschlages ver- schieden sind. Hiedurch wird die Verfertigung des Etats, wenn sie jährlich oder nach wenigen Zwischenjahren geschieht, bedeu- tend abgekürzt.

- (a) Für die Ausgaben möchte die obige Anordnung, §. 42. 43., nach wel- cher man 1) Hofstaatsausgaben, 2) Ausgaben für die ständische Re- präsentation, 3) Regierungsausgaben unterscheiden, und die letz- ten nach den Ministerien abtheilen kann, den Vorzug verdienen. Für die Einnahmen ist die beste Eintheilung die, welche aus dem Wesen der Einkünfte hergenommen wird, §. 84 ff. Doch müßte man neben den selbstständigen Einnahmen in einer besonderen Abtheilung die- jenigen aufführen, welche sich gelegentlich, bei einem Gegenstande des Aufwandes, ergeben, z. B. Arbeitsertrag in den Zuchthäusern, §. 69.
- (b) Bei jeder Verwaltung werden Notabilienbücher geführt, um alle solche Veränderungen, z. B. sistirte Besoldungen, aufgehobene Abgaben zc. genau zu verzeichnen. Bad. B. v. 20. Jun. 1820. Reg.-Bl. Nr. 10. Formular bei v. Malchus, Vol. II, LXXXIV.

§. 563.

8) Die Etatsentwürfe der unteren Stellen (Specialetats) werden bei den Mittelbehörden geprüft und in umfassendere Etats zusammengezogen, wobei jedoch die einzelnen ausführ-

lichen Anschläge als Belege beigelegt werden. Bei den höchsten Stellen geschieht dasselbe (Hauptetat), bis endlich als Ergebnis der ganzen Arbeit der Haupt-Voranschlag, Hauptfinanz-Etat entworfen wird (a).

9) Ist dieser, abgeändert oder nach seiner vorgelegten Fassung, genehmigt worden, so gehen an alle höheren und niedrigeren Behörden die auf ihren Wirkungsbereich sich beziehenden, mit den Ansätzen des ersteren übereinstimmenden Voranschläge zurück, um die in ihnen aufgeführten Einnahmen und Ausgaben in Vollzug zu bringen.

10) Um ganz sicher zu gehen, hält man sich häufig in der Praxis an die Regel, die Einnahmen etwas unter ihrem muthmaßlichen Betrage, die Ausgaben dagegen über demselben anzusetzen, so daß also die wirkliche Verwaltung aus beiden Ursachen einen größeren Ueberschuß ergiebt, als man nach dem Voranschlage erwarten sollte. Unter anderen Gründen mag die Furcht vor unverschuldeten Vorwürfen und der Umstand zur Entschuldigung dieses Verfahrens dienen, daß eine Abweichung vom Etat, die durch günstigere Wirthschaftsergebnisse entsteht, erfreulich ist, während ein Mehrbetrag der Ausgaben und eine Verminderung der Einnahmen unangenehme Störungen nach sich zieht. Gleichwohl ist eine absichtliche Entfernung von dem, was man für wahrscheinlich halten muß, nicht zu billigen, sie führt zur Willkühr und ist auch nicht ohne Nachtheile, indem man, so lange nur noch im Ganzen ein Ueberschuß gegen den Etat vorhanden ist, eine Ueberschreitung der Ausgabenätze nachsichtig zu beurtheilen geneigt ist. Wenn man aber den Voranschlag streng nach der Wahrheit einrichtet, so darf man auf keine Ueberschüsse rechnen, sondern muß schon im Etat eine Summe vorbehalten, welche zur Deckung von Einnahmsausfällen und Ausgabevermehrungen dient.

(a) Formulare für diese verschiedenen Arten von Vorschlägen u. a. bei v. Malchus Politik, II. LXXVIII ff.

§. 564.

Eine wesentliche Bedingung guter Etats ist auch ihre Vollständigkeit, so daß sie keine in ein gewisses Verwaltungsgebiet

fallende Art von Einkünften und Ausgaben auslassen. Soll der Voranschlag das ganze Bild der Finanzverwaltung darstellen, so müssen alle mit den Einkünften verknüpften Kosten in Ausgabe, dagegen alle wahrscheinlich eingehenden Summen von Geld und Naturalien in Einnahme gestellt werden, so daß man deutlich sieht, wie aus dem Abzuge der Kosten von der rohen (Brutto-) sich die reine (Netto-) Einnahme bildet. In den Voranschlägen mancher Staaten wird nur der Reinertrag der Einkünfte in Ansatz gebracht, welches keine Empfehlung verdient (a). Wollte man einen Mittelweg einschlagen und die Einnahmen nur nach Abzug der eigentlichen Gewerbsbetriebskosten in den Voranschlag aufnehmen, also z. B. das Holzfällen, die Heizung in Salinen und Hüttenwerken, den Ankauf des Holzes für Holzhöfe (§. 151) u. sogleich von dem Ertrage dieser Gewerbe abziehen, so würde immer der Vortheil einer Kenntniß aller Finanzmaaßregeln verloren gehen und ohne Willkühr oder Inconsequenz die Gränzlinie der vorweg abzurechnenden Ausgabeposten kaum zu ziehen sein. Freilich hat jene Vollständigkeit die Folge, daß das Bruttoeinkommen im Verhältniß zum Nettobetrag sehr groß erscheint, und daß man, zum Behufe manchfaltiger Combinationen und Berechnungen, sich häufig an den letzteren halten muß (b).

(a) Graaf (S. 87.) nimmt diese Einrichtung in Schutz, ohne die von ihm selbst angeführten Gegengründe zu widerlegen. — Dagegen von Malchus, Fin. II, 104. Die Aufführung der Roheinnahme und der Kosten wird immer allgemeiner üblich und hat neuerlich auch in Preußen Eingang gewonnen.

(b) Finden Veränderungen in dieser Art und Weise, den Etat zu bilden, statt, so können die Zahlenresultate aus verschiedenen Jahren ohne sorgfältige Berichtigung nicht mit einander verglichen werden. In Baden z. B. waren im Budget für 1831 und 1832 bei dem Münzwesen nur 4370 fl. als Einnahme angesetzt worden. Das Budget für 1833 und 34 aber giebt, da man keinen Reinertrag beabsichtigte, eine Bruttoeinnahme und eine gleichgroße Ausgabe von 520 338 fl. an, weil man das ganze Erzeugniß der Ausmünzung zur Einnahme, die Anschaffungskosten der Münzmetalle aber zur Ausgabe zog. Ohne bedeutende materielle Veränderung, hauptsächlich wegen geänderter Berechnungsregeln, ist die Bruttoeinnahme in den badischen Budgets von 10 597 000 fl. im Jahr 1832 auf 11 800 000 fl. im J. 1833 erhöht worden, während der muthmaßliche Reinertrag nur um 400 000 fl. größer, nämlich zu 7 700 000 fl. statt 7 300 000 fl. angenommen wurde. Der Voranschlag der ordentlichen Einnahmen und

Ausgaben für 1850 und 1851 enthält eine durchschn. Roheinnahme von 14 866 973, eine reine E. von 9 998 760 fl., jedoch ohne die Post und Eisenbahn, welche 3 126 539 fl. abwerfen und nach Bestreitung der Kosten 1 037 986 fl. für die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld übrig lassen.

§. 565.

Der Hauptfinanzzetat (Budget) ist kein Gesetz, wenn er gleich, namentlich in Staaten mit einer Repräsentativ-Verfassung, in den für die Gesetzgebung bestehenden Formen festgestellt wird. Diejenigen Bestimmungen in ihm und in Bezug auf ihn, welche wirklich gesetzlicher Art sind, werden gewöhnlich in einem mit ihm in Verbindung stehenden Finanzgesetze (a) zusammengefaßt, welches enthalten muß (b)

1) die Benennung der den Charakter der Auflagen an sich tragenden Einnahmequellen, mit Angabe des Erhebungsfußes, wenigstens wenn derselbe nicht mehr der bisherige ist (c);

2) die für jeden Theil der Ausgabe bewilligten, den einzelnen Ministerien zugewiesenen Summen oder Credite. Es ist hierbei eine allgemeine Bestimmung darüber nöthig, wie weit die Befugniß jedes Ministeriums reiche, innerhalb der ihm im Ganzen bewilligten Summe solche Verfügungen zu treffen, die von den, für die einzelnen Theile des Aufwandes angenommenen Zahlen abweichen, ob es z. B. erlaubt ist, die Ersparniß an der einen Ausgabe zur Vergrößerung einer anderen anzuwenden. Es wäre nicht rathsam, jeden Minister genau an die Beobachtung aller einzelnen Positionen seines Budgets zu binden (volle Specialität des Budgets), weil sich im Laufe der Geschäfte das Bedürfniß eines gewissen freien Spielraums häufig fühlbar macht, doch sollten wenigstens die Hauptabschnitte der Ministerialetats pünktlich eingehalten oder Ueberschreitungen besonders gerechtfertigt werden (d).

(a) v. Malchus, Fin. II, 94.

(b) Hierzu kommen manche andere Punkte, z. B. über das Maaß der Provinciausgaben, über die erlaubte Summe der Schatzkammerscheine u. dgl. Außer diesem wesentlichen Inhalte hat man öfters gelegentlich auch solche Verfügungen diesem Gesetze einverleibt, die eigentlich den Gegenstand eigener Gesetze hätten bilden sollen. Der Beweggrund zu dieser Verbindung ist, daß man solche andere Bestimmungen ebenfalls, wie das Finanzgesetz, nur für eine gewisse Etatsperiode (1, 2, 3, 6 Jahre) verabredete.

- (c) Die Einkünfte aus dem eigenen Erwerbe der Regierung bedürfen, als ein für allemal festgestellt, keiner solchen Anführung im Finanzgesetze. Das jährliche französische Finanzgesetz zeichnet sich durch die vollständige Aufzählung aller Gebühren aus, die bei irgend einer Veranlassung erhoben werden dürfen.
- (d) v. Malchus, Pol. II, 186. Fin. II, 122. — In Frankreich gilt die Specialität für die Capitel des Voranschlages.

3. Abtheilung.

Grundzüge des Cassenwesens.

§. 566.

Die zum Finanzwesen eines Staates gehörenden Cassen müssen so angeordnet und mit einander in Verbindung gesetzt werden, daß sie leicht jede Einnahme auffassen und jede Ausgabe besorgen können, daß aber auch jede unnöthige Anhäufung von Geldern verhütet wird. Man kann daher unterscheiden:

1) die Hauptstaatscasse des Landes (a), bei welcher alle Ueberschüsse zusammenfließen und von welcher die am Siege der obersten Staatsbehörden vorkommenden Ausgaben bestritten werden;

2) Haupt-Central-Cassen für einzelne Zweige der Finanzverwaltung, deren jedoch nur einige für Bedürfniß zu erachten sind, z. B. Schuldentilgungs-, Kriegs- und Post-Cassen, indem die Geschäfte der übrigen füglich von der Hauptstaatscasse besorgt werden können;

3) Provincialcassen, in denen die meisten Einkünfte innerhalb eines Landestheiles gesammelt und von denen die daselbst vorfallenden Regierungsausgaben unmittelbar oder durch Anweisung auf untergebene Cassen bewirkt werden; es ist daher in der Regel nicht nöthig, für einzelne Zweige von Einkünften besondere Cassen in den größeren Landesbezirken einzurichten;

4) untere Cassen, deren Zahl und Geschäftskreis nach der Beschaffenheit der Einnahmsquellen und Ausgabenzweige in jedem Staate bestimmt werden muß. Sie sind theils bloß dem Einzuge von Auflagen gewidmet, theils auch mit anderen Ver-

waltungsgeschäften, z. B. des Domänenwesens, der Bergwerks-administration, in Verbindung. Es ist schon der Kosten wegen rathsam, nicht mehr Cassen anzuordnen, als das Bedürfniß des Dienstes erfordert, sowie auch mit der Vermehrung der unteren Cassen die Gefahr von Veruntreuungen anwächst. Solche untere Erheber von Einkünften, denen die Bedingungen zu einer guten Cassenführung abgehen, werden verpflichtet, die bei ihnen eingehenden Summen nach kurzen Zwischenzeiten an die nächst-vorgelegten Cassen abzuliefern, z. B. die Steuererheber, Weg-geld-, Zolleinnehmer 2c.

(a) Sie trägt meistens noch aus älterer Zeit den unschönen Namen Generalstaatscasse.

§. 567.

Bei der Anstellung des Cassenpersonals muß vorzüglich auf erprobte redliche Gesinnung, festen Character, Ordnung und Geschicklichkeit gesehen werden, auch ist eine Sicherheitsleistung (Caution) unerlaßlich, die jedoch für sich allein keine vollständige Sicherheit geben kann, weil ihr Betrag die dem Beamten anvertrauten Summen in der Regel nicht erreicht, §. 486. IV. Bei den unteren Cassen ist gewöhnlich nur ein einziger Staatsbeamter angestellt, der zugleich die anderen Verwaltungsgeschäfte besorgt und für seine Gehülfen verantwortlich ist. Höhere und größere Cassen haben ein von anderen Einrichtungen ganz entfernt gehaltenes Personal, bei welchem neben einer angemessenen Vertheilung der Geschäfte zugleich darauf Rücksicht genommen wird, daß es wegen der großen Versuchung zur Untreue an einer gegenseitigen Ueberwachung (Controle) nicht fehle. Zu einer vollständigen Besetzung wird erfordert:

- 1) ein Vorsteher (Hauptcassier, Rendant 2c.), der die sämtlichen Cassengeschäfte leitet und beaufsichtigt, das Tagebuch führt, jedoch nichts selbst einzunehmen oder auszugeben hat,
- 2) ein Zahlmeister (Cassier), dem es obliegt, das Zählen, Packen 2c. zu besorgen und der ein, nach den vorkommenden Münzsorten in Spalten abgetheiltes Cassenbuch

(Journal) für Einnahme und Ausgabe führt. Die Casse steht unter dem Mitverschlusse der beiden anderen Beamten. Große Cassen haben mehrere solche Zahlmeister nöthig, z. B. einen für die Einnahmen, einen für die Ausgaben.

- 3) ein Gegenschreiber (Controleur), der ein Gegenbuch, öfters auch das Hauptbuch führt, alle Quittungen mit unterzeichnet und überhaupt von allen Vorgängen Kenntniß nimmt;
- 4) ein Unterpersonal von Rechnungsgehilfen, Kanzlisten und Dienern.

§. 568.

Regeln über die Cassengeschäfte:

- 1) Die einer jeden Casse zugewiesenen Einnahmen und Ausgaben müssen mit Rücksicht auf die Zeit ihres Eintreffens so berechnet sein, daß in der Regel die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben nicht fehlen. Diese Vertheilung der Summen ist das Geschäft der dem ganzen Cassenwesen im Staate vorgesetzten Behörde. Tritt in einzelnen Zeitpunkten ausnahmsweise dennoch ein Mißverhältniß ein, so läßt sich leicht helfen, indem mit höherer Genehmigung die eine Casse die benöthigte Summe von der anderen erhebt und dieser der geleistete Zuschuß wie eine Ablieferung zu Gute gerechnet wird.
- 2) Die ständigen, so wie alle im Voranschlage für eine gewisse Casse nach ihrem wirklichen Betrage aufgeführten Einnahmen und Ausgaben bedürfen keiner besonderen Ermächtigung, wohl aber diejenigen, welche entweder außerordentlicher Weise erfolgen, oder deren Größe wenigstens noch nicht voraus bestimmt werden konnte, §. 553. Solche Posten erfordern einen Auftrag zum Empfang oder zur Auszahlung (Zahlungsanweisung, Decretur, ordonnancement) von einer vorgesetzten Behörde. Um Ueberschreitungen der Voranschläge leichter zu verhindern und eine Prüfung der Ansätze zu bewirken, ist es zweck-

mäßig, wenn die Anweisungen vor der Ertheilung der Decretur durch den Vorstand einem controlirenden Beamten zur Einsicht und Mitunterschrift vorgelegt werden. Die Zahlungsanweisungen der anderen Minister, die über ihre etatsmäßigen Credite (§. 565) verfügen können, sollten wenigstens von dem Vorstande des Finanzministeriums ebenfalls eingesehen und unterzeichnet werden.

- 3) Für keine Einnahme darf vor dem wirklichen Einzug des Geldes eine Bescheinigung ausgestellt werden (den Fall einer Abrechnung ausgenommen), dagegen darf man keine Ausgabe ohne gleichzeitigen Empfang der Quittung vornehmen.
- 4) Die Quittungen müssen genau nach der Vorschrift abgefaßt (§. 553) und von demjenigen ausgestellt sein, welcher zunächst zum Empfange berechtigt ist, wenn dieser nicht einen Anderen hierzu bevollmächtigt hat. Sogenannte Interimsquittungen eines Dritten können nicht als Belege dienen und laufen bis zum Eintreffen der wahren Bescheinigung auf die Gefahr des Cassenführers. Vorauszahlungen vor dem Termin der Schuldigkeit sind unzulässig (a).

(a) Bei Besoldungen kann für den schon verflossenen Theil der Zeit eine Abschlagszahlung gestattet werden.

§. 569.

5) Eigene Gelder dürfen mit denen, die dem Staate gehören, in einer öffentlichen Casse nicht vermengt werden; auch eine, wenn gleich nur temporäre Benützung der Staatsgelder für Privat Zwecke ist unerlaubt.

6) Bei jeder Zahlung ist sorgfältig darauf zu sehen, daß sie nur in den vorschristsmäßigen guten Geldsorten erfolge. Die Sorten werden bei Einnahmen und Ausgaben aufgezeichnet, letztere auch bei ansehnlichen Summen mit einem Sortenzettel begleitet. Rollen und Beutel brauchen nur gewogen zu werden, wenn sie wohl verschlossen geblieben sind und eine andere Casse auf der Aufschrift die Richtigkeit der Abzählung bezeugt hat.

7) Bei Versendungen muß man für gute Verpackung sorgen.

8) Die Cassé muß gegen Diebstahl auf alle Weise geschützt werden, wozu die Anwendung fester eiserner Kisten, eines wohl verwahrten Gemaches mit einem einzigen Zugange und fest verschließbaren Oeffnungen, die Nähe des Beamten bei kleineren Cassen (a) und die Aufstellung einer bewaffneten Wache bei größeren 1c. (b) dient.

9) Die Cassé muß von Zeit zu Zeit nachgezählt (gestürzt) und der Erfund mit dem Abschlusse der Bücher verglichen werden. Dieß geschieht

a) von den Cassen-Beamten selbst in regelmäßigen Perioden, z. B. alle Monate (§. 548. 11), so wie auch über den Cassenbestand öfters an die vorgesetzte Behörde durch einen sog. Situationsetat, Cassenstatus, berichtet werden muß,

b) von einer anderen zur Aufsicht über eine Cassé (Cassencuratel) bestellten Behörde. Man unterscheidet hierbei die regelmäßige, zu bestimmten Zeiten eintretende Revision von derjenigen, die ganz unerwartet geschieht, und die, ohne als Zeichen eines Verdachtes gelten zu können, bei jeder Cassé wenigstens einmal jährlich erfolgen sollte. Mehrere an einem Orte sich befindende Cassen werden gleichzeitig gestürzt (c), auch wird eine Untersuchung der Rechnungsbücher, eine Vergleichung derselben mit den Belegen 1c. vorgenommen und über das ganze Geschäft ein Protokoll geführt, welches man der höheren Behörde zustellt.

(a) Er muß wo möglich die Cassé in seinem Schlafzimmer haben und mit Waffen versehen sein.

(b) Graaf, S. 283.

(c) In Preußen geschieht die gewöhnliche Revision monatlich an einem unveränderlichen Monattage, z. B. in Berlin am letzten oder (wenn er ein Feiertag ist) am vorletzten, bei den Provinzialhauptcassen am 18ten. Diese werden in der Regel von dem Präsidenten mit Zuziehung von Råthen gestürzt. Sind für mehrere Cassen eines Ortes mehrere Revisoren vorhanden, so müssen sie sich über die gleiche Stunde verabreden, sonst wird die eine Cassé unter Verschluss genommen, während man mit der anderen den Anfang macht. Graaf, S. 287. ff. Ditmar, S. 99. ff. — Ueber reisende Cassenrevisoren s. v. Malchus, II, 145.

A n h a n g.

I. Formular eines Tagebuchs, zu §. 547 und 548.

Einnahme.		Hauptbuch.		Tag.	Februar 1851. Betreff.	Ausgabe.	
		Rubrik.	S.				
fl.	fr.	III, 7. Mat.	49	21	Joh. Bühler in Rosbach, für 10 Klafter Brennholz . . .	324	—
23	40	III, 6. Inv.	8	—	Chr. Meusel, für altes Eisengeräthe		

II. Formular des Hauptbuchs für eine Domänenverwaltung,

zu §. 551.

Seite 57.

Coll.		Belege.	Einnahme. VIII. Aus Zehntrechten.	Sourn.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.				fl.	fr.	fl.	fr.
			Tannenweiher.					
			Hier bezieht das Aerar den großen und kleinen Zehnten und es ist fällig					
			1) vom großen Zehnten bei Friedrich Wittmann, nach dem Versteigerungs-Protocoll vom 13. Juli d. J. und den genehmigten Relutionspreisen					
			100 Mt. Spelz zu 3 fl. 50 fr. . . . 383 fl. 20 fr.					
			25 Mt. Waizen zu 6 fl. 18 fr. . . . 150 „ 8 „					
533	28	50 65	zusammen 533 fl. 28 fr.	125	533	28	—	—

III. Hauptbuch für eine Ober-Steuereinnahmeerei,

zu S. 551.

Rechnungsabtheilung I. Titel I. Directe Steuern.

Seite 19

Rubrif I. Grund-, Häuser- und Gewerbe- steuer.	Journal.		Soll		Haben						Hest.	
	Mo- nat	Be- lage Mo.	fl.	fr.	December 1845.		Januar 1846.		Februar 1846.		Summe	
					fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
Nach General-Decretur vom 10. Nov. 1845, Nr. 14,797 sind pro 1846 einzubringen 31,339 fl. 48 fr. und zwar von den Einnehmereien Madenbad Brandenstein											398	—
											583	17
												25
												43

Das Formular muß für jeden Monat, in welchen ein Steuertermin fällt, eine eigene Spalte erhalten.

R e g i s t e r.

Die römische Zahl zeigt den Band, die deutsche den §. an. **I** bedeutet die 5. Ausgabe des ersten Bandes (1847), **II** die **3.** Ausgabe des zweiten Bandes (**1844**), **III** die **3.** Ausgabe des dritten Bandes, erste und zweite Abtheilung (1850 und 1851).

A.

- Abkauf d. bäuerl. Lasten, II, **54**.
 Ablösung d. bäuerl. Lasten, II, **53**.
Abnützung, I, **68**.
Abrechnen, I, **292**.
 Absatz, bedingt die Ausdehnung der Production, I, **122** Gränzen I, **240** a. — des ganzen Gütererzeugnisses, I, **328** ff. **337** — der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, I, **364**. II, **121** — der Gewerkswaren, I, **393** — als Kennzeichen für die Gewerbesteuer, III, **369**.
 Absatzgebiet, I, **165**.
 Abschätzung der Grundstücke, III, **332** ff.
 Abschluß des Tagebuchs, III, **548**.
 Absentees, I, **340** (a). **449** (a).
 Absolutorium, III, **558**.
 Abstracter Werth, I, **61**.
 Accise, s. Aufschlag — Ursprung des Wortes, III, **428** (a).
 Ackerbau, I, **382** — dessen Beförderung, II, **151**.
 Ackerland, dessen Rente I, **218**. **220** — Veranschlagung, III, **127**. **128**. **332**.
 Actien der Zettelbanken, I, **304**. **305**. — Handel mit dens. I, **438**.
 Actiengesellschaften, s. Eisenbahnen, II, **273** b.
 Activhandel, I, **415**. **416**.
 Administration der Domänen, III, **104**.
 Admobiatio, III, **36**.
 Aegypten, Grundst. III, **316** (a).
 Alavala, III, **428** (a).
 Allodificirung der Bauerngüter, II, **47** a.
 Almenbegüter, II, **84**.
 Almosen, II, **356** a.
Alpen, I, **382**.
 Altenburg, Größe der Landgüter, I, **368** (c).
 Amortisationscasse, III, **508**.
 Amsterdam, Umschreibebank, I, **285** — Zettelbank, I, **317**.
 Amtsbedürfnisse, III, **66**.
Angebot, I, **152**.
 Angelegenheiten, auswärtige, III, **78**.
 Anhalt-Röthen, Schuld, III, **523** (c).
 Anker gelder, III, **244**.
 Anlegung der Steuern, III, **282**. **299** — der Grundsteuer, **316**.
 Anleihen, freiwillige, III, **490**.
 Annuitäten, III, **500**.
 Annulliren der Staatsobligationen, III, **520**.
 Ansässigmachung, II, **15** a.
 Anschläge d. Landgüter, III, **121**.
 Ansiedlungen, II, **16**.
 Anstellungstaxen, III, **233**.
 Anticipationen, III, **486**. **489**. **491**.
Anweisungen, I, **286**.
 Apanagien, III, **49**.
 Appenzell, I, **395** (c).
Araber, I, **359**.
 Arbeit, als Güterquelle, I, **85**. **92** — deren verschiedene Wirksamkeit, I, **110** — als Preismaaß, I, **179** — deren Lohn, I, **187** — für die Armen, II, **345** ff.

- Arbeiten, wirthschaftliche, I, 95.
 Arbeiter, productive, I, 111 —
 deren Lebensweise, I, 191 — Wan-
 derungen, I, 201 (a) — im Berg-
 bau, I, 354 — Sorge für dies., II,
11 — Achtung ders., II, 20 — Ver-
 bindungen ders., II, 316 — Be-
 handlung bei der Besteuerung in
 Vergleich mit den Rentnern, III,
258 — leiden bei Steuern auf die
 Lebensmittel, III, 421.
 Arbeitscommission, II, 344.
 — häuser, II, 348 —
 Zwangs-, II, 351.
 — lohn, I, 126. 139 — des-
 sen Bestimmgründe, I, 187 ff. —
 obrigkeitl. Bestimmung dess., II,
317 — des Unternehmers, III,
 359 — Besteuerung dess., III, 391,
 vgl. Lohnsteuer — dess. Erhö-
 hung durch Besteuerung der Le-
 bensmittel, III, 422.
 — theilung I, 114.
 Arbitragen, I, 291 (a). 437.
 Aristoteles, I, 29.
 Arithmetik, politische, III, 14.
 Armenanstalten, II, 356.
 — beschreibung, II, 339.
 — colonien, II, 349.
 — commission, II, 338.
 — häuser, II, 356 b.
 — pflege, II, 324.
 — schulen, II, 353—355.
 — tare, II, 341.
 Armuth, I, 77. II, 324 — Ursachen
 ders., II, 325.
 Arrondirung, II, 98.
 Aerzte in Preußen, I, 111 (c).
 Asscuranzen, s. Brandver-
sicherung, Versicherung.
 Assessed taxes, III, 425 (a).
 Assignaten, in Frankreich, III,
 487.
 Assignationen, I, 286.
 Athen, Bank, I, 317 — Zölle, III,
443.
 Auflagen, III, 84. 86. vgl. Steu-
 ern — Grundsätze für die Aufl.,
 III, 250 — auf welche Höhe dies.
 gebracht werden können, 467.
 Aufschlag, III, 424. 428.
 Aufwandssteuern, II, 361. III,
292. 406 — unmittelbar erhobe-
 ne, III, 425.
- Aufzehren des Stammvermö-
 gens, III, 463.
 Ausbesserungen der Domänen-
 gebäude, III, 119.
 Ausfall, III, 465.
 Ausfuhr, als Deckungsmittel der
 Einfuhr, I, 424 — von verschied.
 Ländern, I, 430 — des Getreides,
 II, 123 — anderer Rohstoffe, II,
128 — Prämien für dies., II, 303.
 Aus- u. Einfuhrhandel, I, 408.
 Ausfuhrzölle, II, 302 — deren
 Wirkungen, III, 454.
 Ausgaben in der Privat- und Re-
 gierungswirtschaft, III, 10 — s.
 Staatsausgaben.
 Auskommen, I, 76.
 Ausrodung, s. Rodung.
 Ausstellungen von Gewerbewaa-
 ren, II, 225.
 Aussteuercassen, II, 15.
 Auswanderungen, II, 17. 350a.
- B.**
- Baden, Einführung d. Physiokra-
 tie, I, 41 (a) — Classen der
 Einwohner, I, 365 (b) — Ver-
 theilung des Grundeigenthums,
I, 368 (c) — Holzpreis, I, 386
 — Ansässigmachung, II, 15 a
 (e) — Zehntablösung, II, 69 ff.
 III, 163. — umlauf. Betriebs-
 fonds, III, 89 — Staatsforsten, III,
142 — Hüttenwerke 154 — Salz-
 regal, 186 — Posten, 205. 208.
216 — Sporteln 234 — Grund-
 steuer, 324 — Haussteuercapi-
 tale. 352 (c) — Gewerbsteuer, 373
 — Capitalsteuer, 377. 380. 388 —
 Classensteuer, 395 (a) — Steuer-
 erhebungskosten, 414 (b) —
 Hundesteuer, 427 — Fleischaccise,
 430 (a). 432 — Weinaccise, 434
 — Ohmgeld, 435 — Bierauf-
 schlag, 437 — Kesselgeld, 439 —
 Betrag d. Cautionen, 486 (b) —
 Tilgungsart, 522 (a) — Schuld,
 523 (c).
 Baiern, Bank, I, 317 — Ansässig-
 machung, II, 15 a. — Canal, II,
277 (d) — Bezirksausgaben, III,
55 (b) — Staatsforsten, III, 142
 — Hüttenwerke, III, 154 —

- Grundgefälle, III, [155](#) — Salzregal, 186 (b) — Postwesen, [205](#). [208](#) — Lotterie, [222](#) — Besteuerung der verschiedenen Kreise, [280](#) (b) — Grundsteuer, [323](#). [326](#). [329](#). — Capitalsteuer, [377](#) ff. — Einkommenst. [400](#). — Malzaufschlag, 436 — Amortisationscasse, 508 — Pensions-Amortisationscasse, 518 (d) — Tilgung der Staatsschuld, 522 (a) — Größe der Schuld, 523 (c).
- Bank, [1](#), [304](#), s. Umschreibes- und Zettelbank.
— Häuser, [1](#), [292](#) a.
— Noten, [1](#), [304](#). II, [263](#).
- Bankerott, II, [24](#), vgl. Staatsbankerott.
- Bannmeile, II, [200](#).
- Bannrechte, II, [204](#) a.
- Banquier, [1](#), [292](#) a.
- Barmen, [1](#), [395](#) (d). [398](#) b.
- Bauausgaben, III. 67 — bei Domänen, III, [119](#).
- Bäuerliche Lasten, s. Lasten.
- Bauerngüter, deren Erbllichkeit II, [47](#) — deren Gebundenheit, II, [76](#).
- Baukosten der Häuser, III, [353](#).
- Baumwollengarn, Einfuhrzoll, II, [214](#) (d).
— verarbeitung, in Großbritannien, [1](#), [126](#) (b).
- Baurente, III, [345](#).
- Bedientensteuer, III, 427.
- Bedürfnisse, [1](#), [75](#).
- Beede, III, [316](#) (c).
- Beförderungskosten, III, [245](#).
- Begehr, [1](#), [152](#).
- Begleitschein, III, 460.
- Beholdungsrecht, II, [161](#) a.
- Behörden f. d. Volkswirthschafts-pflege, II, [7](#).
- Belege d. Rechnungen, III, 553.
- Belgien, Geldmenge, [1](#), [266](#) (a)
— Bankwesen, [1](#), [317](#) — Schutz-zölle, II, [215](#) (a) — Eisenbahnen, II, [272](#). [273](#) — Armencolon., II, [349](#) — Bezirksausgaben, III, [55](#) (c) — Salzregal, III, [186](#) — Personalsteuer, III, 426 — Mobil-iarst. 427 (e) — Bieraccise, 436 — Brantwein = A., 438 — Staatsschuld, 523 (c).
- Bergbau, [1](#), [97](#). [350](#) — Pflege dess., II, [33](#) — Regal, III, [172](#) — 183 — dessen Besteuerung, III, [362](#).
- Bergbeamte, II, [40](#). III, [179](#).
- Berganstalten, II, [284](#).
- Bergwerke der Privaten, Beaufsichtigung, II, [38](#) — Abgaben an den Staat, II, [41](#). III, [181](#).
- Bergwerksarbeiter, II, [43](#).
- Bergzehnte, II, [41](#). III, [182](#).
- Bern, Vertheilung des Grundeigenthums, [1](#), [368](#).
- Beschickung, II, [252](#).
- Beschreibung d. Armen, II, [338](#).
- Beschwerden gegen die Katastrirung, III, [337](#).
- Besoldungen, III, [57](#) — [61](#).
- Besoldungssteuer, III, [393](#).
- Besteuerung, deren Maassstab, III, 252.
- Betriebssamkeit, [1](#), [113](#).
- Betriebscapitale, III, [88](#).
— plane für die Staatsforsten, III, 146 — für die Brantweinbrenner, III, 439.
- Bettlen, II, [327](#).
- Beurlaubung, III, [75](#).
- Bevölkerung, II, 11.
- Bezirksausgaben, III, 53—55.
— Straßen, II, [271](#).
- Bibrauffschlag, III. 436. 437.
— taxe, II, [294](#).
- Billon, II, [259](#).
- Binnencontrole, III, 462.
— handel, [1](#), [408](#) — Beförderung dess., II, [285](#).
— land, Binnenlinie, III, 460.
- Blasenzins, III, 439.
- Blutzehnte, II, [67](#).
- Bobinet, [1](#), [401](#) (a).
- Bodenertrag, in kalten und warmen Ländern, [1](#), [87](#) (d).
— erzeugnisse, deren Ausfuhr, II, [128](#) — deren Einfuhr, II, [132](#).
- Bonitirung, III, [124](#). [127](#).
- Borgen, III, 472.
- Börsen, II, [244](#).
- Van den Bosch II, [349](#).
- Brachweide, II, [72](#).
- Brandschäden, II, [28](#) (b).
— versicherungen, II, [24](#) — [29](#).

Branntweinausschlag, III, 438.
 — regal, III, 204.
 Brennen des Bodens, I, 362 (a).
 Brief, einfacher, III, 216 — re-
 commandirter, III, 218.
 Briefpost, in Bezug auf den Han-
 del, II, 242 — Regal, III, 208 ff.
 Brotlieferung für die Soldaten,
 III, 76.
 — taxe, II, 294.
 Brücken, II, 274 — hängende,
 ebend. (b).
 Brudercassen, II, 43.
 Brüssel, Zettelbank, I, 317.
 Bruttogewicht, III, 458.
 Buchführung, III, 546.
 — haltere, Buchhaltung,
 oberste, III, 536. 560.
 Budget, ordentl. u. außerordentl.,
 III, 41 — Wesen dess., III, 465
 s. Voranschlag.
 Bureauausgaben, III, 66.
 Bürgerrecht, s. Ansässigmachung.
 — rettungscassen, II, 334.
 — schulen, II, 222.

C.

Cabinet, fürstl., III, 68.
 Calculatoren, III, 557 (a).
 Calender, deren Besteuerung, III,
 441.
 Canäle, II, 276. 277 — Bestreitung
 der Kosten, III, 79 — Canalan-
 leihen in Frankreich, ebend. (e).
 Canalzölle, III, 244.
 Capital, I, 51 — bedingt die Ar-
 beitstheilung, I, 118 — als Gü-
 terquelle, I, 121 — stehendes, um-
 laufendes, I, 131 — Einfluß auf
 den Lohn, I, 195 — Anwachs, I,
 196 (e). — in der Landwirth-
 schaft, I, 215 a — Schadloshal-
 tung für dessen Anwendung, I,
 224 — Sorge für dass. II, 22 —
 Vorschüsse für Gewerksunter-
 nehmer, II, 226 — Nothwendig-
 keit der Schonung desselben im
 Steuerwesen, III, 255 — Größe
 des Capitals in Bezug auf die
 Gewerbesteuer, III, 367 368.
 Capitalrente, s. Zinsrente.
 — steuer, s. Zinsrenten-
 steuer.
 Capitatio, III, 316 (a).
 Cassen, III, 566.
 Cassenanleihen, III, 491.
 — anweisungen, preuß.,
 III, 489 — österr. III, 491 (d),
 — curatel, III, 569.
 — wesen, III, 566.
 Cautio der Domänenpächter, III,
 115 — der Finanzbeamten über-
 haupt, III, 486 — der Cassenbe-
 amten, III, 567.
 Centralstellen, finanzielle, III,
 532. 535. 536.
 Certificate, III, 506.
 Charten, deren Maasstab, III,
 319.
 Chatoulgüter, III, 91.
 Chaussees, II, 270 vgl. Land-
 strassen.
 Chausseegeld, III, 238.
 China, Papiergeld, I, 295 (a) —
 Canäle, II, 277 (c).
 Chrematistik, I, 3 (a). 29 (b).
 Christiania, Bank, I, 317.
 Cicero, I, 30.
 Circulation, s. Umlauf.
 Civiliste, III, 48.
 Classen d. Ländereien bei d. Ab-
 schätzung III, 334 — d. Gewerbe,
 III, 372.
 Classenlotterie, III, 225.
 — stempel, III, 231.
 — steuer, in Kurhessen, III,
 388 (b) — in Oesterreich, III,
 388 (e) — Baden, III, 395 (a)
 — Preußen, III, 400.
 Classification der Grundstücke,
 III, 335.
 Classirung, III, 335.
 Clöster, deren Wohlthätigkeit, II,
 335.
 Colbert, I, 34 — dessen Fabrik-
 Ordnungen, II, 217.
 Collegialverfassung, III, 70.
 Colonatverhältnisse, II, 46.
 Colonialwaaren, deren Besteue-
 rung, III, 451.
 Colonieen, II, 16. 304. 305 —
 für Arme, II, 349.
 Columbia, Einfuhrzoll, II, 215
 (a).
 Columnen der Rechnungen, III,
 542.
 Communisten, I, 45 a.

Compagnieen, f. Handelsgesellschaften.
 Compensiren, I, 292.
 Concessionstaren, III, 245.
 Concreter Werth, I, 61.
 Concurrenz, f. Mitwerben.
 Conducteur bei d. Post, III, 218.
 Consolidation, II, 98.
 Consuln, II, 306.
 Consument, I, 324.
 Consumtion, f. Verzehrung.
 Consumtionssteuer, f. Aufwandssteuer.
 Contrirungen, III, 461.
 Contribution, III, 316.
 Controleur einer Cassé, III, 567.
 Coupons, III, 509.
 Credit, I, 278 — der Landwirthé, II, 110 ff. — des Staats, III, 482 — vgl. Staatscredit — Credite im Finanzgesetze, III, 470. 565.
 Creditpapiere, I, 293.
 — vereine, landw., II, 113 — 120.
 Culturen, forstliche, III, 147.
 Cours, der Wechsel. I, 289. 427 — der Staatspapiere, I, 438 — bei dem Postwesen, III, 215.

D.

Dampfmaschinen, I, 90 (r). 115 (c).
 — schiffahrt, II, 282.
 Danagild, III, 316 (c).
 Dänemark, Bankwesen, I, 317. (b) — Schulb, III, 523 (c).
 Darleihen, Gefahr, I, 225 — in Geld I, 230 — gesetzl. Vorschriften über dies., II, 317.
 Decharge, III, 558.
 Declaration im Zollwesen, III, 460.
 Decretur, III, 568.
 Deficit, III, 465.
 Depositenbanken f. Umschreibebank.
 Dessau, Bank, I, 317.
 Deutschland, Eisenerzeugung I, 350.
 Devastation der Wälder, II, 156.
 Diamantenregal, III, 168 (a).
 Diäten, III, 66.

Dienste, persönliche I, 46 a — im Gegensatz der wirthschaftlichen Arbeiten, I, 95 — ob hervorbringend, I, 107. 108.
 Dienstwohnungen, III, 67.
 Differenzengeschäft, I, 430.
 Disconto, I, 235 (b). 288.
 Dismembration d. Bauerngüter, II, 77 — d. Domänen, III, 132.
 Dispensationstaren, III, 246.
 Dock, II, 277.
 Domänen, III, 89. — Verkauf, III, 94 — 100 — Besteuerung der D., III, 265. — f. auch Feldgüter, Waldungen.
 Domänenpächter, III, 111.
 Domesdaybook, III, 316 (f).
 Dominicalsteuer, III, 308 (a) 339.
 Doppelbuchhaltung, III, 548.
 Drawbacks, II, 311. III, 462.
 Dreiecksnetz, III, 319.
 Drescherlohn, I, 199.
 Drittelsgebühr, II, 48 (a).
 Durchfuhr, II, 314.
 Durchgangszoll, II, 314. 315. III, 457.
 Dürftigkeit d. Einzelnen, I, 77.

E.

Effecten, f. Verschreibungen, I, 293.
 Eigenlöhner, I, 353.
 Einforderung d. Steuern, III, 187.
 Einfuhr, vgl. Ausfuhr — wie sie vergütet werden kann, I, 420 — des Getreides, II, 129 — anderer landw. Erzeugnisse, II, 132 — von Gewerkswaaren, II, 205 — ob sie zu fürchten, II, 298 — Prämien, II, 303.
 Einfuhrzoll, von Getreide, II, 129 — von anderen Rohstoffen II, 132 — von Gewerkswaaren, II, 205 — 215. — im Allgemeinen, II, 298 — 302. III, 446.
 Einkommen, rohes, I, 70 — reines, I, 71 — des Volkes I, 245 ff. — reines E. als Ausdruck der Steuerfähigkeit, III, 257.
 Einkommenssteuer, unmittel-

bare, III, [293](#) — allgemeine, III, [398](#) ff.
 Einkünfte, [I, 70](#) III, 463, siehe Staatseinkünfte.
 Einlösungsscheine, Oesterr., [I, 316](#).
 Einmischung, III, 436.
 Einnahmen, [I, 70](#) — in d. Privat- u. Regierungswirtschaft, III, [9](#) — des Staats, deren Ergänzung bei d. Unzulänglichkeit der Einkünfte, III, 463 — uneigentliche, III, 556. s. auch Staatseinkünfte.
 Einschätzung in die Classen d. Grundstücke, III, [336](#).
 Eintrag in den Rechnungen, III, 542.
 Einwanderungen, II, [16](#).
 Eisen, Production, [I, 330](#) (b) — Einfuhrzoll von dems. II, 209 (a)
 Eisenbahnen II, 272 — [273](#) (c). III, [79](#). — Regal ders. III, [219](#) (c).
 Enregistrement, III, [236](#).
 Entfernung der Grundstücke vom Hofe, II, [97](#).
 Entrichtung der Steuern, III, [284](#) — der Aufwandssteuern [411](#).
 Entwässerung, II, [103](#).
 Erbllichkeit d. bäuerlichen Besitzungen, II, [47](#).
 Erbpacht der Domänen, III, 130 — [136](#) — der Staatswaldungen, III, [144](#).
 Erbschaftsabgabe, III, [237. 405](#).
 Erbstellen, II, [42](#).
 Erdbarbeit, [I, 97](#).
 Erfindungspatente, II, [203 a](#). — Gebühr dafür, III, [245](#).
 Erhebung der Steuern, III, [286](#).
 Erhebungslisten, III, [299](#).
 Ernten, Einfluß auf den Getreidepreis, [I, 182](#).
 Ertrag, reiner, [I, 39](#) — roher, reiner, [I, 70. 71](#). — Besteuerung dess., III, [258](#) — als Stützpunkt der Grundsteuer, III, [328](#) — Erforschung, III, [332](#) — roher, als Basis für die Grundsteuer, III, [326](#).
 Ertragsanschlag, III, [122](#). — berechnung, bei Domänen, III, [125](#).
 Erwerb der Regierung III, [84](#).

Erwerben, [I, 69](#).

Erwerbsfreiheit II, [4. 5](#).

— mittel, [I, 50](#).

Erzeugniß, [I, 50](#). — landwirthschaftliches, [I, 366](#).

Erzeugungswert, [I, 58](#).

Etat, III, 465 — Special-, Haupt-, Hauptfinanz- E., 563, vgl. Voranschlag.

Etatentwurf, III, 562.

— rechnung früherer Jahre, III, 555.

— Soll, III, 544.

— wesen, III, 561.

Europa, Zonen der Fruchtbarkeit, [I, 87](#) (b). — Metallproduction, [I, 272 a](#).

Exchequer bills, III, 491.

Execution, s. Einforderung.

Exercice im französischen Rechnungswesen, III, 554.

F.

Fabriken, [I, 398. 399](#) — deren Errichtung, II, [202](#) — Betreibung durch den Staat, III, [153](#).

Fabrikarbeiter, [I, 398 a. 398 b. II, 203](#).

Fabrikeordnungen, II, [219](#).

Fabrikzeichen, II, [219](#).

Fahrniß, s. Brandversicherung.

Fahrtpost, in Bezug auf den Handel, II, [243](#) — als Regal, III, [212](#).

Fährrecht, III, 219 f.

Familiengüter, fürstl., III, [45. 46](#).

Feiertage, [I, 193](#) II, [17 a](#), III, [362](#).

Feingehalt der Münzen, II, [253](#).

Feldanzeiger, III, [336](#).

— arbeiter, deren Bedarf [I, 191](#) — Lohn, [199, 1](#). — [Zahl, I, 365](#).

— bau, dessen Beförderung, II, [150](#).

— eintheilung, [I, 382](#).

— fluren, deren gute Eintheilung, II, [97 a](#).

— graswirthschaft, [I, 382](#).

— güter, zu den Domänen gehörig, III, [103](#).

v. Fellenberg, landwirthschaftliche Armenschule, II, [355](#).

Fenstersteuer, III, 426.

Fertigkeit, I, 113.

Feuerversicherung, s. Brandversicherung.

Finanzbeamte, 3 Classen ders. III, 537.

— dienste, Abstufung ders. III, 532.

— geschäfte, III, 531.

— gesetz, III, 565.

— gewalt, III, 11.

— kammern, III, 534.

— ministerium, III, 535.

— organisation, III, 530.

— verwaltung, III, 530 (a).

— wesen, I, 16. III, 1.

— wissenschaft, I, 17. III, 5.

Geschichte, III, 19–23.

Fischerei, wilde, I, 356 — Aufsicht auf dies., II, 176 — Regalität ders., III, 195.

Flachspinnerei, I, 404 (c). II, 228.

Fleischzuschlag, III, 430. (a), 432.

— preis in London, I, 185.

— tare, II, 294.

— verbrauch, III, 432 (a).

Fleisch, dessen Ursachen, I, 112.

Flößen des Holzes, III, 219.

Flüsse, schiffbare, II, 276.

Flußzölle, III, 224.

Fohlenhöfe, III, 76 (c).

Forderungen, inländische, auswärtige, I, 49. 54. 420.

Forstberechtigungen, III, 142.

— meister, III, 145.

— regal, III, 192 (a).

— schuß, II, 160. III, 147.

— servituten, III, 148.

— statistik, III, 146.

— wirthschaft, I, 383 vgl.

Waldbau. — Beschränkung d.

Privats, II, 159 — vgl. Staatsforstwirthschaft.

Fourier, I, 45 a.

Frachtkosten, I, 174 (a).

Frankreich, Culturgränzen, I, 87 (b) — bewegende Kräfte, I, 90

— Getreidepreis, I, 178 (c) —

Volkseinkommen, I, 247. 248.

— Geldmenge I, 266 (a) — Zettel-

banken I, 314 — Bewalbung, I,

387 (b) — Ein- u. Ausfuhr, I,

425 (a). 430 (b) — Zerstückelung

des Grundeigenthums, I, 368. II,

81 (a) — Korngesetze, II, 131 (b)

— Einfuhrzölle, II, 215 (a). III,

451. 452. — Straßen, II, 269 —

Eisenbahnen, II, 273. — Canäle,

II, 277 (d) — Sparcassen, II, 367.

— Departementsausgaben, III,

54 (c). 55 (a) — Kriegscontribu-

tion, III, 77 (a) — Canalanleihen,

III, 79 (e) — Staatsvermögen,

III, 89. — Staatsforsten, III, 138.

142 — Salzregal, III, 186. 187.

Münzwesen, 202 (a) — Tabaks-

regal, 204 — Postwesen, 205 —

Lotterie, 222 — Sporteln, 231

(a). — enregistrement, 236 —

Steuererhebung, 289 — Vermes-

sung, 319 (d) — Grundsteuer,

329 ff. — Patentsteuer, 374 —

Personalsteuer, 397 (b) — Steu-

ererhebungskosten, 414 (b). —

Mobiliar-, Thür- u. Fenstersteuer,

426 (a) (b) — Weinausschlag,

434 — Runkelrüben- u. Steuer,

442 (d) — Durchgangszoll, 457.

— Zahl der Staatsgläubiger, 480

(a) — Staatspapiergeld, 487 —

Bons royaux, 491 — Renten, 495

(c). 506 (b) — Cours der Renten,

494 (c) — Anleihen mit höherem

Nominalcapitale, 496 (a) — Leib-

renten, 500 — Amortisations-

casse, 508. 520 — Zinsreduction,

511 — Vertheilung d. Renten,

513 — Herabsetzung d. Schuld,

516. — Tilgung d. Schuld, Be-

trag d. Renten, 520. 523 (c).

Freierklärung des Bergbaues,

II, 37.

— Häfen, II, 312.

Freiheit, Beschränkung ders., II, 4.

Freiquartiere, II, 312.

Fremde, deren Besteuerung, III,

266.

Frohn, I, 112. II, 62. — zum

Straßenbau, III, 79.

Fruchtfolgen, Fruchtwechsel,

I, 382.

Fuhrwerke, deren Besteuerung,

III, 427 (d).

Fundgrube, II, 37.

G.

Gartenbau, I, 379. II, 148.

Gartenland, dessen Preis, I, 379

(b) — Veranschlagung III, 129.

Gattungswerth, I, 61.

Gebäude, deren Brandversicherung, II, 25 — Ausgaben für dies. III, 67 — bei Domänen, III, 119 — Gebäudecapital, III, 357

(a) — vgl. Haussteuer.

Gebirge, I, 119 (b).

Gebrauchsarbeiten, I, 101 — nicht hervorbringend, I, 106.

— vorrath, I, 51 —

— werth, I, 57. 58..

Rente, I, 223 (a).

Gebundenheit d. Bauerngüter II, 76, — ob bei der Besteuerung zu beachten, III, 322. 333.

Gebühren, III, 86. 227—29.

Geburten, deren Häufigkeit, I, 196.

Gefahr bei Darleihen, I, 225, bei Unternehmungen, I, 239 — bei der Brandversicherung, II, 26.

Gefälle s. Grundgefälle — Steuer von dens. III, 308, 339 —

Gefängnisse, III, 69.

Gehülfen, deren Anzahl, III, 368.

Geld, als Theil des Capitals, I, 127 — Maassstab des Preises, I, 174. — dessen Wesen, I, 257 — als Deckungsmittel der Handelsbilanz, I, 422.

Geldmenge, ob sie auf den Zinsfuß wirke I, 235 — GröÙe, I, 266 — Umlauf I, 267.

— preis, I, 146. 174.

— strafen, III, 237.

Gemeinden, Aufnahme in dies. II, 15 — Armenpflege ders., II, 339 — deren Wirthschaft, III, 18 (b). 53.

Gemeindewaltungen, II, 95. 155.

— weiden, II, 84.

Gemeinheiten, deren Steuerpflicht, III, 263.

Gemeinheitstheilung, II, 75 (e). 84.

Gemeinschaft der Güter, I, 14, der Grundstücke, I, 206.

Gemeinsinn, I, 14 (c).

Generalverpachtung, III, 112.

Genödarmerie, II, 71.

Genua, Bank, I, 310 — Lotto, III, 222.

Genußmittel, I, 50. 51 — deren Unterscheidung vom Capitale, I, 128.

— werth, I, 58.

Gerichte, III, 69 — deren Kosten, III, 234.

Geringschätzung der Gewerbetreibenden, II, 20.

Gesandte, III, 78.

Geschäftsübung, III, 15.

Geschichte der Staaten, I, 24. III, 14.

Geschicklichkeit, I, 113 — deren Beförderung, II, 21 — der Kunsthandwerker, II, 185.

Gesellen, I, 398. II, 187. 199.

Geschütze, III, 76.

Gesellschaften, cooperative I, 201 a — freundschaftliche, II, 368 — deren Steuerpflicht III, 263.

Gesetze, volkswirthschaftliche, I, 10.

Gesetzgebung in der Volkswirthschaftspflege, II, 8.

Gesinde, Kost, I, 191.

Gestüte, II, 168.

Gesundheitspflege, III, 71.

Getränke, geistige, deren Besteuerung, III, 433. 451.

Getreide, als Preismaass, I, 182, verschiedene Arten, I, 183.

Getreideausschlag, III, 431.

— handel, II, 121 — 143.

— magazine, II, 136 —

der Regierung, III, 156.

— preis, Zusammenhang

mit der Wärme, I, 87 (c) —

gegen Gold und Silber, I, 176

— Veränderungen, I, 182. —

Zusammenhang mit dem Taglohn,

I, 184. — hoher Preis, Maass-

regeln dabei, II, 139 — niedriger

Preis, II, 141.

Gewährsverwaltung, III, 109.

Gewanne, deren Messung, III, 319.

Gewässer, fließende, I, 119 (e) (f).

Gewerbe, productive, I, 348 — deren Beförderung im Allgem., II, 30 — deren Besteuerung, III, 358.

Gewerbefreiheit, II, [179](#). [190](#).
 Gewerbeeinkommen, begreift
 Gewerbsgewinn und Zinsrente,
 III, [358](#). [359](#).

— gebäude, I, [125](#). —
 deren Besteuerung, III, [342](#). [355](#).

— geräthe, I, [125](#).

— schulen, II, [223](#).

— verdienst, I, [139](#). [237](#).
 reiner, [242](#). III, [359](#), — als
 Wirkung des Capitals und der
 Arbeit, III, [365](#).

— steuer, III, [358](#).

Gewerke, I, [98](#), [392](#)! — Pflege
 ders. II, [178](#), — Betreibung durch
 die Regierung, II, [227](#). III. [158](#)
 — welche vorzüglich zu begünsti-
 gen, II, [228](#).

Gewerksarbeiter, I, [191](#).

Gewerkschaften, I, [353](#) — deren
 Beamte, I, [39](#), [40](#).

Gewerksregale, III, [204](#).

— schulen II. [223](#).

— vereine, freie, II, [198](#).

— waaren, deren Preisver-
 änderung, I, [186](#) — Bezeichnung
 II, [219](#).

Gewicht der Wägen, II, [270](#).

Gewinn, s. Gewerbsgewinn — im
 Tausche, I, [151](#).

Gilden, II, [179](#) (c).

Gilten, II, 71.

Girobanken, s. Umschreibebank.

Gleichförmigkeit der Aufla-
 gen, III, [250](#). [251](#).

Gleichgewicht der Erzeugung
 und Verzehrung, I, [327](#) — der
 Erarbeit und der Gewerke, I,
[394](#) — der Einkünfte und Aus-
 gaben, III, [463](#). [465](#).

Glücksspiele, II, [362](#). III, [226](#).

Gobelins, II, [228](#) (a).

Gold, I, [176](#). Erzeugung, I, [277](#)
 a. [351](#). — Verh. zum Silber, I,
[277](#) b. II, [250](#).

Goldwaschen, III, [195](#).

Gradationsstempel, III, [231](#).

Gränzzölle, s. Zölle.

— bewachung, deren Kosten,
 III, [453](#) (c).

— bezirk, III, [460](#).

— verkehr, III, [462](#).

Griechen, deren Vorstellungen v.
 der Volkswirtschaft, I, [28](#).

Großbritannien, beweg. Kräfte,
 I, [90](#) (q) — Steinkohlen, I, [120](#)
 (c). [350](#). — Baumwollenfabri-
 cation, I, [125](#) a (b) — Volksein-
 kommen, I, [247](#). [248](#) — Geld-
 menge I, [266](#) (a) — Banken I,
[311](#)—[13](#) — Ursachen des sehr
 ausgebildeten Gewerkswesens, I,
[394](#) (a) — Fabrikarbeiter, I,
[398](#) a (g) — Güterverbrauch, I,
[401](#), (b) — Ausfuhr, I, [425](#) (a).
[430](#) (c) — Schifffahrt, I, [431](#)
 (a) — Aufhebung der Sklaverei,
 II, [19](#) — Zehntablösung, II, [70](#) —
 Gesetze über den Getreidehandel,
 II, [123](#). [131](#) — Einfuhrzölle, II,
[215](#) (a) — ostind. Compagnie,
 II, [236](#) (a) — Münzwesen, II,
[250](#) (c) — Eisenbahnen, II, [273](#).
 — Canäle, II, [277](#) (c) (d) —
 Schifffahrtsgesetze, II, [283](#) —
 Armenwesen, II, [341](#) — Werkhäu-
 ser, II, [348](#) — Sparcassen, II,
[367](#) — Bezirksausgaben, III, [56](#)
 (c). — Salzsteuer III, [186](#) —
 Postwesen III, [206](#). [207](#). [212](#).
[213](#). [216](#) a — Stempel III. [231](#).
[232](#) (a). — Grundsteuer, [315](#)
 (a) — Einkommenssteuer, [400](#)
 (a) — Nutzen der Steuerer-
 mäßigung, [417](#) — *Assessed*
taxes [425](#) (a) — Haus- und Fen-
 stersteuer, [426](#) (b) — Hund-
 steuer, [427](#) — Bedienten-, Fuhr-
 werkssteuer, ebend. — Trank-
 steuern, [432](#) (a). — Malzausschl.,
[436](#) — Branntweinausschlag, [439](#)
 — verschiedene Aufschläge, [442](#) —
 Zahl der Staatsgläubiger, [480](#)
 (a) — Schatzkammerscheine [491](#)
 — Art der Anleihen, [495](#) (e) —
 — Zeitrenten, [500](#) (b) — Leib-
 renten, [500](#) (d) — Zinsreduction,
[510](#) — Sinking fund, [519](#) —
 Tilgung und neues Borgen, [521](#)
 — Größe der Schuld, [523](#) (c).

Großhandel, I, [407](#).

Grundanschlag, III, [122](#) (a).

— auslagen, I, [40](#).

— eigenthum, großes, II,
[83](#) s. Landgüter.

— gefälle des Staats, III,
[156](#).

Grundrente, I, 139, 206 — bei Gebäuden, III, 345.
 — **steuer**, I, 41. III, 301. veränderliche oder gleichbleibende, 311. — Anlegungsarten, 316.
 — **stock**, in Baden, III, 99 (b). 507 (b).
 — **stücke**, I, 50 — als Güterquellen, I, 119. — in Bezug auf die Grundrente, I, 212 — Beschränkungen der Erwerbung, II, 82 — zerstreute Lage, II, 97, s. **Zurundung**.
 — **verbesserungen**, I, 130.
Güter, sachliche, persönliche, gesellschaftliche, I, 1 (b) — sachliche, außerhalb des Vermögens, I, 47 — persönliche, keine Vermögenstheile, I, 46 — freie, wirthschaftliche, I, 47.
Güterquellen, I, 85 — deren Zusammenwirken, I, 135 — deren Besteuerung, III, 262.
 — **sendungen** zwischen den Völkern außer dem Handel, I, 419.
Gutsherrliche Verhältnisse, II, 46.

H.

Haarpuder, Besteuerung desselben, III, 426 (d).
Hagelschaden = **Versicherung**, II, 106.
Halbpacht, I, 377 (d).
Halbvieh, II, 109.
Halbsystem, III, 461 (b).
Hamburg, Umschreibebank, I, 285.
Handänderungsabgabe, III, 236.
Handel, I, 99, 406 — ob er hervorbringend ist, I, 102 ff. — dessen Capitalbedürfnis, I, 127 — Zweige, I, 407 — 8 — Erlaubnis zur Betreibung dess., II, 232.
Handelsbilanz, I, 35, 418, 430. II, 298.
 — **gesellschaften**, II, 434 — 37.
 — **kammern**, II, 231.
 — **monopole**, II, 233.
 — **pflüge**, II, 229.
 — **prämien**, 303.
 — **recht**, II, 230 (a).

Handelsregalien, III, 203. — **system**, I, 33 — 36 — dessen Literatur, I, 37.
 — **verträge**, II, 307—309.
 — **zug**, I, 433.
Handlohn, II, 46, 48—51.
Handwerke, I, 398 — deren Trennung, II, 184 — Zunahme der **H. = Meister**, II, 191 — **Betreibung** auf dem Lande, II, 200.
Handwerksgefallen, I, 398 a. — **ordnungen**, II, 201.
 — **schulen**, II, 220.
 — **zünfte**, II, 179 —
Hannover, Vertheilung d. Grundeigenthums, I, 368 — **Solltarif**, II, 215 — **Schuld**, III, 523 (c).
Hat in den Rechnungen, III, 544.
Hauptbuch, III, 549 — **Einrichtung**, 551 u. **Anhang** II, III.
 — **cassier**, III, 567.
Häuser, **Miethzins**, I, 229 — **Rente**, III, 345.
Hausgüter, fürstliche, III, 90.
Hausierhandel, II, 290—92.
Haussteuer, III, 342 — in Großbritannien, 426.
 — **capital**, als Zeichen des Wohlstandes, III, 352 (c).
Hafengelder, III, 244.
Heberolle, III, 299.
Hebräer, **Armenzehnte** ders., II, 335 (b).
Heer, stehendes, III, 74.
Heimzahlung der Staatsobligationen, III, 524.
Heirathen, deren Erleichterung, II, 15 — leichtsinnige, II, 331.
Herabsetzung der Zinsen, s. **Zinsherabsetzung**.
Hervorbringung, I, 69, 83 — Schwierigkeiten bei manchen Gütern, I, 160 — ob sie im Ganzen zu groß sein könne, I, 330 — allg. Sorge f. dies. II, 10.
Hessen, Großh., **Grundsteuer**, III, 328 ff. — **Staatsschuld**, III, 523 (c).
Heuergeschäft, III, 503, (b).
Hirten, wandernde, I, 359.
Hochwald, I, 390. (c).
Höckerhandel, I, 435 (a).
Hofstaatsausgaben, III, 42, 45—49.

Höhe d. Aufwandssteuern, III, [417](#).
 Höhenstufen des Landes, I, [87](#)
 (b). [212](#) (d).
 Hohheitsrechte, III, [85](#). [166](#).
 Holland, s. Niederlande.
 Holz, dessen langsamer Wuchs, I, [389](#) — Sorge für dess. gute Benutzung, II, [166](#) — Verwendung, III, [149](#) — [151](#) — Ausfuhrzoll von dems., III, [456](#).
 Holzbedarf, I, [387](#).
 — capital, I, [390](#).
 — ersparung, II, [164](#).
 — höfe, III, [151](#).
 — magazine, III, [151](#).
 — mangel, II, [155](#).
 — preis, I, [384](#). [390](#) a. — wie weit ders. steigen kann, II, [158](#).
 — tare, III, [151](#).
 — transport, II, [166](#).
 — vorrath, I, [390](#).
 — zumachs, I, [389](#) (b).
 Hufen, III, [316](#) (g).
 Hülfsstoffe, I, [124](#).
 — mittel, werkzeugliche, I, [125](#) a.
 — vorrath, III, [39](#).
 Hundesteuer, III, [427](#).
 Hüttenwerke, III, [154](#).
 Hypothekenwesen, II, [24](#).
 — schulden, III, [378](#).

J.

Jacquard, I, [125](#) a (f).
 Jagd, wilde, I, [356](#) — zahme, II, [174](#).
 Jagdhohheit, III, [192](#).
 — regal, III, [192](#).
 Jahresrechnung, III, [546](#). [552](#).
 — zeiten, in Bezug auf Getreidepreise, I, [182](#).
 Jahrmärkte, II, [285](#).
 Income-tax, III, [398](#). (a).
 Industrie, I, [98](#). (c), s. auch Kunstleiß.
 Industrieschulen, II, [21](#).
 Inscriptionen, III, [506](#).
 Instruction d. Domänenverwalter, III, [107](#).
 Integrale in den Niederlanden, III, [517](#) (b).
 Intelligenzanstalten für den Handel, II, [242](#).

Kau, polit. Diction. 3te Ausg. III. 2. Abth.

Interessen, s. Zins.
 Interimsquittungen, III, [568](#).
 Inventarium b. Domänen, III, [118](#).
 Jobberei, s. Stocksjobberei.
 Josephinum, III, [326](#) (a).
 Journal, III, [547](#). [548](#).
 Irland, Größe der Pachtgüter, I, [368](#) (c) — Lage der Pächter, I, [377](#) (c). — Ausfuhr nach England, I, [425](#) (a).
 Iudex, III, [104](#) (a).
 Justizwesen, dessen Kosten, III, [69](#).

K.

Kameraldomänen, III, [102](#) (c).
 — rechnungswesen, III, [539](#), s. auch Buchführung, Jahresrechnung, Prüfung.
 — styl der Rechnungen, III, [548](#).
 — wissenschaft, III, [5](#).
 Kammereasse, III, [92](#).
 — güter, III, [90](#).
 Kanzen, Kanzbillets, III, [517](#) (b).
 Karat, II, [253](#).
 Kartoffeln, deren Einfluß auf den Lohn, I, [192](#).
 Käsegesellschaften, I, [382](#).
 Katalaktik, I, [3](#) (a).
 Kataster, III, [299](#) — für die Grundsteuer, [316](#). [337](#). [338](#) — Kosten, [329](#).
 Kaufaccise, III, [236](#).
 Kaufmännischer Rechnungstyl, III, [548](#).
 Kaufpreis, Anlegung d. Grundsteuer nach dems., III, [321](#) — von Gebäuden, III, [351](#). [52](#).
 Kennzeichen der Steuerfähigkeit d. Gewerbsunternehmer, III, [367](#).
 Kesselgeld III, [439](#).
 Ketten, goldene, deren Preis, I, [166](#) (c).
 Kinder, Arbeitsverdienst, I, [190](#) — Arbeit in den Fabriken II, [202](#) a — arme III [353](#).
 Kirche, Ausgaben für diesel., III, [80](#).
 Kleinhandel, I, [407](#). [435](#).
 Kleinkinderschulen, II, [342](#).

- Klima, dess. Einfluß auf die Fruchtbarkeit, I, 87 — auf die Grundrente, I, 212.
- Knappschafftscassen, II, 43.
- Knochen, deren Benutzung, II, 346 (c).
- Kochsalz, III, 184 ff.
- Kopenhagen, Bank, I, 317.
- Koppelwirthschaft, I, 382 (b).
- Kopfsteuer, III, 397.
- Korn d. Münzen, II, 253.
- Körnerwirthschaft, I, 382.
- Kornhallen Kornhäuser, II, 135.
- magazine, II, 136 — 138.
- Kostbarkeit, I, 168.
- Kosten, I, 56 — als Bestimmgrund des Preises, I, 148. 157. 163 165. 171 — der Arbeit, I, 189 — des Roggenbaues, I, 212 — des Weizenbaues, I, 214 — der Capitalbenutzung I, 224 — des Gewerbsunternehmers, I, 239 — des Landbaus, bei der Ausmittlung des Reinertrags abzuziehen, III, 333.
- Kostenpreis, I, 156.
- Kräfte, s. Naturkräfte.
- Kramhandel, II, 289.
- märkte, II, 285.
- Krieg, dessen Kosten, III, 77.
- Kronthaler, II, 260.
- Kunstfleiß, I, 113.
- straßen, s. Landstraßen.
- Kurhessen Ansässigmachung, II, 15 a.
- Küsten, Einrichtungen für die Schiffahrt, II, 275.
- Kutschenpferde, Steuer von dens., III, 427.
- Kure, I, 353. II, 39.
- Q.**
- Qage der Grundstücke, I, 213.
- Qagerhäuser, II, 313. III, 461 — vgl. Niederlagen.
- Qand, ödes, I, 119 (b).
- Qandarbeiter, deren Verh. zur Volksmenge, I, 365 — vgl. Feldarbeiter.
- Qandescaffe, III, 92.
- Qandgestüte, II, 168. III, 79.
- güter, deren Größe, I, 368.
- f. Gebundenheit, Grundeigenthum.
- Qandjäger, III, 71.
- stände, Ausgaben für dies., III, 50 — Steuerbewilligung ders., III, 249 (a).
- straßen, II, 270 — deren Kosten, III, 79.
- wehr, III, 74.
- wirth, Lage ders. in Bezug auf den Grundbesitz, I, 376—378. II, 46 — ob sie zur Gewerbesteuer zu ziehen, III, 362 ff.
- wirthschaft, I, 97. 358. 360
- Capital in derselben, 215 (a)
- Art des Betriebes, I, 370 — Pflege derselben, II, 44.
- Qasten, bäuerliche, II, 52 — Berücksichtigung in der Grundsteuer, III, 308.
- Qaudemium, II, 46. 48—51.
- Qaw, dessen Bank, I, 314.
- Qebensdauer der Arbeiter, I, 194
- steigt in Folge des hohen Lohnes, I, 201.
- mittel, deren Preis als Bestimmgrund des Arbeitslohns, I, 192 — deren Besteuerung, III, 421.
- versicherung, II, 369.
- Qeggen II, 218.
- Qegierung, II, 252.
- Qegitimationschein, III, 460.
- Qehranstalten, landw., II, 145
- technologische, II, 220 — polytechnische, II, 223. 224 — f. d. Handel, II, 238 höhere, III, 80.
- linge, deren Behandlung, II, 185. 199.
- zeit in den Handwerken, II, 185.
- Qeibeigenschaft, II, 19.
- gedingsgüter, II, 47 (e).
- renten, I, 234. III, 500.
- Qeihanstalten, Qeihhäuser, II, 332.
- banken I, 292 (a).
- cassen für die Ablösung der bäuerlichen Lasten, II, 60 — für Grundeigenthümer, II, 120 a.
- geschäfte, I, 100 — sind nicht productiv, I, 106.
- zins, I, 223.

Leinweberei, gesetzl. Vorschriften, II, [217 \(a\)](#) — Schauanstalten für dieselbe, II, [218](#).
 Leipzig, Bank, I, [317](#).
 Liquidirung der Staatschuld, III, 507.
 Lissabon, Bank, I, [317](#).
 List, I, [37 \(g\)](#).
 Lohnherr, I, [187 \(c\)](#).
 — steuer, III, [391](#) — [396](#).
 Loosbilletts in den Niederlanden, III, [517 \(b\)](#).
 Loose der Lotterieleihen, III, 503 (c).
 Losung, III, [402](#).
 Loth, II, [253](#).
 Löthigkeit, II, [253](#).
 Lotterie, II, [362](#). III, [220](#).
 Lotterieleihen, III, 501—3.
 Loyalty-loan, III, 504 (b).
 Lustbarkeiten, II, [362](#).
 Luxus, I, [343](#) — [47](#) — ob gesetzlich zu beschränken, II, [359](#) — L. Gesetze, II, [359 \(a\)](#) — Besteuerung, III, 423. 425. 451.

M.

Maassstab, des Preises, I, [177](#) — der Gemeinheitstheilung, II, [87](#) — der Charten, III, [319](#).
 — system, II, [247](#).
 Magazine für Getreide, II, [136 ff.](#) — für die Naturalgefälle des Staats, III, [156](#).
 Mahleinrichtung, I, [216 a \(b\)](#).
 — steuer, III, 431.
 Mailand, Kataster, III, [328](#).
 Maischsteuer, von Branntwein, III, 438.
 Majorate, II, [83](#).
 Mäkler, II, [239](#). [240](#) — = Ordnung ebd.
 Makute, I, [260](#).
 Malthus, über die Volksvermehrung, II, [13](#).
 Malzausschlag, III, 436.
 Manchester, Lohnsatz, I, [197 \(e\)](#).
 Mandaten in Frankreich, III, 487.
 Manifest, III, [244](#).
 Marine, deren Kosten, III, [73 \(c\)](#).
 Markt, kölnische, II, [253](#).
 Märkte, für Getreide, II, [135](#) — für einzelne Waaren, II, [286](#) — vgl. Jahr-M., Wochen-M.

Marktpreis, I, [156](#).
 Maschinen, deren Erfindung, I, [115](#) — Nutzen, I, [125 a](#). [401](#) — deren Wesen, I, [125](#). — Zweifel an der Nützlichkeit, I, [400](#).
 Mäßigkeitsvereine, I, [347](#).
 Maut, III, [443](#).
 Mecklenburg = Schwerin, Schuld, III, 523 (c).
 Meister, I, [398](#). II, [180](#) — deren Vermehrung, II, [191](#).
 Meisterrecht, II, 181 — erschwerte Erwerbung dess., II, [184](#).
 — stück, II, [186](#). [188](#).
 Meliorationen, I, [130](#), — bei Domänen, III, [120](#).
 Mercantilsystem I, [33](#).
 Messen, deren Nutzen, II, [245](#).
 Messordnungen in Bezug auf Zölle, III, 461.
 — register, III, [319](#).
 Messung, s. Vermessung.
 Metalle, edle, als Preismaass, I, [174](#) — als Umlaufsmittel, I, [262](#) — Preis, I, [270](#) — deren Vorrath, Zu- und Abnahme in Europa, I, [277 \(a\)](#) — werden vom Papiergelde verdrängt, I, [297](#) — als Mittel die Handelsbilanz zu decken, I, 422. 423 — deren Einkauf zur Ausmünzung, III, [198](#).
 Miethgeschäfte I, [100](#) — nicht productiv, I, [106](#).
 — steuer, III, 426 (b).
 — zins, I, [223](#). [229](#) — Abzüge von dems. zur Besteuerung, III, [344](#) — Benutzung zur Haussteuer, [349](#).
 Milchwirthschaftsvereine, I, [382](#).
 Militärausgaben, III [72](#).
 — colonien III, [74 \(c\)](#).
 Mineralstoffe, deren Gewinnung, III, [323](#).
 Minister III, [68](#).
 Mittelwerthe bei der Grundsteuer, III, [323](#).
 Mitwerben, als Bestimmgrund des Preises, I, [152](#). — bei der Arbeit, I, [195](#).
 Mobiliensteuer in Frankr., III, 426 (a) (b) — Niederlande, Belgien, [427 \(e\)](#).
 Modellsammlungen, II, [225](#).

Montur d. Soldaten, III, [76](#).
 Moratorium II, [111](#).
Münzen, I, [264](#). II, [249](#) — [262](#).
 — Abnützung, I, [277 a \(b\)](#) — Ver-
 träge darüber, II, [262](#). III, [202](#).
 Münzfuß, II, [254](#). III, [199](#).
 — regal, III, [106](#) — [202](#) vgl.
 Schlagtag.
 Mustergüter, II, [147](#).
 — stücke, III, [335](#).
 Muthen, Bergb., II, [37](#).
Mutterrolle, III, [338](#).
 N.
Nachfrage, I, [152](#).
 Nachlaß der Pächter, III, [117](#).
 Nachschuß, III, [237 \(d\)](#).
Nagelschmieden, I, [115 \(f\)](#).
 Nahrungsbedarf, I, [191](#).
 — losigkeit, II, [326](#).
 — mittel, gesetzliche Taxir-
 ung ders., II, [293](#).
 Nassau, Consolidation, II, [98](#) —
 Domänen, III, [91 \(h\)](#) — Tren-
 nung der beiden Cassen, III, [92](#)
 — Grundsteuer [324](#) — Gewerbs-
 steuer, [363](#). [369](#) [372](#).
 Nationalökonomie, I, [9](#). [17 \(a\)](#)
 Natrium, Preis, I, [163 \(d\)](#).
 Naturalabgaben, II, [71](#).
 — besoldungen III, [59](#).
 — steuern III, [284](#).
 Naturkräfte, als Güterquellen,
 I, [85](#). [86 ff](#).
 Navigationsacte, II, [283](#).
 Neapel, Banken, I, [317](#).
 Nebennutzungen, forstliche III,
[252](#).
 — wege, III, [459](#).
 Neigung d. Grundstücke, III, [319](#).
 Rennpreis, I, [177](#).
 Nettogewicht, III, [458](#).
 Neubaurente, II, [70 a](#). III, [344](#).
 Neubruchzehnte, II, [67](#).
 Neufchatel, I, [395 \(d\)](#).
 Niederlagen, II, [313](#). III, [461](#).
 Niederlande, Geldmenge, I, [266](#)
 (a), — Zwischenhandel, I, [433](#)
 — Armencolonien, II, [349](#) —
 Gewerbesteuer, III, [368 \(d\)](#) —
 Personalsteuer, [426 \(c\)](#) — Mo-
 biliarsteuer, [427 \(e\)](#) — Mahl-
 steuer, [431](#). — Bieraccise, [436](#) —
Schuldenwesen, [517 \(b\)](#). [523 \(c\)](#).

Nieberwald, I, [390 \(c\)](#).
 Nischney = Nowogorod, Messe,
 II, [246 \(f\)](#).
 Nomaden, I, [359](#).
 Nominal-, f. Rennpreis.
 Nordamerica, Regionen des An-
 baus, I, [87 \(b\)](#) — Banken, I, [317](#)
 — Aus- und Einfuhr, I, [430 \(b\)](#)
 — Canäle, II, [277](#) — Staatsgü-
 ter, III, [89 \(c\)](#) — Schulden, III,
[484 \(c\)](#).
 Notaten, III, [558](#).
Nothschulden, I, [236](#). II, [322](#).
 Nürnberg, dess. Umschreibebank,
 I, [285](#).
Nützlichkeit, I, [56](#).
 Nutzungsrecht, erbliches, der
 Landwirth, II, [47](#).

O.

Oberbaubehörde, III, [536](#).
 Oberforstbehörde, III, [145](#).
 Oberrechnungskammer, III,
[536](#). [557](#).
Obstbau, I, [381](#) — Beförderung
 dess., II, [148](#) — Veranschlagung,
 III, [129](#).
 Octroy, III, [417 \(d\)](#).
 Officiere, III, [75](#).
 Ohmgeld, III, [435](#).
Oekonomie, I, [2](#).
 Oekonomistisches System, I, [38](#).
 Omnium, III, [495 \(c\)](#)
 Organisation der Staatsämter,
 III, [531](#).
 Oesterreich, Bank, I, [316](#) —
 Aus- und Einfuhr, I, [430](#) —
 Schutzzölle, II, [215](#) — Salzregal,
 III, [186](#) — Tabaksregal, [204](#) —
 Lotterie, [222](#) — Dominicalsteuer
[308 \(a\)](#) — Grundsteuer, [326](#)
 (a). [328 \(g\)](#) — Hausst., [350](#) —
 Gewerbst., [372](#). — Einkommenst.
[400](#). — Classensteuer, [388 \(e\)](#) —
 Personalsteuer, [397](#) — Mahl-
 steuer, [431](#) — Fleischaccise, [432](#)
 — Bieraccise, [437](#) — Brannt-
 weinaccise, [438](#). — Zwangsan-
 leihen, [486](#) — Lotterieleihen,
[501](#) — ältere Staatsschuld, [517](#)
 — Schuldentilgung, [520](#) —
 Stand der Schuld, [523](#).

P.

- Pachtanschläge, III, 121—129.
 Pachtcontract, III, 120.
 Pächter, der Steuern, III, 288.
 — ob sie zur Gewerbesteuer zu ziehen, III, 362 — vgl. Domänenpächter.
 Pachtrente, I, 207. 209 217.
 Pachtungen, I, 377. II, 296 — bei Domänen, III, 110.
 Pachtzeit, III, 185.
 — zins, I, 208 — bei Domänen, III, 114 — als Stützpunkt für die Grundsteuer, III, 325.
 Paketschluß, III, 218.
 Pachthöfe, s. Niederlagen.
 Papiergeld, I, 293 — Verfahren der Regierung in Ansehung des Privat-PG., II, 263 — 268 — vgl. Staats-PG.
 — handel, I, 407. 437. — Sorge für dens., II, 316.
 Parcellarmessung, III, 319.
 Pari, der Münzen, I, 289.
 Passivhandel, I, 415.
 Patente der Handwerksmeister, II, 196 — s. auch Erfindungsrechte.
 Patentabgabe, III, 369. 374.
 Pauperismus, II, 324 (a).
 Pauschsumme für die Accise, III, 430.
 Pelzgeld, I, 262.
 Pendel, Anwendung auf das Maasssystem, II, 248.
 Pensionen, III, 62. 518.
 Perlenbäche, III, 195.
 Perser, deren Wohlthätigkeit, II, 335 (b).
 Persien, Grundsteuer, III, 316 (a).
 Personalsteuer, III, 397.
 Petty, Tilgungsplan, III, 519.
 Pfandbriefe, II, 114.
 — häuser, II, 332.
 Pfennig, gemeiner, III, 402 (c).
 Pferde, deren Zucht, II, 168. 169 — Anschaffung für das Militär III, 76.
 Pferdekräfte, I, 90 (r).
 Phsyiokratie, I, 38.
 Pitt, dess. sinking fund, III, 519.
 Plombiren, III, 461.
 Pochzins, III, 182.
 Politik, wirthschaftliche, I, 13. III, 13.
 Polizei, II, 6 — deren Kosten, III, 70 — Anstalten, III, 71.
 Polizeigebühren, III, 237 a.
 — taxen, II, 293—96.
 Polytechnische Schulen, II, 223.
 Pommern, rittersch. Bank, I, 317.
 Portugal, Aus- und Einfuhr, I, 430 (b) — Geldmenge I, 266 (a). — Schuld, III, 523 (c).
 Porzellanfabriken des Staats, III, 153.
 Postcursen, III, 215.
 Posten, d. Rechnungen, III, 542.
 Postgeheimniß, III, 219.
 — halter, III, 218.
 — reform, III, 216 a.
 — regal, III, 205—219.
 Prämie bei Seeversicherungen, III, 284 — für Aus- oder Einfuhr, II, 303 — für volkswirthschaftliche Zwecke, III, 79 — des Schleichhandels, III, 453 (a).
 Prämienaffecuranz, II, 25.
 — geschäft, I, 440 (a).
 Praxis, Verhältniß zur Theorie, III, 15—17.
 Preis, I, 56. 144. 146 — nützlichster Stand, I, 170 — d. Grundstücke, I, 219.
 Preisanschlag, I, 57 (c).
 — aufgaben, für Gewerksleute, II, 225.
 — fähigkeit, I, 56.
 — maass, allgemeines, I, 260.
 Preußen, Aerzte, I, 111 (c).
 — Bevölkerung und Getreidepreis, I, 178 (c) — Cassenanweisungen, I, 295. 298 — Aus- u. Einfuhr, I, 430 (b). — Schifffahrt, I, 431 — Ablös. der bäuerl. Lasten, II, 61 (c) — Handelsgesellschaften, II, 236 (a) — Salzregal, III, 186 — Stempelgesetze, III, 231 (b) — Steuerbetrag der Provinzen 280 (b) — Grundsteuer, 328 (f) — Gewerbesteuer, 360. 369 — Classensteuer, 400 — Mahlsteuer, 431 (c) — Schlachtsteuer, 432 — Moststeuer, 434 — Malzsteuer, 436 — Branntweinsteuer, 438 — Papiergeld,

- 489 — Zinsreduction, 510. 511
 — Staatsschuld, 523 (c).
 Price, über Schulden tilgung, III, 519 (c).
 Privatlager, II, 313.
 Producenten, I, 138.
 Production, s. Hervorbringung.
 Produktionssteuern, III, 429 (a).
 Prohibitivsystem, II, 213. III, 446.
 Prolongation, I, 440 (a).
 Promessengeschäft, III, 503 (b).
 Property tax, III, 400.
 Protectionssystem, II, 213.
 Provincialausgaben, III, 53.
 Prüfung der Handwerker, II, 188
 — der Rechnungen, III, 557.

Q.

- Quatembergelber, III, 182.
 Quésnay, I, 38.
 Quittungen, III, 553. 568.
 Quotitätssteuern, III, 295.

R.

- Räder, deren Breite, II, 270.
 Radicirte Gewerbe, II, 194 (c).
 Rapp, I, 452 (c).
 Raubbau, II, 38.
 Reädicationsbetrag, III, 344.
 Realgewerbe, II, 194.
 Real = s. Sachpreis.
 Rebbau, I, 379. — Beförderung dess. II, 149.
 Receßgelder, III, 182.
 Rechnungen, III, 539 — Prüfung ders., 557.
 Rechnungsbehörde, oberste, III, 536. 557.
 — beschreib, III, 558.
 — führer, Vorkenntnisse dess., III, 545.
 — geld, I, 260 (b).
 — instruction, III, 546.
 — styl, III, 548. 549.
 Rechte, dingliche, im Staatsvermögen, III, 155.
 Rechtszustand, als Bedingung der Production, II, 18.

- Reclamationen, s. Steuerreclamationen.
 Regalien, III, 85. 166, s. Hoheitsrechte.
 Regenmenge, I, 87 (c).
 Regieausgaben, III, 66.
 Regierung, I, 4. III, 1.
 Regierungsausgaben, III, 52.
 — wirthschaft, III, 1.
 Registrirungsgebühr, II, 236.
 Regulirung der Steuern, III, 282. 299.
 Reichthum, der Einzelnen, I, 76
 — der Völker, I, 79.
 Reinertragsschätzung für die Grundsteuer, III, 328.
 Reis, I, 260 (b).
 Reitpferde, Besteuerung derselben, III, 427.
 Remedium, II, 254.
 Remissionen, III, 117.
 Rente für bäuerliche Lasten, II, 57.
 — R. als Art der Staatsschulden, III, 493. 494.
 Rentenanstalten, II, 368 a.
 Rentes flottantes und classées, III, 513 (a).
 Rentner, deren Behandlung bei der Besteuerung, III, 259.
 Reparaturen bei Domänen, III, 119.
 Repartitionssteuern, III, 295.
 Report, I, 440 (a).
 Republiken, Staatsausgaben in dens., III, 51.
 Reservefonds, III, 39.
 Reste in den Rechnungen, III, 544.
 Rettungscassen, II, 334.
 Revierförster, III, 145.
 Revision der zollpflichtigen Waaren, III, 460 — der Rechnungen, III, 557.
 Rheinhessen, Holzpr. I, 386 (e).
 — preußen, Kataster III, 328
 — schiffahrt, II, 279. 281 (b).
 Ricardo, I, 46 (c) — über den Arbeitslohn, I, 202 — über Grundrente, I, 209. 212. 216.
 Rindviehzucht, II, 170.
 Rio Janeiro, Bank, I, 317.
 Rodung der Waldungen, II, 156.
 Roggen, dessen Productionskosten, I, 212.

Rom, Banken, [I, 317](#) — Grundsteuer, III, [316 \(a\)](#) — Zölle, III, [443](#) — Anleihe unter Levinus, [III, 504 \(b\)](#).
 Römer, deren volkswirthschaftliche [Vorstellungen, I, 30](#).
 Rotterdam, Umschreibebank, [I, 285](#).
 Routine, III, [15](#).
 Rubriken, Spalten- u. Posten-, III, [542](#).
 Rückauf der Staatsobligationen, [III, 524](#).
 — stände der Steuern, III, [287](#).
 — der Ausgaben, III, [486](#).
 — standrechnung, III, [555](#).
 — zölle, II, [311](#) III, [462](#).
 Ruhehalte, III, [62](#).
 Rumfords Suppe, II, [346 \(b\)](#).
 Runkelrübenzucker, Steuer, III, [442](#) — Zollschuß, II, [214 \(d\)](#).
 Rußland, Zonen der Wärme, [I, 87 \(b\)](#) — [Bankwesen, I, 317](#) — Aus- und Einfuhr, [I, 430 \(b\)](#) — Schutzzölle, II, [215 \(a\)](#). — Zolltarif, III, [451. 452](#) — Schuldenwesen, III, [523 \(c\)](#).

S.

Sachpreis, [I, 172](#).
 Sachsen, Salzregal, III, [186](#) — Grundsteuer, III, [328. 329. 332. 335](#) — Hausst. III, [357](#) — Gewerbst. III, [367. 372](#) — Capitalst. III, [389](#). — Staatsschuld, III, [523 \(c\)](#).
 Sachsen = Altenburg, Roßburg, Gotha, Schuld, III, [523. \(c\)](#).
 Salpeterregal, III, [190. 191](#).
 Salzconscription, III, [185](#).
 — gewinnung, III, [189](#).
 — regal, III, [184](#).
 St. Gallen, Bank, [I, 317](#).
 St. Petersburg, Bank, [I, 317](#).
 St. Simon, [I, 45 a](#).
 Sardinien, Schuld, III, [523 \(c\)](#).
 Schaafzucht, Zusammenhang mit den Weiderechten, II, [72](#) — Beförderung, II, [171. 172](#).
 Schaßkammerscheine, III, [491](#).
 Schätzungen, III, [292. 297](#).

Schätzung, [I, 55](#) — nach den Preisen, [63](#).
 Schauanstalten, II, [218](#).
 Scheidemünzen, [II, 258. 259. III, 198](#).
 Schenkewirthshäuser, II, [362](#).
 Schifffahrt verschiedener Länder, [I, 431](#) — Beförderung dersf. II, [278 — 284](#).
 Schifffahrtsgesetze, II, [283](#).
 Schlagſchlag, II, [257](#) III, [196](#).
 Schlachtsteuer, III, [432](#).
 Schleichhandel, III, [453](#).
 Schleusengelder, III, [244](#).
 Schlußzettel, II, [240](#).
 Schneegränze, [I, 87 \(b\)](#).
 Schuß, III, [316 \(d\)](#). [402](#).
 Schottland, Banken, [I, 313](#) — Holzpflanzungen, [I, 385 \(c\)](#).
 Schuld, schwebende, III, [491](#).
 Schulden zwischen den Völkern, [I, 420](#) — der Zünfte, II, [194](#) — vgl. Staatsschulden, — der Staatsbürger, in Bezug auf die Zinsrentensteuer, III, [383. 401 a](#).
 Schuldentilgung bei Creditvereinen, II, [118](#). vgl. Tilgung.
 Schuldentilgungscasse, III, [508](#).
 Schuldzinsen, Einnahme aus densf., III, [165](#).
 Schulen, [II, 21](#). vgl. Lehranstalten, — für arme Kinder, II, [353](#) — niedere, höhere, III, [80](#) — für Handwerker, II, [222](#) — polytechnische, II, [223](#).
 Schupflehen, [II, 47 \(b\). 47 a \(e\)](#).
 Schürfen, [II, 37](#).
 Schutzsystem, II, [213](#).
 — zölle, II, [301](#) III, [445](#).
 Schweden, Lohn, [I, 199](#) — Bankwesen, [I, 317](#).
 Schweiz, Salzregal, III, [186](#) — Scala der Cantone, III, [280 \(c\)](#).
 Scontiren, [I, 292](#).
 Scripts, III, [495 \(c\)](#).
 Seehandlung, preuß., II, [236](#).
 — versicherungen, II, [284](#).
 Seidenzucht, II, [173](#).
 Selbstverwaltung der Domänen, III, [104—108](#).
 Senfalien, II, [239](#).
[Serra, I, 37 \(d\)](#).
 Serviststeuer, III, [358 \(c\)](#).

- Servituten, [landwirthsch.](#), II, 72
 — forstwirthschaftl. II, [161](#) [163](#).
 Silber, dessen Preiserniedrigung, [I](#), [171](#) — Erzeugung, [I](#), [277](#) a. [352](#) — Verh. z. Golde, [I](#), [277](#) b. II, [250](#).
 Silbermünzen, wichtigste, II, [255](#) (c).
 Sinecuren, III, [32](#) (a).
 Sinking fund, III, 519—521.
 Sklaven, [I](#), [112](#) (c). II, [19](#).
 — handel, II, [19](#) (b).
 Smith, A., [I](#), 43—45. — Einfluß auf die Finanzwissenschaft, III, [22](#).
 Smuggel, III, 453.
 Socialisten, [I](#), [45](#) a.
 Soll der Rechnungen, III, 544.
 Sortenzettel, III, 569.
 Spalten der Rechnungen, III 542.
 Spanien, Tabaksregal, III, 204
 — active und passive Schuld, III, 517 (a). 523 (c).
 Sparcassen, II, [364](#) [368](#).
 Sparsamkeit, [I](#), [335](#) — in den Staatsausgaben, III, [28](#).
 Specialität der Etatsätze, III, 565.
 Spedition, II, [314](#).
 Spielcharten, III, 441.
 — häuser, III, [226](#).
 Spinnerlohn, [I](#), [190](#) (a).
 Spinnmaschinen, [I](#), [125](#) a (b) (c).
 Spitzenköppeln, [I](#), [395](#) (a). [405](#) (d).
 Sporteln, III, [234](#).
 Staaten, schuldenfreie, III, 484 (c).
 Staatsanleihen, III, 474.
 — aufwand, s. Staatsausgaben.
 — ausgaben, III, [24](#) — ordentl., außerord. III, [39](#) — Festsetzung ders. mit Rücks. auf die Einkünfte III, 469.
 — bankrott, III, 516.
 — credit, Wirkung der Capitalsteuer, III, [385](#).
 — diener, deren Besteuerung, III, [393](#) — [95](#).
 — einkünfte, III, [82](#) — was bei deren Unzulänglichkeit zu thun ist, III, 463 — Gränze ders., III, 467 — Festsetzung mit Rücksicht auf die Ausgaben, 469.
 Staatsseisenbahnen, [III](#), [219c](#).
 — fabriken, III, [153](#).
 — forstwirthschaft, III, [145](#).
 — forstwissenschaft, III, [145](#) (a).
 — frohnen, II, [65](#).
 — gläubiger, deren Zahl in Großbritannien und Frankreich, III, 480 (a).
 — güter, III, [90](#).
 — monopole, III, [203](#).
 — obligationen, auf Namen oder auf den Inhaber, III, 506.
 — papiere, [I](#), 438 ff. — Sorge für den Handel mit dens., II, [316](#).
 — papiergeld, [I](#), [295](#). II, [265](#). III, 487 — [89](#) — dess. Einziehung, III, 529.
 — rechnenkunst, III, [14](#).
 — rechnungswesen, siehe Kammal-Rechn.
 — schatz, III, 464.
 — schuldbriefe, III, 506.
 — schulden, als Grund für den Domänenverkauf, III, [95](#) — Veranlassung, III, 463 — Lehre von denselben, 471. vgl. Anleihen, Tilgung, Staatsbankrott.
 — vermögen, III, [4](#) — Unterschied von dem Volksvermögen, [I](#), [48](#) — Erwerb aus dems., III, [85](#) — Bestandtheile, III, [88](#).
 — vertheidigung, III, [72](#).
 — waldungen, III, [137](#) — [152](#).
 — wirthschaftslehre, [I](#), [15](#) [III](#), [5](#).
 — wissenschaft, [I](#), [21](#). III, 11.
 Städte, deren Verfall, II, [200](#).
 Stammgestüte, II, [168](#).
 — güter des Fürstenhauses, III, [45](#) [90](#).
 Stapelrecht, II, [278](#).
 Statistik des Landbaues, [I](#), [212](#).
 Statistik, deren Verhältniß zur pol. Oek., [I](#), [25](#) — zur Finanzwissenschaft III, [14](#).

- Stecknadeln, I, 115 (f).
Steiermark, Vertheilung des Grundbesizes, I, 368 (c).
Steinkohlen, I, 120 (c). 350
 — in Großbrit. ebd. (e). 394(a).
 — salz, III, 189 (c).
 — wege, II, 270.
Stempelgebühr, III, 231.
Sterblichkeit, I, 196 — in verschiedenen Ländern, I, 201. 375.
Steuern, III, 84. 247 — deren Wirkungen III, 267 — Eintheilung, 291 — vgl. Auflagen.
Steueranschlag, III, 299.
 — ausschreiben, III, 282.
 — beschreibung, III, 299.
 — betrug, III, 413.
 — bewilligung, III, 249.
 — capital, III, 299.
 — casse, III, 92.
 — einnehmer, III, 289.
 — erhebung, III, 286.
 — fähigkeit, III, 254 —
Kennzeichen ders. b. versch. Provinzen, 280.
 — freiheit, III, 250. 315 a (c).
 — fuß, III, 282.
 — listen, III, 299.
 — objecte, III, 254. 282.
 — pflicht, wer ihr unterliegt, III, 263.
 — quellen, III, 254.
 — reclamationen, III, 337. 376.
 — simplum, III, 299.
 — system, III, 276.
 — vorschüsse, III, 486.
 — wesen, Einrichtung dess., III, 276.
 — zölle, III, 445.
Stiftungen, deren Steuerpflicht, III, 263.
Stockholm, Bank, I, 317.
Stocks, III, 506.
Stocksjobberei, I, 440. II, 316.
Stoffe, rohe, deren Preisveränderungen, I, 186 — Zunahme ihrer Kosten, I, 215 a.
Stoffarbeit, I, 96.
 — gewinnung, I, 97.
Stollenneuntel, III, 182.
Strafanstalten, III, 69.
Straßen, II, 569. III, 79.
Straßenfrohen, III, 243.
 — geld, III, 238.
Streuberechtigung, II, 162. 163 a.
Strikes, I, 201 (a).
Stromgebiet, I, 119 (f).
Stückelung, II, 255.
Stücklohn, I, 112.
 — messung, III, 319.
Sturz der Cassen, III, 569.
Submission, III, 37 — bei Staatsanleihen, III, 505.
Sully, I, 32. III, 561 (a).
Sümpfe, deren Austrocknung, II, 103.
Superinventarium, III, 178.
 — revision, III, 558.
Suppe, Rumfordsche, II, 346 (b).
- T.**
- Tabaksregal, III, 204.
 — steuer, III, 440.
Tabellenform der Rechnungen, III, 541.
Tableau économique, I, 40.
Tagebuch, III, 547.
Taglohn, verglichen mit dem Getreidepreise, I, 179 (a).
Tagelöhner, Unterhaltsbedarf, I, 190. 191. — deren Lohn in verschiedenen Ländern, I, 199 — auf großen Landgütern, I, 375 — was ihnen die Verkleinerung der Güter nützt, II, 78.
Taille, III, 316 (c).
Tara, III, 458.
Tarif, der Post, III, 216. 217. — der Zölle, III, 458.
Taxation, III, 121.
Taxatoren, bei der Grundsteuer, III, 336.
Taxen, gesetzliche, der Nahrungsmittel, II, 293 — des Lohns, II, 317 — des Zinses, II, 319 — T. v. Anstellungen zc. III, 233 — für Gewerbsconcessionen, III, 245 — von Dispensationen, III, 246.
Taxes, assessed, III, 425.
Techniker, III, 537.
Telegraph, III, 219 (b).
Theilung der Bauerngüter, II, 77.
Theorie, Verhältniß zur Praxis, III, 15.

Theuer, **Th**euerung, I, 168. —
 des Getreides, II, 139.
Thierzucht, I, 358. II, 167.
Thoraccise, III, 429.
Thür- und Fenstersteuer, III,
 426 (c).
Tilgestamm. sinking fund, III,
 519—521.
Tilgung der Staatsschul-
 den, III, 515—529.
Titel, Besteuerung, III, 425 (a).
Tobte **P**and, II, 83.
Tonnengeld, III, 224.
Tontinen, II, 368 (a). III, 500.
Transksteuern, III, 433.
Transito, siehe Durchfuhr,
 Durchgang.
Transportkosten, Einfluß auf
 die Grundrente, I, 214.
Tresorscheine, III, 489.
Tretmühlen, II, 352 (b).
Triangulirung, III, 318.
Twist, Einfuhrzoll, II, 214 (d).

U.

Ueberfluß, I, 76.
 — fülle der Erzeugnisse, I,
330.
 — schuß der Staatseinkünfte,
 III, 464.
 — setzung der Handwerke,
 II, 191.
 — sparen, Beförderung des-
 selben, II, 363.
 — völkerung, II, 330.
 — wälzung der Steuern,
 III, 269 ff. — der Capitalsteuer,
 III, 379 — der Aufwandsst. III,
420. 422. — des Ausfuhrzolles,
 III, 454.
 — weisen, I, 292.
Umgeld, III, 428 (a).
Umlauf, der Güter, I, 252 — 56.
 des Geldes, I, 256 — der frem-
 den Münzen, II, 260.
Umlen der Briefe, III, 219.
Umschlagerecht, III, 278. 279.
Umschreibebanken, I, 283.
 — bücher zur Grund-
 steuer, III, 338.
Umspedition, III, 218.
Umtriebszeit, III, 146.
Ungarn, Bauern, II, 19 (c).

Ungeld, III, 428 (a).
Universitäten, III, 80.
Unterbrechungen der Arbeit, I,
193.
Unterhalt, ob er bei der Besteue-
 rung abzuziehen sei, III, 259.
 — sbedarf, I, 190. 192.
239. III, 259.
 — mittel, I, 126.
Unternehmer, I, 136 — als
 Lohnarbeiter, I, 187 — Einkom-
 men desselben, I, 237. III, 359 —
364. — Verbindung mehrerer Ge-
 werbe bei einem U., III, 376.
 — nehmung, I, 137.
 — richtsanstalten, land-
 wirthschaftl., II, 145 — technolo-
 gische, II, 220.
Unterstützungscassen, II, 369.
Urbarmachung, II, 102.
Urmasse, II, 248.
Uso, I, 288 (b).

V.

Valuta, feste, veränderliche, I,
289.
Vakuation, II, 261.
Vansittart, Tilgeplan, III, 519.
Venedig, Umschreibebank, I, 285.
Verabredung der Arbeiter, I,
201 a. II, 317.
Veranschlagung der Ländereien,
 III, 127.
Verbindung der Arbeiten, I,
116 (c).
Verbrauch, I, 68. 319.
Verbrauchssteuer, siehe Auf-
 wandssteuer.
Vereine, landwirthschaftl., II, 146
 — freie Gewerks-, II, 198 — für
 Gewerksbildung, II, 222 — für
 Beförderung der Gewerke, II,
225 — für Armenpflege, II, 339.
Verfassung, Ausgaben aus der-
 selben, III, 45.
Verhältnißmäßigkeit der Auf-
 lagen, III, 251.
Verkauf der Domänen, III, 94 —
 des Holzes, III, 156.
Verkehr, I, 8. 143.
Verkehrsarbeiten, I, 99.
 — werth, I, 60.

Verkleinerung der Bauerngüter, II, [77](#) f. auch [Gebundenheit](#).
 Verkoppelung, II, [75](#) (b).
 Verlosungen, II, [362](#).
 Vermessung, zur Grundsteuer, III, [317](#) — [19](#).
 Vermögen, I, [2](#).
 Vermögensstamm, I, [70](#) — Aufzählen dess., III, [463](#).
 — steuer, III, [293](#). [402](#) bis [404](#).
 — zustand der Einzelnen, I, [74](#) ff.; — [des Volkes](#), I, [78](#).
 Verpachtung der Domänen, III, [110](#). f. Pachtung.
 Versammlungen, landständische, deren Kosten, III, [50](#).
 Verschreibungen, Effecten, I, [293](#).
 Verschwenker, II, [361](#).
 Versicherung, f. Brandversicherung, Hagelschaden — des Viehstands, II, [109](#) — gegen Seegefahr, II, [284](#).
 Versorgungscassen, II, [364](#). [368](#). a.
 Versteigerung des Holzes, III, [151](#).
 Vertheilung, I, [140](#); — des Einkommens, I, [141](#).
 Verträge über das Münzwesen, II, [262](#) — über die Schifffahrt, II, [281](#); — über Zölle, II, [301](#) — über den Handel, II, [307](#)—[309](#).
 Verwalter der Domänen, III, [104](#).
 Verwaltung der Staatsschuld, III, [507](#).
 Verwandlungsstoffe, I, [123](#) a.
 Verzehrung, I, [68](#). [318](#). — productive, I, [323](#) — Sorge für diesel., II, [357](#) ff. — wird durch hohe Steuern vermindert, III, [417](#).
 Verzinsung der Staatsschuld, III, [509](#).
 Vieh als Preismaaß, I, [260](#).
 Viehstand, dessen Größe, I, [370](#) (b) — Versicherung, II, [109](#).
 — steuer III, [363](#).
 — zucht, I, [359](#) — deren Beförderung, I, [167](#) — Berechnung ihres Ertrages, III, [126](#).
 Villele, Zinsreduction, III, [511](#) (a).
 Villicus, III, [104](#) (a).

Visitation der Waaren, III, [406](#) — der Personen, ebd. (e).
 Volk, I, [4](#).
 Volksbildung, deren Kosten, III, [80](#).
 — classen, in Hinsicht auf ihr Einkommen, I, [142](#).
 — einkommen, I, [245](#).
 — menge, deren Zunahme, I, [196](#).
 — schulen, III, [80](#).
 — vermehrung, I, [196](#). II, [12](#).
 — vermögen, I, [6](#). [48](#). [50](#).
 — wirthschaft, I, [5](#).
 — wirthschaftslehre, I, [9](#).
 — wirthschaftspflege, I, [17](#). II, [1](#) — Ausgaben für dieselbe, III, [79](#).
 — wirthschaftspolitik, I, [17](#).
 Voranschlag, III, [465](#).
 Vorkaufrecht bei Privatbergwerken, III, [183](#) — bei der Zolientrichtung, III, [457](#).
 Vorräthe, unbestimmte I, [52](#) — fertige, I, [127](#) — von Bodenzeugnissen, deren Verwaltung, III, [156](#).
 Vorrichtungen, stehende, I, [125](#) — chemische, ebd.

W.

Waarenhandel, I, [407](#).
 — verschluss, III, [461](#).
 Wairencassen, II, [368](#).
 — häuser, II, [355](#).
 Waizen, dessen Preis in verschiedenen Zeiten I, [176](#).
 Wald, dessen Rente, I, [386](#) — dess. Größe im Verhältniß zum Flächenraum der Länder, I, [387](#) (b) — Eigenthumsverhältnisse, II, [155](#) — Nutzen des Staatsbesitzes, III, [139](#). [141](#). — neue Anlagen III, [140](#). [147](#) — Besteuerung, III, [332](#), f. Staatswaldungen.
 — bau, Beförderung dess., II, [153](#). [165](#).
 — boden, unbedingter I, [386](#).
 — hüter, Waldschützen III, [145](#).
 — servituten, II, [161](#), III, [108](#).

Walbfrey, II, [162](#). [163](#) (a).
 — verwüstung, II, [156](#).
 — weide, II, [162](#). [163](#) a.
 Walzenbe Stücke, II, [76](#).
 Walpole, dessen Tilgestamm, III, 519.
 Wandern der Handwerker, II, [181](#). [186](#).
 Wappen, deren Besteuerung, III, 526 (a).
 Wärme, klimatische [I](#), [87](#) — deren Zusammenhang mit den Preisen, ebend. (c).
 Warschau, Bank, [I](#), [317](#).
 Wasserbau, III, [79](#).
 — baubeiträge, III, 237 a.
 — regal, III, [195](#).
 — straßen, II, [275](#).
 — zölle, II, [280](#).
 Webemaschinen, [I](#), [404](#) (d).
 Weberei durch Landleute, [I](#), 397.
 Wechsel, [I](#), [286](#) — deren Nutzen, [I](#), [288](#) — Kurs, [I](#), [289](#) — in Bezug auf die Handelsbilanz, [I](#), 427.
 Weggeld, III, [238](#) — 42.
 Wehrli, II, [355](#).
 Weiden, [I](#), 359 II, [162](#). — Menge [berf. I](#), [182](#) (d) — des Staats, III, [164](#); — deren Ertrag, [I](#), [382](#) — Weiderecht, II, [72](#) bis [75](#).
 Weimar, Einkommensteuer, III, 400.
 Weinaufschlag, III, 433 — Erhebung bei den Weinbauenden 434 — bei den Schenkwirthen, ebend.
 Weinbau f. Rebba u.
 Weltwirthschaft, [I](#), 16 — [18](#).
 Werkzeugen, [I](#), [125](#).
 Werth, [I](#), [56](#). Gebrauchs-, Tausch-
 W. [57](#). Genuß-, Erzeugungs-
 W. [58](#), abstracter, concreter, [61](#). — als Bestimmgrund des Preises, [I](#), [247](#) — der Arbeit, [I](#), [188](#).
 Wiesen, deren Veranschlagung, III, [129](#).
 Wiesenbau, [I](#), [382](#) — dessen Beförderung, II, [73](#).
 — weide, II, [152](#).
 Wilbbann, II, [175](#).
 Wirthschaft, [I](#), [2](#).

Wirthschaftsgebäude bei Domänen, III, [119](#).
 — Korn, III, [128](#).
 — lehre, [I](#), [2](#) — bürgerliche, I, 3. 23.
 — überschuß, [I](#), [72](#).
 Wittwencassen, II, [368](#) a. III, [64](#).
 — gehalt, III, [65](#).
 Wochenmärkte, II, [287](#).
 Wohlfeil, Wohlfeilheit, [I](#), [168](#) — der Bodenerzeugnisse, II, [141](#) — [143](#).
 Wohlleben, [I](#), [343](#).
 Wohlstand, der Einzelnen, [I](#), [76](#) — der Völker, [I](#), [81](#) II, 1 — der Gewerksunternehmer, III, [376](#).
 Wohlthätigkeit, II, [335](#).
 Wohngebäude, des Staates, III, [154](#) a. — deren Besteuerung, III, [343](#).
 Wohnungsteuer, III, 426.
 Wollpreis, II, [171](#).
 Workhouses, II, [348](#). [348](#) a.
 Wucher, II, [319](#) — W.-Gesetze, II, [319](#) — [323](#).
 Würdigung fremder Münzen, II, 261.
 Württemberg, Holzpreis, [I](#), [368](#) — Ein- und Ausfuhr, [I](#), [430](#) (b).
 Ansässigmachungsgesetze, II, [15](#) a (f) — Staatsforsten, III, [142](#) — Hüttenwerke, III, [154](#) — Grundgefälle, [155](#) — Salzregal, III, [186](#). — Haussteuercapitale, [352](#) (c) — Gewerbesteuer, [368](#). [373](#) — Capitalsteuer, [390](#) (a) — Besoldungssteuer, [395](#) (a) — Hundesteuer 427. — Staatsobligationen, 507 (b) — Schuld, 523 (c).

X.

Xenophon, [I](#), [29](#). III, [19](#).

3.

Zahlenlotterie, Lotto, III, [222](#).
 Zahlmeister einer Cassa, III, 567.
 Zahlungsanweisung, III, 568.
 Zapfgebühr, III, 435.
 Zechen, im Bergbau, II, [37](#).
 Zehnte, II, [66](#) — 70 a. — des Staates, III, 158 — [164](#).

In demselben Verlage sind erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Dael, Dr. Fr. Ueber Association im Gewerbetwesen namentlich Industriehallen und gemeinsame Werkstätten. (Besonders abgedruckt aus dem Archive der politischen Oekonomie von Rau und Hanssen. Neue Folge. Bd. VIII.) gr. 8. 1848. geh.
5 Ngr. oder 18 fr.

Euripides. Von J. J. C. Donner. I. Band. gr. 8. 1841. geh.
Zhlr. 1. 15 Ngr. oder fl. 2. 40 fr.

— — — — — II. Band. gr. 8. 1845. geh.
Zhlr. 1. 15 Ngr. oder fl. 2. 40 fr.
Der 3. Band ist unter der Presse.

Häusser, L. (Professor der Geschichte in Heidelberg.) Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution. 1851. 43 Bogen: 8. geh.
Rthlr. 1. 26½. Ngr. oder fl. 3. 12 fr.

Hanssen, Prof. G., statistische Forschungen über das Herzogthum Schleswig, mit besonderer Rücksicht auf nationale Eigenthümlichkeiten, Gemeinwesen, Steuerverhältnisse und den gegenwärtigen Zustand der Bauernwirthschaften. Erstes Heft: die Küstenstrecke von der Breebe Aue bis zur Wid Aue. gr. 8. 1832. geh.
10 Ngr. oder 36 fr.

— Ueber öffentliche Arbeitsnachweisungs-Anstalten. (Besonders abgedruckt aus dem Archiv der polit. Oekonom. und Polizeiw. Neue Folge. 4. Bd. 3. Heft.) gr. 8. 1846. geh.
Ngr. oder 12 fr.

Heine, Dr. med. J., zu Germersheim. Politische Betrachtungen eines Unpolitischen über das gegenwärtige Verhältniß Deutschlands zur Revolution und zur Parlamentsfrage über die Bestellung eines Reichsoberhauptes für Deutschland. gr. 8. 1848. geh.
12 Ngr. oder 42 fr.

Hepp, Dr. F. K. Th. die Theorie von der Zurechnung und von den Milderungsgründen der Strafe nach den neuern Legislationen und dem gemeinen Rechte, mit besonderer Rücksicht auf den Entwurf eines Strafgesetzbuchs für das Königreich Würtemberg. gr. 8. 1836. geh.
10 Ngr. oder 36 fr.

— Vergleichung des ursprünglichen Hannover'schen Strafentwurfs mit dem revidirten Entwurfe. gr. 8. 1832. geh.
(Aus den Heidelb. Jahrbüchern der Literatur besonders abgedruckt.)
7½ Ngr. oder 27 fr.

Jolly, Jul Ueber das Beweisverfahren nach dem Rechte des Sachsenspiegels. Dissertation unter Genehmigung der hohen Juristenfacultät zu Heidelberg, zur ordnungsmäßigen Erlangung der Doctorwürde geschrieben. gr. 8. 1846. geh. 8 Ngr. od. 28 fr.

Lieber, F., Erinnerungen aus meinem Zusammenleben mit Georg Barthold Niebuhr, dem Geschichtschreiber Roms. Aus dem Engl. übersetzt von Dr. Karl Thibaut. 8. 1837. geh.
Rthl. 1. 5 Ngr. od. fl. 2. —

Riebig, chemische Briefe. Dritte (umß Doppelte vermehrte) Auflage.

Martin, Dr. C., Rechtsgutachten und Entscheidungen des Spruch-Collegiums der Universität Heidelberg. 1. Band. gr. 8. 1808.
Thlr. 1. 20 Ngr. oder fl. 2. 30 fr.

Martin, Lehrbuch des deutschen gemeinen Criminalrechts. Mit besonderer Rücksicht auf das bair. Strafgesetzbuch von 1813. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. 1829.
Thlr. 4. oder fl. 7. 12 fr.

— **Anleitung zum Referiren über Rechtsfachen.** Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. 1829.
25 Ngr. oder fl. 1. 30 fr.

— **Dr. G. A., Relationen, nach der Separationsmethode ausgearbeitet.** Als Anhang zu seines Vaters, Dr. C. Martins Anleitung zum Referiren. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. gr. 8. 1829.
20 Ngr. oder fl. 1. 12 fr.

— **Dr. C., Lehrbuch des deutschen gemeinen Criminal-Processus, mit besonderer Rücksicht auf das im Jahre 1813 publicirte Strafgesetzbuch für das Königreich Baiern.** Vierte bedeutend vermehrte und verbesserte Ausgabe. gr. 8. 1836.
Thlr. 2. 10 Ngr. oder fl. 4. 12 fr.

— **Lehrbuch des deutschen gemeinen bürgerlichen Processus.** Zwölfte verbesserte Ausgabe. gr. 8. 1838.
Thlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4. 48 fr.

— **Dr. G. A., Grundriß der jurist. Literaturgeschichte zum Behufe von Vorlesungen.** gr. 8. 1824.
20 Ngr. oder fl. 1.

Riebuhr, M., Regierungs-Assessor, Beitrag zur Feststellung der Urtheile über die heutige Gestaltung des Bankwesens und insbesondere über die Mannheimer Credit- und Giro-Bank. (Besonders abgedruckt aus d. Archiv der polit. Oekonomie u. Polizeiwissenschaft. Neue Folge. Bd. V. Heft 2.) gr. 8. 1846. geh.
20 Ngr. oder fl. 1. 12 fr.

Jean Paul, (J. P. Fr. Richter) politische Nachklänge. 16. 1832. Elegant cartonirt.
20 Ngr. oder fl. 1. 12 fr.

Pfeuffer, Chr., Dr. med. in Bamberg, Das Obermayer'sche Besserungssystem in den Strafanstalten zu Kaiserslautern und München, mit Bemerkungen über die körperliche Züchtigung. 8. 1847. geh.
12 Ngr. oder 40 fr.

Rau, Dr. R. F. (Geh. Rath u. Professor), über die Kameralwissenschaft. Entwicklung ihres Wesens und ihrer Theile. gr. 8. 1825.
15 Ngr. oder 54 fr.

— **Dr. R. F. (Geh. Rath u. Professor), über die Landwirthschaft der Rheinpfalz und insbesondere in der Heidelberger Gegend.** Mit 2 Steintafeln. 8. 1830. geh. 17 Ngr. oder fl. 1.

— **und L. v. Babo, über die Zehntablösung.** Verhandlungen in der Neckarkreisabtheilung des bad. landwirthschaftl. Vereins. 8. 1831. geh. 5 Ngr. oder 18 fr.

— **de vi naturae in rempublicam, oratio etc.** 4. 1832.
12½ Ngr. oder 45 kr.

— **Geschichte des Pfluges.** Mit Holzschnitten. fl. 8. 1845. geh.
20 Ngr. oder fl. 1. 12 fr.

Rau, zur Kritik über F. List's nationales System der politischen Oekonomie. (Besonders abgedruckt aus Rau's Archiv der polit. Oekonomie. V. Band, Heft 2 und 3.) gr. 8. 1843. geh.

15 Ngr. oder 54 fr.

Sophokles. Von J. J. G. Donner. Dritte verbesserte Auflage in 2 Bänden. gr. 16. 1849. Thlr. 1. 26 Ngr. oder fl. 3. 18 fr.

Uhland, Ludwig, dramatische Dichtungen. gr. 8. 1846. geh. Thlr. 1. 24 Ngr. oder fl. 3.

Inhalt: Herzog Ernst von Schwaben. Ludwig der Bair.

— dasselbe. Feine Ausgabe mit breitem Rand.

Thlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4 40 fr.

— dasselbe eleg. gebunden mit reicher Goldverzierung.

Thlr. 1. 28 Ngr. oder fl. 3 20 fr.

☞ Seit dem Erscheinen der Gesamtausgabe von Uhland's dramatischen Dichtungen wird „Herzog Ernst von Schwaben“ nicht mehr apart gegeben.

Welcker, Karl, der reichsgräfl. Bentinck'sche Erbfolgestreit rechtlich beurtheilt. gr. 8. 1847. geh. 12 Ngr. oder 40 fr.

Zachariä, Dr. Karl Sal. Vierzig Bücher vom Staate. Umarbeitung des früher von demselben Verfasser unter demselben Titel herausgegebenen Werkes. Complet in 7 Bänden gr. 8. 1839—1843. Thlr. 10. 22½ Ngr. oder fl. 19. 18 kr.

— Staatswissenschaftliche Betrachtungen über Cicero's wiedergefundenes Werk vom Staate. gr. 8. 1823.

Thlr. 1. 20 Ngr. oder fl. 2. 42 kr.

— Entwurf eines Strafgesetzbuches. gr. 8. 1826.

22½ Ngr. oder fl. 1. 12 kr.

Zachariä v. Lingenthal, Prof. Dr. G. Ueber die Unterscheidung zwischen servitutes rusticae und urbanae. Eine civilistische Abhandlung. gr. 8. 1844. geh. 15 Ngr. oder 54 fr.

Zöpfl, Hofr. Dr. Heinr. Grundsätze des allgemeinen und des constitutionell-monarchischen Staatsrechts, mit besonderer Rücksicht auf das gemeingültige Recht in Deutschland, nebst einem kurzen Abrisse des deutschen Bundesrechtes und den Grundgesetzen des deutschen Bundes als Anhang. Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe. gr. 8. 1846. geh. Thlr. 2. 16 Ngr. oder fl. 4. 30 kr.

— die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. nebst der Bamberger und der Brandenburger Halsgerichtsordnung sämmtlich nach den ältesten Drucken und mit den Projecten der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von den Jahren 1521 und 1529, beide zum erstenmale vollständig nach Handschriften herausgegeben. r. 8. 1812 geh.

Thlr. 1. 10 Ngr. oder fl. 2. 24 kr.

Princeton University Library



32101 047810708

